



**SOLIDARISCH.
KOMME WAS WOLLE.**

BUNDESKONGRESS

2022 Oberhausen
28. bis 30. Oktober

Nach I.4cc der Richtlinie für Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften in der SPD hat der Juso-Bundesvorstand den Antragsschluss auf den 16. September 2022 festgelegt. Die vorliegenden Anträge wurden fristgerecht eingereicht. Die Gliederung der Anträge und die Vergabe der Antragsnummern stellen keine inhaltliche Bewertung der vorliegenden Anträge dar. Die Antragskommission hat der Sortierung der Anträge in der Reihenfolge zugestimmt. Die Antragskommission empfiehlt, alle Anträge auf Grund ihrer politischen Bedeutung dem Kongress zur freien Entscheidung zu überlassen.

Die Antragskommission empfiehlt mit Verweis auf den Beschluss des Bundeskongresses von 2014, Anträge erst dann zur Beratung zuzulassen, wenn sie durch die Antragssteller*innen in geschlechtergerechter Sprache vorgelegt werden.

Anträge

Inhaltsverzeichnis

B - Beschäftigung & Gute Arbeit

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
B01	30h sind genug! Flexibilisierung ist Betrug! Jusos Sachsen-Anhalt	18
B02	Vereinbarung von Familie und Beruf verbessern – auch für befristet angestellte Wissenschaftler*innen Jusos Hamburg	21
B03	Das politische Streikrecht erkämpfen Jusos Bayern	23
B04	Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft verbessern – Lehren aus #ichbinhanna ziehen Jusos Sachsen-Anhalt	24
B05	Keine WM zum Preis von Menschenleben: Fußball-WM in Katar boykottieren Jusos Hessen-Nord	26
B06	Feiertage sind freie Tage Jusos Rheinland-Pfalz	27
B07	Musterfeststellungsklage für Gewerkschaften Jusos Rheinland-Pfalz	28
B08	Flexible religiöse Feiertage Jusos Hessen-Nord	29

C - Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
C01	Mehr demokratische Teilhabe für junge Menschen Jusos Bayern	30
C02	Flächendeckende Wohnheime auch für Auszubildende! Jusos Baden-Württemberg	39
C03	Enttabuisierung psychischer Erkrankungen & psychologischer Beratung bei Lehrkräften Jusos Rheinland-Pfalz	41
C04	Gesundheitsausbildungen an das BBiG anpassen Jusos Hamburg	43
C05	Studierende unterstützen – Psychische Gesundheit ernst nehmen Jusos Baden-Württemberg	44
C06	Mehr Fairness für ausländische Studierende Jusos Hessen-Nord	46
C07	Antrag politische Bildung Jusos Bayern	48
C08	Bezahlbare Nachhilfe für alle Jusos Hessen-Nord	50
C09	Schule als Schutzraum für LSBTQIA*s Jusos Hessen-Süd	51

D - Demokratie & Partizipation

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
D01	Aufbauprogramm Ostdeutschland Jusos Mecklenburg-Vorpommern, Jusos Sachsen, Jusos Brandenburg, Jusos Berlin, Jusos Thüringen, Jusos Sachsen-Anhalt	52
D02	Reform der Mandatsträgerbestechung – aus den Fällen Löbel, Nüßlein und Amthor lernen Jusos Hamburg	62
D03	Dienstplicht ist so 2011. Engagement fördern, statt Dienst zu erzwingen! Jusos Hannover	64

E - Europa

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
E01	THIS IS EUROPE! Jusos Hessen-Süd	68
E02	Vorschläge der EU-Bürger*innen nicht in der Schublade verstauben lassen - Ergebnisse der Zukunftskonferenz jetzt umsetzen! Jusos Berlin	72

F - Frieden & Internationales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
F01	We stand with Ukraine! Jusos Hannover	75
F02	Vereint nach Vorne: Die Zeitenwende darf keine Rolle rückwärts werden! Jusos Rheinland-Pfalz	85
F03	Zeitenwende: Eine Neuausrichtung unserer Außen- und Sicherheitspolitik Jusos Baden-Württemberg	96
F04	ZEITENWENDE GESTALTEN - eine jungsozialistische Perspektive auf die Herausforderungen dieser Zeit Jusos Hessen-Süd	106
F05	Neustart in der Westbalkanpolitik: Wo ein Wille, da auch ein Weg! Jusos Berlin	110
F06	Solidarität mit der Ukraine, Frieden für Europa! Jusos Sachsen-Anhalt	118
F07	Handeln statt Zaudern: Für praktische Solidarität mit der Ukraine Jusos Sachsen	121
F08	Feministische Außenpolitik Jusos Hessen-Süd	127
F09	Mehr Unterstützung für Taiwan und stärkerer Einsatz für Beobachterstatus bei WHA & WHO Jusos Berlin	135
F10	Ukraine-Krieg im Hinblick auf die (Schul-)Bildung Jusos Rheinland-Pfalz	137
F11	Ein Traum von Freiheit – Europa hört nicht hinter der Oder auf. Jusos Nord-Niedersachsen	139
F12	Der Westbalkan ist Europa. Jusos Hannover	143
F13	Sport ist politisch! Jusos Hannover	149
F14	100 Milliarden – nicht mit uns! Jusos Bayern	151
F15	Wiederherstellung der Vollmitgliedschaft der SPD in der Sozialistischen Internationalen Jusos Bayern	156
F16	Aus der Ukraine lernen: Klare Haltung gegenüber unseren demokratischen Freund*innen in Taiwan Jusos Hamburg	158

G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
G01	Gewalt gegen Frauen stoppen! Jusos Nord-Niedersachsen	160
G02	Reproduktive Selbstbestimmung - Jetzt! Jusos Nordrhein-Westfalen	165
G03	Trans* liberation now: Für ein echtes Selbstbestimmungsgesetz! Jusos Berlin	172
G04	Feuer und Flamme für Queerfeminismus Jusos Thüringen	176
G05	TERF ist kein Feminismus! Jusos Hessen-Süd	177
G06	Sexarbeit ist Arbeit! Jusos Berlin	179
G07	Zusammenleben neu denken Jusos Hannover	183
G08	Gewalt auf Porno-Plattformen beenden Jusos Hannover	186
G09	Niedrigschwellige Beratungs- und Beschwerdemöglichkeiten bei sexualisierter Gewalt und Diskriminierung schaffen Jusos Bayern	189
G10	Oben-ohne-Recht für alle Menschen Jusos Braunschweig	190
G11	Nationaler Aktionsplan FLINTA*gesundheit – den Gender Health Gap schließen! Jusos Hessen-Süd	191

I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
I01	Soziale Herkunft und sozialer Status als Diskriminierungsform ins Grundgesetz! Jusos Nordrhein-Westfalen	193
I02	Bevölkerungsschutz – Katastrophe ohne Schutz Jusos Sachsen-Anhalt	195
I03	"Clankriminalität"- Ein Konzept aus einer anderen Zeit! Jusos Saar	199
I04	Maßregelvollzug reformieren – Wir können uns keiner Menschen entledigen! Jusos Hannover	201
I05	Gewaltprävention darf nicht an Kosten scheitern! Jusos Rheinland-Pfalz	205
I06	Chaos verhindern, Katastrophenschutz reformieren Jusos Hessen-Süd	207
I07	K.O. Tropfen aktiv bekämpfen Jusos Sachsen-Anhalt	210
I08	Schwarzfahren ist keine Straftat! Jusos Brandenburg	211
I09	Änderung des Strafbefehlsverfahrens Jusos Hamburg	212
I10	Queerfeindlich motivierte Straftaten in Kriminalitätsstatistik der Polizei aufnehmen Jusos Hessen-Süd	213
I11	Gerechtere Anpassung der Ersatzfreiheitsstrafe Jusos Hamburg	214

K - Kampf gegen Rechts

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
K01	Wittenberg ist nicht Paris - unsere Kampagne für Solidarität und gegen die extreme Rechte Jusos Brandenburg, Jusos Sachsen, Jusos Thüringen, Jusos Mecklenburg-Vorpommern, Jusos Berlin, Jusos Sachsen-Anhalt	215
K02	Faschistischen Bewegungen entgegenstellen - Den Grauen Wölfen und ihren Splitterorganisationen den Kampf ansagen! Jusos Nordrhein-Westfalen	218
K03	Rechtsradikale Symbolik bekämpfen, verbieten bestrafen Jusos Bayern	220

M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
M01	Situation in Erstaufnahmeeinrichtungen und Zentralen Unterbringungseinrichtungen verbessern - JETZT! Jusos Hessen-Süd	222
M02	Asyl für ehemalige Ortskräfte aus Afghanistan – Helfer*innen nicht im Stich lassen und Unterstützung durchsetzen Jusos Rheinland-Pfalz	225

N - Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
N01	Breaking the (Block-)Chain Jusos Braunschweig	227
N02	Keine Massenüberwachung in einer freien Gesellschaft Jusos Hamburg	233
N03	Für Medien ohne Kapitalismus: Öffentlich-rechtlichen Rundfunk zukunftsicher und gerecht finanzieren Jusos Berlin	237
N04	Das Internet vergisst nicht, aber Accounts können gelöscht werden! Jusos Bremen	240
N05	Deutschland im eSport afk!? Jusos Weser-Ems	241

O - Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
001	Schluss mit Luxusneubaugebieten – Schluss mit Flächenfraß! Jusos Rheinland-Pfalz	244
002	Energiearmut beenden - Menschenwürde nicht erfrieren lassen! Jusos Sachsen-Anhalt	245
003	Günstige Vermietung von Bestandswohnraum nicht bestrafen Jusos Brandenburg	247
004	Leben retten – Schwimmfähigkeit fördern Jusos Weser-Ems	248
005	Die Würde des Menschen ist unantastbar - defensive Architektur verbieten Jusos Rheinland-Pfalz	249
006	Erweiterung des Entlastungspakets, um Bürger*innen vor den Auswirkungen des Krieges zu schützen! Jusos Rheinland-Pfalz	251

P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
P01	Gesundheit vor Profite Bundesvorstand	253
P02	Das Gebären den Gebärenden, nicht Patriarchat und Kapitalismus! Jusos Berlin	261
P03	Regelungen zur künstlichen Befruchtung ins 21. Jahrhundert holen Jusos Hessen-Nord	267
P04	Sexuelle Gesundheit in Deutschland sicherstellen Jusos Hessen-Nord	268
P05	We don't want no trauma - Gegen rassistische Diskriminierung im Gesundheitswesen Jusos Nordrhein-Westfalen	269
P06	Mehr Psychotherapieplätze! Jusos Sachsen	274
P07	Recht auf geschlechterspezifische Pflege Jusos Hessen-Nord	277
P08	#EndEndoSilence Jusos Nord-Niedersachsen	279
P09	Endometriose: Zwei Millionen Betroffene und keine Unterstützung Jusos Hessen-Süd	281
P10	Endometriose den Kampf ansagen Jusos Baden-Württemberg	284
P11	Durchführung einer bundesweiten Aufklärungskampagne zu Unterleibsschmerzen und Endometriose Jusos Hessen-Nord	286
P12	Gesundheit kennt keinen Spartarif Jusos Hessen-Süd	287
P13	Gebärmutterhalskrebs effektiv bekämpfen Jusos Hessen-Nord	288
P14	Handeln gegen die gestiegenen Energiepreise! Jusos Weser-Ems	289
P15	Jungsozialistische Ansätze für unseren Sozialstaat von morgen - zukunftssicher und gerecht! Jusos Rheinland-Pfalz	291
P16	Europäischen und sozialen Verpflichtungen nachkommen – Bundeseinheitliches Konzept zur Obdachlosenhilfe mit Fokus auf „Housing First“ erarbeiten Jusos Bayern	296
P17	Neue Unterhaltsberechnung bei Jugendlichen mit Dazuverdienst Jusos Hessen-Nord	299
P18	Bundeseinheitlicher SMS-Notruf Jusos Hessen-Nord	300
P19	Kennzeichnungspflicht für ungesunde Lebensmittel Jusos Rheinland-Pfalz	301

R - Rente, Generationen & Familie

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
R01	Kindergrundsicherung schon vor der Geburt auszahlen! Jusos Rheinland-Pfalz	303

U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
U01	Schutz und Erhalt des Wattenmeeres! Jusos Weser-Ems	313
U02	It's gettin' hot in here: Abkehr von atomar-fossilen Energien beschleunigen, um Erderwärmung zu bremsen und Klimaziele zu erreichen! Jusos Hannover	315
U03	Wiiiyyyld! - 3 Prozent Wildnis sind das Minimum für eine wilde Welt Jusos Braunschweig	325
U04	Die Bäume im Wald lassen – keine Förderung mehr für Pelletheizungen! Jusos Rheinland-Pfalz	327
U05	Atomkraft? Ja? Nein! Vielleicht!? Jusos Sachsen	329
U06	Laborfleisch und Labormilch als Chance für die Ernährungswende begreifen und Forschung unterstützen! Jusos Rheinland-Pfalz	331
U07	Pflanzliche Milchalternativen reduziert besteuern und subventionieren Jusos Rheinland-Pfalz	333
U08	Wärmetauscher in Duschen und Badewannen Jusos Hamburg	334
U09	Vermeidung von Leerflügen Jusos Hessen-Nord	335

V - Verkehr & Infrastruktur

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
V01	Rail New Deal - Zukunft des Schienenverkehrs Bundesvorstand	336
V02	9 € Ticket unbefristet verlängern und ausbauen Jusos Saar	345
V03	Dienstwagenbesteuerung reformieren Jusos Brandenburg	347
V04	Schwarzfahren aus dem Strafgesetzbuch! Jusos Hessen-Süd	348
V05	Erfolgsgeschichte 9-Euro-Ticket fortsetzen, Mobilitätswende beschleunigen Jusos Hamburg	350
V06	Licht am Fahrrad, Licht für's Fahrrad – neue Regeln anwenden Jusos Hamburg	351
V07	Mehr Sicherheit im Straßenverkehr: Fahrtauglichkeit ist kein lebenslanges Geschenk der Führerscheinprüfung! Jusos Hamburg	353
V08	Natur und Kultur mit vollen Zügen genießen Jusos Bayern	355
V09	Klimaschutz vor der eigenen Haustüre: Start- und Landegebühren für Kurzstreckenflüge am Flughafen München und Nürnberg massiv erhöhen Jusos Bayern	356

W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
W01	Volle Kraft voraus! – Zeitenwende auch in der Werftpolitik Jusos Bremen, Jusos Hamburg, Jusos Nord-Niedersachsen, Jusos Weser-Ems, Jusos Schleswig-Holstein, Jusos Mecklenburg-Vorpommern	357
W02	Übergewinnsteuer? Längst überfällig! Jusos Berlin	362
W03	Nun ist es kalt, trotz alledem, trotz SPD und alledem! Jusos Bayern	366
W04	Erben für alle – Für ein Gesellschaftserbe Jusos Berlin	371
W05	Verbraucher*innen schützen – umverteilen jetzt! Jusos Berlin	377
W06	Unternehmen dürfen nicht vom Krieg profitieren. Übergewinnsteuer einführen. Jusos Saar	383
W07	Vorsorge- und Sicherstellungsgesetze modernisieren - Wirtschaftsdirigismus neu denken Jusos Sachsen-Anhalt	384
W08	Klassismus überwinden: Schufa und Co. die Handschellen anlegen! Jusos Hamburg	388
W09	Zahlen bitte! Kriegsprofiteure durch Übergewinnsteuer zur Kasse bitten Jusos Rheinland-Pfalz	391
W10	Errichtung einer staatlichen Wirtschaftsauskunftei Jusos Hessen-Süd	393
W11	Deckel drauf! Jusos Bayern	394
W12	Genug ist Genug Jusos Bayern	395
W13	Steigerung des Etats des BMZ auf mindestens die Hälfte des Verteidigungsetats Jusos Rheinland-Pfalz	396

S - Sonstiges

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
S01	Schulungsmaßnahmen für die Awarenessarbeit Jusos Baden-Württemberg	304
S02	Schulungsmaßnahmen für die Awarenessarbeit Jusos Bayern	305
S03	Springerpresse überspringen - keine Exklusivinterviews von Jusos & Sozialdemokrat*innen mehr für Bild, Welt & Co! Jusos Rheinland-Pfalz	306
S04	Barrierefreie Parteiveranstaltungen bei Jusos & SPD Jusos Bayern	308
S05	Lebensmittelbesteuerung und -kennzeichnung anpassen Jusos Hamburg	309
S06	Antirassismusbeauftragte auf Juso-Bundesebene! Jusos Hamburg	310
S07	Bestellung von Vertrauenspersonen gegen sexualisierte Gewalt Jusos Hessen-Süd	311
S08	Erweiterung und Aufwertung des Bundesausschusses mit einer Größe von 75 und Beschlussfähigkeit Jusos Rheinland-Pfalz	312

Antrag B01: 30h sind genug! Flexibilisierung ist Betrug!

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen-Anhalt
Sachgebiet:	B - Beschäftigung & Gute Arbeit

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Unsere Arbeitswelt befindet sich in einem stetigen Wandel. Wir beobachten diese
2 Entwicklungen aufmerksam und haben auch schon in der Vergangenheit dieser mit unserer
3 Positionierung als sozialistisch-feministischer Richtungsverband Rechnung getragen.
4 Jüngste Erfolge, die es auch in den Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien geschafft
5 haben sind dabei zum Beispiel die Ausbildungsplatzgarantie oder die Erhöhung des
6 Mindestlohnes auf 12€. Diese Errungenschaften reihen sich ein in eine lange
7 Geschichte erkämpfter Rechte für Arbeitnehmer*innen, die ohne gewerkschaftliche
8 Organisierung wahrscheinlich undenkbar gewesen wären. Als Partei der Gewerkschaften
9 und Arbeitnehmenden ist es unsere Aufgabe nun eine neue Anpassung der Arbeitszeit
10 durchzusetzen: Die 30h Woche, bei vollem Lohnausgleich!

11 Bei allen Erfolgen, die wir bereits erzielen konnten, sind die Herausforderungen
12 unübersehbar. Die Narrative des modernen Arbeitsmarkts gaukeln uns vor, Lohnarbeit
13 wäre nur halb so anstrengend, wenn wir sie nur smart genug an unseren Alltag
14 anpassen. Die Realität sieht aber anders aus. Flexibilität führt in der Praxis nicht
15 selten zu Selbstausbeutung, bedingt durch Eigenverantwortung und unrealistische
16 Deadlines. Verstärkt wird die Belastung auch durch unbezahlte Care Arbeit, besonders
17 für FLINTA*. Wo das Home-Office als gut gemeintes Angebot zur besseren Vereinbarkeit
18 von Familie und Beruf verstanden wird, zeigt es sich seit Jahren eher als Symptom
19 einer Entgrenzung von Lohnarbeit in alle Lebensbereiche.

20 Die Geschichte lehrt uns: Arbeitnehmer*innen Rechte werden uns nicht geschenkt, sie
21 müssen politisch erkämpft und verteidigt werden. Unsere heutigen Arbeitsbedingungen
22 dürfen nicht als selbstverständlich erachtet werden! Vor über 100 Jahren haben
23 Gewerkschaften den Acht-Stunden-Tag erkämpft. Dieser hatte viele Vorteile. Zum einen
24 wurde durch die Arbeitszeitverkürzung die Produktivität gesteigert. Zum anderen
25 brachte dieser wieder mehr Menschen in Arbeit.

26 Die Arbeitslosigkeit ging zurück.

27 Nun ist es an der Zeit mit Blick auf die Probleme der Gegenwart und die Potentiale
28 der Digitalisierung den nächsten Schritt mit den Arbeitnehmer*innen zu gehen. Wir
29 fordern die 30-Stunden-Woche als Normmodell der Vollarbeitszeit.

30 Es sprechen viele Argumente für diese Arbeitszeitverkürzung.

31 Zunächst muss dabei gesagt werden, dass viele junge Menschen sich nach verschiedenen
32 wissenschaftlichen Befragungen dafür aussprechen, dass Familie und Beruf vereinbar
33 sein müssen. Weiterhin ist Deutschland mit einer maximalen Wochenarbeitszeit von 48h,
34 welche nach dem Arbeitszeitgesetz festgeschrieben ist, im europäischen Vergleich das
35 Land mit der höchsten gesetzlich erlaubten Arbeitszeit. Aus realpolitischer Sicht,
36 liegt Deutschland mit durchschnittlich 40,8h eher im Mittelfeld. Trotz dessen sind
37 40,8h zu viel! Vor allem das Auseinanderfallen von Ost-West-Arbeitszeiten stellt ein
38 massives Problem dar. So arbeiten die Menschen in Ostdeutschland nach einer tariflich
39 vereinbarten Wochenarbeitszeit rund 1 Stunde mehr, als die Menschen, welche einen

40 Tarifvertrag im Westen haben. Außerdem ist die tarifliche Organisation im Osten
41 Deutschlands wesentlich geringer, als dies im Westen der Fall ist. So haben etwas
42 mehr als ein Fünftel aller Tarifbeschäftigten heutzutage, insgesamt 21,2% eine
43 vereinbarte Wochenarbeitszeit von 35h oder weniger. Allerdings liegt der Anteil
44 dieser in Westdeutschland bei 23,5%, hingegen in Ostdeutschland lediglich bei 9,1%.
45 Problematisch ist auch, dass die tatsächlich geleistete Wochenarbeitszeit bei
46 Vollzeitbeschäftigten, im Vergleich zum tariflich vereinbarten auseinander klafft.
47 Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) lag die
48 geleistete Wochenarbeitszeit bei 43,5h, bei einer tariflichen Vereinbarung von 37,7h.
49 Dieses Problem resultiert vor allem aus der Flexibilisierung der Tarifverträge. Auch
50 die Problematik der unbezahlten Überstunden darf hier nicht außer Acht gelassen
51 werden. Diese stellen zusätzlich Belastungen für alle Arbeitnehmer*innen dar. Ein
52 weiteres Problem, welches im Rahmen einer Arbeitszeitverkürzung unbedingt angepackt
53 werden muss ist die Beseitigung der Gender Time Gap. Diese hat sich vor allem im
54 Rahmen der Corona-Pandemie erneut verschärft. Hierbei tragen vor allem FLINTA*
55 Personen die Lasten. Eine Doppelbelastung von FLINTA* Personen kann nicht im
56 Interesse der Politik liegen! Auch aus Auszubildenden Perspektive ist eine
57 Arbeitszeitverkürzung sinnvoll. Gerade der Flexibilisierungsdruck ist in der
58 Ausbildung ein Problem. So hat eine Befragung des DGBs ergeben, dass je höher dieser
59 Flexibilisierungsdruck ist, die Abbrecher*innenquote unter Auszubildenden steigt.
60 Die Potentiale liegen für uns auf der Hand! Die 30-Stunden-Woche ist ein notwendiger
61 Baustein für eine moderne Arbeitswelt, die eine Verbindung von Lohn- und Carearbeit
62 oder Spielräume für ehrenamtliches Engagement aus der Sicht von Arbeitnehmer*innen
63 denkt. Gleichzeitig zeigen aktuelle Studien auf, dass eine verkürzte Arbeitszeit die
64 Effizienz von Arbeitsabläufen sowie die Lebenszufriedenheit der Beschäftigten
65 verbessert.
66 Es stellt sich weiterhin die Frage, wie eine solche Arbeitszeitverkürzung konkret
67 aussehen soll. So gibt es im wesentlichen zwei Modelle, welche eine
68 Arbeitszeitverkürzung möglich machen könnten. Zum einen die Reduzierung der zu
69 erbringenden, bezahlten Zeit in betrachteten Zeitspannen. Damit wird der Anteil der
70 arbeitsfreien und damit frei verfügbaren, täglichen Zeit des*der Arbeitnehmers*in
71 erhöht. Also eine festgelegte Arbeitszeit von maximal 30h.
72 Ein zweites Konzept geht davon aus, dass eher die Bezahlung von arbeitsnahen
73 Tätigkeiten eine Lösung sein könnte. Dies sind bezahlte Tätigkeiten, welche zu
74 erfolgreichen Erbringung der Arbeitsleistung von dem*der Arbeitnehmer*in
75 unentgeltlich in der jeweiligen Freizeit erbracht werden. Ziel muss es sein, beide
76 Konzepte mit zu etablieren. Nur so kann eine Arbeitszeitverkürzung wirklich Realität
77 werden!
78 Schlussendlich muss der Weg zur Arbeitszeitverkürzung noch beschrritten werden. Der
79 Tarifvertrag ist zusammen mit gesetzlichen und ordnungspolitischen Maßnahmen die
80 beiden besten Möglichkeiten Arbeitszeitverkürzungen durchzusetzen. Da beide Ergebnis
81 eines demokratischen, gemeinschaftlich organisierten Kampfes sind!

82 **Daher fordern wir:**

- 83 • gesetzliche maximal Arbeitszeit von 30h bei vollem Lohnausgleich
- 84 • Keine Flexibilisierung von Arbeitszeiten
- 85 • Verbot von unbezahlten Überstunden ohne vorher festgelegten Freizeitausgleich

- 86 • Beseitigung der Gender Time Gap
- 87 • Absenkung der Wochenarbeitszeit + Bezahlung arbeitsnaher Tätigkeiten

Antrag B02: Vereinbarung von Familie und Beruf verbessern – auch für befristet angestellte Wissenschaftler*innen

Antragsteller*in:	Jusos Hamburg
Sachgebiet:	B - Beschäftigung & Gute Arbeit

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Der Juso-Bundeskongress möge zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag
- 2 beschließen:
- 3 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der
- 4 Bundesregierung dazu auf, sich dafür einzusetzen:
 - 5 1. Die notwendigen finanziellen und gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, sodass
 - 6 auch die Anstellung von wissenschaftlichen Angestellten, die nach WissZeitVG §2
 - 7 (2) über Fördermittel des Bundes angestellt sind, um die Dauer einer
 - 8 inanspruchgenommenen Elternzeit oder des Mutterschutzes verlängert werden. Dies
 - 9 gilt insbesondere für:
 - 10 a. Anstellungen auf BMBF- und BMWK-geförderten Projekten
 - 11 b. Anstellungen auf Projekten von Institutionen, deren Grundfinanzierung in
 - 12 großen Teilen durch das BMBF sichergestellt wird. Hierzu zählen z.B. die
 - 13 Helmholtz-Gemeinschaft, die Fraunhofer-Gesellschaft, die Leibniz-Gemeinschaft,
 - 14 und die Max-Planck-Gesellschaft.
 - 15 2. Für solche Projekte müssen kostenneutrale Verlängerungen durch die
 - 16 Drittmittelgeber gewährleistet werden und eine Vertragsverlängerung durch die
 - 17 Arbeitgeber*innen ist verpflichtend einzuführen.
 - 18 3. Arbeitgeber*innen durch Anpassung der Gesetzeslage dazu zu verpflichten bei
 - 19 Inanspruchnahme von Elternzeit oder Mutterschutz durch wissenschaftliche
 - 20 Angestellte, die nach WissZeitVG §2 (1) oder (2) angestellt sind, diese darauf
 - 21 hinzuweisen, dass eine Verlängerung der Anstellung um die Dauer der nicht
 - 22 erfolgten Erwerbstätigkeit mit ihrer Zustimmung möglich ist. Dieser Hinweis und
 - 23 die Kenntnisnahme durch den*die Angestellte*n sind zu dokumentieren.

Begründung

Der Anteil der befristet beschäftigten wissenschaftlichen Angestellten unter 45 Jahren an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen beläuft sich auf 92%. Bei Beschäftigten ohne Promotion unter 35 Jahren sind dies sogar 90-98%, während es bei Promovierten unter 45 Jahren 72-77% sind.[\[1\]](#) Der Median des Alters bei Promotionsabschluss liegt zwischen 30 und 36 Jahren, abhängig von der Fächergruppe. Gleichzeitig besteht bei 73% der kinderlosen Promovierenden ein Kinderwunsch.[\[2\]](#)

Während die Befristung des Arbeitsverhältnisses nur einen Grund von vielen für die Schwierigkeiten bei der Familienplanung darstellt, sollten auch hier Möglichkeiten zur Erleichterung der Planung geschaffen werden. Insbesondere sollten durch die Inanspruchnahme von Mutterschutz und Elternzeit keine Nachteile entstehen.

Deswegen sollte eine Verlängerung der befristeten Anstellungsverhältnisse über die Dauer der nicht erfolgten Erwerbstätigkeit erfolgen, sofern der*die Arbeitnehmer*in dieser zustimmt.

Momentan ist dies nicht für alle befristeten wissenschaftlichen Anstellungsverhältnisse gegeben. Das

Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) unterscheidet zwischen befristeten Anstellungen zur Erlangung einer Qualifikation (WissZeitVG §2 (1)) und solchen die überwiegend aus Drittmitteln finanziert werden (WissZeitVG §2 (2)). Die angestrebte Verlängerung dieser Befristungen ist nur für solche Mitarbeiter*innen gesetzlich festgelegt, die nach WissZeitVG §2 (1) angestellt sind.^[3] Selbst für diese wird die Verlängerung in der Praxis jedoch nicht immer umgesetzt. Für Mitarbeiter*innen, die unter WissZeitVG §2 (2) fallen, obliegt die Entscheidungsmacht über Verlängerungen meist der Drittmittel-stiftenden Einrichtung. Deswegen sollen das Land Hamburg, sowie die Bundesregierung und insbesondere das Bundesministerium für Bildung und Forschung hier eine Vorbildrolle einnehmen und auch in diesem Fall eine Verlängerung der Arbeitsverhältnisse verpflichtend für die Drittmittel-stiftende Einrichtung und den Arbeitgeber*innen (im Einverständnis mit dem*der Arbeitnehmer*in) einführen. Dies ist wichtig, da Drittmittel aktuell bis zu zwischen 30% und 60% der Finanzierung von der Forschung an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen darstellen.^[4]

Das Gegenargument zu unserer Forderung, dass bei drittmittelfinanzierten Stellen im Gegensatz zu Qualifizierungsstellen das Forschungsprojekt und nicht das Qualifizierungsziel im Vordergrund stehen ist nur vordergründig zielführend. Die meisten Forschungsprojekte benötigen spezielles Fachwissen, das sich die Mitarbeiter*innen zum Teil über Monate angeeignet haben und das somit nicht anderweitig während der Elternzeit oder des Mutterschutzes aufgefangen werden kann. Stattdessen muss es den Mitarbeiter*innen ermöglicht werden ihre Expertise anschließend wieder auf die Problemstellung anzuwenden für die Dauer, die sie in Elternzeit oder Mutterschutz verbracht haben.

Ein weiteres Gegenargument, dass Mittel für solche Vertragsverlängerungen eventuell nicht sichergestellt werden können, kann dadurch entkräftet werden, dass die Drittmittelgeber zur Ermöglichung einer kostenneutralen Verlängerung verpflichtet werden sollen.

^[1] Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2021, S. 29

^[2] Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2021, S. 168

^[3] Wissenschaftszeitvertragsgesetz § 2 (5)

^[4] Förderartlas 2021, Deutsche Forschungsgemeinschaft, S. 21ff

Antrag B03: Das politische Streikrecht erkämpfen

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Sachgebiet:	B - Beschäftigung & Gute Arbeit

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Verglichen mit anderen Demokratien und vor allem mit anderen westlichen
- 2 Industriestaaten fällt auf, dass die Bundesrepublik Deutschland ein erheblich
- 3 restriktives Streikrecht hat. Von den 27 Staaten der Europäischen Union +
- 4 Großbritannien, ist der politische Streik nur im vereinigten Königreich, Österreich
- 5 und Deutschland illegalisiert. Ein Verbot ist indes nirgendwo festgeschrieben. Auch
- 6 mit den Illegalisierungen von Beamtenstreiks, wilden Streiks, Blockaden, Boykotts,
- 7 dem Streikverbot durch die christlichen Kirchen, der Einengung von
- 8 Streikmöglichkeiten nur auf tarifvertraglich regelbare Ziele und den Einschränkungen
- 9 bei Sympathiestreiks, sind Defizite in unserer politischen und wirtschaftlichen
- 10 Demokratie verankert.
- 11 Wir fordern daher eine Streikrecht gemäß dem Art. 23 der allgemeinen Erklärung der
- 12 Menschenrechte der Vereinten Nationen, den Übereinkommen 87 und 98 der
- 13 Internationalen Arbeitsorganisation und dem Artikel 6 Abs. 4 der Europäischen
- 14 Sozialcharta zu verankern.
- 15 Darüber hinaus wollen wir das zukünftig Arbeiter:innen, welche in Streiksituationen
- 16 von der sogenannten kalten Aussperrung betroffen sind wieder Anspruch auf ALG I
- 17 erheben können. Wir fordern die vollumfängliche Abschaffung des kirchlichen
- 18 Arbeitsrechts und des Tarifeinheitsgesetzes, da aus diesen auch und vor allem dem
- 19 Arbeitskampf negative Konsequenzen erwachsen.

Begründung

Die Schwäche des deutschen Streik- und Arbeitskampfrechts ist gerade während der letzten Monate ganz frappierend zum Vorschein gekommen. Nicht jede Branche kämpft nur für sich und nicht jede Branche hat gleich günstige Voraussetzungen für den Arbeitskampf. So wären 7-wöchige Streiks (mit denen die IG Metall in den 80ern die 35-Stunden Woche durchgesetzt hat) in der Kranken und Altenpflege kaum denkbar und würden ganz erheblich die Gesundheit dritter beeinflussen. Die Aufgabe jeglicher Forderung und die schiere Abhängigkeit von übermächtigen Arbeitgeber:innen bzw. Trägerorganisationen kann aber nicht der Weg nach vorne sein. Wir wollen daher nicht nur den solidarischen Streik ermöglichen, was den Gewerkschaften und der arbeitenden Bevölkerung einen gewaltigen Hebel zur unmittelbaren Verbesserung der Arbeitsbedingungen verschafft. Wir wollen auch den politischen Streik in Deutschland endlich auf eine rechtlich sichere Grundlage stellen.

Antrag B04: Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft verbessern – Lehren aus #ichbinhanna ziehen

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen-Anhalt
Sachgebiet:	B - Beschäftigung & Gute Arbeit

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die Arbeitsbedingungen für Nachwuchswissenschaftler*innen müssen deutlich verbessert
- 2 werden. Das gilt sowohl für die Universitäre, wie auch für die Außeruniversitäre
- 3 Forschung.
- 4 Dazu bedarf es einer Neufassung des Wissenschaftszeitvertragsgesetz auf Bundesebene,
- 5 das Kettenbefristungen maximal eingrenzt und eine Befristungsquote von unter 35%
- 6 gewährleistet und die aktuelle geltende maximale Beschäftigungsdauer von 12 Jahren
- 7 muss fallen, um einen leistungsfähigeren Mittelbau zu ermöglichen und mehr
- 8 Flexibilität und Sicherheit in der Lebensplanung von jungen Akademiker*innen zu
- 9 gewährleisten. Dazu müssen Qualifizierungsziele und Mindestvertragslaufzeiten (z.B. 4
- 10 Jahre) gesetzlich vorausgesetzt werden. Im Post-Doc Bereich sollten die Grundsätze
- 11 „keine Befristung für Daueraufgaben“ und „keine Befristung ohne Dauerperspektive“
- 12 gelten.
- 13 Daneben sollte auf Seiten der Bezahlung eine Aufwertung erfolgen. 100% Stellen sind
- 14 leider nur auf den ersten Blick eine attraktive Option, da sie entweder 100%
- 15 Arbeitsverpflichtungen am Lehrstuhl auslösen, oder aber die akademische Leistung zum
- 16 Teil der Stelle machen, was arbeitsrechtliche Problematiken (etwa die Notwendigkeit
- 17 der Arbeitszeiterfassung) auslöst. Als simple Lösung drängt sich hier eine
- 18 Hochstufung der Planstellen auf eine höhere Bezahlungsebene an. (etwa von E/A 13 auf
- 19 E/A 15)
- 20 Letztlich müssen auch Personalvertretungen im wissenschaftlichen Bereich gestärkt
- 21 werden, mit dem Ziel den Personalräten die Befugnisse eines Betriebsrats zu geben, um
- 22 die Durchsetzung der Rechte wissenschaftlichen Personals sicherzustellen.

Begründung

Die Arbeitsbedingungen für junge Wissenschaftler:innen (Promovierende und Post-Docs) sind schlecht. Als das Bundesministerium für Bildung und Forschung ein Informationsvideo zum WissZeitVG veröffentlichte mit der Aussage, das WissZeitVG verhindere die "Verstopfung" von Stellen und die "Fluktuation fördere die Innovationskraft", war die Empörung unter wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen groß, der Hashtag #ichbinhanna

wurde ins Leben gerufen. Leider argumentiert aber die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) aktuell bei ihren Vorschlägen zur Änderung des WissZeitVG dennoch genau so. Zur Realität des wissenschaftlichen Personals (von Doktorand:innen bis Juniorprofessor:innen) gehören:

- 13 unbezahlte Überstunden pro Woche
- Kettenbefristungen
- oft nur Verträge über einige Monate
- oft Vollzeit arbeiten, aber nur eine halbe oder 2/3 Stelle haben
- unsicheres Privatleben
- wissenschaftliche Karriere endet nach 12 Jahren befristeter Verträge, wenn keine Festanstellung oder

Professur erreicht wurde. Durch die schlechten Arbeitsbedingungen und die fehlende Planbarkeit ist Vereinbarkeit von Beruf und Familie kaum gegeben. Dies ist auch der Grund, warum nur 27% der W2-Professuren von Frauen besetzt sind, während der Frauenanteil bei Promotionen noch 45% beträgt.

Das Thema wird mittlerweile auch in den Medien und an den Universitäten selbst öffentlich diskutiert.

Antrag B05: Keine WM zum Preis von Menschenleben: Fußball-WM in Katar boykottieren

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Sachgebiet:	B - Beschäftigung & Gute Arbeit

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Um den Druck auf den DFB und die Veranstalter*innen der WM zu erhöhen, fordern wir
- 2 alle Mandatsträger*innen auf, keine Reisen nach Katar zur WM zu unternehmen und
- 3 dieser keine öffentliche Aufmerksamkeit, z.B. in Form von Social-Media-Postings und
- 4 Teilnahmen an Public-Viewing-Events, zu verschaffen. Staatliche Stellen haben auf die
- 5 Menschenrechtsverletzungen in Katar - besonders im Kontext der WM – hinzuweisen

Begründung

Erfolgt mündlich!

Antrag B06: Feiertage sind freie Tage

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	B - Beschäftigung & Gute Arbeit

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Alle Feiertage werden, sofern sie in einem Jahr durch den Kalender auf einen Sonntag
- 2 fallen, am darauffolgenden Werktag nachgeholt. Menschen, die in Berufen arbeiten, in
- 3 denen jeden Tag gearbeitet werden muss, erhalten einen zusätzlichen Urlaubstag.

Begründung

In diesem Jahr war es der 1. Mai, im vergangenen Jahr war es der 3. Oktober: zwei deutschlandweite Feiertage, bei denen es vom Kalender abhängt, auf welchen Wochentag sie fallen, sind im vergangenen Jahr auf Sonntage gefallen.

Am 3. Oktober wird die Wiedervereinigung Deutschlands gefeiert, nachdem das Land nach dem 2. Weltkrieg über 40 Jahre lang geteilt und mit der DDR erneut ein diktatorischer Staat auf deutschem Staatsgebiet geschaffen worden war. Der 1. Mai ist der Kampftag der Arbeiterklasse, an dem die Arbeitnehmer*innen und Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen eintreten und dabei die volle Solidarität der Jusos und der SPD haben. Die heute in den meisten Berufen geltenden Acht-Stunden-Arbeitstage und der arbeitsfreie Sonntag wurden erst durch den langen Kampf der Arbeiterklasse zur Realität. Umso ironischer ist es, dass die Arbeitnehmer*innen und Gewerkschaftler*innen an ihrem freien Tag der Woche für ihre Rechte und bessere Arbeitsbedingungen eintreten müssen. Und der 3. Oktober 1990 ist zwar „nur“ das bürokratische Datum, an dem der Einigungsvertrag in Kraft getreten ist, aber dennoch ist dieser Feiertag dazu gedacht, die deutsche Wiedervereinigung gebührend zu feiern und diesen Tag gleichzeitig auch zum Gedenken und als Mahnung zu verstehen.

Weder ein angemessenes Feiern und Gedenken der deutschen Wiedervereinigung noch ein Arbeiterkampftag können also an dem ohnehin freien Sonntag stattfinden. Aber auch abgesehen von der zentralen Bedeutung des 1. Mai und des 3. Oktober sollten alle Feiertage wirklich freie Tage sein. Indem Feiertage, die auf einen ohnehin arbeitsfreien Tag fallen, nicht nachgeholt werden, wird den Arbeitnehmer*innen ein ihnen eigentlich zustehender freier Tag im Jahr weggenommen und die Arbeitgeber*innen freuen sich, dass sie keine Ausfälle haben. Das können wir insb. als Partei für die Arbeitnehmer*innen nicht länger tolerieren! Aus diesem Grund sollen alle Feiertage, die auf einen Sonntag fallen, zukünftig am darauffolgenden Werktag nachgeholt werden.

Natürlich gibt es auch viele Berufe, in denen jeden Tag gearbeitet werden muss. Dies betrifft beispielsweise die ohnehin schlecht bezahlten Tätigkeiten im Bereich der Kranken- und Altenpflege. Diese Menschen leisten einen unverzichtbaren Beitrag für die Aufrechterhaltung unserer Versorgung und unseres Gesundheitssystems. Aus diesem Grund gebührt diesen Personen nicht nur ein angemessener Lohn, für den wir nicht nur am 1. Mai kämpfen, sondern erst Recht ein zusätzlicher freier Tag. Also sollen die Menschen, die in Berufen arbeiten, an denen jeden Tag gearbeitet werden muss, einen zusätzlichen Urlaubstag erhalten.

Antrag B07: Musterfeststellungsklage für Gewerkschaften

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	B - Beschäftigung & Gute Arbeit

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Auf Basis der Beschlusslage des Antrages Verbandsklagerecht für Gewerkschaften aus
- 2 dem Jahr 2016 fordern wir: Gewerkschaften müssen grundsätzlich klagebefugt für
- 3 Musterfeststellungsklagen sein.

Begründung

Gewerkschaften sind nicht berechtigt, Musterfeststellungsklagen einzureichen. Dabei sind gerade sie ein häufiger Ansprechpartner, wenn Betriebe die Arbeitnehmerrechte missachten. Außerdem könnten sie das Gerichtsverfahren führen, ohne dass für den Betrieb klar wird, wer sich beschwert. Der einzelne Arbeiter müsste erst aus der Anonymität treten, wenn das Unternehmen bereits verurteilt ist, das bedeutet für ihn deutlich weniger Risiko. Außerdem ist nicht klar, welcher Arbeiter an die Gewerkschaft herangetreten ist.

Deshalb brauchen Gewerkschaften grundsätzlich das Recht, Musterfeststellungsklagen einzureichen, und so das Recht ihrer Mitglieder und der übrigen Arbeitgeber durchzusetzen. Hier sollen Gewerkschaften mit Verbraucherzentralen gleichgestellt werden, für welche unwiderleglich vermutet wird, dass sie klagebefugt sind.

Antrag B08: Flexible religiöse Feiertage

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Sachgebiet:	B - Beschäftigung & Gute Arbeit

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Das Arbeitszeitgesetz wird durch die Möglichkeit flexibler, religiöser Feiertage
- 2 erweitert. Die Anzahl der flexiblen religiösen Feiertage wird vorher festgelegt. Die
- 3 flexiblen Feiertage können je nach Religion und Glaubensrichtung auf entsprechende
- 4 Festtage im Jahr verteilt werden oder die bisherige Regelung beibehalten. §2 EntgFG
- 5 ist um diese Regelung zu ergänzen. Menschen anderer Glaubensrichtungen und Religionen
- 6 als dem Christentum, müssen sich dadurch nicht mehr freistellen lassen.
- 7 Des Weiteren werden Arbeitgeber*innen dabei unterstützt, flexible, religiöse
- 8 Feiertage in die Tarifverträge ihrer Beschäftigten aufzunehmen

Begründung

Wir bekennen uns zur religiösen Selbstbestimmung und Vielfalt in unserem Land. Dazu gehört die Gleichbehandlung aller Menschen, auch derer, die einer anderen Religion als dem Christentum angehören. Leider erfahren diese immer noch eine Benachteiligung dadurch, dass sie die einzige Möglichkeit zur Teilnahme an ihren Festtagen durch einen genehmigten Freistellungsantrag von der Arbeit erreichen. Gleichzeitig soll sich kein Mensch an die christlichen Feiertage, zB Weihnachten oder Ostern gebunden fühlen. Mit flexiblen religiösen Feiertagen können die jeweiligen Tage pro Jahr frei verteilt werden. Für Menschen, die sich keiner Religion oder Glaubensrichtung zugehörig fühlen, kann die bisherige "Standardverteilung" beibehalten werden.

Mit der Aufnahme in das Entgeltfortzahlungsgesetz oder der tariflichen Regelung zwischen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen wird die übliche Lohnfortzahlung gewährt, ohne jedes Mal wieder einen Antrag auf bezahlte Freistellung stellen zu müssen. Diese Regelung soll sowohl allen Menschen, die sich nicht dem christlichen Glauben verbundenen fühlen, wie auch den Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen einen fairen Umgang und Respekt gewähren.

Für uns steht keine Religion über einer anderen.

Antrag C01: Mehr demokratische Teilhabe für junge Menschen

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Sachgebiet:	C - Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 „Junge Menschen sind politisch, auch wenn immer noch versucht wird, Jugendlichen das
2 politische Interesse abzusprechen. Doch was heißt eigentlich “unpolitisch oder
3 politisch sein”? Für viele ältere Menschen geschieht die Politik nur in Parlamenten
4 und nur, wer Teil eines Parlaments ist, ist auch Politiker*in. Jugendliche, die
5 Freitags mit “Fridays for Future” auf die Straße gehen, werden nicht ernst genommen
6 und schon gar nicht als politische Menschen wahrgenommen. Es gilt immer noch das
7 Klischee von “diesen jungen Leuten”, die nicht wissen, was sie da tun. Die aktuelle
8 Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2019 zeigt, dass das politische Interesse bei
9 Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren seit 2015 konstant relativ hoch liegt.

10 “Diese jungen Leute” wollen dabei vor allem auch selbst Ziele erreichen und nicht nur
11 den “erwachsenen” Politiker*innen zuschauen. Gewünscht ist eine echte Partizipation,
12 also eine aktive Teilhabe an Planungen, Entscheidungen und deren Verwirklichungen,
13 die vor allem den eigenen Lebensraum betreffen. Die Jugendlichen wollen Politik
14 mitgestalten und nicht hören, wie über sie geredet wird. Sie wissen, was sie brauchen
15 und können dies selbst artikulieren.

16 Jedes Projekt, das unter dem Titel “Jugendpartizipation” läuft, muss auf Wirkung
17 ausgelegt sein.

18 Das bedeutet, dass es einen echten Einfluss auf Entscheidungen hat und nicht
19 lediglich eine Scheinpartizipation darstellt. Nur so kann Partizipation für
20 Jugendliche attraktiv sein. Die Jugendlichen müssen aktiv eingebunden sein, damit sie
21 sehen, dass sie etwas bewirken können und dies auch weiter betreiben, sodass sie
22 nicht nach einem Projekt direkt wieder demotiviert aufgeben. Deshalb sind zwei
23 Aspekte wichtig, die zum Gelingen führen: hauptamtliches, geschultes Personal, das
24 die Beteiligung und Umsetzung konkreter Projekte ermöglicht und die Bereitstellung
25 der dafür notwendigen Ressourcen. So ist gewährleistet, dass die jungen Menschen, die
26 sich für Projekte einsetzen auch deren zeitnahe Umsetzung gestalten können.

27 **Politische Bildung: Partizipation fördern**

28 Bildung, so wie wir Jusos sie verstehen, befähigt Menschen, ihr Leben selbstbestimmt
29 zu leben. Sie bildet damit das Fundament einer demokratischen Gesellschaft.
30 Politische Bildung meint insbesondere den Bereich der Bildung, in dem Menschen
31 lernen, wie politische Prozesse funktionieren und wie man an ihnen mitwirken kann
32 sowie Zusammenhänge im politischen Geschehen und in der Geschichte zu verstehen.
33 Außerdem trägt sie ihren Teil dazu bei, dass Werte wie Toleranz und Solidarität
34 ausgebildet und gestärkt werden. Politische Bildung erfolgt auf verschiedenen Wegen:
35 Durch das Erlernen von theoretischem Wissen und das praktische Erfahren von
36 partizipativen Prozessen.

37 Jede*r hat eine Meinung – egal ob zwei oder 52 Jahre alt. Insbesondere Jugendliche
38 unter 18 Jahren haben durch den Ausschluss von demokratischen Wahlen weniger

39 Möglichkeiten ihre Meinung einzubringen. Unabhängig davon artikulieren junge Menschen
40 ihre Meinung anders, als erwachsene Menschen, dieser Besonderheit im Engagement
41 Jugendlicher muss entgegen gekommen werden. Mitbestimmung ist dabei ein Lernprozess,
42 der so früh wie möglich beginnen muss. Bereits in der Kita können Kinder in
43 Entscheidungen eingebunden werden. Sie lernen dabei, dass ihre Meinung zählt und eine
44 Rolle spielt, und sie lernen auch auf andere Meinungen zu achten.

45 Während die Bereiche, in denen Kleinkinder mitbestimmen, sich noch auf kleinere,
46 kurzfristige Entscheidungen beschränken, sollen die Möglichkeiten von Schüler*innen
47 je nach Alter und Selbstständigkeit weiter wachsen. Dies betrifft sowohl die
48 Gestaltung des Unterrichts als auch außerunterrichtliche Bereiche.

49 Jugendbeteiligungsformate müssen altersangemessen, niedrigschwellig und motivierend
50 gestaltet werden. Hierfür sind innovative Methoden zur Gestaltung von Diskussions-
51 und Gruppenprozessen einzusetzen. Insbesondere sollen auch Methoden gefunden werden,
52 die Kinder im Vorschul- und Grundschulalter an stadtplanerischen Vorgängen die sie
53 betreffen spielerisch beteiligt.

54 **Partizipation im Unterricht**

55 Unterricht, der Schüler*innen ermöglicht, eigene Entscheidungen über Lerninhalt und -
56 methodik zu wählen, ist in unserem aktuellen Schul- und Unterrichtssystem kaum
57 möglich. Volle Lehrpläne und Leistungsdruck dominieren den Alltag ebenso wie
58 Frontalunterricht, in welchem die Lehrkraft bestimmt, wie häufig die Schüler*innen
59 etwas beitragen dürfen. Um selbstbestimmten Unterricht ermöglichen zu können, müssen
60 Freiräume durch erneuerte Lehrpläne und Studentafeln geschaffen werden, sodass
61 Kinder und Jugendliche – teils individuell, teils in Gruppen – wählen können, was und
62 in welcher Art und Weise sie lernen möchten. Auch die Lehrkräfte müssen in Aus- und
63 Weiterbildung dazu befähigt werden, ihren Schüler*innen Partizipation im Unterricht
64 zu ermöglichen.

65 **Politische Bildung als Lerninhalt**

66 In der Schule wird politische Bildung in Bayern vor allem im Fach “Politik und
67 Gesellschaft” (vormals: Sozialkunde) bzw. “Sozialwesen” verortet, welches je nach
68 Schulart unterschiedlich intensiv, jedoch stets mit sehr niedrigem Stundenkontingent
69 unterrichtet wird. So hat ein*e Schüler*in am Gymnasium eine Stunde Klasse 10, zwei
70 Stunden Klasse 11, je eine 12 und 13, insgesamt also fünf Wochenstunden Unterricht in
71 Sozialkunde, was im Vergleich aller Schularten das Maximum darstellt. Das ist in
72 unseren Augen zu wenig!

73 Ein Ziel des Faches ist, Schüler*innen zu Diskussionen anzuregen. Dies ist in diesen
74 kurzen Zeitabschnitten kaum möglich. Wir fordern deshalb sowohl die Erhöhung des
75 Stundendeputats für Politikunterricht als auch an dieser Stelle eine Flexibilisierung
76 der Lernzeiten langfristig über ein Aufbrechen des starren Stundenrhythmus sowie
77 die Etablierung von Lernen in Projekten. Politikunterricht beziehungsweise passende
78 Projekte sollten dabei ab der ersten Klasse ihren Raum bekommen, wobei von Anfang an
79 Bezug auf die aktuelle Tagespolitik genommen werden sollte. Es gilt, das Interesse
80 von Kinder für Politik zu wecken und aufrechtzuerhalten. Dies kann und sollte auch
81 durch den Austausch mit Mandatsträger*innen oder Kandidierenden der demokratischen
82 Parteien, denen die AfD nicht angehört, aller politischen Ebenen geschehen, um
83 Politiker*innen nahbar zu machen. Ziel dabei ist es auch, die in den letzten Jahren

84 teilweise verstärkt befeuerte Skepsis gegenüber Parteien und Parlamenten abzubauen.
85 Ebenso sind Gesprächsrunden oder Projekte mit Gewerkschaften und Verbänden zu fördern
86 sowie der Besuch von Orten mit politischer Relevanz wie zum Beispiel Gedenkstätten
87 oder Parlamente.

88 Bei der politischen Bildung, insbesondere der Zusammenarbeit mit Parteien und
89 Organisationen, ist die Einhaltung des Beutelsbacher Konsenses selbstverständlich
90 sicherzustellen. Dies bedeutet, dass Schüler*innen durch die Lernangebote befähigt
91 werden müssen, sich ihre Meinung zu bilden und sich an politischen Prozessen zu
92 beteiligen, und dass strittige Meinungen aus verschiedenen Blickwinkeln dargestellt
93 werden müssen. Dabei bleibt zu betonen, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit,
94 Rassismus, Homophobie und Sexismus keine strittigen Themen sind, sondern strikt
95 abgelehnt werden und in der freiheitlich demokratischen Grundordnung keinen Platz
96 haben. Menschen, Parteien und Verbänden, die dies nicht glaubhaft vertreten, ist in
97 der Schule kein Podium zu bieten.

98 **SMVen stärken**

99 In der "Schülermitverantwortung" (sic) (kurz SMV) können sich Jugendliche an
100 weiterführenden Schulen engagieren, um ihre Schule mitzugestalten. An der Spitze des
101 Gremiums stehen die von der Schüler*innenschaft oder der
102 Klassensprecher*innenversammlung gewählte Schüler*innensprecher*innen. Die SMV hat
103 dabei nach Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz das Recht, über alle die
104 Schüler*innenschaft betreffenden Belange informiert zu werden, Beschwerden
105 vorzubringen, zwischen Schüler*innen und Lehrkräften oder Schulleitung zu vermitteln
106 sowie Wünsche bezüglich des Schulalltags und Schulveranstaltungen vorzubringen und
107 bei der Umsetzung mitzuwirken. Inwieweit die SMVen dabei an ihren Schulen tatsächlich
108 ihre eigenen Ideen und Vorstellungen umsetzen können, hängt allerdings stark von der
109 jeweiligen Schulleitung ab. Wir fordern, dass gewisse Rechte den SMVen über die
110 aktuellen Bestimmungen hinaus grundlegend eingeräumt werden. Hierzu gehört zum einen
111 das Recht auf ein mehrtägiges, außer Haus stattfindendes SMV-Seminar an allen
112 weiterführenden Schulen, das jährlich zu Beginn des Schuljahres stattfinden soll. Die
113 SMVen können hier ihre gemeinsamen Ziele festlegen und sich als Team finden. Das
114 Seminar soll vollständig finanziert werden. Darüber hinaus sind den SMVen weitere
115 finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, damit Projekte umgesetzt werden können.
116 Insbesondere sollen dabei politische Projekte unterstützt werden, die über aktuellen
117 Aktivitäten wie einen Kuchenverkauf und eine Halloweenparty hinausgehen.

118 Wir fordern außerdem, dass Schüler*innen in bestimmten Bereichen alleinige
119 Entscheidungsrechte haben. Dies kann beispielsweise die Verwendung von einem
120 niedrigen einstelligen Prozentanteil des Schulbudgets oder die Auswahl und das
121 Angebot von Wahlfächern betreffen. Außerdem sind den SMVen die notwendigen
122 Räumlichkeiten für ihre Arbeit zur Verfügung zu stellen. Diese sollten auch außerhalb
123 der Schulöffnungszeiten erreichbar sein, da sich die Schüler*innen während der
124 Schulzeit vorwiegend im Unterricht aufhalten und deshalb keine Aktionen planen
125 können.

126 Auch die Betreuung der SMV durch eine oder mehrere Verbindungslehrkräfte hängt stark
127 von den gewählten Personen ab – von völligem Desinteresse über angemessene und
128 erwünschte Begleitung bis zur Bevormundung. Sowohl für Schulleitungen als auch für
129 Verbindungslehrkräfte sollten deshalb regelmäßige Weiterbildungen angeboten werden,

130 in denen sie lernen, wie sie partizipative Prozesse gestalten und die SMV im
131 richtigen Maße unterstützen können.

132 **Partizipationsmöglichkeiten in der Freizeit**

133 Kinder und Jugendliche verbringen einen großen Teil ihrer Zeit in oder bei
134 Hausaufgaben und Lernen mit der Schule. Bereits für Kinder in der dritten und vierten
135 Klasse nimmt die häusliche Vorbereitung einen großen Zeitraum am Nachmittag ein. Um
136 sich entfalten zu können, ist es aber ebenso notwendig, den eigenen individuellen
137 Hobbys nachgehen zu können. Schulen in Bayern sollten daher grundsätzlich als
138 rhythmisierte Ganztagschulen organisiert sein, damit nach Ende der Schule auch alle
139 schulischen Pflichten erfüllt sind. So haben sie die Möglichkeit, Sport zu treiben
140 oder sich ehrenamtlich zu engagieren. Auch in Vereinen und Verbänden sollen die
141 Möglichkeiten der Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche gestärkt werden.

142 **Mitbestimmung in der Ausbildung**

143 Während es auch in Berufsschulen SMVen gibt und die Auszubildenden hier – zumindest
144 teilweise – mitbestimmen dürfen, ist eine Mitbestimmung im Ausbildungsbetrieb bei
145 weitem nicht sichergestellt. In Unternehmen mit Betriebsrat vertreten Jugend- und
146 Auszubildendenvertretungen (JAV) die Interessen der Auszubildenden. Hat ein
147 Unternehmen keinen Betriebsrat, so ist auch die Bildung einer JAV aktuell nicht
148 möglich. Diesen Zustand halten wir für nicht tragbar und fordern, dass in allen
149 Unternehmen die Gründung einer JAV möglich ist!

150 Damit die JAV eine echte Mitbestimmung besitzt, fordern wir unabhängige
151 Handlungsmöglichkeit auch ohne Zustimmung des BR in Fragen der Jugend,
152 Auszubildenden, Dual Studierenden und Praktikant*innen. Dies muss unter einem
153 verstärkten Kündigungsschutz, Versetzungsschutz und der Zusicherung einer
154 unbefristeten Übernahme von JAV's nach der Ausbildung geschehen, um ohne Sorge auch
155 bei schwierigen Fragen aktiv werden zu können. Uns ist wichtig die Möglichkeiten der
156 Mitbestimmung durch Azubis, Dualis, Jugendlichen und Praktikant*innen in möglichst
157 viele Betriebe zu tragen, weswegen die Altersgrenze für die Gründung einer JAV
158 abgeschafft werden soll und bereits ab 3 Azubis, Dualis, Jugendlichen oder
159 Praktikant*innen deren Einsatz länger als 3 Monate andauert, möglich sein muss.

160 **Politische Bildung über die Schule hinaus**

161 Mit dem Abschluss der Schule und der Ausbildung endet Lernen nicht. Vielmehr erlernt
162 man sein Leben lang neues Wissen und neue Fertigkeiten, die nicht ausschließlich mit
163 dem eigenen Beruf zusammenhängen müssen. Hierzu gehört auch die Fortbildung im
164 Bereich der politischen Bildung. In allen Bundesländern außer Sachsen und Bayern
165 haben Arbeitnehmer*innen für Weiterbildung in den verschiedensten Bereichen die
166 Möglichkeit, Bildungsurlaub zu nehmen. Wir bekräftigen an dieser Stelle unsere
167 Forderung nach der Einführung eines gesetzlichen Anspruches auf Bildungsurlaub im
168 Umfang von mindestens zwölf Tagen.

169 Darüber hinaus wollen wir, dass Einrichtungen der politischen Bildung stärker
170 gefördert werden. In Oberbayern ist dabei insbesondere die Georg-von-Vollmar-Akademie
171 zu nennen, die im Bereich der politischen Bildung ein attraktives und umfangreiches
172 Bildungsangebot anbietet. Daher werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass deren
173 Bildungsstätte in Kochel erhalten bleibt und darüber hinaus bestehende
174 außerschulische Bildungsangebote in Bayern eine ausreichende und beständige

175 Finanzierung erhalten.

176 **Partizipation in der Kommune**

177 **Jugendsprechstunde**

178 Analog zu Bürger*innensprechstunden, die in vielen Kommunen von Bürgermeister*innen
179 angeboten werden, soll es auch mindestens einmal im Monat eine Sprechstunde des*r
180 Bürgermeister*in für Kinder und Jugendliche geben. Die Jugendlichen können so mit
181 ihren Fragen rund um die Kommune bzw. die Politik in der Kommune zum*r
182 Bürgermeister*in kommen und bekommen Antworten aus erster Hand. Damit die
183 Jugendlichen an kommunalen Entscheidungen teilhaben, brauchen sie die Möglichkeit
184 leicht an Antworten zu kommen – dies klappt am besten in einer Jugendsprechstunde
185 des*r Bürgermeister*in oder eines*r Vertreter*in des Gemeinderats. Ein leicht
186 zugängliches, niederschwelliges Onlineportal soll darüber hinaus alle Beschlüsse und
187 Anträge der Kommunen (Gemeinde- & Stadträte sowie Kreistage) übersichtlich zur
188 Verfügung stellen.

189 **Jungbürger*innenversammlungen**

190 Um die Jugendlichen besser in die Geschehnisse der Gemeinde einzubinden, soll
191 mindestens einmal im Jahr eine Jungbürger*innenversammlung stattfinden, zu der alle
192 Jugendlichen, im Alter von 10 bis 22 Jahre, rechtzeitig per Post eingeladen werden.
193 Um eine möglichst breite Beteiligung zu ermöglichen, ist darüber hinaus auch in den
194 Jugendzentren zu mobilisieren, in denen auch Menschen erreicht werden können, die
195 noch nicht politisch interessiert oder aktiv sind. Zusätzlich muss die Veranstaltung
196 auf Social Media und in der Zeitung beworben werden. Auf der
197 Jungbürger*innenversammlung muss der Stadt- oder Gemeinderat allen Jugendlichen mit
198 einem offenen Ohr Rede und Antwort stehen.
199 Innerhalb eines bestimmten Rahmens soll die Jungbürger*innenversammlung abschließende
200 Entscheidungen treffen können, wenn kein Jugendrat vorhanden ist. Die Themensetzung
201 für die Veranstaltung soll dabei durch die Jugendlichen selbst, beispielsweise durch
202 Rückmeldung in den sozialen Medien erfolgen.

203 **Jugendrat**

204 Neben der Jungbürger*innenversammlung stellt auch ein Jugendrat eine gute Möglichkeit
205 der direkten Jugendpartizipation dar.

206 *Definition Jugendrat*

207 Ein Jugendrat ist ein Gremium, in welchem Jugendliche zu aktuellen Belangen einer
208 Kommune tagen. Es orientiert sich dabei an den parlamentarischen Gremien in der
209 Kommune – also dem Stadt- oder Gemeinderat. den Jugendrat bzw. die Jugendlichen, die
210 Teil des Jugendrats sind, sollen zu einer Verbesserung der Situation von Kindern und
211 Jugendlichen in der Kommune beitragen. Sie sind die Vertreter*innen aller Kinder und
212 Jugendlichen und setzen sich für diese ein.

213 Die institutionalisierte Beteiligung von Jugendlichen an der politischen
214 Entscheidungsfindung existiert in verschiedenen Formen unter verschiedenen
215 Bezeichnungen. Unter Jugendparlamenten werden unterschiedliche Dinge verstanden, das
216 reicht von gewählten dauernden Vertreter*innen bis zu einmalig tagenden
217 Vollversammlungen, aus denen keine Ergebnisse resultieren.

218 Wir verwenden daher den Begriff des Jugendrates, dieser beinhaltet für uns Kriterien,
219 wie die projektorientierte und verstetigte Arbeitsweise, ausreichende Finanzierung
220 und hauptamtliche Unterstützung.

221 *Grundanforderungen an Jugendräte*

222 Die Wahlen für den Jugendrat sollen demokratisch per Brief stattfinden.

223 Wahlberechtigt sind alle Kinder und Jugendlichen von 13 bis 22 Jahren mit Wohnsitz in
224 der jeweiligen Gemeinde. Hierbei muss die Kommune dafür sorgen, dass alle sozialen
225 Schichten abgebildet sind.

226 Sind in der Kommunalen Ebene ausreichend örtliche Schulen vorhanden, so ist die Wahl
227 für den Jugendrat über ein Delegiertensystem zu bevorzugen. Dabei entsenden die
228 örtlichen Schulen gewählte Delegierte, wobei alle vorhandenen Schularten
229 gleichermaßen vertreten sein müssen. Diese bilden dann den Jugendrat auf kommunaler
230 Ebene. Die kommunalen Strukturen bringen unterschiedlichste Voraussetzungen mit sich.
231 Ländliche Kommunen, in denen es nur wenige oder gar keine weiterführenden Schulen
232 gibt, haben oft das Problem, dass eine schulbasierte stetige

233 Jugendpartizipationsarbeit kaum umzusetzen ist. Wichtig ist uns, dass

234 Jugendpartizipation überall stattfindet. Deshalb bevorzugen wir in diesen Fällen

235 projektbezogene Jugendarbeit, deren Ausgestaltung den Kommunen obliegt. So können

236 insbesondere ländliche Strukturen von jungen Menschen mitgestaltet und attraktiver

237 gemacht werden. Grundsätzlich soll dabei auf Geschlechtergerechtigkeit geachtet

238 werden und sich an die Leitplanken des BJR für Jugendpartizipation gehalten werden:

239 – altersangemessen, milieu- und geschlechtersensibel niederschwellig und motivierend

240 zeitlich für die Jugendlichen überschaubar angelegt beziehend auf das konkrete

241 Lebensumfeld transparent in den tatsächlichen Auswirkungen auf Entscheidungen

242 ausreichend mit finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet Perspektiven und

243 Nachhaltigkeit für Anschlussprojekte/-initiativen bietend

244 Sobald die Wahl des Jugendrats durchgeführt wurde, liegt die politische Verantwortung

245 bei den gewählten Mitgliedern.

246 Jeder Jugendrat wird durch einen pädagogische Fachkraft unterstützt. Diese hat dabei

247 selbstverständlich im Jugendrat kein Stimmrecht, kann aber angehört werden. So

248 begleitet sie den Prozess, gibt – sofern nötig – Impulse und steht zur Unterstützung

249 bereit, sollte es zu Konflikten oder anderen Problemen kommen. Inwieweit eine

250 Betreuung durch die pädagogische Fachkraft erfolgt beziehungsweise wie umfangreich

251 diese ist, soll von den Jugendlichen mitbestimmt werden können.

252 *Räumlichkeiten*

253 Weiterhin ist es notwendig, dass der Rat einen barrierefreien Tagungsraum von der

254 Gemeinde zur Verfügung gestellt bekommt. Als Raum kann beispielsweise der Jugendraum

255 oder das Jugendzentrum der Gemeinde genutzt werden, wenn Ausstattung und Größe dies

256 zulassen.

257 *Ebenen und Zusammenarbeit der einzelnen Jugendräte*

258 Die Jugendräte sollen analog zu den Kommunalebene angegliedert sein. Davon

259 ausgenommen sind die Bezirksausschüsse der großen Städte, da sich dort junge Menschen

260 erfahrungsgemäß eher mit der gesamten Stadt identifizieren als mit einzelnen

261 Stadtvierteln. Die Räte auf den unterschiedlichen Ebenen sollen unabhängig

262 voneinander gewählt werden. Selbstverständlich besteht die Möglichkeit, sich sowohl
263 für einen Platz im Jugendrat der Kommune zu bewerben als auch für den Kreisjugendrat.
264 Durch die Unabhängigkeit der Gremien verhindert man, dass immer nur die gleichen
265 Menschen Verantwortung und Posten übernehmen. So können sich Bewerber*innen, die sich
266 insbesondere für Themen im Landkreis einbringen wollen, auf der entsprechenden Ebene
267 wählen lassen, ohne vorher auf kommunaler Ebene gewählt worden zu sein. Das schafft
268 abwechslungsreiche Jugendrate mit vielen neuen Blickwinkeln.

269 Wir möchten die Zusammenarbeit zwischen Kreis- und Kommunenebenen fördern, indem wir
270 analog zu den Bürgermeister*innenrunden auch Treffen zum inhaltlichen Austausch
271 anbieten. Dabei kann ein Erfahrungsaustausch stattfinden und es können neue
272 Denkanstöße geliefert werden. Verschiedene Themen, die in mehreren Gemeinden relevant
273 sind, können vom Kreis unterstützt werden, damit eine flächendeckende Umsetzung
274 erreicht werden kann.

275 *Aktive Mitbestimmung des Jugendrats*

276 Um dem Jugendrat die Möglichkeit zu geben, seine Beschlüsse und Initiativen
277 umzusetzen und seine Arbeitsfähigkeit zu gewährleisten, sollen die Kommunen in ihrem
278 Haushalt für den Jugendrat eine gesonderte Stelle einrichten. Der Jugendrat verwaltet
279 dabei selbst die ihm zur Verfügung gestellten Mittel und legt der Kommune einen
280 Bericht über die Verwendung der Mittel vor.

281 Damit die Bedürfnisse der Jugendlichen durch das Budget erfasst werden, soll die
282 Kommune den Jugendlichen in dieser Angelegenheit ein Mitspracherecht über die Höhe
283 des Budgets einräumen.

284 Die Anträge, die den Jugendrat behandelt, sind Vorschläge der jungen Bevölkerung
285 einer Kommune, wie sie sich ihr Leben vor Ort in Zukunft wünschen und vorstellen. Die
286 Gemeinden sollen den Räten deshalb außerdem die Möglichkeit geben, Anträge in den
287 Gemeinderat einzubringen. An den Beratungen über die Vorschläge sollen Mitglieder des
288 Jugendrates teilnehmen und auch ein Rederecht bekommen. So soll sichergestellt sein,
289 dass den Jugendrat möglichst reibungslos tätig sein kann und Jugendbeteiligung in der
290 Kommune erfolgreich funktioniert.

291 *Unterstützung des Jugendrats durch Jugendbeauftragte des Gemeinderats und* 292 *pädagogische Fachkräfte*

293 Kommunale Jugendbeteiligung ist in jeder Gemeinde ein besonders wichtiges Thema, das
294 leider oft nicht die nötige Aufmerksamkeit bekommt. Gerade in kleineren Gemeinden
295 kommt es häufig vor, dass sich Jugendbeauftragte als einzige den Anliegen der
296 Jugendlichen annehmen. Das es sich hierbei in der Regel um ein Ehrenamt zusätzlich
297 zum Gemeinderatsmandat handelt, hängt die jugendpolitische Aktivität häufig von den
298 zeitlichen Ressourcen und den politischen Schwerpunkten der*des Beauftragten ab und
299 kommt leider häufig zu kurz. Da die kommunale Jugendbeteiligung ein sehr großes Feld
300 ist, reicht es oft nicht, nur einen ehrenamtlichen Beauftragten dafür einzusetzen.

301 Wir fordern stattdessen pädagogische Fachkräfte, die sich als Teilbereich ihrer
302 Arbeitsstelle um die Koordination und den Aufbau des Jugendrats kümmern. Gerade in
303 kleineren Gemeinden kann es sein, dass sie sich keine Fachkraft leisten können und
304 diese Fachkraft auch nicht genug Aufgaben für eine Vollzeitstelle hätte. Eine
305 mögliche Lösung wäre an dieser Stelle, dass sich mehrere Nachbargemeinden eine
306 pädagogische Fachkraft für den Bereich der Jugendpartizipation und die Betreuung des

307 Jugendrats teilen.

308 Wichtig ist bei der Unterstützung des Jugendrats, dass die Sozialpädagog*innen nicht
309 die Rolle der*des "Aufpasser*in" übernehmen, sondern sie sollen im Sinne des
310 Empowerment-Ansatzes, die Jugendlichen befähigen, selbst aktiv zu werden und den
311 Prozess der politischen Beteiligung unterstützend zu begleiten. Die pädagogische
312 Fachkraft steht dabei immer, wenn Fragen aufkommen, als Ansprechperson zur Verfügung.
313 Deshalb fordern wir:

314 Die Partizipation junger Menschen als Grundsatz in die Bayrische Verfassung
315 aufzunehmen. Die Jugendbeteiligung als Prinzip in die Bayrische Gemeindeordnung sowie
316 in den Geschäftsordnungen der Kommunen und Landkreise festzuschreiben.

317 **Wahlalter 14 jetzt!**

318 *Fridays for Future*, die Demonstrationen gegen die Urheberrechtsreform der
319 Europäischen Union und zahlreiche Debatten über die Sozialen Netzwerke machen klar:
320 Die Jugend will mitbestimmen. Aktive Mitbestimmung und Beeinflussung der politischen
321 Lage geschieht in einer Demokratie durch die Teilnahme an Wahlen. Doch hier haben wir
322 aktuell für Jugendliche einen deutlichen Missstand: Wählen ist erst ab Erreichen der
323 Volljährigkeit mit 18 Jahren möglich.

324 Besonders konservative Kräfte lehnen vehement das Wahlrecht für Jugendliche unter 18
325 Jahren ab. Der häufigste Vorwurf der Gegner*innen ist die fehlende Einsichtigkeit
326 und der Mangel an Verantwortungsbewusstsein der jungen Menschen, die an die Urnen
327 treten möchten.

328 Doch bekommen die Jugendlichen in vielen Bereichen noch vor dem Erreichen der
329 Volljährigkeit Verpflichtungen auferlegt und Rechte zugesprochen. Mit 16 Jahren
330 können Jugendliche bereits eine Arbeit annehmen bzw. in eine Lehre eintreten. Damit
331 kann auch die Verpflichtung mit einhergehen, Steuern und Abgaben zu entrichten.

332 Die Strafmündigkeit tritt bereits mit 14 Jahren ein, ein*e Jugendliche*r kann ab
333 diesem Zeitpunkt für all seine Vergehen zur Rechenschaft gezogen werden und muss sich
334 für diese verantworten. Auch haben Jugendliche in vielen deutschen Bundesländern mit
335 Erreichen des vierzehnten Lebensjahres das Recht, ihre Religion beziehungsweise ihre
336 Religionszugehörigkeit frei zu wählen, ohne die Zustimmung der Eltern einholen zu
337 müssen.

338 Auch der Vorwurf, Jugendliche seien in ihrer Wahlentscheidung leichter beeinflussbar
339 als ihre erwachsenen Mitbürger*innen, entbehrt seiner Grundlage. Besonders des
340 Vorwurf, junge Menschen würden leichter für einfache und radikale Äußerungen zu
341 begeistern sein als

342 Erwachsene und deshalb eher rechtsradikale Parteien wählen, ist haltlos: Stimmt bei
343 der Bundestagswahl 2017 12,6 Prozent der Deutschen für eine offen menschenfeindliche
344 Partei, die AfD, erreichte diese bei den Juniorwahlen, also Wahlen für alle
345 Minderjährigen, 6,0 Prozent, die Hälfte des Ergebnisses der Bundestagswahl. Bei
346 näherer Betrachtung entpuppen sich die Argumente der Gegner*innen einer Herabsetzung
347 des Wahlalters als Nebel um den wahren Kern: Einer Verweigerungshaltung gegenüber der
348 gesellschaftlichen Entwicklung, die dem 21. Jahrhundert angemessen ist.

349 Doch diese Anschauung wird sich nicht halten, denn wir werden das nicht zulassen. Das
350 machen wir mit diesem Antrag nochmals deutlich. Wir fordern das kommunale Wahlrecht

351 für alle Menschen an ihrem Hauptwohnsitz. Wir fordern die Absenkung des Wahlalters –
352 aktiv wie auch passiv – auf 14 Jahre für alle!

Antrag C02: Flächendeckende Wohnheime auch für Auszubildende!

Antragsteller*in:	Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	C - Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Fast 60% der Auszubildenden können von ihrer Ausbildungsvergütung nur mangelhaft
2 selbstständig leben. Knapp die Hälfte der Azubis ist auf zusätzliche finanzielle
3 Unterstützung angewiesen. Die wenigsten können sich entsprechend ein Zimmer oder eine
4 Wohnung in der Nähe ihres Ausbildungsplatzes leisten und sind so gezwungen, zum Teil
5 lange Fahrwege auf sich zu nehmen, um ihre Ausbildung durchführen zu können. Dies
6 ist mit weiteren finanziellen Belastungen für Auszubildende verbunden.

7 Im Juli 2022 griff der Deutsche Gewerkschaftsbund diese Problematik auf und forderte
8 ein flächendeckendes Wohnheimangebot für Auszubildende. Gleichzeitig wurde an die
9 Bundesregierung appelliert, ihr im Koalitionsvertrag aufgeführtes Programm für
10 „studentisches Wohnen, für junges Wohnen und Wohnen für Auszubildende“ rasch
11 voranzutreiben.

12 Wir Jusos stellen uns hinter die Forderung des DGB. Für uns ist klar:
13 Die Wahl des Ausbildungsplatzes darf nicht vom eigenen Geldbeutel und den örtlichen
14 Mieten abhängig sein.

15

16 Daher fordern wir:

17 Auch für Auszubildende brauchen wir bundesweit Angebote für attraktiven und
18 bezahlbaren Wohnraum. Preisgebundene Wohnheime für Auszubildende müssen endlich
19 flächendeckend eingerichtet werden, damit selbstständiges und selbstbestimmtes Wohnen
20 in der Nähe der Ausbildungsstätte möglich ist.

21 **Förderprogramme einrichten**

22 Weiterhin sollen Förderprogramme für Auszubildendenwohnen flächendeckend im ganzen
23 Bundesgebiet geschaffen werden. Bund und Länder sollen dazu Fördermittel
24 bereitstellen, um möglichst langfristige und perspektivisch unbegrenzte Mietpreis-
25 und Sozialbindungen zu erzielen. Zentrale Adressaten der Förderung sind hierbei
26 öffentliche, genossenschaftliche und gemeinwohlorientierte Wohnbauträger. Die
27 aufzulegenden Förderprogramme sollen jedoch nicht nur den Neubau umfassen, sondern
28 müssen vor dem Hintergrund ökologischer Nachhaltigkeit und einer kürzeren
29 Errichtungsdauer auch auf den Bestand zielen. Hierzu zählt etwa die Bereitstellung
30 von Fördermitteln für Sanierung, Umbau, Nachverdichtung und Aufstockung bereits
31 bestehender Gebäude.

32 **Ohne Mitpreisbegrenzung geht es nicht**

33 Die Miete in geförderten Azubi-Appartements und Wohnheimen soll nicht mehr als 25
34 Prozent der durchschnittlichen Ausbildungsvergütung betragen (derzeit liegt diese bei
35 836 Euro). Da sich die Miethöhe maßgeblich aus den Förderrichtlinien zuzüglich
36 Möblierungs- und Nebenkosten ergibt, muss die Miethöhe zentral in den entsprechenden
37 Förderrichtlinien festgelegt werden.

38 **Trägerschaften am Gemeinwohl orientieren**

39 Zentral soll das zukünftige Förderprogramm für Auszubildendenwohnen auf öffentliche
40 und gemeinwohlorientierte Träger, Genossenschaften sowie Azubi- und Studierendenwerke
41 fokussieren, um auslaufende Sozial- und Belegungsbindungen in privater
42 Eigentümerschaft zu umgehen. Dabei wollen wir auch die Wirtschaft und ihre
43 Eigeninteressen in Bezug auf die Bereitstellung von Wohnraum für ihre Auszubildenden
44 einbeziehen und dabei auch die gerechte Verteilung der Plätze für verschiedene
45 Wirtschaftsbereiche berücksichtigen.

46 Auch soll die Förderung mit vorab formulierten Qualitätskriterien verbunden werden,
47 etwa hinsichtlich der räumlichen Ausstattung des Wohnens sowie der Mitbestimmung der
48 Bewohner*innen von Azubi- und Studierendenappartements. Die von der Bundesregierung
49 geplante neue Wohngemeinnützigkeit sowie Förderprogramme für junges Wohnen sollten
50 ferner so ausgestaltet werden, dass sie auch für Arbeitgeber offen und attraktiv
51 sind. Die Azubi-Wohnungen sollen nach sozialen Kriterien vergeben werden.

52 **Keine Konkurrenz zu Wohnheimen für Studierende**

53 Das geforderte Konzept für bezahlbares Wohnen für Auszubildende soll aber keineswegs
54 eine Konkurrenz für die Wohnheimsituation für Studierende darstellen, sondern als
55 zusätzliche Ergänzung die Wohnungsmarktproblematik für junge Menschen in Ausbildung
56 entschärfen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag C03: Enttabuisierung psychischer Erkrankungen & psychologischer Beratung bei Lehrkräften

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	C - Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Noch immer werden psychische Erkrankungen und die Inanspruchnahme von psychologischer
- 2 Beratung in Deutschland stigmatisiert - auch im Schuldienst. Daher fordern wir:
- 3 • Die Entstigmatisierung von Personen, die eine psychologische Behandlung in
- 4 Anspruch nehmen und/oder Beratung in Anspruch genommen haben.
- 5 • Diese Behandlung darf zu keinen Nachteilen im Studium, bei der Einstellung in
- 6 den Schuldienst und bei der Verbeamtung führen.
- 7 • Darüber hinaus darf es zu keinen Benachteiligungen bei der (verpflichtenden)
- 8 Privaten Krankenkasse und bei einer Berufsunfähigkeitsversicherung kommen.
- 9 • Gerade die Inanspruchnahme von psychologischen Beratungs- und Gesprächsangeboten
- 10 sollte vielmehr positiv bewertet werden, da dadurch klar die psychische
- 11 Gesundheit verbessert werden kann.

Begründung

Mit der Enttabuisierung psychischer Erkrankungen bei noch nicht verbeamteten Lehrkräften oder allgemein bei Lehrkräften, würden psychische Erkrankungen eher erkannt und zudem frühzeitig behandelt werden können, bevor es zu spät ist.

Wichtig in dem Sinne ist es auch, dass das Erkennen psychischer Erkrankungen nicht nur dem eigenen Selbstfinden dienlich ist, sondern eine entscheidende Rolle in der Ausführung des Berufes spielt. Bei einer Enttabuisierung und einer frühzeitigen Erkennung dieser, durch zur Verfügung gestellter psychologischer Beratung, könnte vermieden werden, dass das eigene psychische Ungleichgewicht der Lehrkörper auf die Schüler*innen projiziert. Das Spiegeln des eigenen Ungleichgewichtes auf die Lernenden würde die Förderung dieser massiv beeinträchtigen. Darüber hinaus zeigt sich, dass Lehrende, die psychisch gefestigter sind und glücklicher sind, einen besseren Unterricht durchführen und zur Verbesserung des Schulklimas beitragen. Ferner sind sie dadurch gefestigter gegenüber den vielfältigen Aufgaben im Schuldienst, wie Beratung oder Konfrontation mit psychologischen Problemen der Schüler*innen und Erziehungsberechtigten.

Wie kann man einem längerfristigen oder dauerhaften Personalausfall an Lehrkräften entgegenwirken?

Genau, indem die psychische Gesundheit der Lehrkräfte gefördert werden!

Nicht zu vergessen ist, Lehrkräfte sind menschlich und müssen dementsprechend auch behandelt werden - sie können nicht anderen zur Seite stehen und bei ihren Problemen helfen, wenn die selbst keine erhalten!

Daher ist es wichtig, dass es für die Lehrkräfte eine Supervision durch Psycholog*innen und Therapeut*innen bereitgestellt wird.

Quellen:

Schratz, M./ Schrittmesser, I./ Forthuber, P./ Pahr, G./ Paseka, A./ Seel, A.: Domänen von Lehrer/innen/ professionalität. Entwicklung von Professionalität im internationalen Kontext (EPIK). - In: Journal für

LehrerInnenbildung, 7 (2007) 2, S. 70-80 - ISSN: 1681-7028.

vbw - Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft [Hrsg.]: Psychische Belastungen und Burnout beim Bildungspersonal. Empfehlungen zur Kompetenz- und Organisationsentwicklung. Gutachten. Münster: Waxmann 2014, 201 S. - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-140045 - DOI: 10.25656/01:14004.

Antrag C04: Gesundheitsausbildungen an das BBiG anpassen

Antragsteller*in:	Jusos Hamburg
Sachgebiet:	C - Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Der Juso-Bundeskongress möge zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag
- 2 beschließen:
- 3 Die SPD-geführte Bundesregierung setzt sich für eine Anpassung aller
- 4 Ausbildungsgesetze der Ausbildungen an Schulen des Gesundheitswesens an das
- 5 Berufsbildungsgesetz (BBiG) ein. Diese beinhaltet unter anderem eine
- 6 Ausbildungsvergütung und Kostenfreiheit der Ausbildung sowie zentrale Anbindung an
- 7 die Ausbildungsbetriebe.

Begründung

Das Berufsbildungsgesetz regelt in Deutschland die betriebliche Berufsausbildung, die Berufsausbildungsvorbereitung, die Fortbildung sowie die berufliche Umschulung. Das Berufsbildungsgesetz bestimmt ferner die Voraussetzungen des Berufsausbildungsverhältnisses.

Es liegt jedoch nach Art. 74 I Nr. 19 GG im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes, Maßnahmen zur Zulassung zu Gesundheitsfachberufen zu regeln. Einige der Gesundheitsberufe nähern sich dabei bereits an das BBiG an, andere Ausbildungsberufe sind jedoch kaum oder nicht hinreichend reguliert und weit von dem Standard des BBiG entfernt.

Eine fehlende Ausbildungsvergütung, Schulgelder, eine schlechte Anbindung an die Praxis, fehlende soziale Absicherung sowie fehlende Mindeststandards für Lehrkräfte machen einige dieser Ausbildungen unattraktiv und führen darüber hinaus in vielen Fällen zu Verstößen gegen das Arbeitszeitgesetz.

So müssen in einigen Ausbildungsberufen Krankheitstage während der praktischen Zeit im Betrieb über das Wochenende nachgeholt werden, um auf die notwendigen Praxisstunden zu kommen. Im Umkehrschluss wird die zulässige maximale Arbeitszeit überschritten.

Fehlende Interessenvertretungen sorgen dafür, dass sich Auszubildende nicht beschweren. Fehlende Lehrer*innenqualifizierungen führen zu theoretischen Defiziten, fehlende Praxiseinbindung führt zu fehlender praktischer Kompetenz, die erst in der Einarbeitung erworben wird. So sind viele Berufseinsteiger*innen oft nicht auf den Berufsalltag vorbereitet. Generell sollte unser Anspruch sein, dass diejenigen, denen wir unsere Gesundheit anvertrauen, die bestmögliche Ausbildung genießen!

Im Hinblick auf unsere demographische Entwicklung und die Nachwehen der Covid-19-Pandemie, können wir es uns nicht leisten, dass Ausbildungen in Gesundheitsberufen derart unattraktiv bleiben. Bereits von der letzten GroKo war es gewollt, die Annäherung der Gesundheitsberufe an das BBiG auf den Weg zu bringen. Das Vorhaben wurde aber innerhalb der letzten Legislatur nicht umgesetzt und fand im derzeitigen Koalitionsvertrag keine Berücksichtigung.

Viele Bundesländer wie Hamburg haben bereits angefangen, Ausbildungen, wie bspw. die Ausbildung zu Ergotherapeut*innen, von Schulgeldern zu befreien und für eine Ausbildungsvergütung zu sorgen. Jedoch treffen die oben ausgeführten Probleme eine Vielzahl von Berufen und eine bundesweite Lösung sollte angestrebt werden.

Antrag C05: Studierende unterstützen – Psychische Gesundheit ernst nehmen

Antragsteller*in:	Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	C - Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Schon vor der Corona-Pandemie waren in Deutschland jährlich ein Viertel bis ein
2 Drittel der Bevölkerung von psychischen Erkrankungen bzw. Symptomen betroffen,
3 ähnliche Zahlen gelten auch für die Europäische Union. Dies trifft nicht zuletzt auch
4 junge Menschen: Insbesondere Studierende hat es während der Corona-Pandemie hart
5 getroffen:

6 In Deutschland existieren derzeit 57 organisierte Studierendenwerke. Während bspw. in
7 Baden-Württemberg alle acht über eine psychologische Beratungsstelle mit
8 Ansprechpartner:innen verfügen, ist in den letzten Jahren - vor allem bedingt durch
9 die Corona-Pandemie - für viele die Distanz zu Hilfsangeboten größer geworden, der
10 Beratungsbedarf jedoch gestiegen.

11 Nicht nur getrieben von höheren Durchfall-/Abbruchquoten mussten sich Studierende
12 innerhalb der letzten zwei Jahre durch Online-Vorlesung und Selbststudium zwingen,
13 oft in einer neuen Stadt, ganz allein.

14 Nun erfordert es schnelles Handeln: Die Folgen der Pandemie aufzuarbeiten und gerade
15 jetzt ein Zeichen zu setzen, dass die Politik die Jugend nicht im Stich lässt, hat
16 oberste Priorität - gerade, weil junge Menschen sich während der Pandemie besonders
17 solidarisch gezeigt haben.

18 Die Jusos fordern hierzu folgendes:

19 **Forderung Stärkung der Studierendenwerke:**

20 • Wir fordern, dass psychologische Beratungsarbeit bestehender Studierendenwerke
21 nicht länger auf Eigenfinanzierung angewiesen sein soll. Es soll explizit durch
22 Ländermittel ermöglicht werden, die lokale Infrastruktur für Sozialarbeit nach Bedarf
23 zu gewährleisten, ohne dass Semestergebühren in die Höhe wachsen. Bisher stellen
24 Schleswig-Holstein und Sachsen ein Beispiel für die Länderbeteiligung dar.

25 **Forderung Angebotsaufklärung & Stigmatabekämpfung:**

26 • Ebenso wissen wir, dass durch nur ausreichend Geld nicht alle Löcher zu stopfen
27 sind. Wir Jusos fordern, größere Aufklärungsarbeit über die bereits bestehenden
28 Möglichkeiten, um die Entstigmatisierung von psychischen Gesundheitsproblemen aktiv
29 voranzutreiben. Die Hochschule soll so aus Augen der Länder nicht länger allein
30 Prüfungsstätte, sondern auch Ort des sozialen Austauschs und einen sicheren Raum für
31 Studierende darstellen.

32 **Forderung an die Kultusministerien und Bildungseinrichtungen der
33 Länder:**

34 • Verstärkter Austausch der Kultusministerien mit Bildungsforschungsinstitutionen
35 (bspw.: DIPF, IFS (TU Dortmund)), sowie Überprüfung und Weiterentwicklung der
36 Lehrpläne, hin zu einer stärkeren Ausrichtung auf psychische Gesundheitsprävention,
37 Ausbau der Weiterbildungsinfrastruktur (für bspw. Vertrauenslehrer:innen).

38 • Einführung eines postakademischen Ausbildungsgangs (Schulpsycholog:in), für
39 Psycholog:innen, mit dem Ziel, praktische Fähigkeiten für das Berufsfeld Schule zu
40 erwerben.

41 • Schaffung freier Unterrichtsstunden für die psychologische Gesundheitsprävention
42 und Aufgreifen von außerschulischen Bildungsangeboten von z.B. Vereinen (bspw.
43 Irrsinnig Menschlich e.V.).

44 **Forderung an die Institutionen des tertiären Bildungsbereichs:**

45 • Informationsveranstaltungen für Studierende, bei welchen sich die Studierendenwerke
46 vorstellen (psychologische Beratungsstelle, Studierendenberatung etc.), sowie
47 verstärktes Aufzeigen der Sozialdienstleistungen der Studierendenwerke durch
48 multimediale Kanäle.

Begründung

Die Corona-Pandemie hat bestehende Probleme für Studierende im Bereich der psychischen Gesundheit verschärft. Studierendenwerke brauchen mehr Kapazität im Bereich der Sozialdienstleistungen, die nicht auf Studierende - z.B. durch Erhöhung des Semesterbeitrags - abgewälzt werden dürfen. Dabei ist es notwendig, dass diese durch die Länder finanziell unterstützt werden.

Des Weiteren müssen bestehende Angebote besser beworben und niederschwellig zur Verfügung gestellt werden. Bereits in den Schulen muss mit der psychischen Gesundheitsprävention begonnen werden. Dafür ist es unabdingbar, dass Stellen aufgestockt werden. Daher erachten wir einen postakademischen Ausbildungsgang zum:zur Schulpsycholog:in für sinnvoll, um eine gezielte Spezialisierung für den Schulbetrieb schaffen zu können. Auch die Schaffung von freien Unterrichtsstunden für Lehrkräfte und Schüler:innen und das Nutzen zivilgesellschaftlicher Initiativen und Angebote erachten wir für sinnvoll.

Antrag C06: Mehr Fairness für ausländische Studierende

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Sachgebiet:	C - Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die Bundestagsfraktion wird gebeten, eine Änderung des Aufenthaltsgesetzes sowie der
- 2 entsprechenden Ausführungsbestimmungen herbeizuführen, die sicherstellt, dass bei
- 3 ausländischen Studierenden neben dem sog. Sperrkonto auch andere Nachweise
- 4 ausreichender Mittel durch die Ausländerbehörde anerkannt werden müssen. Darüber
- 5 hinaus soll ein eigenes Fördersystem etabliert werden, dass besonders förderwürdigen
- 6 ausländischen Studierenden ein Studium in Deutschland ermöglicht.

Begründung

Ausländische Studierende sind nach Maßgabe § 2 Absatz 3 Satz 5 AufenthG dazu verpflichtet einen Nachweis ausreichender Mittel zur Sicherung des Lebensunterhalts, einschließlich ausreichenden Krankenversicherungsschutzes, zu erbringen. Ausreichende Mittel stehen dann zur Verfügung, wenn sie dem BAFÖG Förderungshöchstsatz entsprechen. Dieser wird durch das Bundesministerium des Inneren im Bundesanzeiger regelmäßig aktualisiert. Dies gilt unabhängig davon, ob ausländische Studierende ein Visum für den Studienaufenthalt in Deutschland benötigen oder nicht. Im Falle eines notwendigen Visums, wird bereits bei Beantragung dieses Visums der Nachweis über die Finanzierung des Aufenthaltes vorzulegen sein. Der als ausreichend anerkannte monatliche Betrag liegt derzeit bei mindestens 861 € netto pro Monat. Im Rahmen des Visumverfahrens ist die Finanzierung für das erste Studienjahr nachzuweisen. Seit dem 1. Januar 2021 ist dieser Betrag insgesamt bei 10.332 Euro festgelegt. Zu stellen ist der entsprechende Antrag bei der zuständigen Ausländerbehörde des entsprechenden Wohnorts. Ein Sperrkonto darf nur das Abheben des entsprechenden, monatlichen Betrages in Höhe von derzeit 861 € zulassen. Die Auflösung des Sperrkontos darf nur mit Zustimmung der Ausländerbehörde erfolgen und ist der alleinigen Verfügung der ausländischen Studierenden entzogen.[\[1\]](#)

Weitere zulässige Nachweise sind neben dem Sperrkonto auch eine Verpflichtungserklärung nach §§ 66-68 AufenthG - bei der die unterzeichnende Person für den Lebensunterhalt sowie die Unterkunft der jeweiligen ausländischen Studierenden haftet - ein Stipendium oder ein Finanzierungsnachweis durch Dritte.[\[2\]](#)

Bereits jetzt handeln insbesondere Kommunen strategisch und langfristig, um eine Bindung internationaler Studierender zur Bekämpfung des Fachkräftemangels und lokaler Überalterung zu gewinnen. Deutschland wird damit rechnen müssen, dass die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter deutlich zurückgeht. Der Fachkräftemangel ist insbesondere für das umlagebasierte Wohlfahrtssystem eine große Gefahr. Selbst optimistische Prognosen gehen davon aus, dass neben der EU-Binnenwanderung eine gesteuerte Zuwanderung aus Drittstaaten notwendig ist, um den Fachkräftebedarf zu decken. Eine schnelle und entschiedene Initiative zur Anwerbung qualifizierter Zuwanderer kann dazu beitragen, den Bedarf zumindest abzumildern. Im Jahr 2013 berichteten beispielsweise 53% der kleinen, 57% der mittelgroßen und 52% der großen Unternehmen von teils erheblichen Problemen bei der Anwerbung geeigneter Studierender an den deutschen Hochschulen.[\[3\]](#)

Dieser veränderten Bedarfsstruktur stehen noch große, bürokratische Hürden entgegen. Dazu gehört auch das Sperrkonto für ausländische Studierende. Sie stellt einen nicht zu unterschätzenden bürokratischen Aufwand für die Ausländerbehörden und ausländischen Studierenden dar. Außerdem sind damit für

Letztere nicht unerhebliche, finanzielle Kosten verbunden. Das Ziel vieler Kommunen ist aber nach wie vor, die bereits bestehende Bürger*innenfreundlichkeit der Ausländerbehörden weiter zu fördern und sie zu einer Willkommensbehörde weiterzuentwickeln. Die formalen Belastungen für ausländische Studierende und Wissenschaftler*innen sollte dafür weiter abgebaut werden. Bereits jetzt gibt es in mehreren Kommunen Bestrebungen, das Sperrkonto abzuschaffen. Allerdings gibt es dazu einige rechtliche Bedenken, die zu einer größeren Vorsicht bei der Interpretation der entsprechenden Rechtsnormen führt. Das Argument, ausländische Studierende vor finanziellen Engpässen zu schützen, ist angesichts der Tatsache, dass ausländische Studierende in Deutschland kein Recht auf den Bezug von Sozialleistungen haben, nachvollziehbar. Dies muss bei der Gestaltung der Regelungen zum Finanzierungsnachweis in jedem Fall berücksichtigt werden. Eine rechtliche Klärung über die Möglichkeit von alternativen Finanzierungsnachweisen beispielsweise in Form von Kontoauszügen, Gehaltsabrechnungen und Arbeitsverträgen, wäre hier sinnvoll. Maßgeblich ist dabei, dass der*die ausländische Studierende eine, den bisherigen Beträgen entsprechenden Finanzierung der eigenen Lebenshaltungskosten nachweisen kann. Eine Abkehr vom Sperrkonto würde nicht nur einen erheblichen Bürokratieabbau bedeuten, sondern auch den wiederkehrenden Problemen, die durch ausländische Studierende seit Jahren angeführt werden, Rechnung tragen. Im letzten Jahr wurde ein großer Fall von unzulässig eingerichteten Sperrkonten bekannt. Zahlreichen ausländischen Studierenden wurden unerlaubt angebotene Sperrkonten eingerichtet, die kurzfristig rückabgewickelt werden mussten. Dies führte zu erheblichen finanziellen Problemen für diese Studierenden, da sie für eine längere Zeit absolut keinen Zugang zu ihren Ersparnissen hatten. Der Bundesverband ausländischer Studierender kritisierte diese "unlauteren Geschäfte" und sprach sich bereits zuvor generell gegen das Sperrkonto aus.^{[4][5]}

Das Sperrkonto wird von ausländischen Studierenden als Bevormundung über die eigene finanzielle Selbstbestimmung angesehen. Die Verfügung über das Eigentum der Studierenden, wird ihnen entzogen. In die Kritik fließt oft der Aspekt einer Diskriminierung ausländischer Studierender aus Drittstaaten ein. Der Pflicht zum Nachweis ausreichender Finanzmittel hat für ausländische Studierende zwar nach wie vor Bestand, doch war durch Änderungen der Vorgaben durch die Landes- und Bundesregierung eine Absenkung des Betrages und Erleichterung der Vorgaben im Rahmen der COVID-19 Pandemie möglich. Es sei zu beobachten, ob diese zeitweise Umstellung zur erhöhten Abbrüchen aus finanziellen Gründen bei ausländischen Studierenden geführt hat und wie dies alternativ zu der Pflicht zum Sperrkonto gelöst werden kann. Die pandemiebedingte Änderung der Vorgaben macht deutlich, dass eine dauerhafte Lösung in diese Richtung ermöglicht werden kann. Schließlich sei die derzeitige, alternativlose Verpflichtung zum Sperrkonto dafür verantwortlich zu machen, dass es nur denjenigen ausländischen Studierenden möglich ist, in Deutschland studieren zu können, die einen Betrag von über Zehntausend Euro vorab leisten können. Ein Betrag, der für die meisten Ländern des globalen Südens, eine Zugehörigkeit zur (oberen) Mittelschicht voraussetzt. Im Sinne der internationalen Solidarität, der entwicklungspolitischen Grundsätze und dem Gedanken für die Gleichheit ist dies aus sozialdemokratischer Sicht ein kaum tragbarer Zustand.

[1] Vgl. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/sperrkonto/375488>

[2] Vgl. <https://brasil.diplo.de/blob/1053448/4d6549ccec83a2389f27b6123deaa87b/merkblatt-finanzierung-studienaufenthalt-data.pdf>

[3] Vgl. https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2015/06/SVR-FB_Zugangstor_Hochschule.pdf

[4] Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/wissen/durch-unzulaessige-sperrkonten-geprellt-auslaendische-studierende-warten-auf-ihr-geld/27469698.html>

[5] Vgl. <https://bas-ev.de/aufruf-zur-kundgebung-wider-die-ausbeutung-auslaendischer-studierender/>

Antrag C07: Antrag politische Bildung

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Sachgebiet:	C - Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 **Innerschulisch:**

2 Bayern ist mit einem Anteil von 0,5 Prozent das Schlusslicht in der politischen
3 Bildung in der Bundesrepublik. Daher fordern wir, dass das Fach Politik und
4 Gesellschaft mit mehr Stunden an allen weiterführenden Schulen ausgestattet wird.
5 Konkret wollen wir, dass mindestens 8% der Lernzeit auf politische Bildung entfallen.
6 Gleichzeitig muss das Fach bereits ab der sechsten Jahrgangsstufe unterrichtet
7 werden. Darüber hinaus muss die Aufstockung der Stundenzahl, zu einem flexibleren
8 Lehrplan führen, sodass auf aktuelle politische Ereignisse und Schüler*innen
9 Interessen eingegangen werden kann. Ebenfalls gibt es dadurch mehr Möglichkeiten
10 Schulausflüge im Fach „Politik und Gesellschaft“ und „GPG“ zu veranstalten und
11 dadurch Demokratie besser und direkter erleben zu können. Hierzu braucht es verstärkt
12 Angebote von politischen Institutionen. Wichtig ist auch, demokratische Prozesse in
13 der Schule stärker abzubilden und der SMV (Schüler mit Verantwortung) und allen
14 Schüler*innenvertretungen in dem Zusammenhang mehr Kompetenzen einzuräumen.

15 **Außerschulisch:** Die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt, wie dringend
16 politische Bildung für die Gesamtbevölkerung ist. Dazu braucht es eine finanzielle,
17 personelle und institutionalisierte Etablierung politischer Bildung in der
18 Erwachsenenbildung. Bildungsstätten, wie die Georg-von-Vollmar-Akademie oder die
19 Akademie Frankenwarte müssen weiterhin finanziell abgesichert werden. Außerschulische
20 Bildungsangebote im Rahmen der politischen Bildung ergänzen die schulische politische
21 Bildung. Diese leisten einen wichtigen Beitrag, indem sie einzelne Kompetenzen, die
22 laut Lehrplan fächerübergreifend gelehrt werden sollen, konkret aufgreifen, sie
23 thematisieren und vertiefen. Derartige Projekte sind auf Förderungen des Bundes und
24 des Freistaats angewiesen und arbeiten stets unter großen Unsicherheiten. Deshalb
25 fordern wir den Freistaat auf demokratiefördernde Projekte abzusichern und die
26 zeitliche Befristung nach einer kurzen Probezeit von einem Jahr abzuschaffen. Die
27 Aufgabe von Lehrkräften ist neben der Vermittlung von fachlichem Wissen und
28 Kompetenzen, die Erziehung zu mündigen und demokratischen Mitgliedern der
29 Gesellschaft. Zweiteres wird aufgrund von Überlastungen im Schulwesen vernachlässigt.
30 Gute außerschulische Angebote bieten Lehrkräften eine essentielle Hilfestellung.
31 Deshalb fordern wir für Kinder und Jugendliche bis zum 21. Lebensjahr ein Recht auf
32 außerschulische Bildung im Rahmen der schulischen Bildung.

33 Wir als Jusos Bayern fordern weiterhin das Wahlrecht ab 14 Jahren. Um
34 sicherzustellen, dass Jugendliche ihr Entscheidung gut informiert treffen können,
35 braucht es in Bayern einen massiven Ausbau der politischen Bildung. Dies betrifft
36 sowohl die schulische politische Bildung als auch die außerschulische Bildung. Klar
37 ist, dass gute politische Bildung, welche den Grundsätzen, des Überwältigungsverbots,
38 des Kontroversitätsgebots und der Orientierung an Schüler*innen und Bürger*innen
39 Interessen entspricht, das beste Mittel gegen rechte Tendenzen, Parteien und

40 Extremisten ist. Durch ein Recht auf außerschulische Bildung werden wichtige
41 politische Kompetenzen nicht nur lediglich „nebenbei“ gelehrt, sondern konkret durch
42 außerschulische Angebote vertieft. Lehrkräfte, die bislang die Vermittlung von
43 politischer Bildung vernachlässigt haben, sind dann dazu verpflichtet ihrer wichtigen
44 gesellschaftlichen Aufgabe nachzukommen.

45

Antrag C08: Bezahlbare Nachhilfe für alle

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Sachgebiet:	C - Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Wir fordern eine unbürokratische Kostenübernahme von Nachhilfestunden bei
- 2 Schüler*innen, deren Eltern Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Sozialhilfe, Wohngeld
- 3 oder einen Kinderzuschlag erhalten. Dabei sollen die bisherigen Voraussetzungen für
- 4 eine Kostenübernahme wegfallen.

Begründung

Die Bildung der Kinder sollte nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Doch im Bereich der Nachhilfe ist dies teilweise der Fall. Kinder, deren Eltern Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Sozialhilfe, Wohngeld oder einen Kinderzuschlag erhalten, müssen gewisse Voraussetzungen erfüllen, um die Kostenübernahme der Nachhilfestunden genehmigt zu bekommen. So muss zum einen die jeweilige Schule einen Nachhilfebedarf bescheinigen, zum anderen muss die Versetzung gefährdet sein. Ein Anspruch besteht nicht, wenn die Note „lediglich aufge bessert“ werden soll. Kinder, deren Eltern sich die Nachhilfe aus eigener Tasche leisten können, haben diese Möglichkeit. Deswegen bedarf es einer unbürokratischen Kostenübernahme unter keiner der oben genannten Voraussetzungen.

Antrag C09: Schule als Schutzraum für LSBTQIA*s

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	C - Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Wir fordern:
- 2 1. Etablieren von Schutzräumen für Schüler*innen in Schule
- 3 2. Verpflichtende Fortbildungen für Lehrer*innen und andere pädagogische
- 4 Mitarbeiter*innen
- 5 3. Etablierung von LSBTQIA* Literatur im Sprachenunterricht

Begründung

Zu 1.

Schulen sind ein Ort an dem viele unterschiedliche junge Menschen zusammen kommen. Gerade deshalb ist es unumstößlich auch allen einen Schutzraum zu bieten. In einigen Schulen gibt es engagierte Lehrkräfte die einen Rahmen hierfür geschaffen haben, allerdings darf es nicht nur an einzelnen Schulen diese so wichtigen Schutzräume geben. Hier muss gesetzlich geregelt werden, was die Schulen umsetzen müssen, damit alle sich in ihrer Schulgemeinde wohlfühlen können.

Zu 2.

LSBTQIA** Schüler*innen sehen sich teilweise immernoch einer Vielzahl von Diskriminierungserfahrungen gegenüber. Lehrer*innen und andere pädagogische Mitarbeiter*innen sind oft die ersten, die Diskriminierung beobachten können. Eben diese müssen aber auch geschult werden. Hierfür müssen verpflichtende Fortbildungen eingeführt werden, die alle Lehrer*innen besuchen müssen.

Zu 3.

Die Literatur im Fremdsprachenunterricht ist sicherlich nicht immer ohne Bezug zu kritischer Auseinandersetzung mit Themen. Allerdings wird in der Literatur häufig ein heteronormatives Bild vermittelt. So sind LSBTQIA**s selten ein Teil der im Schulunterricht gelesenen Werke. Dies spiegelt aber nicht unsere Gesellschaft wieder und auch LSBTQIA**s sollten sich in der gelesenen Literatur wiederfinden können.

Antrag D01: Aufbauprogramm Ostdeutschland

Antragsteller*in:	Jusos Mecklenburg-Vorpommern, Jusos Sachsen, Jusos Brandenburg, Jusos Berlin, Jusos Thüringen, Jusos Sachsen-Anhalt
Sachgebiet:	D - Demokratie & Partizipation

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 I. Deutschland ein gespaltenes Land

Über 30 Jahre nach der sogenannten Wiedervereinigung, der politischen Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland mit der Deutschen Demokratischen Republik, geht weiterhin ein tiefer Riss durch Deutschland. Ob Lebenserwartung, Vermögensbildung, Einkommenshöhe, Organisationsgrad in Parteien oder Gewerkschaften oder politisches Wahlverhalten betreffend, die geografischen Umrisse der ehemaligen DDR lassen sich noch heute auf unterschiedlichsten Karten in einer beunruhigenden Klarheit erkennen. Das sogenannte Ostdeutschland und seine Bewohner*innen, also alle diejenigen, die dort leben und insbesondere einen relevanten Teil ihrer Sozialisation oder ihres Erfahrungshorizontes dort erhalten haben, unterscheiden sich in vielen Kleinigkeiten und manchen großen Fragen vom Rest der Republik.

12

13 1. Ostdeutschland: heterogenes Leben unter gemeinsamen Erfahrungen

Gleichzeitig ist Ostdeutschland aber auch kein in sich homogenes Gebiet. Es vereint Bundesländer und Landschaften miteinander, die ihren wirtschaftlichen, aber auch kulturellen Voraussetzungen nach unterschiedlicher nicht sein könnten. Das Leben ist in Halle anders als in der Lausitz und folgt in Binz gänzlich anderen Regeln als in Leipzig oder der Dresdner Neustadt.

Trotzdem verbindet alle diese Länder und Orte und die Menschen, die dort leben, im Großen und Ganzen ein gemeinsamer Erfahrungshorizont, der Ostdeutschland trotz seiner Vielfältigkeit im Vergleich zum Rest der Republik wieder als ein Ganzes erscheinen lässt.

Im Gegensatz zu den zu oft wiederholten Erzählungen der friedlichen Revolution und der bejubelten Wiedervereinigung endet der Erfahrungshorizont nicht mit der politischen Wiedervereinigung Deutschlands am 03.10.1990, sondern beginnt dort aufs Neue. Vielmehr als durch die Geschichten des Lebens in der ehemaligen DDR vor der Wiedervereinigung, sind heutige Ostdeutsche durch die Erfahrungen geprägt, die sie, ihre Eltern und ihre Familie dadurch gemacht haben, dass der politischen Wiedervereinigung keine gesellschaftliche Wiedervereinigung gefolgt ist und auf materialistischer Ebene im Gegenteil über Jahrzehnte eine Spaltung forciert wurde.

Ausverkauf, Treuhand, Massenarbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und gebrochene Biografien. Hierbei handelt es sich nur um eine Auswahl der Schlagworte, die das Leben und insbesondere das Aufwachsen in den letzten 30 Jahren in Ostdeutschland geprägt haben.

Die Lebensverhältnisse sind zwischen Ost- und Westdeutschland bis heute nicht gleichwertig. Die Angleichung der Renten bedurfte eines jahrzehntelangen politischen Kampfes. Ostdeutschland zählte ebenso lange als die verlängerte Werkbank Deutschlands

38 und die Löhne und Karriere­möglichkeiten sind bis heute nicht mit den Verhältnissen in
39 der alten Bundesrepublik vergleichbar. Junge Ostdeutsche haben über Jahrzehnte
40 bereits in der Schule gelernt, dass sie sich entscheiden müssen, ein Leben in
41 wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Sicherheit oder ein Leben dort zu führen, wo
42 sie aufgewachsen und verwurzelt sind.

43 All dies hat zu einer beispiellosen Abwanderung junger Menschen aus Ostdeutschland
44 geführt. Diese Abwanderung war in erster Linie eine der gut ausgebildeten und
45 weiblich gelesenen Personen. Der hiermit verbundene Brain­drain und der entstandene
46 Überschuss an männlicher Toxizität prägen die ostdeutsche Gesellschaft und ihre
47 politische Landschaft bis heute.

48

49 **2. Die Spaltung ist materiell!**

50 Oft wird behauptet, dass die Spaltung zwischen Ostdeutschland und den Bundesländern
51 der alten Bundesrepublik ein rein in den Köpfen der Menschen stattfindender, quasi
52 ideeller, Prozess sei. Dieser Behauptung stellen wir unsere Analyse der materiellen
53 Spaltung Deutschlands entgegen.

54 Vor der Wiedervereinigung gab es in der DDR nahezu keine Vermögensakkumulation.
55 Spareinlagen, Immobilienbesitz und privates Produktivvermögen kamen nur
56 marginalisiert vor, während sich die Bundesländer der alten Bundesrepublik zeitgleich
57 in Richtung einer Erben- und Vermögensgesellschaft entwickelten.[\[1\]](#)

58 Diese Entwicklung wurde durch die dreifache Deindustrialisierung Ostdeutschlands nach
59 dem Zweiten Weltkrieg verstärkt. Kurz nach Kriegsende flohen unzählige ehemals
60 ostdeutsche Unternehmer*innen in die westlichen Besatzungszonen und nahmen an
61 Produktionsmitteln, Kapital und Know-How mit, was ihnen möglich war, um dort wieder
62 erfolgreiche Unternehmungen zu betreiben. Was an Produktionsmitteln zurückgeblieben
63 war, wurde durch die Rote Armee als Reparationsleistung zu großen Teilen abgebaut,
64 während in der alten Bundesrepublik der Marshallplan seine Wirkungskraft entfaltete.

65 Letztlich fiel das, was in den folgenden 40 Jahren DDR aufgebaut wurde, der
66 Turboprivatisierung der 1990er Jahre zum Opfer: Betriebe und Unternehmungen, die
67 grundsätzlich erhaltenswert gewesen wären, wurden ohne Skrupel samt ihrer
68 Liegenschaften erworben und dann nach und nach in Einzelteilen liquidiert, ohne, dass
69 es je ein ernsthaftes Interesse am Aufbau neuer wirtschaftlicher Strukturen gab oder
70 sie wurden im wahrsten Sinne des Wortes verscherbelt. Dies war möglich, weil den
71 Treuhandmanager*innen enorme Spielräume zugestanden wurden, durch welche sie nach
72 eigenem Gutdünken Verkaufsentscheidungen fällen konnten. Wo es in Ostdeutschland
73 heute Unternehmen gibt, handelt es sich in der Regel um Klein- und Kleinstgewerbe im
74 Handwerk, Handel und Dienstleistungsbereich. Nur fünf Prozent des Produktivvermögens
75 der DDR ging in ostdeutsche Hände.[\[2\]](#)

76 Die materielle Unterrepräsentation Ostdeutscher bei der Vermögensbildung hat
77 Auswirkungen auf verschiedene weitere Lebensbereiche. Insbesondere führt sie aber zu
78 einer massiven Unterrepräsentanz in gesellschaftlichen Eliten durch den verminderten
79 Zugang zu kulturellem, sozialem und symbolischem Kapital. Nicht nur in
80 gesamtdeutschen Eliten sind Ostdeutsche unterrepräsentiert, sondern auch innerhalb
81 der Eliten in Ostdeutschland machen sie nur einen Bruchteil aus. Eine deutliche
82 Verbesserung der Repräsentanz ist hierbei nicht absehbar, so beträgt der Anteil von

83 Ostdeutschen in Elitepositionen weiterhin nur 26 % im Vergleich zur letzten Erhebung
84 von 2016 ist hier ein Anstieg von 3% zu vermerken. Der Anteil der Ostdeutschen in
85 Eliten auf dem Gebiet der neuen Bundesländer bemisst im Bereich der Politischen
86 Elite lediglich 52%, im Bereich der Wirtschaftselite 20 %, im Bereich der
87 massenmedialen Elite 20 %, im Bereich der wissenschaftlichen Elite 17 % und im
88 Bereich der judikativen Elite bedauerliche 4,5 %.[3] Hierbei bleibt zu vermerken,
89 dass es in einigen dieser Kategorien sogar Rückgänge bei der Repräsentanz zum
90 Erhebungszeitraum 2015/2016 zu verzeichnen gibt. Dies führt nicht nur dazu, dass
91 sich nach Zahlen des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung 64
92 % der Ostdeutschen unterrepräsentiert fühlten und hiervon 64,9 % angaben, dass sie
93 sich deswegen als Bürger*innen zweiter Klasse fühlten[4], sondern auch dazu, dass im
94 Rahmen politischer Entscheidungsprozesse der jüngeren Vergangenheit die Erfüllung
95 gesamtgesellschaftlicher Aufgaben und die damit einhergehenden Kosten auf
96 Ostdeutschland abgewälzt wurden. Neben der billigen Bereitstellung von
97 Dienstleistungen, Rohstoffen und Arbeitskraft sind die aktuell anfallenden
98 Nettzentgelte eines der jüngeren Beispiele hierfür. Die Verbraucher*innen in den
99 ostdeutschen Bundesländern, welche vornehmlich als Erzeugungs- und
100 Transferbundesländer fungieren, haben hier einen überproportionalen Teil der
101 gesamtgesellschaftlichen Kosten der Energiewende zu tragen.

102 Letztlich führt der Mangel an privater Vermögensakkumulation auch zu direkten
103 politischen Konsequenzen. Da viele Länder- und Kommunalsteuern direkt oder indirekt
104 vermögensbezogen sind, wirkt sich dieser Mangel direkt auf die zur Verfügung
105 stehenden öffentlichen Mittel aus. Es kommt zu einer Wechselwirkung aus fehlenden
106 öffentlichen Ausgaben, die wiederum zu fehlenden Ansiedlungen führen.

107

108 **3. Wir brauchen das Aufbauprogramm Ost jetzt!**

109 Um die oben beschriebenen Mechanismen zu durchbrechen und der politischen
110 Wiedervereinigung auch die gesellschaftliche und ökonomische Vereinigung folgen zu
111 lassen und insbesondere, um zu verhindern, dass es weitere Wendevertier*innen in
112 dritter oder vierter Generation gibt, fordern wir Jusos ein Aufbauprogramm Ost auf
113 Grundlage der Säulen Umverteilung, Daseinsvorsorge und Reindustrialisierung

114

115 **II. Umverteilung: Von Oben nach Unten, von West nach Ost!**

116 Erste Voraussetzung für den Aufbau Ost ist die Schaffung einer positiven
117 Finanzsituation sowohl im Bereich privater Vermögensbildung, welcher sich auch
118 mittelbar auf die öffentlichen Haushalte auswirkt, als auch direkt im Bereich der
119 öffentlichen Finanzierung.

120

121 **1. Reichtum für Alle - Unser Grunderbkonzept**

122 Wer erbt, ist privilegiert. Dieser einfache Satz gilt nicht nur, aber besonders in
123 Deutschland. In der Bundesrepublik herrscht die zweithöchste Vermögensungleichheit
124 des gesamten Euroraums. Lediglich 10 % der Bevölkerung kontrollieren ca. 67 % des
125 gesamten gesellschaftlichen Vermögens.[5] Dieser Zustand wird durch das deutsche
126 Erbsystem verstärkt. In Deutschland werden jedes Jahr rund 400 Milliarden Euro

127 vererbt, allein 200 Milliarden Euro innerhalb der reichsten 10 %.^[6] Durch niedrige
128 Steuersätze und hohe Ausnahmetatbestände werden lediglich 0,2 % dieses Erbes zurück
129 in die Gemeinschaft bzw. an den Staat umverteilt. Dies führt zu einer immer stärkeren
130 Konzentration von Vermögenswerten auf wenige Personen und einer immer größer
131 werdenden Vermögensungleichheit, die wiederum in direktem Zusammenhang zur sozialen
132 Mobilität steht: Je ungleicher eine Gesellschaft ist, desto niedriger ist ihre
133 soziale Mobilität. Je mehr Erbe also von immer weniger Menschen vererbt wird, desto
134 schwieriger wird der Aufbau von Vermögen durch Erwerbsarbeit. In Deutschland entsteht
135 Vermögen nahezu nur noch durch Erbgang. Sozialer Aufstieg wird immer
136 unwahrscheinlicher. Diese Entwicklungen tangieren insbesondere Bevölkerungsgruppen,
137 die strukturell nicht in der Lage waren, über mehrere Generationen, insbesondere in
138 Zeiten relativ hoher sozialer Mobilität, ein durch die Generationen getragenes
139 Vermögen aufzubauen: Dies trifft vor allem Menschen mit familiärem
140 Migrationshintergrund und Menschen mit ostdeutschem familiärem Hintergrund. Beide
141 Bevölkerungsgruppen sind unterproportional am gesellschaftlichen Vermögen beteiligt,
142 weil ihnen Jahrzehnte des intergenerativen Vermögensaufbaus fehlen. Das führt in der
143 Folge unter anderem zu einer massiven Unterrepräsentation in gesellschaftlichen
144 Eliten und damit zu einer partiellen Unsichtbarkeit ostdeutscher und migrantischer
145 Perspektiven und Erfahrungshorizonte in gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen.
146 Wir wollen als SPD eine Gesellschaft in der jede*r Einzelne sich frei und unabhängig
147 der eigenen Wurzeln entfalten und als Teil einer emanzipierten und solidarischen
148 Gesellschaft ein gutes Leben führen kann. Für eine solche Gesellschaft braucht es
149 eine möglichst niedrige soziale Ungleichheit und eine möglichst hohe soziale
150 Mobilität.

151 Deshalb wollen wir mit einem **“Grunderbe”** als Instrument zur Reduzierung dieser
152 Ungleichheit gegensteuern. Unser Konzept sieht vor, dass jungen Menschen mit dem
153 Erreichen des 18. Lebensjahres 60.000 Euro ausgezahlt werden.

154 Die Finanzierung erfolgt über eine Reform der Erbschaftsteuer. Damit wollen wir eine
155 Umverteilung des Erbes in der Gesellschaft erreichen. Das bedeutet auch, dass wir
156 eine Reform der Freibeträge anvisieren, um Mitnahmeeffekte bereits privilegierter
157 Gruppen zu verhindern. Somit wird das Grunderbe, als gesellschaftliches Erbe, auf das
158 familiäre aufgerechnet und dementsprechend versteuert.

159 Hierbei handelt es sich um ein zusätzliches Instrument, welches die
160 gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten nicht im Alleingang beseitigen wird, vielmehr
161 benötigt es noch zahlreiche andere Maßnahmen.

162

163 **2. Eine neue Verteilung von Einnahmen und Lasten!**

164 Um langfristig die finanzielle Situation des ländlichen Raums zu sichern, fordern wir
165 eine Neustrukturierung der vertikalen Steuerverteilung. Das aktuelle
166 Verteilungssystem bevorzugt insbesondere große Ballungszentren und bildet
167 insbesondere den Beitrag ostdeutscher Bundesländer zum Gesamterfolg der
168 Volkswirtschaft nicht ab. Wir wollen uns zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht auf
169 konkrete Einzelmaßnahmen festlegen. Von der Zuweisung größerer Anteile der
170 Umsatzsteuer an die Kommunen und Länder, über eine Erweiterung kommunaler
171 Besteuerungskompetenzen bis hin zu generellen Zuweisungen einzelner Steuern an die
172 Länder und so mittelbar an die Kommunen, erscheint hier vieles diskussionswürdig.

173 Klar ist jedoch: Am Ende muss eine großangelegte Steuerreform stehen, die neben der
174 Umverteilung in der Bevölkerung von oben nach unten auch die vertikale Verteilung der
175 Steuereinnahmen neu regelt, sodass der ländliche - insbesondere ostdeutsche - Raum
176 profitiert.

177 Weiterhin fordern wir eine konkrete und zügige Reform der Netzentgelte:

178 Ihre Berechnung muss an fairere Kriterien geknüpft werden. Wir fordern, dass die
179 regionalen Unterschiede im Rahmen einer sogenannten "pauschalen Wälzung"
180 energiewendebedingter Mehrkosten berücksichtigt werden. Hierfür soll der Anteil der
181 Erlösobergrenze, der auf die Mehrkosten aus dem Ausbau der erneuerbaren Energien
182 zurückzuführen ist, mit einer pauschalen Methodik abgeschätzt werden. Dabei werden
183 die Kosten durch eine Festlegung der Bundesnetzagentur pauschal ermittelt.

184 Der ermittelte Anteil wird dann aus einem Ausgleichstopf gedeckt und geht somit nicht
185 in die Netzentgelte dieser Verteilnetzbetreiber ein. Netzbetreiber*innen, deren
186 Versorgungsaufgabe und Kostenstruktur maßgeblich von der Integration erneuerbarer
187 Energien geprägt ist, können so einen Teil ihrer Mehrbelastungen entsprechend dem
188 Anteil ihrer Netzkosten bundesweit verteilen, um Verbraucher*innen in den betroffenen
189 Netzgebieten zu entlasten und regionale Fehlanreize zu beseitigen.

190 Im Vergleich zu der alternativen Kostenwälzung auf Grundlage bidirektionaler
191 Lastflüsse, ist der Weg einer pauschalen Kostenwälzung schneller umsetzbar, in ihren
192 Auswirkungen überschaubarer und besser zu steuern, so dass die Schaffung eines
193 konkreten und zeitnahen Lösungsweges nicht an der Komplexität des Energienetzes
194 scheitert.

195

196 **3. Wem gehört das Land? - Eine neue Bodenpolitik**

197 Insbesondere in der Agrarpolitik ist die zunehmende Zentralisierung der
198 Verfügungsmacht über Grund und Boden eine der drängendsten Verteilungsfragen in den
199 ostdeutschen Bundesländern. In bestimmten Gebieten übersteigt der Grad der
200 Zentralisierung an Fläche in wenigen Händen mittlerweile jenen, der in der
201 spätfeudalen Junkerordnung vor dem Ersten Weltkrieg erreicht wurde.

202 Hierbei handelt es sich nicht nur um ein reines Gerechtigkeitsproblem. Die Frage, in
203 wessen Händen der Grund und Boden liegt, ist eine Frage von Macht- und
204 Einflussphären. Eine Konzentration von Verfügungsgewalt über Grund und Boden führt
205 bis heute zu enormen Möglichkeiten der Einflussnahme. Egal ob im Bereich der
206 Agrarwirtschaft oder im urbanen Kampf um günstigen Wohnraum, in Verbindung mit
207 privaten Profitinteresse führt die Konzentration von Grund und Boden immer zu einer
208 Abnahme gesellschaftlicher Steuerungsmöglichkeiten und zur Steigerung von
209 gewinnorientierten Lobbyeinflüssen. Im Konkreten leiden hierunter Bestrebungen zu
210 Gunsten des Allgemeinwohls wie z.B. die Durchsetzung nachhaltiger Landwirtschaft, die
211 Gewährleistung einer bezahlbaren Wohnraumbewirtschaftung oder Investitionen in die
212 Energie- und Mobilitätswende.

213 Es bedarf deswegen Lösungen, um die Länder und Kommunen in die Lage zu versetzen, die
214 Kontrolle über die Flächen zurückzugewinnen. Langfristig fordern wir die Abschaffung
215 des Privateigentums an Grund und Boden. Kurzfristig bedarf es Instrumente des Bundes,
216 um Bundesländer und Kommunen beim Rückkauf privatisierter Flächen zu unterstützen,

217 eine institutionalisierte Förderung kleiner und mittlerer Agrargenossenschaften und
218 gesetzlicher Regelungen zur Ermöglichung und Vereinfachung der Vergesellschaftung
219 oder Enteignung von Immobilien.

220

221 **4. Ein Ende der Austerität jetzt!**

222 Die Abschaffung der Schuldenbremse ist eines der zentralen Ziele zur Rückgewinnung
223 der vollen Handlungs- und Leitungssouveränität der öffentlichen Hand. Nur durch sie
224 können kurzfristig die notwendigen Investitionen getätigt werden, um die
225 Bundesrepublik zukunftsfähig zu machen. Diese sind für den ostdeutschen Raum von
226 besonderer Bedeutung: Investitionen in Infrastruktur, staatliche Handlungsfähigkeit
227 und Zukunftstechnologien ermöglichen hier überhaupt erst den Schritt hin zu einer
228 Schaffung vollumfänglicher Daseinsvorsorge und dem Ingangsetzen einer
229 Reindustrialisierung.

230 Soweit die Abschaffung der Schuldenbremse an den vorhandenen politischen Mehrheiten
231 scheitert, fordern wir die Schaffung einer Sondervermögens "Aufbau Ost" zur
232 Finanzierung von infrastrukturellen Maßnahmen, um die ostdeutschen Bundesländer in
233 die Lage zu versetzen, sich wieder selber tragen zu können.

234

235 **III. Staatliche Daseinsvorsorge als Garant gleichwertiger Lebensverhältnisse!**

236 Kaum etwas hat in den vergangenen 30 Jahren den gesellschaftlichen Zusammenhalt und
237 die Beständigkeit demokratischer Institutionen in den ostdeutschen Bundesländern so
238 beschädigt wie der stetige Abbau und Rückzug staatlicher Daseinsvorsorge. Ein
239 Aufbauprogramm Ost muss deshalb das Ziel haben, eine vollumfängliche Daseinsvorsorge
240 wiederherzustellen.

241

242 **1. Stärkung kommunaler Daseinsvorsorge**

243 Die Hauptleistung der Organisation der Daseinsvorsorge erfolgt auf kommunaler Ebene.
244 Hier zeigen sich die Auswirkungen der Turboprivatisierungen der 90er-Jahre besonders
245 deutlich. Wir fordern daher die Schaffung eines bundesweiten
246 Rekommunalisierungsprogrammes.

247 Im Zuge dieses Programmes muss es einen ordnungsrechtlichen, über das Bundesrecht
248 durchgesetzten Privatisierungsstopp geben, der es unter Druck geratenen Kommunen
249 verbietet, öffentliches Eigentum der Daseinsvorsorge zu privatisieren.

250 Darüber hinaus braucht es weiter ein kommunales Entschuldungsprogramm, welches
251 insbesondere auch mit Altschulden belastete kommunale Gesellschaften, kommunale
252 Wohnungsunternehmen und Eigenbetriebe erfasst, um wieder die volle kommunale
253 Handlungsfähigkeit herzustellen.

254 Im folgenden Schritt müssen die Kommunen dann in die Lage versetzt werden, bereits
255 privatisierte Güter der Daseinsvorsorge zurückzuerwerben. Weil viele Kommunen zu den
256 hierfür notwendigen Startinvestitionen nicht ohne weiteres in der Lage sind, fordern
257 wir die Koordinierung einer gezielten Erwerbspolitik auf Ebene der Bundesländer, die
258 durch den Bund im Rahmen eines Rekommunalisierungsfond oder Ähnlichem finanziell
259 unterstützt wird und in deren Zuge dann letztlich eine Rückübertragung an die
260 entsprechende kommunale Ebene stattfindet.

262 2. Bezahlbare Energieversorgung und Versorgungssicherheit

263 Zur Sicherung einer bezahlbaren Energieversorgung, auch in Ostdeutschland, bedarf es
264 eines konsequenten Umstieg auf erneuerbare Energien. Ostdeutschland kann hier für die
265 gesamte Republik auch aufgrund der noch vorhandenen Gestaltungsräume eine tragende
266 Rolle einnehmen und die bereits jetzt schon hohen Produktionskapazitäten weiter
267 erhöhen. Von zentraler Bedeutung ist jedoch, dass der notwendige Netzausbau zum
268 Transport der erzeugten Energie endlich konsequent vorangetrieben wird und dass
269 diejenigen, die diesen seit Jahren blockieren, in die Schranken gewiesen werden.
270 Darüber hinaus bedarf es einheitlicher Regeln, die eine Beteiligung der Menschen vor
271 Ort an den durch die Produktion erzeugten Gewinnen ermöglichen, um die Akzeptanz von
272 Produktionsanlagen zu verbessern.

273 Da bis zum vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien, Erdgas langfristig als
274 günstige Zwischentechnologie ausfällt, bedarf es staatlicher Regulierung bei der
275 Bildung der Energiepreise. Wir fordern deshalb einen Strom- und Gaspreisdeckel und
276 die Finanzierung des hierdurch entstehenden Deltas zwischen Einkaufs- und
277 Verkaufspreisen bei den Versorgern durch Bundesmittel, die durch eine einmalige
278 Vermögensabgabe und eine Besteuerung von Übergewinnen erlangt werden sollen.

279 Die Problematik einer stabilen Energieversorgung wird in Ostdeutschland durch die
280 Ausrichtung der Versorgungsinfrastruktur aktuell enorm verschärft: Während sich viele
281 Speicherkapazitäten in Westdeutschland befinden, sind zum Transport notwendige
282 Pipelines oft nur von Ost nach West nutzbar. Es bedarf deshalb eines zügigen Ausbaus
283 des Transportinfrastruktur. Konkretes Beispiel hierfür ist unter anderem die
284 Schaffung von Anlandekapazitäten für LNG in Lubmin. Von hier aus kann über die
285 vorhandene Infrastruktur, die Energieversorgung in Ostdeutschland entscheidend
286 gestützt werden.

287

288 3. Mobilität

289 Mobilität ist ein Grundrecht und zentraler Baustein einer ganzheitlichen und modernen
290 Daseinsvorsorge. Eine Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen ist nicht möglich
291 ohne einen gleichwertigen Zugang zu Mobilitätsangeboten. Diesen Anspruch im
292 ländlichen Raum zu erfüllen, stellt die jeweils Verantwortlichen bereits
293 grundsätzlich vor enorme Herausforderungen.

294 In der ostdeutschen Fläche potenzieren sich diese Herausforderungen: Außerhalb der
295 wenigen und oft weit entfernten Ballungszentren trifft eine besonders niedrige
296 Bevölkerungsdichte auf enorme geografische Räume. Während des Geltungszeitraumes des
297 9-Euro-Tickets waren diese Effekte besonders spürbar. War das 9-Euro-Ticket an den
298 meisten Orten ein voller Erfolg, so führte es in den Räumen der ostdeutschen Fläche
299 nur zu einer geringen Steigerung der Nutzung des ÖPNV über touristische Zwecke
300 hinaus.

301 Hauptgrund hierfür ist, dass viele Menschen überhaupt nicht oder nur mangelhaft an
302 die Infrastruktur des öffentlichen Nahverkehrs angebunden sind. Hier herrscht eine
303 Wechselwirkung zwischen mangelhaftem Ausbau und fehlender Bezahlbarkeit, die zu
304 einem stetigen Abbau von Angeboten des ÖPNV und SPNV führt: Aufgrund der schlecht
305 ausgebauten Infrastruktur und mangelnder Modernisierung ist die Nutzung des

306 öffentlichen Nahverkehrs, dort wo überhaupt möglich, oft unattraktiv. Dies führt zu
307 noch geringeren Fahrgastzahlen und damit zu extrem hohen Vorhaltekosten je Fahrgast.
308 Im derzeitigen Berechnungssystem für Ticketpreise resultiert hieraus eine stetige
309 Preissteigerung, die die Nutzung des ÖPNV/SPNV wiederum unattraktiver macht. Im Sinne
310 der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und im Sinne eines Rechtes auf
311 Mobilität bedarf es deshalb eines gleichzeitigen Ausbaus von Infrastruktur bei einer
312 Absenkung von Zugangsvoraussetzungen, insbesondere einer gezielten Senkung der
313 Preise.

314 Hierfür fordern wir die Reaktivierung aller in den letzten 30 Jahren stillgelegten
315 Schienenstrecken und den gleichzeitigen Ausbau der vorhandenen Strecken auf
316 mindestens Zweispurigkeit, wodurch die benötigte Takterhöhung realisiert werden kann.

317 Um die Räume zwischen dem vorhandenen und neu zu errichtendem Schienennetz trotz
318 ihrer Größe und niedrigen Bevölkerungsdichte angemessen anzubinden, braucht es eine
319 Förderung innovativer Rufbussysteme. Da sich der Anspruch auf Mobilität nicht auf den
320 Nahverkehr reduziert, fordern wir eine konsequente Anbindung ostdeutscher
321 Ballungszentren an den Fernverkehr, auch wenn diese im bundesdeutschen Vergleich
322 möglicherweise nicht auf den ersten Blick als Ballungszentren erscheinen mögen. Im
323 Zuge vergangener Mobilitätspakete des Bundes kam es hier teilweise zur Streichung von
324 Verbindungen zu Gunsten westdeutscher Ballungszentren.

325 Um den Zugang zur Mobilität für alle zu gewährleisten, fordern wir möglichst
326 bezahlbare, nachvollziehbare und einheitliche Tariflösungen. Das "heilige römische
327 Reich deutscher Tarifzonen" gehört abgeschafft!

328

329 **IV. Wir wollen die grüne Reindustrialisierung!**

330 Langfristig wird eine Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in Ost und West nur
331 gelingen, wenn es gelingt, in Ostdeutschland eine echte Reindustrialisierung
332 einzuleiten. Nur durch sie kann es gelingen, das Lohnniveau nachhaltig stabil zu
333 halten und Zukunftsperspektiven für junge Menschen zu schaffen. Wir setzen dabei
334 nicht auf Technologien und Ansätze des vergangenen Jahrhunderts! Die
335 Reindustrialisierung in Ostdeutschland, wie wir sie fordern, basiert auf
336 Zukunftstechnologien und ist integraler Bestandteil der sozial-ökologischen
337 Transformation.

338 Wir stehen für die Ansiedlung innovativer, ökologischer und hochwertiger Industrie in
339 Ostdeutschland ein. Dies bedeutet jedoch keinen Freifahrtschein für Investor*innen!
340 Starke Gewerkschaften, gute Arbeitsbedingungen und hohe mit dem Westniveau
341 vergleichbare Löhne sind für uns die Voraussetzung jeglicher Ansiedlung. Die Zeit der
342 "verlängerten Werkbank" Ostdeutschland muss ein für alle mal vorbei sein!

343 Wir lehnen die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen für Investor*innen zum Beispiel
344 in Form von, für bestimmte Gebiete oder sogar für einzelne Investor*innen
345 ausgewiesene Steuererleichterungen oder -erlasse ab. Die Vergangenheit hat gezeigt,
346 dass eine solche Ansiedlungspolitik lediglich zur Abschöpfung von Mitnahmeeffekten
347 führt. Die von uns angestrebte Reindustrialisierung ist eine langfristige und
348 nachhaltige.

349 Um dies zu gewährleisten, fordern wir eine Umstellung der GRW-Förderung
350 (Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsinfrastruktur") und der

351 übrigen Subventionspolitik des Bundes und der Länder auf das Leitziel
352 Dekarbonisierung.

353 Darüber hinaus bedarf es einer intensiveren und gezielteren Förderung von
354 mittelständischen und Familienunternehmen im Bereich innovativer Wirtschaftsformen
355 und Technologien, da diese das Rückgrat der ostdeutschen Wirtschaft bilden.
356 Insbesondere im Bereich der Wasserstoff- und Speichertechnologie bietet
357 Ostdeutschland hier die notwendigen Voraussetzungen um Zukunftsinnovationen im
358 Zusammenspiel mit einer gezielten Forschungspolitik des Bundes aus der Breite der
359 Gesellschaft zu schaffen und der gesamten Bevölkerung zugänglich zu machen. Der Bund
360 soll in diesem Bereich tätige kleine und mittlere Unternehmen gezielt fördern und im
361 Gegenzug für diese Förderung eine Abriegelung neuer Technologien von der
362 Nutzbarmachung für breite Bevölkerungsteile durch unnötige Patente oder übertriebenes
363 Gewinnstreben verhindern.

364 Wichtige Voraussetzungen für die Ansiedlung neuer Unternehmen ist, dass es eine gute
365 regionale Binnennachfrage und Erwerbsmöglichkeiten für Familienangehörige der
366 Angestellten des Unternehmens gibt. Um dies zu gewährleisten fordern wir, dass in der
367 mittelfristigen Zukunft neue Standorte von Bundesministerien und ihnen
368 untergeordneten Behörden ihren Sitz in Ostdeutschland erhalten.

369

370 **V. Ostdeutsche Identität anerkennen!**

371 Aufgrund der materiellen Unterschiede zwischen den ostdeutschen und westdeutschen
372 Bundesländern und den damit im Zusammenhang stehenden unterschiedlichen Erfahrungen
373 und Lebensrealitäten im Bereich von Zukunftschancen und offen stehenden Möglichkeiten
374 hat sich in den letzten 30 Jahren in nicht unerheblichen Teilen der Bevölkerung der
375 ostdeutschen Bundesländer eine spezifisch ostdeutsche Identität herausgebildet, die
376 über die Lebenshorizonte in der ehemaligen DDR und den unmittelbaren Systemwechsel
377 hinausgeht und sich nunmehr auch auf Bereiche bezieht, die nicht mehr Teil der
378 ursprünglichen materiellen Sphäre sind.

379 Auch wenn das langfristige Ziel die Schaffung einer tatsächlichen gesellschaftlichen
380 Vereinigung durch Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Aufhebung
381 bestehender Widersprüche bleibt, ist es eine Frage der Gerechtigkeit, diese Identität
382 anzuerkennen.

383 Als Ausdruck dieser Anerkennung benennen wir Jusos eine angemessene Repräsentanz
384 Ostdeutscher in ostdeutschen Eliten als politisches Ziel und fordern auf Bundesebene
385 die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu den Tätigkeiten
386 der Treuhand und der von ihr betriebenen Turboprivatisierung.

387 Wir fordern weiter, dass diese gewachsene ostdeutsche Identität eine angebrachte und
388 klischeefreie Darstellung im Programm des öffentlich-rechtlichen Rundfunkes erhält
389 und eine angemessene Repräsentanz ostdeutscher Perspektiven auch in der
390 gesamtdeutschen Öffentlichkeit stattfindet. Dabei müssen insbesondere die
391 spezifischen Erfahrungen ostdeutscher Migrationsgeschichte und die sie tragenden
392 Menschen abgebildet werden.

393 Um dies zu erreichen, soll bei dem Beauftragten für Ostdeutschland der
394 Bundesregierung ein sogenannter Ostdeutschlandrat gegründet werden, der die
395 Heterogenität ostdeutscher Perspektiven widerspiegelt und der diesem beratend zur

396 Seite steht.

397

398 **VI. Seit an Seit in eine bessere Zukunft**

399 Wir Jusos sind der festen Überzeugung, dass die hier dargestellten Maßnahmen einen
400 Einstieg in das dringend notwendige vollständige Zusammenwachsen unserer Republik
401 ermöglichen. Das Streben nach diesem Zusammenwachsen ist immanenter Bestandteil
402 unseres Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft, in der jeder einzelne Mensch
403 unabhängig von Herkunft befähigt ist, ein freies und emanzipiertes Leben in einer
404 solidarischen und demokratischen Gesellschaft zu führen.

405

406 Für dieses Ziel streiten wir trotz allen unterschiedlichen Erfahrungen gemeinsam,
407 solidarisch und Seit an Seit!

408

409

410 [\[1\]](#) Stefan Mau: Lütten Klein - Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft,
411 Kapitel II 4, Abschnitt "Gesellschaft der Habenichtse", Seite 169 ff.

412 [\[2\]](#) wie oben

413 [\[3\]Der Lange Weg nach oben: Wie es Ostdeutsche in die Eliten schaffen.pdf \(mdr.de\)](#)

414 [\[4\]FA-5009.pdf \(dezim-institut.de\)](#)

415 [\[5\]21-50-1.pdf \(diw.de\)](#)

416 [\[6\]21-5-1.pdf \(diw.de\)](#)

Antrag D02: Reform der Mandatsträgerbestechung – aus den Fällen Löbel, Nüßlein und Amthor lernen

Antragsteller*in:	Jusos Hamburg
Sachgebiet:	D - Demokratie & Partizipation

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Der Juso-Bundeskongress möge zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag
- 2 beschließen:
- 3 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für Folgendes einzusetzen:
- 4
- 5 1. Der § 108e StGB ist tatbestandlich dahingehend auszuweiten, dass die Anforderung
- 6 an die Unrechtsvereinbarung für die Bestechung von Abgeordneten an die
- 7 Amtsträgerkorruption angeglichen werden.
- 8 2. Der § 108e StGB ist tatbestandlich auf nachträgliche Vorteile auszuweiten.
- 9 3. Der § 108e StGB ist tatbestandlich auf Aktivitäten auszuweiten, die über die
- 10 rein parlamentarische Tätigkeit hinausgehen, mit dem Mandat jedoch unmittelbar
- 11 verknüpft sind.

Begründung

Die sog. „Maskendeals“, bei denen Abgeordnete Provisionen für die Beschaffung von Schutzmasken kassiert haben, sorgten im letzten Jahr für große Empörung. Als Reaktion hat die große Koalition noch in der letzten Legislaturperiode das Strafmaß erhöht und den § 108e StGB zum Verbrechen hochgestuft. Leider greift dies jedoch zu kurz, da der Tatbestand der Mandatsträgerbestechung gem. §108e StGB zu eng gefasst ist.

Die in die Maskenaffäre verstrickten Abgeordneten müssen für ihr Verhalten aller Wahrscheinlichkeit nach keine strafrechtlichen Konsequenzen fürchten – und müssten dies trotz Strafmaßschärfung auch in Zukunft nicht.

Der/die Abgeordnete muss die Anknüpfungshandlung „im Auftrag oder auf Weisung“ begangen haben. So soll sich der Anwendungsbereich der Korruptionsnorm auf Fälle besonders eklatanten Missverhaltens beschränken und so die freie Mandatsausübung der ParlamentarierInnen schützen. In der parlamentarischen Praxis ist letztere stets von einem schmalen Grat zwischen erwünschtem Austausch mit Interessengruppen und verbotener Beeinflussung geprägt.

Die restriktive Ausgestaltung der Norm führt jedoch im Ergebnis dazu, dass ein einfacher Tausch („Stimme für Vorteil“) nicht ausreicht. Für die Verwirklichung des § 108e StGB ist es vielmehr notwendig, dass sich die/der Abgeordnete „den Interessen des Vorteilsgebers unterwirft“^[1], die konkrete Mandatsausübung, z.B. die Stimmabgabe, also nicht (auch) auf innere Einstellungen zurückzuführen ist. Da schon die Belohnung für die konkrete Ausübung des Mandats – unabhängig von der subjektiven Einstellung der/des Abgeordneten – das Vertrauen in die Integrität der parlamentarischen Arbeit erheblich stört, wäre eine weniger restriktive Ausgestaltung allerdings sinnvoll. Beachtenswert ist an dieser Stelle, dass der Gesetzgeber im Rahmen des § 108e StGB weit hinter den Anforderungen an die Unrechtsvereinbarung anderer Korruptionsnormen – etwa der Bestechung von beispielsweise RichterInnen gem. §§ 332, 334 StGB

– zurückbleibt.

In der Praxis führt diese Konzeption auch zu erheblichen Beweisschwierigkeiten, sodass teilweise von „symbolischen Strafrecht“^[2] gesprochen wird. Dass Zuwendung und Handlung in einem direkten Austauschverhältnis stehen und sich die/der Abgeordnete im Rahmen eines Weisungsverhältnisses dem Willen des/der VorteilsgeberIn unterordnet, lässt sich nämlich kaum nachweisen. Sofern ein(e) Abgeordnete(r) die Vereinbarung zur Korruptionshandlung nicht gerade schriftlich festhält, kommt es kaum zu einer strafrechtlichen Verfolgung. Um dies zu ändern, bedarf es einer Anpassung der Norm an die Amtsträgerkorruption.

Auch an anderer Stelle ist der § 108e StGB lückenhaft ausgestaltet. Im Gegensatz zur Beeinflussung künftigen Verhaltens, bleibt die nachträgliche Belohnung für die Mandatsausübung (die sog. „Dankeschön-Spende“) nämlich stets straffrei. Das Argument, nur eine zukünftige Beeinflussung könne die Integrität des parlamentarischen Verfahrens beeinträchtigen, greift zu kurz – und wird auch in anderen Korruptionstatbeständen nicht bemüht. Auch zeitlich nachgelagerte Belohnungen können Abgeordnete im Hinblick auf zukünftige Entscheidungen erheblich beeinflussen und berühren damit letztlich in ähnlicher Weise die Integrität des Parlaments. Eine andere Begründung ist auf den ersten Blick nachvollziehbarer. Abgeordnete sollen nicht bei jeder Spende, die beispielsweise thematisch in die Nähe ihres Abstimmungsverhalten gerückt werden könnte, ein Ermittlungsverfahren fürchten müssen. Dies überzeugt im Ergebnis jedoch nicht. Schließlich wird sich ein Anfangsverdacht nicht allein auf die Existenz einer Zuwendung stützen lassen, welche vom PartG gerade gebilligt werden. Um ausufernden Ermittlungstätigkeiten vorzubeugen, fallen Ermittlungsverfahren im Rahmen des § 108e StGB dazu bewusst in den Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Generalstaatsanwaltschaft.

Ein weiteres Problem stellt sich hinsichtlich der Grenze, wann Abgeordnete als Privatpersonen (etwa als bezahlte(r) BeraterIn/VermittlerIn) handeln und wann verbotenerweise als MandatsträgerIn. In der Praxis ist nämlich kaum sinnvoll abzugrenzen, wann Abgeordnete „bei der Wahrnehmung ihres Mandats“ handeln bzw. wann lediglich die Autorität des Mandats nutzen. Dass letztere Handlungen teilweise genauso strafwürdig sind, von der jetzigen Konzeption des Tatbestandes aber nicht umfasst sind, zeigen die Ermittlungseinstellungen bzw. Freisprüche in den Fällen Nüßlein, Amthor und Co.^[3]

Die Bedeutung der freien Mandatsausübung muss im Rahmen des § 108e StGB zweifelsohne einbezogen werden; jedoch zeigen insbesondere die Beispiele aus jüngerer Vergangenheit, dass es dringend einer Neukonzeption des Tatbestandes bedarf. Der enge Anwendungsbereich und die erheblichen Beweisschwierigkeiten führen in der Praxis quasi zur Bedeutungslosigkeit der Norm – seit Neufassung im Jahr 2014 beläuft sich die Anzahl der Verurteilungen auf zwei.^[4]

^[1] BT-Drs. 18/476, S. 7.

^[2] 2 So etwa Müller in MüKo-StGB, 4. Aufl., § 108e StGB, Rn. 5

^[3] Das OLG München (Beschl. v. 17.11.2021 – 8 St 3/21) führt dazu aus:

„Der Senat hat es aufgrund der Gewaltenteilung hinzunehmen, dass die Vorstellung des Deutschen Bundestags über die Strafwürdigkeit gewisser Verhaltensweisen seiner Mitglieder (...) von der Auffassung der internationalen Normgeber substanziell abweicht, auch wenn die diesbezüglichen Erwägungen des deutschen Gesetzgebers, dass es keinen Anlass gebe, die missbräuchliche Einflussnahme unter Strafe zu stellen (...) und dass ein Bedürfnis für eine derart weitgehende Bestrafung dritter Personen bislang nicht aufgetreten sei (...), vor dem Hintergrund des vorliegenden Falls zweifelhaft erscheinen dürften.“

^[4] Korruption Bundeslagebild 2020 (BKA); Zwei größere Ermittlungen in Niedersachsen und Brandenburg 2016/17 dabei ausgenommen.

Antrag D03: Dienstpflicht ist so 2011. Engagement fördern, statt Dienst zu erzwingen!

Antragsteller*in:	Jusos Hannover
Sachgebiet:	D - Demokratie & Partizipation

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Dienstjahr, Deutschlandjahr, Pflichtdienst: Immer wieder wird uns alter Wein in neuen
2 Schläuchen serviert. Zuletzt war es der Bundespräsident, der öffentlich eine soziale
3 Pflichtzeit zur Debatte stellte und dabei vom Militärdienst bis zur Betreuung von
4 Senior*innen eine Bandbreite an möglichen Pflichttätigkeiten für junge Menschen
5 aufzählte.

6 Dieser Vorschlag ist nicht neu. Vor drei Jahren war es die damalige
7 Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, die mit einem "Dienstjahr"
8 nicht nur den sozialen Zusammenhalt, sondern vor allem auch die Bundeswehr stärken
9 wollte. Insbesondere konservative Kommentator*innen greifen jede Wiederholung dieses
10 Vorschlags gerne auf. Egal wie genau das jeweilige Modell genannt wird, auf welche
11 Dienste es sich erstreckt oder wie lang es dauern soll, eins haben alle Vorschläge
12 gemeinsam: Ältere Menschen wollen jungen Menschen vorschreiben, wie sie sich in diese
13 Gesellschaft einzubringen haben. Sie interessieren sich dabei nicht für die
14 Bedürfnisse junger Menschen und sie bringen vor allem einen negativen Blick auf junge
15 Generationen mit, statt ihr vielseitiges Engagement anzuerkennen. **Wir Jusos wollen,**
16 **dass junge Menschen endlich einbezogen werden und nicht eingezogen!**

17 **Wieso eine Dienstpflicht junges Engagement nicht fördert**

18 Die Dienstpflicht soll, so die Befürworter*innen, den sozialen Zusammenhalt stärken,
19 indem sie junge Menschen dazu bringe, sich mehr für ihre Mitmenschen zu engagieren
20 und einzusetzen. Dabei ist diese Überlegung aus verschiedenen Gründen falsch. Erstens
21 engagieren sich zahlreiche junge Menschen neben Schule, Studium und Ausbildung oder
22 absolvieren ein freiwilliges Jahr nach ihrer Schulzeit - und das obwohl das
23 Engagement junger Menschen an vielen Stellen eher gebremst als gefördert wird. Der
24 negative Blick auf die Jugend wird diesem vielseitigen Engagement nicht gerecht.
25 Zweitens ist überhaupt nicht ersichtlich, wie eine Dienstpflicht bei denjenigen, die
26 aktuell nicht an sozialem Engagement interessiert sind, zu einem Sinneswandel führen
27 soll. Zwang überzeugt nicht. Im Gegenteil, Menschen, die sich zu Tätigkeiten
28 gezwungen fühlen, womöglich sogar von ihren eigentlichen Interessen abgehalten
29 fühlen, werden gesellschaftlichen Einsatz danach vor allem als Last auffassen. Und
30 drittens sind mögliche Tendenzen zur gesellschaftlichen Polarisierung nicht auf eine
31 mangelnde soziale Ausrichtung der Jugend zurückzuführen. Der Blick auf Gruppen, die
32 Hass und Hetze in der Gesellschaft vorantreiben, zeigt etwas ganz anderes:
33 Querdenker*innen, Pegida, Reichsbürger*innen oder AfD-Anhänger*innen, um nur einige
34 Beispiele zu nennen, zeichnen sich allesamt durch ein vergleichsweise hohes
35 Durchschnittsalter aus. Viele der daran Beteiligten haben entweder noch Wehr- oder
36 Zivildienst absolviert. Vor Radikalisierung und Hass auf Andersdenkende hat es sie
37 nicht bewahrt. Gleichzeitig zeigen Studien wie die Mitte-Studie der FES, dass
38 Jugendliche insgesamt toleranter und weltoffener sind. Der Lösungsvorschlag

39 "Pflichtdienst" kann also schon deshalb nicht erfolgreich sein, weil er an den realen
40 Problem vorbeigeht.

41 **Wehrpflicht? Nein danke!**

42 Als Jusos haben wir uns bereits 2010 für das Ende der Wehrpflicht eingesetzt. Bei der
43 Diskussion um ein verpflichtendes Dienstjahr müssen wir diese Position erneut
44 bestärken. Trotz der aktuellen Umstände und dem Krieg in Europa, der so einige
45 unserer Positionen ändert, dürfen wir nicht an der Ablehnung der Wehrpflicht
46 zweifeln. Eine allgemeine Wehrpflicht löst nicht die Probleme der Bundeswehr, sondern
47 würde sie verstärken. Selbst die Führungsetage der Bundeswehr lehnt die Dienstpflicht
48 ab und sieht sich nicht in der Lage, 700.000 junge Menschen auszubilden. Unmotivierte
49 Wehrdienst- oder Zivildienstleistende helfen weder der Bundeswehr, noch sozialen
50 Einrichtungen. Ebenso wie das soziale Jahr, muss auch die Verteidigungspolitik
51 reformiert werden. Statt einer Dienstpflicht müssen wir die Fehler der letzten
52 Verteidigungsminister*innen aufarbeiten und die Ausstattung und Ausbildung der
53 Bundeswehr reformieren. Ausrüstung und Ausbildung befinden sich derzeit in einem
54 miserablen Zustand, der die Bundeswehr schlecht einsatzfähig macht. Die Mehrausgaben
55 einer Wehrpflicht stehen in keinem Verhältnis zu den finanziellen Mitteln, die nötig
56 sind, um unsere Bundeswehr einsatzfähig zu machen. Vielmehr müssen wir die gemeinsame
57 Verteidigungspolitik der NATO stärken und in eine bündnisfähige Armee investieren.
58 Gemeinsam mit den NATO-Partnern verfügen wir über knapp 3 Millionen Soldat*innen, die
59 ein unvergleichbares Verteidigungsbündnis darstellen. Auch Christine Lambrecht
60 spricht sich gegen die Wehrpflicht aus. Es spricht gegen unser jungsozialistisches
61 Grundverständnis, junge Menschen zum Kriegsdienst zu zwingen. Junge Menschen müssen
62 selbst entscheiden dürfen, ob und inwiefern sie sich an der Verteidigungspolitik
63 beteiligen. Eine Förderung und Modernisierung des freiwilligen Wehrdienstes ist dabei
64 zielführender und nachhaltiger als ein verpflichtendes Dienstjahr bei der Armee.

65 **Ursache und Symptom nicht vertauschen: Eine Dienstpflicht hilft den** 66 **Gesundheitsberufen nicht!**

67 Aktuell sind es über 200.000 und bis zum Jahr 2030 sogar circa 500.000 Pfleger*innen
68 die in Deutschland im Rahmen des Pflegenotstands fehlen und fehlen werden. Darüber
69 hinaus erwägen sogar noch zusätzlich knapp 40% der Pflegekräfte ihren Beruf zu
70 verlassen. Dies ist die Folge von schlechten Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen,
71 in der Pflege und in den Krankenhäusern unter denen die Angestellten ihre hoch
72 anzuerkennende Arbeit bewältigen müssen. In der Diskussion zum Dienstjahr soll nun
73 das jahrelange Politikversagen kaschiert und die Personallücken in den Gesundheits-
74 und Sozialberufen mit jungen ungelernten Menschen im verpflichtendem Dienstjahr mit
75 prekärer Beschäftigung gestopft werden. Der Vorschlag ist den engagierten Fachkräften
76 in der Pflege und in sozialen Berufen respektlos gegenüber und verkennt Ursache und
77 Symptom, denn die Pflegekräfte brauchen keine kurzfristig anzulernenden Hilfskräfte,
78 welche ihr Dienstjahr verrichten müssen. Wir brauchen endlich strukturelle
79 Veränderungen und bessere Arbeitsbedingungen! Konkret heißt das mehr Bezahlung,
80 weniger Zeitdruck, bessere Vereinbarkeit mit der Familie, flexiblere Arbeitszeiten,
81 eine bessere Mitbestimmung und eben auch mehr Personal, damit das Gefühl vieler
82 Pflegekräfte den vielen Patient*innen nicht mehr gerecht werden zu können, endlich
83 endet. Den Personalmangel wird man politisch nur gerecht, wenn man das Problem an der
84 Wurzel packt und endlich die notwendigen verbesserten Arbeitsbedingungen schafft. Denn

85 es können sich 48% der Pflegeberufsausteiger*innen vorstellen bei den verbesserten
86 Arbeitsbedingungen ihren erlernten Beruf wieder auszuüben.

87 **Zusammenhalt fördern statt erzwingen**

88 Zahlreiche junge Menschen engagieren sich bereits in Initiativen, Vereinen und
89 Parteien. Viele weitere würden sich gerne mehr engagieren. Statt ein weiteres Mal
90 über Pflichtjahre zu debattieren, sollten wir endlich darüber sprechen, wie wir
91 dieses freiwillige Engagement wirklich fördern und stärken können.

- 92 • Schule, Ausbildung, Studium und Weiterbildung müssen so gestaltet sein, dass
93 junge Menschen ausreichend Freizeit haben, um sich ehrenamtlich zu engagieren.
94 Für eine demokratische und resiliente Gesellschaft dürfen junge Menschen
95 faktisch nicht vor die Wahl gestellt werden: Bildungsabschluss oder Ehrenamt.
- 96 • Mehr Freiräume für junge Berufstätige und junge Eltern schaffen: Engagement kann
97 nicht isoliert von den Rahmenbedingungen betrachtet werden, in denen es
98 stattfindet. Unsicherheit und Stress im Job halten junge Berufstätige vom
99 Engagement ab, viele, die vorher aktiv waren, hören nach Schule oder Studium
100 sogar damit auf. Wer mehr Engagement will, muss sich für eine drastisch
101 verringerte Wochenarbeitszeit und unbefristete Verträge einsetzen! Für junge
102 Familien braucht es deutlich bessere Betreuungsmöglichkeiten und gleichzeitig
103 elternfreundliche Strukturen in Vereinen und Parteien.
- 104 • Egal ob Freiwillige Feuerwehr, Chorgruppe, politische Jugendorganisation und
105 vieles mehr - das breit gefächerte Ehrenamt braucht eine gleichwertige
106 gesellschaftliche Anerkennung
- 107 • Freiwilligendienste wie FSJ oder BFD müssen endlich fair bezahlt werden. Dazu
108 gehört mindestens eine Bezahlung auf Mindestlohniveau. Durch Arbeitsbedingungen
109 und unzureichende Vergütung werden junge Menschen aktuell daran gehindert, sich
110 so einzubringen, wie sie es gerne würden.
- 111 • **Nichts motiviert so sehr wie Mitbestimmung:** Das Modell "Pflichtdienst" ist von
112 einem patriarchalen Blick auf junge Menschen geprägt. Der Staat müsse als
113 strenges Familienoberhaupt die ihm unterstellten Kinder dazu zwingen, sich
114 unterzuordnen und dem Kollektiv zu dienen. Dieses Denken ist illiberal und
115 zeitgemäß. Wer möchte, dass Menschen sich langfristig in diese Gesellschaft
116 einbringen, sollte eine innere Motivation bei ihnen hervorrufen. **Die stärkste
117 Motivation ist die Erfahrung, durch Engagement mitbestimmen und gestalten zu
118 können.** Dazu gehört auch, dass die Politik jünger und vielfältiger werden muss.
119 Nicht zuletzt die Debatte über die Dienstpflicht zeigt, dass immer noch viel zu
120 oft über junge Menschen gesprochen wird und viel zu selten mit ihnen.
- 121 • Teilhabe muss nicht verdient werden: Alle Menschen in der Gesellschaft haben das
122 gleiche Recht auf Mitbestimmung, unabhängig von ihrer Leistung oder vergangenen
123 Leistungen. "Dienste" an der Allgemeinheit dürfen nicht zur Voraussetzung für
124 Teilhabe gemacht werden.

125 **Demokratie und Freiheit**

126 Demokratie bedeutet Freiheit und eine Wahl zu haben. Daher ist es unsere Aufgabe als
127 demokratische Gesellschaft durch politisches Handeln die Rahmenbedingungen so zu
128 setzen, dass allen Menschen und insbesondere auch jungen Menschen wählen können wie

129 sie sich nachhaltig engagieren und für Menschen einsetzen wollen.

Antrag E01: THIS IS EUROPE!

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	E - Europa

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Der bestialische und völkerrechtswidrige russische Angriffs- und Vernichtungskrieg in
2 der Ukraine muss enden. Der Krieg Putins hat die schon länger brüchige
3 Weltfriedensordnung erschüttert. Der Begriff „Zeitenwende“ bezeichnet die notwendige
4 Reaktion auf diese Erschütterung: Die Demokratien müssen auf diesen Angriff gegen die
5 Friedensordnung und den Bruch des Völkerrechts reagieren. Auf langer Sicht braucht es
6 eine Rückkehr zu einer demokratischen Werteordnung. Auf kurzer Sicht muss
7 die Ukraine mit vielerlei Maßnahmen weiter unterstützt und gefördert werden, sei es
8 politisch, wirtschaftlich oder militärisch. Wir als politische Jugend von heute und
9 politische Verantwortungsträger*innen von morgen müssen maßgeblich den Druck auf die
10 Regierungen der freien Welt aufrechterhalten, damit die Ukraine diesen
11 Überlebenskampf siegreich bewältigen kann.
12 Hierzu sind weitreichende Maßnahmen notwendig, die aus unserer Sicht die
13 Bundesregierung und vor allem gegenüber der Europäischen Union unabdinglich umsetzen
14 muss für die Zeitenwende und somit ein friedliches Zusammenleben zwischen den
15 verschiedenen Staaten.

16 **1. Sanktionen und Außenpolitische Maßnahmen**

17 1.1: Das Ziel der militärischen Auseinandersetzungen muss in einer politischen
18 Lösung, u.a. einem
19 Waffenstillstand, enden, die gleichberechtigt und ohne Diktat entstehen. Die
20 bestehenden Sanktionen müssen auch über ein potenzielles Kriegsende und einen
21 möglichen ausverhandelten Friedensvertrag hinaus zeitlich befristet anhalten. Sie
22 dürfen erst dann zurückgenommen werden, wenn ein Vertrauensverhältnis aufgebaut
23 wurde, dass Putins Regime keinen weiteren Angriffskrieg vollziehen wird. Langfristig
24 ist es unser Ziel als demokratische Jugendorganisation, dass wir alle Bemühungen
25 fördern, so dass das russische Volk einen demokratischen Wandel durchlebt. Dafür
26 arbeiten wir mit zivilgesellschaftlichen und politischen Organisationen in Russland
27 zusammen, mit denen wir gemeinsame Wertevorstellungen einer demokratischen und
28 gerechten Gesellschaftsordnung teilen. Der gegenseitige Austausch insbesondere
29 zwischen Jugendorganisationen ist entsprechend unserer internationalistischen Prägung
30 stets Bestandteil unserer politischen Arbeit.

31 1.2: Weitere Sanktionen müssen ergriffen werden. Dazu gehört explizit auch der
32 Ausschluss Russlands
33 aus dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Dafür sollten zu diesem Zweck alle
34 demokratischen Staaten zusammenarbeiten.

35 1.3: Wir müssen die Kriegsverbrechen der russischen Regierung unter Putin weiter
36 international
37 ächten. Verhandlungen mit diesem Regime, dürfen einzig zum Zwecke der Verhinderung
38 weiterer Kriegsakte, der Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung der
39 Friedensordnung geführt werden.

40 1.4: Wir setzen uns langfristig weiterhin für die Nukleare Abrüstung ein. Darunter
41 zählt auch die vollumfängliche Abrüstung von Russlands Nuklearwaffenarsenal.

42 **2. Europäische Verteidigungspolitik**

43 2.1: Europäische Koordinierung und Vernetzung:

44 Deutschland kann in diesem Krieg nicht allein agieren. Es braucht die europäischen
45 Nachbarn, Freunde, Mitgliedsstaaten und Institutionen. Dieser Moment ist auch ein
46 Beweis dafür, dass der Rückzug in nationales Denken und Handeln der falsche Weg ist.
47 Wir unterstützen den aktuellen Kurs der Bundesregierung sich mit den europäischen
48 Verbündeten und Institutionen abzusprechen, gemeinsam zu entscheiden und fordern
49 dieses Vorgehen auch in Zukunft bei anderen Konflikten.

50 2.2: Europas militärische und verteidigende Schlagkraft muss unverzüglich verbessert
51 werden. Im Zuge einer neuen und notwendigen verbesserten Aufrüstung, sollen alle
52 Anstrengungen gemacht werden, die eine baldige Umsetzung einer föderalen
53 europäischen Parlamentsarmee ermöglichen.

54 2.3: Die Europäische Union muss ihre militärische Beschaffungspolitik unverzüglich
55 vereinfachen und
56 entbürokratisieren. Hierzu sollen verbindliche Europäische Vorgaben geschaffen
57 werden. Der Handel
58 mit Rüstungsgütern und Waffen soll auf Staaten die demokratisch, sowie
59 rechtsstaatlich sind und die allgemeine Erklärung der Menschenrechte bedingungslos
60 ausüben begrenzt werden. Waffenlieferungen an die Türkei beispielsweise lehnen wir
61 aufgrund des völkerrechtswidrigen Vorgehens gegen die Kurd*innen Norden Syriens und
62 des Iraks ab.

63 2.4: Sicherung von Handelswegen: Die Europäische Union muss ihre Strategie zur
64 Beschaffung von Rohstoffen zügig aufstellen und die daraus folgenden Schritte zum
65 Schutz der Handels- und Transportwege einleiten, u.a. in Asien. Explizit benennen wir
66 auch die Ostsee in den regelmäßigen Grenzüberschreitungen, auch schon vor dem
67 Angriffskrieg der Ukraine, von Einheiten der Russischen Föderation gemeldet werden.

68 2.5: Europäische und Eurasische Staaten, die durch Russland erkennbar in ihrer
69 Existenz bedroht werden, oder deren Legitimität durch Russland angezweifelt wird,
70 sollen unverzüglich zum Kandidatenpool in die Europäische Union aufgenommen werden,
71 sofern sie den Europäischen Wertekanon teilen. Allein wirtschaftliche Erwägungen
72 dürfen hierbei keine Hindernisse darstellen.

73 2.6: Für diese Armee sollen die Beschränkung im Handeln auf Landesverteidigung und
74 dem Nachkommen von Bündnispflichten gelten. Interventionen sollen kein
75 Handlungsgebiet dieser Armee sein.

76

77 **3. NATO-Bündnispolitik**

78 3.1: Die NATO muss unverzüglich den Beitritt der skandinavischen Länder prüfen,
79 sofern Schweden und Finnland einen solchen Beitritt wünschen. Die Stationierung
80 weiterer NATO-Kampftruppen, an strategischen Grenzregionen muss auf Wunsch dieser
81 Länder sofort erfolgen. Die Bundesregierung wird aufgerufen ihrerseits, alle
82 möglichen Vorkehrungen zu treffen, um diese Länder schnell in die NATO-
83 Verteidigungspolitik zu integrieren.

84 3.2: Die NATO muss Anstrengungen unternehmen, die von Russland bedrohten Länder in
85 die

86 Bündnisstruktur zu etablieren. Das sollte Mittel- bis Langfristig erfolgen.

87 3.3 Deutschland als Mitglied des europäischen Pfeilers in der NATO muss sich darauf
88 konzentrieren,

89 seine Landesverteidigung und Bündnisfähigkeit zusammen mit den europäischen und
90 transatlantischen Alliierten zu stärken und in Zukunft auszubauen. Das

91 Verteidigungsbündnis beweist gerade, seine unverzichtbare Bedeutung. Langfristig
92 setzen wir uns für eine verteidigungspolitisch eigenständige Europäische Union ein,

93 die in ihrer Verteidigung nicht notwendigerweise auf die NATO angewiesen ist und
94 dadurch Unabhängigkeit gewinnt. Verteidigungspolitische Entscheidungen müssen

95 möglichst eng an demokratisch legitimierte außenpolitische Entscheidungen der Staaten
96 angebunden werden. Als Europäische Union müssen wir uns aus der militärischen

97 Abhängigkeit auch von den USA und seiner jeweiligen politischen Führung befreien, wie
98 die Regierungszeit Trumps gezeigt hat.

99 **4. Deutsche Rüstungspolitik**

100 4.1: Die deutsche Rüstungspolitik muss von der Bundesregierung priorisiert werden. Es
101 ist längst überfällig, dass die Bundesregierung die notwendigen und

102 zukunftsorientierten Schlüsseltechnologien- und Industrien überwacht, fördert und
103 schützt. Dabei soll das oberste kurzfristige Ziel eine Integration in ein

104 europäisches Bündnis und eine entsprechende Angleichung von Strategien, Ausrüstungen
105 und Standards sein. Finanzielle Richtlinien oder Obergrenzen von Finanzierung ohne

106 konkrete Evaluierung von Bedarf lehnen wir ab.

107 4.2 Update des Fähigkeitsprofils anhand der Bedrohungslage: Die Fähigkeiten der

108 Bundeswehr unterstehen einem durchgehenden Prozess, aufgrund der Änderung der außen-
109 und geopolitischen Lage. Darum braucht es eine Aktualisierung des Fähigkeitsprofils

110 der deutschen Parlamentsarmee und folglich die notwendige Umsetzung in den
111 verschiedenen Teilstreitkräften der Bundeswehr.

112 4.3: Der Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt: Rüstungsexporte in Kriegsgebiete sind
113 stets kritisch zu sehen, aber zum Teil notwendig, wenn es um unabhängige

114 demokratische Staaten geht, die sich gegen einen Angriffskrieg verteidigen. Das alles
115 stellt die deutsche Rüstungspolitik unter besondere Herausforderungen. Die

116 Bundesregierung wird daher aufgefordert neue Gesetze zu schaffen, die sicherstellen,
117 dass Waffen und Rüstungsgüter nur diejenigen erreichen, die sich gegen

118 völkerrechtswidrige Angriffskriege verteidigen! Ansonsten gilt Ziffer 2.2.

119 Eventuelle Rüstungsimpor-

120 anfragen sind stets restriktiv auszulegen.

121 4.4: Wir setzen uns für die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie ein. Märkte mit in
122 vielen

123 Bereichen einem Anbieter und einem oder sehr wenigen Abnehmern sind nicht
124 sinnvollerweise privat zu organisieren. Es begünstigt ein ineffizientes

125 Rüstungswesen. Darüber hinaus lehnen wir es ab, dass Private Gewinn mit Krieg machen.

126 Niemand sollte ein gewinnwirtschaftliches Eigeninteresse an dem Entstehen von

127 Kriegen und gewaltsamen Auseinandersetzungen haben. Die deutsche Geschichte lehrt

128 uns, wie die Rüstungsindustrie bestehende Kriegstendenzen verstärken kann. Die

129 Verstaatlichung der Rüstungsindustrie leistet damit einen Beitrag zu einer stabilen
130 Friedensordnung.

131 Ferner gilt, dass Steuergelder für die Befriedigung von Aktionär*inneninteresse nicht
132 fließen darf, ebenso dürfen Steuergelder auch nicht für wirtschaftliche Verluste der
133 Rüstungsindustrie genutzt werden.

134

Begründung

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg stellt die Weltordnung vor große Herausforderungen. Zivilist*innen die gefesselt, gefoltert und ermordet wurden zeigen die abscheulichen systematischen Kriegsverbrechen, mit denen die freie Welt konfrontiert wird. Russlands Streitkräfte führen einen Vernichtungskrieg, in denen sie zivile Einrichtungen, u.a. Kinas, Krankenhäuser und Schulen, sowie Warenhäuser gezielt bombardieren. Diese Grausamkeiten verlangen nach einer geschlossenen Antwort Deutschlands und der europäischen Wertegemeinschaft. Die Zeitenwende, so traurig sie anmuten mag, ist ein gelungener Start der Bundesregierung, um uns auf diese neue Weltordnung einzustellen. Jedoch ist die Ausrufung der Zeitenwende nur der Anfang einer neuen Epoche. Es liegt an uns die Zukunft zu gestalten und weitere entschlossene Maßnahmen zu fordern, damit Russlands unmenschlicher Krieg erstickt wird. Neue und weitere Maßnahmen müssen das Regime in Moskau international ächten und der russischen Bevölkerung die Aussichtslosigkeit des vom Regime beschlossenen völkerrechtswidrigen Angriffskrieges aufzuzeigen. Denn eines muss allen klar sein, die Zeit in denen Kanonenrohre und Bombenflugzeuge die Gesckicke dieser Welt entscheiden sind vorbei und dürfen nie mehr wieder kommen. Die Flamme der Freiheit, die die Menschen in der Ukraine 2014 auf dem Euromaidan gezündet haben, hat aber jedes Recht von russischen Marschbefehlen nicht erstickt zu werden.

THIS IS EUROPE, muss die Message der Zeit sein. Nur gemeinsam und gleichberechtigt, und in stetigem Bekenntnis zu unseren Werten, können wir der Ukraine diejenige Hilfe zukommen lassen, vor der das Regime in Moskau sich so sehr fürchtet: geschlossener Solidarität.

Antrag E02: Vorschläge der EU-Bürger*innen nicht in der Schublade verstauben lassen - Ergebnisse der Zukunftskonferenz jetzt umsetzen!

Antragsteller*in: Jusos Berlin

Sachgebiet: E - Europa

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Am 10. März 2021 unterschrieben die Europäische Kommission, das Europäische Parlament
2 und der Rat gemeinsam die Erklärung zur Konferenz zur Zukunft Europas, um einen neuen
3 Prozess zur Auseinandersetzung mit der Zukunft der Europäischen Union und ihrer
4 Institutionen in die Wege zu leiten. Die ursprünglich im Frühling 2019 vom
5 französischen Präsidenten Emmanuel Macron vorgeschlagene Idee zur Konferenz wurde im
6 Sommer 2019 offiziell von der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen als Teil
7 ihrer politischen Schwerpunkte dem Europäischen Parlament vorgestellt und startete –
8 durch die Corona-Pandemie um ein Jahr verspätet – am 9. Mai 2021.

9 Die Jahre vor und während der Konferenz waren von unterschiedlichen Krisen geprägt.
10 Sowohl die Finanz-, Euro- und Schuldenkrisen ab 2007, die gescheiterte gemeinsame EU-
11 Asylpolitik im Sommer 2015, das Referendum Großbritanniens zum Austritt aus der EU im
12 Jahr 2016, seit Anfang 2020 die COVID-19-Pandemie, Russlands Angriff auf die Ukraine
13 im Februar 2022 sowie die immer extremer werdenden Auswirkungen der Klimakrise haben
14 die Frage aufgeworfen, ob die EU dazu in der Lage ist, diesen enormen
15 Herausforderungen gerecht zu werden. Durch die Konferenz sollte ein Raum für
16 Diskussionen geschaffen werden, um Vorschläge aus der Bevölkerung der EU-
17 Mitgliedsstaaten zu erhalten und den Bürger*innen eine Stimme zu geben.

18 Die Ziele der Konferenz waren sehr breit gesteckt: die Teilnehmenden diskutierten
19 über mehrere Monate in verschiedenen Formaten und Konstellationen zu den Themen
20 Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit, Beschäftigung, Demokratie in Europa,
21 Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit, Klimawandel, Umwelt, Gesundheit, Europa in der Welt
22 sowie Migration. Mit dem Abschlussbericht, der am 9. Mai 2022 vorgestellt wurde,
23 sollten die Ergebnisse des gesamten Prozesses zusammengefasst und sichergestellt
24 werden, sodass die entwickelten Ideen der Konferenz der Kommission, dem Rat und dem
25 Europäischen Parlament zur weiteren politischen Beratung, Diskussion und
26 Beschlussfindung vorgelegt werden können. Die Konferenz war eine bisher einmalige
27 Möglichkeit, in der Geschichte der EU sich als Bürger*in an der Gestaltung der EU zu
28 beteiligen. Über 50.000 Teilnehmer*innen haben ihre Ideen auf Veranstaltungen oder
29 auf der digitalen Plattform geteilt und mehr als 800 zufällig ausgewählte
30 Europäer*innen haben daraus 49 Vorschläge und mehr als 320 Maßnahmen zu neun Themen
31 erarbeitet.

32 Die Umsetzbarkeit und politische Erwünschtheit der Vorschläge sowie die Frage, ob für
33 die jeweiligen Vorschläge eine Änderung der EU-Verträge erforderlich ist oder nicht,
34 stellen nun nach Veröffentlichung des Abschlussberichts die wesentlichen politischen
35 Streitpunkte dar. Bis auf 13 Vorschläge ist es möglich alle anderen Ideen, Wünsche,
36 Anregungen und Vorschläge der Zukunftskonferenz innerhalb der geltenden EU-
37 Gesetzgebung und des geltenden EU-Vertrags von Lissabon umzusetzen. Dazu zählen vor

38 allem Vorschläge zu höherer Transparenz und effektiverer Öffentlichkeitsarbeit der
39 EU-Institutionen, mehr sichtbare Bürger*innenbeteiligung, effektivere
40 Marktregulierung und Verbraucher*innenschutz, stärkere und gezieltere Förderung und
41 Ausbau von erneuerbaren Energien, die Schärfung von Klimaschutzgesetzen, die
42 Entwicklung einer gemeinsamen Energieunion und gesamteuropäischer Energienetze,
43 stärkere Finanzmarktregulierung, eine humanitäre und gesamteuropäisch koordinierte
44 Migrationspolitik sowie schärfere Arbeitsschutzgesetze und eine Entwicklung zur
45 Sozialunion. Einige der Vorschläge (vor allem Marktregulierungen und die
46 Öffentlichkeitsarbeit der EU) sind sofort per Anpassung existierender Verordnungen
47 und Regulierungen realisierbar, andere (wie beispielsweise eine gemeinsame humanitäre
48 Migrationspolitik) sind zwar theoretisch ohne Vertragsänderung umsetzbar, unter dem
49 Damoklesschwert der Einstimmigkeit im Rat jedoch wegen konservativen und
50 rechtspopulistischen Vetos politisch kaum umsetzbar.

51 Die Vorschläge der Zukunftskonferenz, die eine Vertragsänderung voraussetzen, sind im
52 Wesentlichen die Abschaffung der Einstimmigkeit in allen, bzw. umfassenden
53 Politikbereichen und dessen Ersetzung durch Entscheidungen mittels qualifizierter
54 Mehrheit, eine gemeinsame europäische Steuer- und Finanzpolitik, die Einführung
55 europaweiter Referenden, eine weitere Föderalisierung der EU inklusive der Bestärkung
56 des Europäischen Parlaments als vollwertige gesetzgebende Kammer mit Initiativrecht
57 sowie die Umbenennung von EU-Institutionen zur besseren Verständlichkeit. Am 9. Juni
58 hat das Europäische Parlament – mit einer klaren Mehrheit von 355 Stimmen – eine
59 Entschließung angenommen, in der der Europäische Rat aufgefordert wird, das Verfahren
60 zur Überarbeitung der EU-Verträge einzuleiten. Unter den Mitgliedstaaten gibt es
61 derzeit zwei Blocks: einen Block für einen Verfassungskonvent und einen Block gegen
62 jegliche Form von Vertragsänderungen.

63 Dieser Antrag hat nicht zum Ziel eine umfassende Forderungsliste aufzustellen, welche
64 EU-Reformschritte wir unterstützen und welche nicht. Es gibt bereits eine umfassende
65 Vielzahl an Beschlüssen aus der jüngeren Vergangenheit, die genau formulieren, wie
66 wir uns die Europäische Union vorstellen, welche kurzfristigen Reformschritte wir
67 fordern, welche grundsätzlichen Vertragsänderungen wir für unsere Vision der
68 Vereinigten Staaten von Europa für notwendig halten und wie eine solche Union fußend
69 auf den Grundprinzipien des demokratischen Sozialismus in Abgrenzung zum europäischen
70 neoliberalen Wirtschaftsprojekt des 20. Jahrhunderts und der frühen 2000er Jahre
71 auszusehen hat. Dieser Antrag hat zum Ziel, all diese Forderungen zu bekräftigen und
72 angesichts der aktuellen Diskussion rund um die Zukunftskonferenz und wie mit ihren
73 Ergebnissen umzugehen ist, einen Impuls zu senden: die Zeit für eine grundlegende
74 Neuordnung der EU – inklusive Verfassungskonvent – ist jetzt!

75 Denn neben den vielen Krisen der letzten Jahre unterstreicht eine andere aktuelle
76 Entwicklung gerade noch zusätzlich, warum eine solche Neuordnung notwendig ist: die
77 wiederbelebte Debatte um die Erweiterung der EU. Im Zuge des russischen Krieges haben
78 die Ukraine, die Republik Moldau und Georgien EU-Mitgliedsanträge gestellt. Die
79 Länder des Westbalkans (Albanien, Nordmazedonien, Montenegro, Bosnien und Herzegowina
80 und Serbien) sehen ihre Beitrittsambitionen infolgedessen ebenfalls mit neuem Leben
81 gefüllt. Wie schwierig es ist, unter der Maßgabe der Einstimmigkeit in einer
82 zunehmend politisch polarisierten EU, in der vor allem Ungarn und Polen von ihrem
83 Vetorecht bei allen nur annähernd progressiv erscheinenden Politikvorschlägen

84 großzügig Gebrauch machen, effektiv Politik zu machen, erleben wir derzeit bereits
85 stark. Möchte die EU mittelfristig ihre Anzahl an Mitgliedsstaaten auf deutlich mehr
86 als 30 erweitern, wird eine zumindest Teil-Abschaffung der Einstimmigkeit und eine
87 deutliche Vertiefung und Weiterentwicklung gemeinsamer Politikbereiche
88 unausweichlich. Will eine erweiterte EU überleben, muss sie sich weiterentwickeln.

89 Nur mit einem Verfassungskonvent können die Ergebnisse der Zukunftskonferenz ernst
90 genommen und die tatsächlich notwendigen Reformen für das Fortbestehen der EU erzielt
91 werden. Insbesondere die Abschaffung der Einstimmigkeit im Rat und die Aufwertung des
92 Europäischen Parlaments zu einer tatsächlichen Gesetzgebungskammer sind dafür
93 unabdingbar. Der Umgang mit den Ergebnissen der Zukunftskonferenz ist auch für die
94 Demokratie in Europa und der Akzeptanz der EU bei den europäischen Bürger*innen von
95 hoher Bedeutung. Die Zukunftskonferenz ist mit dem Ziel gestartet, die
96 Bürger*innenbeteiligung in der EU zu stärken. Angesichts der weit verbreiteten
97 Ansicht, dass die EU keine ausreichende demokratische Legitimation besitzt und daher
98 unter einem Demokratiedefizit leidet, wäre es ein fatales Signal, wenn die Ergebnisse
99 der Zukunftskonferenz und damit die Forderungen der europäischen Bürger*innen zu
100 keinen konkreten Änderungen führen und stattdessen keine Beachtung finden. Zudem hat
101 sich die Bundesregierung bereits in ihrem Koalitionsvertrag darauf geeinigt, dass die
102 Konferenz zur Zukunft Europas in einen verfassungsgebenden Konvent münden sollte.

103 Deswegen fordern wir:

- 104 • Die Bundesregierung soll die Einberufung eines europäischen Verfassungskonvent
105 unterstützen und sich im Europäischen Rat aktiv dafür einsetzen. Das Fenster,
106 das sich gerade für tatsächlichen politischen Fortschritt in Europa geöffnet
107 hat, darf nicht ungenutzt bleiben!
- 108 • Im Rahmen eines Verfassungskonvents soll die Bundesregierung die für die
109 Umsetzung der Forderungen der Zukunftskonferenz erforderlichen
110 Vertragsänderungen unterstützen. Dazu zählen insbesondere die Abschaffung der
111 Einstimmigkeit sowie die Aufwertung des Europäischen Parlament zu einer
112 tatsächlichen Gesetzgebungskammer mit Initiativrecht.
- 113 • Alle weiteren Vorschläge der Zukunftskonferenz, die keiner Vertragsänderung
114 bedürfen und sich mit den Forderungen einer vertieften Europäischen Union im
115 Sinne der demokratisch-sozialistischen Vision der Vereinigten Staaten von Europa
116 decken, sollen schnellstmöglich umgesetzt werden. Dazu zählen insbesondere die
117 Vorschläge zu einem effektiven gesamteuropäischen Arbeitsschutz, dem Ausbau von
118 Rechten europäischer Betriebsräte und europäischer Gewerkschaften, einer
119 gemeinsamen Sozial- und Fiskalunion, einer gemeinsamen Energieunion sowie
120 effektive Regulierungen des Finanzmarktes und der Beschränkung der Marktmacht
121 von Großkonzernen.
- 122 • Damit die Konferenz zur Zukunft Europas keine einmalige Beteiligungsmöglichkeit
123 bleibt, muss sich die Bundesregierung für eine regelmäßige Austragung der
124 Konferenz einsetzen.

Antrag F01: We stand with Ukraine!

Antragsteller*in:	Jusos Hannover
Sachgebiet:	F - Frieden & Internationales

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Am 24. Februar 2022 hat die russische Regierung unter Wladimir Putin endgültig mit
2 dem Völkerrecht gebrochen und ihren Nachbarn, die Ukraine, überfallen. Seitdem tobt
3 ein brutaler Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Es ist ein einseitiger Krieg,
4 ein rücksichtsloser Krieg, ein Krieg, der ganze Städte in Schutt und Asche verwandelt
5 hat, ein Krieg nicht nur gegen die ukrainische Regierung und das Militär, sondern
6 auch gegen Zivilist*innen in der Ukraine und zivile Einrichtungen. **Wir Jusos stehen**
7 **unverrückbar an der Seite der Ukraine und verurteilen den russischen Angriffskrieg!**

8 **Russlands Krieg seit 2014**

9 Die Aggressionen der Putin-Regierung gegen die Ukraine sind nicht neu, auch wenn sie
10 nie so umfassend und so brutal waren wie jetzt. Sie kreisen vor allem um das
11 Verhältnis der Ukraine zur EU und NATO auf der einen, zu Russland auf der anderen
12 Seite. Von besonderer Bedeutung für die aktuelle Situation ist das Jahr 2014: Im
13 November 2013 gab der damalige ukrainische Präsident Wiktor Janukowytsch bekannt,
14 dass die ukrainische Regierung das Assoziierungsabkommen mit der EU aussetzen würde.
15 Diese Entscheidung erfolgte auf Druck von Seiten der russischen Regierung - mit dem
16 Ziel, eine stärkere Bindung der Ukraine an die Europäische Union zu verhindern. Als
17 Folge dieser überraschenden Kehrtwende kam es zu Massenprotesten auf dem Maidan, dem
18 Platz der Unabhängigkeit in Kyjiw, die schließlich zum Sturz der Janukowytsch-
19 Regierung und zur Bildung einer Übergangsregierung führten. Das Putin-Regime
20 beantwortete den Sturz der ihr hörigen Regierung mit militärischen Mitteln: Es
21 annektierte die ukrainische Halbinsel Krim und entflamte einen bewaffneten Konflikt
22 im Osten der Ukraine, der bis heute anhält. Das Vorgehen des russischen Militärs kann
23 dabei als hybride Kriegsführung bezeichnet werden. Der Einsatz von militärischer
24 Gewalt wurde von gezielter Desinformation begleitet. In der Ostukraine und auf der
25 Krim tauchten die sogenannten "grünen Männchen" auf, russische Streitkräfte ohne
26 Hoheitszeichen, zu denen die russische Regierung damals jede Verbindung abstritt.
27 Diese Verbindung von militärischer Aggression mit Propagandakampagnen und
28 Geheimdienstaktivitäten erwies sich für Putins Regierung als Erfolg: Die Krim blieb
29 besetzt, die Ostukraine blieb Kriegsregion und diente letztlich auch als Vorwand, um
30 2022 in den offenen Krieg gegen die Ukraine zu ziehen.

31 **Die Mythen des Kremls**

32 Die Außenpolitik der russischen Regierung ist durch einen aggressiven Nationalismus
33 gekennzeichnet. Dieser Nationalismus bedient sich zwei zentraler
34 Argumentationsstränge: Zum einen die Behauptung einer Einkreisung Russlands durch die
35 NATO, also eine sicherheitspolitische Bedrohung, der man einen Riegel verschieben
36 müsse. Teil dieser Behauptung ist der Verweis auf die NATO-Osterweiterung, die, so
37 wird im Kreml gerne erzählt und auch außerhalb Russlands oft geglaubt, einen

38 Wortbruch darstelle. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion habe die NATO zugesagt,
39 keine ehemaligen Sowjetrepubliken in ihr Bündnis aufzunehmen. Durch den Bruch dieses
40 Versprechens bedrohe die NATO die Sicherheit Russlands. Nach dieser Argumentation
41 wäre der Versuch, die Ukraine vom "Westen" fernzuhalten, also nichts weiter als
42 Selbstverteidigung. Bei genauerem Hinsehen erweist sich diese Behauptung jedoch als
43 Legende: Ein solches Versprechen gab es im Vorfeld der deutschen Wiedervereinigung
44 nicht. Gorbatschow selbst bestätigte das. Im Übrigen dürfen wir davon ausgehen, dass
45 eine solche Zusage, wenn sie der Sowjetunion wichtig gewesen wäre, schriftlich
46 festgehalten worden wäre. Zudem fand die letzte NATO-Osterweiterung 2004 - vor 18
47 Jahren - statt. Da war Gerhard Schröder noch Bundeskanzler (keineswegs für
48 Säbelrasseln gegenüber Russland bekannt). Putin, damals bereits Präsident, beteuerte
49 2004, dass die Osterweiterung der NATO keine Bedrohung für die Russische Föderation
50 bedeute. Nicht zuletzt ging die NATO-Osterweiterung mit der Gründung des NATO-
51 Russland-Rates einher.

52 Schriftlich zugesagt wurde keine Absage an die Osterweiterung der NATO, wohl aber die
53 Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine (Budapester Memorandum, 1994)
54 sowie die freie Bündniswahl (Charta von Paris, 1990), internationale Abkommen, die
55 von Russland unterzeichnet wurden. Weder von der Souveränität noch von der Freiheit,
56 einem Bündnis beizutreten, will die russische Regierung jetzt offenbar etwas hören.
57 Aber die "Einkreisung" durch äußere Mächte ist perfekt dazu geeignet, die Reihen
58 hinter sich zu schließen.

59 Zum anderen bedient sich die Propaganda des Kremls historischer Argumente, die der
60 Ukraine absprechen, ein eigener Staat zu sein und sie stattdessen als natürlichen
61 Teil Russlands sehen. Eine Wendung der Ukraine nach Westen kann auf dieser Grundlage
62 nicht akzeptiert werden. Diese Stoßrichtung ist insofern besonders gefährlich, als
63 sie auf Fragen der "nationalen Identität" abzielt, die emotional polarisieren, aber
64 wenig rationale Verhandlungsgrundlage bieten. Die Argumentation geht zuweilen bis in
65 das 9. Jahrhundert zurück, den angeblichen Ursprung der russischen Nation. Ob aber
66 die Kiewer Rus sich vor über tausend Jahren als russisch oder ukrainisch gefühlt
67 haben, lässt sich heute wohl kaum beantworten und wenn wir ehrlich sind, ist es auch
68 völlig irrelevant. Relevant ist nur, dass solche Mythen als nationalistisches
69 Narrativ genutzt werden, um eine aggressive Außenpolitik gegen einen unabhängigen
70 Staat zu legitimieren und von den Problemen innerhalb Russlands abzulenken. Das ganze
71 verbindet sich mit Putins Anspruch, das imperiale Trauma nach dem Zusammenbruch der
72 Sowjetunion zu heilen und Russland durch die Austragung militärischer Konflikte
73 wieder den Rang einer Großmacht zu sichern.

74 **Nicht Putins erster Krieg**

75 Auch wenn die Ukraine einen besonderen ideologischen Stellenwert für den russischen
76 Nationalismus besitzt, hat Putin auch in anderen Fällen schon zur militärischen
77 Gewalt gegriffen. Die Bilder, die wir heute aus Mariupol oder Charkiw sehen, erinnern
78 uns nicht ohne Grund an Grosny, die Hauptstadt Tschetscheniens oder Aleppo in Syrien,
79 nachdem das russische Militär diese Städte gnadenlos zerstört hatte. Putin wiederholt
80 heute in der Ukraine seine Strategie, die er in diesen Ländern bereits geübt hat: Mit
81 massiver Gewalt gegen zivile Infrastruktur vorzugehen und Zivilist*innen zu töten,
82 bis die Gegenseite zusammenbricht. In Syrien stand Putin dabei an der Seite Assads,

83 um dessen Staatsvolk zu unterdrücken. Ohne Putin wäre Assad wahrscheinlich nicht an
84 der Macht geblieben. Und auch in Belarus und Kasachstan sprang Putin den bedrohten
85 Diktatoren bei, als Massenproteste ausbrachen. Gerade der Fall Belarus ist
86 interessant, weil die Opposition bewusst auf eine prowestliche Rhetorik verzichtete.
87 Anders als die Ukraine forderten sie nicht die Annäherung an die EU, sondern
88 lediglich Demokratie für Belarus. Immer wieder wurde beteuert, man wolle weiterhin
89 ein gutes Verhältnis zu Russland behalten. Damit wollten die Demonstrant*innen eine
90 Situation wie in der Ukraine verhindern. Genützt hat es ihnen aber nicht: Russland
91 sorgte dafür, dass Lukaschenka an der Macht blieb und Belarus büßte faktisch seine
92 Unabhängigkeit ein.

93 **Warum haben wir den Krieg nicht kommen sehen?**

94 Die Vorbereitungen für den Krieg, den wir aktuell mit Schrecken beobachten, liefen
95 lange im Voraus. Zuletzt konzentrierte Russland über hunderttausend Soldaten an der
96 Grenze zur Ukraine, die USA warnten vor einem unmittelbar bevorstehenden Krieg. Dabei
97 gab es für den Truppenaufmarsch gar keinen Anlass, keine andere plausible Erklärung
98 als die Vorbereitung auf den Krieg. Und bereits im Sommer 2021 veröffentlichte Putin
99 seinen sogenannten "historischen Aufsatz", in dem er der Ukraine die Staatlichkeit
100 absprach und das ideologische Fundament für einen Krieg zur Zerstörung der Ukraine
101 legte. Trotzdem herrschte in der deutschen Politik bis zum Kriegsbeginn die Meinung,
102 man müsse nur den Dialog mit Russland suchen, man müsse nur mit Putin reden und ihm
103 mehr Respekt zeigen, um den Frieden zu erhalten. Von dieser Haltung waren die Jahre
104 seit 2014, seit der Annexion der Krim, geprägt. Auch SPD-Politiker*innen waren an
105 dieser ausgesprochen verständnisvollen, dialogorientierten Haltung durchweg
106 beteiligt. Dabei hat es an Dialog mit Putin oder Russland nicht gemangelt. In den
107 Wochen vor dem Krieg haben zahlreiche westliche Regierungen den Dialog mit Russland
108 gesucht, Macron und Scholz haben Putin in Moskau getroffen, die Nachrichten waren
109 voll damit, wer wieder mit Putin telefoniert hat. All diese Gesprächspartner*innen
110 wurden von Putin in die Irre geführt. Aber auch in den letzten Jahren riss der Draht
111 nach Moskau nie ab. Mit keinem Staatschef hat Angela Merkel während ihrer
112 Kanzlerinnenschaft so häufig telefoniert wie mit Wladimir Putin. Im Normandie-Format
113 wurde sogar Russlands Selbstdarstellung als Vermittler akzeptiert, obwohl Russland
114 offenkundig durchgängig Konfliktpartei war. Und parallel dazu wurden weiter fleißig
115 Geschäfte mit Russland gemacht. Die Bundesrepublik Deutschland hielt, dem russischen
116 Krieg im Donbass und der Annexion der Krim zum Trotz, am Bau der Gaspipeline Nord
117 Stream 2 fest. Als die USA den Bau mit Sanktionen verhindern wollte, übertrug das
118 Land Mecklenburg-Vorpommern die Pipeline in die Hände einer dafür gegründeten
119 "Umweltstiftung" und umging so die US-Sanktionen. Dass es ausgerechnet eine
120 Umweltstiftung war, die als Tarnmantel für den fossilen Energieträger Gas dienen
121 sollte, ist eine weitere bittere Ironie der Geschichte. Dabei ist Nord Stream 2 nur
122 die Spitze des Eisbergs. Deutschland hat sich zielstrebig in eine eklatante Energie-
123 Abhängigkeit von Russland begeben. Mehr als die Hälfte des Gases importiert
124 Deutschland aus Russland. Kritik daran wurde lange abgeblockt, immer wieder hieß es,
125 man wolle sich von den USA nicht in die eigenen Angelegenheiten reinreden lassen und
126 außerdem seien diese Geschäfte wichtig, um den Kontakt zu Russland
127 aufrechtzuerhalten. Dabei zeigte sich auch eine auffällig nationalistische Rhetorik,
128 die auf die deutsche Souveränität pochte. Von der sonst so oft gepredigten

129 "europäischen Lösung" war beim Thema Gas nie die Rede. Ein besonders auffälliger
130 Vertreter des Verständnisses für Putin ist sicher Gerd Schröder, der noch am Vorabend
131 des Krieges das "Säbelrasseln" der Ukraine kritisiert. Sicher, ein Austritt Schröders
132 aus der SPD ist überfällig. Aber es reicht nicht, dieses Problem auf den Ex-
133 Bundeskanzler zu beschränken. Die Fehleinschätzungen gegenüber Russland und die
134 Ignoranz gegenüber den Sicherheitsbedürfnissen unserer mittelosteuropäischen
135 Partner*innen waren deutlich weiter verbreitet. Diese Fehler gilt es aufzuarbeiten
136 und sie in Zukunft nicht zu wiederholen.

137 **Was würde Willy tun? Warum der Blick in die Vergangenheit nicht** 138 **hilft**

139 Bei der Analyse der Fehler zeigt sich, dass der Instrumentenkasten im Umgang mit
140 Putins Regime aus dem Kalten Krieg stammte. Insbesondere die SPD übertrug den Umgang
141 mit der Sowjetunion auf Russland. Die Fähigkeit zur realistischen Bewertung der Lage
142 wurde dabei vor allem dadurch eingeschränkt, dass sich viele Sozialdemokrat*innen in
143 der Tradition Willy Brandts und seiner Ostpolitik sahen, dass sie daraus ihre
144 Verantwortung als "Friedenspartei" zogen und letztlich auch ihre politische Identität
145 konstruierten. **Bei der Bewertung der russischen Politik ging es unserer Partei in den**
146 **letzten Jahren zu oft um die eigene Identität und nicht um die außenpolitische**
147 **Realität.** Es gibt beim Bezug auf die Ostpolitik nämlich zwei große Probleme: Erstens
148 wird zu oft übersehen, dass auch Willy Brandts Politik nur durch eine feste
149 Einbettung in westliche Bündnisstrukturen möglich war. Zweitens wird übersehen, dass
150 das heutige Russland nicht mit der Sowjetunion gleichgesetzt werden kann. Die
151 Sowjetunion war unbestritten eine von zwei Großmächten und hatte ein Interesse an
152 Stabilität, ein Interesse daran, diesen Zustand zu erhalten. Die heutige russische
153 Regierung hingegen versucht sich durch internationale Konflikte aufzuwerten und von
154 Konflikten im eigenen Land abzulenken. Sie versucht ihr Staatsgebiet zu vergrößern
155 und sie versucht, die erfolgreiche Errichtungen von Demokratien in ihrer
156 Nachbarschaft mit allen Mitteln zu verhindern. Außerdem gelten heute andere Regeln
157 als zur Zeit des Kalten Krieges. Grundsätze wie die freie Bündniswahl und die
158 staatliche Souveränität anstelle von Einflusszonen wurden mühsam erarbeitet. Nach der
159 Annexion der Krim hat sich gezeigt, wie sehr viele Politiker*innen in Deutschland
160 immer noch der Logik des Kalten Kriegs verhaftet waren. Immer wieder wurde von
161 "Einflusszonen" gesprochen und Verständnis dafür geäußert, dass Russland sich in
162 seiner "Einflusszone" bedroht fühlte. Die Perspektive jener Länder, die sich von
163 Russland bedroht fühlten - die Ukraine, Polen, die baltischen Staaten - hat bis 2022
164 so gut wie keine Rolle gespielt. Stattdessen wähnte man sich in Deutschland einen
165 besonders guten Draht zu Putin zu haben und diesen Draht im Sinne des Friedens nutzen
166 zu können. Auch hierbei handelte es sich um eine Fehleinschätzung.

167 **Rassistische Geflüchtetenpolitik**

168 Die Solidarität mit ukrainischen Geflüchteten war und ist beeindruckend.
169 Privatpersonen haben sich mit Sach- und Geldspenden eingebracht, haben ihr Engagement
170 zur Verfügung gestellt oder sogar Geflüchtete bei sich zuhause aufgenommen. Tausende
171 Menschen haben an Demonstrationen teilgenommen und die Politik zum Handeln gedrängt.
172 Auch die staatliche Unterstützung war groß: Erstmals wurde die EU-

173 Massenstromrichtlinie aktiviert, wodurch die Pflicht zum Stellen eines Asylantrags
174 entfällt, und damit die Einreise ukrainischer Geflüchteter in die EU massiv
175 erleichtert. Ukrainische Geflüchtete konnten den öffentlichen Nah- und Fernverkehr
176 kostenlos nutzen. Der Zugang zum Studium enorm erleichtert. Das alles ist positiv zu
177 bewerten. Und dennoch müssen sich verantwortliche Politiker*innen jetzt die Frage
178 gefallen lassen, warum das alles für ukrainische Geflüchtete möglich ist, es für
179 Geflüchtete aus anderen Ländern nicht im gleichen Maße möglich war. Dabei ist
180 besonders der Vergleich mit Syrien auffällig, immerhin wurden syrische Städte von der
181 gleichen russischen Luftwaffe bombardiert, die jetzt ukrainische Städte zerstört.
182 Auch in Syrien wurde ein gezielter Krieg gegen die Zivilbevölkerung geführt. Wieso
183 herrscht bei der Aufnahme ukrainischer Geflüchteter große Einigkeit in der EU, die
184 während des Bürgerkriegs in Syrien nicht möglich war? Warum können Ukrainer*innen in
185 Deutschland ohne Schulabschluss studieren, während viele Migrant*innen aus anderen
186 Staaten nicht einmal eine Anerkennung ihrer bereits vorhandenen Hochschulabschlüsse
187 erhalten hat? Warum steht die Presse und öffentliche Meinung nahezu unisono hinter
188 der Solidarität mit den Ukrainer*innen, während eine große deutsche Wochenzeitung
189 2018 ein Foto von einer Seenotrettung im Mittelmeer übertitelte mit „Oder soll man es
190 lassen?“. Warum hören viele von uns im privaten Umfeld, dass jetzt seien ja „echte
191 Flüchtlinge“? Und warum gilt die große Aufnahmebereitschaft eigentlich in erster
192 Linie für weiße Geflüchtete aus der Ukraine? Es gibt einen Grund für diese
193 Ungleichbehandlung und diesen Grund müssen wir benennen. Der Grund heißt: Rassismus.
194 Von der Privatperson über die Medienlandschaft bis zur Politik wird Menschenleben ein
195 unterschiedlich hoher Wert und ein unterschiedlich starker Anspruch auf Schutz
196 zugesprochen, abhängig davon welche Hautfarbe sie haben, welche Religion sie
197 praktizieren, welcher „kulturelle Hintergrund“ ihnen aus europäischer Perspektive
198 zugeschrieben wird. Ein formal juristische Argumentation, die behauptet,
199 Ukrainer*innen würden anders behandelt, weil für sie aktuell nun einmal andere
200 Gesetze gelten, läuft ins Leere. Die Gesetze – Aktivierung der Massenzustrom-
201 Richtlinie auf der einen Seite, überfüllte und menschenunwürdige Geflüchtetenlager
202 auf der anderen Seite – sind die Folge eines fest verankerten, mehrheitsfähigen
203 Rassismus. Wir Jusos werden nicht aufhören, auf diese Ungerechtigkeit hinzuweisen.
204 Und wir werden die Migrations- und Asylpolitik der Zukunft mindestens an den
205 Maßstäben messen, die 2022 gesetzt wurden. Dieses Jahr darf nicht nur eine
206 Zeitenwende in der Sicherheitspolitik bringen. Es muss auch eine Zeitenwende im
207 Umgang mit Geflüchteten werden. Ob aus der Ukraine, aus Syrien oder jedem anderen
208 Land der Welt: **Kein Mensch ist illegal!**

209 **Für Sanktionen, die wirklich wirken!**

210 Mit der russischen Anerkennung der ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk als
211 unabhängige Gebietseinheiten beschloss die EU als unmittelbare Reaktion kurzfristig
212 ihr erstes Sanktionspaket gegen Russland. Weitere umfangreiche Sanktionspakete
213 seitens der EU folgten mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Neben
214 diplomatischen Restriktionen setzen die fünf Sanktionspakete bei
215 Wirtschaftssanktionen sowie individuelle Sanktionen gegen Einzelpersonen an.
216 Insgesamt wurden 1091 Einzelpersonen (z.B. Mitglieder der russischen Regierung und
217 dem Kreml nahestehenden Oligarchen) sowie 80 Organisationen (z.B. illegale

218 Separatistengruppen) mit Individualsanktionen belegt (unter Berücksichtigung früherer
219 Sanktionen, welche im Zusammenhang mit der Krim-Annexion verhängt wurden sind). Mit
220 den Individualsanktionen wurden Konten bei EU-Banken gesperrt und somit
221 Vermögenswerte eingefroren sowie ein Reiseverbot erlassen. Auch wenn diese Art der
222 Sanktionen einen kleineren Einfluss übt und eher einen symbolischen Charakter hat,
223 soll sichergestellt werden, dass das russische Regime nicht mit Geldern unterstützt
224 werden kann und dass die sanktionierten Personen keinen sicheren Zufluchtsort in der
225 EU finden.

226 Eine größere Bedeutung und mehr Druck auf die russische Volkswirtschaft können die
227 umfassenden Wirtschaftssanktionen der EU ausüben, welche vielfach mit internationalen
228 Partner*innen wie beispielsweise den USA und Kanada oder auch Japan und Australien
229 gemeinsam erhoben werden. Die Sperrung des europäischen Luftraums für russische
230 Luftfahrtunternehmen, das Ausfuhrverbot von in der Luft- und Raumfahrtindustrie
231 verwendeten Gütern und Technologien, das Transaktionsverbot mit der russischen
232 Zentralbank sowie der Ausschluss sieben russischer (und drei belarussischer) Banken
233 aus dem internationalen Bankenkommunikationssystem SWIFT sind insgesamt harte
234 Wirtschaftssanktionen, die Russland nachweislich unmittelbar treffen. Auch wenn sich
235 der Rubel nach dem Einbruch wieder erholt hat, wird Russland mit einer Inflationsrate
236 von über 17% im März 2022 unter Druck gesetzt. Zusätzlich kann Russland wegen der
237 Blockade der Devisenreserven Fremdwährungsanleihen in Dollar nicht mehr begleichen,
238 was enorme Auswirkungen für den Staat auf dem Kreditmarkt hat. Nach Schätzungen von
239 Ökonom*innen könnte die russische Wirtschaft in diesem Jahr insgesamt um mehr als 20
240 Prozent schrumpfen, was zum einen auf die Wirtschaftssanktionen und zum anderen auf
241 die Unternehmen, die ihre Produktion, ihren Export oder insgesamt ihre geschäftlichen
242 Aktivitäten mit Russland, zurückzuführen.

243 Dennoch sind die Wirtschaftssanktionen in einem Bereich nach wie vor unzureichend,
244 nämlich im Energiesektor. Russlands Staatshaushalt refinanziert sich ungefähr zur
245 Hälfte aus fossilen Energieträgern, so sind mineralische Brennstoffe mit einem Anteil
246 von über 42% an der Warenausfuhr das Top-Exportgut und für rund 207 Milliarden US-
247 Dollar verantwortlich und somit die Haupteinnahmequelle des Regimes. Im fünften EU-
248 Sanktionsverbot wurde als erstes eine Kohleembargo in Kombination mit einem
249 Einlaufverbot für russische Schiffe beschlossen. Darüber hinaus wird als weiterer
250 Schritt das Öl-Embargo diskutiert. **Doch diese energiepolitischen Sanktionen greifen**
251 **zu kurz und nicht weit genug!** Denn sowohl Steinkohle als auch Erdöl sind weltweit
252 flexibel, wenn auch zurzeit in der Verfügbarkeit knappe, handelbare Wirtschaftsgüter,
253 welche Russland entsprechend ohne große Probleme anderweitig (z.B. nach China oder
254 Indien) verkaufen kann. Auch wenn die russische Erdölförderung zunächst sinken würde
255 und die Umorientierung nach Asien Infrastrukturinvestitionen erfordert, würden die
256 Ölpreise so hochgetrieben werden, dass nach Meinung von Expert*innen die Wirkung des
257 Öl-Embargos konterkariert werden könnte. **Deshalb müssen wir konsequent einen Schritt**
258 **weiter gehen und fordern ein vollständiges Energieembargo und somit auch das Embargo**
259 **gegen russisches Erdgas,** da das Gas pipelinegebunden nur Richtung Europa fließen kann
260 und die russischen LNG-Kapazitäten nicht ausreichen, um dem Gasboykott auszugleichen.
261 Konsequenterweise müssen ebenfalls die russischen Geschäftsbanken, die bislang wegen
262 der Abwicklung von Energielieferungen (wie z.B. die Gazprombank) von dem SWIFT-
263 Ausschluss nicht betroffen waren, endlich vom System ausgeschlossen werden. Da nicht
264 nur Deutschland, sondern auch andere europäische Staaten von russischen Fossilen

265 teilweise noch erheblicher abhängig sind, muss im Notfall auf europäischer Ebene für
266 eine solidarische Verteilung von fossilen Energieträgern Maßnahmen getroffen werden.
267 Nach Studien verschiedener Ökonom*innen hat ein sofortiger Gas-Importstopp auch
268 Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaftsleistung– hier muss von staatlicher Seite
269 mit bewährten Mitteln wie der Kurzarbeit Sorge getragen werden, dass die
270 wirtschaftlichen Folgen abgemildert werden. **Eine weitere Einfuhr von russischem**
271 **Erdgas angesichts des russischen Angriffskriegs in der Ukraine und den furchtbaren**
272 **Kriegsverbrechen ist nicht akzeptabel!**

273 Neben dem Boykott von Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik
274 Deutschland/EU und der Russischen Föderation, welche die Eliten in Russland mittelbar
275 betrifft, vor allem durch zum Beispiel vielfache Unternehmensbeteiligungen, dürfen
276 wir aber nicht vergessen, diese Elite, welche durch das russische Regime unter
277 Wladimir Putin massiv profitierte, direkt zur Rechenschaft zu ziehen im In- und
278 Ausland. Dazu beitragen kann z.B. die Enteignung von Sachgütern wie Häusern,
279 Grundstücke, Autos, Yachten etc. sowie das Einfrieren von Konten oder gleich deren
280 Beschlagnahmung. Denn die russische Bevölkerung kann für diesen Krieg rein gar nichts
281 und sie übermäßig leiden zu lassen, kann die Kriegspropaganda vor Ort verstärken und
282 trifft die Falschen. Dies muss mit allen Mitteln verhindert werden. Denn Putin und
283 sein Regime ist der Gegner, nicht die Bevölkerung!

284 **Sondervermögen? Schuldenbremse kippen!**

285 Die Bundesrepublik muss in der Lage sein, ihren Bündnispflichten im Rahmen der NATO
286 nachzukommen. Darauf drängen zu Recht insbesondere die mittel- und osteuropäischen
287 Staaten, die sich vom russischen Imperialismus bedroht sehen. Das erwarten auch
288 Staaten wie Schweden und Finnland, die dem Verteidigungsbündnis beitreten wollen.
289 Dafür braucht es eine entsprechend ausgestattete Bundeswehr. In der Vergangenheit
290 sind nötige Investitionen in diesem Bereich nicht oder extrem ineffizient getätigt
291 worden. Dass die Bundesregierung dieses Problem angehen möchte, begrüßen wir im
292 Grundsatz. Allerdings stellen sich im Detail noch zahlreiche Fragen. Die Ankündigung
293 der 100 Milliarden Euro, die als Sondervermögen in die Bundeswehr investiert werden
294 sollen, kam selbst für Mitglieder der Bundesregierung überraschend. Für die
295 Fraktionen sowieso, geschweige denn für die Öffentlichkeit.

296 100 Milliarden Euro halten wir für nicht verhältnismäßig, willkürlich in der Höhe der
297 Summe und kritisieren auch die Intransparenz, wofür dieses Geld nun gedacht ist.
298 Angesichts der gewaltigen Investitionssumme, muss mit der Frage, wie das Geld
299 ausgegeben werden soll, anders verfahren werden. Es muss eine transparente Debatte
300 dazu geben, wo Geld benötigt wird und welche Prioritäten gesetzt werden. Wir
301 erwarten, dass insbesondere die persönliche Schutzausrüstung von Soldat*innen
302 beachtet wird. Außerdem fordern wir, dass im gleichen Zuge auch in den Zivilschutz
303 massiv investiert wird, der in den letzten Jahrzehnten noch weitaus dramatischer
304 vernachlässigt wurde als die Bundeswehr. Dabei kann der Zivilschutz das Leben von
305 Menschen retten, die im Kriegsfall besonders verletzlich sind. Nicht zuletzt muss die
306 Bundesregierung die Frage beantworten, wie verhindert werden soll, dass diese
307 gewaltige Investitionssumme nicht ebenso ergebnislos versickert, wie es bei früheren
308 Rüstungsaufträgen der Fall war.

309 Es muss geprüft werden, ob die Bundeswehr überhaupt mehr Geld braucht oder ob das

310 viele, in der Vergangenheit investierte Geld, zielgerichteter und effizienter
311 ausgegeben werden muss. Die Debatte sollte dahingehend geführt werden, wie viel die
312 Bundeswehr tatsächlich für ihren Auftrag der Landes- und Bündnisverteidigung
313 benötigt. Dazu fordern wir eine objektiv und transparente Bedarfsanalyse, welche aber
314 nicht ohne vorherige strukturelle Reformen stattfinden darf (zum Beispiel beim
315 sogenannten „Beschaffungsamt der Bundeswehr“). Denn wenn man sich die internen
316 Prozesse ansieht, dann wird deutlich, was hier die Probleme sind: Die Soldat*innen
317 benötigen etwas. Die Behörden, hierbei spielt auch das „Planungsamt der Bundeswehr“
318 eine Rolle (Ist im Hintergrund für alle nicht ministeriellen Planungen zuständig.
319 Dies bedeutet, es bündelt die Aufgaben, Kompetenz und Verantwortungen in
320 Planungsnetzwerken, stellt Methoden und wissenschaftlich Werkzeuge für die Bundeswehr
321 bereit, koordiniert multinationale Abstimmungen, erarbeitet Zukunftsstrategien für
322 die Bundeswehr und macht Vorschläge für Planungen im nächsten Haushalt), evaluieren
323 erst einmal, ob im Bestand noch etwas vorhanden ist. Ansonsten erstellen die
324 Soldat*innen und die Verwaltung einen Anforderungsbogen. Dieser muss von oben
325 genehmigt werden, oft von dem*der Generalinspekteur*in der Bundeswehr selbst. Dann
326 muss das BAAINBw mithilfe von Beschaffer*innen diesen Anforderungsbogen in technische
327 Leistungsbeschreibungen überführen. Dieser muss dann wieder abgesegnet werden von
328 oben. Bevor der Einkauf stattfindet muss oftmals eine europaweite Ausschreibung
329 durchgeführt werden. Nach dem Einkauf steht dann nicht selten ein juristisches
330 Nachspiel im Raum.

331 Wie man sieht, ist dies alles ziemlich aufwendig und teuer. Nicht ohne Grund
332 attestieren Expert*innen diesem Amt deshalb, dass es teuer und langsam sei und vor
333 allem auch zu viele Entscheider*innen, zu viele Ebenen und einen Hang zu unfertigem
334 besitze. Denn durch zum Beispiel die vielen Entscheidungen ist am Ende niemand „so
335 richtig“ verantwortlich, wenn etwas schief geht.

336 Dazu ist eine kritische Betrachtung privater Rüstungskonzerne unumgänglich! Letztlich
337 führt kein Weg daran vorbei: Krieg darf kein Geschäftsmodell sein. Rüstungskonzerne
338 müssen verstaatlicht werden.

339 Neben diesen Problemen, kommt aber auch noch anderes, erschreckenderes dazu: Nazis
340 bei der Bundeswehr. Diese beeinflussen mit ihrer menschenfeindlichen Ideologie nicht
341 nur die anderen Personen in den Kasernen, nein, sie unterschlagen auch Munition und
342 andere militärisches Ausrüstung (wie zum Beispiel bei der sogenannten „Amnestie-
343 Aktion“ der Spezialeinheit KSK zutage gekommen ist) um ihre mutmaßlich
344 terroristischen Taten zu planen (u.a. sind auch bei den Neonazi Terrorgruppen wie
345 „Nordkreuz“ und „Hannibal“ Bundeswehr Ausrüstung gefunden wurden sowie auch bei dem
346 rechten Terroristen „Franco A.“). Deshalb müssen wir die neonazistischen Netzwerke
347 bei den Sicherheitsbehörden zerschlagen und diese Personen zur Rechenschaft ziehen
348 und keine Amnestie gewähren!

349 Unsere Kritik zielt aber nicht nur darauf ab, wie und wofür das Sondervermögen
350 verwendet werden soll. Wir kritisieren auch die Konstruktion des Sondervermögens an
351 sich. Der Wortbestandteil „Vermögen“ führt in die Irre. Es handelt sich um Schulden,
352 die der Staat aufnimmt, um Investitionen, in diesem Fall in die Bundeswehr, zu
353 tätigen. Statt aber diese Gelegenheit zu nutzen, um aufzuzeigen, wie sehr die
354 Schuldenbremse an der Realität vorbeigeht, statt eine Debatte über
355 schuldenfinanzierte Zukunftsinvestitionen zu führen, hat sich Bundesregierung

356 entschieden, die Schuldenbremse beizubehalten, aber mit dem Konstrukt
357 "Sondervermögen" auszutricksen. Ob Sicherheitspolitik, Klimaschutz, Digitalisierung
358 und vieles mehr: Immer wieder zeigt sich, dass wir vor Zukunftsherausforderungen
359 stehen, die ohne die Aufnahme von Schulden nicht zu meistern sind. **Wir erwarten von**
360 **der SPD und den SPD-Mitgliedern der Bundesregierung, dass die Schuldenbremse endlich**
361 **abgeschafft wird, um endlich ehrlich über Investitionen in unsere Zukunft sprechen zu**
362 **können!** Besonders verständnislos beobachten wir, dass das Sondervermögen im
363 Grundgesetz verankert werden soll. Das führt aufgrund der benötigten Zwei-Drittel-
364 Mehrheit nicht nur zur Abhängigkeit von der Union, die diese Gelegenheit mit
365 Sicherheit nutzen wird, um sich als Rüstungspartei zu profilieren, es führt auch
366 dazu, dass zukünftige politische Konstellationen diese Entscheidung kam noch werden
367 ändern können. Damit wird das Sondervermögen faktisch der zukünftigen, demokratischen
368 Auseinandersetzung entzogen und in Stein gemeißelt.

369 **Wir sind davon überzeugt, dass die Bundesrepublik ihren Beitrag zur Erfüllung der**
370 **Bündnispflichten innerhalb der NATO leisten muss und dass es dazu zielgerichtete,**
371 **verteidigungspolitische Investitionen braucht. Wir sind aber auch überzeugt davon,**
372 **dass es endlich eine ehrliche Auseinandersetzung über die Finanzierung solcher**
373 **Investitionen braucht und dass das im Grundgesetz verankerte Sondervermögen so nicht**
374 **unsere Unterstützung erfahren kann.**

375 **Friedenspartei im 21. Jahrhundert**

376 Der gesamte Rückblick, die Fehler, die falschen historischen Analogien, führen am
377 Ende zur Frage, was es für uns Jusos im 21. Jahrhundert bedeutet, ein
378 antimilitaristischer Verband zu sein und was es für die SPD bedeutet, eine
379 Friedenspartei zu sein. Denn Ostermärsche und Kritik an der NATO-Osterweiterung
380 helfen dabei nicht weiter. Klar ist, dass unser Ziel der Frieden ist. Dass wir
381 militärische Gewalt ablehnen und verurteilen. Aber auch dass wir die Tatsache
382 anerkennen, dass es andere politische Mächte gibt, die bereit sind Gewalt zur
383 Durchsetzung ihrer Interessen zu nutzen und für die das Völkerrecht nicht von
384 Bedeutung ist. Wir erkennen, dass es Gewalt gibt und dass es notwendig ist, sich
385 dagegen zu verteidigen. Im Falle der Ukraine heißt das: Die Ukraine hat jedes Recht
386 sich zu verteidigen. Sie dabei zu unterstützen, ist sowohl politisch als auch
387 moralisch geboten. Das schließt auch die Lieferung von Waffen ein.

388 Wir Jusos stehen für die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und für eine strenge
389 Rüstungskontrolle. Waffenlieferungen in Diktaturen lehnen wir ab. Eine pauschale
390 Ablehnung von Waffenlieferungen aber halten wir für falsch. Ohne Waffen wäre die
391 Ukraine nicht in der Lage sich zu verteidigen. Dann wäre vielleicht der Krieg
392 schneller vorbei gewesen, aber noch lange kein Frieden eingekehrt. Stattdessen hätte
393 eine unterdrückerische Besatzung begonnen mit dem Ziel, den ukrainischen Staat zu
394 zerstören. Wenn wir ehrlich sind, kamen selbst die leichten Waffenlieferungen der
395 Bundesregierung zu spät. Bereits vor Beginn des Krieges, als das russische Militär
396 offensichtliche Vorbereitungen zum Angriff traf, hätte die Ukraine mit
397 Waffenlieferungen unterstützt werden müssen. Hätten alle Staaten sich so lange
398 zurückgehalten wie Deutschland, hätte die Ukraine sich in den ersten Wochen des
399 Krieges vermutlich nicht so erfolgreich wehren können. In der nächsten Stufe zögerte
400 die Bundesregierung, schwere Waffen zu liefern, dabei waren die Bitten aus der

401 Ukraine eindeutig: Um eine Gegenoffensive zu starten seien schwere Waffen unbedingt
402 notwendig. Auch bei der Ablehnung dieser Bitte wurde oft damit argumentiert, Waffen
403 würden den Konflikt nicht lösen, sondern Verhandlungen. Waffen sind in diesem Krieg
404 aber zwingend notwendig, um Russland an den Verhandlungstisch zu bringen. Und eine
405 möglichst erfolgreiche Verteidigung der Ukraine, die nur mit schweren Waffen gelingen
406 kann, ist notwendig, um Putins Strategie scheitern zu lassen. Ein Grund, wieso Putin
407 in seiner Laufbahn immer wieder militärische Gewalt eingesetzt hat, ist, weil er
408 damit erfolgreich war. Deshalb gilt es die Ukraine dabei - auch mit Waffen - zu
409 unterstützen, dass Putin dieses Mal nicht erfolgreich ist. Dabei ist die
410 Unterscheidung zwischen Defensiv- und Offensivwaffen nicht zielführend. In den Händen
411 der Ukraine ist aktuell jede Waffe eine Defensivwaffe, weil sie zur Verteidigung
412 eines überfallenen Staates eingesetzt wird. **Die zynische Logik, Waffenlieferungen**
413 **würden den Krieg nur verlängern, lehnen wir klar ab. Wir setzen uns für das Recht der**
414 **Ukraine ein, sich zu verteidigen und wir fordern die Bundesregierung auf, sie dabei**
415 **mit allen notwendigen Lieferungen zu unterstützen.**

416 Es ist schmerzhaft, sich dieser brutalen Realität zu stellen. Nichtsdestoweniger
417 müssen wir das tun, wenn wir tatsächlich erfolgreich für den Frieden in der Welt
418 kämpfen wollen. Dazu gehört selbstverständlich den Dialog zu suchen, wo alle
419 Konfliktparteien auch ernsthaft dialogbereit sind. Dazu gehört, Konflikte
420 grundsätzlich nicht militärisch zu lösen. Aber wir verschließen nicht die Augen
421 davor, dass es manchmal reicht, wenn eine Seite den Krieg unbedingt will und dass
422 Dialog dann nicht ausreicht, um den Krieg zu verhindern oder zu beenden. Wir erwarten
423 auch von unserer Mutterpartei, dass sie sich dieser Debatte ohne Scheuklappen stellt
424 und eine Friedenspolitik für das 21. Jahrhundert formuliert, die nicht im Schatten
425 der alten Ostpolitik steht.

Antrag F02: Vereint nach Vorne: Die Zeitenwende darf keine Rolle rückwärts werden!

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	F - Frieden & Internationales

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Wir können zurzeit alle beobachten, wie sich der gesellschaftliche Diskurs rund um
2 den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine polarisiert und alles in ein
3 Schwarz/Weiß übergeht. Was ganz dringend fehlt: Eine vernünftige, linke Sicht- und
4 Herangehensweise an die aktuelle Lage und die daraus resultierenden Folgen, auch für
5 uns und unsere Politik. Die Gleichstellung von Putins Krieg und dem aktuellen und
6 historischen Verhalten der NATO unter anderem mit der Bezeichnung als
7 „Angriffsbündnis“, zeigt eine Verklärung Russlands und eine Verfälschung der
8 geopolitischen Situation auf. Es ist nach unserem Verständnis auch nicht links, die
9 Ukraine mit dem scheinheiligen Argument zur Kapitulation zu drängen, dass man nur so
10 das Töten stoppen könne. Es ist aber genauso wenig links, auf jede Kritik z.B. zum
11 2%-Ziel mit reflexartigen "Dann geh doch nach Russland!" Rufen zu reagieren, oder
12 denjenigen, die nicht sofort jeder Forderung der Ukraine zustimmen, wie z.B. der
13 Schließung des Luftraums, vorzuwerfen, sie wollten die Ukrainer*innen alle
14 abgeschlachtet sehen. Das ist alles nicht links, sondern kurzsichtiges Schwarz-Weiß
15 Denken in altbekannten Mustern. Daher wollen wir uns als Jusos für eine
16 differenzierte Debatte einsetzen, die ohne Beißreflexe stattfindet. Die Situation ist
17 zu dramatisch, als sich gegenseitige Vorwürfe zu machen und somit das
18 Diskussionsklima zu vergiften.

19 Genauso polarisiert wie die Debatte, wird seit Olaf Scholz' Rede am 27.02.2022 auch
20 der Begriff der Zeitenwende.

21 "Zeitenwende" kann aber nicht heißen, einfach mehr Geld ins Militär zu schütten.
22 Betrachtet man die Geschichte wird schnell klar: Das ist nichts Neues, das ist keine
23 "Zeitenwende"!

24 Das hat es alles schon mal gegeben. So sind die Ausgaben fürs Militär sowohl in
25 Deutschland, der NATO als auch der Welt im letzten Jahrzehnt (und darüber hinaus)
26 konstant angestiegen.

27 Um eine tatsächliche Zeitenwende zu vollziehen, die über das Zurückfallen in alte
28 Muster hinausgeht, bedarf es:

29 1. Schonungslose Fehleranalyse

30 Durch die Existenz der Sowjetunion als Nachbarn der BRD hat viele Jahrzehnte die
31 Politik Deutschlands geprägt. Nach dem Zerfall der UdSSR wurde diese
32 Nachbarschaftspolitik fortgesetzt, wobei Staaten wie Polen oder die Ukraine von
33 Seiten der deutschen Politik lange nicht ernst genug genommen wurden als
34 eigenständige Staaten. So wurden vor allem die Warnungen vor Russland als Aggressor
35 konsequent nicht ernst genommen und übergangen. Warum ist es so wichtig, sich das
36 einzugestehen? Weil Einsicht wirklich der erste und wichtigste Schritt zur Besserung
37 ist. Denn diese Einsicht führt auch zu einer weiteren Erkenntnis, die, zugegeben,

38 inzwischen schon bei vielen angekommen ist:

39 Wladimir Putin ist ein eiskalter, berechnender und machtorientierter Stratege. Er
40 geht wahrlich über Leichen, um seine innen- und machtpolitischen Interessen zu
41 sichern. Dabei sieht er sich als „starker Mann“ und „Vaterlandsbewahrer“ und versucht
42 im Hintergrund mutmaßliche politische Gegner und Kritiker wie Alexej Nawalny oder
43 Alexander Litwinenko zu liquidieren. Letzterer hatte die mutmaßliche Beteiligung des
44 FSB an denjenigen Bombenanschlägen offengelegt, die Putin zur Macht verhalfen und den
45 Tschetschenienkrieg rechtfertigten. Es wird klar, dass ein Menschenleben in Putins
46 Politik keinen Wert hat.

47 Das Vorgehen im Tschetschenienkrieg, insbesondere wie Grosny dem Erdboden
48 gleichgemacht wurde, zeigt, wie schonungslos und gewaltvoll Wladimir Putin bereits
49 damals seine Interessen durchsetzte. Dieses Ausmaß an Gewalt zieht sich durch all
50 seine Kriege, die er seit Beginn seiner Präsidentschaft zur Rechtfertigung
51 innenpolitischer Entscheidungen nutzte. Als Putin 2001 im Bundestag sprach, hielt er
52 sich vermutlich bedeckt. Keinesfalls jedoch war er harmloser. Die deutsche Politik –
53 insbesondere der neoliberale Zeitgeist – nahm Gefallen daran und stellte die eigenen
54 wirtschaftlichen Interessen vor die Geltung von Menschenrechten, Frieden und
55 Freiheit. Den Preis für diese Geschäfte haben daher stets andere gezahlt – und sie
56 zahlen ihn bis heute.

57 Weiter müssen wir sehen:

58 Putin ist ein Antidemokrat und Antieuropäer. Wir, unsere Demokratie und Freiheit und
59 unsere Vorstellung von Gleichberechtigung sind seine Feindbilder. Das ist spätestens
60 seit dem Überfall auf die Ukraine auch bei den allermeisten Konsens. Aber beruhend
61 auf dieser Tatsache müssen wir uns unbedingt klarmachen:

62 Damit sind wir seine Zielscheibe. Uns zu schaden, ist gut für ihn, und daher denkt er
63 den Schaden, den er uns zufügen kann, bei jedem Schritt mit. Als ehemaliger
64 Geheimdienstagent und als Antidemokrat verfolgt er seine Agenda immer weiter und kann
65 problemlos in größeren Zeitfenstern denken als Politiker*innen demokratischer
66 Staaten, weil ihn Wahlen nicht mehr aufhalten können.

67 Mit Desinformation destabilisiert er Europa seit Jahrzehnten. Er stärkt die
68 europäischen Rechte, die genau wie er gegen unsere liberale Demokratie kämpft - seit
69 Jahrzehnten. Nicht umsonst ließ sich Marine Le Pen mit ihm für einen Wahlkampfflyer
70 fotografieren. Ein Akt, der ihr später auf die Füße gefallen ist. Auch die Affinität
71 der AfD im Umgang mit Russland bestätigt dieses Bild. Putin lässt uns ausspähen. Er
72 bereitet erst den fruchtbaren Boden um dann seine giftige Saat zu säen.

73 Putin nutzt Themen wie z.B. Geflüchtete, um Streit und Uneinigkeit auszulösen und
74 damit eine Schwäche in unserer „demokratischen Welt“ herbeizuführen.

75 Auch beim Brexit und der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten hatte er die Finger im
76 Spiel. Mit dem Ziel den liberalen Demokratien zu schaden.

77 Die direkte wie indirekte Beteiligung Russlands in zahlreichen Kriegen und regionalen
78 Konflikten ist eine nicht-hinzunehmende Praxis der Eskalation, in der einheimische
79 Zivilist*innen und Soldat*innen getötet und/oder vertrieben werden.

80 So sind beispielsweise auch 2015 viele Syrer*innen genauso vor russischen Bomben
81 geflohen, wie heute die Ukrainer*innen.

82 Auch in Mali sind im April '22 hunderte Menschen regelrecht exekutiert worden, die
83 meisten davon Zivilist*innen. Mit dabei: Russische Söldner*innen der Gruppe Wagner.

84 In sehr vielen Ländern auf dem afrikanischen Kontinent operiert Russland mit
85 Söldnertruppen: Diese bilden dort staatliche Sicherheitskräfte aus und bewachen
86 gefährdete Gebiete. Interessanterweise sind das immer Gebiete, in denen es wertvolle
87 Rohstoffe gibt. Und während wir mit Geflüchteten an der polnisch-belarussischen
88 Grenze beschäftigt waren, hat er die Mobilisierung gegen die Ukraine vorbereiten und
89 planen lassen.

90 Für eine linke Sichtweise ist es auch unabdingbar, nicht "auf dem rechten Auge blind"
91 zu sein. Auch in der Ukraine agieren faschistische Kräfte wie beispielsweise das
92 Asow-Regiment oder der Rechte Sektor. Als Jungsozialist*innen, die sich zum
93 Antifaschismus bekennen, darf es für uns keine Unterscheidung in "gute Nazis" und
94 "schlechte Nazis" geben.

95 Die Verharmlosung faschistischer Gruppierungen in der Ukraine findet aktuell vermehrt
96 statt - so wird argumentiert, sie hätten bei den letzten Parlamentswahlen gerade
97 einmal 2% der Wähler*innenstimmen erhalten. Die Verbreitung solcher Relativierungen
98 betrachten wir mit Sorge, denn harmlos ist ihre nationalistische, faschistische und
99 rassistische Ideologie deshalb nicht! Andere rechtsextreme und faschistische Gruppen
100 und Organisationen, wie beispielsweise der Dritte Weg oder die Identitäre Bewegung in
101 Deutschland erreichen noch weniger Prozente oder treten erst gar nicht zur Wahl an,
102 trotzdem käme auch hier niemand auf die Idee, sie als harmlos zu betrachten.

103 Aktuell haben die rechtsextremen Gruppen in der Ukraine kaum eine politische
104 Relevanz, doch sind sie gerade dabei sich diese zu erkämpfen. Diese Entwicklung
105 dürfen wir nicht ignorieren indem wir in ein Schwarz/Weiß Denken verfallen. Wir
106 Jungsozialist*innen sind stabil gegen Rechts - ohne Kompromisse.

107 Dies zu erkennen steht in keinerlei Widerspruch zu unserer Solidarität den
108 Ukrainer*innen gegenüber und unserem Bestreben, sie zu unterstützen! Die russischen
109 Kriegsverbrechen werden dadurch nicht relativiert und von uns aufs Schärfste
110 verurteilt. Die Unterstützung der Ukraine durch die Bundesrepublik, die EU und
111 weitere Staaten & Bündnisse halten wir für den einzig richtigen Weg, den es gilt noch
112 entschlossener gemeinsam zu bestreiten.

113 2. Zeitenwende, aber richtig

114 Wir Jungsozialist*innen stehen für eine Zeitenwende, die diesen Namen auch verdient.
115 Wir stehen für ein Denken in Visionen und unsere Vision von einer friedlichen,
116 freiheitlichen und gerechten Zukunft verfolgen wir immer vor dem Hintergrund der
117 aktuellen Geschehnisse. Wir denken nicht bis morgen, nicht bis zur nächsten Wahl –
118 wir denken bis zur Zukunft! Genau dieses Denken erwarten wir auch von der SPD, denn
119 dies unterscheidet die Sozialdemokratie von der politischen Konkurrenz.

120 Es muss viel passieren, viel Unbequemes, viel das unseren Alltag verändern könnte und
121 wird, und all das wird auf Widerstand treffen. Nicht jeder Widerstand wird
122 demokratisch sein. Der größte Teil wird durch die neue und alte Rechte mobilisiert
123 und angeheizt werden, wie wir bei Pegida und Querdenken schon sehen konnten.

124 Es kommen mit der Klimakrise gewaltige Herausforderungen auf uns zu, und der Frieden
125 in Europa und der Welt ist so wackelig wie lange nicht. Wir brauchen tatsächlich eine
126 Zeitenwende.

127 Wehrhafte Demokratie

128 Um diese Zeitenwende und den Widerstand, den sie mit sich bringen wird, erfolgreich
129 gestalten zu können, brauchen wir eine Wehrhafte Demokratie. Und zwar nicht als leere
130 Floskel, sondern tatsächlich umgesetzt. Wir und vor allem die Politik muss sich
131 darauf einstellen, dass Gegenwind kommen wird und gegen notwendige Veränderung
132 Kampagnen gefahren werden, und dass so manche Entscheidung vielleicht 2% oder 3% in
133 den Umfrageergebnissen kosten wird.

134 Als Otto Wels 1933 seine berühmte Rede zum Ermächtigungsgesetz gehalten hat, hatte er
135 nicht die nächsten Wahlergebnisse im Blick. Und er wusste, dass ihn diese Rede viel
136 mehr kosten würde, als ein paar Prozentpunkte. Das sollten auch wir uns alle vor
137 Augen führen.

138 Des Weiteren muss klar sein, dass wir alles tun müssen um unsere Demokratie zu
139 schützen.

140 Wir unterstützen die für dieses Jahr im Bund geplante Beschlussfassung über das
141 Demokratiefördergesetz. Uns ist jedoch klar, dass dies mit der Ermöglichung von
142 Maßnahmen und Förderungen, nur ein erster Schritt sein kann in der Bekämpfung von
143 strukturellem Rassismus in unserer Gesellschaft. Wir müssen weiterhin jeden Tag eine
144 laute Stimme und stabil gegen Rechts sein, um diesen zu bekämpfen. Außerdem ist uns
145 bewusst, dass durch den strukturellen Rassismus in unserer Gesellschaft, jede*r von
146 uns damit sozialisiert wurde. Deshalb darf Demokratiewerk nicht erst bei
147 Jugendlichen ansetzen, sondern muss schon in der frühkindlichen Bildung
148 selbstverständlich mitgedacht werden. Damit auch in den nächsten Jahren der Fokus auf
149 Demokratiewerk und damit auch dem Kampf gegen rechte Strukturen erhalten bleibt,
150 muss das Demokratiefördergesetz weiterhin evaluiert und verstärkt werden.

151 Demokratiewerk bedeutet außerdem, Kindern und Jugendlichen erfahrbar machen, was
152 Demokratie bedeutet. Sei es bei der Mitsprache im Kindergarten, der Wahl von
153 Schüler*innenvertretungen, aber vor allen Dingen damit, dass endlich das Wählen ab 16
154 Realität wird. Denn nur so kann Demokratie als selbstverständliche Handlung im Alltag
155 von jungen Menschen erfahrbar verankert werden.

156 Wir müssen unsere Institutionen konsequent vor Demokratiefeind*innen schützen. Das
157 heißt konkret:

- 158 • Nazis Raus aus der Polizei!
- 159 • Nazis Raus aus der Bundeswehr!
- 160 • Nazis Raus aus der Justiz!
- 161 • Nazis Raus aus den Geheimdiensten!

162 Es muss Schluss sein mit konservativen Scheindebatten darüber, ob es nun wirklich
163 rechtsextreme Strukturen in unseren Sicherheitsbehörden gibt, oder ob doch alles
164 tragische Einzelfälle sind. Und egal wie groß oder klein der Anteil Rechtsextremer in
165 den jeweiligen Institutionen sein mag, für uns Jungsozialist*innen muss gelten:
166 Jede*r Rechtsextreme ist eine*r zu viel. Wir haben zulange dabei zugesehen, es wurde
167 zu viel Leid und Unrecht verursacht, das Vertrauen in diese Institutionen hat zu sehr
168 gelitten. Wir können als Gesellschaft aber keine Zeitenwende vollbringen und an einem
169 Strang ziehen, wenn das Vertrauen in die staatlichen Behörden beschädigt ist. Und die
170 Behörden können andersrum auch nicht richtig arbeiten, wenn die Bevölkerung ihnen

171 nicht vertraut und sich Staatsfeind*innen in den eigenen Reihen wiederfinden.
172 Den Staat handlungsfähig machen
173 Für uns bedeutet das in erster Linie: weg mit der elendigen Schuldenbremse. Und zwar
174 sofort.

175 Spätestens seit der Corona-Pandemie und dem Krieg gegen die Ukraine dürfte auch den
176 letzten klar geworden sein, dass unser Land ein massives Investitionsproblem hat.
177 Digitalisierung, Gesundheitswesen, Bildung, Ausbau der erneuerbaren Energien, die
178 Bundeswehr, usw. Überall klaffen Löcher die gestopft werden müssen um überhaupt einen
179 vernünftigen Status Quo zu erreichen - und dann haben wir noch nicht für die Zukunft
180 gedacht. Wir brauchen finanziellen Handlungsspielraum, wir dürfen unsere zukünftige
181 Lebensqualität nicht von fehlgeleiteten Vorstellungen darüber, wie ein Staat
182 haushalterisch geführt werden sollte, abhängig machen.

183 Uns Jungsozialist*innen ist auch klar, dass mit einer Zeitenwende auch soziale Härten
184 aufkommen werden die unser Staat abfedern muss.

185 Wir erleben massive soziale Ungleichheit in Deutschland, Armut in einem der reichsten
186 Länder der Welt, und eine viel zu geringe soziale Mobilität.

187 Wir brauchen eine Umverteilung von oben nach unten, denn "Trickle-Down" funktioniert
188 vielleicht unter der Dusche, aber nicht in unserer Wirtschaftsordnung. Daher setzen
189 wir uns für die schnelle Einführung einer effektiven Erbschaftssteuer ein, denn
190 nichts ist ungerechter als zu erben. Wir haben es dabei nicht auf Omas Häusle oder
191 den kleinen Schreinerei-Betrieb von Onkel Gustav abgesehen, daher ist klar, dass ein
192 gewisser Freibetrag erhalten bleiben muss.

193 Wir bitten all diejenigen zur Kasse, die wir allgemein als „Superreiche“ bezeichnen
194 und die andernorts auch als „Oligarchen“ betitelt wurden. Das sind vor allem
195 diejenigen, die in wenigen Minuten mehr Geld einnehmen als durchschnittliche
196 Arbeitnehmer*innen in einem ganzen Jahr! Daran, solche Vermögen zu erben ist nichts
197 verdient und nichts gerecht!

198 Energiepolitik

199 Wir müssen unabhängig werden. Vieles werden wir dabei noch diskutieren müssen, doch
200 aus unserer Sicht ist jetzt bereits klar: Sich von autokratischen Regimen wie Saudi-
201 Arabien oder Katar abhängig zu machen, ist keine Zeitenwende. Und die fossilen
202 Energien einfach bei demokratischen Staaten zu kaufen ist auch keine. Wir müssen so
203 schnell wie möglich raus aus den fossilen Energien und keine neuen Abhängigkeiten
204 schaffen!

205 Daher muss folgender Weg entschlossen beschritten werden:

- 206 • Windkraft massiv ausbauen. Der Bund muss Planungsverfahren beschleunigen, die
207 Länder müssen innerhalb eines Jahres 2% der Landesfläche zur Verfügung stellen,
208 damit schnellstmöglich mit dem Bau begonnen werden kann
- 209 • Solar auf jedem geeigneten Dach muss Pflicht sein! Wer kein Dach hat, oder wo es
210 nicht geeignet ist: Mobile PV Anlagen wie beispielsweise für Balkone müssen
211 massiv gefördert werden - jede sauber erzeugte Kilowattstunde nützt!
- 212 • Ein Tempolimit von mindestens 130 km/h auf Autobahnen. Es kostet nichts, wirkt
213 nachweislich und sofort - die Debatten darüber haben wir viel zu lange
214 ergebnislos geführt. Wer seine Freiheit dadurch eingeschränkt sieht, bewegt sich

215 im selben absurden Freiheitsbegriff wie diejenigen, die ihre Freiheit durch das
216 Tragen einer Maske eingeschränkt sehen.

217 • Keine weiteren Abhängigkeiten von fossilen Energien schaffen: schwimmende LNG-
218 Terminals reichen laut vielen Expert*innen aus, um den Bedarf durch den Ausstieg
219 aus russischem Gas zu decken! Das Geld, das für den Bau fester Terminals nötig
220 wäre ist im Ausbau der Erneuerbaren besser aufgehoben!

221 • Eigentümer*innen in die Pflicht nehmen: Die energetische Sanierung des
222 Gebäudesektors muss schnell und sinnvoll unterstützt werden - Fördergelder
223 hierfür hat der Bund bereitgestellt. Jetzt geht es um das Tempo: Bis 2030 müssen
224 Gebäude klimaneutral beheizbar sein. Klar ist auch, dass keinerlei Kosten auf
225 Mieter*innen umgelegt werden dürfen!

226 3. Schluss mit der Doppelmoral

227 Aktuell liegt unser Augenmerk natürlich hauptsächlich auf Russland und Putins
228 imperialistischen Bestrebungen. Aber Russland ist nicht das einzige autoritär
229 regierte Land, in dem Meinungs- und Pressefreiheit eingeschränkt werden und die Werte
230 die wir vertreten möchten missachtet werden.

231 Umgang mit China

232 Auch hier müssen wir klare Kante zeigen! Es muss uns daher gelingen, eine
233 strategische Unabhängigkeit zu erlangen, ohne Kontakte, auch wirtschaftlicher Natur,
234 in andere Staaten mit anderen Wertvorstellungen komplett abreißen zu lassen. Im Bezug
235 auf China bedeutet dies, dass wir die Kooperation in Bereichen der Sicherheit und
236 Infrastruktur, auch und besonders in der Telekommunikationsinfrastruktur
237 herunterfahren müssen - wir brauchen hier dringend Unabhängigkeit, um nicht
238 erpressbar zu werden. Dies sollte eine klare Lehre aus unserer Abhängigkeit von
239 russischem Gas sein. Konkret bedeutet das, dass wir Unternehmen, die in Verbindung
240 zur chinesischen Staatsführung stehen, wie z.B. Huawei, von dem Ausbau der digitalen
241 Infrastruktur in Europa ausschließen müssen.

242 Wir müssen anerkennen, dass es derzeit dennoch eine starke wirtschaftliche
243 Abhängigkeit gibt: so ist China einer der größten Absatzmärkte für unsere
244 exportorientierte Wirtschaft, gleichzeitig investieren viele deutsche und europäische
245 Unternehmen in China und stellen dort Arbeitsplätze bereit. Es handelt sich dabei um
246 eine doppelte Abhängigkeit. Für Investitionen und Handlungen der europäischen
247 Unternehmen vor Ort muss dennoch gelten, dass diese an Bedingungen geknüpft sind - so
248 müssen diese angemessene Arbeitsbedingungen und faire Löhne gewährleisten und bei
249 Nichteinhaltung dafür haften.

250 Berichte über Menschenrechtsverstöße wie bei VW in der Region Xinjiang müssen
251 umgehend durch neutrale Behörden, am besten unabhängige Beobachter*innen, ausgeräumt
252 werden.

253 Dass die Volksrepublik China viele unserer liberalen Werte mit Füßen tritt, darf
254 nicht schulterzuckend hingenommen werden. Einschränkungen der Pressefreiheit, Zensur,
255 Überwachung - das ist für viele Chines*innen Alltag und widerspricht unserer
256 Vorstellung einer Gesellschaft der Freien und Gleichen. Mit jedem neuen
257 Handelsabkommen machen nicht nur deutsche und europäische Firmen Gewinn, sondern wird
258 auch die chinesische Führung gestärkt. Eine Führung, die systematisch Menschenrechte
259 verletzt. Nicht erst die kürzlich erschienenen Xinjiang Police Files haben das Ausmaß

260 der Menschenrechtsverletzungen an Uigur*innen offengelegt, aber sollten für unsere
261 Politik und Wirtschaft jetzt Anlass sein, nicht weiter zu schweigen. Wir haben nach
262 der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim 2014 weiter Geschäfte mit Russland gemacht
263 - diesen Fehler sollten wir so nicht wiederholen!

264 Die Bundesregierung, aber auch die Unternehmen müssen ihren Einfluss nutzen um
265 Menschenrechtsverstöße wie die Internierung von Uigur*innen offen anzusprechen und
266 eine Veränderung zu bewirken. Weigern sich die Unternehmen, muss die Bundesregierung
267 ihnen klare Leitlinien vorgeben. Hierzu sollten Mittel, wie staatliche Sanktionen und
268 ausbleibende Investitionen in Abstimmung mit unseren Bündnispartner*innen als
269 Druckmittel genutzt werden. Für uns Jungsozialist*innen steht außer Frage, dass der
270 kulturelle Genozid den die chinesische Führung an den Uigur*innen verübt verurteilt
271 und beendet werden muss!

272 Auch das politische Handeln Chinas in Hongkong verurteilen wir. China hatte sich 1997
273 mit Großbritannien auf das Modell „ein Land, zwei Systeme“ geeinigt. Dies war
274 Voraussetzung für die Rückgabe der einstigen Kronkolonie an China. China
275 verpflichtete sich für 50 Jahre den Menschen in Hongkong etwas zu gewähren, was für
276 uns selbstverständlich ist. Pressefreiheit, ein frei gewähltes Parlament, eine
277 unabhängige Justiz, Gewerkschaften. Nach und nach unterminierte die Volksrepublik
278 dies jedoch. Proteste wurden gewaltsam niedergeschlagen. Demonstrant*innen wurden
279 festgenommen. Die Justiz urteilt linientreu jahrelange Haftstrafen für
280 Demonstrant*innen. Kritische Presseverlage und Fernsehstudios wurden geschlossen. Der
281 Regierungschef wird von einem linientreuen „Wahlkomitee“ gewählt. Im Jahr 2020 hat
282 das linientreue Parlament das sogenannte „Sicherheitsgesetz“ verabschiedet. Ein
283 Gesetz mit einer sehr unklaren Definition auf dessen Grundlage Menschen verhaftet
284 werden und an China ausgeliefert werden können. Hongkong ist zum Polizeistaat
285 geworden, was man auch daran erkennt, dass der ehemalige Sicherheitsminister John Lee
286 zum neuen Regierungschef gewählt wurde. Er hat das Sicherheitsgesetz maßgeblich
287 verantwortet und als Chef der Polizei die Demonstrationen brutal niederschlagen
288 lassen. Als Reaktion kam von der EU: Nichts. Lediglich der Export von Tränengas und
289 Gummigeschossen an China wurde verboten. Wir haben die Menschen in Hongkong im Stich
290 gelassen. Wir haben die Menschen, die für Demokratie und Pressefreiheit auf die
291 Straße gegangen sind und ihr Leben riskiert haben im Stich gelassen.

292 Ein weiterer Konflikt, der in unserem Teil der Welt momentan zu wenig Beachtung
293 findet, ist die Taiwan Frage. Die Volksrepublik China sieht Taiwan als „abtrünnige
294 Provinz“ an, die notfalls militärisch wieder eingegliedert werden soll. Täglich wird
295 der Luftraum Taiwans von chinesischen Kampfflugzeugen verletzt. Die Kriegsrhetorik
296 Chinas hat die letzten Jahre massiv zugenommen. Partei und Regierungschef Xi Jinping
297 hat es als eines seiner obersten Ziele ausgerufen, Taiwan wieder zu einem Teil der
298 Volksrepublik zu machen. Die Rüstungsausgaben Chinas wachsen Jahr für Jahr. Das
299 Militär übt eine Invasion Taiwans. Taiwan, ein fortschrittliches Land mit einer
300 funktionierenden Gewaltenteilung, mit Pressefreiheit, mit Gewerkschaften und einem
301 Mehrparteiensystem. Parlamentswahlen laufen frei und friedlich ab. Die Menschen
302 bekennen sich zur Demokratie. In mehreren Umfragen lehnt eine klare Mehrheit der
303 Taiwaner*innen eine Wiedereingliederung entschieden ab. Die Interessen der
304 Taiwaner*innen jedoch interessieren die Volksrepublik China wenig. Eine Spirale der
305 Aufrüstung und der Kriegsrhetorik ist entfesselt. Auch Taiwan rüstet seine Armee mit

306 Unterstützung der Amerikaner*innen massiv auf. Die Amerikaner*innen liefern massiv
307 moderne Waffensysteme und bilden die taiwanesischen Armee aus. Amerikanische
308 Kriegsschiffe fahren häufig durch die Straße von Taiwan um ein klares Signal gegen
309 die Gebietsansprüche Chinas zu senden.

310 Eine militärische Eskalation droht! Nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine
311 müssen wir verdeutlichen, dass wir einen Eingriff in die territoriale Integrität von
312 Taiwan nicht akzeptieren werden und China, ebenso wie Russland, die politische und
313 wirtschaftliche Isolation droht.

314 Die Entwicklungen in Hongkong und rund um Taiwan machen deutlich, wie wichtig unsere
315 Solidarität mit ihnen ist. Für uns ist klar, dass eine Vereinigung Chinas mit Taiwan
316 nicht gegen den Willen der taiwanesischen Gesellschaft erfolgen, und nicht mit
317 militärischen Mitteln erzwungen werden darf. Des Weiteren dürfen für Geflüchtete aus
318 Hongkong keinerlei Einschränkungen beim politischen Asyl gelten!

319 NATO-Partner Türkei

320 Für uns als Jusos steht fest: Wer einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg
321 verurteilt, darf über den anderen nicht schweigen!

322 Immer wieder greift die Türkei völkerrechtswidrig Gebiete der Kurdinnen und Kurden in
323 Syrien an. Der türkische Präsident Erdogan sieht die YPG als verlängerten Arm der von
324 ihm und vielen anderen Staaten als Terrororganisation eingestuften PKK an.

325 Wir als europäische Gemeinschaft und die anderen NATO Mitgliedsstaaten müssen
326 deutlich machen, dass Erdogan basierend auf einer Lüge Verbrechen gegen das
327 Menschenrecht verübt. Die Türkei greift immer wieder völkerrechtswidrig kurdische
328 Gebiete an, viele Zivilist*innen verlieren durch die Raketen- und Drohnenangriffe ihr
329 Leben - auch jetzt! Im Schatten des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine
330 startete Erdogan Mitte April eine Militärintervention im Nordirak. Diese wurde vom
331 Wissenschaftlichen Dienst des Bundestags als völkerrechtswidrig eingeordnet! Ebenso
332 kündigte er an, einen 30km breiten "Schutzstreifen" entlang der Grenze Nordsyriens
333 besetzen zu wollen. Dies begründet er mit der vermeintlichen Bedrohung durch die
334 kurdische Selbstverwaltung in Nordsyrien und damit, dass er eine Million syrische
335 Geflüchtete in speziell angelegte "Siedlungen" rückführen möchte. Die Auswirkungen
336 dieser Besatzung wären für die dortige kurdische Bevölkerung katastrophal und wäre
337 begleitet von ethnischen Säuberungen. Das können und dürfen wir nicht hinnehmen!
338 Daher muss die Bundesregierung Waffenlieferungen an die Türkei sofort aussetzen und
339 mit den anderen NATO Mitgliedern auf ein Ende dieses Angriffs drängen. Hier muss die
340 NATO ihre Handlungsfähigkeit beweisen und klarstellen, dass die Werte, die sie
341 verteidigt für alle gelten! Im Extremfall bedeutet das, dass Mitglieder wie die
342 Türkei unter solchen Umständen nicht länger Mitglied des Bündnisses bleiben können.
343 Es ist außerdem auch bekannt, dass Erdogan die Meinungsfreiheit, Gewaltenteilung und
344 Demokratie im eigenen Land mit Füßen tritt. Er löst gewaltvoll, friedliche
345 Demonstrationen auf, Inhaftiert kritische Journalisten und sorgt dafür, dass Wahlen
346 zu seinen Gunsten gefälscht werden. Unserer Meinung nach ist in einem westlichen
347 Bündnis kein Platz für eine solche Demokratiefreundliche Haltung. Zudem blockiert die
348 Türkei aktuell die Aufnahme von Finnland und Schweden in der NATO. Die Gefahr, dass
349 der Preis für die Aufhebung seiner Blockade ein Wegsehen bei den Kurd*innen sein
350 wird, ist real. Die Bundesregierung und auch die NATO muss deutlich machen, dass sie
351 diesen Preis nicht bezahlen wird - alles andere wäre Heuchelei!

352 Europäische Union

353 Der russische Angriffskrieg zeigt uns eines ganz deutlich: wir brauchen eine starke
354 Europäische Union, die geschlossen als Einheit auftritt und Werte- und
355 Demokratievorstellungen verteidigt. Die Entschlossenheit, die sich bei den bisherigen
356 Sanktionspaketen gezeigt hat, darf dennoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch
357 innerhalb der EU Mitgliedstaaten gibt, die die europäischen Werte missachten. Es ist
358 gut, dass sowohl gegen Ungarn, als auch gegen Polen endlich Rechtsstaatsverfahren
359 eingeleitet wurden - solches Verhalten kann nicht konsequenzlos bleiben!

360 Für uns ist klar: Wer die demokratischen Institutionen und die Pressefreiheit
361 aushöhlt und einschränkt, wer Faschismus, Homophobie und Rassismus nicht entschieden
362 entgegentritt, oder, wie im Falle der beiden Staaten LGBTQIA+ ausgrenzt, der hat
363 nicht nur keinen Anspruch auf EU-Gelder, sondern der hat seinen Platz in der
364 Europäischen Gemeinschaft verspielt. Wir als EU müssen uns als Safe Space für
365 Menschen jeglicher Herkunft und Orientierung verstehen - wer diesen Weg nicht
366 mitgeht, hat in dieser Gemeinschaft nichts verloren!

367 Und deshalb ist uns klar, dass auch die EU weitgehende Reformen braucht. Das
368 Einstimmigkeitsprinzip im Rat der EU muss abgeschafft werden, damit einzelne Staaten,
369 wie zum Beispiel Ungarn und Polen, wichtige Entscheidungen nicht blockieren können
370 weil sie die eigene, reaktionäre und konservative politische Agenda über unsere
371 gemeinsamen europäischen Werte stellt.

372 Die Grenzschutzagentur Frontex muss aufgelöst werden - wer Werte im Inneren
373 einfordert, muss diese allen Menschen entgegenbringen! Das Sterben im Mittelmeer und
374 an den europäischen Außengrenzen muss ein Ende haben und das Menschenrecht auf Asyl
375 muss allen gewährt werden. Die Schaffung sicherer Fluchtrouten, die
376 Entkriminalisierung der Seenotrettung und die Schaffung eines einheitlichen
377 europäischen Migrationsgesetzes, das den Menschen die Möglichkeit bietet ein neues,
378 würdevolles Leben zu beginnen und Ihnen gleiche Rechte garantiert, sind zwingend
379 nötig.

380 4. Die Konsequenz: Vereint nach vorne!

381 Die Solidarität die sich aktuell im Umgang mit den ukrainischen Geflüchteten zeigt
382 begrüßen und unterstützen wir in vollem Maße. Doch für uns darf kein Unterschied
383 zwischen ukrainischen Geflüchteten und denen, aus anderen Ländern gemacht werden! Die
384 Ungleichbehandlung die sich aktuell zeigt ist nach unserem Verständnis der
385 internationalen Solidarität untragbar und muss beendet werden. So muss allen
386 Geflüchteten der Zugang zu Sozialleistungen, Bildung und dem Arbeitsmarkt
387 gleichermaßen ermöglicht werden.

388 Insbesondere weiblich gelesenen Geflüchteten müssen wir besonderen Schutz und eine
389 besondere Betreuung bieten, denn noch immer wird Gewalt gegen Frauen* weltweit als
390 Waffe in Konflikt- und Kriegsgebieten eingesetzt.

391 Wir sehen, dass z.B. in Polen ukrainischen Frauen* und Mädchen, die Opfer einer
392 Vergewaltigung wurden der Zugang zu einer Abtreibung verwehrt wird - das darf nicht
393 sein!

394 Auch hier zeigt sich wie dringend die Umsetzung der Istanbul-Konvention ist. In
395 Deutschland muss sie endlich vollständig umgesetzt werden, und die Bundesrepublik
396 muss sich international für die Stärkung von Frauen*rechten einsetzen und sie

397 verteidigen - auch innerhalb der EU!

398 Auch in Afghanistan sind Frauen* und Mädchen durch die Taliban bedroht, und Wegsehen
399 verbietet sich nach den jahrelangen Einsätzen westlicher Länder dort. Die Ortskräfte,
400 die mit der Bundesrepublik zusammengearbeitet und die Bundeswehr vor Ort unterstützt
401 haben, haben ebenso ein Recht auf Schutz. Ihre Aufnahme muss endlich beschleunigt
402 werden, und bürokratische Hürden müssen abgebaut werden.

403 Doch nicht nur Klima und Krieg gefährden Menschen weltweit und treiben sie in die
404 Flucht, sondern auch der Hunger.

405 "Ob ein Mensch in kriegerischer Auseinandersetzung getötet oder durch
406 Gleichgültigkeit zum Hungertod verurteilt wird, das macht moralisch keinen
407 Unterschied. (...) Wer den Krieg ächten will, muß auch den Hunger ächten." sagte Willy
408 Brandt, und so müssen wir uns international dafür einsetzen, dass der Hunger und die
409 akute Ernährungskrise durch den Krieg gegen die Ukraine nicht zu einer humanitären
410 Katastrophe wird - dies muss über eine Aufstockung unserer Entwicklungshilfe und die
411 enge Kooperation mit unseren internationalen Partnern sichergestellt werden.
412 Unternehmen, die mit Lebensmitteln spekulieren und am Hunger der anderen Profit
413 machen, muss Einhalt geboten werden!

414 Wir müssen uns in all diesen Punkten als Gemeinschaft betrachten, und dürfen mit
415 unseren Werten keinen Protektionismus betreiben - sie müssen für alle gelten, und
416 überall gleichermaßen Richtlinie unseres Handelns sein. Nur so können wir als
417 Menschen und als Gesellschaft an den aktuellen, und den uns bevorstehenden
418 Herausforderungen gemeinsam (zusammen-)wachsen.

419 Daher stellen auch wir Jusos Rheinland-Pfalz den Ansatz von internationalistischer,
420 feministischer und sozialistischer Politik weiterhin immer in den Vordergrund unseres
421 Handelns. Gegenwind von Konservativen, und wenn es sein muss auch aus der eigenen
422 Partei, halten wir gemeinsam stand - denn vereint sind wir stark.

423 Internationalistisch: Wir müssen unseren eurozentrischen Blick auf die Dinge ablegen
424 und Rassismus und Antisemitismus weiter entschieden entgegentreten! Wir sind uns
425 bewusst, dass soziale Ungleichheiten oder die Klimakrise an Grenzen nicht halt
426 machen. Doch klar ist: Unser Wohlstand darf nicht auf Kosten anderer gehen! Als
427 Sozialist*innen stehen wir auch international immer auf der Seite der Unterdrückten,
428 nie auf der Seite der Unterdrückenden. Dieser Grundsatz muss von materiellen,
429 kapitalistischen Eigeninteressen unberührt bleiben!

430 Feministisch: Spätestens, seitdem wir eine weibliche Außenministerin haben wird viel
431 von feministischer Außenpolitik gesprochen. Wir Jusos RLP sind ein feministischer
432 Richtungsverband und schon lange überzeugt, dass feministische Politikansätze - in
433 allen Bereichen - eine Verbesserung sein kann. Daher muss es beim außenpolitischen
434 Handeln der Bundesrepublik eine Rolle spielen, ob die Staaten mit denen Abkommen
435 geschlossen oder zusammengearbeitet werden soll, die Rechte von Frauen* und
436 Minderheiten achten. Falls nicht, dürfen wir davor nicht die Augen schließen! Wir
437 werden im Rahmen unserer Möglichkeiten immer darauf aufmerksam machen. Dies muss auch
438 für die USA gelten: Frauen*- und LGBTQIA+-Rechte stehen vor einer massiven
439 Einschränkung, die wir nicht stillschweigend hinnehmen dürfen. My body - my choice!

440 Unsere Solidarität ist international - und muss laut zum Ausdruck gebracht werden.
441 Für eine echte Gleichstellung der Geschlechter werden wir uns weiter stark machen,

442 und dem lila Faden bei unserem Wirken stets folgen. Geschlechtsspezifische
443 Diskriminierung findet weiterhin statt, auch für die Menschen, die sich im
444 konstruierten binären Geschlechtersystem nicht wiederfinden - sie denken wir ebenso
445 mit, und betrachten unseren Feminismus als intersektional. Verschiedene
446 Diskriminierungsgründe werden wir nicht gegeneinander ausspielen!

447 Sozialistisch: Wir bekennen uns dazu, die kapitalistischen Verhältnisse in denen wir
448 aktuell leben überwinden zu wollen. dies ist stets Richtlinie unseres Handelns. Wir
449 möchten eine Gesellschaft der Freien und Gleichen erreichen. Daher gilt es, die
450 kapitalistischen Widersprüche aufzuheben. Der Satz "starke Schultern müssen mehr
451 tragen" ist für uns nicht nur ein netter Spruch, sondern wir meinen es ernst: wir
452 brauchen eine Umverteilung von oben nach unten und einen solidarischen Sozialstaat
453 der seinen Namen auch verdient. Bereits Marx wusste: Wir haben nichts zu verlieren,
454 außer unsere Ketten - aber eine Welt zu gewinnen!

455 Wir sind uns einig: Dass einige wenige Eigentümer*innen und Aktionär*innen mit der
456 Arbeit anderer Leute reich werden und den Gewinn, den die arbeitende Klasse
457 erwirtschaftet hat einstreichen, während die Arbeiter*innen selbst sich am Ende des
458 Monats zwischen der Miete und einem vollen Magen entscheiden müssen, das kann und
459 darf nicht sein!

460 Unser Klassenbewusstsein wird von diesen kapitalistischen Widersprüchen gestärkt und
461 verbindet uns mit unseren Schwesterorganisationen und Sozialist*innen auf der ganzen
462 Welt. Freund*innenschaft siegt!

463 Diese Werte vereinen uns, und machen uns aus - und mit ihnen als Richtlinie und
464 Kompass können wir gemeinsam in die Zukunft gehen und eine Zeitenwende erwirken, die
465 ihren Namen auch verdient. Wir wollen kein Zurückfallen in altes Blockdenken,
466 Protektionismus und die weitere Ausbeutung von Menschen und unserer Erde, sondern wir
467 wollen vereint nach vorne.

Antrag F03: Zeitenwende: Eine Neuausrichtung unserer Außen- und Sicherheitspolitik

Antragsteller*in:	Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	F - Frieden & Internationales

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende. Deutschlands Außen- und
2 Sicherheitspolitik der letzten Jahrzehnte ist in Teilen gescheitert und muss neu
3 ausgerichtet werden. Es ist deshalb richtig, dass in Deutschland öffentlich endlich
4 mehr über internationale Fragestellungen und unsere Parlamentsarmee diskutiert wird.
5 Die Sozialdemokratie muss sich dieser Debatte ebenfalls stellen. Und wir müssen
6 anerkennen: Auch wir haben in den letzten Jahrzehnten Fehler gemacht.

7 Die hier formulierten Handlungsmaßnahmen und Leitlinien sollen ein Beitrag zur
8 größeren innerparteilichen wie gesellschaftlichen Debatte sein. Wir sind überzeugt,
9 dass diese Neuausrichtung unserer Außen- und Sicherheitspolitik jetzt notwendig ist.
10 Wir haben dabei die realpolitischen Gegebenheiten genauso fest im Blick wie unsere
11 unverrückbaren Werte. Anhand dessen glauben wir, die wachsenden globalen
12 Herausforderungen besser bewältigen zu können. Und davon gibt es genug: der Angriffs-
13 und Vernichtungskrieg Russlands gegen die Ukraine, die geopolitische Neuordnung
14 zwischen China, den weiteren BRICS-Staaten, den USA und Europa, die Klimakrise als
15 größte Menschheitsherausforderung unserer Zeit, gravierende globale Ungleichheit,
16 immer größere Hungerkatastrophen und weitere Kämpfe um Rohstoffe.

17 Es braucht eine neue Rolle Deutschlands und Europas in der Welt.

18 **Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!**

19 Antifaschismus und Friedenspolitik sind Kernbegriffe sozialdemokratischer Innen- und
20 Außenpolitik. Unser Grundgesetz ist in diesen Linien als Gegenentwurf zum
21 Nationalsozialismus geschrieben worden. Dem folgt auch unser Verständnis moderner
22 deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg ist
23 unsere außenpolitische DNA. Und das genau in dieser Reihenfolge.

24 Ohne den bewaffneten Einsatz der Alliierten wäre die doppelte Befreiung von Krieg und
25 Nationalsozialismus 1945 nicht möglich gewesen. In diesem Bewusstsein kann
26 sozialdemokratische Politik nie pazifistisch sein. Der sozialdemokratische Kampf war
27 immer emanzipatorisch und anti-imperialistisch. Deshalb muss Gewalt im Rahmen der
28 Charta der Vereinten Nationen für uns ein legitimes Mittel der Politik sein, nämlich
29 dann, wenn Freiheit und Demokratie durch Faschismus und Imperialismus bedroht werden.
30 Daran erinnert uns erneut der Freiheitskampf der Ukraine gegen den russischen
31 Aggressor. Frieden nur zu wollen, vermeidet und beendet keinen Krieg.

32 Davon unbenommen ist unser unbedingter Wille, es nie zum Gewalteinsatz kommen zu
33 lassen, den Frieden zu bewahren und wiederherzustellen. In sozialdemokratischer
34 Tradition gilt das Primat von Diplomatie und ziviler Konfliktbewältigung für uns auch
35 heute uneingeschränkt. „Lieber 100 Stunden umsonst verhandeln, als eine Minute
36 schießen“ bleibt unsere Leitlinie. Friedenspolitik ist mit dem 24. Februar nicht
37 weniger relevant geworden. Im Gegenteil.

38 Wertebasierte Außenpolitik und Feminist Foreign Policy

39 Wir arbeiten für eine wertebasierte, feministische Außenpolitik für Deutschland und
40 die Europäische Union. Interessen und Werte stehen für uns bei all dem nicht im
41 Widerspruch. Das globale Eintreten für unsere Werte liegt immer auch in unserem
42 nationalen Interesse. Freiheit und Demokratie wollen wir weltweit genauso verteidigen
43 und stärken wie Frieden, Geschlechtergerechtigkeit, Klimagerechtigkeit und die
44 universellen Menschenrechte. Globale Ungleichheiten und diskriminierende,
45 undemokratische Machtstrukturen wollen wir abbauen. Sicherheit geht für uns über das
46 Verständnis klassischer Landesverteidigung hinaus und in einem umfassenden und
47 kontextspezifischen Begriff der menschlichen Sicherheit auf (human security).

48 Dabei leitet uns das 3R+D Konzept: Wir wollen die *Rechte* aller Menschen wahren und
49 fördern. Das schließt sowohl das aktive Verteidigen der Rechte in Form von
50 präventiven Maßnahmen als auch das Schaffen von Gerechtigkeit nach einer
51 Rechtsverletzung ein. Wir wollen für eine gerechte *Repräsentation* aller Menschen auf
52 allen Ebenen sorgen und dafür die Partizipation von Frauen und anderen
53 marginalisierten Gruppen aktiv fördern. Dafür wollen wir entsprechende *Ressourcen* zur
54 Verfügung stellen und den Zugang von Frauen und anderen marginalisierten Gruppen zu
55 Ressourcen stärken. Dabei setzen wir auf *Diversität* und verfolgen einen
56 intersektionalen Ansatz.

57 Als ganzheitliches Fundament unserer Außenpolitik verstehen wir dieses Konzept als
58 universell anwendbar und sehen uns in der Verantwortung danach zu handeln. Deshalb
59 verfolgen wir einen R2P Ansatz, der vergangene Versäumnisse und offensichtlichen
60 Missbrauch in dessen Anwendung hinter sich lässt. In einem ersten Schritt ist es
61 unser Ziel, Menschenrechtsverletzungen und dafür oft verantwortliche
62 Krisensituationen zu verhindern (Prevent). Dafür wollen wir globale Beobachtungs- und
63 Durchsetzungsmechanismen stärken und ausbauen. Wo Menschenrechtsverletzungen
64 auftreten, leiten menschliche Sicherheit und der Fokus auf die vulnerabelsten Gruppen
65 unser Handeln (React). Dabei stärken wir den vorhandenen Rechtsrahmen und beziehen
66 die Perspektive der Betroffenen vor Ort ein. Nach dem Ende der Krisensituation gilt
67 es eine zukünftige Eskalation zu verhindern, dafür nötige Strukturen (wieder-
68)aufzubauen und Gerechtigkeit durchzusetzen (Prevent). Wenn konsequent verfolgt und
69 umgesetzt, stärken diese Schritte auch die regelbasierte internationale Ordnung und
70 damit wiederum den 3R+D Ansatz.

71 Es ist richtig, dass sich Deutschland nun eine nationale Sicherheitsstrategie gibt,
72 die diesen Ansätzen Rechnung trägt und eine ganzheitliche Leitlinie für alle
73 Akteur:innen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik liefert. Ein nationaler
74 Sicherheitsrat würde dazu nicht beitragen.

75 Multilateralismus für das 21. Jahrhundert

76 In einer globalisierten, komplex-vernetzten Welt sind wir der Überzeugung, dass sich
77 Probleme am besten durch internationale Zusammenarbeit lösen lassen. Bei
78 Problemfeldern wie Abrüstung oder der Bekämpfung der Klimakrise ist Kooperation gar
79 der einzige Weg zum Erfolg. Aber auch darüber hinaus gewinnen alle Staaten, wenn sie
80 sich abstimmen und gemeinsam handeln. Zusammenarbeit funktioniert jedoch nur, wenn
81 sich alle an die gemeinsamen Spielregeln der Kooperation halten. Der Charta der
82 Vereinten Nationen und den Grundsätzen des Völkerrechts kommt deshalb eine zentrale
83 Rolle für die Durchsetzung unserer Werte und des Multilateralismus zu. In einer Zeit,

84 in der wieder öfter versucht wird das Recht des Stärkeren durchzusetzen, stehen wir
85 für die Stärke des Rechts ein. Wo die liberale internationale Ordnung bedroht wird,
86 ist es die Pflicht der internationalen Staatengemeinschaft, sie zu verteidigen. Wir
87 fühlen uns deshalb vom Völkerrecht gebunden und setzen uns an jeder Stelle für seine
88 Durchsetzung, Stärkung und Weiterentwicklung ein. In der aktuellen geopolitischen
89 Situation stehen wir entschieden für Souveränität, das Gewaltverbot und die Wahrung
90 der universalen Menschenrechte ein.

91 Die Vereinten Nationen (UN) sind Zentrum dieser regelbasierten Ordnung und arbeiten
92 an allen wichtigen internationalen Fragestellungen, von Frieden und Sicherheit über
93 die Bekämpfung der Klimakrise und die Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit bis
94 zur Ernährungssicherung. Die UN sind unerlässlich für eine friedlichere und
95 gerechtere Welt. Deutschland ist deshalb zurecht eines der größten Geberländer für
96 diese wichtige Arbeit. Daran gilt es unbedingt festzuhalten und die UN weiter zu
97 stärken. Dazu gehört auch im System der UN für unsere Werte einzustehen und nötige
98 Reformen anzugehen.

99 Wie uns der russische Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die Ukraine nun wieder
100 brutal vor Augen führt, stößt das System kollektiver Sicherheit der UN aber immer
101 wieder an seine Grenzen. Nämlich dann, wenn Großmächte ihre Sonderstellung im System
102 der Vereinten Nationen missbrauchen. Deshalb sind die transatlantische Partnerschaft
103 und insbesondere die NATO elementarer Teil des Erhalts von Sicherheit für uns, unsere
104 Verbündeten und die Welt. Die Wahrung des Friedens, die Vorbeugung von
105 Zwangsmaßnahmen und die Abschreckung von Aggression sind als Ziele der
106 Verteidigungsallianz heute so wichtig wie lange nicht. Für uns ist klar: Als
107 Wertegemeinschaft des Nordatlantik muss die NATO allen Staaten offenstehen, die sich
108 souverän für einen Beitritt entscheiden und die Beitrittskriterien erfüllen.

109 Die Zeit, in der sich die Demokratie als Staatsform weltweit immer weiter
110 ausgebreitet hat, ist vorbei. Wir erleben democratic backsliding in einzelnen
111 Staaten, aber auch als globalen Trend. In diesen Zeiten spielen Foren der Vernetzung
112 demokratischer Staaten eine immer wichtigere Rolle. Initiativen und Zusammenschlüsse
113 wie die G7, die Allianz für Demokratie und die Allianz für den Multilateralismus sind
114 wichtige Instrumente, um Interessen demokratischer Staaten zu bündeln und gemeinsam
115 zu vertreten. Dabei dürfen europäische und nordamerikanische Staaten nicht unter sich
116 bleiben. Damit das gelingt, müssen wir die Anliegen des Globalen Südens stärker zu
117 unseren Anliegen machen, müssen Doppelstandards vermeiden und unsere Zusagen
118 gegenüber diesen Ländern einlösen. Wir wollen die Demokratie weltweit stärken und
119 darin neue Verbündete finden, die wir auch für andere Ziele unserer Außenpolitik
120 gewinnen können.

121 **Für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik**

122 In Europa gibt es nur zwei Typen von Staaten: kleine Staaten und Staaten, die noch
123 nicht verstanden haben, dass sie klein sind.

124 Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss deshalb immer in einer europäischen
125 eingebettet sein. Am stärksten sind wir Europäer:innen, wenn wir gemeinsame
126 Standpunkte entwickeln, gemeinschaftlich handeln und dabei eine gemeinsame Strategie
127 verfolgen. Unser Ziel muss es deshalb sein, die Europäische Union zu einer
128 ernstzunehmenden geopolitischen Akteurin zu machen, als gelebte Antithese zu
129 Imperialismus und Autokratie. Um das zu schaffen, kommt Deutschland als größter

130 Volkswirtschaft Europas eine Führungsrolle zu. Dazu gehört, dem Amt des:der Hohen
131 Vertreter:in der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik mehr Bedeutung
132 zukommen zu lassen und den European External Action Service zu einem echten EU-
133 Außenministerium weiterzuentwickeln. Gleichzeitig müssen außen- und
134 sicherheitspolitische Entscheidungen der EU schneller und effektiver zustande kommen
135 als in der Vergangenheit. Dafür wollen wir hier endlich das Einstimmigkeitsprinzip
136 überwinden.

137 Zugleich wird sich Europas Rolle auf der Weltbühne verändern. Denn der 24. Februar
138 markiert für die EU genauso eine Zeitenwende wie für Deutschland. Will Europa als
139 normative Macht auf der Weltbühne bestehen, wird dem zivilen Engagement und der
140 Vermittlungsrolle eine stärkere militärische Komponente hinzuwachsen müssen. Das wird
141 notwendig sein, um externen Aggressoren wie Russland die Stirn bieten zu können in
142 einer Zeit, in der ungewiss bleibt, wie sehr und wie lange sich Europa auf die
143 Unterstützung der Vereinigten Staaten verlassen kann. Europa muss die Fähigkeit
144 erwerben, sich unabhängig verteidigen zu können. Der damit einhergehenden neuen Rolle
145 muss die EU gerecht werden und sie nutzen, um global aktiv für ihre Werte
146 einzutreten. Dabei bleibt unser langfristiges Ziel das Aufgehen nationalstaatlicher
147 Militärs in eine gemeinsame europäische Parlamentsarmee. Ein erster Schritt auf dem
148 Weg dorthin kann die Einrichtung einer vom Europäischen Parlament kontrollierten
149 Eingreiftruppe sein.

150 Die EU kann nach außen allerdings auch nur so stark sein, wie sie es nach innen ist.
151 Wir halten deshalb an unseren Forderungen zu europäischen Sozialreformen fest und
152 fordern entschiedene Konsequenzen gegen Verletzungen von Demokratie und
153 Rechtsstaatlichkeit. Als neue Mitglieder steht unsere Tür dabei allen europäischen
154 Staaten offen, die die Beitrittskriterien erfüllen. Auf gemachte Zusagen müssen sich
155 Beitrittskandidaten verlassen können. Das ist unerlässlich, um Frieden, Stabilität
156 und Zusammenarbeit zu fördern. Es ist eine strategische Frage, genauso wie eine der
157 Glaubwürdigkeit.

158 **Ein anderer Blick auf Wandel durch Annäherung**

159 Wandel durch Annäherung ist einer der Kernbegriffe sozialdemokratischer Außenpolitik
160 in der Nachkriegszeit. Er ist zur Grundlage deutscher Außenpolitik der letzten
161 Jahrzehnte geworden. Nach dem unbestrittenen Erfolg dieses Konzepts sind jedoch zwei
162 seiner zentralen Voraussetzungen verloren gegangen. Diese Fehlentwicklung ist uns nun
163 klar vor Augen geführt worden und muss behoben werden.

164 Dialogbereitschaft ohne Wehrhaftigkeit ist wirkungslos. Das haben auch Willy Brandt
165 und Helmut Schmidt verstanden. Die neue Ostpolitik war auch deshalb erfolgreich, weil
166 sie getragen war von einer militärischen Position der Stärke. Während die beiden
167 deutschen Staaten große Schritte aufeinander zgingen, wuchs der Wehretat der
168 Bundesrepublik so stark an wie nie. Drei Prozent der Wirtschaftsleistung fielen dem
169 Verteidigungsministerium zu. 2021 waren es noch 1,3 Prozent. Diesen Aspekt hat die
170 deutsche Außenpolitik der letzten Jahre verkannt. Sie hat sich auf die
171 Sicherheitsgarantien der Vereinigten Staaten verlassen, Verteidigung auch aus
172 Bequemlichkeit bewusst outgesourct. Den Stimmen unserer osteuropäischen Partnerländer
173 haben wir keine Bedeutung geschenkt, uns gar besserwischerisch über ihre Ängste
174 erhoben und dabei moralisch überlegen gefühlt. So darf es nicht weitergehen.
175 Deutschland muss seiner Verantwortung in Zukunft gerecht werden.

176 Gleichzeitig hat sich Wandel durch Annäherung immer mehr auf eine rein
177 wirtschaftliche Ebene verschoben. Aus Wandel durch Annäherung wurde Wandel durch
178 Handel. Als pauschales Konzept ist Wandel durch Handel nun gescheitert. Die
179 gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit zwischen Deutschland und Russland hat weder
180 den russischen Krieg gegen Georgien im Jahr 2008, noch die völkerrechtswidrige
181 Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014, noch den russischen Angriffs- und
182 Vernichtungskrieg gegen die Ukraine im Jahr 2022 verhindert. Auch innenpolitisch hat
183 sich Russland zunehmend anti-demokratisch und anti-freiheitlich entwickelt und ist
184 heute zu einer faschistoiden Autokratie geworden.

185 Aber nicht nur der russische Staat ist offensichtliches Beispiel für diesen
186 Trugschluss. Die unglaubliche ökonomische Abhängigkeit von der Volksrepublik China
187 hat genauso wenig eine Demokratisierung der chinesischen Gesellschaft oder eine
188 stärkere Durchsetzung der Menschenrechte in China bewirkt. Im Gegenteil: China tritt
189 international immer aggressiver auf und begeht massive Menschenrechtsverletzungen.
190 Diese Erkenntnis muss zu einem umfassenden Umdenken in unserer Wirtschafts- und
191 Handelspolitik führen.

192 Ziel muss es sein, Abhängigkeiten von einzelnen Staaten so stark wie möglich
193 abzubauen und in unseren Produktionsketten und insbesondere beim Handel mit seltenen
194 Rohstoffen eine breitest mögliche Diversifizierung zu erreichen. Dafür muss der Staat
195 stärker als bisher steuernd in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen eingreifen
196 und im Rahmen einer Klassifizierung von Handelspartnern dem Ziel der stärkeren
197 Unabhängigkeit von autoritären Staaten Rechnung tragen. Darüber hinaus müssen
198 systemrelevante Produktionslinien definiert werden, die im Kern nicht mehr außerhalb
199 der EU angelegt werden sollen und dafür im Bedarfsfall auch staatliche Bezuschussung
200 erhalten.

201 Darüber hinaus gilt es, das System ökonomischer Abhängigkeiten auch global zu
202 begreifen. China hat im Rahmen seiner Belt and Road Initiative ein Einflussnetz
203 gigantischen Ausmaßes, bis in die EU hinein, gespannt. Die bisherigen Ansätze
204 europäischer und nordamerikanischer Entwicklungszusammenarbeit waren darauf nicht
205 ausreichend ausgerichtet. Das muss sich nun ändern und dem Geld aus Peking eine
206 demokratische Alternative entgegengesetzt werden, die die Autonomie der
207 Empfängerländer stärkt. Das Global Gateway Programm und die G7 Partnership for Global
208 Infrastructure sind dafür entscheidende Schritte.

209 **Abrüstungspolitik und Rüstungsexporte**

210 Die aktuelle sicherheitspolitische Lage bestärkt uns in unserem Grundsatz der
211 Abrüstung. Insbesondere eine atomwaffenfreie Welt bleibt erklärtes Ziel unserer
212 Politik. Dafür arbeiten wir auf eine Sicherheitsarchitektur hin, in der Nuklearwaffen
213 abgeschafft sind. Als Mitgliedsstaat des Atomwaffensperrvertrags, Beobachter des
214 Atomwaffenverbotsvertrags und NATO-Staat der nuklearen Teilhabe kommt Deutschland
215 dabei im Zusammenspiel mit Frankreich, als einziger EU-Atommacht eine besondere Rolle
216 zu. Den Rückgang bei den globalen Kernwaffenbeständen gilt es aufrechtzuerhalten,
217 nicht umzukehren. Bei diesen Anstrengungen leitet uns das Prinzip der Reziprozität.
218 Abrüstung jeglicher Form funktioniert nur in Gegenseitigkeit und unter transparenten
219 Bedingungen. Deshalb ist für uns auch klar, dass die NATO so lange eine nukleare
220 Allianz bleiben muss, wie Atomwaffen existieren. Die Ächtung biologischer und
221 chemischer Kampfstoffe wollen wir weiterhin durchsetzen und existierende Bestände der

222 Vernichtung zuführen. Wir setzen uns für eine Ächtung vollautonomer letaler
223 Waffensysteme ein.

224 An den Export von Rüstung und Waffen setzen wir hohe ethische Anforderungen. Die
225 Einhaltung dieser moralischen Standpunkte sehen wir in der aktuellen
226 Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik Deutschland nicht repräsentiert und fordern
227 deswegen weiter eine Überarbeitung von Abläufen, Gesetzen und Entscheidungsfindungen
228 im Rahmen unserer Beschlusslage. Wir halten es für selbstverständlich, dass
229 Deutschland seiner Verantwortung damit auf internationaler Ebene gerecht wird, indem
230 es einen Beitrag zur Konfliktprävention und Friedenssicherung leistet. Davon ist
231 jedoch unbenommen, dass Deutschland NATO-, EU- und NATO-gleichgestellte Staaten, aber
232 auch gewisse Drittstaaten im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen im
233 Verteidigungsfall unterstützt, auch mit der Lieferung von Waffen- und
234 Rüstungsgütern.

235 **Die Situation der Bundeswehr**

236 Um die neuen Anforderungen an Deutschland als Akteur der Sicherheitspolitik zu
237 erfüllen, ist unsere Bundeswehr von zentraler Bedeutung. Wir haben mit ihr als
238 Parlamentsarmee eine besonders demokratisch legitimierte und kontrollierte Truppe, an
239 die wir aber immer größere Anforderungen stellen. Für diese Anforderungen müssen wir
240 die Truppe wieder fit machen und so ausstatten, dass sie alle von uns an sie
241 gestellten Aufträge erfüllen kann. Das beschlossene Sondervermögen Bundeswehr stellt
242 dafür nun neue Ressourcen zur Verfügung, löst allein aber nicht alle Probleme unserer
243 Truppe. 16 Jahre CDU/CSU im Verteidigungsministerium haben ihre Spuren hinterlassen.
244 Wir müssen jetzt dringend auch die bestehenden strukturellen Probleme angehen.

245 Das besorgniserregendste strukturelle Problem in der Bundeswehr stellt für uns
246 weiterhin die Existenz rechter Strukturen bei den Streitkräften dar. Zu den
247 Kernpflichten der Soldat:innen gehört es, im und außer Dienst jederzeit die
248 freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ohne
249 jeglichen Zweifel anzuerkennen und für ihren Erhalt stets aktiv einzutreten. Die
250 absolute Mehrheit der Soldat:innen in der Bundeswehr erfüllen diesen Wesenskern
251 uneingeschränkt und stehen fest auf dem Boden des Grundgesetzes. Wer diesen Pflichten
252 aber nicht nachkommt, gehört nicht in den Staatsdienst und erst recht nicht in die
253 Bundeswehr. Zu lange wurde Rechtsextremismus als strukturelles Problem in der Truppe
254 verkannt. Mit einer Sozialdemokratin an der Spitze des Verteidigungsministeriums ist
255 jetzt die Zeit, das endlich zu ändern.

256 Doch auch beim Thema Vielfalt hängt die Truppe hinterher. Erst seit dem Jahr 2000
257 dürfen auch Frauen in der Bundeswehr dienen. Bis heute sind jedoch nur rund 13% der
258 militärischen Angehörigen Frauen, von den Zivilbeschäftigten sind 38,6% weiblich.
259 Diese Zahlen haben sich in den letzten Jahren zwar fast verdoppelt, im Vergleich zu
260 anderen Ländern ist das Geschlechterverhältnis in Deutschland jedoch sehr
261 unausgeglichen. Gründe für diese Ungleichheit sind unter anderem die Ausbildungs- und
262 Arbeitsbedingungen, aber auch der immer noch vorherrschende Sexismus unter
263 Soldat:innen. Die institutionelle Diskriminierung queerer Menschen wurde ebenfalls
264 mit der Jahrtausendwende beendet. Die betroffenen Soldat:innen wurden erst 2021
265 entschädigt. Nichtsdestotrotz besteht auch heute Diskriminierung gegenüber queeren
266 Menschen in der Bundeswehr.

267 Überzogene Härte in der Ausbildung ist seit Jahren ein immer wieder thematisiertes

268 Problem innerhalb der Bundeswehr. Eine gute und einsatzorientierte Ausbildung ist
269 unabdingbar für die Funktionsfähigkeit und Einsatzbereitschaft der Truppe. Um
270 überzogener Härte in der Ausbildung entgegenzuwirken, ist es wichtig, dass
271 Ausbilder:innen und Vorgesetzte die Grundsätze der Inneren Führung (dazu zählen
272 Menschenwürde, Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität und
273 Demokratie) nicht nur vermitteln, sondern auch selbst verinnerlichen und zugleich
274 vorleben.

275 **Anforderungen an unsere Parlamentsarmee**

276 Für eine Neuaufstellung unserer Sicherheitspolitik ist es unerlässlich, ein klares
277 Anforderungsprofil für unsere Parlamentsarmee zu definieren. Zu oft wurden in den
278 letzten Jahrzehnten in kürzester Zeit die Erwartungen an die Truppe komplett
279 verändert. Auch wenn die Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht unerheblich von
280 externen Faktoren abhängt, gilt es, grundsätzliche Leitlinien festzulegen, die auf
281 längere Sicht die Anforderungen und Aufgaben klarstellen. Nur so ist eine effektive
282 und effiziente Gestaltung der Bundeswehr möglich.

283 Dabei ist klar, dass sich die externen Gegebenheiten in den letzten Jahrzehnten
284 massiv verändert haben. Mit dem Ende des Kalten Krieges ist der Auftrag der Landes-
285 und Bündnisverteidigung immer weiter in den Hintergrund gerückt. Der Fokus der
286 Fähigkeiten lag auf Out of Area-Einsätzen, also solchen mit UN-Mandat oder im Rahmen
287 der NATO, außerhalb des eigenen Territoriums. In diesem Prozess wurden die
288 Fähigkeiten der Landes- und Bündnisverteidigung vernachlässigt. Mit dem russischen
289 Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die Ukraine muss dazu nun ein Umdenken
290 stattfinden. Deutschland muss seiner Verantwortung in der Bündnisverteidigung gerecht
291 werden. Dafür ist eine langfristige politische Planung aber unerlässlich. Gemeinsam
292 mit unseren europäischen Verbündeten muss die Bundeswehr dazu in der Lage sein, im
293 Verteidigungsfall das EU- und NATO-Territorium zu schützen – langfristig auch ohne
294 die Hilfe der USA. Dazu ist eine enge Abstimmung mit unseren Verbündeten unabdingbar.
295 Leider haben wir hier in der Vergangenheit teils leere Versprechungen gemacht. Über
296 diese Kernaufgabe hinaus sehen wir auch die Notwendigkeit, Fähigkeiten vorzuhalten,
297 um international agieren zu können. Von der Absicherung von Seehandelsrouten, über
298 humanitäre Hilfe, bis hin zu Einsätzen mit UN-Mandat, wollen wir in Abstimmung mit
299 unseren Verbündeten auf möglichst viele Eventualitäten vorbereitet sein.

300 Dabei steht für uns fest, dass die Bundeswehr durch das Instrument der Amtshilfe
301 nicht zu einem „zweiten Technischen Hilfswerk“ werden darf. Die Corona-Pandemie und
302 die Flut im Ahrtal haben uns gezeigt, wo es im zivilen Bevölkerungsschutz in
303 Deutschland hapert. Hier müssen wir dringend auf Verbesserungen hinwirken. Denn auch
304 wenn unzählige Ehrenamtliche sich für ihre Mitmenschen eingesetzt haben, wären viele
305 Krisen ohne den Einsatz der Bundeswehr nicht zu bewältigen gewesen. Die Bundeswehr
306 muss im Bevölkerungsschutz das letzte Mittel sein, die Amtshilfe ist nicht dazu da,
307 Fehler in der Planung des Bevölkerungsschutzes auszugleichen. Das Grundgesetz setzt
308 für den Einsatz im Inneren richtigerweise hohe Hürden.

309 **Nötige Bundeswehrreformen der Organisation, der Beschaffung und beim Personal**

310 Die gesamte Organisation Bundeswehr hat Reformen dringend nötig. Nur so kann sie den
311 Anforderungen, die wir an sie stellen, gerecht werden. Aus den letzten großen
312 Bundeswehrreformen haben wir aber gelernt, dass eine so große Organisation nicht
313 komplett neu erdacht werden kann. Es gilt grundsätzlich nach dem Prinzip zu

314 verfahren, so viel Reform wie nötig, so viel Konstanz wie möglich. Nur so kann auf
315 Dauer eine effektive Bundeswehr geschaffen werden.

316 Insbesondere in der Beschaffung der Bundeswehr ist in den letzten Jahren sehr viel
317 schiefgelaufen. Von der Beschaffung von Marine-Hubschraubern, die nicht über
318 Salzwasser fliegen dürfen, über etliche Verzögerungen, bis hin zum Desaster um die
319 Gorch Fock. Der Beschaffungsprozess der Bundeswehr ist zum aktuellen Zeitpunkt durch
320 hohe Verantwortungsdiffusion geprägt. Diejenigen, die mit dem zu beschaffenden
321 Material arbeiten sollen, werden oft vor vollendete Tatsachen gestellt. Grundsätzlich
322 fordern wir, dass die Ressourcenverantwortung für das Material wieder in die Hand
323 derer zurückgegeben wird, die für die Auftragsdurchführung verantwortlich sind.
324 Querbeziehungen zu Ressourcenverantwortlichen müssen minimiert und strukturell neu
325 gefasst werden. Hierzu müssen insbesondere die Strukturen des Bundesamts für
326 Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr komplett überarbeitet
327 werden. Eine solche Reform kann aber nur kontinuierlich erfolgen. Eine Aussetzung der
328 Beschaffung können wir uns beim desolaten Zustand der Bundeswehr nicht leisten.

329 Klar ist: Die der Bundeswehr zur Verfügung gestellten Geldmittel müssen in Zukunft
330 effektiver genutzt werden. Es darf nicht sein, dass der Verteidigungsetat immer
331 weiter steigt, die Einsatzbereitschaft aber gleichzeitig sinkt.

332 Konkret bedeutet das unter anderem auch den Einkauf von fertig entwickelten Einheiten
333 von Verbündeten oder aus der eigenen Rüstungsindustrie. Dies schließt insbesondere
334 die Beschaffung von Großgeräten wie Flugzeugen, Schiffen und Fahrzeugen ein. Es
335 braucht nicht immer eine eigene Lösung, die in der Entwicklung Unsummen von Geld
336 verschlingt. Gleichzeitig darf die Beteiligung der Bundeswehr an der Entwicklung
337 zukünftiger Rüstungsprojekte nicht leiden. Insbesondere muss hierbei aber darauf
338 hingewirkt werden, dass europäische Gemeinschaftsprojekte gefordert werden. Die EU-
339 Verteidigungsinitiative für die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit PESCO muss
340 deshalb in Zukunft eine noch entscheidendere Rolle spielen. PESCO ist aber auch nicht
341 frei von Reformbedarf: z.B. die Verpflichtung der beteiligten Länder, ihre Ausgaben
342 für Rüstung kontinuierlich zu erhöhen, gehört abgeschafft. Darüber hinaus braucht es
343 mehr Flexibilität für Kleinanschaffungen innerhalb der Truppe. Kleine Beschaffungen
344 müssen auch ohne einen langwierigen Beschaffungsprozess möglich sein.

345 Die Bundeswehr ist derzeit in drei Teilstreitkräfte (Heer, Marine, Luftwaffe) und
346 drei teilstreitkraftartige Organisationsbereiche (Streitkräftebasis, Sanitätsdienst,
347 Cyber) unterteilt. Dies ist für eine zahlenmäßig kleine Truppe deutlich zu viel
348 organisatorischer Überbau. Wir fordern eine Reduktion auf je einen Kommando-Überbau
349 in Anlehnung an die von der NATO definierten Dimension (Land, Luft/Weltraum, See,
350 Cyber). Andere kleinere Organisationseinheiten, wie das Einsatzführungskommando,
351 sollen hiervon unberührt bleiben. Mit der Reform muss auch gegen die vorherrschende
352 Verantwortungsdiffusion vorgegangen werden. Es braucht für jede Aufgabe klar
353 Verantwortliche innerhalb der Truppe. Für uns steht fest, dass dem:der
354 Generalinspekteur:in im Sinne des Dresdner Erlasses weiter eine zentrale Rolle in der
355 Organisation des Verteidigungsministeriums zukommen muss. Die militärische Expertise
356 muss eng mit der politischen Führung verzahnt sein. Das Primat der Politik muss dabei
357 uneingeschränkt bleiben.

358 Die Struktur und Politik des Verteidigungsministeriums müssen der Organisation der
359 Truppe wieder besser gerecht werden. Unter Helmut Schmidt wurde dazu ein Planungsstab

360 eingesetzt, der zu je einem Drittel mit Soldat:innen, zivilen Angehörigen der
361 Bundeswehr und zivilen Fachexpert:innen von außerhalb besetzt war. Dieser
362 unterstützte den:die Bundesminister:in in der Wahrnehmung der Amtsaufgaben
363 unmittelbar und beriet bei allen Entscheidungsvorschlägen der militärischen und
364 zivilen Abteilungen des Ministeriums, begleitete die Umsetzung der Entscheidungen
365 des:der Minister:in und setzte politische Vorgaben in Konzeptionen, Reden und Artikel
366 um. Im Rahmen der Neuausrichtung der Bundeswehr 2012 wurde diese Struktur aufgelöst.
367 Um in Zukunft wieder eine eng zwischen Truppe und Regierung abgestimmte Politik
368 gewährleisten zu können, fordern wir eine Wiedereinführung des Planungsstabes oder
369 eines ähnlichen Gremiums, das aus der Truppe besetzt wird und das
370 Bundesverteidigungsministerium berät.

371 Um dem stetigen Personalmangel bei der Bundeswehr entgegenzuwirken, muss der
372 Bewerbungsprozess reformiert werden. So sollen Online-Beratungs- und
373 Informationsangebote ausgebaut werden. Die verpflichtende Erstberatung in den
374 Karrierecentern der Bundeswehr soll nicht nur die Vorteile des Dienstes in der
375 Bundeswehr, sondern auch die Besonderheiten und Belastungen des Soldat:innenberufs
376 enthalten. Um dem Personalmangel in Mangelverwendungen zu begegnen, sollen weiterhin
377 die Hürden für einen Seiteneinstieg in die Bundeswehr gesenkt werden, um von
378 eventuellen zivil erworbenen Qualifikationen der Bewerber:innen zu profitieren. Die
379 Ausbildung der Soldat:innen muss sich an den geänderten Anforderung an die Bundeswehr
380 orientieren. So soll eine modernisierte und realitätsnahe Fähigkeitenbildung der
381 Soldat:innen durch eine stetige Evaluation und Anpassung bestehender
382 Ausbildungskonzepte sichergestellt werden. Dazu gehört auch die Ausbildung an
383 moderner Technik wie beispielsweise Funkausrüstung oder persönlicher
384 Schutzausrüstung.

385 **Gegen Extremismus, für Vielfalt**

386 Dass es in der Bundeswehr ein Problem mit extremistischem Verhalten gibt, ist kein
387 Geheimnis: allein im Jahr 2021 gab es 226 Verdachtsfälle. Um dieser Entwicklung
388 entgegenzuwirken, fordern wir eine Ausweitung der Sicherheitsüberprüfung von
389 Bewerber:innen noch vor Einstellung in die Bundeswehr. Eine weitere wichtige
390 Präventionsmaßnahme zur Verhinderung von extremistischen Tendenzen und Entwicklungen
391 in der Bundeswehr ist die politische Bildung der Truppe. Aktuell schreibt die
392 Bundeswehr mindestens 24 Stunden politische Bildung pro Jahr für ihre Soldat:innen
393 vor, welche durch zusätzliche 12 Stunden historischer, interkultureller und ethischer
394 Bildung ergänzt wird. Wir fordern, den Anteil der politischen Bildung auf mindestens
395 50 Stunden pro Jahr zu erhöhen und neben Inhalten der politischen, historischen und
396 interkulturellen Bildung auch Elemente der Persönlichkeitsbildung und
397 Sensibilisierung zu vermitteln. Unverzichtbar ist in diesem Zusammenhang, die für die
398 Truppe erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um die vorgesehenen
399 Bildungseinheiten auch durchführen zu können. Die Unterstützung der Truppe sollte
400 nicht nur aus der zeitlichen Komponente, sondern unter anderem auch aus geeigneten
401 Räumlichkeiten oder organisatorischer Unterstützung für sinnvolle Exkursionen, wie
402 zum Beispiel den Besuch von Gedenkstätten und ehemaligen Konzentrationslagern,
403 bestehen.

404 Die Bundeswehr muss vielfältiger werden. So sollen Frauen weiterhin gezielt gefördert
405 und für einen Dienst in den Streitkräften gewonnen werden. Dazu muss die

406 unzureichende Vereinbarkeit von Dienst und Familie weiter ausgebaut werden, indem
407 mehr Möglichkeiten für Teilzeitarbeit, Kinderbetreuung sowie mobiles Arbeiten
408 geschaffen werden. Sexistische Anfeindungen und sexuelle Übergriffe müssen in der
409 Truppe ausnahmslos geahndet werden. Auch Diskriminierung von queeren Angehörigen der
410 Bundeswehr muss weiter abgebaut werden und eine entsprechende Aufklärung und
411 Sensibilisierung in allen Bereichen der Bundeswehr stattfinden. Um ein langfristig
412 tolerantes Klima zu etablieren, sollen alle Führungskräfte verpflichtende
413 Fortbildungen zu Vielfalt und Antidiskriminierung besuchen.

414 Die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist allerdings kein Mittel, um die Vielfalt der
415 Bundeswehr zu stärken. Einen solchen Eingriff in das Leben junger Menschen lehnen wir
416 nach wie vor ab.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag F04: ZEITENWENDE GESTALTEN - eine jungsozialistische Perspektive auf die Herausforderungen dieser Zeit

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	F - Frieden & Internationales

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Zeitenwende in der Außen- und Sicherheitspolitik

2 Der 24.02.2022 bedeutet durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine
3 eine Zeitenwende für die deutsche, europäische und weltweite Politik. Der
4 menschenverachtende Angriff auf einen souveränen Staat zeigt erneut, wie fragil die
5 europäische Friedensordnung, aber auch der Frieden weltweit ist. Die Bundesregierung
6 hat mit beispiellosen Maßnahmen auf diese nicht zu rechtfertigende Aggression
7 reagiert. Für eine bessere Ausstattung der Bundeswehr wurde ein Sondervermögen in
8 Höhe von 100 Milliarden Euro aufgelegt. Deutschland liefert erstmal auch schwere
9 Waffen in ein Krisengebiet, was einer 180 Grad Wende der bisherigen
10 Verteidigungspolitik Deutschlands und den Prinzipien der SPD entspricht. Als
11 antimilitaristischer Verband fallen uns Entscheidungen wie die Lieferung von Waffen
12 in Krisen- & Kriegsgebiete nicht leicht. Eigene Prinzipien, bisherige politische
13 Denkweisen, Handlungen und vermeintliche Grundsätze heißt es immer kritisch zu
14 hinterfragen. Daher stellen wir fest: Die Ukraine hat das Recht auf
15 Selbstverteidigung. Sie wurde unverschuldet und verbrecherisch von einer Großmacht
16 überfallen, die
17 die Uhren der Geschichte ohne Rücksicht auf Menschenleben zurückschrauben möchte. Es
18 ist ein blutiger Angriffskrieg, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit mit dem Ziel,
19 die europäische Friedensordnung dauerhaft zu zerstören. Unsere Gedanken und Herzen
20 sind bei den Geflüchteten und all jenen, die täglich um ihr Leben fürchten und
21 kämpfen. Kein Land und kein Autokrat dieser Welt kann und darf damit durchkommen.
22 Diese Politik kann und darf nicht erfolgreich sein. Deswegen ist es unsere Pflicht,
23 die Ukraine bei ihrer Selbstverteidigung, auch mit schweren Waffen, zu unterstützen!

24 Gleichzeitig stehen wir in unserer antimilitaristischen Tradition weiterhin zu
25 unserer Überzeugung,
26 dass internationale Konflikte immer politischer und diplomatischer Lösungen bedürfen
27 und nicht militärisch gelöst werden können. Der russische Angriffskrieg zeigt aber
28 auch, dass die militärische Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit hierfür notwendige
29 Voraussetzungen sind. Neben dieser Verteidigungsfähigkeit und Bündnisfähigkeit und
30 der diplomatischen Erreichung eines gerechten Friedens muss unsere oberste Priorität
31 die Verhinderung einer nuklearen Eskalation sein, die Grundlage für jeglichen
32 Frieden, jeglichen Fortschritt und das Überleben der Menschheit ist.

33 Deswegen bekennen wir uns dazu, dass die Bundeswehr gut ausgestattet sein muss, um
34 ihrer Aufgabe, der Landesverteidigung, nachkommen zu können. Dabei steht für uns an
35 erster Stelle, eine gute Ausrüstung der Soldat*innen sicherzustellen. Dafür braucht
36 es eine ausreichende Finanzierung der Bundeswehr. Allerdings wird die
37 Verteidigungsfähigkeit und Resilienz eines Staates nicht allein durch seine

38 militärische Verteidigungsfähigkeit gewährleistet, sondern auch durch eine
39 funktionierende zivile Infrastruktur, durch ein funktionierendes Sozial- und
40 Bildungswesen und eine aufgeklärte Gesellschaft, die gegenüber Verschwörungsmythen
41 unempfindlich ist und eine funktionierende demokratische Debattenkultur pflegt.
42 Deswegen lehnen wir Änderungen des Grundgesetzes alleine für Aufrüstung ebenso ab,
43 wie eine Verankerung von NATO-Zielen in unserer Verfassung. Wir brauchen einen
44 umfassend handlungsfähigen Staat, der in allen Bereichen investieren kann.
45 Einseitige Konzentration auf Aufrüstung widerspricht unseren anti-militaristischen
46 Grundüberzeugungen.

47 Mehrausgaben auch für die Ausrüstung sind dennoch erforderlich, aber Geld alleine
48 löst die Probleme nicht. Wir fordern weiterhin eine Reform des Beschaffungswesens
49 sowie eine Demokratisierung der Streitkräfte. Außerdem sind wir tief besorgt über
50 rechte Tendenzen innerhalb der Bundeswehr, die nicht einfach verschwunden sind in den
51 letzten Monaten. Eine demokratische und funktionierende Armee muss konsequent gegen
52 jeglichen Verdacht des Extremismus vorgehen, darauf werden wir weiterhin drängen.

53 Perspektivisch setzen wir uns für eine Europäische Union ein, die ihre eigene
54 Verteidigungsfähigkeit selbst gewährleisten kann.

55

56 **Den sozialen Frieden sichern**

57 Die Regierung hat ein beispielloses Entlastungspaket für die Bürger*innen
58 beschlossen, um der Inflation und den dadurch gestiegenen Lebenshaltungskosten,
59 insbesondere der Energiekosten, entgegenzuwirken. Die bisherigen Initiativen zur
60 Abfederung der Kostenexplosion waren richtig, aber sie reichen nicht aus, um mittlere
61 und geringe Einkommen, Studierende, Auszubildende, Rentner*innen und Personen, die
62 auf Sozialleistungen angewiesen sind ausreichend vor den Auswirkungen der Preis
63 Explosionen zu schützen. Deshalb setzen wir uns für weitere Entlastungen, die
64 insbesondere die Gruppen der jungen Menschen und der Rentner*innen adressieren, denn
65 diese sind besonders armutsgefährdet und von den gegenwärtigen Preissteigerungen
66 besonders intensiv betroffen.

67 Die Einführung des Bürgergelds muss die Situation derjenigen in unserer Gesellschaft,
68 die auf Sozialleistungen angewiesen sind, substantiell verbessern. Neben der
69 Abschaffung der Sanktionen muss die Ampelkoalition deswegen substantiell die
70 Regelsätze der Sozialhilfe, Grundsicherung und der Leistungen nach
71 Asylbewerberleistungsgesetz erhöhen. Die Ungleichbehandlung von Asylbewerber*innen
72 und Sozialhilfeempfänger*innen lehnen wir ab, weswegen eine Angleichung der
73 Leistungen erfolgen muss.

74 Die Einführung des Mindestlohns in Höhe von 12€ leistet einen wesentlichen Beitrag
75 zur Armutsbekämpfung. Der Mindestlohn muss dabei auf alle Menschen anwendbar sein,
76 weswegen wir uns für eine Abschaffung der Ausnahmen für junge Menschen,
77 Langzeitarbeitslose und Zeitungsaussträger*innen einsetzen. Ein menschenwürdiges
78 Leben darf keine Frage des sozialen Status sein.

79 Weiterhin ist es insbesondere in dieser Zeit wichtig, die Frage der
80 Vermögensumverteilung zu
81 stellen und auch gegenüber der FDP durchzusetzen.

82 Es kann und es darf nicht sein, dass die SPD ihre gesamte Verteidigungspolitik, auf
83 die sich auch
84 im Koalitionsvertrag geeinigt wurde, über den Haufen wirft und die Koalitionspartner
85 – insbesondere
86 die Freien Demokraten - so tun, als sei nichts geschehen. Die Verschuldung, die durch
87 das Sondervermögen der Bundeswehr, die ohnehin hohen Kosten der Corona-Pandemie sowie
88 der neuen Entlastungspakete entstanden sind, müssen fair verteilt werden.

89 Denn es gibt sie, die Krisengewinner*innen, die riesige Vermögen angehäuft haben.
90 Konzerne, Großaktionäre aber auch Wohnungsspekulant*innen haben sich auf Kosten der
91 Allgemeinheit eine goldene Nase verdient. Die Ungleichheit ist auf ein
92 Rekordniveau gestiegen. Doch in einer solidarischen Gesellschaft muss jede*r einen
93 fairen Beitrag leisten, bisher ist dies nicht der Fall.

94 Dafür müssen wir in dieser Legislaturperiode eine Wiedereinführung der
95 Vermögenssteuer und eine
96 tiefgehende Reform der Erbschaftssteuer erreichen. Außerdem braucht es weitere
97 Entlastungen von
98 geringen und mittleren Einkommen, die durch eine einmalige Vermögensabgabe von
99 „Superreichen“ und eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes zu finanzieren sind.

100 Die Kosten des Krieges und die notwendigen Entlastungen für kleine und mittlere
101 Einkommen, müssen von den stärksten Schultern der Gesellschaft getragen werden, die
102 in den letzten Jahren
103 überproportional am hohen Wirtschaftswachstum profitiert haben.

104 **Transformation gibt es nicht umsonst!**

105 Die Corona-Krise und der Ukraine-Krieg haben gezeigt, wie wichtig es ist, dass der
106 Staat auch
107 kurzfristige handlungsfähig ist. Die Corona-Unterstützungspakete und
108 Entlastungsmaßnahmen als Reaktion auf den Ukraine-Krieg waren nur möglich durch das
109 Aussetzen der Schuldenbremse. Diese Handlungsfähigkeit muss auch in den nächsten
110 Jahren erhalten bleiben. Gerade für die junge Generation ist es entscheidend, dass
111 die sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft vorangetrieben wird, u.a.
112 dafür braucht es Milliardeninvestitionen durch den Staat, diese werden nur möglich
113 sein, wenn wir uns endlich von den Fesseln der Schuldenbremse befreien.

114 Wenn wir verhindern wollen, dass es in weiten Teilen unserer Gesellschaft zu einer
115 Deindustrialisierung kommt, die Millionen Arbeitsplätze kosten würde, müssen wir
116 gezielt in den Umbau unserer industriellen Fertigung hin zu einer CO2-
117 neutralen Produktion investieren. Dafür ist der Ausbau der erneuerbaren
118 Energieerzeugung ebenso wie der Aufbau einer Infrastruktur für grünen Wasserstoff und
119 weiteren Speichertechnologien eine notwendige Voraussetzung. Damit gelingt uns
120 einerseits die dezentrale Energiewende, andererseits sichern wir unsere
121 energiepolitische Unabhängigkeit auch von autoritären Staaten wie Russland, Katar
122 oder Saudi Arabien.

123 Der Ukraine-Krieg hat deutlich gezeigt, dass die Ambitionen, der Bundesregierung im
124 Bereich des
125 Ausbaus der Erneuerbaren Energien in den letzten Jahren deutlich zu schwach waren.
126 Wir begrüßen die vorgezogene Abschaffung der EEG-Umlage, jedoch reicht diese nicht
127 aus, wenn Planungsverfahren nicht endlich beschleunigt und Regularien für den Ausbau

128 Erneuerbaren Energien, dahingehend verändert werden, dass der Ausbau deutlich
129 erleichtert und dadurch beschleunigt wird.

130 Wir werden strategisch Industriecluster insbesondere in strukturschwachen Regionen,
131 um unsere Abhängigkeit etwa von Ländern wie China bei der Halbleiterproduktion ebenso
132 von der chemischen Grundstoffindustrie zu senken.

133 Dies ist von hoher Bedeutung für die Sicherung des Industriestandortes Hessen. Die
134 Arbeitsplätze insbesondere in der chemischen, pharmazeutischen und Automobilindustrie
135 zu erhalten, ist unser erklärtes politisches Ziel für das wir uns gemeinsam mit den
136 Gewerkschaften einsetzen.

137 Die SPD ist die Partei der Arbeit. Wir sehen es als Aufgabe eines handlungsfähigen
138 Staates, diese
139 Transformation politisch zu steuern und damit Arbeitsplätze flächendeckend zu
140 sichern.

Antrag F05: Neustart in der Westbalkanpolitik: Wo ein Wille, da auch ein Weg!

Antragsteller*in:	Jusos Berlin
Sachgebiet:	F - Frieden & Internationales

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Spätestens seit Beginn des russischen Angriffskriegs ist klar: Europa muss enger
2 zusammenwachsen, um handlungsfähig zu bleiben. Die Europäische Union muss die
3 Beziehung zu ihren europäischen Nachbarstaaten überdenken und inklusiver gestalten.
4 Daher ist es ein außerordentlich begrüßenswerter Schritt, die Ukraine und Moldau als
5 Beitrittskandidaten zur EU anzuerkennen und nun auch formelle Gespräche im Rahmen von
6 Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien zu führen. Diese Solidarität
7 ist jetzt ein wichtiges Zeichen!

8 Was uns diese Entwicklungen aber auch gezeigt haben: Wo ein Wille ist, ist auch ein
9 Weg! Diesen Willen brauchen wir auch verstärkt in anderen Teilen des Westbalkans und
10 Europas. Putins imperialistische geopolitische Ziele enden nicht an ukrainischen
11 Staatsgrenzen. In Moskau wird daran gearbeitet, dem Einfluss der NATO und der EU in
12 Südosteuropa entgegenzuwirken und im Visier Putins ist dabei vor allem der
13 Westbalkan, welcher die Region des ehemaligen Vielvölkerstaats Jugoslawiens sowie
14 Albanien umfasst: Albanien, Bosnien und Herzegowina (BiH), Kosovo, Montenegro,
15 Nordmazedonien und Serbien. Auch Kroatien und Slowenien gehören zum Westbalkan,
16 werden aber seit ihrem Beitritt zur EU gesondert betrachtet.

17 1991 begann der Vielvölkerstaat Jugoslawien zu zerfallen, nachdem sich mehrere
18 Staaten unabhängig machten. In BiH brach daraufhin ein verheerender Krieg aus, der
19 auch den Völkermord von Srebrenica umfasste und auch zwischen Serbien und dem Kosovo
20 kam es zu kriegerischen Auseinandersetzungen.

21 Heute ist der Westbalkan wieder in einer Phase der Destabilisation: Nationale
22 Interessen werden vor regionaler Einigkeit verfolgt; BiH droht durch separatistische
23 Bewegungen zu zerbrechen; Perspektivlosigkeit belastet die Bevölkerung und vor allem
24 die Jugend vor Ort. Weit vorne auf der internationalen Bühne und mitten im Geschehen
25 ist dabei kein geringerer als der Kreml, der den Westbalkan als nächsten Krisenherd
26 für seine Machtspiele anvisiert hat. Denn der Westbalkan ist eine komplexe, aber
27 überaus wichtige geopolitische Region.

28 Seit Jahren weitet Russland seinen Einfluss auf die Länder des Westbalkans aus mit
29 dem Ziel, diese politisch zu destabilisieren und die europäische Integration und
30 NATO-Annäherung dieser Staaten zu blockieren. Beispiele hierfür sind
31 Geheimdienstoperationen, Anschlagpläne gegen Oppositionelle und gezielte
32 Cyberangriffe gegen demokratische und zivilgesellschaftliche Organisationen. Neben
33 militärischen Mitteln bedient sich die russische Regierung auch "soft power"
34 Instrumenten, wie Desinformation, den Austausch über die serbisch bzw. russisch-
35 orthodoxe Kirche und wirtschaftliche Abhängigkeiten. Die Abhängigkeit von Russland
36 zeigt sich auch daran, dass Serbien und BiH sich geweigert haben, die Sanktionen der
37 EU gegen Russland nach dessen Einmarsch in die Ukraine mitzutragen. Die Rolle
38 Russlands liegt dabei in der Funktion als Gegenpol zur EU, indem Russland aktiv anti-

39 europäische Sentiments und nationalistische Parteien unterstützt, die mit
40 ethnopolitischen Ideologien für gesellschaftliche und politische Instabilität in den
41 Staaten des Westbalkan sorgen.

42 Im besonderen Fokus Moskaus stehen dabei vor allem zwei Staaten, die von
43 kontinuierlichen und tiefgreifenden Krisen geprägt sind und dessen Beziehungen zu der
44 EU bisher am schwächsten voranschreiten: Bosnien und Herzegowina sowie die Republik
45 Kosovo.

46 BiH besteht seit dem Ende des blutigen Krieges durch den Friedensvertrag von Dayton
47 von 1995 aus zwei teilautonomen Entitäten: Die mehrheitlich von ethnischen Serb*innen
48 bewohnte Republika Srpska, sowie die Föderation BiH, welche wiederum zu rund 75% von
49 Bosniak*innen und zu 20% von Kroat*innen besiedelt ist. Bis heute ist das Land von
50 einer innenpolitischen Krise geprägt und ethnische Konflikte überdauern sowohl in der
51 Zivilgesellschaft, als auch an der politischen Spitze des Landes. Haupttreiber dieser
52 Konflikte ist der serbische Vertreter im Staatspräsidium, Milorad Dodik, der im
53 Herbst 2021 die Abspaltung der Republika Srpska vom restlichen Teil Bosnien-
54 Herzegowinas durch die Blockade und Boykottierung zentraler Staatsinstitutionen, dem
55 Austritt aus dem bosnischen Steuer- und Justizsystem und den Aufbau einer eigenen
56 Armee ankündigte. Neben seinen völkerrechtswidrigen Sezessionsbestrebungen leugnete
57 er offen den Völkermord von Srebrenica, proklamiert offen nationalistische Ansichten,
58 die mit der Abwertung anderer einhergehen und sein Ziel, die „Wiedervereinigung aller
59 Serben in einem Groß-Serbien“ erreichen zu wollen, obwohl dies ein klarer Verstoß
60 gegen die Verfassung und den Friedensvertrag von Dayton ist. Als Antwort darauf hat
61 die Bundesregierung und allen voran Außenministerin Annalena Baerbock Sanktionen der
62 EU gegen Dodik gefordert, etwaige Pläne sind aber bisher noch nicht umgesetzt und
63 werden seitens Dodik auch eher belächelt.

64 Doch auch auf bosnisch-kroatischer Seite kommt es zu Destabilisierungsversuchen: Der
65 kroatische Nationalist und Vorsitzende der kroatisch-rechts-nationalistischen Partei
66 HDZ-BiH, Dragan Covic, fordert die Gründung einer weiteren Entität, der sogenannten
67 „Herceg-Bosna“, ein Pseudo-Staat, welcher 1992 ausgerufen wurde, jedoch nicht im
68 Vertrag von Dayton festgeschrieben wurde. Covic arbeitet derzeit daran, die Region
69 unabhängiger zu machen, um ein neo-faschistisches Kleinkroatien zu etablieren,
70 welches an das Mutterland angegliedert werden soll. Um diesem Schritt näher zu
71 kommen, forderte er im Sommer dieses Jahres eine Wahlrechtsreform, welche ihm und
72 seiner Partei eine Dauerkarte für die bosnische Regierung verleihen würde, sodass die
73 HDZ jegliche staatlichen Prozesse blockieren könnte, wie sie es bereits in der
74 Föderation BiH seit vier Jahren tut.

75 Dodik und Covic stehen für Nationalismus, Faschismus, Rassismus, Despotismus und
76 Sezessionismus und tun alles in ihrer Macht Stehende, um die Demokratie und die
77 Rechtsstaatlichkeit in BiH auszuhebeln! Dabei werden sie von Kroatien und Serbien
78 unterstützt. So unterstützt die serbische Regierung unter Aleksandar Vucic die
79 Sezessionsbestrebungen der Republika Srpska mit dem Ziel eines „Großserbiens“, obwohl
80 es das Abkommen von Dayton mitunterzeichnet hat. Daneben nutzte die
81 ultranationalistische kroatische Regierung Kanäle der Europäischen Union, vor allem
82 durch den EU-Erweiterungskommissar Oliver Varhelyi, um die eigenen nationalen
83 Interessen zu verfolgen und beteiligt sich an dem Plan, die Entität „Herceg-Bosna“ zu
84 etablieren. Nicht zuletzt versucht die kroatische Regierung die Wahlrechtsreform in

85 BiH durchzusetzen und drohte unlängst eine Blockade des NATO-Beitritts Schwedens und
86 Finnlands an, sollte es keine Wahlrechtsreform nach eigenen Vorstellungen in Bosnien-
87 Herzegowina geben.

88 Auch der Kreml nutzt alle Möglichkeiten aus, die innenpolitische Lage in BiH im
89 Zusammenspiel mit Kroatien und Serbien weiter zu destabilisieren: Denn Russland
90 sorgte unter anderem dafür, dass der Hohe Repräsentant Christian Schmidt seinen
91 Rechenschaftsbericht zu der Lage in Bosnien und damit zu den ethnopolitischen Krisen
92 vor dem Weltsicherheitsrat nicht präsentieren konnte, wodurch aktiv das Bewusstsein
93 für die Sezessionsbestrebungen Dodiks durch die Unterstützung Serbiens und Kroatiens
94 gezielt vor der internationale Staatengemeinschaft geschwächt werden sollte. Zudem
95 äußerte sich der russische Botschafter Igor Kalabuchow im März 2022 in Sarajevo zu
96 einem möglichen NATO-Beitritt von BiH und sagte zwar, dass es eine interne
97 Angelegenheit des Landes sei, die Reaktion Russlands jedoch nicht und Moskau bereits
98 am Beispiel der Ukraine gezeigt habe, was es erwarten werde. Auch wird befürchtet,
99 dass der Kreml bei der Weiterführung der Abspaltungsversuche der Republika Srpska
100 dessen Unabhängigkeit anerkennt, wie er es bei den Regionen Donezk und Luhansk getan
101 hat.

102 Fest steht: Die Souveränität und territoriale Integrität von BiH ist gefährdet und es
103 bedarf einer internationalen Kraftanstrengung, um die Fehler aus den 90er Jahren
104 nicht erneut zu begehen! Die EU steht in der historischen Verantwortung und in der
105 Pflicht, Sanktionen gegen Dodik und Covic, sowie ihre Parteien zu verhängen, um sie
106 daran zu hindern, den sezessionistischen Kurs weiterzuführen und um die territoriale
107 Integrität Bosniens zu bewahren!

108 Wir brauchen zudem eine starke EU, die ihren Versprechen einer sicheren
109 Beitrittsperspektive gerecht wird und die Hürden des Beitrittsprozesses endlich an
110 die politischen Realitäten auf dem Westbalkan anpasst! BiH gilt bereits seit 2003 als
111 potentieller Beitrittskandidat, hat 2016 einen EU-Beitrittsantrag gestellt und nicht
112 zuletzt im Oktober 2021 stellte die Europäische Kommission einen großen Fortschritt
113 bei der Umsetzung der von ihr festgelegten Reformprioritäten fest und forderte BiH
114 daraufhin auf, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um eine Chance auf den
115 Beitrittskandidatenstatus zu bekommen. Der Ukraine wurde derweil am 23. Juni 2022
116 offiziell der Kandidatenstatus zum EU-Beitritt zugesprochen. Diesen Schritt
117 befürworten wir ausdrücklich. Es lässt sich jedoch nicht ignorieren, dass BiH in
118 allen Beitrittskriterien, wie etwa zur Korruptionsbekämpfung und der Förderung von
119 Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und der wirtschaftlichen Freiheit, größere
120 Fortschritte erzielt hat, als die Ukraine. Trotz dieser ganzen Bemühungen und
121 Errungenschaften ist der offizielle Beitrittskandidatenstatus für BiH dem Land bis
122 heute verwehrt geblieben, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, dass der
123 Westbalkan grundsätzlich weniger Unterstützung erhält, als andere Länder bisher und
124 sich die Beitrittsprozesse dieser Region insgesamt schwieriger gestalten. Denn nach
125 den Erweiterungsrounds von 2004 und 2007 und den Schwierigkeiten durch die Finanz-
126 und Euro-Krise wurde die West-Balkan-Erweiterung zunehmend weniger wichtig, bis der
127 Prozess schließlich einschloß. Zudem haben die Mitgliedsstaaten beschlossen, die
128 Kriterien für den Beitritt zu verschärfen und den Prozess komplexer für
129 Bewerber*innen zu machen - schließlich wollte man die Fehler der vorherigen Runden
130 vermeiden. Die EU ist mitverantwortlich für die Destabilisierung der Region. Dabei

131 lässt sich vor allem aus den Erfahrungen und den Erkenntnissen der bisherigen
132 europäischen Geschichte festhalten, dass eine glaubwürdige EU-Perspektive zur
133 Stärkung liberal-demokratischer Kräfte führt und Reformprozesse positiv vorantreiben
134 kann und hier ein Handlungsauftrag der EU besteht!

135 Doch nicht nur BiH ist von einer immensen Instabilität geprägt, sondern auch die
136 Republik Kosovo, die sich im Jahr 2008 als damalige Provinz der Republik Serbien
137 völkerrechtskonform unabhängig erklärte. Seitdem gilt der Kosovo lediglich als
138 potentieller Beitrittskandidat und bemüht sich um die Stärkung und Sicherung
139 demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen. Die EU beteiligte sich an diesen
140 Prozessen unter anderem durch die Unterzeichnung des Stabilisierungs- und
141 Assoziierungsabkommens mit der Aussicht auf einen EU-Beitritt der Republik Kosovo im
142 Jahr 2015. Dabei konnte der Kosovo bereits Erfolge in den Reformbemühungen erzielen,
143 wie etwa die vollständige Umsetzung der wesentlichen Eckpfeiler für eine
144 Visaliberalisierung, Fortschritte im Justizwesen und der Gewährleistung und Achtung
145 von Menschenrechten.

146 Innenpolitisch steht der Kosovo jedoch vor erheblichen Herausforderungen, was sich
147 nicht zuletzt in häufigen Regierungswechseln in der Republik zeigt. So kam es in den
148 vergangenen zwei Jahren zu mehreren Regierungswechseln aufgrund von
149 Misstrauensanträgen, gerichtlichen Interventionen zur Regierungsbildung sowie dessen
150 Annullierung aufgrund unzulässiger Stimmabgaben und einer vorgezogenen Wahl im
151 Februar 2021.

152 Vor dem Hintergrund der aktuellen Dynamik in der europäischen Erweiterungspolitik
153 kündigte die Regierung an, Ende des Jahres einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft zu
154 stellen. Im Mai 2022 stellte die Republik Kosovo zudem einen Antrag auf
155 Mitgliedschaft im Europarat. Jedoch reagierte Serbien mit starken Worten auf den
156 Antrag sowie auf mögliche EU- und Natobeitrittsgesuche mit der Drohung, dass die
157 serbische Regierung ihre "Zähne zeigen" würde.

158 Denn seit der kosovarischen Unabhängigkeit herrscht ein andauernder Konflikt mit
159 Serbien, der die Eigenstaatlichkeit des Kosovos gemeinsam mit Russland und weiteren
160 Mitgliedern des Europarats nicht anerkennt, darunter auch Spanien, Rumänien,
161 Griechenland, Zypern und die Slowakei. Die Spannungen zwischen beiden Republiken
162 erreichten ihren Höhepunkt zuletzt wegen Konflikten an den Grenzübergängen aufgrund
163 der geplanten Nichtanerkennung serbischer Personaldokumente und KfZ-Zeichen durch die
164 kosovarische Regierung, wobei diese Regelungen zuvor von der serbischen Regierung
165 eingeführt wurden.

166 Das Problem der fehlenden Anerkennung des Kosovos wirkt dabei auch in andere Bereiche
167 fort: Denn die EU rief ein moderiertes Dialogformat zwischen Serbien und dem Kosovo
168 ins Leben, mithilfe dessen die Beziehungen beider Staaten normalisiert werden und in
169 ein rechtsverbindliches Normalisierungsabkommen münden sollten. Prämisse ist dabei,
170 dass sich die Beziehungen zwischen dem Kosovo und Serbien erst normalisieren müssen,
171 bevor ein EU-Beitritt beider Staaten möglich ist. Bisher konnte der Dialog jedoch
172 nicht voranschreiten. Ohne internationale Anerkennung des Kosovos wird es nicht nur
173 unwahrscheinlicher, dass das Land eine echte EU-Beitrittsperspektive hat. Auch für
174 eine Mitgliedschaft in der UNO muss die Souveränität und Unabhängigkeit des Kosovos
175 international geklärt sein.

176 Bis heute steht dem aber auch das UN-Vetorecht Russlands im Sicherheitsrat entgegen,

177 mit dem es versucht, die Versuche des Kosovos um die Anerkennung der
178 Eigenstaatlichkeit und der UN-Mitgliedschaft zu untergraben. Vor dem Hintergrund der
179 aktuellen Verschärfungen zwischen dem Kosovo und Serbien sicherte Dimitri Peskow,
180 Sprecher des Kremls, die volle Unterstützung für Serbien zu. Staaten wie Serbien und
181 Russland versuchen, den dysfunktionalen Status Quo des Westbalkan zu wahren,
182 veraltete Herrschafts- und Territorialansprüche über souveräne und demokratische
183 Staaten zu erheben und den Westbalkan zu destabilisieren. Das kann nicht sein!
184 Deshalb begrüßen wir die bereits erzielten Errungenschaften des Kosovos hinsichtlich
185 der Reformbemühungen zu einem rechtsstaatlichen, demokratischen und
186 menschenrechtsachtenden Staat sowie die Bekämpfung von Kriminalität und Korruption
187 und unterstützen den Antrag der Republik Kosovo für die Mitgliedschaft im Europarat.
188 Zudem begrüßen wir, dass die Bundesregierung ihre Unterstützung des Kosovos
189 ausdrücklich zusagt.

190 Um sowohl in BiH und auch im Kosovo für Stabilität zu sorgen, bedarf es hier vor
191 allem der Präsenz von NATO-Friedenstruppen. In beiden Fällen hat sich die
192 Bundesrepublik in der Vergangenheit an Friedensmissionen der NATO-Sicherheitsgruppen
193 EUFOR Althea und KFOR beteiligt, stellte die Beteiligung an der EUFOR Althea Mission
194 jedoch 2012 ein. Doch auch vor dem Hintergrund der geopolitischen Machtspiele
195 Russlands nach dem Angriff auf die Ukraine kam es hier zur erneuten Beteiligung
196 Deutschlands an der Friedensmission durch die Entsendung von bis zu 50 Soldat*innen.
197 Im Mai 2022 verlängerte das Bundeskabinett zudem das Mandat für den unbefristeten
198 Sicherheitseinsatz KFOR im Kosovo mit Zustimmung des Bundestages bis zum Juni 2023.
199 Aufgrund der aktuellen und andauernden Spannungen zwischen den Republiken Serbien und
200 Kosovo hat sich die NATO zudem dazu bereit erklärt, von ihrem Beobachterstatus
201 abzuweichen und im Rahmen des KFOR-Mandats einzugreifen, sofern die Stabilität des
202 Kosovos gefährdet sein sollte.

203 Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Entscheidung der Bundesregierung zur
204 Wiederaufnahme des EUFOR Althea Mandates vom 7. Juli 2022 zur Stabilisierung
205 Bosniens, blicken jedoch mit großer Sorge auf die anstehende Abstimmung im UN-
206 Sicherheitsrat zur Verlängerung des EUFOR-Mandates im November und befürchten ein
207 Veto Russlands. Eine solche Blockade würde fatale Auswirkungen auf die innere
208 Stabilität Bosnien-Herzegowinas haben und den Sezessionsbestrebungen Dodiks
209 weiterzuspielen. Dies gilt es zu verhindern.

210 Es lässt sich insgesamt festhalten, dass die anhaltenden Destabilisierungsversuche im
211 Westbalkan ein massives Sicherheitsrisiko für die EU darstellen und ohne weiteres
212 Zutun der EU in einem Flickenteppich autokratischer Systeme auf dem Westbalkan münden
213 werden. Denn was sich in jüngster Zeit beobachten ließ, war ein Wiedererstarken
214 Russlands in der Region, das nur möglich wurde, weil die EU ihren Blick zu lange nach
215 Innen richtete, anstatt sich mit den Versprechen einer realistischen europäischen
216 Zukunft im Westbalkan auseinanderzusetzen. Der Kreml konnte sich so als wichtiger
217 Partner, als eine Alternative zur europäischen Zukunft inszenieren und den Westbalkan
218 so als Schachbrett für seine geopolitischen Ziele nutzen. Liberal-demokratische
219 Kräfte werden gezielt geschwächt und die EU kann und darf hier nicht länger
220 zuschauen. Wir haben vor allem gesehen, dass Putins Strategie in der Zusammenarbeit
221 mit autokratischen und populistischen Kräften in der Region liegt und Staaten wie
222 Serbien und Kroatien sich hier eindeutig als politische Verbündete entblößt haben,

223 die im Vergleich zu anderen Westbalkanstaaten in puncto der von Europa vertretenen
224 Werte nicht weiter entfernt sein könnten. Deshalb müssen wir jetzt klare Kante zeigen
225 und dem Kreml sowie verbündeten Staaten signalisieren, dass wir geschlossen hinter
226 den demokratischen Kräften des Westbalkans stehen, welcher eine echte europäische
227 Zukunft verdient und für ein vereintes, multiethnisches und rechtsstaatliches
228 politisches und gesellschaftliches System einsteht.

229 Wir fordern daher von der SPD-Bundestagsfraktion, der Bundesregierung und den SPD-
230 Abgeordneten im Europaparlament:

- 231 1. sich entschieden und klar gegen jegliche separatistischen Bewegungen,
232 Kriegsdrohungen oder Maßnahmen, die die innere staatliche Ordnung in BiH
233 gefährden, zu stellen und sich aktiv gegen äußere Einmischungen durch kroatische
234 und serbische Vertreter*innen zu positionieren.
- 235 2. eine Neuausrichtung der Beziehungen zu Serbien und Kroatien aufgrund der
236 anhaltenden Versuche, die territoriale Integrität in BiH zu zerschlagen, zu
237 gestalten
- 238 3. vor diesem Hintergrund die Verurteilung der secessionistischen Politik Milorad
239 Dodiks und Dragan Covics und die Verhängung von Sanktionen gegen alle
240 politischen Vertreter*innen, die die Sezessionsbestrebungen fördern
- 241 4. auf europäischer und internationaler Bühne die Verherrlichung und Leugnung von
242 Kriegsverbrechen und von Völkermorden in BiH zu verurteilen und Sanktionen gegen
243 solche politischen Vertreter*innen zu erlassen, die unter anderem den Völkermord
244 von Srebrenica leugnen.
- 245 5. sich auf europäischer Ebene für eine Neuausrichtung der europäischen Westbalkan-
246 Strategie einzusetzen, die eine tatsächliche Perspektive auf einen EU-Beitritt
247 erlaubt.
- 248 6. die sozialdemokratischen Mitglieder im Europäischen Parlament sollten sich dafür
249 einsetzen, dass die EU-Kommission die künftigen Beitrittsverhandlungen mit BiH
250 auch unter Einbeziehung multiethnischer Parteien führt und BiH als
251 multiethnische Bürgerrepublik aufrechterhalten wird.
- 252 7. vor diesem Hintergrund eine intensive Zusammenarbeit mit den Regierungen des
253 Kosovos und BiH zur weiteren Unterstützung der Reformbemühungen im Zuge des
254 Beitrittsprozesses und ein zügiges Verleihen des Beitrittskandidatenstatus für
255 BiH, um Destabilisierungsversuchen ein klares Signal durch den Beistand der EU
256 entgegenzuhalten.
- 257 8. vor diesem Hintergrund die Pausierung der (Vor-)Beitrittsgespräche und EU-
258 Fördergelder in Bezug auf die Republik Serbien, die nicht direkt der
259 Zivilbevölkerung zugutekommen, bis jegliche Unterstützung nationalistischer
260 Kräfte in und Handlungen entgegen der territorialen Integrität und Souveränität
261 von BiH eingestellt und auch zukünftig unterlassen werden. Das gleiche gilt für
262 die anhaltende Nichtanerkennung der Eigenstaatlichkeit des Kosovos durch die
263 Republik Serbien, sodass die Vor-Beitrittsverhandlungen erst dann voranschreiten
264 können, wenn der Dialog zwischen Serbien und dem Kosovo voranschreitet und in
265 ernsthafte Bemühungen zur Unterzeichnung eines Normalisierungsabkommen münden.
- 266 9. vor diesem Hintergrund jedoch die Intensivierung und Unterstützung

- 267 zivilgesellschaftlicher und demokratischer Projekte in Serbien.
- 268 10. Vor diesem Hintergrund die Sanktionierung Kroatiens aufgrund der
269 missbräuchlichen Nutzung europäischer Kanäle zur Unterstützung und des
270 Verfolgens antidemokratischer, völkerrechtswidriger und secessionistischer Pläne
271 auf dem Westbalkan, insbesondere in BiH, sowie die Einleitung von Schritten, um
272 diesen Missbrauch künftig zu unterbinden. Daher soll sich klar für eine
273 Neubesetzung des Amtes des Erweiterungskommissars ausgesprochen werden und
274 entsprechender Druck ausgeübt werden.
- 275 11. Vor diesem Hintergrund die Etablierung eines Mechanismus im Rahmen einer neu
276 ausgerichteten Westbalkanstrategie, angelehnt an den
277 Konditionalitätsmechanismus, mit welchem die EU Verstöße gegen ihre Grundwerte
278 und insbesondere gegen die Rechtsstaatlichkeit durch das Verhalten von
279 Mitgliedstaaten in ihren außenpolitischen Beziehungen auf dem Westbalkan ahnden
280 können. Dies sollte durch den schrittweisen Entzug der EU-Gelder geschehen,
281 sofern die Konsequenzen der außenpolitischen Beziehungen den finanziellen und
282 ressourcenorientierten Investitionen der EU zuwiderlaufen.
- 283 12. Wir fordern daher eine proaktive Unterstützung des Antrages der Republik Kosovo
284 im Europarat durch einen gezielten Dialog auf europäischer Ebene sowie
285 intensive, diplomatische Anstrengungen hinsichtlich jener Mitglieder im
286 Europarat, die die Eigenstaatlichkeit des Kosovos nicht anerkennen. Zudem
287 fordern wir die proaktive Unterstützung des Antrages der Republik Kosovo für
288 eine EU-Mitgliedschaft!
- 289 13. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, auf internationaler und europäischer
290 Ebene sowie im Kontakt mit BiH und in Zusammenarbeit mit der tschechischen
291 Ratspräsidentschaft auf alternative Möglichkeiten hinzuarbeiten, um die
292 Verlängerung des EUFOR-Mandates sicherzustellen. Eine solche Möglichkeit stellt
293 die Entkoppelung der Mission vom UN-Mandat durch eine offizielle und
294 verbindliche Einladung an die EU durch BiH dar, um die EUFOR-Althea Mission
295 fortzuführen oder eine (Re-)Legitimierung der EUFOR-Mission über Annex 1 des
296 Friedensabkommens von Dayton. Zudem fordern wir die Bundesregierung dazu auf,
297 sich im Falle der Intensivierung der innenpolitischen Spannungen in Bosnien und
298 Herzegowina und von wachsenden Destabilisierungsversuchen Russlands oder andere
299 Akteure für eine Aufstockung der Anzahl von Soldat*innen innerhalb der
300 Friedensmission einzusetzen
- 301 14. Wir fordern die Bundesregierung zudem dazu auf, sich im Falle von
302 Intensivierungen des Konfliktes zwischen der Republik Kosovo und der Republik
303 Serbien an der Abweichung vom Beobachterstatus der NATO im Rahmen des KFOR-
304 Mandates ausdrücklich zu beteiligen und die territoriale Integrität des Kosovos
305 zu wahren
- 306 15. Wir fordern die Unterstützung des Kosovos hinsichtlich der Eigenstaatlichkeit
307 der Republik und seiner Anstrengungen, international anerkannt zu werden. Daher
308 sollen die Bemühungen auf europäischer Ebene gegenüber den EU-Mitgliedstaaten,
309 die den Kosovo nicht als eigenständige Republik anerkennen, intensiviert werden,
310 um die Westbalkanstrategie zwischen den Mitgliedsstaaten zu harmonisieren.
- 311 16. Wir fordern aktive Bemühungen, russische Kanäle zur Destabilisierung des

- 312 Westbalkan durch ein erhöhtes Engagement in der Region zu schließen
- 313 17. Vor diesem Hintergrund die Einrichtung einer europäischen oder internationalen
314 Monitoring-Gruppe, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den USA oder anderen
315 Staaten, um russische Destabilisierungsversuche und -aktivitäten zu überwachen
316 und Maßnahmen dagegen zu entwickeln
- 317 18. Vor diesem Hintergrund auf europäischer Ebene gegen russische
318 Desinformationskampagnen auf dem Westbalkan vorzugehen, die antieuropäische
319 Sentiments fördern, Falschinformationen verbreiten und die Stabilität der Region
320 bedrohen, indem russische Propaganda öffentlich enttarnt wird und aktiv ein
321 Zugang zu den lokalen Medien geschaffen wird.
- 322 19. Unabhängige Medien in dieser Region zu fördern. Medienplattformen, die gegen
323 geltendes Recht verstoßen, sind entsprechend zu sanktionieren.

Antrag F06: Solidarität mit der Ukraine, Frieden für Europa!

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen-Anhalt
Sachgebiet:	F - Frieden & Internationales

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Der Angriff des russischen Diktators am 24.02.2022 auf ein souveränes und freies Land
2 markiert eine Zeitenwende. Eine Wende die den endgültigen Abschied vom „Ende der
3 Geschichte“ bedeuten muss. Sowohl innerhalb der SPD als auch darüber hinaus:
4 Wir Jusos stehen fest an der Seite der Ukraine, die in Putins Angriffskrieg um ihr
5 Überleben als souveräner Staat und liberale Demokratie kämpft. Wir verurteilen die
6 Kriegsverbrechen scharf, die systematisch von russischer Seite eingesetzt werden, um
7 den Widerstand der ukrainischen Bevölkerung zu brechen. Der Angriffskrieg zeigt, dass
8 das russische Regime nicht dazu bereit ist, eine liberale Demokratie in einem
9 geographisch wie auch kulturell und historisch nahen Land zu dulden. Das
10 imperialistische und revisionistische Weltbild, welches dem Zugrunde liegt, hätte
11 bereits früher erkannt werden können. Zugrunde liegt ihm eine Wiederherstellung des
12 russischen Imperiums, sei es in den Grenzen des Zarenreiches oder der Sowjetunion.
13 Freie und Souveräne Staaten werden Einflusszonen zugeschlagen und sich damit über ihr
14 in der UN-Charta verbrieftes Recht auf Selbstbestimmung hinweggesetzt.

15 In der Tradition dieses Denkens führte der russische Diktator 2008 Krieg um Süd-
16 Ossetien, annektierte 2014 die Krim und führt seitdem einen eingefrorenen, aber
17 blutigen Krieg innerhalb der östlichen Ukraine. Weitere Fälle können hier angeführt
18 werden: die Gründung der transnistrischen Republik, die Lieferung von Waffen an
19 libysche Warlords, die erst kürzlich bekannt gewordenen Aktivitäten der Wagner Gruppe
20 in Mali, sowie die überaus blutige Kriegsführung des russischen Militärs in Syrien.

21 Teile des Westens im allgemeinen und Deutschland im Speziellen haben dieses Denken
22 und seine Folgen jahrelang toleriert und weiter auf eine Politik im Sinne der
23 „Annäherung durch Handel“ gesetzt. Dies räumte den russischen Interessen viel Raum
24 ein und verneinte im Gegenzug die Sicherheitsbedürfnisse europäischer Partner*innen.

25 Über Jahre hinweg, machten sich Deutschland und andere Staaten abhängig von
26 russischen Rohstoffen, anstatt in eine notwendige ökologische Energiewende zu
27 investieren. Teilweise getragen vom Glauben in Russland sei ein Partner zu finden,
28 teilweise von einem gutgläubigen Vertrauen in die Mechanismen des Marktes. Beide
29 Bewegungen wurden von Seiten des russischen Staates aktiv ausgenutzt und befeuert.

30 Die schiefe Debatte

31 Während der ukrainische Staat weiter um sein Leben kämpft, gab es in der deutschen
32 Debatte neben vielen, zu begrüßenden, Solidaritätsbekundungen einen seltsame
33 Schiefelage. Nicht nur Politiker*innen der Linken entschuldigen den Angriffskrieg
34 gegen die Ukraine mit einer der NATO-Osterweiterung. Auch Mitglieder unserer Partei
35 verfallen in einen einstudierten Antiamerikanismus, der einer Debatte um Hilfe für
36 die Ukraine weder hilft noch die Realität und Ernsthaftigkeit des Krieges anerkennt.
37 Dieser paart sich rhetorisch mit wehmütigen Erinnerungen an die Losung von Willy
38 Brandts Ostpolitik: „Wandel durch Annäherung.“ Dabei hätte gerade ein Verständnis
39 dieser Politik die SPD und die Bundesrepublik, frühzeitig vom Kuschelkurs mit Putin

40 abbringen können. Ein zentraler Baustein dieser Politik war nämlich auch die Erhöhung
41 der Verteidigungsausgaben, die unter Willy Brandt auf 3,5 % des BIPs angehoben
42 wurden. Eine realistische Betrachtung der Ostpolitik der SPD und deren Verbindung zur
43 Sicherheits- und Innenpolitik ist von Nöten.

44 Ebenso können sich Russ*innen in der deutschen Debatte nicht sicher fühlen. Leider
45 dürfen Gäst*innen in deutschen TV-Talkshows tief in die Trickkiste der kulturell
46 tradierten Russophobie greifen und Medien vernachlässigen leichtfertig ihre
47 Gatekeeping Funktion. Bei vielen negativen Bildern, die zu Recht über Russland in den
48 Medien verbreitet werden, darf kein gesellschaftliches Klima entstehen, in dem sich
49 russischstämmige oder -sprachige Personen ausgegrenzt oder von Russophobie betroffen
50 sind. Darüber hinaus bleibt es eine offene Frage, inwiefern bei einer oligarchischen
51 Diktatur von einer Zustimmung zu Putin gesprochen werden kann? Neben der Wichtigkeit
52 von Differenzierungen zwischen einem Diktator und einzelnen Russ*innen gleichen
53 jegliche Antworten auf diese Frage Interpretation von Kaffeesatz.

54 Gleichzeitig darf auch keine falsche Balance zulasten der Ukraine entstehen.
55 Sogenannte offene Briefe geben die Meinung ihrer Autor*innen wieder, gleichzeitig
56 verbirgt sich hinter diesen häufig nicht mehr als dogmatischer Antiamerikanismus und
57 bloßer intellektueller Anschein bedeutet keinen Anspruch auf Relevanz.

58 **Wie kann unsere Solidarität aussehen?**

59 Die ukrainische Bevölkerung, die sich dem russischen Staat entgegenstellt, braucht
60 die Unterstützung der Europäischen Union und Deutschlands. Dazu gehört die schnelle
61 und unbürokratische Aufnahme der Geflüchteten, sowie eine schnelle und unkomplizierte
62 Integration in den Arbeitsmarkt. Das sich der deutsche Staat hierbei weiter auf die
63 noch aus den Jahren 2015/16 vorhandenen Strukturen verlässt sowie auf Solidarität
64 seiner Bürger*innen, die Familien bei sich aufnehmen, ist bedauerlich. Auch nicht als
65 europäisch gelesene Geflüchtete, denen in anderen europäischen Staaten aufgrund von
66 rassistischen Ressentiments nicht geholfen wird, aber auch die syrischen und
67 afghanische Geflüchtete, welche aufgrund ihrer Instrumentalisierung durch das
68 belarussische Regime seit 2021 an der EU-Außengrenze gestrandet sind, müssen in
69 Deutschland und der EU eine Heimat finden dürfen.

70 Darüber hinaus ist den Menschen in der Ukraine verbleibenden Menschen umfangreiche
71 humanitäre sowie angemessene militärische Hilfe zu geben, um so die ukrainische
72 Regierung zu befähigen, staatliche Kernfunktionen aufrechtzuerhalten und ihre
73 Bevölkerung sowie staatliche Souveränität gegen die russischen Streitkräfte zu
74 verteidigen. Maxime muss dabei sein, den Ukrainer*innen alle mögliche Unterstützung
75 zukommen zu lassen, ohne jedoch als NATO oder EU selbst in den militärischen Konflikt
76 hineingezogen zu werden. Eine direkte militärische Konfrontation mit der Russischen
77 Föderation muss vermieden werden. Die Möglichkeit einer UN-Resolution der
78 Vollversammlung nach Vorbild der Resolution 377 A der UNGA „Uniting for Peace“ ist zu
79 prüfen.

80 **Konsequenzen für die deutsche Politik – Energie, Sozialpolitik, Verteidigung**

81 Wir begrüßen ausdrücklich die Bestrebungen der Bundesregierung schwere Waffen in die
82 Ukraine zu liefern und ukrainisches Militärpersonal an modernen Waffen auszubilden.
83 Gern darf dies, darüber hinaus auch an die Öffentlichkeit kommuniziert werden. Neben
84 den Lieferungen sind harte Sanktionen, wie sie bereits in Kraft sind wirksam, was

85 nicht zuletzt daran deutlich wird, dass russisches Militär alte Waschmaschinen als
86 Ersatzteillager nutzt.

87 Doch auch hier kann noch mehr getan werden, die Reduzierung des Bezugs von russischem
88 Öl und Gas ist begrüßenswert, eine Diversifizierung des Bezugs anzustreben. Dennoch
89 fließen täglich hunderte an Millionen Euro für Kohle, Öl und Gas an die vom Swift
90 Bann ausgenommenen russischen Banken. Eine konsequente Energiewende ist deshalb
91 weiterhin unsere Forderung. Finanzierungsquellen dieser Art sind auszutrocknen, um
92 den Elitenkonsens des russischen Staates aufzubrechen und am Stuhl des russischen
93 Diktators zu sägen. Gerade vor dem Hintergrund einer solchen Politik, sind die
94 Entlastungspakete der Bundesregierung durchaus zu begrüßen, wenn sie auch trotzdem
95 noch ausbaubar bleiben und Gruppen wie Studierende, Arbeitssuchende und Azubis, sowie
96 kleineren und mittleren Unternehmen, stärker unter die Arme greifen sollten.

97 Die neue sicherheitspolitische Lage stellt auch neue Ansprüche an die Ausstattung und
98 Ausrichtung der Bundeswehr. Die materielle Ausstattung der Bundeswehr ist nicht
99 adäquat, um die Landesverteidigung sicherzustellen und die Verpflichtungen
100 Deutschlands im Rahmen der Bündnisverteidigung und internationalen Organisationen zu
101 erfüllen. Es wäre an der Zeit, die Lehren aus dem Afghanistan-Krieg zu ziehen, das
102 Aufgabenspektrum der Bundeswehr vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Lage
103 im 21. Jahrhundert sowie dem technologischen Fortschritt klar zu definieren und die
104 Armee entlang dieser Leitlinien auszustatten. Die Festlegung einer pauschalen Summe
105 von 100 Milliarden Euro in einem Sondervermögen wird diesem Anspruch nicht gerecht.
106 Wir befürchten, dass stattdessen wie bereits in den vergangenen Jahren finanzielle
107 Mittel in den ineffizienten Strukturen des derzeit bestehenden Beschaffungswesens
108 versickert. Ohne eine vorherige Reform dieser Strukturen und einer Definition eines
109 aktualisierten Leitbildes für die Bundeswehr werden die systemischen Probleme bei der
110 Ausrüstung der Bundeswehr nicht fundamental gelöst, sondern lediglich in die Zukunft
111 aufgeschoben.

112

Antrag F07: Handeln statt Zaudern: Für praktische Solidarität mit der Ukraine

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen
Sachgebiet:	F - Frieden & Internationales

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Fast 250 Tage dauert die Invasion der Ukraine durch Russland bereits an. In dieser
2 Zeit musste die Weltöffentlichkeit mit ansehen, wie die russische Armee schreckliche
3 Menschenrechtsverletzungen begangen hat. Seitdem sind tausende Menschen gestorben;
4 Krankenhäuser, Schulen, Altenheime und Kindergärten werden bombardiert und Menschen
5 werden - wie in Butscha - willkürlich auf offener Straße erschossen oder nach
6 Russland verschleppt, Kinder werden zwangsadoptiert. Millionen Ukrainer:innen sind
7 vor dem Krieg geflohen und haben in den umliegenden Staaten Zuflucht gefunden. Auch
8 in Deutschland sind bereits Hunderttausende angekommen, deren Zahl noch weiter
9 steigen wird.

10 Mit massivem Materialeinsatz und einem unfassbar hohen menschlichen Preis stoßen im
11 Osten der Ukraine Armeen aufeinander. Die Offensive wird wieder mit Begriffen wie
12 Kesselschlacht, Front, Panzervorstoß und Artilleriegefecht beschrieben und von Land,
13 Luft und See geführt. Innerhalb der letzten zwei Monate des Krieges allein sind
14 Schätzungen zufolge über 40.000 Menschen gestorben. Es gibt nichts zu beschönigen:
15 Dies ist eine der blutigsten Auseinandersetzungen der letzten Jahrzehnte.

16 Putins Großmachtstreben - eine ideologisch-militärische Vorgeschichte

17 In der Ukraine herrscht aber nicht erst seit dem 24. Februar 2022 Krieg. Dieser Krieg
18 begann mit der Besetzung von Teilen der Oblaste Donezk und Luhansk durch russische
19 Soldaten ohne Hoheitsabzeichen sowie der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim.
20 Nachdem die pro-russische Regierung unter Viktor Janukowitsch die Euromaidan-
21 Proteste und das Aufbegehren der ukrainischen Bevölkerung gegen die korrupte
22 Regierungselite blutig niederschlagen wollte, was schlussendlich über 100 Todesopfer
23 zur Folge hatte, war Putins Antwort ein weiterer gewaltsamer Schritt in Richtung
24 seiner Vorstellung eines "großrussischen Reiches" in den Grenzen der Sowjetunion.

25 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist ein weiteres Kapitel in Putins
26 Großmachtstreben. Seit dem Amtsantritt Vladimir Putins und seiner Überzeugung, dass
27 das Ende der Sowjetunion "die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts"
28 gewesen sei, hat sich die russische Politik stetig ideologisiert. Der Denker
29 Alexander Dugin, von Putin hochgeschätzt, lieferte das theoretische Rüstzeug für die
30 Schaffung eines "großrussischen Reiches". Aus dieser Ideologie leiten sich die
31 militärischen Operationen, Kriege und Kriegsbeteiligungen der russischen Armee in den
32 letzten 20 Jahren ab.

33 Ging es in Tschetschenien noch darum zu verhindern, dass nach Estland, Lettland,
34 Litauen, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Usbekistan, Turkmenistan,
35 Armenien, Georgien, Aserbaidschan und natürlich der Ukraine eine weitere
36 Sowjetrepublik die dauerhafte Unabhängigkeit erlangen kann, griff Putin nach
37 Abklingen des Zweiten Tschetschenienkrieges im Jahr 2008 Georgien an und besetzte
38 Abchasien und Süd-Ossetien in Reaktion auf eine drohende Westbindung Georgiens. Nur

39 drei Jahre später erfolgte der erste Einmarsch auf ukrainisches Territorium, während
40 Staaten, die sich dem Willen Moskaus auch nach der Unabhängigkeit beugten und zur
41 russischen Peripherie gezählt werden können, in einem von Russland abhängigen
42 "Frieden" existieren konnten.

43 Die heute in der Ukraine zu sehenden schrecklichen Menschenrechtsverletzungen wurden
44 auch in Syrien ausgetestet und angewandt. Auf Putins Befehl unterstützte die
45 russische Armee den Diktator Assad. Mit Giftgas, Streubomben und Foltergefängnissen
46 wurde der Widerstand der Opposition gebrochen und zukünftige Aufstände unterbunden.
47 Vielen Syrer:innen bleibt nur das Exil und die Flucht aus Syrien. Dem belarussischen
48 Diktator Alexander Lukaschenko half er dabei, die nach Macht strebende
49 Demokratiebewegung unter der Führung der legitimen Präsidentin Swjatlana
50 Zichanouskaja vorerst niederzuwerfen. Fast unbeachtet von der Öffentlichkeit hält
51 Putin zudem seine schützende Hand über die Machthaber in Aserbaidschan, die in den
52 letzten zwei Jahren Gebiete von Armenien, das ebenfalls nach einer Westbindung
53 strebt, erobert haben und zurzeit weitere militärische Vorstöße unternehmen.

54 Dieser kurze Abriss zeigt, dass es Vladimir Putin nicht nur um die Ukraine geht,
55 sondern darum mittels militärischen Zwangs die Russische Föderation unter neuen
56 ideologischen Vorzeichen zu vermeintlich "alter Stärke" zu führen.

57 Es ist notwendig, explizit festzuhalten: Der Treiber hinter all diesen Kriegen heißt
58 Putin. Das ist der Krieg von Vladimir Putin und all jener, die ihn bei seinem Treiben
59 unterstützen. Nicht der Ukraine. Nicht der USA. Nicht der NATO. Nicht des Westens.

60 **Der russische Angriffskrieg in der Ukraine: Nichts ist entschieden**

61 In den vergangenen zwei Monaten hat Putin nun seinen bisher größten Krieg begonnen.
62 Seitdem sprechen von Kiev bis Odessa die Waffen. Wir als Jungsozialist:innen müssen
63 uns fragen, was angesichts dieses Schreckens zu tun ist.

64 Die anfängliche Hoffnung auf eine starke Opposition in Russland, die sich dem Krieg
65 entgegenstellen kann, hat sich als falsch herausgestellt - mittlerweile unterstützen
66 verschiedenen Umfragen zufolge etwa 80 Prozent der Russ:innen den Krieg in der
67 Ukraine und seine neuere Eskalation. Die oppositionelle Bewegung in Russland befindet
68 sich im Gefängnis, ist im Exil oder hat sich in den Untergrund zurückgezogen. Aktuell
69 lässt sich nicht davon ausgehen, dass es nennenswerte innenpolitische Widerstände
70 gegen Putins Herrschaft und den breit getragenen Krieg in der Ukraine geben wird.

71 Der offenbar ursprüngliche Plan, Kiev innerhalb kürzester Zeit zu erobern und eine
72 Marionettenregierung zu installieren, ist gescheitert. Mittlerweile scheint auch die
73 Schlacht um Kiev vorläufig entschieden und die russischen Truppen haben sich aus dem
74 gesamten Norden des Landes zurückgezogen, um sich nach derzeitigem Stand auf ihre
75 weiter verstärkte Offensive im Süden der Ukraine vorzubereiten.

76 Die russische Großoffensive im Süden und Osten der Ukraine läuft Stück für Stück an.
77 Während in Mariupol erbitterte Kämpfe geführt werden, werden auf vormalig von der
78 russischen Armee gehaltenem Territorium die Spuren grausamer Kriegsverbrechen
79 sichtbar. Die schrecklichen Bilder aus Butscha gingen um die Welt, doch auch aus
80 anderen Orten im Norden der Ukraine werden ähnliche Gräueltaten gemeldet. Dass
81 Satellitenbilder auf Massengräber in der Nähe von Mariupol hinweisen zeigt, dass auch
82 der internationale Aufschrei die russischen Streitkräfte nicht davon abhält,

83 Kriegsverbrechen zu begehen.

84 Der Überlebenskampf der Ukraine betrifft das gesamte freie Europa. Putins
85 Machtgelüste machen nicht an den Grenzen der Ukraine halt, sondern erstrecken sich
86 auch auf die baltischen und andere osteuropäische Staaten. Wenn für Putin eine
87 demokratische Ukraine nicht erträglich ist, bedeutet das zugleich, dass auch NATO-
88 Staaten gefährdet sind. Die eindringlichen Appelle vieler baltischer und
89 osteuropäischer Regierungen zeigen, dass in diesen Gebieten die russische Bedrohung
90 ernst genommen werden muss.

91 Ein Ende der Kämpfe in der Ukraine ist nicht absehbar. Die ukrainische Armee kämpft
92 für Freiheit und Demokratie und für das Überleben ihres Staates. Die klaren
93 Solidaritätsbekundungen mit den Menschen in der Ukraine sind wichtig. Sie allein
94 können jedoch die missliche Lage, in der sich die Ukraine befindet, nicht lösen –
95 dafür braucht es handfeste, wertegeleitete Politik.

96 Ziel der strategischen Ausrichtung der Politik der Bundesregierung muss sein, die
97 Ukraine zu befähigen, die Bedingungen für ein Ende des Krieges oder zumindest für
98 einen dauerhaften Waffenstillstand zu diktieren. Das Ende dieses Krieges kann nur am
99 Verhandlungstisch erreicht werden. Was die Karten auf diesem Tisch zeigen, hängt
100 entscheidend von der Unterstützung der NATO-Staaten an die Ukraine ab. Dazu braucht
101 es nicht weniger als eine von allen Staaten der NATO und der EU getragenes Lend-
102 Lease-Programm, mit dem die Ukraine mit allen notwendigen Gütern für eine
103 Rückeroberung des gesamten ukrainischen Staatsgebietes und anschließender dauerhaften
104 Verteidigung desselben ausgestattet wird. Zu diesen Gütern zählen auch schwere Waffen
105 wie schwere Artillerie, leichte und schwere Panzer, Flugzeuge, Drohnen und
106 perspektivisch Kriegsschiffe und U-Boote.

107 **Flucht vor dem Krieg: Solidarität statt Abschottung**

108 In Sachsen sind derzeit rund 20.000 Geflüchtete angekommen, ca. 4.300 davon sind noch
109 in Erstaufnahmeeinrichtungen. Die Bundesrepublik hat gemeinsam mit den Ländern
110 zahlreiche Anstrengungen unternommen, um die Aufnahme bestmöglich zu gestalten.
111 Zahlreiche Maßnahmen, wie bspw. das Auslösen der europäischen Massenzustrom-
112 Richtlinie, hätten wir uns bereits 2015 ff. gewünscht! Genauso begrüßen wir das
113 Engagement von Konzernen wie der Deutschen Bahn, kurzfristige Lösungen anzubieten.

114 Wir stellen jedoch fest, nie wieder dürfen wir es zulassen hinter die derzeitigen
115 Maßnahmen zu fallen. Dazu gehören im Besonderen, die vereinfachte Aufnahme von
116 Geflüchteten, den Zugang zum Arbeitsmarkt, dezentrale Unterbringung und die schnelle
117 Eingliederung von Kindern und Jugendlichen in die Bildungslandschaft. Die
118 Solidarität, welche wir den ukrainischen Geflüchteten entgegenbringen, muss jedoch
119 allen gelten. Wir fordern, die derzeitigen vereinfachten Verfahren und Möglichkeiten
120 der Eingliederung in das Sozial- wie Bildungssystem allen Geflüchteten gleichermaßen
121 zur Verfügung steht. Ferner muss der Bund weitere Mittel für die Kommunen zur
122 Verfügung stellen zur Aufgabenerfüllung.

123 Der Bundesregierung und den Landesregierungen fällt dabei weiterhin auch vor allem
124 eine koordinierende Rolle zu, an die wir den Anspruch knüpfen, gemeinsame
125 Entscheidungen im Sinne der Flüchtenden zu treffen. Es darf hier kein Abschieben von
126 gegenseitiger Verantwortung geben. Genauso loben wir ausdrücklich das Engagement der
127 vielen ehrenamtlichen Helfenden, die vielerorts an physische und psychische Grenzen

128 gehen und appellieren an die zuständigen Stellen, sie aktiv zu unterstützen, statt
129 Hürden in den Weg zu legen oder gar kontraproduktiv zu agieren. Ziel muss sein, den
130 aktuellen Flickenteppich aus Informationen und Zuständigkeiten in geordnete,
131 staatlich getragene Strukturen zu überführen.

132 Bisher sind mehr als 5 Millionen Ukrainer:innen auf der Flucht. Gemeinsam mit unseren
133 europäischen Nachbarn müssen wir dafür Sorge tragen, ihnen und allen anderen
134 Geflüchteten die gleichen Möglichkeiten für ein offenes Europa zu bieten. Daher
135 setzen wir uns für eine gerechte Verteilung der Geflüchteten in Europa ein.

136 Als Jusos nehmen wir die derzeitige europäische Welle der Solidarität zum Anlass,
137 unsere Forderungen für das Einreißen der Festung Europa zu bestärken.

138 **Krieg, Krise und Patriarchat: Prostitution und Menschenhandel eindämmen**

139 Wo Krieg herrscht, herrscht auch das allgegenwärtige Patriarchat in seiner
140 hässlichsten Form: Zuhälter und Menschenhändler warten seit Beginn des Krieges
141 vermehrt an den Grenzen und Bahnhöfen, um fliehende Frauen in die Prostitution zu
142 zwingen. Präventionsmaßnahmen durch die Ordnungsbehörden wurden zu spät ergriffen
143 oder gänzlich versäumt, seit Beginn der Fluchtbewegungen versuchen vor allem deutsche
144 Zuhälter aus ukrainischen Frauen Profit zu schlagen und diese durch vorgetäuschte
145 Hilfsangebote zu verschleppen und in die Prostitution zu locken. Die Ukraine war
146 bereits vor dem Krieg Schauplatz von Menschenhandel – nach Schätzungen der Vereinten
147 Nationen wurden in den letzten 30 Jahren 260.000 Ukrainerinnen Opfer von
148 Menschenhandel. Durch den russischen Angriffskrieg hat sich diese Lage noch
149 verschärft.

150 Zur Eindämmung der Zugriffsmöglichkeiten auf die Frauen benötigt es neben einem
151 größeren Problembewusstsein aufseiten der Behörden eine klare Strategie, die bspw.
152 genauere Kontrollen der freiwilligen Helfer:innen oder verpflichtende Trainings des
153 Sicherheitspersonals an Einrichtungen der Geflüchtetenunterkunft beinhaltet.
154 Langfristig gesehen braucht es außerdem eine Verstärkung der Hilfsprogramme gegen
155 Menschenhandel und Prostitution sowie härtere Strafmaße in Europa für Menschenhändler
156 und Freier, um ukrainische Frauen nachhaltig vor Menschenhandel zu schützen.

157 **Schluss mit den Illusionen: Sozialdemokratische Russland-Kuschelei stoppen**

158 Die Lage in der Ukraine ist klar: Auf Putins Befehl hin führt Russland einen
159 völkerrechtswidrigen Angriffskrieg und begeht dabei zahllose Kriegsverbrechen. Es
160 schockiert uns, dass auch jetzt noch viel zu viele SPD-Politiker:innen nicht bereit
161 sind, ihre falschen Positionen aus dem letzten Jahrhundert über Bord zu werfen. Der
162 Verweis auf die Ostpolitik Willy Brandts ist zu einem Deckmäntelchen für die
163 Unterstützung von Kriegsverbrechern und einem Diktator, dem für die Durchsetzung
164 seiner Ideologie kein Mittel zu brutal ist, geworden.

165 Schon jetzt steht die Bundesregierung international nicht gut da. Das lange Zögern
166 bei den Fragen nach Waffenlieferungen und die inhaltslosen Statements von Olaf Scholz
167 sind nicht geeignet, diesen Reputationsverlust aufzuhalten. Statt sich entschieden
168 auf die Seite der Ukraine zu stellen und sie mit allen sinnvollen Mitteln zu
169 unterstützen, fallen führende SPD-Politiker:innen der Ukraine in den Arm und erklären
170 den Verteidigungskrieg de facto schon für verloren.

171 Diese Haltung ist keine Blauäugigkeit, sie hat in der SPD traurige Tradition. Unter
172 Erwin Sellering und Manuela Schwesig unterstützte die mecklenburg-vorpommerische SPD

173 das Projekt "Nord Stream II" bis zum Rande der Legalität. Auch die Berichte über eine
174 SPD-Landtagskandidatin mit möglichen Verbindungen zum russischen Geheimdienst fügen
175 sich in dieses Bild ein. Die Aktivitäten von Altbundeskanzler Gerhard Schröder sind
176 ein weiteres lupenreines Kapitel in dieser beschämenden Kontinuität.

177 Damit muss endlich Schluss sein. Viel zu lange hat die SPD - unterstützt auch von
178 Teilen der Jusos - die Augen vor dem zunehmend diktatorischen Regierungsstil Putins
179 und seiner Verachtung für Menschenrechte verschlossen oder ihr expansionistisches
180 Narrativ verklärt. Die Eskapaden von Gerhard Schröder und anderen sind lange bekannt,
181 spätestens jetzt müssen sie Konsequenzen haben. Wir unterstützen das von mehreren
182 SPD-Gliederungen angestrebte Parteiordnungsverfahren gegen Gerhard Schröder und
183 fordern, ihn aus der Partei auszuschließen. Die Verstrickungen der SPD mit der
184 russischen Regierung muss auf allen betroffenen Ebenen schonungslos aufgeklärt
185 werden. Dabei darf es keine Rücksicht auf frühere Leistungen oder aktuelle Ämter
186 geben - was zählt, ist die Gegenwart. Die Russlandpolitik der SPD muss auf eine neue
187 Grundlage gestellt werden, in der die von der russischen Großmachtspolitik ausgehende
188 Bedrohung klar und ungeschönt analysiert wird. Wir unterstützen daher die Einrichtung
189 von Untersuchungsausschüssen, um den Fragen nach etwaigen Verbindungen transparent
190 und im geordneten Verfahren auf den Grund zu gehen. Wir erkennen an, dass die
191 Stiftung Klima- und Umweltschutz MV nicht ohne weitere Probleme aufgelöst werden
192 kann. Wir regen daher an, den Stiftungszweck (Naturschutz, Kampf gegen den
193 Klimawandel) ernst zu nehmen und die Mittel dafür zu verwenden. Im Besonderen
194 Mecklenburg-Vorpommern gewinnt durch den steigenden Meeresspiegel neue
195 Küstenabschnitte hinzu, welche geschützt und gepflegt werden müssen im Sinne des
196 Naturschutzes.

197

198 **We will protect EU: Endlich handlungsfähig werden**

199 Die Forderung nach einer europäischen Armee ist längst überfällig und hätte im
200 bisherigen Kriegsgeschehen den Handlungsspielraum und die Unterstützungsmöglichkeiten
201 von europäischer Seite deutlich ausweiten können. Europa benötigt dafür eine
202 gemeinsame Strategie zur außenpolitischen Frage der Verteidigungspolitik. Es benötigt
203 einen europaweiten Diskurs darüber, wie Einsätze einer europäischen Armee in Zukunft
204 funktionieren sollen und wie nationale Armeen langfristig abgelöst werden können.
205 Dazu gehört zumindest im ersten Schritt auch eine einheitliche europäische Vertretung
206 innerhalb der NATO.

207 Wir fordern, dass die Europäische Union auf Grundlage eines gemeinsamen Konzeptes zum
208 Waffenexport und allgemeinen Grundsätzen für eine europäische Armee, orientiert am
209 Wertekanon der Grundrechtecharta, ihre Außenpolitik militärisch vereinheitlicht. Nur
210 so kann die europäische Rolle in internationalen Krisen gestärkt und geschärft
211 werden, um Angriffskriegen etwas entgegensetzen zu können.

212

213 Niemand kann gesichert vorhersagen, wie lange der Angriffskrieg noch andauert, ob
214 sich Putins Armee im Osten und Süden der Ukraine festsetzt und über die Abspaltung
215 dieser Landesteile Verhandlungen geführt werden.

216 Unsere Aufgabe ist es hier und jetzt dafür Sorge zu tragen das sich die Ukraine,
217 nachdem sie den Krieg gewonnen hat, erholen kann und alle Geflüchteten bis dahin in

218 Sicherheit leben können. Gleichzeitig muss entschlossen gehandelt werden, damit aus
219 Putins Angriff auf die Ukraine keine Vorlage für andere Despoten wird, um
220 demokratische und freie Nachbarländer anzugreifen. Looking at you China!
221 Die Forderungen des Antrages sind daher keine kurzfristigen Ziele. Sie sollen die
222 Sicherheit der Ukraine als künftiges Mitglied der Europäischen Union sicherstellen.
223 Sie sollen eine Aufklärung und Neuausrichtung bewirken. Sowohl in der europäischen
224 Sicherheits- wie auch Sozialarchitektur und letztendlich in der deutschen
225 Sozialdemokratie.

226 **Forderungen**

227

- 228 • **Unterstützung der Ukraine mit notwendigen Gütern zur dauerhaften Verteidigung**
- 229 • **Ausschluss von Gerhard Schröder aus der SPD**
- 230 • **schonungslose Aufklärung der Verstrickungen zwischen der SPD und dem russischen**
231 **Staat**
- 232 • **Neuausrichtung der sozialdemokratischen Russlandpolitik**
- 233 • **Die EU muss endlich handlungsfähig werden! Wir fordern den Aufbau einer**
234 **europäischen Armee**
- 235 • **Verstärkung der Hilfsprogramme gegen Menschenhandel und insbesondere in**
236 **Osteuropa härtere Strafmaße für Menschenhändler**
- 237 • **Einreißen der Festung Europa, die Massenzustrom-Richtlinie soll dauerhaft in**
238 **Kraft bleiben**
- 239 • **Der Bund muss die Kommunen finanziell weiter fördern, um Erholungseffekte nach 2**
240 **Jahren Pandemie durch erhöhte Aufgaben der Geflüchtetenhilfe nicht zu gefährden**
- 241 • **die Stiftung Klima- und Umweltschutz MV soll im Sinne ihrer Satzung für**
242 **Naturschutz und den Kampf gegen den Klimawandel beitragen**

243

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag F08: Feministische Außenpolitik

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	F - Frieden & Internationales

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 **Einleitung/Analyse/Status Quo:**

2 Außen- und Sicherheitspolitik sind unabdingbar miteinander verbunden und besitzen für
3 alle Staaten

4 eine hohe Relevanz. Dabei beschreibt die Außenpolitik insbesondere jede Form von
5 internationalen, staatsübergreifenden Interaktionen und Beziehungen.

6 Sicherheitspolitik ist deshalb unabdingbar, da kein Staat automatisch eine Garantie
7 auf Sicherheit hat, da es keine Institution mit Gewaltmonopol gibt. Daraus
8 resultiert, dass theoretisch jederzeit die Gefahr durch einen Angriff besteht, in
9 diesem Kontext verstehen wir daher Sicherheit, als Fähigkeit uns eigenständig oder
10 durch den Zusammenschluss mit Bündnispartner*innen militärisch zu verteidigen. In der
11 Realität für diese nicht vorhandene Garantie von Sicherheit und des Machtmonopols
12 dazu, dass staatliche Macht und Interessen der nationalen Sicherheit, in
13 Anarchiegleichenden Verhältnissen, mit Androhung von Gewalt oder wirtschaftlichen
14 Sanktionsmechanismen zu verteidigen suchen. Hierbei spielen immer wieder die Punkte
15 Dominanz und Unterdrückung eine zentrale Rolle, im Bereich der staatlichen
16 Verteidigung (sowohl nach innen, als auch außen) - häufig nicht ohne Hilfe von
17 Militär und Waffengewalt. Das Streben nach Dominanz und Unterdrückung mit allen
18 Mitteln, trägt eine zutiefst patriarchale Handschrift, die insbesondere der
19 Demonstration von Macht und Männlichkeit dienen.

20 Nicht zuletzt der grausame Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine zeigt deutlich,
21 dass insbesondere größenwahnsinnige Männer, einen großen Hang dazu haben u.a. durch
22 Tatsachenverfälschung, die Souveränität anderer Staaten und damit deren Sicherheit
23 anzugreifen.

24 Während das Friedenskonzept der Sozialdemokratie im Zuge der Zeit des Kalten Krieges
25 insbesondere durch das Prinzip "Wandel durch Annäherung" geprägt waren und die
26 Europäische Union ihre Wertegemeinschaft zunächst durch "Frieden durch Handel"
27 aufgebaut hat, spielt(e) die Frage von internationaler Geschlechtergerechtigkeit und
28 dem Streben nach dem Abbau von patriarchalen Strukturen bisher eine viel zu geringe
29 Rolle. Während weiterhin die Prämisse gilt, dass Frieden durch wirtschaftliche
30 Beziehungen geschaffen und gesichert werden kann, wird das grundlegende System, das
31 den Frieden in Wirklichkeit bedroht nicht hinterfragt oder auch nur betrachtet.

32 Eine feministische Außenpolitik hingegen, erkennt die Notwendigkeit von
33 Geschlechtergerechtigkeit als zentrales Element für Frieden an. Das zentrale Ziel
34 dabei stellt die Überwindung von Gewaltverhältnissen und den dafür notwendigen Abbau
35 von patriarchalen Strukturen dar. Die feministische Perspektive auf Sicherheits- und
36 Außenpolitik erweitert den Blick, um die Fragestellung der Machtungleichgewichte,
37 sowie den Blickwinkel auf einzelne Individuen, Personengruppen und ihre Bedürfnisse.
38 Hierbei gilt es stets die Überwindung von struktureller Gewalt intersektional zu
39 betrachten. Zudem ist unser Verständnis des Sicherheitsbegriffs im Zusammenhang mit

40 Außenpolitik nicht allein auf die staatliche Sicherheit (mit der Möglichkeit zur
41 militärischen Verteidigung der staatlichen Souveränität) konzentriert, sondern
42 umfasst zudem die Fragen von medizinischer Versorgungssicherheit und
43 Klimagerechtigkeit. Feministische Außenpolitik stellt den Anspruch, mittels u.a. der
44 Überwindung von Hunger und Armut, im Sinne einer gemeinwohlorientierten,
45 demokratischen Zivilgesellschaft, das Recht auf Frieden durchzusetzen.

46 Bereits seit dem ersten internationalen Frauenfriedenskongress 1915 wurden die ersten
47 Forderungen nach einer feministischen Außenpolitik laut. Auch wenn damals überwiegend
48 Pazifistinnen zusammenkamen, so darf dennoch nicht der Fehler gemacht werden, das
49 Streben nach der Überwindung von struktureller Gewalt einfach mit einem
50 bedingungslosen Pazifismus gleichzusetzen. Obwohl u.a. die Vereinten Nationen vor
51 allem mit ihrer Resolution 1325 Handreichungen feministischer Außenpolitik
52 vorantreiben und sich damit dafür einsetzen mehr Rechte, Ressourcen, Repräsentanz und
53 gleichseitigen Schutz von Frauen, Mädchen und LGBTQI* weltweit stärken und
54 gesellschaftliche Diversität zu fördern, ist feministische Außenpolitik trotz
55 Bekenntnis im Koalitionsvertrages der Ampelkoalition, noch lange kein Selbstläufer.

56 Sowohl die Reaktionen auf die Ernennung von Anna-Lena Baerbock zur Außenministerin,
57 als auch die abwertende Reaktion des CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz in der
58 Bundestagshaushaltsdebatte zum Thema feministische Außenpolitik zeigen deutlich, dass
59 noch ein weiter Weg vor uns liegt, bevor
60 feministische Außenpolitik, in der nach wie vor Männer dominierten Politikwelt, den
61 notwendigen Stellenwert erhält.

62 Die aktuellen internationalen Debatten über die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie
63 und der
64 Klimakatastrophe, sowie den Backlash im Bereich des legalen Zugangs zu
65 Schwangerschaftsabbrüchen, als auch nicht zuletzt die schrecklichen Berichte über
66 sexuelle Kriegsverbrechen an Frauen und Kindern durch russische Soldaten in der
67 Ukraine und die widerwertigen Angebote von zwielichtigen Männern an Ankunftsbahnhöfen
68 in Deutschland, zeigen, dass der Bedarf nach feministischer Außenpolitik groß ist.

69

Feministische Sicherheitspolitik:

70

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass nachhaltiger Frieden eher gelingt, wenn

71

auch Frauen an den Verhandlungen beteiligt sind. Nicht, weil sie Frauen sind, sondern

72

weil sie Perspektiven einbringen, die ansonsten fehlen. Ein Negativ-Beispiel ist

73

Afghanistan: Die starke feministische Zivilgesellschaft war in den

74

Friedensverhandlungen nicht ausreichend repräsentiert und steht seit der

75

Machtübernahme der Taliban noch stärker unter Druck.

76

Auch die Thematik der weltweiten Abrüstung bleibt strittig in Anbetracht des

77

russischen Angriffes, aber würde es diese geben, dann gäbe es wahrscheinlich auch

78

keinen russischen Angriffskrieg. Militärische Stärke lässt sich nicht ignorieren,

79

deswegen ist es gut und richtig, die Ukraine auch militärisch zu unterstützen.

80

Doch wer sich langfristig auf eine gerechtere Welt zubewegen will, darf hier nicht

81

aufhören.

82 Denn auch das sollte mittlerweile klar sein: Krieg wird nicht nur mit

83 Marschflugkörpern, Kampfdrohnen und Panzern geführt. Seit 2008 erkennen die Vereinten

84 Nationen Vergewaltigungen in Konflikten als Kriegsverbrechen an. Man kann sich

85 fragen, warum das so lange gedauert hat. Denn es liegt auf der Hand: Es geht darum

86 Menschen zu brechen. Macht auszuüben – in Form von physischer und psychischer Gewalt.

87 Ob Frauen, Männer, nicht-binäre Personen. Krieg betrifft alle Menschen – aber eben

88 auf unterschiedliche Art und Weise.

89

Deshalb fordern wir:

90 • Legale und sichere Fluchtrouten (beispielsweise durch kostenlose Bahnfahrten)

91 • Waffenlieferungen auf ein Minimum reduzieren und nur für Staaten zur Verfügung
92 stellen, die

93 unverschuldet in kriegerische Handlungen geraten sind, nur für demokratische
94 Staaten

95 • Internationale Verbände feministisch aufstellen und mit zusätzlichen
96 finanziellen Mitteln aus
97 bundesweiten und internationale Fördertöpfen unterfüttern

98 • Feministische Organisationen stärker finanziell unterstützen, insbesondere NGOs
99 die sich für

100 Gleichberechtigung und Teilhabe einsetzen

101 • NGOs keinen Stempel des Globalen Nordens aufdrücken und keine Grundsätze des
102 Globalen Nordens auf andere Länder übertragen

103 • Neubewertung von internationalen Bündnis- & Wirtschaftspartner*innen (z. B.
104 Katar)

105 • Verbot von Nuklearwaffen, weltweite Abrüstung

106 • Gewalt an Frauen und Kindern, insbesondere Vergewaltigung als Kriegswaffe härter
107 ahnden, Bewusstsein schaffen

108 **Globale Feministische Gesundheitspolitik:**

109 In der Satzung der WHO wird Gesundheit definiert als: „ein Zustand vollständigen
110 körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Freisein von
111 Krankheit oder Gebrechen.“

112 Im internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, den die
113 Generalversammlung der Vereinten Nationen 1966 verabschiedet hat, wurde festgehalten,
114 dass jeder

115 Mensch das Recht auf das höchste erreichbare Maß an körperlicher und geistiger
116 Gesundheit besitzt.

117 Den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte haben
118 164 Staaten ratifiziert. Das beschriebene Recht beinhaltet unter anderem den Zugang
119 zu rechtzeitiger und erschwinglicher Gesundheitsversorgung von hoher Qualität und ist
120 eng verbunden mit anderen Menschenrechten. Denn Krankheiten treten insbesondere dann
121 ein, wenn andere Rechte wie zum Beispiel das Recht auf Wasser, Nahrung, Bildung oder
122 angemessene Lebensstandards nicht erfüllt sind. Gleichzeitig stellt das Vorliegen
123 von Gesundheit eine essenzielle Grundlage dafür dar, dass eine Person am
124 gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben teilhaben kann und andere
125 Menschenrechte wahrnehmen kann. Doch weltweit wird das Grundrecht auf Gesundheit von
126 staatlicher Seite nicht sichergestellt. So sterben täglich mehr als 8.000 Kinder
127 unter fünf Jahren an Krankheiten, die durch einfache und günstige Behandlungen
128 vermieden oder behandelt werden könnten. Gleichzeitig geraten etwa 100 Millionen
129 Menschen pro Jahr unter die Armutsgrenze, weil sie
130 Gesundheitsleistungen aus eigener Tasche bezahlen müssen. Hiervon sind insbesondere
131 arme, marginalisierte oder diskriminierte Bevölkerungsgruppen gefährdet. Selbst in
132 Deutschland wird der
133 Zugang zu Gesundheitsversorgung für Teile der Bevölkerung nicht gewährleistet.

134 Menschen ohne

135 Papiere/ohne legalen Aufenthaltsstatus, Geflüchtete, EU-Bürger*innen und Deutsche
136 ohne Krankenversicherung sind vom Regelsystem ausgeschlossen und haben oftmals keinen
137 Zugang zu

138 rechtzeitiger und erschwinglicher Gesundheitsversorgung.

139 Auch liegt ein Zusammenhang der sozioökonomischen Situation und der Gesundheit vor.
140 Da FLINTA* überproportional finanziell arm sind, haben sie ebenso überproportional
141 häufig einen schlechten Gesundheitszustand.

142 Gleichzeitig muss festgestellt werden, dass in der Gesundheitsversorgung noch immer
143 koloniale Verhältnisse aufrechterhalten werden, indem traditionelle Medizin selbst
144 bei nachweislicher Wirkung nicht anerkannt wird, zahlreiche Erkrankungen zu den
145 sogenannten neglected tropical diseases (NTDs; vernachlässigte tropische Krankheiten)
146 zählen und obwohl fast jeder Fünfte in der Welt unter ihnen
147 leidet, sie für die Erforschung und Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen
148 dennoch nicht von Bedeutung sind, eine ungleiche Verteilung weltweit von Medikamenten

149 und Impfstoffen wie in den vergangenen Jahren während der Covid-19-Pandemie zu
150 verzeichnen war. Zudem ist die Gesundheitsversorgung von Rassismus geprägt. So
151 sterben nachweislich Schwarze Frauen signifikant häufiger während der Geburt als
152 weiße. Indem zudem der Zugang zu sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen in
153 immer mehr Ländern erschwert oder sogar verboten werden und weibliche
154 Genitalverstümmelung geduldet wird, wird das patriarchale Machtsystem weiter
155 aufrechterhalten und ausgebaut. Hinzu kommt eine gravierende geschlechterbezogene
156 Datenlücke. Ein nicht zu verachtendes Problem stellt zudem die finanzielle
157 Ausstattung der WHO dar. Rund 80% der finanziellen Mittel der WHO stammen von
158 privaten Geldgeber*innen und nicht von der internationalen Staatengemeinschaft.

159 Ziel einer globalen feministischen Gesundheitspolitik ist:

- 160 • Keine Person darf negative Folgen bezüglich ihrer Gesundheit erleben, weil sie
161 aufgrund von
162 Faktoren wie Geschlecht, Hautfarbe, sexueller Orientierung, Klasse diskriminiert
163 oder schlechter
164 behandelt wird.
- 165 • Der Ansatz globaler Gesundheitspolitik muss antirassistisch, feministisch und
166 intersektional sein
167 und bei allen Bestrebungen die Dekolonialisierung vorantreiben.

168 **Deshalb fordern wir:**

- 169 • Die echte Anerkennung und Sicherstellung des Menschenrechts auf Gesundheit der
170 internationalen Staatengemeinschaft
- 171 • Die Gewährleistung einer ausreichenden Finanzierung von Gesundheitsleistungen
172 weltweit.
- 173 • Stärkung und bessere finanzielle Ausstattung der WHO, damit sie ihre
174 Hauptaufgabe, die Bekämpfung von Erkrankungen und Förderung der allgemeinen
175 Gesundheit aller Menschen weltweit erfüllen kann.
- 176 • Berücksichtigung von Gender und Feminismus in der globalen Gesundheitspolitik.
177 Hierzu zählt
- 178 • Dekolonialisierung der globalen Gesundheitspolitik
- 179 • Eine verpflichtende Versorgung mit sexuellen reproduktiven
180 Gesundheitsleistungen, sodass eine
181 adäquate Betreuung während der Schwangerschaft vorliegt und
182 Schwangerschaftsabbrüche weltweit sicher und legal sind.
183 Schwangerschaftsabbrüche müssen entkriminalisiert werden und als Menschenrecht
184 gelten.

185 **Klimagerechtigkeit & Feminismus:**

186 Bei einer feministischen Betrachtungsweise von Sicherheits- und Außenpolitik darf das
187 Feld der Klimagerechtigkeit nicht fehlen. Der Begriff Klimagerechtigkeit beschreibt
188 dabei die gemeinsame internationalen Verantwortung, insbesondere der
189 Hauptverursacher*innen von Klimaschäden, sich für Klimaschutz einzusetzen, durch ihr

190 Handeln entstandene Schäden wiedergutzumachen und neue Schäden zu verhindern. Aus
191 unserer internationalistischen, (jung)sozialistischen und feministischen
192 Grundüberzeugung heraus ist es deshalb unsere Pflicht Klimagerechtigkeit als
193 intersektionalen Ansatz zu begreifen und als eine der Maximen unserer Außen- und
194 Sicherheitspolitik zu begreifen. Bei unserem Kampf für mehr Klimagerechtigkeit,
195 stehen genauso wie im Kampf gegen patriarchale und kapitalistische Strukturen
196 insbesondere ökonomische Ausbeutung, Unterdrückung und Zerstörung zugrunde.
197 Es ist daher unsere Aufgabe als Jungsozialist*innen die Abhängigkeiten und das rein
198 auf den Nutzen und Verwendungszweck ausgerichtet System zuerkennen und Strategien zu
199 dessen Überwindung zu entwickeln. Denn neben der achtlosen Zerstörung unseres
200 Planeten getarnt durch Vertuschung und Abwälzen von Verantwortlichkeiten auf
201 Verbraucher*innen, im Begriff der sogenannten "Lösungssuche". Dies wird
202 beispielsweise darin sichtbar, dass große Öl- und Energiekonzerne ihre Verantwortung
203 für eine bessere Öko- und CO₂-Bilanz durch die Kampagne "Carbon Footprint" in den
204 individuellen Verantwortungsbereich der Endverbraucher*innen verschoben haben. Auch
205 die Verleugnung des Klimakatastrophen durch Aussagen, wie dass gar nicht die Umwelt,
206 sondern die moderne industrielle Gesellschaft, die von einem zutiefst patriarchalen
207 Bild von dominanter Männlichkeit geprägt ist, durch klimaschützende Maßnahmen
208 gefährdet sei. Diese Verleugnungsstrategie wird insbesondere von denjenigen
209 vorgetragen, die bereits durch frauenfeindliche Aussagen und Handlungen, bekannt
210 sind. Insbesondere in Ländern, in denen Gewalt an Frauen (u.a. Femizide)
211 weitverbreitet sind, ist die Leugnung der Klimakatastrophe besonders weit
212 verbreitet. Die zugrundeliegenden Weltanschauungen von Frauenhassern und
213 Klimaleugnern zeigt
214 deutlich, dass eine gemeinsame gesellschaftliche Überwindung notwendig ist, um mit
215 dem Wandel des politischen und ökonomischen Systems sowohl die Klimakatastrophe
216 einzudämmen, als auch Frauenrechte weltweit zu etablieren.

217 Besonders deutlich wird die Betroffenheit von Frauen durch die Klimakatastrophe
218 außerdem, mit dem
219 Blick einerseits auf die Anführerinnen der weltweiten Klimabewegungen und andererseits
220 auf die Verteilungslast der Auswirkungen der Schäden durch die Klimakatastrophe nach
221 Geschlecht. Während Fridays For Future und allen voran Greta Thunberg die
222 Klimakatastrophe seit 2019 in den Fokus westlicher Debatten und Politik brachten,
223 waren und sind es insbesondere Indigene Frauen und Women of Color, die schon viel
224 länger gegen Landraub, Vertreibung und Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen, teilweise
225 unter lebensgefährlichen Umständen für ihre Rechte und den Schutz der Umwelt
226 protestiert haben. Um die Anführerinnen der Proteste und ihre Mitstreiter*innen
227 einzuschüchtern und verstummen zu lassen, kam es weltweit und insbesondere in
228 Südamerika immer wieder zu Verfolgung und Ermordung von (Klima-)Aktivist*innen. Eine
229 entscheidende Rolle spielen dabei Repression und Unterdrückungsstrukturen, teilweise
230 durch das Erlassen sog. "Anti-Terrorgesetze", um Aktivist*innen an ihren Protesten zu
231 hindern. Häufig geht diese Repression mit misogynen Beleidigungen, Herabwürdigungen,
232 der Relativierung und Androhung von Vergewaltigung und Genitalverstümmelung einher.
233 Die Schnittmenge zwischen konservativen, nationalistischen Kreisen,
234 Klimaskeptiker*innen und Anti-Feministen zeigt sich immer wieder deutlich. Als
235 Jungsozialist*innen ist es deshalb an uns, die klare Verbindung zwischen Frauenhass

236 und Klimaleugnung zu erkennen und gemeinsam für Klimagerechtigkeit und gegen das
237 gesamte zugrunde liegende System zu kämpfen.

238 Gleichzeitig zeigt sich deutlich, dass die Auswirkungen der Klimakatastrophe nicht
239 alle gleichermaßen treffen. Während die Hauptverursacher in den großen
240 Industrienationen des globalen Nordens sitzen, sind es insbesondere Frauen im
241 globalen Süden/Süd-Osten, die am stärksten unter den Folgen leiden. So sind 80% der
242 vertreibenden Menschen durch die Klimakatastrophe Frauen, die auf ihrer Flucht der
243 Gefahr von geschlechterspezifischer Gewalt ausgesetzt sind, ohne dass eine direkte
244 Handhabung besteht, da die Klimakatastrophe laut der Genfer Konvention kein
245 anerkannter Fluchtgrund ist. Damit ist der Schutz, der Frauen, die vor der
246 Klimakatastrophe fliehen nicht von der Genfer Konvention abgedeckt. Dazu kommt, dass
247 insbesondere arme Frauen stärker von natürlichen Ressourcen abhängig sind, um ihre
248 Lebensgrundlage und Lebensmittelsicherheit sicherzustellen. Durch Auswirkungen wie
249 u.a. Naturkatastrophen verstärken sich bestehende Abhängigkeiten. Eine IUCN Studie
250 weist nach, dass die Klimakatastrophe und Umweltzerstörung, klar mit einem Anstieg
251 von Gewalt an Frauen in Verbindung zu bringen ist. So wird bspw. Die
252 Nahrungsmittelknappheit wird ausgenutzt, sexuelle Dienstleistungen von Frauen im
253 Tausch für Nahrung zu verlangen. Hinzu kommt, dass in den von der Klimakatastrophen
254 starkbetroffenen Ländern, häufig Frauen die Felder bestellen, nachdem ihre Männer
255 bereits geflohen oder gestorben sind. Bei Ernteaussfällen wird an die Frauen, jedoch
256 keine staatliche Entschädigung gezahlt, da sie häufig nicht das Recht haben, Land zu
257 besitzen. Im Gegenteil, sobald bekannt wird, dass Frauen ihre Felder ohne den
258 offiziellen "Besitzer" betreiben,
259 laufen sie Gefahr Opfer von Landraub zu werden. Darüber hinaus werden
260 Katastrophenschutzplänen in der Regel lediglich auf Tagesabläufe, Bedürfnisse und
261 Voraussetzungen von Männern angepasst,
262 wodurch bei eintretenden Naturkatastrophen überproportional viele Frauen und Kinder
263 sterben.

264 Doch muss eine nachhaltige Perspektive auf feministische Außenpolitik nicht nur die
265 Auswirkungen der Klimakatastrophe betrachten, sondern auch die Frage der
266 energetischen Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern, sowie autokratischen und
267 diktatorischen Staaten/Regimen. Um das patriarchale, kapitalistische System von
268 Abhängigkeiten und Größenwahn, hinter uns zu lassen, brauchen wir internationale
269 Standards als Kriterien für die Wahl von wirtschaftlichen Partnern. Insbesondere der
270 aktuelle russische Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt deutlich, dass die
271 energetische Abhängigkeit von einem nicht-demokratisch geführten Staat, der die
272 Grundwerte des
273 Friedens und der Souveränität von Staaten mit uns teilt, brandgefährlich ist und die
274 Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik im Notfall stark eingrenzt. Anstatt im Sinne
275 eines "weiter
276 so" neue unbefristete Verträge für fossile Energieträger mit anderen autokratisch
277 geführten Staaten
278 abzuschließen, braucht es eine wirkliche Perspektive, um die energetische
279 Unabhängigkeit der Bundesrepublik zu gewährleisten.

280

Deshalb fordern wir:

- 281 • Die Aufnahme der “Klimakrise” in den Katalog für Fluchtursachen der Genfer
282 Konvention, damit
283 insbesondere auch geschlechterspezifische Gewalt auf der Flucht vor der
284 Klimakrise anerkannt wird
- 285 • Weltweit geschlechtergerechte Bevölkerungs- und Katastrophenschutzpläne
- 286 • Die Internationale Zusammenarbeit sowohl an ökologische, als auch feministische
287 und Menschenrechts Standards koppeln – Gerechtigkeit als klare Voraussetzung für
288 ein friedliches, nachhaltiges weltweites miteinander (gerade kritisch nach
289 Gasverträgen mit Katar)
- 290 • wirtschaftliche Unabhängigkeit von autokratisch regierten Staaten – Frieden und
291 Sicherheit hängen weltweit vom Ende der Zerstörung und Ausbeutung des Planeten
292 ab. (nicht zuletzt Abhängigkeit von Russland als mahnendes Beispiel)
- 293 • Verbindliche internationale Agenda feministischer Sicherheit bei Auswirkungen
294 des Klimawandels (individuelle Sicherheit muss mit staatlicher und
295 zwischenstaatlicher Sicherheit zusammengedacht werden, damit Machtdynamiken
296 verstanden und hin zu mehr Gerechtigkeit verändert werden können.
- 297 • Mehr Forschung im Bereich der (internationalen) Politik mit Schwerpunkten auf
298 feministische
299 Sicherheit, Frieden und Gerechtigkeit im Zusammenhang mit der Klimakatastrophe

Antrag F09: Mehr Unterstützung für Taiwan und stärkerer Einsatz für Beobachterstatus bei WHA & WHO

Antragsteller*in:	Jusos Berlin
Sachgebiet:	F - Frieden & Internationales

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Der Inselstaat Taiwan wird seit seiner selbsternannten Unabhängigkeit, die von der
2 Volksrepublik China (VR China) nie anerkannt und stets bestritten wurde, politisch,
3 wirtschaftlich und militärisch stark unter Druck gesetzt. Insbesondere die
4 militärischen Drohgebärden seitens China vor der Küste Taiwans haben sich in den
5 letzten Wochen intensiviert und sich zu einer realen Bedrohung der taiwanischen
6 Bevölkerung entwickelt. Gleichzeitig wird die beobachtende Teilnahme Taiwans in
7 verschiedenen WHO-Gremien, wie im Mai der Weltgesundheitsversammlung, durch die VR
8 China und seine Verbündeten weiter verhindert. Dabei stellt das pluralistisch-
9 demokratische Taiwan ein politisches Gegenmodell zum autoritären System der
10 Volksrepublik dar. Aufgrund seiner geostrategischen Lage in der Taiwanstraße und dem
11 südchinesischen Meer sowie seiner wirtschaftlichen Rolle als einer der führenden
12 Produzenten von Mikrochips, besitzt die Region für „den Westen“ eine hohe Relevanz.
- 13 Das Interesse von Deutschland und der Europäischen Union muss es sein, im Rahmen
14 einer wertebasierten und feministischen Außenpolitik, Taiwan in seiner freiheitlich-
15 demokratischen Grundordnung zu unterstützen, Frieden und Stabilität in der Region zu
16 wahren sowie die wirtschaftliche Partnerschaft mit Taiwan weiter zu intensivieren.
17 Angesichts der bereits erfolgten Ankündigung der USA „immer an der Seite Taiwans“ zu
18 stehen, sowie militärische Unterstützung zu leisten, soll auch die Bundesregierung
19 sowie insbesondere die SPD-Bundestagsfraktion angemessen und zielgerichtet auf die
20 jüngsten Entwicklungen reagieren. Das heißt zunächst den freundschaftlichen,
21 kommunikativen Austausch zwischen deutschen und taiwanesischen Vertreter*innen
22 insbesondere der Parlamente zu intensivieren. Zum anderen muss auch Deutschland in
23 Absprache und Koordination mit seinen europäischen sowie amerikanischen
24 Partner*innen Taiwan seine Unterstützung zu sagen, was bedeutet, im Falle eines
25 militärischen Angriffs von Seiten der VR China, Waffenlieferungen und finanzielle
26 Hilfen an Taiwan zu leisten sowie Wirtschaftssanktionen gegenüber der Volksrepublik
27 zu erwägen. Wie bei dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine darf die
28 militärische Unterstützung dabei nur als Ausnahme des Kriegswaffenlieferungsverbotes
29 in Krisenregionen gesehen werden; wir stehen weiterhin hinter dem Exportverbot von
30 Kriegswaffen.
- 31 Darüber hinaus müssen wir das im Koalitionsvertrag festgeschriebene Ziel, „die
32 sachbezogene Teilnahme des demokratischen Taiwans in internationalen Organisationen“
33 zu unterstützen, realisieren. Konkret sollte sich die Bundesregierung noch stärker
34 dafür einsetzen, Taiwan den Beobachterstatus bei der Weltgesundheitsversammlung (WHA)
35 sowie weiteren WHO-Gremien zu gewähren.
- 36 Daher fordern wir:
- 37 1. Die Intensivierung des kommunikativen Austauschs von deutschen mit
38 taiwanesischen Parlamentsvertreter*innen.

- 39 2. Die Zusage für militärische und finanzielle Unterstützung an Taiwan in Absprache
40 und Koordination mit unseren europäischen und amerikanischen Partner*innen im
41 Falle eines militärischen Angriffs von Seiten der VR China.
- 42 3. Die Stärkung wirtschaftlicher Beziehungen zu Taiwan und Vermehrung europäischer
43 Handelsflottenaktivität in der Region, um präventiv einen chinesischen
44 Angriffskrieg zu erschweren.
- 45 4. Die Erhöhung des Einsatzes dafür, Vertreter*innen Taiwans den Beobachterstatus
46 bei der Weltgesundheitsversammlung (WHA) sowie weiteren Gremien der WHO zu
47 gewähren. Wir wollen die stärkere Einbindung Taiwans in die Vereinten Nationen
48 und fordern deshalb die Prüfung, Taiwan den Status eines Beobachterstaates in
49 der UN-Vollversammlung zuzusprechen.

Antrag F10: Ukraine-Krieg im Hinblick auf die (Schul-)Bildung

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	F - Frieden & Internationales

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Wir fordern:

- 2 1. Die Zweigleisigkeit der ukrainischen Online-Lehre und dem deutschen Unterricht
3 ermöglichen!
- 4 2. Die Lehrausbildung, Deutsch als Zweitsprache (DAZ) lehren zu können,
5 subventionieren!
- 6 3. Keine ungleiche Behandlung Geflüchteter nach Herkunftsland! Stattdessen allen
7 geflüchteten Kindern und Jugendlichen im deutschen Schulsystem die gleichen
8 Chancen ermöglichen, wie es aktuell für Kinder und Jugendliche aus der Ukraine
9 gehandhabt wird. Dies beinhaltet:
- 10 4. Klassenmesszahlen in RLP neu berechnen! Aktuell werden geflüchtete Schüler*innen
11 nicht in die Klassenmesszahl einberechnet. Dies führt zu einer Überfüllung der
12 Klassen, zu große Klassen können nicht getrennt werden. Schüler*innen aus der
13 Ukraine werden schon in die Klassenmesszahl mit einberechnet, dies soll nun auch
14 für Schüler*innen, die aus anderen Ländern geflüchtet sind, ermöglicht werden.

15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27

Begründung

Der Krieg in der Ukraine bedeutete für viele junge Menschen einen kompletten Wandel ihres Lebens über Nacht. Sie verloren ihr Zuhause und mussten vor allem männliche Verwandte mit der Ungewissheit zurücklassen, ob man sich überhaupt jemals wiedersehen wird. Sich in einem anderen Land nach solch traumatischen Erfahrungen zu orientieren und anzukommen, obwohl häufig suggeriert wird, dass eine Rückkehr in sein Herkunftsland in naher Zukunft liegt ist schwierig.

Insbesondere der Ukraine-Krieg ist ein Krieg gegen die kulturelle Identität ukrainischer Menschen. Daher finden wir die Möglichkeit, im Rahmen des Online-Unterrichts die kulturelle Identität und Herkunft ausleben zu können, sehr wichtig. Diese sollte als eine Art Ankerpunkt gesehen werden, den man den jungen Menschen nicht nehmen darf. Gleichzeitig gab es selten Fluchtbewegungen, wo die Menschen nach

kurzer Zeit wieder sicher in ihr Herkunftsland zurückziehen konnten - eine Integration ins deutsche Schulsystem ist daher wichtig, um den Familien, insbesondere den Kindern, eine Chance zu bieten, anzukommen und sich hier, für wie lange es auch sein mag, ein zu Hause oder zumindest einen Ort des Ankommens schaffen zu können.

Daher setzen wir uns dafür ein, dass eine parallele Lehre ermöglicht werden soll für alle Familien, die sich wünschen, dass ihre Kinder am ukrainischen Online-Unterricht teilnehmen können.

Außerdem muss Bedacht werden, dass viele Menschen aus der Ukraine über privatem Wege nach Deutschland gekommen und teils noch nicht erfasst sind. Die Kinder dieser Menschen werden zurzeit über die Onlineangebote aus der Ukraine beschult. Das Schuljahr in der Ukraine endet bald, aber in der Mitte unseres noch laufenden Schuljahres. Es ist dadurch zu erwarten, dass noch kurz vor Beginn der Sommerferien in Deutschland ein weiterer großer Schwung an Kindern in die bereits jetzt schon überforderten Schulen kommen wird. Dieser Punkt muss dringend bedacht und die Schulen auf einen weiteren Schwung bestmöglich vorbereitet werden.

So aktuell die Lage in der Ukraine auch ist, dürfen wir die Menschen, die bereits aufgrund anderer Kriege in unser Land geflohen sind nicht vergessen. Es ist zurzeit leider so, dass aufgrund der dünnen Personaldecke insbesondere im Bereich des DAZ Unterrichtes viele Schüler*innen, die bereits in einer bestimmten Niveaustufe sind, eine Stufe höher gesetzt werden um Platz für Kinder aus der Ukraine in den niedrigeren Niveau Stufen zu schaffen. Meist sind die Personen aber noch nicht bereit für einen Wechsel. Die Knappheit an Ressourcen sollte nicht auf dem Rücken der Kinder ausgetragen werden, sondern durch die Steigerung an Attraktivität solche Kurse zu übernehmen schnellstmöglich kompensiert werden. Hier sehen wir die Förderung der DAZ-Weiterbildungen als wichtigen Kompensator an. Durch mehr DAZ-Lehrkräfte können solche Defizite aktuell wie auch in der Zukunft frühzeitig erkannt und vermieden werden.

Ein weiteres Zeichen der Ungleichbehandlung Geflüchteter nach Herkunftsland sieht man im Umgang mit der Klassenmesszahl in Rheinland-Pfalz. Während geflüchtete Kinder aus der Ukraine bereits in die Klassenmesszahl einberechnet werden, ist dies bei geflüchteten Kindern ohne dauerhaften Aufenthaltstitel aus anderen Ländern bisher nicht der Fall. Dies führt dazu, dass Klassen, die die maximale Anzahl von Schüler*innen in einer Klasse überschreiten, nicht getrennt werden können - da die geflüchteten Kinder nicht mit einberechnet werden. Diese Kinder sitzen aber in den Klassen und müssen genau wie nicht geflüchtete Kinder normal mitgezählt werden! Da diese Miteinberechnung aktuell bei geflüchteten Kindern aus der Ukraine möglich ist, sind wir uns sicher, dass dies allgemein bei allen geflüchteten Kindern möglich sein sollte. Ergänzend hierzu kann man die Anerkennung ukrainischer Abschlüsse sowie die Möglichkeit, sich an Universitäten einzuschreiben, obwohl die Abiturprüfungen in der Ukraine nicht stattfinden können, als Zeichen nehmen, dass es auch bei Menschen mit anderen Herkunftsländern eine Änderung der Voraussetzungen der Anerkennung eines Abschlusses geben muss. Es kann nicht sein, dass ein syrischer Masterabschluss mit einem deutschen Hauptschulabschluss gleichgestellt wird! Hier muss ein flexibleres und humaneres Konzept her, dass die akademische Arbeit dieser Menschen respektiert und anerkennt.

Die Entscheidung, aus dem eigenen Herkunftsland zu flüchten ist nie eine einfache. Daher ist es wichtig, geflüchteten Menschen offen, vorurteilsfrei und fair gegenüber zu treten. Dies muss auch unser Bildungssystem verkörpern. Mit Schritten wie den hier aufgeführten kommen wir diesem Ziel ein Stück näher.

Antrag F11: Ein Traum von Freiheit – Europa hört nicht hinter der Oder auf.

Antragsteller*in:	Jusos Nord-Niedersachsen
Sachgebiet:	F - Frieden & Internationales

Der Bundeskongress möge beschließen:

1

- 2 • Es muss eine osteuropäische Perspektive auf die Außen- und Sicherheitspolitik in
3 unserer Bewertung geschaffen werden und einfließen
- 4 • In unserer Erinnerungskultur müssen die Erfahrungen und Sichtweisen von allen
5 Ländern Osteuropas gleichberechtigt wahrgenommen werden.
- 6 • Es muss eine stärkere Beschäftigung mit dem deutschen Kolonialismus in Osteuropa
7 geben
- 8 • Wir müssen unsere Antirassismuarbeit durch ein Engagement gegen Antislawismus
9 erweitern
- 10 • Wir zeigen uns solidarisch mit den Zeit- und Saisonarbeiter*innen aus Osteuropa
11 und fordern weitere Maßnahmen um fairere Arbeitsbedingungen zu schaffen, hier
12 zeigen wir uns solidarisch mit den Gewerkschaften wie der NGG
- 13 • Wir erkennen an, dass die NATO für unsere Partnerländer in Osteuropa eine
14 sicherheitspolitische Notwendigkeit zum Schutz gegen den russischen
15 Imperialismus ist

Begründung

Wir sind ein internationalistischer Jugendverband, genau deswegen müssen wir uns fortlaufend mit politischen Entwicklungen nicht nur in unseren Nachbarländern, sondern auch weltweit beschäftigen. Es ist recht eindeutig welches Thema die internationale Politik zurzeit und für die absehbare Zukunft intensiv beschäftigen wird - das Thema ist die Außen- und Sicherheitspolitik. Im Angesicht des Angriffskriegs und der Kriegsverbrechen des russischen Staates müssen wir diese Situation derzeit laufend neu bewerten und ihr große Aufmerksamkeit schenken. Gerade im Angesicht eines faschistisch-oligarchischen Krieg können wir nicht still bleiben und keine Position beziehen. Aber auch unsere Nachbarländer in Osteuropa und ihre Sicherheitsinteressen, welche gerade durch Russland noch massiver bedroht werden dürfen, wir hier nicht länger außerhalb unseres Fokus lassen. Zusätzlich müssen wir auch die Situation von osteuropäischen Menschen in Deutschland und besonders den Geflüchteten nicht ignorieren.

Der historische Rückblick wünscht sich Aufarbeitung.

Gerade im Hinblick auf die derzeitige Situation und die Tendenz so mancher Amtsträger*innen und ehemaliger Amtsträger*innen aus nahezu allen Parteien ist ein Rückblick und die Forderung nach konsequenter Aufarbeitung der eigenen Geschichte des Kolonialismus in Osteuropa notwendiger denn je. Denn einige veraltete Positionen zu unseren Nachbarstaaten in Osteuropa lassen sich durch eine rückwärtsgewandte und von unreflektiertem Kolonialismus geprägte Sichtweise erklären. Diese gilt es zu reflektieren und zu ändern.

So lässt sich so manche Fixierung auf eine Kooperation mit Russland auf den historischen Umstand

zurückführen, dass Deutschland und Russland zusammen mit dem Habsburger Österreich im 19. Jahrhundert Polen untereinander aufgeteilt haben und somit eine Zeit lang direkt Nachbarn waren.

Auch hat ein großer Teil der Shoah welcher sich auch außerhalb der bekannten Lager, so zum Beispiel auf den Gebieten des heutigen Belarus und der Ukraine vollzogen hat, keinen festen Platz in der Gedenkkultur, dies gilt es zu ändern.

Des Weiteren wird auch die massenhafte Vernichtung und der Ausbeutungskrieg gegen die nicht-jüdische Bevölkerung Osteuropas während des zweiten Weltkrieges nicht genügend Aufmerksamkeit in der öffentlichen Gedenkarbeit gegeben.

Nicht zu vergessen ist ebenfalls der vorausgegangene Hitler-Stalin-Pakt in dem sich die Sowjetunion und Deutschland für eine kurze Weile Osteuropa untereinander "aufgeteilt" haben, der vom Dritten Reich wiederum schnell gebrochen wurde, um die eigenen größenwahnsinnigen Pläne durchzusetzen. Demnach gilt es, die Gedenk- und Versöhnungskultur auf die Menschen in Osteuropa zu erweitern, um neben den unzähligen Sowjetischen Opfern auch auf das Leiden vieler weiterer Völker Osteuropas aufmerksam zu machen. Dies soll das Gedenken an diese Nationen in den Vordergrund rücken. Denn es handelt sich aktuell nicht um den Krieg der Russen, sondern um Putins Krieg! Da sich all dies bis heute auch auf die aktuelle politische Lage auswirkt gilt es diesen Umstand zu verändern und die Perspektive eben jener Nationen in unserer Arbeit nicht unbeachtet zu lassen, dies ist unsere Aufgabe.

Antislawismus in Diskussionen über Rassismus nicht vergessen!

Als antirassistischer Jugendverband ist es ebenfalls unsere Aufgabe die dauerhafte Diskussion über Rassismus und den Kampf gegen jedwede Form des Rassismus und Antisemitismus zu führen.

In dieser Arbeit muss der Kampf gegen den Antislawismus, welcher für Betroffene heutzutage immer noch täglich spürbar ist, eine stärkere Rolle spielen. Der Rassismus in Europa besteht nicht nur aus einem binären Schema aus verschiedenen Hautfarben. Er ist vielschichtiger als es vielen bewusst ist und ist tiefer in der gesamtdeutschen Psyche verankert als es viele wahrhaben möchten. Im Sinne unseres intersektionalen Bildes der Antirassismuserarbeit muss eben diese Perspektive zum Thema Antislawismus deutlicher vorkommen, so überschneidet sich diese Geschichte zum Beispiel auch stark mit der Geschichte des Antisemitismus.

Die Geschichte des Antislawismus beginnt früh, so findet man schon früh rassistische Erzählungen von angeblich "weniger zivilisierten Slawen" die zum Beispiel im Baltikum von Rittern des Deutschen Ordens christianisiert und "zivilisiert" wurden. Diese verqueren Geschichtsbilder finden wir zum Beispiel auch heutzutage oft in der Propaganda von rechtsextremen Gruppierungen wieder welche sich mit dieser Geschichte von Kolonialismus und Ausbeutung identifizieren.

Besonders deutlich wird die tiefe Verankerung dieses Problems im frühen 20. Jahrhundert und dem zweiten Weltkrieg insbesondere. So findet sich in der "Rassentheorie" der Nationalsozialisten ebenfalls eine angebliche Unterscheidung zwischen zivilisierten Westeuropäer*innen und unzivilisierten Menschen in Osteuropa und Polen. Gerade in dieser Zeit überschneidet sich die Geschichte besonders deutlich mit der des Antisemitismus. So geht oft neben der Geschichte des zweiten Weltkrieges, als einem Krieg zwischen dem Westen und der Sowjetunion auf der einen Seite und Deutschland auf der anderen Seite, das Schicksal der Menschen in Tschechien, Polen oder auch der Ukraine deutlich unter. Aber gerade dieser Widerstand darf nicht im Strom der Geschichte verschwinden. Das Leiden und der Widerstand der jüdischen Pol*innen im Warschauer Ghetto ist hier zum Beispiel zu nennen genauso wie der Widerstand der Partisanen im ehemaligen Jugoslawien. Aber abseits dieser konkreten Beispiele wird die Gedenkarbeit über die Vernichtung von unzähligen Menschen in diesen Ländern oft auf wenige Beispiele reduziert oder man findet sie nur singulär zu wenigen besonders prägnanten Orten wieder, dies spiegelt in keiner Weise

wider, wie der deutsche Kolonialismus, der deutsche Antisemitismus und der der deutsche Antislawismus zum Leid von Millionen Menschen geführt hat.

Die mangelhafte Aufarbeitung dieser Geschichte in der Öffentlichkeit trägt bis heute auch dazu bei, dass sich diese rassistischen und antisemitischen Sichtweisen auf unsere Nachbarn in Polen und Osteuropa bis heute in gleicher Weise wiederfinden lassen.

Arbeiter*innensituation

In diesem Kontext müssen wir als Jugendorganisation, die sich sowohl den Arbeiter*innen als auch dem Kampf gegen Rassismus verschrieben hat, ebenfalls auf die Situation von Arbeiter*innen aus Osteuropa eingehen. Eine große Anzahl von Arbeiter*innen aus Osteuropa ist in Deutschland beschäftigt. Viele dieser Menschen arbeiten in Deutschland für Zeitarbeitsfirmen und werden über diese an verschiedenste Unternehmen vermittelt. Dazu kommen auch noch die Saisonarbeiter*innen, die in der Agrarwirtschaft Deutschlands eine große Rolle spielen. Ohne sie würde in diesen Industrien nichts laufen. Spätestens im Kontext von Corona, den daraus resultierenden Problemen Arbeitskräfte zu finden und besonders den Skandalen um die Fleischverarbeitungsfirma Tönnies im Landkreis Gütersloh wurde besonders deutlich, in was für ausbeuterischen Verhältnissen Saison- und Zeitarbeiter*innen aus Osteuropa und Polen in Deutschland beschäftigt werden. Mangelnder Arbeitsschutz, horrenden Unterbringungen, Arbeitszeiten von 200 Stunden im Monat bei oftmals maximal 1500 Euro Arbeitslohn sind hier oft nur die Spitze des Eisbergs. Viele dieser Menschen berichten davon, dass sie trotz dieser Arbeit noch abhängig sind von Sozialleistungen. Vielleicht sind sie aber auch eher wegen dieser Ausbeutung abhängig von Sozialleistungen. Hier finanziert der Sozialstaat also die Ausbeutung von Arbeiter*innen, um dem Unternehmen seine Profite zu sichern. Diese Arbeiter*innen sind nicht bei den Unternehmen in den sie arbeiten angestellt, sie bekommen meist Arbeitsverträge in sogenannten Sub-Unternehmen und diese haben sogenannte Werkverträge mit den Betrieben in den die Arbeiter*innen dann tätig sind. Diese Arbeitsbedingungen und Beschäftigungsverhältnisse haben starke psychologische und soziale sowie finanzielle Folgen für die Beschäftigten.

Dies sind Zustände die unhaltbar sind. Hier verflechten sich die Ausbeutung von Arbeiter*innen mit der Benachteiligung von osteuropäischen Mitmenschen mit den oben angeführten rassistischen Hintergründen. Mit dem Arbeitsschutzkontrollgesetz wurden den erwähnten Beschäftigungsverhältnissen Einschränkungen auferlegt und es gab tatsächlich signifikante positive Entwicklungen. Hierbei ist es aber abzuwarten ob die Unternehmen tatsächlich einen konstruktiven Weg zusammen mit Arbeiter*innen, Gewerkschaften und Gesetzgeber einschlagen.

Die Osteuropäische Perspektive auf unsere gemeinsame Sicherheitspolitik wahrnehmen.

Mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und die Bedrohung weiterer Nachbarstaaten und EU-Mitglieder durch das Putin-Regime und seiner Propagandist*innen sollte spätestens jetzt vielen Menschen klar werden, dass große Teile der Außenpolitik in Bezug auf Russland ein Fehler waren. Die Dogmen von "Wandel durch Handel" und "Wandel durch Annäherung" waren in ihrer Intention mit dem Ziel einer friedlichen Koexistenz durchaus nicht falsch, aber es ist klar, dass sie kolossal fehlgeschlagen sind, allem voran durch das ständige Aussitzen und Ignorieren der westlichen Regierungen von osteuropäischen Problemen. Diese Fehler müssen wir annehmen und unsere Außenpolitik reflektieren und an die Realität anpassen. Zu dieser Realität gehört neben dieser Irrtümer auch die Akzeptanz dafür, dass deutsche Außenpolitiker*innen in der Vergangenheit von unseren Nachbarländern in Osteuropa oftmals gewarnt worden sind und dass die Realität nicht so rosig aussieht, wie sie manche Leute, die eben jene Dogmen vertreten haben, wahrnehmen wollten. Und dass man schlicht die Sicherheitsinteressen und Warnungen von anderen Nationen in Osteuropa ignoriert, relativiert oder sie mit Vorwürfen abgewiesen hat. Dies

geschah oftmals auch aus ökonomischer Bequemlichkeit, welche sich direktere Nachbarländer zu Russland sich aus ihrer realen Erfahrung nicht leisten konnten und können.

Mit dem krachenden Zusammenbruch der bisherigen Außenpolitik und der angekündigten "Zeitenwende" müssen eben auch diese bisher außer Acht gelassenen Sicherheitsinteressen und Bedürfnisse unserer Partnerländer in Osteuropa in den Vordergrund rücken. So muss zum Beispiel klar gesagt werden, dass die westeuropäische Politik sich auch aus Bequemlichkeit eine kritische und nachlässige Sicht auf die NATO und Interessenskonflikte in Osteuropa nur durch ihre Distanz zum russischen Regime leisten konnte. Während die EU und die NATO für Länder, die in direkter Nachbarschaft eines aggressiven Regimes leben, sich diese Bequemlichkeit nicht leisten können. Die EU und die NATO sind für viele unserer Nachbarländer schlicht eine Lebensversicherung. Dies müssen wir anerkennen und unsere Positionen danach ausrichten, dass wir uns solidarisch zeigen mit unseren Nachbarländern, zumal auch unsere Schwesterparteien in diesen Ländern diese Organisationen deutlich anders bewerten als wir es tun.

Antrag F12: Der Westbalkan ist Europa.

Antragsteller*in:	Jusos Hannover
Sachgebiet:	F - Frieden & Internationales

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 **Beitrittswünsche und enttäuschte Hoffnungen**

2 Der Westbalkan wird in der europäischen Diskussion meist galant ignoriert. Obwohl die
3 Region sowohl historisch als auch politisch für die Europäische Union von besonderer
4 Wichtigkeit ist, wird sie in den Hintergrund geschoben und fand zuletzt wenig
5 Beachtung. **Unser Europa-Begriff ist oft viel zu eng und nimmt vor allem Nord- und**
6 **Westeuropa als Maßstab.** Das gilt es zu überwinden. Wir müssen begreifen, dass die
7 Zukunft der Europäischen Union auch maßgeblich damit zusammenhängt, ob sie bereit
8 ist, sich weiterzuentwickeln und zu erweitern oder ob sie ihren Status quo als
9 weiterhin gesetzt sieht.

10 Montenegro, Albanien, Nordmazedonien, Serbien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo. All
11 diese Staaten des Westbalkan teilen pro-europäische Sichtweisen und streben eine EU-
12 Mitgliedschaft an. Montenegro befindet sich bereits seit 2012 in den
13 Beitrittsverhandlungen, Albanien und Nordmazedonien sollen bald in die Verhandlungen
14 gehen. Im Fall Nordmazedonien blockierte jedoch zuerst Griechenland, dann Bulgarien
15 die Beitrittsverhandlungen. Während Griechenland Verursacher der Namensänderung eines
16 kompletten Landes wurde, verlangte Bulgarien zunächst, dass Nordmazedonien
17 bulgarische Wurzeln in Geschichte und Sprache anerkennen solle.

18 Der Wille, die Staaten beitreten zu lassen, scheint generell bei einigen
19 Mitgliedstaaten wie Frankreich, den Niederlanden oder Dänemark gering. Die offizielle
20 Begründung besteht darin, dass die Europäische Union nicht in der Lage sei, diese
21 Länder erfolgreich in das System zu integrieren, da sie politisch "noch nicht so
22 weit" seien. Dass das Problem eines Beitritts auch mit der innenpolitischen Lage der
23 jeweiligen Mitgliedstaaten einhergehen könnte (wie etwa der zuletzt stattgefundenen
24 Wahlkampf in Frankreich, bei dem Macron nur knapp gegen die rechtsextreme Le Pen die
25 Präsidentschaft gewonnen hatte) wird nicht angeführt. Die Kriterien erscheinen in
26 Teilen willkürlich und können als Hinhaltenaktik verstanden werden, die verheerend
27 ist, denn sie löst bei den betroffenen Ländern und ihrer Bevölkerung Frustration aus
28 und führt zur Erstarkung anti-europäischer, nationalistischer Kräfte.

29 Diese Frustration wird durch den Vergleich mit der Ukraine und der Republik Moldau
30 noch verstärkt. Innerhalb weniger Monate leitete die EU im Angesicht des russischen
31 Angriffskrieges Beitrittsverhandlungen ein. So begrüßenswert die schnelle Reaktion
32 auf diese beiden Anträge ist, so wünschenswert wäre eine ähnliche Einigkeit im Umgang
33 mit den Westbalkan-Ländern. Hier wird offensichtlich mit zweierlei Maß gemessen.

34 Die Europäische Union muss ihre Verantwortung endlich ernst nehmen und darauf achten,
35 nicht weiter ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren. Der Westbalkan ist pro-europäisch und
36 das dürfen wir durch widersinniges Handeln nicht verspielen. Gerade der EU-Beitritt
37 bietet enorme Chancen für Demokratie und Frieden auf dem Westbalkan. Den
38 nationalistischen Tendenzen muss entgegengetreten werden. Es muss ganz klar sein:

39 Europa ist die Antwort.

40 Auch wenn es durchaus Sinn ergibt, den EU-Beitritt der Westbalkanstaaten gemeinsam zu
41 diskutieren, und die Länder einige Gemeinsamkeiten teilen, bringen einzelne Staaten
42 durchaus besondere Herausforderungen mit, die es zu berücksichtigen gilt.

43 **Gefahren für den Frieden auf dem Westbalkan**

44 **Serbien und die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen**

45 Unter den Ländern des Westbalkans, die den Beitritt zur EU anstreben, nimmt Serbien
46 eine besondere Rolle ein. Die offiziell föderativ organisierte Republik Jugoslawien
47 war faktisch serbisch beherrscht. Die Jugoslawienkriege, die den Westbalkan bis heute
48 prägen, führte Serbien mit dem Ziel, die eigene Vorherrschaft durchzusetzen und ganze
49 Bevölkerungsgruppen auszulöschen. Im Zuge dieser Kriege beging serbisches Militär
50 zahlreiche Kriegsverbrechen wie unter anderem den Genozid in Srebrenica, bei dem mehr
51 als 8000 Bosniaken von serbischen Truppen unter Führung des später verurteilten
52 Kriegsverbrechers Ratko Mladić ermordet wurden. Obwohl das UN-
53 Kriegsverbrechertribunal klar nachweisen konnte, dass es sich um systematisch
54 geplante Verbrechen handelte, fehlt es in Serbien immer noch an Aufarbeitung und
55 Schuldeingeständnis. Noch immer werden Kriegsverbrechen geleugnet, relativiert oder
56 sogar gefeiert. Aber nicht nur die Kriege in den 90er-Jahren formen die Konflikte des
57 Westbalkan. Über Jahrzehnte zuvor wurden bestimmte ethnische Gruppen (wie etwa die
58 bosniakische und albanische Bevölkerung) im ehemaligen Jugoslawien systematisch
59 unterdrückt. Dass bis heute kaum bis keine Aufarbeitung der Kriegsverbrechen von
60 serbischer Seite stattgefunden hat und dort somit auch keine Erinnerungskultur
61 vorhanden ist, führt dazu, dass das aktuelle Geschichtsbild massive Auswirkungen auf
62 die aktuelle Politik vor Ort hat. Das betrifft vor allem den Umgang mit den
63 politischen Spannungen in Bosnien und die Beziehungen zu Kosovo. In der
64 nationalistischen Ideologie spielen antimuslimischer Rassismus ebenso wie, noch
65 spezifischer, antialbanischer Rassismus eine große Rolle. Die EU muss sich dafür
66 einsetzen, dass Serbien sich mit diesen Rassismen auseinandersetzen muss. Auch die
67 Anerkennung Kosovos muss Voraussetzung für einen serbischen EU-Beitritt sein. Für
68 eine Heilung der Wunden, die der Krieg auf dem Westbalkan hinterlassen hat, ist
69 beides zwingend erforderlich: eine Anerkennung der bestehenden Staatsgrenzen ebenso
70 wie eine aufrichtige Aufarbeitung der Kriegsverbrechen.

71 Zudem sticht Serbien durch seine engen Beziehungen zu Russland hervor. Russland sieht
72 sich traditionell als Schutzmacht Serbiens und verurteilte daher auch den NATO-
73 Einsatz im Kosovokrieg und auch Serbien pflegt die enge Verbindung zu Russland. Daher
74 lehnte Serbien in der Vergangenheit immer wieder Sanktionen gegen Russland ab, sowohl
75 nach der Annektion der Krim 2014 als auch nach Beginn des russischen Angriffskriegs
76 gegen die Ukraine 2022. Diese Sowohl-als-auch-Politik, die eine enge Westanbindung
77 einerseits sucht, andererseits jede Kritik am Kreml vermeidet, kann angesichts des
78 russischen Imperialismus nicht funktionieren. Im Rahmen eines EU-Beitritts muss die
79 serbische Regierung außenpolitische Klarheit schaffen und die russischen Aggressionen
80 unmissverständlich verurteilen.

81 Bei aller Kritik am Kurs der serbischen Regierung muss aber, auch im Vergleich zur
82 selbsternannten Schutzmacht Russland, gesehen werden, dass sich das Land verändert.

83 So wird in Serbien z.B. seit längerem eine Debatte über eingetragene,
84 gleichgeschlechtliche Partner*innenschaften geführt. Noch immer sind Homo- und
85 Queerfeindlichkeit extrem präsent und werden zur Mobilisierung bei Wahlen genutzt,
86 doch lässt sich immerhin eine gesellschaftliche Debatte beobachten, die - zusammen
87 mit Druck durch die EU und auch den Europarat - Fortschritte ermöglicht. In
88 Verhandlungen für einen EU-Beitritt müssen daher gerade diese positiven Tendenzen
89 aufgegriffen und verstärkt werden. Aus Debatten und liberaler Rhetorik müssen dann
90 Gesetze werden.

91 **Nationalistische Spaltung in Bosnien und Herzegowina**

92 Anfang des Jahres 2022 droht Milorad Dodik, serbisches Mitglied des bosnischen
93 Staatspräsidiums, mit der Abspaltung der Republik Srpska von Bosnien und Herzegowina.
94 Die Rhetorik und nationalistische Gesinnung ist keine Neuigkeit, bezogen auf die
95 Gesamtsituation Bosniens zu dem Zeitpunkt, ist die Drohung jedoch beunruhigend.
96 Politiker*innen der Republik Srpska blockierten staatliche Institutionen. Auslöser
97 war der Wille des ehemaligen Hohen Repräsentanten, Valentin Inzko, die Leugnung von
98 Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter Strafe zu
99 stellen, was Dodik ablehnte. Seitdem werden die Äußerungen und Handlungen immer
100 extremer. Die Kriegsbedrohung nimmt zu. **Serbischer Nationalismus ist auch weiterhin**
101 **ein zu überwindendes Problem.**

102 Im Juli 2022 wollte der Hohe Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, der CSU-
103 Politiker Christian Schmidt, eine Reform des Wahlgesetzes per Vollmacht durchsetzen.
104 Die Empörung war groß, denn es ging vor allem um die Einführung einer 3-Prozent-
105 Hürde. Der Widerspruch war inhaltlich, weil Schmidts Vorschlag identisch mit den
106 Forderungen der nationalistisch-kroatischen Partei HDZ war. Er richtete sich aber
107 auch gegen die Tatsache, dass Schmidt seine Vollmachten nutzen wollte, um eine
108 folgenschwere Wahlgesetzänderung über die Köpfe der Betroffenen hinweg und noch dazu
109 kurz vor den Parlamentswahlen durchsetzen wollte. Gegen diesen westeuropäischen
110 Paternalismus regten sich Massenproteste. **Einmal mehr zeigt das Verhalten des Hohen**
111 **Repräsentanten, dass wir von Politik auf Augenhöhe mit dem Westbalkan noch weit**
112 **entfernt sind.**

113 **Friedensprojekt Europa**

114 In der Auseinandersetzung mit den Westbalkanländern geht es immer wieder um
115 Nationalismus und daraus erwachsende, potentiell gewalttätige Konflikte. Die EU-
116 Integration des Westbalkans bietet eine enorme Chance, um Frieden zu sichern. Immer
117 wieder wird die EU als Friedensprojekt bezeichnet, meist auf die westeuropäischen
118 Gründungsstaaten bezogen. Grenzen verlieren an Relevanz, Grenzstreitigkeiten dadurch
119 auch. In diesem Kontext wird oft darauf verwiesen, dass Europa seit dem Zweiten
120 Weltkrieg eine unvergleichlich lange Friedensperiode erlebt habe. Die Kriege auf dem
121 Westbalkan geraten dabei in Vergessenheit. Umso wichtiger ist die europäische
122 Perspektive als Friedensperspektive: Der Frieden auf dem Westbalkan ist durch
123 Nationalismus und damit auch einhergehende Grenzstreitigkeiten nach wie vor latent
124 gefährdet. Durch den EU-Beitritt würden umstrittene Grenzen zunehmend unsichtbar
125 werden und die Frage, auf welcher Seite der Grenze ein Mensch lebt, an Relevanz
126 verlieren. Daran sollten die EU-Mitgliedstaaten als unmittelbare Nachbarn ein großes

127 Interesse haben. Da Albanien, Montenegro und Nordmazedonien NATO-Mitglieder sind,
128 gibt es schon jetzt eine enge sicherheitspolitische Verbindung zum Westbalkan. Nicht
129 zuletzt versucht auch China seinen Einfluss in den Westbalkanländern auszubauen. Je
130 größer die Frustration über den langsamen EU-Beitrittsprozess, desto größer die
131 Chancen für Player wie China, hier neue Verbündete zu gewinnen und desto geringer die
132 Chancen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. **Im Umgang mit den Staaten des**
133 **Westbalkans kann die EU beweisen, dass sie ein Friedensprojekt ist und kann**
134 **entscheidend zum Frieden in Europa beitragen.** Wenn wir auf lange Sicht Frieden in
135 Europa schaffen wollen, ist die EU-Erweiterung ein Muss.

136 **Kriterien für einen EU-Betritt und klare Perspektiven**

137 Die formende, normative Kraft geht von der europäischen Integration aus. Dabei dürfen
138 grundlegende Voraussetzungen wie etwa die Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der
139 Menschenrechte natürlich nicht über Bord geworfen werden. Der Schutz ethnischer,
140 religiöser und sexueller Minderheiten muss grundsätzlich gewährleistet sein. Die
141 Kopenhagener Kriterien sind keine Verhandlungsmasse. Die Verhandlungen müssen jedoch
142 auf Augenhöhe und nicht von oben herab stattfinden. Wir müssen unseren Nachbarn mit
143 Respekt begegnen. Die nationalen Interessen einzelner Mitgliedstaaten müssen gegen
144 das allgemein gültige Interesse der Europäischen Union zurückstecken. Europa geht nur
145 zusammen.

146 Auch wenn es auf dem Westbalkan an vielen Stellen noch einiges zu tun gibt, muss die
147 EU-Beitrittsperspektive in Sicht sein. Die Staaten trotz ihrer Fortschritte
148 hinzuhalten, die nächsten Integrationsschritte zu verwehren und weiter zu vertrösten,
149 ist keine Option. Die Republik Kosovo wartet beispielsweise bereits seit Jahren auf
150 ihre Visa-Liberalisierung, die ihnen als einziges in der Region verwehrt bleibt. Von
151 einem solchen Vorgehen profitieren nur korrupte Eliten und nicht-europäische Kräfte
152 wie Russland, China und die Vereinigten Arabischen Emirate. Die pro-europäischen
153 Kräfte in den Ländern müssen unterstützt werden. Die europäischen Hilfsprogramme
154 waren und sind wichtig, auf lange Sicht werden finanzielle Stützen allein jedoch
155 nicht reichen. Die demokratischen Strukturen in der Gesellschaft dürfen nicht dadurch
156 ermüden, dass die Beitrittsperspektive aus Willkür heraus in immer weitere Ferne
157 rückt. Die Sicherung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erfolgt nicht dadurch,
158 dass Perspektiven genommen werden. Im Gegenteil: Realistische Perspektiven geben
159 reformorientierten Kräften Rückenwind. Dazu braucht es auch konkrete
160 Zwischenschritte. Im Falle Kosovos ist das z.B. die ausstehende Visa-Liberalisierung.

161 Für die Staaten des Westbalkan muss jedoch klar sein, dass bestimmte Kriterien für
162 ihren Beitritt nicht verhandelbar sind. So gilt insbesondere, dass es wie bereits
163 erwähnt keinerlei Grenzverschiebungen geben wird. Einen Beitritt gibt es nur mit den
164 bestehenden Grenzen. Die genannten Staaten sind als souverän anzuerkennen, andere
165 Bestrebungen werden auf das schärfste kritisiert und sanktioniert. Das gilt mit
166 besonderem Blick auf die nationalistische Abspaltungstendenzen der Republik Srpska in
167 Bosnien und Herzegowina und auf das Kosovo, das unter anderem von seinem Nachbarn
168 Serbien noch immer nicht als unabhängig anerkannt wird.

169 Angesichts der großen Reformanstrengungen, die den Westbalkanländern zum Teil noch
170 bevorstehen, um die Kriterien für einen EU-Beitritt zu erfüllen, muss die EU auch
171 einen Stufenplan zur Mitgliedschaft in Erwägung ziehen. Dadurch kann sichergestellt

172 werden, dass partielle Reformenerfolge bereits mit einer spürbaren Annäherung an die EU
173 anerkannt werden und so die Beitrittsperspektive trotz langwieriger Prozesse
174 glaubwürdig bleibt. Ein solcher Stufenplan ist weitaus zielführender als bspw. das
175 Projekt "Mini-Schengen", dem sich insbesondere die serbische Regierung verschrieben
176 hat. Das Ziel dieses Projekts ist eine Art eigener Schengen-Raum für den Westbalkan.
177 Auf große Vorbehalte trifft Mini-Schengen unter anderem deshalb, weil Staaten wie
178 Kosovo oder Bosnien-Herzegowina eine serbische Dominanz befürchten. Und auch eine
179 wirkliche Zollunion, beschränkt auf den Westbalkan, ist unwahrscheinlich, weil die
180 einzelnen Staaten ganz unterschiedliche Zollltarife mit Drittstaaten haben. Statt
181 weiterer Regionalverbände braucht es mehr Europa auf dem Balkan! Der EU-Beitritt darf
182 nicht in undefinierbarer Ferne liegen, sondern muss mit konkreten Zwischenschritten
183 verbunden sein! Denn nur mit einer realistischen und spürbaren Beitrittsperspektive
184 werden die Reformbemühungen bleiben und befeuert.

185 **EU-Reformen jetzt!**

186 Neben den bereits erwähnten vorgeschobenen Gründen, um den EU-Beitritt der
187 Westbalkanländer hinauszuzögern, ist auch der Reformbedarf der EU selbst eines der
188 Argumente, das regelmäßig genannt wird: Mit noch mehr Mitgliedstaaten werde es zu
189 schwierig, Entscheidungen in der EU zu treffen. Dabei besteht dieses Problem schon
190 jetzt, wie nicht zuletzt die Blockade einzelner Staaten in der Frage der EU-
191 Erweiterung zeigt. Statt strukturelle Probleme der EU als Vorwand zu nutzen, um den
192 Beitritt der Westbalkanländer zu blockieren, sollten die dringend notwendigen
193 Reformen vorangetrieben werden! Dazu gehört, dass Einstimmigkeitsprinzip endlich in
194 allen Politikbereichen durch Mehrheitsentscheidungen zu ersetzen. Nationale
195 Interessen müssen hinter dem allgemeinen Interesse der Europäischen Union
196 zurückgestellt werden. Auch mit Blick auf die Rechtsstaatlichkeit muss sich in der EU
197 etwas bewegen. Nicht nur bei Aufnahme neuer Mitglieder sollte die Rechtsstaatlichkeit
198 hochgehalten werden. Auch gegenüber den Mitgliedstaaten müssen rechtsstaatliche
199 Prinzipien durchgesetzt werden. Dem Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in
200 EU-Staaten wie Ungarn und Polen muss insbesondere die EU-Kommission entschlossen
201 entgegenzutreten. Dazu zählt auch die konsequente Anwendung des seit 2021 in Kraft
202 gesetzten Rechtsstaatsmechanismus. Der zögerliche Umgang von Kommissionspräsidentin
203 von der Leyen mit der polnischen und ungarischen Regierung untergräbt die
204 Glaubwürdigkeit der EU. Es reicht nicht, gegenüber neuen Mitgliedern auf die
205 Erfüllung der Kopenhagener Kriterien zu bestehen. Diese Standards müssen auch
206 innerhalb der EU endlich durchgesetzt werden! Die strukturellen Schwächen der EU
207 dürfen nicht als Ausrede genutzt werden, um die Westbalkanländer herauszuhalten.

208 **Was ist Europa?**

209 Seit Beginn des Angriffskrieges in der Ukraine am 24. Februar 2022 rückt die
210 Westbalkanregion wieder vermehrt in den Fokus der europäischen Diskussion. Seit
211 Jahren ist klar, dass der Frieden auf dem Westbalkan zerbrechlich ist. Mit der
212 aktuellen Situation verschärft sich die Lage. Dabei hat sich auch gezeigt, wie
213 eingeschränkt die Vorstellung von Europa oft war und immer noch ist. Der Westbalkan
214 spielte darin meist keine Rolle - so zum Beispiel in der populären Vorstellung, in
215 Europa habe seit dem Zweiten Weltkrieg durchgängig Frieden geherrscht, was mit Blick

216 auf die 90er-Jahre schlicht falsch ist. Im Westen Europas fehlt die Sensibilisierung
217 für die gesamteuropäische Geschichte. Umso wichtiger ist es deshalb, dass wir nicht
218 nur die EU erweitern, sondern auch unsere Vorstellung von Europa.

219 Wir als Jusos müssen dafür Sorge tragen, dass die Diskussionen um die baldige EU-
220 Erweiterung nicht abebben und wieder in Vergessenheit geraten. Die europäische
221 Zukunft hängt maßgeblich von der Situation auf dem Westbalkan ab. **Stillstand in der**
222 **Debatte ist keine Option – die Staaten des Westbalkan gehören in die Europäische**
223 **Union!**

Antrag F13: Sport ist politisch!

Antragsteller*in:	Jusos Hannover
Sachgebiet:	F - Frieden & Internationales

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Erst die Olympischen Sommerspiele 2008 in Peking, dann die Olympischen Winterspiele
2 2022 in Peking und jetzt im Winter 2022 die Fußballweltmeisterschaft in Katar. Dass
3 große Sportereignisse aller Art immer wieder in Ländern mit einer autoritären
4 Regierung stattfinden, gehört mittlerweile zum Alltag im Sportgeschäft. So verbreitet
5 sich der Eindruck, dass es den großen Sportverbänden egal ist, ob sie ihre
6 Wettbewerbe in Ländern mit Menschenrechtsverletzungen durchführen. Doch die Debatte
7 darüber, wie wir als Gesellschaft auf solche Sportereignisse reagieren sollen,
8 entfacht immer wieder aufs Neue.
- 9 Sollen wir die Wettbewerbe nicht im Fernsehen verfolgen? Müssen Sportler*innen ihre
10 Teilnahme an den Wettbewerben verweigern? Soll die Politik eingreifen?
- 11 Beispielsweise ist die Ausbeutung von Arbeitsmigrant*innen bei der
12 Fußballweltmeisterschaft in Katar 2022 ein großes Thema. Den Arbeiter*innen wird bei
13 Arbeitsausfall das Einkommen gestrichen, Urlaub und freie Tage werden ihnen
14 vorenthalten und sie müssen mehr als 80 Stunden die Woche arbeiten. Doch als wäre das
15 nicht schon genug, sind zur Vorbereitung auf die Fußballweltmeisterschaft in Katar
16 bereits jetzt 15.000 Arbeitsmigrant*innen aufgrund der unmenschlichen
17 Arbeitsbedingungen und der schlechten Versorgung gestorben. All das sind keine
18 Einzelfälle. Immer wieder dringen Hinweise auf Menschenrechtsverletzungen bei großen
19 Sportereignissen in Autokratien an die Öffentlichkeit.
- 20 Wir Jusos sind klar in unserer Haltung, dass Ausbeutung, Sklaverei und weitere Formen
21 von Menschenrechtsverletzungen mit allen Mitteln verhindert werden müssen und dafür
22 die Gesellschaft, die Politik und die Sportler*innen an einem Strang ziehen müssen.
- 23 Denn Sportler*innen sind in unserer Gesellschaft Vorbilder. Viele verschiedene
24 Menschen schauen zu ihnen hoch und orientieren sich an ihren Handlungen und Aussagen.
25 Damit erreichen sie auch nicht politisierte Menschen. Daher tragen sie eine
26 Mitverantwortung dafür, wie wir mit den Wettbewerben in den Autokratien umgehen. Sie
27 stehen zwar nicht in der Hauptverantwortung, allerdings dürfen sie sich nicht weg
28 ducken, sondern müssen klare Haltung beziehen.
- 29 Daher fordern wir:
- 30 • Dass Sportverbände, wie das Internationale Olympische Komitee (IOC), FIFA oder
31 das Internationale Paralympische Komitee (IPC) klare Haltung gegen Autokratien
32 zeigen. In den zukünftigen Auswahlprozessen für die Gastgeberländer muss durch
33 unabhängige Expert*innen geprüft werden, ob in den Bewerbungsländern
34 Menschenrechtsverletzungen Sollte dies der Fall sein, müssen die Länder umgehend
35 aus dem Auswahlverfahren ausgeschlossen werden.
 - 36 • Die bereits jetzt vergebenen Wettbewerbe in Autokratien sollen bedingungslos
37 abgesagt werden.
 - 38 • Seriöse und unabhängige Berichterstattung muss von den Dachorganisationen bei

- 39 den Veranstaltungen vor Ort uneingeschränkt gewährleistet werden.
- 40 • Sportler*innen sollen die Wettbewerbe in Autokratien boykottieren. Der Staat
41 soll sie dabei unterstützen, wenn sie aufgrund der nicht Teilnahme, in
42 finanzielle Not kommen. Dies soll durch Fördertöpfe geschehen, die von den
43 betroffenen Sportler*innen abgerufen werden können.
- 44 • Solange Wettbewerbe noch in Autokratien stattfinden, sollen Politiker*innen
45 diese konsequent boykottieren und so mit ihrer Abwesenheit verhindern, dass
46 Menschenrechtsverletzungen legitimiert werden.
- 47

Antrag F14: 100 Milliarden – nicht mit uns!

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Sachgebiet:	F - Frieden & Internationales

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Einleitung

2 Vor drei Monaten verkündete der Bundeskanzler Olaf Scholz eine Zeitwende im
3 Bundestag. Die russische Invasion in der Ukraine war der Anlass, die deutsche
4 Verteidigungs- und Militärpolitik in einer Regierungsbegründung neu aufzustellen. Zur
5 Überraschung vieler, nicht nur für Scholz' Regierungskolleg*innen.

6 Das Ampel-Kabinettt legte am 14. April einen Haushaltsentwurf vor, der im Artikel 87a
7 des Grundgesetzes folgenden Absatz einfügen möchte:

8 *„Zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit kann der Bund ein
9 Sondervermögen mit eigener Kreditermächtigung in Höhe von einmalig bis zu 100
10 Milliarden Euro errichten. Auf die Kreditermächtigung sind Artikel 109 Absatz 3 und
11 Artikel 115 Absatz 2 nicht anzuwenden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“*

12 Ein einmaliges Sondervermögen für die Bundeswehr soll mit einer Zweidrittelmehrheit
13 durch den Bundestag an der Schuldenbremse vorbei in das Grundgesetz geschrieben
14 werden. Eine einmalige Ausgabe mit Verfassungsrang – eine Neuheit im politischen
15 System Deutschlands.

16 Eine Neuheit, die wir auf das entschiedenste ablehnen!

17 Die NATO ist bereits hochgerüstet

18 Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine ist nicht die erste völkerrechtswidrige
19 Handlung Russlands. Nach der Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim beschloss die
20 NATO auf ihrem Gipfeltreffen in Wales 2014 ein Anhalten der sinkenden
21 Rüstungsausgaben in den Staaten des Nordatlantikbündnisses. Das Zwei-Prozent-Ziel
22 wurde erneuert mit der Zielsetzung, bis 2024 in alle Staaten des Nordatlantikpaktes
23 mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für militärische Zwecke
24 bereitzustellen.

25 Seit diesem Beschluss steigen die Militärausgaben in Deutschland stetig an. Im Jahr
26 2014 wurden 44,7 Milliarden Euro verbucht, 1,53% des Bruttoinlandsprodukts
27 Deutschlands im selben Jahr. Vorheriges Jahr wurden bereits 56 Milliarden Euro
28 verbucht, 1,57% des Bruttoinlandsprodukts Deutschlands. Eine Erfüllung des 2%-Zieles
29 im Jahr 2021 hätten Mehrausgaben in Höhe von 15,41 Milliarden Euro erfordert, um den
30 Verteidigungshaushalt auf 71,41 Milliarden zu erhöhen. Deutschland hat also bisher
31 keine Tendenzen gezeigt, dass 2%-Ziel ab dem Jahr 2024 einhalten zu können. Die
32 angekündigten Investitionen würden dazu führen, dass dieses Ziel sogar noch
33 übertroffen wird.

34 Diese Rechnung zeigt ebenfalls die Absurdität des 2%-Zieles der NATO. Mit jedem Jahr,
35 in dem es Wirtschaftswachstum gibt, müssen die Militärausgaben ebenfalls ohne
36 Bedarfsprüfung erhöht werden. Seit 1991 gab es lediglich zwei Jahre, in denen das BIP
37 gesunken ist: 2009 und 2020. Alle anderen Jahre hätten es erfordert, mehr Geld in die
38 Bundeswehr zu investieren – unabhängig von der Sicherheitslage und Ausstattung.

39 Die NATO ist bereits heute das mächtigste Militärbündnis der Welt. Das Vereinigte
40 Königreich hat im Jahr 2021 allein höhere Militärausgaben als Russland gehabt, die
41 NATO verfügt zusammen über mehr Kernwaffen als die Russische Föderation. Auch vor den
42 neuen Aufrüstungen war klar: der NATO ist keine militärische Macht auf der Welt
43 gewachsen.

44 Aus dieser Situation ziehen wir folgende Schlüsse:

- 45 • Das 2%-Ziel der NATO soll weiterhin nicht eingehalten , sondern viel mehr
46 abgeschafft werden,
- 47 • Verteidigungsausgaben müssen bedarfsgerecht ermittelt werden, wobei der Bedarf
48 lediglich die Landesverteidigung und einen Schwerpunkt auf humanitäre
49 Unterstützung setzt, die Einhaltung von Bündnisverpflichtungen (wie diese
50 aussehen könnten wird im Solidarprojekt Ukraine definiert)
- 51 • Wir unterstützen keinerlei Grundgesetzänderungen, die ein 100-Milliarden-
52 Sondervermögen oder anderweitige Festschreibungen von Militärausgaben umfassen
53 sollen.

54 Wir fordern die Bayrischen SPD Bundestagsabgeordneten, insbesondere diejenigen im
55 Jusos-Alter auf, das Sondervermögen abzulehnen.

56 **Wer profitiert vom Krieg?**

57 Die kurze Antwort lautet: niemand, für den wir einstehen wollen. Krieg verwirklicht
58 die Visionen nationalistischer, völkischer und autoritärer Kräfte. Krieg hilft
59 einigen wenigen Superreichen und denen, die Waffen und Rüstung für Profit herstellen.
60 Innerhalb von zwei Wochen nach Kriegsbeginn sind die Aktienkurse von Rheinmetall
61 stark angestiegen – bevor es konkrete Zusagen gab, profitierten bereits die
62 Investor*innen der deutschen Rüstungskonzerne vom Krieg in der Ukraine.

63 Wir jedoch wollen uns solidarisch mit denjenigen zeigen, die gegen einen
64 völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Widerstand leisten. Das gelingt nicht mit einem
65 blinden Hochschrauben der Rüstungsausgaben in Deutschland, sondern mit einem
66 entschlossenen Reagieren durch die westlichen Bündnisse und einer Prävention
67 zukünftiger Invasionen Russlands.

68 Wir erneuern daher unsere Forderung mit Nachdruck:

- 69 • Die Verstaatlichung aller Rüstungsindustrie muss erfolgen.
- 70 • Rüstungskonzerne sind vom Aktienmarkt zu nehmen.
- 71 • Herstellung, Auslieferung und den Export von Rüstungen muss strenger
72 parlamentarischer Kontrolle und absoluter Transparenz unterliegen.
- 73 • Mit Waffen darf kein Profit gemacht werden!

74 **Die Bundeswehr ist dysfunktional**

75 Die Union hat im letzten Jahrzehnt das Verteidigungsministerium zur Bewährungsprobe
76 für Mächtgern-Kanzler*innen umgebaut. Die Misswirtschaft der Bundeswehr wird durch
77 ein Beschaffungswesen verdeutlicht: Waffensysteme ohne Ersatzteile, zu wenig Munition,
78 Geräte, die lediglich in Deutschland funktionieren und das Annehmen von defektem
79 Gerät von Hersteller*innen ohne Bedenken. Teure Kasernen und Immobilien reihen sich
80 ein in komplizierte, bürokratische Vorgänge, unklare Zuständigkeiten sowie niemandem,
81 die*der Verantwortung für begangene Fehler übernehmen möchte. Im Vergleich zu vielen

82 anderen europäischen Militärs zeigt sich die Ineffizienz der Bundeswehr. Am Beispiel
83 Frankreich wird deutlich: Deutschland gibt in mehr Geld im Jahr für sein Militär aus
84 als Frankreich, jedoch unterhält Frankreich mit weniger Mitteln komplexere
85 Waffensysteme und führt mehr militärische Interventionen im Ausland durch als
86 Deutschland. Die französische Militär- und Außenpolitik ist *keineswegs* ein Vorbild
87 für einen sozialistischen Verband. Der Vergleich der Ausgaben beider Militärs zeigt
88 jedoch, wie ineffizient die Bundeswehr wirtschaftet. Jeder Euro mehr, der in
89 Deutschland für den Verteidigungshaushalt verbucht wird, bevor es zu tiefgreifenden
90 Umstrukturierungen gekommen ist, führt vor allem zu unverhältnismäßiger
91 Geldverschwendung.

92 Hinzu kommt, dass der Bundeswehretat seit 2015 stetig ansteigt. Das legt offen:
93 sieben Jahre mehr Geld für die Bundeswehr haben keine Trendwende bei den Skandalen
94 der Bundeswehr gebracht. Auch muss hervorgehoben werden, dass das Sondervermögen der
95 100 Milliarden Euro an *keinen* Wirtschaftsplan gebunden ist. Essentielle Fragen
96 bleiben damit unbeachtet: Welche Kosten fallen an? Wofür soll das Geld in den
97 nächsten Jahren ausgegeben werden? Braucht es 100 Milliarden, oder würden bei einer
98 besseren Organisation auch geringere Beträge zum selben Ziel führen? Angesichts der
99 gigantischen Investition ist es unverantwortlich, als Bundesregierung die Frage nach
100 dem „wofür“ gänzlich offen zu lassen. Sehenden Auges wird auf eine Versenkung von
101 Milliardenkrediten in ein schwarzes Loch hingearbeitet. Das können wir nicht
102 mitverantworten.

103 Zu allem Überfluss haben Unions- und AfD-Politiker*innen nun eine Debatte um die
104 Wiedereinsetzung der Wehrpflicht gestartet. Das Verpflichten junger Menschen an der
105 Waffe bringt weder der Ukraine noch Deutschland, mehr Sicherheit. Es steht im
106 direkten Widerspruch zu unseren sozialistischen, antimilitaristischen Werten.

107 In der Debatte fallen zudem die neo-nazistischen Vernetzungen innerhalb der
108 Bundeswehr oft hinten runter. Seit Bestehen der westdeutschen Streitkraft war sie zu
109 Beginn Zufluchtsort für Alt-Nationalsozialisten und heute ein sicherer Ort für die
110 neue Rechte. Die Bundeswehr muss frei von neo-nazistischer Ideologie sein, rechte
111 Netzwerke müssen zerschlagen werden – oder die Armee selbst ist eine Gefahr für die
112 Sicherheit im Land.

113 Daher fordern wir:

- 114 • Ein Einstellen der Verschwendung von Milliarden staatlicher Mittel durch die
115 Bundeswehr durch,
- 116 • Umfassende Transparenz bei den Wehrausgaben und eine Aufklärung der
117 verschwenderischen Politik durch die Unionsminister*innen durch parlamentarische
118 und externe Kontrolle,
- 119 • Eine endgültige Abschaffung der Wehrpflicht,
- 120 • Eine entschlossene Kampagne gegen neo-nazistische Strukturen und Netzwerke
121 innerhalb der Bundeswehr.

122

123

124

125

126

127 **Wofür wir das Geld tatsächlich brauchen**

128 Für uns Jusos war schon immer klar: die Schuldenbremse muss fallen! Aber doch nicht
129 so, nicht außerhalb der Kontrolle des Parlamentes, der Demokratie. Die Aufnahme einer
130 einzelnen Ausnahme für überdimensionierte Militärausgaben schürt zukünftige Konflikte
131 mit Ausgaben in anderen, wichtigen Handlungsfeldern. Die Sparpolitik der letzten
132 Jahrzehnte hat zu einem enormen Investitionsstau in praktisch allen Gebieten geführt.
133 Wir möchten den Fall der Schuldenbremse zur Bekämpfung des Klimawandels, zur
134 Einleitung des sozio-ökologischen Umbaus unserer Gesellschaften und zur Schaffung
135 internationaler Solidarität auf Grundlage von Kooperation und globalem Ausgleich von
136 Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten. Wir möchten nicht länger Handlungsfelder
137 gegeneinander ausspielen, sondern die oberste Maxime der Geldpolitik in die Tat
138 umsetzen: „Alles, was wir tatsächlich tun können, können wir uns leisten“.

139 Wir fordern daher, folgendes umsetzen:

- 140 • Das Ende der Schuldenbremse,
- 141 • Enorme Investitionen in den Kampf gegen den Klimawandel, damit sichergestellt
142 wird, dass auch uns nachfolgende Generationen auf dem Planeten Erde leben
143 können,
- 144 • Eine Ertüchtigung des Gesundheitswesens, insbesondere mit Blick auf die Folgen
145 der Covid19-Pandemie,
- 146 • Massenhafte Investitionen in das Bildungswesen,
- 147 • Modernisierung aller öffentlicher Infrastruktur, insbesondere zur
148 Digitalisierung in allen Staats- und Gesellschaftsbereichen, des öffentlichen
149 Nahverkehrs, öffentlicher Räume und Bauwerke,
- 150 • Der Bekämpfung von Kinderarmut, Arbeitslosigkeit und anderen sozialen Notlagen,
- 151 • Und vielen weiteren bisher vernachlässigten Handlungsfeldern.

152 **Solidarität mit der Ukraine – nicht mit der Rüstungsindustrie**

153 „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“ ist heute so falsch, wie es damals war.
154 In diesem Antrag machen wir klar, dass wir die Investition von 100 Milliarden in die
155 Bundeswehr für falsch erachten. Der Auftrag der Bundeswehr ist die Verteidigung und
156 humanitäre Hilfe – das steht im Kontrast zur Entwicklung der NATO seit den 1990er
157 Jahren. Doch diese Entwicklungen stehen auch den Invasionen Russlands in
158 Tschetschenien, Moldawien, Georgien und zuletzt in die Ukraine. Sie stehen ebenfalls
159 dem Bedürfnis vieler europäischer Gesellschaften entgegen, sich zum Schutz vor
160 weiteren Aggressionen durch Russland der NATO anzuschließen.

161 Wir erneuern unsere Solidaritätserklärung an diejenigen, die in diesen Tagen in der
162 Ukraine Widerstand gegen Krieg, Gewalt und Kriegsverbrechen leisten. Wir müssen
163 jedoch auch anerkennen, dass wir heute nicht die Antworten auf Putins Angriffskrieg
164 haben, die wir gerne geben wollen.

165 Um die Wichtigkeit der Solidarität mit von Krieg und Verfolgung betroffenen zu
166 unterstreichen, sowie zur Neubewertung unserer internationalen Solidaritätspolitik
167 setzen wir daher mit unserem Arbeitsprogramm das „**Solidaritätsprojekt Ukraine**“ ein,
168 das von der Themenwerkstatt Internationales organisiert werden soll und sich unter
169 anderem folgender Fragen widmen soll:

- 170 • Die Frage nach Waffenexporten, insbesondere in Krisengebiete,
 - 171 • Rolle der Bundeswehr in der Welt,
 - 172 • Militärische Bündnisfragen,
 - 173 • Demokratische Kontrolle & Transparenz in der Bundeswehr,
 - 174 • Europäische Armee,
 - 175 • Atomare Abrüstung.
- 176 Das Solidaritätsprojekt soll zur nächsten Landeskonzferenz einen Bericht der aktuellen
177 Diskussion vorlegen und einen Grundsatzantrag zur Debatte und zum Beschluss auf einer
178 Landeskonzferenz vorlegen.

Antrag F15: Wiederherstellung der Vollmitgliedschaft der SPD in der Sozialistischen Internationalen

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Sachgebiet:	F - Frieden & Internationales

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Wir fordern, dass die SPD wieder Vollmitglied in der Sozialistischen Internationale
2 wird.

3 Im Zuge dessen soll der Zusammenschluss reformiert werden. Die SPD soll sich dafür
4 einsetzen im Rahmen des eigenen Wiedereintritts und den Reformen die
5 Wiedereintrittsprozesse anderer Parteien voranzutreiben.

6 Unser Reformprogramm für die SI muss mindestens folgende Teile beinhalten:

- 7 • Demokratisierung der SI-Strukturen, sowie der Strukturen der jeweiligen
8 Mitglieder. Das bedeutet konkret:
- 9 • Orientierung an grass roots Bewegungen und Schaffung einer Mitgliederbasis für
10 die SI. Das bedeutet:
- 11 • Die SI muss zu einem Motor für inhaltlich erstklassige Arbeit werden, dies kann
12 beispielsweise durch eine Orientierung an den grass roots Strukturen der IUSY
13 erfolgen:
- 14 • Die Progressive Allianz soll nicht abgeschafft werden, sondern Schritt für
15 Schritt überflüssig gemacht werden. Die SPD soll in beiden Verbänden eine klare
16 internationalistische, demoLändkratische und sozialistische Haltung einnehmen.
- 17 • Die IUSY muss das Anrecht auf mindestens eine Vertretung im engeren Vorstand der
18 SI bekommen, sollte ein Wiedereintritt erfolgen

19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36

37

38

39

40

41

42

43 Es ist zu beachten, dass diese Reformen nur ein Teil eines weiterführenden Prozesses
44 zur Neuausrichtung der SI sein können um die internationale sozialistische Bewegung
45 wieder von Grund auf zu fördern.

Begründung

Die Sozialistische Internationale (SI) und ihre Jugendorganisation, die International Union of Socialist Youth, leisteten und leisten einen großen Beitrag in der Vernetzung und der Zusammenarbeit Sozialistischer und Sozialdemokratischer Parteien in aller Welt, aber auch in der Hilfe und Unterstützung beim Aufbau von Schwesterparteien vor allem in der so genannten dritten Welt. Vor allem während der Präsidentschaft Willy Brandts wurde es erklärtes Ziel die Antikolonialen Befreiungsbewegungen in die SI zu integrieren und auf diesem Wege sie auf einen demokratischen Kurs zu führen.

2011 dann kam es zum Zerwürfnis zwischen der SI und vielen europäischen Mitgliedsparteien aufgrund des erst nach dem Beginn des Arabischen Frühlings erfolgten Ausschlusses der RCD aus Tunesien und der NDP aus Ägypten.

Es wurde offensichtlich, dass die SI reformiert werden müsste, doch viele Europäische Mitgliedsparteien, allen voran die SPD, wollten lieber eine neue Organisation zusammen mit liberalen Parteien gründen. So kam es zur Gründung der Progressiven Allianz.

Die SPD, mitgliedsstärkste Partei und höchster Beitragszahler der SI, hätte zusammen mit den anderen Europäischen Parteien die SI reformieren können und so die wichtige Arbeit vor allem der Jugendorganisation weiter voran treiben können, entschieden sich aber lieber für die Aufspaltung zugunsten liberaler Parteien. Ein Fehler, den wir hoffen rückgängig machen zu können.

Antrag F16: Aus der Ukraine lernen: Klare Haltung gegenüber unseren demokratischen Freund*innen in Taiwan

Antragsteller*in:	Jusos Hamburg
Sachgebiet:	F - Frieden & Internationales

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Bundespartei werden aufgefordert,
- 2 1. sich dafür einzusetzen, den Kontakt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und
- 3 Taiwan zu verstärken.
- 4 2. sich dafür einzusetzen, innerhalb der europäischen Union für eine Aufnahme
- 5 verstärkter Beziehungen mit Taiwan zu werben.
- 6 3. sich dafür einzusetzen, auch als Partei stärkere Beziehungen zu den
- 7 demokratischen Parteien Taiwans aufzubauen u.a. im Rahmen regelmäßiger
- 8 Austauschformate.

Begründung

Angriffskrieg der russischen Administration auf die Ukraine überrascht. Auf diesen Angriff hat die Europäische Union zwar mit entschiedenen Sanktionen reagiert, allerdings wurde in dieser Härte erst sehr spät reagiert, da der eigentliche Beginn des Krieges mit der Annexion der Krim im Jahr 2014 liegt. Deutschland und viele seiner europäischen Partner*innen haben die politischen Ziele und die Verschärfung des Kurses Wladimir Putins zu spät erkannt. So lässt sich seit über 15 Jahren eine immer stärkere Einschränkung der Presse- und Versammlungsfreiheit, ein Verbot von zivilgesellschaftlichen Organisationen und einen immer stärkeren autoritären bis diktatorischen Personenkult um ihn herum feststellen. Gleichzeitig haben sowohl unsere osteuropäischen Partner*innen in der Europäischen Union als auch befreundete Demokratien in Europa wie Moldau, die Ukraine oder Georgien auf eine verstärkte Kriegsrhetorik in den russischen Medien, auf schriftlich-verfasste Gedanken des Präsidenten Putins und auf das Zusammenziehen des Militärs hingewiesen, die ein militärisches Vorgehen auf russischer Seite untermauerten.

Dabei ist festzuhalten: Wir haben insbesondere als Bundesrepublik Deutschland auf diese Veränderungen in Russland zu spät reagiert und uns weiterhin abhängig von russischen Energieressourcen gemacht. Eine Lehre für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland muss es sein, sich international stärker an die Seite der Demokratien zu stellen. Taiwan ist nicht nur einer der größten Chiphersteller der Welt, sondern liegt im Demokratieindex mit seinen 23 Millionen Menschen im Jahr 2021 auf Platz 8 und somit ganze sieben Plätzen vor Deutschland. Die demokratischen Umbrüche Taiwans seit der autoritären Einparteienherrschaft in den 1990er-Jahren sind enorm. Die fünffache Gewaltenteilung zwischen der Regierung, dem Parlament, der Justiz, der Prüfungs-Yuan als unabhängige Instanz für die Beamtenauswahl und der Kontroll-Yuan zuständig als Rechnungshof funktioniert durchweg hervorragend. Zudem hat sich ein pluralistisches Parteiensystem herausgebildet und die Wahlen finden unter allen demokratischen Gesichtspunkten statt. Auch die Aktivierung der Zivilgesellschaft hat sich zum Beispiel durch die Sonnenblumen-Bewegung im Jahr 2014, die sich gegen eine Ratifizierung eines Freihandelsabkommens mit der Volksrepublik China einsetzte, gezeigt.

Während die Demokratisierung Taiwans immer weiter voranschreitet, verschlechtern sich die Beziehungen zur geographisch nahen und durch die Historie verbundenen "Volksrepublik China". Das liegt zu einem an

den innenpolitisch immer totalitären Entwicklungen in der Volksrepublik China, zum anderen an den ausgeübten Aggressionen gegenüber dem demokratischen Nachbarland. Die Volksrepublik China argumentiert ähnlich wie die russische Administration: Taiwan wie auch die Ukraine werden nicht als souveräne Staaten anerkannt, sondern als Teile des chinesischen oder russischen Imperiums gesehen. Vonseiten der Volksrepublik China kommt es nicht nur zu diplomatischen Attacken gegenüber Taiwan, sondern es wird auch regelmäßig der Luftraum Taiwans verletzt. Gleichzeitig wird Taiwan durch den ökonomischen und politischen Einfluss der Volksrepublik China aus allen großen internationalen Organisationen gedrängt. Das bezieht sich auch auf die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen. Nur eine Minderheit in der weltweiten Staatengemeinschaft erkennt Taiwan an. Auch Deutschland führt offiziell keine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan. Nachdem sich Litauen als Mitglied der Europäischen Union für eine Eröffnung einer Auslandsvertretung Taiwans im eigenen Land entschieden hat, reagierte das totalitäre Regime in China sofort. Alle ökonomischen Beziehungen mit Litauen wurden heruntergefahren und auch internationale Zulieferer unter Druck gesetzt, keine wirtschaftlichen Beziehungen mehr zu führen.

Als Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die momentan sowohl den Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland als auch viele Landesministerpräsident*innen stellt, ist eine Umkehr der Taiwan-Politik unerlässlich. Neben wirtschaftlichen Interessen gegenüber dem zweitgrößten Handelspartner Deutschlands, der Volksrepublik China, müssen auch unsere demokratischen Grundwerte wieder stärker gewichtet werden. Die Anerkennung demokratisch-souveräner Staaten darf nicht durch einen ökonomischen Druck totalitärer Staaten verdrängt werden. Auch die SPD-Bundespartei muss stärker in den Austausch mit unseren demokratischen Freund*innen gehen. Die Anerkennung der Volksrepublik China als eine*n zentrale*n Handelspartner*in muss mit einer Vertiefung der Beziehungen zu Taiwan als Werte-Partner in Einklang gebracht werden

Antrag G01: Gewalt gegen Frauen stoppen!

Antragsteller*in:	Jusos Nord-Niedersachsen
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Der BGH Beschluss vom 29.10.2008 - BGH 2 StR 349/08 - "Wenn die Trennung vom Tatopfer
2 ausgeht und der Angeklagte durch die Tat sich dessen beraubt fühlt, was er eigentlich
3 nicht verlieren will, entfallen die Mordmerkmale" muss aufgehoben werden. Dieses
4 Urteil darf nicht länger als Präzedenzfall fungieren, wenn Femizide vor Gericht
5 verurteilt werden. Hierbei handelt es sich eindeutig um patriarchale
6 Besitzkonstruktionen, die wir unmöglich gerichtlich so stehen lassen können!
7
- 8 - Es muss ein eigener Straftatbestand Femizid eingeführt werden!
9
- 10 - Femizide müssen als solche auch in den Medien benannt werden! Begriffe, wie
11 "Ehrenmord" oder "Familiendrama" verharmlosen die Taten und untergraben die
12 geschlechterspezifische Gewalt, die sich dahinter verbirgt und in den meisten Fällen
13 gegen Frauen gerichtet ist.
14
- 15 - Frauenhäuser benötigen eine sichere gesetzliche Grundlage, welche die Finanzierung
16 der Frauenhäuser sicherstellt. Es darf nicht länger auf Spenden und der
17 Freiwilligkeit der Kommunen basieren, ob Frauenhäuser finanzielle Mittel erhalten
18 oder nicht. Stattdessen müssen gesetzlich Beträge festgesetzt werden, die definitiv
19 für den Erhalt der Frauenhäuser ausreichen. Bund und Länder, sowie die Kommunen
20 müssen gesetzlich verpflichtet sein, einen entsprechenden Teil ihres Haushaltes in
21 Frauenhäuser zu investieren.
22
- 23 - Durch eine gesicherte Finanzierung müssen somit auch genügend Frauenhäuser und
24 Frauenhausplätze geschaffen werden. Derzeit verfügen ca. 90 Kreise in Deutschland
25 über kein Frauenhaus. Die Kapazitäten müssen unbedingt erweitert werden, sodass der
26 Bedarf, der leider besteht, auch tatsächlich gedeckt wird. Lange Wartezeiten auf
27 einen Platz im Frauenhaus dürfen nicht weiter vorkommen!
28
- 29 - Es darf keine Frau von den Leistungsansprüchen aus dem Sozialgesetzbuch (SGB II und
30 SGB XII) ausgeschlossen werden. Studentinnen, Auszubildende, Asylbewerberinnen und
31 Frauen mit eigenem Einkommen müssen ebenfalls Anspruch auf finanzielle Leistungen
32 über das SGB erhalten. Es kann nicht sein, dass schutzsuchende Frauen, gegebenenfalls
33 auch mit Kindern, für ihre Unterkunft in einem Frauenhaus selbst aufkommen müssen.
34
- 35 - Die Kostenerstattung zwischen den Kommunen, welche notwendig wird, wenn Frauen in
36 ein Frauenhaus einer anderen Kommune untergebracht werden, muss vereinfacht werden.
37 Eine Verlegung der Frauen in andere Kommunen ist oftmals aus Schutzgründen notwendig

38 und darf nicht an einem komplizierten Kostenerstattungsverfahren scheitern.

39

40 - Es braucht mehr spezifische Hilfsangebote für Frauen mit beispielsweise
41 Suchtproblemen oder Migrationshintergrund, denn diese scheuen sich prozentual
42 häufiger davor, die Angebote anzunehmen.

43

44 - Um der geschlechtsspezifischen Gewalt gegenüber Frauen mit Behinderung entgegen zu
45 wirken, braucht es unabhängige, flächendeckende barrierefreie Beratungsstellen, die
46 auch von Menschen mit Behinderung mitbetrieben werden. Es müsse unangekündigte
47 Kontrollen beispielsweise in Pflegeeinrichtungen durchgeführt werden, da es häufig
48 keine Möglichkeit für Bewohner*innen gibt, sich außerhalb der Einrichtung Hilfe zu
49 suchen und alleine, ohne Pflegepersonal, mit unabhängigen Helfenden zu sprechen.

50

51 - Gewalt gegen LGBTQIA+ Zugehörige findet häufig statt, erfährt jedoch kaum
52 öffentliche Aufmerksamkeit. Für den korrekten Umgang mit dieser Form geschlechts- und
53 genderspezifischer Gewalt und für die Sensibilisierung der Öffentlichkeit darüber,
54 müssen Studien angefertigt und veröffentlicht werden. Diese Zahlen und Daten müssen
55 regelmäßig erhoben werden, damit die darauffolgenden Maßnahmen adäquat auf dieses
56 enorme Problem angepasst werden können. Diese Form von Gewalt muss als solche klar
57 benannt werden und darf nicht verharmlost oder vernachlässigt werden.

58

59 - Die Einführung präventiver und bewusstseinserschaffender Konzepte in Vereinen und
60 Institutionen. Bevor ehrenamtliche und hauptamtliche Stellen im öffentlichen Raum
61 angetreten werden (wie beispielsweise im Sport, der Kirche und anderen Institutionen
62 und Vereinen), müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden:

- 63 • Die Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses (sobald dort Einträge vorhanden
64 sind, insbesondere bezüglich diskriminierenden, belästigenden und/oder
65 gewalttätigen Verhaltens gegenüber Frauen, darf die Person den Posten nicht
66 antreten).
- 67 • Anwärter*innen müssen ein Awareness-Training durchführen. Ohne Vorlage eines
68 erfolgreichen Teilnahmenachweises dürfen die Personen den Posten nicht
69 übernehmen. Diese Awareness-Trainings müssen regelmäßig, alle 2 Jahre,
70 durchgeführt werden.

71 In diesen Awareness-Trainings sollen die Teilnehmer*innen für geschlechtsspezifische
72 Gewalt und Diskriminierung sensibilisiert werden. Des Weiteren sollen während des
73 Trainings Gutachten über die Bewerber*innen erstellt werden, in denen festgehalten
74 werden soll, ob sie das nötige Bewusstsein für eine Stelle als Gutachter*in
75 innehaben. Falls dies nicht festgestellt wird, gilt das Training als nicht-
76 erfolgreich absolviert. Das nötige Zertifikat kann dann nicht ausgestellt werden.
77 Die Awareness-Trainings müssen von Professionellen abgehalten werden (In Frage kommen
78 beispielsweise Gleichstellungsbeauftragte; Vertreter*innen von
79 Menschenrechtsorganisationen oder Personen, die bei Frauenrechtsorganisationen tätig
80 sind). Sexualisierte Gewalt muss in diesen Trainings ebenfalls zwingend thematisiert
81 werden.

82 • Diese Anforderungen gelten gleichermaßen für Ehrenamtliche und Hauptamtliche!
83 So kann ein Bewusstsein für geschlechtsspezifische Diskriminierung und Gewalt
84 geschaffen werden, sowie ein sichereres Umfeld, welches auf Präventionsmaßnahmen
85 aufgebaut ist.

86

87 - Deutschland ist Teil der Istanbul Konvention und somit verpflichtet gegen sämtliche
88 Formen von Gewalt, insbesondere geschlechtsspezifischer Gewalt, vorzugehen. Dies
89 geschieht bisher nicht im nötigen Ausmaß. Deutschland muss die eingegangene Pflicht
90 erfüllen:

91 • Betroffenen muss wirksam Sicherheit geboten werden

92 • Die Gesellschaft muss für das Thema sensibilisiert werden, offizielle
93 Verharmlosungen von geschlechtsspezifischer Gewalt dürfen nicht mehr vorkommen!
94 Dies dient der Gewaltprävention.

95 • Strafrechtliche Normen müssen dazu beitragen, dass geschlechtsspezifische
96 Gewalttaten verfolgt und sanktioniert werden. Diese Prozesse müssen effektiv
97 sein. Den Betroffenen muss ein möglichst leichter Zugang zu solchen Prozessen
98 gewährt werden, die nicht retraumatisierend sein dürfen. Dem bisher
99 praktizierten Täter*innenschutz muss ein Ende gesetzt werden.

100 • Den Handlungsempfehlungen der GREVIO muss jetzt und in Zukunft zeitnah Folge
101 geleistet werden!

102

103 - Präventions- und Aufklärungsarbeit bezüglich sexualisierter und
104 geschlechtsspezifischer Gewalt muss bereits im jungen Alter geschehen. Vor allem in
105 der Schule, sollte dies ein viel größeres Thema sein. Es muss verpflichtend im
106 Lehrplan stehen und es sollten regelmäßig Seminare und Workshops innerhalb der
107 Klassen und Jahrgänge durchgeführt werden. Diese Seminare sollten ab der dritten
108 Klasse alle 3 Jahre durchgeführt und die Inhalte, abhängig vom Jahrgang,
109 altersgerecht vermittelt werden.

110

111 - Auch für Lehrkräfte muss es Fortbildungsmöglichkeiten geben, damit sie in dem Thema
112 der geschlechtsspezifischen Gewalt geschult werden, sich über die Probleme
113 bewusstwerden und lernen, auf Warnzeichen zu achten und adäquat zu reagieren.

114 Lehrkräfte müssen als pädagogische Fachkraft dazu in der Lage sein, mit Betroffenen
115 umzugehen und ihnen beispielsweise Hilfsangebote vorzustellen. Des Weiteren müssen
116 sie wissen, an welche Stellen sie sich wenden und wie sie sich verhalten müssen, wenn
117 sie die Identitäten der Täter*innen kennen - sowohl von minderjährigen als auch von
118 volljährigen Täter*innen innerhalb und außerhalb der Schulen.

Begründung

Jeden Tag versucht ein Mann in Deutschland, seine (Ex-) Partnerin zu ermorden. Jeden dritten Tag gelingt es. Diese Statistik ist wohl bekannt, und dennoch bleiben die notwendigen Maßnahmen aus. 2020 gab es 148.031 Fälle partnerschaftlicher Gewalt, so das statistische Bundesamt. Hinzu kommen noch die Gewalttaten, die außerhalb einer Partnerschaft geschehen und schließlich auch noch die Fälle, die nie angezeigt und aktenkundig werden. Seit 2014 steigt die Anzahl angezeigter Fälle, die Dunkelziffer bleibt

dennoch sehr hoch. Die statistischen erfassten Gewalttaten nehmen allerdings immer weiter zu, was eine zunehmende Bedeutung des Themas deutlich werden lässt.

Es bleibt dabei: Die meisten Frauen erfahren Gewalt innerhalb der (Ex-) Partnerschaft. Wenn es schließlich zu einem Femizid kommt - der Tötung von Frauen und Mädchen aufgrund ihres Geschlechts - fallen die Gerichtsurteile häufig erstaunlich mild aus. Vorausgesetzt es kommt überhaupt zu einer Anklage. Wenn es dabei zu einer sogenannten "Trennungstötung" kommt, wird dies vor Gericht häufig als Totschlag und nicht als Mord bewertet. Dieser Umstand geht zurück auf ein Urteil des Bundesgerichtshofs vom 29.10.2008. Darin wurde entschieden, dass niedrige Beweggründe – sie sind das juristische Kennzeichen für Mord – dann in Zweifel stehen, wenn die Trennung von dem Tatopfer ausgeht und der Angeklagte durch die Tat sich dessen beraubt fühlt, was er nicht verlieren will. Das Opfer gilt dem Urteil zufolge vor der Tat als Eigentum des Täters. Hierbei werden eindeutig patriarchale Gedankenmuster und Besitzkonstruktionen gerichtlich aufrechterhalten. Dies können wir unmöglich so stehen lassen, daher muss dieses Urteil aufgehoben werden. Es kann nicht länger als Präzedenzfall fungieren. Des Weiteren erachten wir die Einführung des Straftatbestands "Femizid" für sinnvoll und angemessen. Morde, die aufgrund von Hass auf Frauen geschehen, müssen als solche benannt, anerkannt und entsprechend sanktioniert werden.

Auch müssen Femizide medial und in der Öffentlichkeit als solche benannt werden. Begriffe wie "Ehrenmord" oder "Familiendrama" spiegeln nicht die Tatsachen wider und verharmlosen Morde, die aufgrund des Hasses auf das weibliche Geschlecht geschehen sind. Eine Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit kann nur funktionieren, wenn auch die entsprechend angebrachte Terminologie verwendet wird.

In diesem Zusammenhang muss auch über die Situation der Frauenhäuser gesprochen werden. Derzeit ist es so, dass Frauenhäuser sich über Spenden und die Kommunen finanzieren. Die Kommunen sind jedoch nicht zur Finanzierung verpflichtet. Das heißt, sie können bestehende Zahlungen jederzeit einstellen oder kürzen. Es kann nicht sein, dass Frauenhäuser nur existieren können, wenn die jeweilige Kommune entscheidet, dass sie sich eine solche Einrichtung leisten möchten. Es muss daher ein Festbetrag ermittelt werden, die definitiv dafür sorgen, dass die Frauenhäuser finanziell abgesichert sind. Bund, Länder und Kommunen müssen gesetzlich verpflichtet sein, diese Beiträge zu zahlen. Es kann hierbei nicht erwartet werden, dass die Kommunen die Kosten alleine tragen. Argumente wie "Das ist aber Sache der Kommunen", werden also nicht gültig sein. Durch die geregelte und abgesicherte Finanzierung können schließlich auch ausreichend Häuser und Plätze errichtet werden.

Ein Problem der vielen Hilfsangeboten ist, dass es immer noch Hemmungen gibt, diese zu nutzen. Das ist vor allem für Frauen mit Behinderungen, Frauen mit Suchtproblemen und Frauen mit Migrationshintergrund ein Thema. Hier ist es sehr wichtig, weiter darüber aufzuklären, dass die Angebote für alle da sind und sich niemand davor scheuen sollte, ein solch wichtiges Angebot anzunehmen.

Vor allem Frauen mit Behinderung leiden häufig unter Gewalt. Fast die Hälfte von ihnen hat schon einmal sexuelle Gewalt in ihrem Leben erfahren, zwei- bis dreimal so oft wie Frauen ohne Behinderung. Es muss viel mehr für das Thema sensibilisiert werden, denn die viele der Übergriffe geschehen sowohl in den Wohneinrichtungen als auch bei der privaten Pflege.

Das Beispiel aus Potsdam vom 28. April 2021, wo in einer Wohneinrichtung für Menschen mit Behinderung vier Menschen getötet und einer schwer verletzt wurde, erschüttert besonders, doch es zeigt auch wieder, dass es viel Gewalt in diesen Bereichen gibt. Es ist wichtig, dass es für Betroffene unabhängige Beratungsstellen gibt, die aber nicht nur ausschließlich von Menschen ohne Behinderung betrieben werden. Doch nicht nur Beratungsstellen für Betroffene, die vor allem barrierefrei sind, sind wichtig, sondern auch (unangekündigte) Kontrollen von Pflegeeinrichtungen. Dabei sind auch Gespräche mit

Bewohner*innen wichtig, ohne Anwesenheit vom Personal, um offen über Probleme oder Vorfälle sprechen zu können.

Des Weiteren muss auch die geschlechts- und genderspezifische Gewalt gegen LGBTQIA+ Zugehörige mehr Aufmerksamkeit erfahren. Mittels Studien kann eine breitere öffentliche Aufmerksamkeit geschaffen und entsprechend notwendige Maßnahmen aus den Studien abgeleitet und untermauert werden. Dass wir und andere Verbände dabei zusätzlich Aufklärungsarbeit leisten, ist unerlässlich.

Wir benötigen Konzepte, die als Präventionsmaßnahme in Institutionen und Vereinen etabliert werden. Anwärter*innen für die jeweiligen Positionen sollten beispielsweise ein erweitertes Führungszeugnis vor Antritt der Stelle vorlegen müssen, sowie Awareness-Trainings absolvieren. Darin soll für geschlechts- und genderspezifische Gewalt und Diskriminierungsformen sensibilisiert werden. Verweigern die Anwärter*innen die Teilnahme oder die Vorlage des erweiterten Führungszeugnisses, so können sie die Stelle nicht antreten. Durch diese Maßnahmen kann präventiv gegen geschlechtsspezifische Gewalt, Diskriminierung und sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum vorgegangen werden.

Denn schließlich ist Deutschland Teil der Istanbul-Konventionen und hat sich dazu verpflichtet, Maßnahmen zum Schutz und zur Täter*innenverfolgung zu ergreifen. Dies geschieht in einem viel zu geringem Ausmaß. Die GREVIO ist eine unabhängige Expert*innengruppe, welche die Umsetzung der Istanbul-Konvention in allen Mitgliedsländern überwacht und bei Bedarf Handlungsempfehlungen abgibt. Diesen Empfehlungen muss Deutschland zwingend und zeitnah nachkommen. Auch die anderen Forderungen dieses Antrags würden dazu beitragen, dass den Istanbul-Konventionen entsprochen wird.

Um Gewalt gegen Frauen schon früher entgegen zu wirken brauchen wir eine stärkere Aufklärung in den Schulen. Es muss über die verschiedenen Formen von Gewalt, sowie über das Geschlechtsspezifische an Gewalt umfassend und regelmäßig aufgeklärt werden. Stalking sollte dabei ebenfalls thematisiert werden, da dies sowohl im analogen, als auch digitalen Raum auftreten kann. Zudem kann auch in Schulen sexualisierte Gewalt, sowohl online als auch offline, auftreten. Es ist wichtig, dass auch Jugendliche schon früh für das Thema Gewalt sensibilisiert werden, um später die Anzeichen zu erkennen, aber auch damit sie wissen wo man sich am besten Hilfe suchen oder Betroffenen helfen kann. Auch Lehrkräfte müssen daher an Fortbildungen teilnehmen, damit auch sie Warnzeichen erkennen und Betroffenen helfen können. Lehrkräfte müssen auch Warnzeichen bei Täter*innen erkennen und lernen, was sie tun müssen, sobald ihnen die Identität bekannt ist. Dies kann Schüler*innen selbst betreffen, andere Lehrkräfte oder auch andere Personen im Umfeld der betroffenen Schüler*innen können Täter*innen sein, beispielsweise in der Familie oder in Vereinen.

Antrag G02: Reproduktive Selbstbestimmung - Jetzt!

Antragsteller*in:	Jusos Nordrhein-Westfalen
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Ob man einen Kinderwunsch hat oder aber ganz bewusst Kinder für sich selbst
2 ausschließt, ist eine sehr persönliche Entscheidung. Und genauso persönlich wie die
3 Entscheidung an sich, sollte auch der Weg zur Erfüllung dieser aussehen. Das
4 entspricht jedoch bei weitem nicht der Realität. Schon seit langem kritisieren wir
5 Jusos in diesem Zusammenhang die restriktiven Gesetze bei Abtreibungen, die in
6 Deutschland noch immer im Strafgesetzbuch geregelt sind. Doch müssen wir uns vor
7 Augen führen, dass wir als feministischer Verband einem Problem anheimfallen, das
8 auch die politische Linke betrifft: Wenn unter reproduktiver Selbstbestimmung
9 lediglich das Recht auf Abtreibung verstanden wird, blenden wir einen großen Teil der
10 Debatte aus. Dieser Lücke möchte sich der vorliegende Antrag widmen und formuliert
11 deshalb grundlegende Perspektiven zum Thema reproduktive Selbstbestimmung jenseits
12 unserer bereits gefassten Beschlusslagen zum Thema Schwangerschaftsabbruch.
13 Ausdrücklicher Teil der reproduktiven Selbstbestimmung ist nämlich jede prinzipiell
14 denkbare Möglichkeit zur Erfüllung des eigenen Kinderwunsches oder auch zur Erfüllung
15 der eigenen Sterilität. Auch die Ampelkoalition hat sich im Koalitionsvertrag die
16 Diskussion um reproduktive Selbstbestimmung gelegt. Ein wichtiger Punkt in diesem
17 Zusammenhang für uns bleibt jedoch: Die verschiedenen Themen von Leihmutterschaft,
18 Eizellspende und Sterilisierung, dürfen von der Regierungskoalition nicht als
19 Nebelkerze benutzt werden, um die längst überfällige Legalisierung von
20 Schwangerschaftsabbrüchen zu verhindern! Wir stehen diesbezüglich weiter hinter
21 unserer Forderung: Abtreibungsparagrafen raus aus dem Strafgesetzbuch!

22 **Unerfüllter Kinderwunsch - Weg mit dem Tabu!**

23 Eine Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die
24 zuerst 2014 veröffentlicht und 2020 durch neue Zahlen aktualisiert wurde, zeigt, dass
25 das Thema unerfüllter Kinderwunsch noch immer ein großes Tabu innerhalb unserer
26 Gesellschaft darstellt. So gaben nur rund 25 Prozent der Befragten an, Fachärzt*innen
27 aufgesucht zu haben, um eine organische Ursache für den unerfüllten Kinderwunsch
28 abklären zu lassen. Gleichzeitig werden vor allem von Männern Angebote der
29 Unterstützung häufig als Risiko der Stigmatisierung wahrgenommen; folglich bleibt die
30 Debatte über ungewollte Kinderwünsche meist selbst im privatesten Kreis der
31 Betroffenen ein Tabu. Auch dies führt bei den Betroffenen dazu, dass sie sich alleine
32 mit den Konsequenzen ihres unerfüllten Kinderwunsches sehen, welches rein statistisch
33 gesprochen meist zum Nachteil von Frauen ausgelegt wird: So konnte die Studie
34 belegen, dass ungewollt kinderlose Frauen und Männer im zunehmenden Alter dazu
35 tendieren, die Ursache primär bei der Frau selbst zu suchen, selbst wenn dies gar
36 nicht einer getroffenen Diagnose entspricht. Nicht zuletzt stellt das ein Symptom der
37 patriarchalen Abwertung von Frauen, die keine Mütter sind/sein können dar. Für
38 gewollt kinderlose Frauen bedeutet dies häufig, dass ihnen mögliche Sterilisationen
39 abgesprochen werden, für ungewollt kinderlose hingegen die Wahrnehmung das eigene

40 Frausein sei ‚beschädigt‘. Und auch für 56 Prozent aller kinderlosen Männer gilt noch
41 immer die Aussage „Vaterschaft gehört zum Mannsein dazu“. Besonders auch für trans
42 Personen ist das Thema reproduktive Rechte mit einer besonderen Brisanz verbunden.
43 Denn für sie ist die ungewollte Kinderlosigkeit häufig noch mit transfeindlichen
44 Stigmata innerhalb der Gesellschaft verbunden.

45 **Kinderwunsch erfüllbar machen - mit Leihmutterschaft und** 46 **Eizellspende**

47 Die Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend belegt
48 eindrücklich, dass viele ungewollt Kinderlose auf verschiedene Weise den Versuch
49 unternehmen, ihren Kinderwunsch zu ermöglichen. Aktuell stehen ungewollt Kinderlosen
50 in Deutschland dafür verschiedene Wege zur Verfügung. So etwa die künstliche
51 Befruchtung als In-vitro-Fertilisation (IVF), bei der Eizellen und Sperma entnommen
52 werden, welche dann im Labor zur Befruchtung genutzt werden, um sie nach
53 erfolgreichem Wachstum der ungewollt kinderlosen Frau oder Person mit Uterus wieder
54 einzusetzen. Ist die Qualität der Spermien nicht ausreichend für dieses Verfahren,
55 ist auch eine zusätzliche Samenspende denkbar. Eine andere Möglichkeit stellt die
56 Samenspende dar, die von Paaren genutzt wird, bei denen der Mann steril ist oder aber
57 die für lesbische Paare notwendig ist. Bei einer Samenspende ist eine künstliche
58 Befruchtung wie zuvor beschrieben möglich, aber auch eine Insemination. Darüber
59 hinaus können hormonelle Behandlungen und Stimulationen helfen den Kinderwunsch zu
60 erfüllen. Für Frauen und Menschen mit Uterus, die steril sind, kommen diese
61 Möglichkeiten mitunter nicht in Frage. Möglich ist dann etwa die Embryonenspende. Bei
62 der Embryonenspende werden Embryonen, die von anderen nach einer
63 Kinderwunschbehandlung nicht mehr genutzt wurden, gespendet und in die Betroffenen
64 eingesetzt. Außerdem könnten eigene vor Jahren eingefrorene Eizellen genutzt werden,
65 um mit einer IVF eine Schwangerschaft zu ermöglichen. Auch wenn sowohl die
66 Krankenkassen solche Eingriffe zum Teil übernehmen, als auch die Länder sie
67 bezuschussen, entscheiden vor allem die finanziellen Mittel der Betroffenen, ob und
68 wie der Kinderwunsch erfüllt werden kann. Noch immer genießen verheiratete Paare
69 finanzielle Privilegien und erhalten mehr Zuschüsse, während nicht verheiratete Paare
70 oder einzelne Personen hohe Summen zahlen müssen. So werden auch heute noch
71 traditionelle Familienbilder über andere gestellt und die finanziellen Mittel der
72 Betroffenen bleiben der entscheidende Faktor bei der künstlichen Befruchtung. Kommen
73 diese Möglichkeiten nicht in Frage oder bleiben erfolglos, bleibt in Deutschland
74 zumeist nur die Adoption übrig. Denn die Eizellspende, ebenso wie die
75 Leihmutterschaft, sind in Deutschland nicht erlaubt.

76 **Leihmutterschaft ermöglichen!**

77 Für schwule Männer, genauso wie für unfruchtbare Frauen und Menschen mit Uterus, gibt
78 es in verschiedenen Ländern die Möglichkeit der Leihmutterschaft. Dabei werden einer
79 so genannten Leihmutter gespendete Eizellen oder Eizellen der ungewollt Kinderlosen,
80 die zuvor via IVF befruchtet wurden, eingesetzt. Mit diesem Verfahren besteht dann
81 keine biologische Verwandtschaft zwischen der Leihmutter und dem gezeugten Kind. In
82 Deutschland ist dieses Verfahren auf Grund des Gesetzes zum Schutz von Embryonen
83 (ESchG) verboten, denn nach § 1 Abs. 1 Nr. 7 des ESchG wird mit Freiheitsstrafe

84 bestraft, wer bei einer Leihmutter „eine künstliche Befruchtung“ unternimmt oder
85 „einen menschlichen Embryo“ überträgt. Dieses Gesetz richtet sich dabei also
86 ausdrücklich gegen die ausführenden Mediziner*innen und nicht gegen die Leihmutter
87 oder die Person(en), die Eltern werden möchten. Doch dieses Gesetz heißt nicht, dass
88 es in Deutschland keine durch Leihmütter ausgetragenen Kinder gibt! Denn wer es sich
89 leisten kann, nimmt Angebote von Leihmüttervermittler*innen an. Diese Börsen stellen
90 Kontakte zu Kinderwunschzentren etwa in den USA oder Indien her, wo die
91 Leihmutterschaft erlaubt und (besser oder schlechter) gesetzlich geregelt ist. So
92 wird der Kinderwunsch also auch zur ökonomischen Frage. Schließlich ist es so, dass
93 die besten Chancen auf die Erfüllung jene haben, die über die in Deutschland zur
94 Verfügung stehenden Möglichkeiten und Finanzierungen der Krankenkassen hinaus,
95 eigenständig Geld in die Hand nehmen können. Des Weiteren ist zu bedenken, dass auch
96 so ein Ungleichgewicht im internationalen Sinn mit den aktuellen Verhältnissen der
97 Leihmutterschaft reproduziert wird. In Deutschland werden häufig Leihmütter aus
98 Schwellen- und Entwicklungsländern beauftragt, da es dort günstigere Angebote gibt
99 als in den USA. Ein derartiges Verhältnis von Auftraggebende aus dem wohlhabenden
100 Deutschland und den weniger wohlhabenden Anbieter*innen gilt es zu überwinden. Ein
101 solcher Tourismus für die Inanspruchnahme von Leihmutterschaft kann auch gesetzlich
102 umgangen werden, etwa durch Regelungen die die Wohndauer der werdenden Eltern
103 betreffen.

104 Im Falle der Leihmutterschaft endet der steinige Weg zum eigenen Kind aber nicht,
105 selbst wenn man das Geld hat, um im Ausland eine passende Leihmutter zu finden. Denn
106 dann ist das Abstammungsrecht noch zu bedenken. Nach dem deutschen Abstammungsrecht
107 ist jene Person als Mutter anzusehen, welche das Kind ausgetragen hat. Wenn ein Kind
108 kurz nach der Geburt nach Deutschland gebracht wird, gilt als so genannter
109 gewöhnlicher Aufenthalt des Kindes Deutschland und damit das deutsche
110 Abstammungsrecht, das keine Leihmutterschaft vorsieht. So kommt es zur irrsinnigen
111 Situation, dass die Leihmutter (die nicht biologisch mit dem ausgetragenen Kind
112 verwandt ist und nach etwa US-amerikanischem Gesetz somit auch nicht Mutter des
113 Kindes im Sinne der Abstammung) als Mutter in einer deutschen Geburtsurkunde
114 aufgeführt wird. Diesem Problem widmete sich die Rechtsprechung bereits und
115 entschied, dass im Falle von Leihmutterschaft das Abstammungsrecht des Landes der
116 Leihmutter anerkannt werden kann, wenn festzustellen ist, dass die Menschenwürde der
117 Leihmutter nicht verletzt wurde, etwa weil sie nicht zur Leihmutterschaft gezwungen
118 wurde. Das bedeutet zusammengefasst: Das deutsche Abstammungsrecht sieht keine
119 Leihmutterschaft vor, doch durch Entscheidungen des Familiengerichts (die bindend für
120 Gerichte und Verwaltungsbehörden sind) können Eltern, deren Kind durch
121 Leihmutterschaft im Ausland geboren wurde ihre eigene Elternschaft anerkennen lassen,
122 wenn sie Entscheidungen eines Gerichts oder einer Behörde aus dem Geburtsland des
123 Kindes vorlegen können. Trotzdem bleibt jedoch das Risiko, dass ein Standesamt die
124 Auffassung vertritt, dass das deutsche Abstammungsrecht gilt, in welchem Falle dann
125 ein Adoptionsverfahren angestrengt werden muss. Bis ein Verfahren abgeschlossen ist,
126 ist die Einreise des Kindes nach Deutschland nicht ohne weiteres möglich, da das Kind
127 kein Recht auf einen deutschen Pass hat.

128 Die Frage bleibt: Warum ist eine Leihmutterschaft in Deutschland illegal? Die Antwort
129 ändert sich je nachdem, wem man diese Frage stellt. So argumentieren einige mit der
130 Gefahr der Ausbeutung der Leihmutter, denn in den meisten Fällen wird diese

131 finanziell entschädigt. Doch was ist an diesem Argument dran? Zunächst einmal sollten
132 sich die Modelle dieser Entschädigung vor Augen geführt werden. In den USA etwa
133 erhält eine Leihmutter finanzielle Mittel, welche die für die Schwangerschaft
134 notwendige medizinische Versorgung gewährleisten. Darüber hinaus wird in der Regel
135 Geld vorgesehen für Ausgaben wie Schwangerschaftskleidung und ähnliches.

136 Zusätzliches Geld wird als Entschädigung für die körperlichen Risiken verstanden,
137 denn zweifelsohne stellt sowohl eine für die Leihmutter erforderliche
138 (missglückte) IVF, als auch eine Schwangerschaft und Geburt erhebliche Belastungen
139 für die Schwangere dar. In welcher Höhe es gezahlt wird, kann in Absprache zwischen
140 der Leihmutter und den intendierten Eltern festgelegt werden, durchschnittlich kann
141 von etwa 25.000 Dollar ausgegangen werden. Natürlich entscheidet auch eine etwaige
142 Obergrenze an Schwangerschaften darüber, wie viel Geld die Leihmutter durch ihre
143 Schwangerschaft(en) verdienen kann. In den USA gibt es eine solche Obergrenze
144 gesetzlich nicht, die meisten ärztlichen Praxen, die sich auf Kinderwunsch und
145 Leihmutter spezialisiert haben, legen jedoch eine maximale Obergrenze von sechs
146 Schwangerschaften fest. Dabei berücksichtigt werden jedoch auch eigene
147 Schwangerschaften. Dieser Prozess legt für viele die Gefahr nahe, dass besonders
148 Frauen und Menschen mit Uterus, die in finanzieller Not stecken die Möglichkeit der
149 Leihmutter für sich in Betracht ziehen. In diesem Zusammenhang ist jedoch ganz
150 klar zu sagen, dass eine Legalisierung von Leihmutter mit einer Reihe von
151 Gesetzen einher gehen müsste, die dieses Risiko minimieren. Denkbar wären etwa
152 gesetzliche Obergrenzen der Schwangerschaften festzulegen sowie Voruntersuchungen und
153 Gespräche, die die Motive der möglichen Leihmutter genauestens untersuchen. So gilt
154 in den USA etwa, dass Personen, die Leihmutter werden wollen, ein gewisses Alter
155 haben müssen, ihre Gesundheit wird strengstens begutachtet und ebenso ist dort eine
156 Leihmutter ausgeschlossen für Frauen und Menschen mit Uterus, die Sozialhilfe
157 erhalten. Gleichzeitig sind auch Modelle der Leihmutter ganz ohne Bezahlung
158 möglich. In dieser Form hat Portugal die Leihmutter legalisiert und
159 gleichzeitig festgelegt, dass diese Art der Kindeszeugung nur als letzter Ausweg auf
160 Grund schwerwiegender gesundheitlicher Probleme gewählt werden darf. Die
161 Leihmutter kann in Portugal also nur kostenlos vereinbart werden, wodurch das
162 Risiko der finanziellen Ausbeutung ausgeschlossen werden soll, denn das Angebot, sich
163 für eine Leihmutter zur Verfügung zu stellen, muss in Portugal aus
164 altruistischen Motiven heraus geschehen.

165 Ein weiteres Argument, das Gegner*innen der Leihmutter anführen, ist das Wohl
166 des Kindes. Auch dieser Argumentation ist heftig zu widersprechen, denn es liegt viel
167 mehr nahe, dass die unklare Rechtslage in Deutschland (Stand jetzt) zu Prozessen
168 führen, die auch die betreffenden Kinder in Mitleidenschaft ziehen können, wenn etwa
169 die Abstammung nicht anerkannt wird. Fest steht: Beim Thema Leihmutter sollte
170 das Wohl der austragenden Schwangeren im Fokus stehen. Und in diesem Zusammenhang
171 gilt: Sofern ausreichende Regularien vorliegen, die eine Freiwilligkeit der
172 Leihmutter weitestgehend garantieren, ist dieses Wohl als erfüllt zu sehen. Klar ist
173 hier: Eine Legalisierung der Leihmutter würde unter anderem dem Wohl der
174 austragenden Person zugutekommen, wie schon der deutsche Ethikrat feststellte. Dieser
175 argumentierte, dass das größere Risiko für Leihmütter bestünde, die in Ländern ohne
176 umfangreiche gesetzliche Rahmenbedingungen ein Kind austragen (wie etwa in Indien)
177 und kam in Abwägung aller Argumente zu dem Ergebnis, dass Leihmutter in

178 Deutschland zulässig sein sollte.

179 Bei einer Legalisierung der Leihmutterschaft muss stets das Wohl der Leihmutter im
180 Mittelpunkt stehen. Dabei müssen nicht nur die physischen Risiken, die mit einer
181 Schwangerschaft einhergehen, sondern auch die psychischen Risiken abgewogen werden.
182 Denn eine Schwangerschaft und Geburt kann durchaus eine immense Belastung darstellen.

183 In Anbetracht aller Argumente fordern wir deshalb:

- 184 • Die Legalisierung der Leihmutterschaft in Deutschland unter Festlegung
185 bestimmter Maßstäbe die sowohl das physische als psychische Wohl der Leihmutter
186 immer in den Fokus der einzelnen Situation setzen. Diese Maßstäbe stellen
187 sicher, dass die patriarchale und kapitalistische Ausbeutung der Gebärenden
188 minimiert wird.
- 189 • In Konsequenz die Änderung des Abstammungsrechts in Hinblick auf
190 Leihmutterschaft.

191 **Eizellspenden ermöglichen!**

192 Eine weitere Kinderwunschbehandlung, die im Ausland auf verschiedene Weise
193 legalisiert ist, ist die Eizellspende. Bei dieser werden der spendenden Person nach
194 einer hormonellen Behandlung gereifte Eizellen entnommen, die dann für eine
195 Kinderwunschbehandlung mit IVF einer anderen Frau oder Person mit Uterus eingesetzt
196 werden können. Dieser Prozess bedeutet also, dass die austragende schwangere Person
197 keine biologische Verwandtschaft mit dem späteren Kind hat. Die Eizellspende ist
198 insofern als Pendant zur Samenspende zu verstehen, mit dem Unterschied, dass letztere
199 in Deutschland legal ist. Der Grund dafür liegt abermals im Embryonenschutzgesetz.
200 Dieses regelt, dass einer Frau oder Person mit Uterus nur eigene Eizellen wieder
201 eingesetzt werden dürfen; auch hier richtet sich die Strafbarkeit dabei gegen die
202 Mediziner*innen. Für die ungewollt Kinderlosen in Deutschland, die auf eine
203 Eizellspende angewiesen sind, bedeutet auch dieser Fall vor allem wieder finanziellen
204 Aufwand. Denn die Eizellspende ist in vielen Ländern in der EU legal und kann in
205 Anspruch genommen werden, wenn die erforderlichen finanziellen Mittel vorhanden sind.
206 So kann eine Eizellspende etwa in Belgien, Polen, Tschechien oder Österreich
207 stattfinden, wenn die erforderlichen Kosten von 7.500-9.000 Euro erbracht werden
208 können. Auch bei der Argumentation gegen die Eizellspende fällt oftmals das Argument
209 der finanziellen Ausbeutung von der spendenden Person. Genauso wie bei der
210 Leihmutterschaft ist hier jedoch anzuführen, dass mit einer Legalisierung eine
211 umfangreiche Regulierung der Auswahl der spendenden Person erfolgen muss.

212 In einem Punkt unterscheidet sich der Fall der Eizellspende beträchtlich von der
213 Leihmutterschaft: Denn das Kind hat eine biologische Verwandtschaft zu der Person,
214 die die Eizelle gespendet hat. Interessenverbände von mit Samenspenden gezeugten
215 Kindern kämpfen (nicht nur in Deutschland) seit Jahren für das Recht auf das Wissen
216 über die eigene Abstammung. Und klar sein muss: Auch im Fall einer Eizellspende muss
217 dieses Recht gestärkt und anerkannt werden! Etwa Österreich hat hier eine Regelung
218 gefunden, die genau dies gewährleisten soll: Dort haben Kinder, die durch eine
219 gespendete Eizelle gezeugt wurden, das Recht mit 14 Jahren den Namen der biologischen
220 Mutter zu erfahren.

221 Wir fordern:

- 222 • Die Legalisierung der Eizellspende mit der Einführung notwendiger Gesetze und
223 Verordnungen, die das Risiko der Ausbeutung minimieren.
- 224 • Die Einführung des Rechts des gezeugten Kindes die Identität der spendenden
225 Person zu erfahren, um sich über die eigene Abstammung zu informieren.
- 226 • Eine gleiche finanzielle Unterstützung für alle Menschen mit Kinderwunsch,
227 unabhängig von ihrem Familienstand.

228 **Kein Kinderwunsch? - Kein Problem!**

229 Genauso wie die Möglichkeit der Erfüllung des Kinderwunsches gehört zur reproduktiven
230 Selbstbestimmung auch die Gewährleistung der Kinderlosigkeit, wenn dies gewünscht
231 ist. Neben dem Recht auf Abtreibung umfasst dies selbstverständlich auch die
232 Notwendigkeit kostenloser Verhütungsmittel - und zwar ein Leben lang!

233 Ein Mittel der Verhütung für Frauen und Menschen mit Uterus, dass bestmöglich die
234 Kinderlosigkeit gewährleisten würde, ist in Deutschland jedoch nur schwer zugänglich:
235 Die Sterilisation. Medizinisch gesehen ist eine Sterilisation keine Neuerung. In
236 der Realität wird sie jedoch vor allem als Behandlungsmaßnahme etwa bei Krebs oder
237 Krankheiten wie Endometriose genutzt. Die freiwillige Sterilisation, bei der die
238 Eileiter durchtrennt werden, bleibt vielen bewusst Kinderlosen oder auch Frauen und
239 Menschen, die keine weiteren Kinder mehr wollen, verwehrt. Der Grund dafür liegt in
240 unserer patriarchalen Gesellschaft, die es Frauen noch immer strukturell abspricht,
241 über ihren eigenen Körper entscheiden zu können. Besonders junge Frauen müssen sich
242 auf eine Odyssee von einer Praxis zur nächsten machen, wenn sie sich für eine
243 Sterilisation entschieden haben. Die Ärzt*innen weisen sie dann zumeist ab mit der
244 Begründung, dass sie noch keine Kinder hätte und sie diese später ja noch haben
245 wollen könnten. Auch wird die Behandlung oft verweigert, weil die Sterilisation bei
246 Frauen sowie Menschen mit Uterus nicht in jedem Fall reversibel ist. Für uns ist
247 klar: Wir sprechen jeder Person die Autonomie zu, selbst entscheiden zu können, was
248 mit dem eigenen Körper passiert und ob ein Kinderwunsch besteht oder nicht. Zur
249 reproduktiven Selbstbestimmung gehört für uns deshalb selbstverständlich auch die
250 Sterilisation für Frauen und Menschen mit Uterus!

251 Besonders prekär: In Deutschland gesellt sich zu der patriarchalen Tabuisierung noch
252 eine erhebliche ökonomische Belastung bei einer Sterilisation. Denn: In der Regel
253 müssen die Betroffenen selbst für die Sterilisation aufkommen; Krankenkassen zahlen
254 meist nur jene Sterilisationen, die medizinisch notwendig sind. Weshalb eine Person,
255 die sich selbst über die eigenen Wünsche und Bedürfnisse im klaren ist, aus Geldnot
256 über Jahre hinweg auf Verhütungsmittel angewiesen sein sollte, weil eine
257 Sterilisation, die bis zu 1000 Euro kosten kann, nicht möglich scheint, ist unklar.
258 Dies betrifft selbstverständlich auch die Vasektomie, die in Deutschland ebenso wenig
259 von Krankenkassen bezahlt wird, wenn keine medizinische Notwendigkeit besteht.

260 Deshalb fordern wir:

- 261 • Die Enttabuisierung der Sterilisation bei Frauen, besonders bei jungen Frauen!
- 262 • Die Kostenübernahme von Krankenkassen für Sterilisationen und Vasektomien, und
263 zwar in jedem Fall.

264 **Die feministische Dimension der reproduktiven Selbstbestimmung**

265 Für uns als feministischen Richtungsverband ist die Analyse patriarchaler
266 Verhältnisse unserer Gesellschaft in allen Fällen grundlegend. Deshalb bleibt
267 abschließend festzustellen, dass die Debatte um reproduktive Selbstbestimmung niemals
268 ohne die feministische Perspektive zu führen ist. Für uns stellt es in diesem
269 Zusammenhang keinen Zufall dar, dass ausgerechnet die Behandlungen der reproduktiven
270 Selbstbestimmung, die sich an Frauen und Menschen mit Uterus richten, strenger
271 reguliert sind. Etwa die Vasektomie ist bei Männern gängige Praxis, obwohl sie auch
272 bei ihnen nicht in jedem Fall reversibel ist. Und auch die Samenspende ist erlaubt
273 und seit Jahrzehnten geregelt. Natürlich ist zwischen der körperlichen Belastung bei
274 Eizellspende und Samenspende durch den*die Spender*in zu unterscheiden: Klar ist
275 jedoch, dass für jeden medizinischen Eingriff gelten sollte, dass die betroffene
276 Person unter Rat der zuständigen Fachärzt*innen selbst beurteilen kann, ob das Risiko
277 für sie vertretbar ist. Ist dies der Fall, sollte keine gesellschaftliche Auffassung
278 von Frauen als Mütter oder Vorstellungen von Kernfamilien im Sinne der
279 heterosexuellen Norm darüber entscheiden, wie die reproduktive Selbstbestimmung
280 gestaltet wird.

Antrag G03: Trans* liberation now: Für ein echtes Selbstbestimmungsgesetz!

Antragsteller*in:	Jusos Berlin
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Das geplante Selbstbestimmungsgesetz ist ein großer Fortschritt für die
- 2 Selbstbestimmung von trans* Menschen. Nach einem jahrelangen Kampf wird das
- 3 entwürdigende TSG endlich abgeschafft. Bereits 1993, 2005, 2006, 2008 und 2011 wurden
- 4 Teile des TSG für verfassungswidrig erklärt. Die Reform kommt also viel zu spät.
- 5 Auch das vorgestellte Eckpunktepapier geht an einigen Stellen nicht weit genug. Vor
- 6 allem Minderjährigen hilft es nicht zu ihrem Recht auf Selbstbestimmung. Sie sind in
- 7 weiten Teilen auf die Gunst ihrer Sorgeberechtigten angewiesen. Dies mag in Familien
- 8 mit einer liberalen Haltung funktionieren, aber wir wissen, dass dies bei weitem
- 9 nicht in jedem Haushalt der Fall ist.
- 10 Sorgeberechtigte, die nicht akzeptieren, dass ihr Kind trans* ist, sollen laut
- 11 Eckpunktepapier die Möglichkeit haben, ihren Kindern bis zum 14. Lebensjahr den
- 12 Zugang zu echter Selbstbestimmung gänzlich zu verwehren. Von 14 bis 18 können sie
- 13 zwar durch ein Familiengericht überstimmt werden, aber es fehlen klare Anhaltspunkte,
- 14 unter welchen Voraussetzungen das geschehen kann.
- 15 Warum die Kompetenzen des Familiengericht in diesem Fall überhaupt durch eine
- 16 Altersgrenze eingeschränkt werden, ist nicht nachvollziehbar – schließlich kann das
- 17 Familiengericht im Regelfall des § 1666 Absatz 3 Nummer 5 Bürgerliches Gesetzbuch
- 18 altersunabhängig Erklärungen der Sorgeberechtigten ersetzen, wenn das Kindeswohl es
- 19 erfordert.
- 20 Außerdem bleibt in den Eckpunkten unklar, wie das familiengerichtliche Verfahren
- 21 eingeleitet wird. Es ist gut denkbar, dass trans* Kinder und Jugendliche mit einem
- 22 unübersichtlichen Verfahren alleingelassen und in die Zwangslage gebracht werden,
- 23 ihre eigenen Sorgeberechtigten verklagen zu müssen.
- 24 Das können wir so nicht hinnehmen. Auch Minderjährige müssen ein Recht auf
- 25 Selbstbestimmung erhalten. Niemand darf gezwungen werden, in einem Geschlecht zu
- 26 leben, dem er*sie sich nicht zugehörig fühlt. Kinder und Jugendliche sollten die
- 27 Möglichkeit bekommen, selbst ihre Erklärung beim Standesamt abzugeben. Falls ihre
- 28 Sorgeberechtigten dem Wunsch nicht zustimmen, sollten Minderjährige keine Sorge haben
- 29 müssen, die eigenen Sorgeberechtigten verklagen zu müssen. Daher wollen wir, dass das
- 30 Standesamt selbst das Familiengericht einschaltet. Vorherige Schulungen von
- 31 richterlichem Personal, eine mit der Situation und den Bedürfnissen von trans*
- 32 Menschen vertraute Verfahrensbetreuung sowie ein umfassendes Beratungsangebot sollen
- 33 den Schutz des Kindes sicherstellen.
- 34 Um das Verfahren möglichst niedrigschwellig zu gestalten, sollen trans* Menschen
- 35 ihren Antrag bei jedem Standesamt einreichen können. Außerdem wollen wir
- 36 sicherstellen, dass das Selbstbestimmungsgesetz von allen Menschen in Anspruch
- 37 genommen werden kann, unabhängig vom Pass. Es muss verhindert werden, dass Personen

38 für die Anpassung von Namen und Geschlechtseintrag in ein Land reisen müssen, in dem
39 sie möglicherweise verfolgt oder inhaftiert werden, oder Nachweise über die
40 Regelungen in einem Heimatland beibringen müssen, zu dem sie möglicherweise gar
41 keinen Bezug mehr haben.

42 Das Selbstbestimmungsgesetz selbst betrifft lediglich die Anpassung von Namen und
43 Geschlechtseintrag, es hat also nichts mit medizinischen Maßnahmen zu tun. Dennoch
44 ist der Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung ein wichtiger Teil von
45 geschlechtlicher Selbstbestimmung. Selbstbestimmung darf aber keine Frage des
46 Geldbeutels sein, sondern die gesetzlichen Krankenkassen müssen auch für solche
47 Behandlungen zahlen. Das ist bislang leider nicht immer der Fall. Die Leitlinie
48 „Geschlechtsinkongruenz, Geschlechtsdysphorie und Trans-Gesundheit“ gibt einen guten
49 Überblick, welche Behandlungen erforderlich sein können und somit auf jeden Fall von
50 der Krankenkasse getragen werden sollten.

51 Zuletzt darf der Sport nicht außer Acht gelassen werden. Die vorgestellten Eckpunkte
52 sehen vor, dass der organisierte Sport in eigener Zuständigkeit Regelungen zur
53 Teilnahme von trans* Menschen trifft. Das greift leider zu kurz. So sehen die
54 kürzlich vorgestellten Regelungen des Schwimm-Weltverbands zum Beispiel vor, dass
55 trans* Frauen nur dann an Frauen-Wettbewerben teilnehmen können, wenn sie sich schon
56 bis zum zwölften Lebensjahr oder mit Eintreten der Pubertät einer Hormontherapie
57 unterzogen haben. Eine derart frühe Altersgrenze setzt trans* Mädchen in
58 unverhältnismäßiger Form unter Druck, eine möglicherweise übereilte Entscheidung für
59 eine Transition zu treffen. Solche Regelungen dürfen kein Vorbild für andere
60 Sportarten sein.

61 Wir wollen ein echtes Selbstbestimmungsgesetz, das alle Menschen mitdenkt. Daher muss
62 das Eckpunktepapier nachgeschärft werden, um auch eine Selbstbestimmung für
63 Minderjährige und Menschen ohne deutschen Pass sicherzustellen und das Verfahren nach
64 dem neuen Selbstbestimmungsgesetz niedrigschwellig und unbürokratisch gestaltet. Die
65 Namensänderung ist für trans* Menschen bezüglich des Wohlbefindens etwas essenzielles
66 und mit der eigenen Würde verbunden. Es dürfen dabei keine, auch keine kleinen,
67 Hürden finanzieller Art entstehen. Wir begrüßen, dass das Bundesjustiz- und das
68 Bundesfamilienministerium Eckpunkte für das im Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien
69 vorgesehene Selbstbestimmungsgesetz vorgelegt haben. Damit rückt die lange
70 überfällige Abschaffung des sogenannten Transsexuellengesetzes endlich näher. Wir
71 unterstützen ausdrücklich, dass die Anpassung von Vornamen und Geschlechtseintrag
72 künftig in einem einfachen Verfahren vor dem Standesamt ohne vorherige
73 Zwangsgutachten möglich sein soll.

74 Dennoch bleiben die Eckpunkte hinter einem echten Selbstbestimmungsgesetz zurück. Wir
75 fordern deshalb die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und die
76 sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, sich für folgende
77 Verbesserungen und Klarstellungen einzusetzen:

- 78 • Die Erklärungen zur Änderung von Namen und Geschlechtseintrag müssen an jedem
79 Standesamt abgegeben werden können. Es wäre nicht zumutbar, wenn Menschen nur
80 für die Abgabe dieser Erklärung das Standesamt ihres Geburtsortes aufsuchen
81 müssten.
- 82 • Auch Menschen, die ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Deutschland leben,
83 müssen das Selbstbestimmungsgesetz in Anspruch nehmen können. Die derzeit

- 84 übliche Prüfung, ob das Recht des Heimatstaats eine vergleichbare Regelung
85 kennt, verursacht unnötigen und zeitraubenden Bürokratieaufwand. Zudem kommt
86 hinzu, dass in vielen Ländern trans* Menschen nach wie vor verfolgt und
87 diskriminiert werden. Dass diese Transfeindlichkeit sie bis nach Deutschland
88 verfolgt, ist nicht hinnehmbar.
- 89 • Auch die Anpassung geschlechtsspezifischer Nachnamen soll in das
90 Selbstbestimmungsgesetz aufgenommen werden. Wenn ein trans* Mensch einen Namen
91 mit geschlechtsspezifischer Endung führt, wie es z.B. in nord- und
92 osteuropäischen Ländern verbreitet ist, würde es andernfalls zu einer
93 sinnwidrigen Diskrepanz zwischen Vor- und Nachnamen kommen.
 - 94 • Auch bei Minderjährigen unter 14 Jahren soll das Familiengericht eine am
95 Kindeswohl orientierte Entscheidung treffen können, wenn die Sorgeberechtigten
96 die Zustimmung zur Anpassung von Namen oder Geschlechtseintrag verweigern. Im
97 familiengerichtlichen Verfahren ist sicherzustellen, dass ein*e
98 Verfahrensbetreuer*in bestellt wird, die mit der Situation und den Bedürfnissen
99 von trans* Menschen vertraut ist.
 - 100 • Bei Minderjährigen ist das Verfahren altersunabhängig so zu gestalten, dass
101 diese die Erklärung zur Änderung von Namen und Geschlechtseintrag selbst abgeben
102 können, wie es im Eckpunktepapier bereits für Minderjährige ab 14 Jahren
103 vorgesehen ist.
 - 104 • Das Standesamt soll von Amts wegen das Familiengericht anrufen, wenn ein*e
105 Minderjährige*r die Anpassung von Namen und Geschlechtseintrag verlangt und die
106 Sorgeberechtigten auch nach Aufforderung durch das Standesamt keine Zustimmung
107 erteilen.
 - 108 • Sowohl die Sorgeberechtigten als auch das Familiengericht müssen verpflichtet
109 sein, die Wünsche eines minderjährigen Kindes bezüglich des eigenen Namens und
110 Geschlechtseintrags vorrangig zu berücksichtigen. Bei entsprechender Reife muss
111 die Entscheidung in das Selbstbestimmungsrecht des Kindes fallen. Daher muss
112 auch die Altersgrenze für eine eigenständige Entscheidung ohne Beteiligung der
113 Sorgeberechtigten abgesenkt oder abgeschafft werden.
 - 114 • Ergänzend zum Offenbarungsverbot, das mit § 5 TSG bereits Teil der geltenden
115 Rechtslage ist, ist eine ausdrückliche Regelung aufzunehmen, wonach Menschen
116 nach Anpassung von Namen oder Geschlechtseintrag einen gesetzlichen Anspruch
117 gegen private und öffentliche Stellen auf Ausstellung von Dokumenten, Zeugnissen
118 und anderen Bescheinigungen mit den neuen Personendaten haben.
- 119 Das Selbstbestimmungsgesetz soll darüber hinaus nur Erleichterungen für die Änderung
120 von Vornamen und Geschlechtseintrag enthalten. Um die Lebenssituation von trans*
121 Menschen wirksam zu verbessern, braucht es aber weitere Maßnahmen. Wir fordern
122 deshalb die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen
123 Mitglieder der Bundesregierung auf, sich für folgende zusätzliche Maßnahmen
124 einzusetzen und diese zeitnah in die Wege zu leiten:
- 125 • Um trans* Menschen zu unterstützen und in die Lage zu versetzen, ihr
126 Selbstbestimmungsrecht in Anspruch zu nehmen, ist die in den Eckpunkten
127 vorgesehene Stärkung von Beratungsangeboten besonders wichtig. Insbesondere für
128 Minderjährige sind niedrigschwellige spezialisierte Anlauf- und Beratungsstellen

129 auszubauen, abzusichern oder neu zu schaffen, die diese bei der Wahrnehmung
130 ihrer Rechte unterstützen und während des Verfahrens, das das
131 Selbstbestimmungsgesetz vorsieht, begleiten können. Die Einführung eines
132 Rechtsanspruchs auf eine qualifizierte Beratung ist zu prüfen. Weiterhin ist zu
133 prüfen, ob Sorgeberechtigte von trans* Kindern zur Wahrnehmung einer Beratung
134 verpflichtet werden können.

- 135 • Eltern, die ihren Geschlechtseintrag haben ändern lassen, sind in der
136 Geburtsurkunde des Kindes mit einer Bezeichnung einzutragen, die ihrem
137 geänderten Geschlechtseintrag entspricht.
- 138 • Wie vom Koalitionsvertrag gefordert müssen die Kosten geschlechtsangleichender
139 Behandlungen vollständig von der gesetzlichen Krankenversicherung übernommen
140 werden. Das gilt auch für eventuell angeforderte Gutachten. Das
141 Bundesministerium für Gesundheit muss zeitnah ein Konzept vorlegen, mit dem
142 sichergestellt wird, dass trans* Menschen bei entsprechender ärztlicher
143 Empfehlung einen Anspruch auf Kostenübernahme hinsichtlich der Behandlungen
144 haben, die in der einschlägigen S3-Leitlinie „Geschlechtsinkongruenz,
145 Geschlechtsdysphorie und Trans-Gesundheit“ empfohlen werden, welche unter
146 Federführung der Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung erarbeitet wurde.
147 Ergänzend zu den geschlechtsanpassenden Operationen muss auch die Namenänderung
148 für trans* Menschen beim Standesamt gebührenfrei sein.
- 149 • Bezüglich der Teilnahme an Sportveranstaltungen und Wettkämpfen ist
150 sicherzustellen, dass keine Regelungen getroffen werden, die trans*
151 Sportler*innen ausschließen oder benachteiligen.

Antrag G04: Feuer und Flamme für Queerfeminismus

Antragsteller*in:	Jusos Thüringen
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Wir Jusos zeigen uneingeschränkte Solidarität mit der LGBTIQ+-Community und setzen
- 2 uns gemeinsam mit ihr für die Rechte von queeren Menschen ein. Wir sagen Homo-, Bi-,
- 3 Trans-, Inter- sowie Queerphobie und Feindlichkeit gegenüber allen Mikrolabels den
- 4 Kampf an. Wir leisten stetige Aufklärungsarbeit und sorgen für mehr Sichtbarkeit der
- 5 Community, sowohl auf der Straße als auch im Netz.
- 6 Sozialistisch, feministisch, antifaschistisch, internationalistisch - mit diesen
- 7 Adjektiven definieren wir uns Jusos bis jetzt auf unseren Social-Media-Kanälen und
- 8 darüber hinaus. Um auch hier für mehr Sichtbarkeit der queeren Community zu sorgen,
- 9 ändern wir bis Ende 2022 in allen Messengern, auf unserer Homepage und auf möglichen
- 10 anderen digitalen Formaten das Adjektiv „feministisch“ zu „queerfeministisch“, sofern
- 11 es der Selbstbeschreibung dient. Ähnlich verhält es sich mit allen Druckerzeugnissen,
- 12 die in Zukunft mit diesen Adjektiven versehen sein sollen. Auch wollen wir unser
- 13 queerfeministisches Selbstverständnis in der gesprochenen und geschriebenen Sprache
- 14 widerspiegeln.
- 15 Denn die Zukunft ist queerfeministisch!

Begründung

Queere Menschen werden aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität tagtäglich diskriminiert und angegriffen. Die Hasskriminalität gegenüber schwulen, lesbischen, bi-, trans-, inter- und asexuellen Menschen stieg sogar immer mehr an in den letzten Jahren. Ein unfassbares aktuelles Beispiel ist der Tod des trans Mannes Malte, der auf dem CSD in Münster brutal niedergeschlagen wurde und anschließend seinen Verletzungen erlag - nur weil er zwei lesbischen Frauen helfen wollte, die angegriffen wurden.

Laut Bundesinnenministerium wurden 2021 insgesamt 870 Angriffe aufgrund der sexuellen Orientierung zur Anzeige gebracht und 340 Angriffe aufgrund der geschlechtlichen Identität. Die Berliner Polizei schätzt die Dunkelziffer auf zwischen 80 bis 90 %, somit liegt die realistische Zahl aller queerfeindlichen Angriffe 2021 in Deutschland zwischen 6.000 und 12.000. Daher ist es unglaublich wichtig, die queere Community zu schützen, zu unterstützen und sichtbarer zu machen. Hierfür gibt es kein allumfassendes Patentrezept, aber jede noch so kleine Aktion oder Maßnahme hilft queeren Menschen im Alltag.

Antrag G05: TERF ist kein Feminismus!

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Wir wollen klarstellen, das TERF (Trans-Exklusiver Radikal“feminismus“) keinen
2 Feminismus verkörpert. Denn für uns steht fest:
 - 3 1. Transfeindliche Aussagen sind nie feministisch. Feminismus muss immer auch
4 solidarisch mit trans Menschen sein.
 - 5 2. Sich bei RadFem (Radical Feminism) zu engagieren halten wir für unvereinbar mit
6 einer Mitgliedschaft in der SPD oder den Jusos.
 - 7 3. Transfeindliche Aussagen dürfen nicht reproduziert werden. Das gilt insbesondere
8 für folgende gängige „Argumente“ der TERFs: 3.1: Die Behauptung „Trans sei
9 Trend“. Trans ist kein Trend. Es gibt aktuell durchaus die Entwicklung, dass
10 sich mehr trans Personen jünger outen, das ist allerdings hauptsächlich auf den
11 Abbau von Diskriminierungen und die größere gesellschaftliche Sichtbarkeit von
12 Transidentität zurückzuführen. Dieses Argument dient nur der weiteren
13 Marginalisierung einer bereits marginalisierten Gruppe und spricht trans
14 Menschen ihre Geschlechtsidentität ab. Trans zu sein ist keine Entscheidung und
15 kann somit kein Trend sein. Dieses Argument geht meist damit einher, dass TERFs
16 behaupten, es gäbe einige wenige „wahre“ trans Personen, deren Identität sie (um
17 ihre Transfeindlichkeit zu kaschieren) anerkennen, dass die meisten trans
18 Personen und insbesondere nicht-binäre Menschen oder trans Menschen, die keine
19 Hormone nehmen oder Operationen machen wollen keine „wahren“ trans Menschen
20 seien. Für uns ist klar: Trans ist, wer ich als trans identifiziert und das ist
21 valide. Es gibt keine „wahren“ oder „falschen“ trans Personen.
22 3.2: TERFs definieren Geschlecht meist rein biologistisch. Ihnen zufolge lässt sich
23 vom Körper zweifelsfrei auf eins von zwei Geschlechtern schließen, dass unveränderbar
24 ist. Das ist schlicht falsch. Für uns ist klar: Körperliche Merkmale sagen per se
25 nichts über das Geschlecht einer Person aus. Trans und intergeschlechtliche Menschen
26 existieren und ihre Identitäten sind valide.
27 3.3: Der Vorwurf, trans Frauen würden sich in Frauenschutzzräume einschleichen und
28 diese unterwandern und zerstören. Diese Aussage spricht trans Frauen ihre Frausein
29 ab. Für uns ist klar: Trans Frauen sind Frauen und haben damit jedes Recht auf
30 die gleichen Schutzmechanismen wie cis Frauen. Dieser Vorwurf von TERFs ist umso
31 perfider, wenn mensch bedenkt, dass trans Frauen nicht nur Sexismus erfahren, sondern
32 darüber hinaus auch Transfeindlichkeit sowie die spezifische Intersektion beider
33 Diskriminierung, Transmisogynie, und deshalb besonderen Bedarf für Schutzräume haben.
34 3.4: TERFs inszenieren sich oft als Opfer, wenn sie sie als transfeindlich benannt
35 werden und entsprechenden Gegenwind erfahren. Für uns ist klar: Menschenfeindlichkeit
36 ist keine Meinung, Transfeindlichkeit als solche zu benennen und gegen sie
37 einzutreten ist keine „Cancel Culture“, sondern im Gegenteil das Mindestmaß an
38 Solidarität mit trans Menschen.

Begründung

TERF ist entpuppt sich in zunehmender Weise als Sprachrohr transfeindlicher Aussagen, die man ansonsten aus dem rechten Lager vernimmt. Anstatt den Feminismus zu fördern, erweisen sich Aussagen von Alice Schwarzer, Terre des Femmes, RadFem und co als transfeindliche Ressentiments, die bewusst geschürt werden, um die Angst vom Verlust der Deutungshoheit des Feminismus zu verdecken und sich bereits dem Namen nach als ausschließende „feministische Bewegung“ zu stilisieren. Aussagen wie: „Meine persönliche Überzeugung: Trans-Frauen sind nicht Frauen, Trans-Männer sind nicht Männer. Sie haben ihre Geschichte, die sie zu etwas Besonderem macht, eben zu „Migranten“, nicht „Natives“ – also zu „Einwanderern“ in das entsprechende Geschlecht, nicht zu „Eingeborenen“, offenbaren ein rückwärtsgewandtes und mitunter auch rassistisches Denkmuster, das die Bemühungen des Feminismus - wie ihn unser Verband versteht - untergräbt.[1] Eine weitere Aussage die tief in das Denkmuster von TERF blicken lässt, ist die von Alice Schwarzer und Chantal Louis, die mit ihrem jüngst veröffentlichten Buch „Transsexualität. Was ist eine Frau? Was ist ein Mann?“ u.a. die Behauptung aufgestellt haben „Trans sei Trend“. Eine solche, von offenkundiger Unwissenheit und spitzfindiger Bösartigkeit getragene Aussage, spiegelt ein Geschlechterverständnis wider, das nur zwei Geschlechter kennt und diese auf keiner Körperlichkeit basiert. Neben weiteren geistigen Verirrungen stellen die beiden auch die absurde These auf, dass trans* Menschen die feministischen Ziele unterwandern würden, weil sie, anstatt Geschlechternormen zu überwinden, diese durch ihre Transidentität und Transition gar reproduzieren würden.[2]

Auch innerhalb unserer eigenen Partei gibt es TERFs. Ein Beispiel ist Leni Breymaier, die aus Überzeugung gegen das Selbstbestimmungsgesetz in der vergangenen Legislatur stimmte und dies auch ohne Fraktionsdisziplin getan hätte. Im Übrigen konnte nur durch massiven Druck der queeren Community verhindert werden, dass im Zuge der Koalitionsverhandlungen die AG Gleichstellung und Vielfalt von Seiten der SPD durch Leni Breymaier geleitet wurde. Für uns als Jusos ist klar, dass wir uns an solchen Diskriminierungen nicht beteiligen werden. Debatten über TIN* Personen über den Köpfen dieser Menschen hinweg zu führen lehnen wir entschieden ab. TERF ist kein Feminismus! Trans Personen und ihre Identitäten sind valide! In unserer Welt darf kein Platz für Transfeindlichkeit sein!

[1] Facebook-Post von Inge Bell, TdF Vorstandsmitglied, vom Dez. 2019

[2] Schwarzer/Louis, Transsexualität.

Antrag G06: Sexarbeit ist Arbeit!

Antragsteller*in:	Jusos Berlin
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 In unserer Gesellschaft denken viele bei "Prostitution" häufig an ein System, das
2 Menschen dazu nötigt, ihren Körper und sexuelle Handlungen zu verkaufen. Dies ist
3 jedoch ein Verständnis, das zu kurz greift. Gemeint ist dann häufig die
4 Zwangsprostitution, welche wiederum strafbar ist. Eine sprachlich korrekte Trennung
5 zwischen diesen beiden Begriffen ist wichtig, um kein fälschliches Bild von
6 selbstbestimmter Sexarbeit zu zeichnen. Darüber hinaus ist es wichtig, eben diese
7 selbstbestimmte Sexarbeit zu entstigmatisieren. Eine Lösung wie das Nordische Modell
8 oder Sexkaufverbot, das lediglich Kund*innen kriminalisiert und dabei
9 Sexarbeiter*innen außenvorlassen möchte, führt allerdings zu vermehrter Illegalität
10 und Verdrängung der selbstbestimmten Arbeit und gefährdet so Sexarbeiter*innen – so
11 ist es in Ländern erkennbar, die diese Regelung eingeführt haben.
- 12 Gerade im illegalen Bereich, in dem die Sexarbeiter*innen, die diese Arbeit ausüben,
13 nicht selbstbestimmt sind, sind die psychischen Erkrankungen, wie Sucht,
14 Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) und Depressionen signifikant häufiger
15 vertreten als in der Gesamtbevölkerung. Gleichzeitig haben diese Menschen einen
16 deutlich erschwerten Weg ins Hilfesystem oder kommen erst gar nicht dahin. Während
17 der Corona-Zeit hatten außerdem auch Sexarbeiter*innen massive Probleme, sei es durch
18 Einkommensnot oder Berufsverbote mit darauffolgender unvermeidbarer Arbeit im
19 illegalen Bereich. Deshalb gilt es besonders jetzt, erneut darauf hinzuweisen, in
20 welchen prekären Situationen sich Sexarbeiter*innen befinden, und die Gewährleistung
21 einer sicheren Ausübung dieses Berufs zu fordern.
- 22 Unser Ziel als Jusos ist es, diese Arbeit, wie jede andere auch, bestmöglich zu
23 unterstützen und Sexarbeiter*innen zu schützen. Wir müssen Sexarbeiter*innen helfen,
24 die diese Arbeit nicht zwanglos ausüben können und verschiedene Hilfsangebote
25 schaffen. Die Selbstbestimmung des eigenen Körpers sollte immer unabdingbar sein –
26 dabei dürfen Menschen, die diese Arbeit als ihren Beruf ansehen, nicht ausgeschlossen
27 werden. Durch das Zusammenspiel dieser Aspekte ist die Lösung, alle Menschen, die
28 diese Dienstleistungen in Anspruch nehmen, zu kriminalisieren, ein Rückschritt für
29 diejenigen, die diesen Beruf ohne Zwang oder sozio-ökonomischen Druck ausüben und
30 bringt sie zudem in Gefahr.
- 31 Wir wollen alle Sexarbeiter*innen adäquat unterstützen und schützen und deshalb steht
32 für uns fest:
- 33 **Wir fordern einen Ausbau der finanziellen Förderung von Programmen, die**
34 **Einsteiger*innen in die Sexarbeit begleiten.**
- 35 Im Bereich der Sexarbeit gibt es Programme wie z.B. von Hydra e.V., die Treffen und
36 Beratungen organisieren, um die Menschen auf ihren Beruf vorzubereiten. Hier besteht
37 die Möglichkeit, sich offen und ohne Scham über schon bereits gemachte Erfahrungen
38 auszutauschen und zu lernen, wie man sich schützen kann. Es ist unabdingbar, dass in
39 diesem Bereich eine stärkere und bessere Vernetzung stattfinden kann. Deshalb ist

40 eine staatliche Förderung solcher Programme sinnvoll und sollte finanziell ausgebaut
41 werden.

42 **Wir fordern eine Förderung der Ausübung selbstbestimmter Sexarbeit, in dem das**
43 **Meldeverfahren einer solchen Tätigkeit wie für eine Selbstständigkeit reduziert und**
44 **die gesundheitliche Betreuung vereinfacht wird.**

45 Teile der Sexarbeit sind zwar legal, allerdings kann man diesen Bereich durch
46 vereinfachte Bürokratie und aktive Unterstützung vergrößern. Dabei hilft es z.B.,
47 dass angemietete Wohnungen der Arbeiter*innen unkomplizierter als Geschäftsräume
48 akzeptiert und als Arbeitsstelle registriert werden. Des Weiteren sollten regelmäßige
49 ‚Gesundheits-CheckUps‘ auch bei Hausärzt*innen oder Gynäkolog*innen gemacht werden
50 können und nicht nur wie so häufig in gesonderten Stellen. Die allgemeine Absonderung
51 durch das Prostituiertenschutzgesetz berücksichtigt nicht den Fall einer völlig
52 eigenständigen Arbeit, sondern drängt die Menschen wieder in eine Opferrolle.

53 **Wir fordern eine Förderung der Entstigmatisierung des Berufs und einer aktiven**
54 **Aufklärungsarbeit, die schon im Schulunterricht beginnt.**

55 Ein großer Teil der Bevölkerung schließt Menschen mit diesem Beruf aus Teilen des
56 gesellschaftlichen Lebens aus, hat Vorurteile und stigmatisiert diese Menschen.
57 Deshalb ist es unabdingbar schon früh Schüler*innen den Unterschied zwischen
58 selbstbestimmter Sexarbeit und Zwangsprostitution aufzuzeigen. In Verbindung mit
59 Aufklärungsunterricht sollten Programme entwickelt werden, die alle Aspekte der
60 Sexarbeit thematisieren, die Gefahren, aber auch, dass es Menschen gibt, die diesen
61 Beruf selbstbestimmt ausüben. Des Weiteren sollten Menschen, die aussteigen wollen,
62 Unterstützung, auch gesetzlich, gegen Diskriminierung erhalten. Es ist immer noch der
63 Fall, dass ehemalige Sexarbeiter*innen große Lücken in ihrem Lebenslauf bei
64 Bewerbungen in Kauf nehmen, weil sie wissen, dass sie keine Ausbildung oder einen Job
65 bekommen, wenn sie angeben, was sie beruflich gemacht haben. Die gesellschaftliche
66 Entstigmatisierung und Akzeptanz selbstbestimmter Sexarbeit, würde also auch
67 bedeuten, dass Menschen selbstbestimmt aus diesem Beruf aussteigen können und nicht
68 dadurch fürchten müssen, keine Anstellung im Anschluss zu finden.

69 **Wir fordern die stärkere finanzielle, materielle und personelle Förderung von**
70 **Programmen für Aussteiger*innen aus der Zwangsprostitution, Prostitution und**
71 **Sexarbeit im Rahmen von Notunterkünften und niedrigschwelligen Beratungsstellen.**

72 Ebenfalls ist es eine wichtige Aufgabe, allen Menschen, die diese Arbeit nicht mehr
73 machen wollen oder nie machen wollten, schnelle und einfache Möglichkeiten zu bieten,
74 aus der Prostitution bzw. Sexarbeit auszusteigen. Hierfür gibt es bereits vorhandene
75 Strukturen, die erweitert und staatlich gefördert werden sollten. Beratungsstellen
76 helfen dabei den Sexarbeiter*innen Bewerbungen zu formulieren, sie zu schützen und
77 vor potenzieller Gewalt abzusichern. Auch hier wird deutlich das Strukturen wie
78 Frauen*häuser ausgebaut und die Platzzahl erhöht werden muss. Die Beratungsstellen
79 begleiten diese Menschen oft über einen langen Zeitraum, weshalb mehr geschulte
80 Sozialarbeiter*innen in diesem Bereich benötigt werden. Organisationen wie z.B. Olga
81 e.V. (Unterstützung primär bei Drogenabhängigkeit von Frauen*) oder Hydra e.V. sind
82 sehr nah und niedrigschwellig bei Sexarbeiter*innen und können so besser eingreifen
83 und unterstützen. Häufig ist es so, dass eine lange Begleitung notwendig ist, weshalb
84 es umso wichtiger ist Strukturen wie Notunterkünfte, niedrigschwellige Beratungen und
85 Zukunftsperspektiven staatlich zu fördern und die vorhandenen Strukturen auszubauen

86 und zu fördern.

87 **Wir fordern eine Änderung des Prostitutionsgesetzes (ProstG), sodass die**
88 **Eigenständigkeit und Selbstständigkeit von Sexarbeiter*innen stärker herausgestellt**
89 **und gefördert wird.**

90 2016 wurde das Prostitutionsgesetz novelliert. Das neue Prostitutionsschutzgesetz
91 sieht u.a. eine Kondompflicht, eine Registrierung und regelmäßige
92 Gesundheitsuntersuchungen vor. Das Gesetz weist allerdings Mängel aus. So fehlt bspw.
93 eine klare Differenzierung zwischen selbstständig ausgeführter Arbeit (einzelner oder
94 Zusammenschlüsse von Sexarbeiter*innen) und Sexarbeit über "Zwischenhändler*innen".
95 Dabei sollte der Fokus darauf liegen, selbstständige Arbeitsmodelle bzw.
96 selbstständig organisierte Gruppen zu fördern. In der Konsequenz kann das
97 Geschäftsmodell nur als durch Sexarbeiter*innen selbst organisiertes weiter bestehen.
98 Sexarbeiter*innen müssen außerdem Anspruch auf Sozialleistungen erhalten.

99 **Wir fordern die Förderung und den Ausbau von professioneller therapeutischer**
100 **Begleitung im Bereich der Sexarbeit und Prostitution.**

101 Dieser Beruf ist, auch wenn selbstbestimmt, psychisch belastender als viele andere
102 Berufe. Die häufigen Grenzüberschreitungen, die stattfinden können, müssen ähnlich
103 auch wie in anderen Berufen, aufgearbeitet werden. Deshalb sollten es spezielle
104 Begleitmöglichkeiten geben, die Sexarbeiter*innen niedrigschwellig in Anspruch nehmen
105 können. Eine Integration von Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen und approbierte
106 Psychotherapeut*innen, die auf diesen Bereich spezialisiert sind, sollte in den
107 Beratungs- und Vernetzungsstellen etabliert werden. Damit könnten Situationen, in
108 denen Grenzen überschritten wurden, beziehungsweise Arbeit, der nicht selbstbestimmt
109 nachgegangen wird, besser aufgearbeitet und begleitet werden. Durch diese Form der
110 Absicherung, garantiert man erneut, dass Menschen auf absolut freiwilliger Basis und
111 selbstbestimmt in diesem Beruf arbeiten können. Durch therapeutische Maßnahmen können
112 Sexarbeiter*innen ebenfalls lernen, kritische Situationen zu vermeiden.

113 **Wir fordern die Erweiterung und Förderung eines niedrigschwelligen Zugangs zur**
114 **Gesundheitsprävention von vulnerablen Gruppen.**

115 Die bestehende Testpflicht für Sexarbeiter*innen wurde von vielen Sexarbeitsverbänden
116 kritisch gesehen. Dies liegt darin begründet, dass eine Pflicht unterstellt, dass
117 Sexarbeiter*innen zwingend alle Krankheiten hätten, was zur Stigmatisierung der
118 Personen und des Berufs beiträgt. Professionell ausgeführte Sexarbeit findet meist in
119 stark kontrollierten Kontexten statt, in welchen die Sexarbeiter*innen selbst ein
120 hohes Bewusstsein für Hygiene und gesundheitliche Vorsorge haben. Zudem sind sie die
121 einzige Berufsgruppe, bei der diese Art der Testpflicht besteht, was bereits eine
122 Unterstellung und Diskriminierung in sich darstellt.

123 Durch weniger professionalisierte Bereiche der Sexarbeit treten sexuell übertragbare
124 Krankheiten allerdings immer noch häufiger auf als anderswo.

125 Um die bestehende Testpflicht für Sexarbeiter*innen zugänglicher und
126 diskriminierungsfreier zu gestalten, ist eine Umgestaltung der Maßnahmen notwendig.

127 Dafür braucht es die Möglichkeit, sich in regelmäßigen Abständen kostenlos präventiv
128 bei Hausärzt*innen oder Gynäkolog*innen testen lassen zu können. Sexarbeiter*innen
129 sollen Zugang zu regelmäßigen (Selbst-)Tests haben, um sowohl sich selbst schnell
130 testen zu können, als auch potenzielle Kund*innen. Dabei müssen alle

131 Testmöglichkeiten kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

132 Neben der direkten Testung der Sexarbeiter*innen ist es unabdingbar, auch die
133 Gesamtbevölkerung regelmäßig zu testen. Eine selbstverständliche und kostenlose
134 Testung bei den üblichen ärztlichen Check-Ups führt neben der Entdeckung von
135 Infektion auch zu einer massiven Entstigmatisierung von sexuell übertragbaren
136 Erkrankungen.

137 **Ziel unseres politischen Handelns und Tuns, als Jungsozialist*innen, ist die**
138 **Überwindung des Patriarchats und des Kapitalismus, die ausbeuterische Strukturen**
139 **ermöglichen und begünstigen. Die im den voraus genannten Maßnahmen leisten einen**
140 **wichtigen Beitrag dazu, eine rein selbstbestimmte Sexarbeit zu ermöglichen und sicher**
141 **zu gestalten. Klares Ziel ist, dass Sexarbeit nur freiwillig ausgeübt wird. Wer dies**
142 **aber tut, verdient vollständige gesellschaftliche Akzeptanz, keine Benachteiligung**
143 **und eine vollständige Entstigmatisierung. Denn Sexarbeit ist Arbeit!**

144

Antrag G07: Zusammenleben neu denken

Antragsteller*in:	Jusos Hannover
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Der Begriff der Familie ist so variabel und wandelbar, wie es die Gesellschaft ist.
2 Gerade die Gesellschaft prägt mit ihren Werten und Normen dieses Bild. Die meisten
3 Menschen tragen trotz des Fortschreitens unserer Gesellschaft nach wie vor ein
4 traditionelles Familienbild der 50er und 60er Jahre als Schablone mit sich herum und
5 definieren den Begriff der Familie immer noch vor dieser Schablone, obwohl sie
6 subjektiv etwas ganz anderes wollen. Ein entscheidender Grund hierfür ist, dass die
7 deutsche Gesetzgebung in diesem Bereich gar nicht oder nur sehr schleppend
8 voranschreitet. Wie soll eine Gesellschaft moderne Familienkonstrukte verinnerlichen,
9 wenn die Rechtsordnung suggeriert, dass die traditionelle Vater-Mutter-Kind-Idee der
10 Maßstab sei? Die Gesetzgebung muss endlich anfangen der Variabilität des
11 Familienbegriffs gerecht zu werden und eine Reform des Familienrechts anstreben. Die
12 von der Ampel geplante Verantwortungsgemeinschaft ist ein erster richtiger Schritt,
13 muss aber radikaler gedacht werden.

14 **Ehe ist out – Wir bestimmen über unser Zusammenleben**

15 Insbesondere die jüngeren Generationen entfernen sich nach und nach von dem Konstrukt
16 der klassischen Ehe. Ein Großteil junger Menschen kann sich eine Eheschließung nach
17 heutigem Verständnis nicht mehr vorstellen. Das starre rechtliche Konstrukt der Ehe
18 ist nicht mehr zeitgemäß und bildet nicht die Vielfalt an Beziehungen ab, die es in
19 unserer Gesellschaft gibt. Dabei sollte sich doch das Recht an die Bedürfnisse und
20 Vorstellungen der Gesellschaft mit Blick auf das Zusammenleben anpassen und nicht
21 andersrum. Die unterschiedlichsten Arten an Beziehungen und gemeinsamen Zusammenleben
22 sind bereits heute Realität und müssen durch die Gesetzgebung anerkannt und in einen
23 rechtlichen Rahmen gegossen werden, ohne die eine als grundsätzlich „besser“ zu
24 labeln.

25 Die von der Ampel geplante Verantwortungsgemeinschaft sollte daher ausgeweitet werden
26 und perspektivisch die klassische Ehe als aus der Zeit gefallenes Konstrukt ersetzen.
27 Jede*r sollte sich eine für sich passende Form des Zusammenlebens aussuchen können,
28 die gesetzlich anzuerkennen ist und sollte sich nicht in starre traditionelle Muster
29 hineinzwängen müssen. Hierfür kann ein mehrstufiges System die Lösung sein, das
30 aufsteigend an Verantwortung füreinander gewinnen soll und durch mindestens zwei oder
31 mehrere volljährige Personen geschlossen werden kann. Möchten Personen – wie z. B.
32 die oft angeführte Seniorengemeinschaften – zwar Verantwortung in Form von
33 gegenseitigen Auskunfts- und Vertretungsrechten übernehmen, aber keine weitergehenden
34 Rechte und Pflichten begründen, soll dies auf unterster Stufe möglich sein. Auf den
35 folgenden Stufen sollen aufsteigend Pflege- und Fürsorgepflichten, die Möglichkeit
36 einer Zugewinnungsgemeinschaft und der damit verbundene Vermögensausgleich bei Auflösung
37 sowie steuerliche Vorteile hinzukommen. Auch ein Zeugnisverweigerungsrecht soll auf
38 höchster Stufe entstehen. Letztlich müssten mit Blick auf die perspektivische
39 Ersetzung der klassischen Ehe auch kinder- und namensrechtliche Belange,

40 aufenthaltsrechtliche Regelungen sowie die gesetzliche Erbenstellung mitgedacht
41 werden. Eine Änderung der Verfassung ist dabei perspektivisch unausweichlich, aber
42 ohnehin nötig. Die verfassungsrechtliche Besserstellung der klassischen Ehe ist mit
43 dem heutigen modernen Verständnis des Zusammenlebens nicht vereinbar.

44 **Aufklärung als Voraussetzung des selbstbestimmten Zusammenlebens**

45 Damit jede*r die für sich beste Form des Zusammenlebens findet, ist es Sache des
46 Staates und seiner Einrichtungen auch jetzt schon ehewillige Personen über die
47 rechtlichen Folgen einer Ehe aber vor allem auch perspektivisch über die Folge einer
48 oben beschriebenen stufenbasierten Lebensgemeinschaft aufzuklären. Viele Menschen
49 wissen nicht, welche rechtlichen Folgen mit einer Eheschließung einhergehen und dass
50 diese auch abgemildert werden können. Hier könnten freiwillige Beratungsgespräche
51 durch staatliche Stellen oder zumindest die Förderung ziviler Beratungsstellen
52 helfen. Auch gibt es bereits jetzt Infomaterialien des Bundesjustizministeriums, die
53 bei entsprechenden Absichten einfacher zur Verfügung gestellt werden könnten. Der Weg
54 zum Rechtsanwalt sollte nicht die Bedingung sein, um vernünftig über die Folgen der
55 Eheschließung bzw. perspektivisch der Eingehung einer stufenbasierten
56 Lebensgemeinschaft aufgeklärt zu werden.

57 **Abstammungsrecht im Lichte einer queeren Gesellschaft**

58 Wenn man an das Thema Familie denkt, darf das Abstammungsrecht nicht vergessen
59 werden. Queeren Paaren muss es erleichtert werden eine eigene Familie gründen und
60 ihre eigenen Vorstellungen einer Familie verwirklichen zu können, ohne durch
61 gesetzliche Regelungen oder behördliche Praktiken diskriminiert zu werden. Hierbei zu
62 nennen ist einerseits ein geschlechtsunabhängiges Abstammungsrecht. Teil dieser Idee
63 ist die sog. Mitmutterschaft, die in § 1592 BGB gleichheitswidrig ausgeklammert wird.
64 Diese muss dringend angepasst werden. Gleiches gilt für die Anerkennung von
65 intergeschlechtlichen Personen als Elternteil. Zum einen haben inter* Personen, die
66 den Geschlechtseintrag „divers“ tragen, dieselben Probleme wie die Mitmütter in der
67 oben genannten Konstellation, sodass auch sie in einer Anpassung des § 1592 BGB nicht
68 vergessen werden dürfen. Auch werden inter* Elternteile sprachlich nicht
69 berücksichtigt. Hier könnte bspw. der Begriff „Elter“ Abhilfe schaffen. Die
70 Verwaltungssprache gilt es hier anzupassen. Weiterhin sollten queere Paare nicht nur
71 auf die Möglichkeit einer Adoption beschränkt sein. Eine Reformierung der
72 Reproduktionsmedizin ist dabei unumgänglich. Die altruistische Leihmutterschaft sowie
73 Eizellspende müssen endlich ermöglicht und rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen
74 werden.

75 **Mehrelternschaft ist Realität**

76 Um all dem gerecht zu werden, müssen auch die rechtlichen Bedingungen für eine
77 Mehrelternschaft geschaffen. Kinder können mehr als zwei Elternteile haben, was den
78 Allermeisten bereits aus Stieffamilien bekannt ist. Nimmt man nun die
79 Reproduktionsmedizin mit ins Boot, kann man schnell auf bis zu fünf Elternteile
80 kommen. Das deutsche Recht erkennt bisher nur zwei Elternteile an. Dies wird der
81 heutigen Situation in den verschiedensten Familien nicht mehr gerecht und führt dazu,
82 dass soziale Elternteile beispielsweise keinerlei Möglichkeit haben Auskunft bei
83 Krankenhausaufenthalten zu erlangen. Hier ist die Gesetzgebung in der Pflicht mit
84 Blick auf ein modernes Familienrecht auch diese Problematik anzugehen.

85 **Wir fordern:**

86 • die Schaffung einer stufenbasierten rechtswirksamen Lebensgemeinschaft aus zwei
87 oder mehreren Personen, die perspektivisch die klassische Ehe nach heutigem
88 Verständnis ersetzen soll

• bessere Aufklärung durch den Staat bzgl. der rechtlichen Folgen einer Ehe sowie
89 der Möglichkeit zur Abmilderung dieser Folgen
90

• ein geschlechtsneutrales Abstammungsrecht, um insb. die Probleme der
Mitmutterschaft sowie der Sichtbarkeit von inter* Personen bei der Elternschaft
91 zu lösen
92

93 • die sprachliche Berücksichtigung von inter* Personen im Rahmen der Elternschaft
insb. in der Verwaltungssprache

94 • die Reformierung der Reproduktionsmedizin, insb. der Schaffung eines rechtlichen
95 Rahmens zur Ermöglichung der (altruistischen) Leihmutterschaft und Eizellspende

• die Anerkennung und Regelung der Mehrelternschaft
96
97

98

Antrag G08: Gewalt auf Porno-Plattformen beenden

Antragsteller*in:	Jusos Hannover
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Öffentliche Pornoplattformen wie bspw. xHamster oder Pornhub gehören zu den weltweit
2 meistbesuchten Websites, welche durch tausende Uploads täglich weiter wachsen. Die
3 Plattformen kontrollieren die hochgeladen Inhalte dabei kaum bis garnicht. Zahlreiche
4 der Videos und Fotos zeigen dabei echte Gewalt, Kindesmissbrauch oder wurden
5 unfreiwillig aufgenommen und werden gegen den expliziten Willen der gezeigten
6 Personen hochgeladen. Oftmals werden dabei neben dem Video- und Bildmaterial auch
7 Daten wie die Namen und Adressen der abgebildeten Personen veröffentlicht.

8 **Intransparenz der Plattformen beenden und rechtlich sichere Content Moderation** 9 **schaffen:**

10 Im Jahr 2021 veröffentlichte die Plattform Pornhub erstmal einen sogenannten
11 Transparenzbericht[1]: Ca. 41,7 % Videos wurden auf Grund von
12 Urheberrechtsverletzungen und 50,1 % Videos auf Grund einer der Einstufung
13 „potentially offending“ gelöscht. Des Weitern werden 4171 Fällen gefilmter
14 sexualisierter Gewalt gegen Kinder genannt. Hinzukommen hohe Dunkelziffern, da es
15 viele Betroffene gibt, welche sich nicht an die Strafverfolgungsbehörden wenden.

16 Zu diesen Zahlen, kommen knapp 10 Millionen weitere Videos, welche von nicht-
17 verifizierten Nutzer*innen hochgeladen, möglicherweise ebenfalls strafrechtlich
18 relevante Inhalte enthalten und im Dezember 2020 ebenfalls gelöscht wurden und
19 keinerlei Beachtung im sogenannten Transparenzbericht.

20 Der Großteil der Plattformen veröffentlicht keinerlei Zahlen und Daten über die
21 Uploads und den Anteil an gelöschten und strafrechtlich relevanten Inhalten.

22 Genauso intransparent sind auch die Maßnahmen, welche die Plattformen zur Content
23 Moderation wählen. Zwar müssen auf vielen Plattformen die Uploads inzwischen von
24 verifizierten Nutzer*innen kommen, welche Bestätigen müssen, dass die Uploads den
25 Nutzungsbedingungen entsprechen, worauf sowohl eine automatisierte als auch eine
26 menschliche Moderation folgen soll, so bleibt aber unklar wie sorgfältig diese
27 Moderation auf Grund der großen Zahl der täglichen neuen Uploads aussehen soll.
28 Hinzukommt, dass die menschliche Moderation in weiten Teilen von freiwilligen
29 übernommen wird, welche bloß knappe, lückenhafte Regeln zu Hilfe nehmen und gestellt
30 bekommen, wie eine Recherche der Vice zeigt. [2] So müssen die Löschhelfer*innen der
31 Plattform xHamster bspw. entscheiden, ob es sich um echtes Weinen handelt oder ob
32 die dargestellte Person „mit großer Wahrscheinlichkeit unter 18 Jahren“ ist. Wie
33 genau die festgestellt werden soll, bleibt unklar. Inhalte, welche sexualisierte
34 Gewalt darstellen besitzen keinerlei eigene Kategorie sondern werden unter
35 „sonstigem“ moderiert.

36 Die Inhalte bleiben dabei im Zweifel online, solange die Löschhelfer*innen nicht
37 vollständig sicher sind, dass ein Regelverstoß vorliegt. Ein erneutes Hochladen der
38 Inhalte wird seitens der Plattformen nicht verhindert.

39 Wir fordern daher eine klare rechtliche Grundlage um Porno-Plattformen in die
40 Verantwortung nehmen zu können:

- 41 • Eine Verifizierungspflicht (keine Klarnamenpflicht) für Nutzer*innen, die
42 Inhalte hochladen möchten
- 43 • Eine gesetzliche Verpflichtung von Porno-Plattformen um **Bild- & Videomaterial**
44 **vor der Veröffentlichung intern zu prüfen**, um zu verhindern, dass illegale und
45 gelöschte Inhalte erneut hochgeladen werden. Diese internen Überprüfungen sollen
46 dabei auf Grund einer öffentlich einsehbaren und rechtlich bindenden Grundlage
47 erfolgen. Porno-Plattformen müssen **unmissverständlich in den Geltungsbereich des**
48 **Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) einbezogen werden**, obwohl sie auf die
49 Verbreitung “spezifischer Inhalte” im Sinne des § 1 Abs. 1 NetzDG gerichtet
50 sind.
- 51 • Eine Verpflichtung von Porno-Plattformen die Daten über Anzahl und Inhalt der
52 gelöschten Videos jährlich in öffentlich zugänglichen Transparenzberichten zu
53 veröffentlichen.
- 54 • Auch **kleine Plattformen (mit unter 2 Millionen inländischen Nutzer*innen)**
55 sollten hiervon erfasst sein und u.a. verpflichtet werden alle als
56 missbräuchlich gemeldeten Inhalte innerhalb von 24 Stunden zu löschen. Nur so
57 kann die Verbreitung privater Inhalte, und damit die drastischen Auswirkung für
58 die Betroffenen, reduziert werden
- 59 • Hierbei soll obiges auch auf europarechtlicher Ebene verankert werden. Das
60 Internet ist international und daher müssen Verbrechen auch international
61 bekämpft werden. Andernfalls wäre es weiterhin möglich, dass sich
62 Betreiber*innen einfach ins Ausland absetzen.

63 **Exposer*innen-Netzwerke zerschlagen:**

64 Viele der Inhalte, welche gegen das Einverständnis der gezeigten Personen, auf den
65 Plattformen laden, werden von Ex-Partner*innen als sogenannte Revenge Porns oder
66 sogenannten Exposer*innen-Netzwerken hochgeladen. All diesen global agierenden
67 Netzwerken ist dabei die Frauen bzw. FINTA*-feindliche Ideologie gemein, welche sie
68 in Manifesten niederschreiben und auf den Plattformen selbst teilen. [3] Trotzdem
69 sind und die Exposer*innen durch die auf den Plattformen herrschende Intransparenz,
70 sowie fehlende Kontaktpersonen seitens der Plattformen selbst geschützt.

71 Wir fordern daher die Zerschlagung dieser Netzwerke:

- 72 • **Eine Auskunftspflicht seitens der Porno-Plattformen gegenüber den Betroffenen**
73 **gelten**, welche Wege des Eilrechtsschutzes durchsetzbar ist. So wird Betroffenen
74 ermöglicht sich gegen die Täter*innen zu wehren.
- 75 • **Die Herausnahme des § 201a StGB aus dem Kreis der Privatklagedelikte**, um zu
76 verhindern, dass Staatsanwaltschaften auf den Privatklageweg verweisen sowie das
77 Schließen vorhandener Strafbarkeitslücken.

78 **Echte Hilfe für Betroffene:**

79 Entdecken Betroffen zufällig, dass sie gegen ihren Willen auf Porno-Plattformen
80 gelandet sind, sind sie oftmals auf sich alleine gestellt. Die Angst, von
81 Freund*innen und Familie oder Arbeitgeber*innen gefunden zu werden und
82 gesellschaftliche Stigmatisierung zu erleben ist groß. **Viele Betroffene erleben**

83 **Angststörungen, Depressionen, Suizidgedanken und Suizidversuche.**

84 Melden sich die heimlich aufgenommen Betroffenen bei den Strafverfolgungsbehörden,
85 können sie auf wenig Unterstützung hoffen. Geschichten von Betroffenen, welche bspw.
86 von der Hilfsorganisation „Anna Nackt“ gesammelt werden, zeigen fehlendes Wissen
87 sowieso fehlende Kapazitäten seitens der Strafverfolgung. Anstatt fachlich- und
88 psychologisch geschulte Unterstützung, kommt es zu einer Täter*innen-Opfer Umkehr und
89 eingestellten Verfahren. Zu der gesellschaftlichen Stigmatisierung kommt ein mögliche
90 Retraumatisierung durch Polizei und Staatsanwaltschaft.

91 Wir fordern daher:

- 92 • Eine Sensibilisierung und Schulung der Strafverfolgungsbehörden gegenüber Gewalt
93 auf Porno-Plattformen unter anderem durch eine Kooperation von staatlichen
94 Behörden und zivilgesellschaftlichen Organisationen.
- 95 • Schulungen für Ermittlungsbehörden, welche sie in die Lage versetzen
96 Kriminalität auf Pornoplattformen zu verfolgen sowie die entsprechende
97 zugehörige IT-Ausstattung.
- 98 • Eine staatliche Förderung von Hilfsorganisationen mit dem Schwerpunkt „Gewalt
99 auf Porno-Plattformen.

100 Die Medienaufsicht muss andere rechtliche Möglichkeiten bekommen gegen die
101 Plattformen vorzugehen, wir lehnen Netzsperrern in jeglicher Form als Instrument zur
102 Durchsetzung weiter entschieden ab, da es keine effektive Lösung für die
103 beschriebenen Probleme darstellt und sie technisch einfach zu umgehen sind.

104 Es ist endlich Zeit, den Missbrauch auf Porno-Plattformen endlich zu beenden!

Begründung

[1]<https://sebastianmeineck.wordpress.com/2021/04/06/erster-transparenzbericht-was-pornhub-unterschlagt/>

[2]<https://www.vice.com/de/article/xgz8xz/inside-xhamster-die-internen-regeln-der-pornoseite>

[3]<https://www.youtube.com/watch?reload=9&v=gaU2AIRzG-M&feature=youtu.be&t=616s>

Antrag G09: Niedrigschwellige Beratungs- und Beschwerdemöglichkeiten bei sexualisierter Gewalt und Diskriminierung schaffen

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Wir fordern die Schaffung niedrigschwelliger Beratungs- und Beschwerdemöglichkeiten
- 2 bei sexualisierter Gewalt und Diskriminierung von Seiten öffentlicher Institutionen.
- 3 Das bloße Einführen von zum Beispiel Frauen*beauftragten und
- 4 Gleichstellungsbeauftragten allein reicht nicht aus. Die Angebote müssen auch bei den
- 5 Betroffenen ankommen. Wenn nach Informationen gesucht wird, müssen diese leicht
- 6 auffindbar sein. Dazu zählen entsprechende Keywords auf den Webseiten, damit
- 7 entsprechende Angebote einfach über Suchmaschinen gefunden werden können, wie
- 8 „Awareness + Name der Universität“, „Belästigung + Name der Universität“ etc., sowie
- 9 auch entsprechend detaillierte Informationen auf den Webseiten mit internen sowie
- 10 externen Ansprechpartner*innen für Betroffene in unterschiedlichen Situationen.
- 11 Sowohl die Informationen als auch die Beratung müssen in verschiedenen Sprachen
- 12 angeboten werden, damit auch nicht deutschsprachige Betroffene das Angebot wahrnehmen
- 13 können.

Begründung

Sexualisierte Gewalt und Diskriminierung finden alltäglich statt und erfordern daher unser gesellschaftliches Eingreifen. Dazu zählen sowohl ein gesteigertes Bewusstsein in der Bevölkerung für diese Probleme als auch schnelle, niedrigschwellige Hilfsmöglichkeiten und ggf.

entsprechende Konsequenzen, um vor Übergriffen schützen zu können und Prävention betreiben zu können. Davon sind auch öffentliche Einrichtungen wie Verwaltungen, Schulen, Universitäten, Hochschulsport und viele andere Einrichtungen und Institutionen betroffen. Da es für die Betroffenen ohnehin sehr schwer ist, dies zu thematisieren oder eine Beschwerde einzureichen, müssen Angebote zur Betreuung sowie Beschwerde niedrigschwellig zugänglich sein.

Antrag G10: Oben-ohne-Recht für alle Menschen

Antragsteller*in:	Jusos Braunschweig
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Ob beim Stillen im Café oder eben im Schwimmbad – wann und wie eine weibliche Brust
- 2 sichtbar sein darf oder nicht, wird immer wieder heftig diskutiert. In Göttingen
- 3 dürfen seit dem 1. Mai am Wochenende Frauen und Männer in den städtischen
- 4 Schwimmbädern ohne Oberteil schwimmen.
- 5 Dass es in Göttingen jetzt zwei Tage gibt, an denen Frauen ohne Oberteil schwimmen
- 6 gehen dürfen, impliziert: Die Frauenbrust ist so speziell, dass sie spezielle Tage
- 7 haben muss. Diese Botschaft ist problematisch. Bei der Debatte über die Sichtbarkeit
- 8 weiblicher Brüste geht es auch immer um das weibliche Selbstbestimmungsrecht. Männer
- 9 haben auch Nippel und Haare auf der Brust – dennoch müssen sie ihren Oberkörper im
- 10 Schwimmbad nicht bedecken, Frauen hingegen schon. Dieser Missstand sollte beendet
- 11 werden. Hier geht es nicht nur um Geschlechtergerechtigkeit, sondern auch um die
- 12 Entsexualisierung des weiblichen Körpers.
- 13 Für Frauen muss uneingeschränkt das gleiche Recht auf Oberkörperfreiheit gelten -
- 14 zumindest für die Orte, an denen sich auch Männer mit nacktem Oberkörper zeigen
- 15 dürfen.

Antrag G11: Nationaler Aktionsplan FLINTA*gesundheit – den Gender Health Gap schließen!

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

Der Bundeskongress möge beschließen:

1. Das Bundesgesundheitsministerium wird damit beauftragt einen nationalen Aktionsplan FLINTA*gesundheit zu erarbeiten und zu implementieren.
2. Der Aktionsplan soll zentrale Wirkungsziele und Maßnahmen formulieren, die der Verbesserung der Gesundheit und Chancengerechtigkeit von FLINTA* dienen. Das übergeordnete Ziel soll dabei die Überwindung des Gender Health Gaps sein.
3. Unter der Schirmherrschaft des Bundesgesundheitsministerium soll ein jährliches Dialogforum zur FLINTA*gesundheit stattfinden.
4. Zur Finanzierung des Aktionsplans, der Forschung und des Dialogforums sollen jährlich Mittel in Höhe von 50 Millionen zur Verfügung gestellt werden.
5. In der universitären Lehre und Forschung soll ein größerer Fokus auf Frauen- und genderspezifische Themen gelegt werden.
6. Das Land soll alle Kommunen mit den finanziellen Mitteln ausstatten, anonyme kostenfreie Tests auf sexuell übertragbare Krankheiten anbieten zu können.

Begründung

Die medizinische Versorgung, Forschung und Lehre richtet sich seit Jahrhunderten an einem „Einheitsmenschen“ aus, der vor allem durch einen „männlichen Normkörper“ geprägt wurde. Dies hat fatale Auswirkungen, denn der weibliche Körper entspricht nicht dem männlichen. Frauen benötigen andere Medikamentendosierungen und zeigen andere Krankheitssymptome, die nicht selten fehlgedeutet werden. Das eindringlichste Beispiel ist die Wahrnehmung der Symptome eines Herzinfarktes. Während sich bei Männern „klassische“ Symptome zeigen (stärkste Schmerzen, die von der linken Brusthälfte ausgehend in den linken Arm, die Schulter und den Kiefer ausstrahlen) haben Frauen häufig „unspezifische“ Symptome, die in Form von Oberbauchschmerzen, Stechen in der Brust, Rückenschmerzen, Übelkeit, Depressionen oder auch einem allgemeinen Unwohlsein mit Müdigkeit auftreten. Weil diese Symptome fehlgedeutet werden und der Ernst der Lage so nicht rechtzeitig erkannt wird, dauert es deutlich länger, bis mit einer angemessene Notfallmedizinische Versorgung begonnene wird und die Betroffenen in eine Notfallaufnahme gelangen. Deshalb sterben Frauen prozentual deutlich häufiger an einem Herzinfarkt als Männer. Selbst wenn, eine rechtzeitige Versorgung begonnen wird, hängt ihr Überleben davon ab, wer sie behandelt. Eine Studie aus den USA zeigt, dass Frauen, die von einer Ärztin behandelt werden, ein deutlich höhere Überlebensrate aufweisen. Die Problematik beschränkt sich aber keinesfalls nur auf einen Herzinfarkt. Entsprechend einer dänischen Studie, die die Daten von 6,9 Millionen Patient:innen analysiert hat, erhalten Frauen im Durchschnitt 4 Jahre später als Männer eine korrekte Diagnose. Dies betrifft beispielsweise ADHS, Endometriose aber auch schwere Krebsleiden. Für intersexuelle, nicht-binäre, trans und agender Personen besteht faktisch keine angemessene Datenlage. Gendermedizin spielt weder im Curriculum des Medizinstudiums noch anderer Ausbildungsberufe in der Medizin eine angemessene Rolle. Dieser so genannte Gender Health Gap muss schnellstmöglich geschlossen werden, denn er gefährdet

wissentlich und fahrlässig Millionen Menschenleben weiblich gelesener Personen. Das Menschenrechtskommissariat der Vereinten Nationen hat Deutschland bereits mehrfach für seinen Umgang mit Schwangerschaftsabbrüchen gerügt. Im Fokus der Kritik stand und steht dabei die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, die durch §218 StGB geregelt wird. Die Berichterstatterin des zuständigen Ausschusses der UN zur Umsetzung der internationalen Frauenrechtskonvention Cedaw schreibt dazu folgendes: Sie nehme zur Kenntnis, dass der deutsche Staat eine Verbesserung der Situation um den Abtreibungsparagrafen 218a des Strafgesetzbuchs „zurückweist“.

Der Paragraf schreibt eine Pflichtberatung für ungewollt Schwangere und eine Wartezeit von drei Tagen zwischen Beratung und Abbruch vor. Zudem verweigere der Staat eine Kostenübernahme von Schwangerschaftsabbrüchen, so die Berichterstatterin. Deutschland sei damit daran „gescheitert, mit dem Ausschuss zu kooperieren“. Das „Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau“ Cedaw wurde 1979 von der UNO verabschiedet und 1985 von der Bundesrepublik ratifiziert. Die Vertragsstaaten verpflichten sich zur rechtlichen und faktischen Gleichstellung von Frauen. Mit der Streichung des §219 geht Deutschland einen ersten Schritt. Diesem müssen nun aber zwangsläufig weitere folgen, die eine vollständige Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen vollziehen.

Antrag I01: Soziale Herkunft und sozialer Status als Diskriminierungsform ins Grundgesetz!

Antragsteller*in:	Jusos Nordrhein-Westfalen
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Ein weit verbreitetes Gedankenkonstrukt in unserer Gesellschaft ist, dass soziale
- 2 Benachteiligung eigenverantwortlich verschuldet sei und dass jede*r es aus eigener
- 3 Kraft durch Leistung aus dieser Benachteiligung sich hinaus „arbeiten“ könne. Wer
- 4 dies nicht tut, mache es sich auf einer „sozialen Hängematte“ bequem. In solchen
- 5 Gedankenmustern zeigt sich Klassismus, eine soziologisch breit erforschte
- 6 Diskriminierungsform, die eine Form von Diskriminierung aufgrund der sozialen
- 7 Herkunft und/oder des sozialen Status darstellt. Diese Diskriminierung kann sich auf
- 8 verschiedenen Ebenen zeigen. Betroffene sind mit Vorurteilen und Vorannahmen in
- 9 Medien und Gesellschaft konfrontiert, werden karikiert und sind Beleidigungen wie
- 10 Schmarotzer oder auf beleidigende Art und Weise der Bezeichnung Geringverdiener
- 11 ausgesetzt. Sie erfahren Gewalt, die sogar bis zum Tod gehen kann - bspw. das immer
- 12 wieder vorkommende Anzünden von Obdachlosen, erfahren sozialen Ausschluss, sind von
- 13 finanziellen und existenziellen Ängsten betroffen, erleiden aufgrund ihrer sozialen
- 14 Herkunft und/oder ihres sozialen Status Stresserkrankungen wie
- 15 Herz-Kreislaufkrankungen, Depressionen usw. und sterben im Schnitt 8 bis 10 Jahre
- 16 früher.
- 17 Betroffen von Klassismus sind Menschen, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft und
- 18 ihres sozialen Status institutionell und strukturell diskriminiert werden. Es sind
- 19 Menschen, die z.B. u.a. auf vergleichsweise wenig oder gar kein Vermögen zugreifen
- 20 können, die ein prekäres Einkommen zu Verfügung haben, für die Zugänge zur Bildung
- 21 erschwert und das berühmte Vitamin B durch Beziehungen kaum bis gar nicht vorhanden
- 22 ist.
- 23 Exemplarisch dafür ist beispielsweise die systematische Diskriminierung, die aufgrund
- 24 prekärer Lebensverhältnisse, Arbeitsverhältnisse, Asylstatus,
- 25 Geschlechterungleichheiten, Behinderung und Rassismus, entstehen kann. Diese vielen
- 26 Dimensionen der Prekarität verhindern wichtige Zugänge u.a. zur Bildung sowie zur
- 27 gesellschaftlichen und politischen Teilhabe.
- 28 Diese gesellschaftliche Gruppe beschränkt sich nicht nur auf Erwerbslose,
- 29 Wohnungslose, Arbeiter*innen, sondern umfasst auch Studierende aus der Armutsschicht
- 30 oder Arbeiter*innenschicht, in Prekariat lebende Wissensarbeiter*innen und mehr.
- 31 Dabei betrifft diese Menschen diese Diskriminierungsform auf individueller,
- 32 institutioneller und struktureller Ebene sowie in der Sprache.
- 33 Klassismus tritt häufig in Verschränkung mit anderen Ungleichheitsdimensionen auf.
- 34 Aus ihnen folgen Machtunterschiede innerhalb der Gruppe von Klassismus betroffener
- 35 Personen: So sind etwa rassistische Narrative eng verflochten mit der Abwertung von
- 36 Menschen, die über wenig bis kein Geld verfügen oder eine solche Armutserfahrung
- 37 aufweisen. Menschen aus dem finanziellen Prekariat wird verstärkt Kriminalität
- 38 zugeschrieben. Darunter werden insbesondere BIPOC mit Straftaten in Verbindung

39 gebracht und entsprechende Polizeikontrollen durchgeführt. Von Klassismus betroffenen
40 Menschen werden im Bildungssystem Hürden gestellt, indem aufgrund rassistischer
41 und/oder klassistischer Vorbehalte Gymnasialempfehlungen nicht erteilt oder
42 ausländische Bildungsabschlüsse nicht anerkannt werden. Auf diesem Wege werden
43 Chancen zu sozialem Aufstieg von staatlicher Seite verwehrt. Und auch FINTA erfahren
44 Klassismus noch einmal auf eine andere Art: Beispielsweise sind Alleinerziehende
45 überwiegend Frauen und oftmals von Armut betroffen. Sie werden gegenüber Ehepaaren
46 steuerlich benachteiligt oder erhalten Termine beim Jobcenter, die mit
47 Kindererziehung nicht vereinbar sind. Menschen mit Behinderung trifft Klassismus
48 ebenfalls besonders schwer. Wer ohnehin schon wenig Geld zur Verfügung hat, kann
49 Nachteile infolge körperlicher oder geistiger Einschränkungen häufig deutlich
50 schwerer durch teure Hilfsmittel ausgleichen. Wer auf staatliche Unterstützung
51 angewiesen ist, stößt auf nicht barrierefreie Ämter und schwer verständliche
52 Bescheide. Eine solche klassistisch-intersektionale Diskriminierung macht das
53 Grundgesetz bisher nicht sichtbar.

54 In Artikel 3 des Grundgesetzes wird die Diskriminierung aufgrund der sozialen
55 Herkunft durch das Wort "Herkunft" geschützt, allerdings wird dies nicht hinreichend
56 klar. Ganz fehlt die Dimension der Diskriminierung aufgrund des sozialen Status im
57 Grundgesetz sowie die Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft und der sozialen
58 Position. Das Grundgesetz sollte diese Aspekte stärker betonen und der Begriff der
59 Herkunft sollte durch den Begriff des sozialen Status ergänzt werden. Soziale
60 Herkunft meint die geburtsmäßige Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht. Die soziale
61 Position ist die Schichtzugehörigkeit, die Menschen innerhalb der Gesellschaft im
62 Laufe ihres Lebens einnehmen, die nicht der geburtsmäßigen Zugehörigkeit entsprechen
63 muss.

64 Wie beschrieben bestimmt die soziale Herkunft und der soziale Status maßgeblich über
65 die Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe. Des Weiteren haben klassistische
66 Diskriminierung und Gewalt in Deutschland eine lange Tradition. So wurden im
67 Nationalsozialismus als „asozial“ Stigmatisierte z. B. „Obdachlose und Arbeitslose“
68 mit einem schwarzen Winkel gekennzeichnet und in die Konzentrationslager deportiert.

69 **Wir fordern die Verankerung und die verfassungsrechtliche Anerkennung der**
70 **Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft und des sozialen Status!**

71 Wir fordern die unverzügliche Aufnahme der sozialen Herkunft und des sozialen Status
72 als Diskriminierungsmerkmale in Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes.

Antrag I02: Bevölkerungsschutz – Katastrophe ohne Schutz

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen-Anhalt
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Der 24.02.2022 wird in die Geschichte eingehen. Als Tag, dessen Analoge der 25.06.
- 2 1950, der 24.12.1979, der 02.08.1990 oder 01.09.1939 sind. An dem ein Land ein
- 3 Anderes militärisch überfiel. Er steht zugleich für den Abschied vom „Ende der
- 4 Geschichte“ und das Ende der Ära, die mit dem Fall der Berliner Mauer 1989 begann.
- 5 Schon zwei Monate später ist klar, der 24. Februar 2022 ist eine Zeitenwende, was den
- 6 Frieden in Europa angeht. Ein Krieg in Europa ist nicht nur vorstellbar, er ist real.
- 7 Jeden Tag sterben in der Ukraine Soldat*innen und Zivilist*innen, es werden
- 8 Wohnungen, Fabriken Schulen und Theater bombardiert. U-Bahnen, wie die in Kiyv dienen
- 9 als Luftschutzbunker. Und es stellt sich die Frage: Wie wäre das bei uns ?
- 10 Eine kurze, aber ernste Antwort darauf ist vermutlich: Katastrophal schlecht.
- 11 Ein paar Begriffe: Zivilschutz ist nach dem humanitären Völkerrecht
- 12 (Kriegsvölkerrecht) der Schutz der Zivilbevölkerung vor den unmittelbaren
- 13 Auswirkungen kriegerischer Handlungen. Er ist in Deutschland historisch eng mit dem
- 14 Katastrophenschutz, also der Abwehr und Bewältigung von Natur- oder Menschengemachten
- 15 Katastrophen verknüpft. Beides zusammen fällt unter dem Oberbegriff
- 16 Bevölkerungsschutz.
- 17 Die Abgrenzung dieser Begriffe ist insoweit relevant, als dass Katastrophenschutz
- 18 Ländersache ist, während Zivilschutz in die Bundeszuständigkeit fällt. Nachdem sich
- 19 beide Aufgabenbereiche aber nicht wirklich trennen lassen, ist der Zivilschutz in
- 20 Deutschland als „erweiterter Katastrophenschutz“ organisiert. Das heißt in der
- 21 Theorie, dass die Länder einen Grundstock an Katastrophenschutzfähigkeiten stellen,
- 22 die dem Bund im Verteidigungsfall zur Verfügung stehen, und die der Bund durch
- 23 eigene, spezielle Fähigkeiten ergänzt.
- 24 Historisch war es in der „alten“ Bundesrepublik so, dass der Bund bis 1997 ein
- 25 integriertes Konzept vorgegeben und im Wesentlichen finanziert hat. Dazu zählten
- 26 genormte Katastrophenschutzzüge, deren Material in der Masse durch den Bund beschafft
- 27 wurde, der auch deren Struktur und Ausbildung vorgab. Das Personal kam, meistens
- 28 waren es ehemalige, bzw. aktuell Wehersatzdienst i.S.d Art. 12a I Alt 3 GG
- 29 leistende, von den klassischen Hilfsorganisationen, wie DRK, ASB, JUH, Malteser oder
- 30 der DLRG. Auch die Feuerwehren spielten eine Rolle. Daneben gründete der Bund 1950
- 31 das THW das technische Bergung und den Schutz von Kulturgütern oder der Infrastruktur
- 32 zur Aufgabe hatten. Daneben gab es mit den Schutzräumen des Schutzraumkonzepts, der
- 33 Bereitstellung von Hilfskrankenhäusern und den technischen Notdiensten der
- 34 (staatlichen) Infrastrukturbetreibern wie der Telekom oder der Bundesbahn
- 35 umfangreiche Strukturen zum Bevölkerungsschutz. Daneben kamen mit den
- 36 Bundeswarnämtern und dem Bundesamt für Zivilschutz entsprechende- Führungsstrukturen,
- 37 die sich eher an der räumlich-demographischen als an der politischen Gliederung der
- 38 Bundesrepublik orientieren.
- 39 In der DDR wurden viele der oben genannten Maßnahmen entweder durch den

40 Paramilitärischen Zivilschutz der DDR und durch die alle Ebenen von Staat und
41 Gesellschaft umfassende, obligatorische Mobilmachungsplanung wahrgenommen und waren
42 im Allgemeinen sehr viel umfassender und tiefgreifender.

43 Nach der Wende kam der Einschnitt, was für viele Ostdeutsche Lebenserfahrung ist,
44 gilt auch für den Katastrophenschutz: Denn viele der bisherigen Strukturen vielen der
45 Friedensdividende zum Opfer. In vielen Fällen hob der Bund dabei seine Planung auf
46 und übergab sie den Ländern, aus Zivilschutzressourcen wurden
47 Katastrophenschutzressourcen. So wurde 1993 das Bundesweite Sirenenetz außer Dienst
48 gestellt, 1994 wurde die bundesweite Führungsstruktur aufgehoben und aufgelöst. 1997
49 kam mit dem „Gesetz zur Neuordnung des Zivilschutzes“ der ganz große Bruch. Es wurde
50 unter anderem die Strukturierung der Katastrophenschutzzüge aufgegeben, deren
51 Finanzierung eingestellt und das Bundesamt für Zivilschutz komplett abgewickelt.
52 Besonders Problematisch war dies in Ostdeutschland, denn hier konnten sich die, auf
53 Ehrenamt und Engagement beruhenden Strukturen nie in der Breite etablieren. Auch
54 wurde z.B. Ostdeutsche Bunkeranlagen nie als solche übernommen, sondern idR
55 abgewickelt. Die Länder übernahmen in der Regel nur einen Teil der vorherigen
56 Strukturen und bildeten nach eigenen Ermessen neue. Die Katastrophenschutzaufgabe
57 schoben die Länder den Kreisen zu, die als untere Katastrophenschutzbehörden im
58 Übertragenen Wirkungskreis grundsätzlich zuständig sind und das von kleinen
59 Bombenfunden über Cyberangriffe auf kritische Infrastruktur bis zum
60 Starkregenereignis mit überregionalen Überflutungen oder der Großexplosion im
61 Chemiewerk. Nur das THW verblieb beim Bund, wurde aber stärker auf
62 Katastrophenschutz- und Gefahrenabwehr ausgerichtet.

63 Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 setzte hier ein kleines Umdenken ein. Der
64 Bund richtete mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe eine
65 neue Behörde ein. Eine Neueinteilung der Zuständigkeiten zwischen dem
66 Katastrophenschutz der Länder und dem Zivilschutz des Bundes wahr zwar von
67 Bundesseite vorgeschlagen scheiterte aber am Veto der Länder. Stattdessen wurde das
68 Gemeinsame Melde- und Lagezentrum (GMLZ) geschaffen, das zwar Länderübergreifende
69 Hilfen koordinieren kann, aber auf Amtshilfeersuchen und Marschbefehle der jeweiligen
70 Länder angewiesen ist. Zudem schuf der Bund mit den Medizinischen Task Forces (MTF)
71 wieder 61, bundesweit genormte, Einsatzeinheiten im Sanitätsdienst, die allerdings
72 auch 20 Jahre nach ihrer Gründung noch immer nicht alle vorgesehenen Fahrzeuge,
73 Ausbildungsmodule oder Materialien haben, da hierfür nie genügend Haushaltsmittel
74 eingestellt wurden, um die Entsprechenden Systeme überhaupt nur zu entwerfen,
75 geschweige denn in Serie zu bauen. Ein ähnliches Los scheint der, erst seit 2018
76 konzipierten, Betreuungsreserve des Bundes, mit der die Unterbringung, Versorgung und
77 Registrierung größerer Menschenmengen ermöglicht werden soll, bevorzuzustehen.

78 Die Ereignisse seit 2014 in der Ukraine, speziell aber die Flut im Ahrtal und die
79 Eskalation des russischen Kriegs in der Ukraine führen zu einem langsamen Umdenken.
80 So verabschiedete der Bund 2016 eine „Konzeption Zivile Verteidigung“ in der die
81 Bundesregierung erstmals Bedrohungsszenarien und Handlungsoptionen identifiziert und
82 Handlungsfelder benennt. Auch die Haushalte von BBK und THW wachsen seit Jahren,
83 allerdings speziell beim BBK auf sehr niedrigem Niveau.

84 Corona und die Flut im Ahrtal legten die Schwächen im System deutlich offen: Das BBK
85 blieb bei der Bekämpfung von Corona komplett außen vor, stattdessen verlor sich die

86 deutsche Politik in den MPKs und beim Verfassen von Landesverordnungen in Details,
87 die ohne Rücksicht auf Wissenschaftlichkeit oder Durchsetzbarkeit mit politischen
88 Erwägungen abgewogen wurden.

89 Das Starkregenereignis und die folgende katastrophale Flut im Ahrtal zeigten auch das
90 Versagen des Systems Katastrophenschutzes auf allen Ebenen: Der Krisenstab des
91 Ahrkreises, unterbesetzt, untrainiert und miserabel ausgestattet verlor zuerst durch
92 Prognosen und Werte aus den Augen, danach die Fähigkeit zu kommunizieren, als TETRA-
93 Funk und Mobilfunknetze ausfielen und dann seinen Sitz als der Stabsraum geflutet
94 wurde. Das Land versagte als obere Katastrophenschutzbehörde in seiner
95 Aufsichtsfunktion über den Landkreis und das GMLZ des Bundes kam in seiner Rolle als
96 Koordinator von Überregionalen Hilfen, etwa geeigneten Rettungshubschraubern mit
97 Nachtflugfähigkeit und Rettungswinden an seine Grenzen. Alles während Helfer*innen,
98 mangels Information in Depots saßen oder in kleinen Einheiten versuchten zu retten
99 was zu retten war und dabei über sich hinaus wuchsen. Erst mit dem Morgen des 15.
100 Juli wurde das Ausmaß der Schäden sichtbar, aber eine strategische Führung „vor
101 der Lage“ war wochenlang nicht erkennbar.

102 Die danach folgenden Bergungs- und Aufräumoperation, die größte Operation dieser Art
103 in der Geschichte der Bundesrepublik, zeigte weitere Schwächen, etwa bei
104 Standardisierung von Helfer*innenausbildung, dem Fehlen leistungsstarker
105 Führungsstrukturen, einer fehlenden systematischen Einbindung von Freiwilligen und
106 unzureichender Kommunikation.

107 Auch die Auswertung der Ereignisse droht zum Stellungsgeplänkel zu werden: So wollen
108 zwar sowohl Bund als auch die Kommunen und Länder den Bevölkerungsschutz stärken,
109 alle sehen aber die Zuständigkeiten bei den jeweils anderen. Der Bund weist in der
110 Konzeption Zivile Verteidigung auf seine Kompetenzen im Verteidigungsfall hin,
111 unternimmt aber nichts um diese Kompetenzen wahrnehmen zu können. Es fehlt z.B
112 weiterhin an einem sinnvollen Konzept, wie die Führungslücke zwischen dem BBK als
113 oberer und den Kreisen als unterer Zivilschutzbehörde geschlossen werden kann. Die
114 Länder fordern ein stärkeres finanzielles Engagement des Bundes, weigern sich aber
115 von der starren Trennung zwischen Katastrophen- und Zivilschutz Abstand zu nehmen,
116 geschweige denn einer Grundgesetzreform in diesem Bereich zuzustimmen, die nötig wäre
117 um dem Bund etwa Koordinierende Funktionen zu geben. Die Haltung des
118 Innenministeriums des Landes Sachsen-Anhalts ist dabei symptomatisch: Zum einen
119 verweist es bei der Debatte um luftgestützte Waldbrandbekämpfung auf die
120 Zuständigkeit der Kommunen im Brandschutz und fordert diese auf, doch selbst dort zu
121 investieren (!) und fordert vom Bund eine massive Aufstockung des Zivilschutzes,
122 zugleich weigert man sich aber eine Reform des 20 Jahre alten
123 Landeskatastrophenschutzgesetzes anzugehen. Das ist schon sehr unwürdig.

124 Auch an anderer Stelle gibt es Handlungsbedarf, die meisten Katastrophenschutzstäbe
125 sind schlecht ausgebildet, ausgestattet und haben zu wenig Praxiserfahrung, speziell
126 zusammen mit den Hauptverwaltungsbeamten. Die Personelle Situation bei vielen
127 Hilfsorganisationen ist schwierig und es fehlt abseits von THW und Feuerwehr an einer
128 Freistellungsregelung für Einsätze und Ausbildungen unterhalb des Katastrophenfalls.
129 Auch gibt es keine verpflichtende Planung für den Katastrophenschutz, wie das etwa
130 mit den Brandschutzbedarfsplänen der Gemeinden für die Feuerwehren existiert.

131 Kurzum: Die Situation ist ein unübersichtliches und von (In-)Kompetenz- und (Un-)

132 Zuständigkeitsgerangel geprägtes politisches Mienenfeld, dass dringend einen Neustart
133 benötigt. Dazu zählt für uns:

- 134 • Eine Neudefinition der Zuständigkeiten im Bevölkerungsschutz, die sich von der
135 Begrifflichen Trennung zwischen Zivil- und Katastrophenschutz trennt
- 136 • Eine Länderübergreifende Reform der Katastrophenschutzgesetze mittels eines
137 Mustergesetzes
- 138 • Eine dazugehörige Neufassung des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes des
139 Bundes
- 140 • Einheitliche Strukturen im Bevölkerungsschutz, die sich von Kommunalen bis auf
141 Bundesebene erstreckt, etwa vergleichbar mit den Einsatzstrukturen der Polizei
- 142 • Eine ausreichende Finanzierung und ein Konzept zur Gewinnung, Ausbildung und
143 Freistellung von Ehrenamtlichen
- 144 • Ein Konzept zur Einbindung und Nutzung von Spontanhelfenden in die Strukturen
145 bei großen Katastrophenlagen

Antrag I03: "Clankriminalität"- Ein Konzept aus einer anderen Zeit!

Antragsteller*in:	Jusos Saar
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Unsere Gesellschaft ist geprägt durch die weiße Mehrheit in unserem Land. Dies führt
- 2 für uns jedoch dazu, dass wir auch in der weißen Mehrheitsgesellschaft Awareness für
- 3 rassistische Strukturen schaffen und antirassistische Arbeit leisten müssen.
- 4 Leider findet man in unserer Gesellschaft noch zahlreiche Konzepte, die auf
- 5 rassistischen und stigmatisierenden Vorurteilen beruhen.
- 6 Eines dieser Konzepte, welches oftmals von Bundeskriminalamt (BKA) und diversen
- 7 Landeskriminalämtern^[1], sowie in der innenpolitischen Debatte, verwendet wird ist
- 8 das Konzept der „Clankriminalität“.
- 9 Das BKA definiert Clans dabei als „ethnisch abgeschottete Subkulturen“, die in der
- 10 Regel patriarchalisch-hierarchisch organisiert sind und einer „eigenen Werteordnung“
- 11 folgen.^[2]
- 12 Unstrittig ist, dass Straftaten grundlegend unter Berücksichtigung polizeilich
- 13 notwendiger Kriterien erfasst werden müssen. Hierzu gehören sowohl die organisierte
- 14 Kriminalität, als auch patriarchalisch hierarchische Strukturen.
- 15 Die Einordnung Krimineller nach der Zugehörigkeit zu ethnisch abgeschotteten
- 16 Strukturen ist schon allein aufgrund der Festmachung an der „Ethnie“ als rassistisch
- 17 abzulehnen. Drüber hinaus erfolgt sie willkürlich und hat absolut nichts mit
- 18 rechtsstaatlichen Methoden zu tun. Das Konzept der „Clankriminalität“ führt dazu,
- 19 dass eine Person, die bei der Überschreitung eines Tempolimits erwischt wird, als
- 20 clankriminell eingestuft werden kann, sofern sie eine sichtbare Migrationsgeschichte
- 21 hat.
- 22 Denn aus den Lageberichten der Kriminalämter lässt sich kein rechtstaatlich
- 23 vertretbares Muster erkennen, wie man zu der Einschätzung kommt, jemand sei „ethnisch
- 24 abgeschotteten arabischstämmigen Strukturen« zugehörig, zumal etwa 45,4 Prozent der
- 25 im Lagebericht des BKA aus dem Jahre 2020 genannten Täter die deutsche
- 26 Staatsbürgerschaft hatten. Hier von »ethnisch abgeschotteten arabischstämmigen
- 27 Strukturen« zu sprechen, ist eine Ethnisierung von Kriminalität. Denn am Ende wissen
- 28 wir, dass mit »ethnischer Abschottung« keine Menschen gemeint sein können, die sich
- 29 in reichen, weißen Villenquartieren verschanzen, sondern rassistische Stereotype
- 30 bedient werden.
- 31
- 32 Fragwürdig ist auch, dass im Lagebericht Straftaten wie Verkehrsdelikte oder Verstöße
- 33 gegen das Infektionsschutzgesetz aufgeführt werden. Hier ist nicht einmal klar, was
- 34 sie mit Organisierter Kriminalität zu tun haben.^[3]
- 35 Stigmatisierende und rassistische Konzepte haben nichts in Berichten von
- 36 Sicherheitsbehörden zu suchen, erst recht nicht, wenn sie so verheerende Folgen für
- 37 polizeiliches Arbeiten mit sich bringen. Auch in der politischen Debatte müssen wir

38 immer wieder unsere Ausdrücke und Konzepte hinterfragen, denn auch hier zeigen sich
39 oft offen und latent rassistische Strukturen.

40 **Wir fordern daher:**

41 • Das Konzept der Clankriminalität soll aus Berichten und der Arbeit öffentlicher
42 Institutionen verschwinden

43 • Landtagsfraktion und SPD Landesverband dazu auf sich gegen die Nutzung des
44 Konzepts in Sicherheitsbehörden einzusetzen

45 [\[1\]](#) Lagebericht Clankriminalität BKA:

46 [https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/Lagebilder/lagebild
47 er_node.html](https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/Lagebilder/lagebild
47 er_node.html)

48 [\[2\]](#) Meldung: NRW führt die meisten Clan-Verfahren. In: n-tv.de. 24. September 2019

49 [\[3\]](#) Vgl. [https://www.berliner-zeitung.de/news/arbeitsgruppe-der-berliner-spd-will-
50 den-begriff-clan-kriminalitaet-abschaffen-li.123331](https://www.berliner-zeitung.de/news/arbeitsgruppe-der-berliner-spd-will-
50 den-begriff-clan-kriminalitaet-abschaffen-li.123331)

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag I04: Maßregelvollzug reformieren – Wir können uns keiner Menschen entledigen!

Antragsteller*in:	Jusos Hannover
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Der Maßregelvollzug ist eine Vollzugsmaßnahme für straffällig geworden Menschen, die
2 im Zeitpunkt ihrer Straftat im Zustand der Schuldunfähigkeit handelten. Die Gründe
3 für die Schuldunfähigkeit sind dabei vielfältig. Insbesondere sind jedoch psychische
4 Erkrankungen und Betäubungsmittel zu nennen. Die dort befindlichen Patient*innen
5 werden dabei zweifach stigmatisiert – zum einen als Straftäter*innen und zum anderen
6 als psychisch Erkrankte bzw. Suchtpatient*innen. Im Maßregelvollzug bzw. der
7 forensischen Psychiatrie sollen die Patient*innen therapiert und resozialisiert
8 werden. Die derzeitigen Bedingungen in den deutschen Kliniken sind jedoch teils
9 kontraproduktiv und oft von Willkür geprägt. Hier muss sich die Gesellschaft fragen,
10 ob sie diese Menschen tatsächlich einfach verschwinden lassen will. Wir sind der
11 Überzeugung, dass wir diese Menschen nicht einfach aus unserer Gesellschaft
12 ausgrenzen können, sondern dass wir ihnen gegenüber eine besondere Verantwortung
13 haben. Daher gilt es ihnen Perspektiven zu geben, die Lebensbedingungen zu verbessern
14 und die Willkür der Kliniken zu beenden.

15 **Der Weg in den Maßregelvollzug – Psychiatrische Einrichtungen stärken**

16 Wie so oft muss auch bei dieser Thematik zunächst früher angesetzt werden.
17 Patient*innen im Maßregelvollzug haben häufig schon lange vor ihrem Einzug in die
18 Forensik offenkundige psychische Probleme, mit denen sie oft allein gelassen werden.
19 Teilweise waren diese Menschen bereits zuvor in anderen psychiatrischen
20 Einrichtungen. Hier werden sie oft unzulänglich behandelt und viel zu vorschnell
21 entlassen. Dass Teile dieser im Stich gelassenen Personen später Rückfälligkeiten
22 aufweisen, die sich ohne Behandlung bis zur ersten Straftat hinziehen können,
23 überrascht dabei wenig. Das Problem in den psychiatrischen Einrichtungen sind die
24 sog. Fallpauschalen. Diese rechnen sich nach ein paar Wochen nicht mehr, sodass
25 der*die Patient*in am Ende wegen Umsatzaspekten entlassen wird. Dabei ist es doch
26 denklogisch, dass schwere psychischen Erkrankungen nicht in ein paar Wochen geheilt
27 bzw. die Patient*innen medikamentös eingestellt werden können. Es ist Aufgabe des
28 Staates, psychisch kranken Menschen angemessen zu versorgen. Auch kann durch eine
29 umfassende Versorgung präventiv das Risiko der Einweisung in den Maßregelverzug von
30 Betroffenen stark gesenkt werden. Private Kliniken scheinen mit Blick auf den Umsatz
31 hierzu nicht fähig zu sein.

32 **Liberalere Konzepte ermöglichen – Mehr Hecke, weniger Stacheldraht**

33 Die Bedingungen unter denen die Patient*innen in der Forensik therapiert werden
34 sollen, sind katastrophal und kontraproduktiv. Menschen, die bereits unter
35 psychischen Erkrankungen leiden und teilweise psychotische Ausprägungen besitzen,
36 können nicht in einem Umfeld therapiert werden, der von Stacheldraht und
37 Dauerüberwachung durch auffällige Kameras geprägt ist. In einer solchen Umgebung kann
38 keine für die Therapie entscheidende entspannte Atmosphäre geschaffen werden – weder

39 für die Mitarbeitenden noch für die Patient*innen. Sicherungsanlagen sind
40 selbstverständlich notwendig, sollten jedoch unauffälliger installiert werden und den
41 dort befindlichen Menschen nicht ständig vor Augen geführt werden. Forensische
42 Einrichtungen wie die in Moringen können als Vorbild dienen. Hier werden die
43 Sicherungsanlagen verhältnismäßig gut versteckt und dadurch deutlich weniger von den
44 Patient*innen wahrgenommen. Auch das dortige Innentierprojekt ist in dieser Form
45 einzigartig und zeigt wie die Therapiemöglichkeiten im Maßregelvollzug neu gedacht
46 werden können.

47

48 **Überbelegung stoppen – Privatisierung zurückfahren**

49 Ein weiterer Faktor für die schlechten Therapieverhältnisse innerhalb des deutschen
50 Maßregelvollzugs ist die Überbelegung. Viele Kliniken sind an ihren Kapazitätsgrenzen
51 bzw. bereits darüber hinaus. Die Überbelegung bürgt für die Patient*innen natürlich
52 große Nachteile, während die Kliniken ein gutes Geschäft erwarten können. Die
53 Patient*innen erhalten Mehrbettzimmer, die Kliniken erwarten staatliche Zahlungen von
54 ca. 100.000€ pro Jahr und Patient. Das ist nicht haltbar. Insbesondere wenn man
55 berücksichtigt, dass der Maßregelvollzug vor allem in Norddeutschland überwiegend
56 privatisiert worden ist. Private Unternehmen wie Asklepios, Ameos und Helios erzielen
57 ein gutes Geschäft an den Personen im Maßregelvollzug, sodass der Anreiz die
58 Patient*innen wieder zu entlassen denkbar niedrig erscheint. Finanzielle
59 Hintergedanken der Klinikleitungen dürfen jedoch keinerlei Rolle spielen. Die
60 Privatisierung muss zurückgefahren werden!

61 **Überprüfbare Standards schaffen – Die Willkür der Kliniken beenden**

62 Die Kliniken bzw. die Klinikleitungen haben derzeit einen zu großen
63 Handlungsspielraum mit Blick auf die Lebensbedingungen der Patient*innen. Hierdurch
64 entsteht die Gefahr der Willkür, die sich leider auch zu oft realisiert.
65 Patient*innen werden entscheidende Lockerungen wegen kleinster Regelbrüche entzogen.
66 Diese Regeln werden teilweise wöchentlich willkürlich geändert. Eine so wichtige
67 Konstanz im Alltag der Patient*innen ist so nicht möglich. Auch entsteht oft der
68 Eindruck, dass diese ständigen Regeländerungen nur dafür gedacht sind, um die
69 Menschen irgendwie belangen und so Lockerungen zurücknehmen zu können. Die
70 Patient*innen verlieren bei diesem vor und zurück oft jegliche Hoffnungen und fühlen
71 sich alleingelassen bzw. der Allmacht der Kliniken schutzlos ausgesetzt. Diese
72 fehlende Perspektive ist dabei denklogisch nicht förderlich für die psychische
73 Konstitution und die therapeutische Behandlung.

74 Es müssen daher überprüfbare Standards von der Gesetzgebung geschaffen werden. Die
75 Patient*innen dürfen nicht den willkürlichen Regeln der Kliniken ausgesetzt werden.
76 Es darf nicht auf Glück oder Pech ankommen, ob man gute Therapieaussichten in einer
77 Klinik mit einheitlichen Regeln bekommt oder willkürlichen Regeländerungen ausgesetzt
78 wird. Diese einheitlichen Standards müssen auch überprüfbar sein. Es muss den
79 Patient*innen möglich sein gemeinsam mit einem Rechtsbeistand gegen
80 unverhältnismäßige Einschränkungen vorgehen zu können. Die Rechtsschutzmöglichkeit
81 der Menschen in forensischen Einrichtungen bzw. der Zugang zu diesen muss
82 grundsätzlich verbessert werden. Oft kennen diese Menschen ihre eigenen Rechte nicht,
83 sodass die Ungerechtigkeiten, die ihnen widerfahren, nicht zutage gebracht werden. Es

84 muss ein besserer Zugang zu rechtlicher Beratung geschaffen werden!

85 **Der Weg aus dem Maßregelvollzug – Perspektiven Schaffen**

86 Es ist keine Besonderheit, dass Haftstrafen von wenigen Monaten oder Jahren zu mehr
87 als 10 Jahren Aufenthalt in einer forensischen Psychiatrie führen. Dabei ist klar,
88 dass wenn ein Aufenthalt in einer solchen Einrichtung über so viele Jahre andauert,
89 die psychische Konstitution auf Dauer deutlich stärker leidet, als die dortigen
90 Therapien ausgleichen können. Kann es sein, dass so viele Patient*innen teilweise
91 nach einem Jahrzehnt Therapie immer noch eine derartige Gefahr darstellen, dass sie
92 nicht entlassen werden können? Wohl kaum. Zwar gibt es selbstverständlich Härtefälle,
93 jedoch ist ein Großteil dieser Menschen Opfer des Systems. In der Regel haben die
94 Patient*innen einmal pro Jahr eine Anhörung vor der zuständigen Strafvollzugskammer.
95 Hier diskutieren Richter*innen, Psychiater*innen und Patient*in (im besten Fall
96 zusammen mit einem Rechtsbeistand) die Möglichkeit einer Entlassung. Ausschlaggebend
97 für die Prognose des Gerichts ist selbstverständlich die gutachterliche Einschätzung
98 der*des psychiatrischen Sachverständigen sowie der Klinikleitung. Doch handeln diese
99 oft nicht so objektiv wie nötig. Teilweise trauen sie den Patient*innen viel zu wenig
100 zu, auch aus Angst vor Verurteilung durch mediale Berichterstattung. Wird das
101 Gutachten von Psychiater*innen erstellt, die selbst innerhalb der Klinik des*der
102 Patient*in arbeiten, kommt hinzu, dass sie durch ihre Arbeit eine gewisse
103 Voreingenommenheit besitzen und oft gehemmt sind ihre ursprünglichen Diagnosen
104 abzuändern. Externe Gutachter*innen können hierfür eine Lösung sein und werden auch
105 heute bereits teilweise genutzt. Die Statistik zeigt dabei auch, dass diese viel eher
106 gewillt sind, den Patient*innen eine Chance auf Entlassung einzuräumen.

107 Sollte ein*e Patient*in schlussendlich entlassen werden, endet die Verantwortung des
108 Staates aber nicht. Die Patient*innen müssen sich ein neues Leben aufbauen und
109 sollten hierfür mehr Hilfestellungen bekommen. Es geht hier vor allem um die
110 Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche sowie die Vermittlung von ambulanten Therapieplätzen.
111 Andernfalls können Existenzängste entstehen, die zu einer erneuten Destabilisierung
112 der Menschen führen könnte. Es ist Aufgabe des Staates die Patient*innen nach ihrer
113 Zeit im Maßregelvollzug wieder in die Gesellschaft zurückzuholen!

114 **Einheitliche Lebensverhältnisse sind Bundessache**

115 Zur konsequenten Behebung der oben beschriebenen Defizite muss die Kompetenz über den
116 Maßregelvollzug in den Händen der Bundesgesetzgebung liegen. Die Schaffung
117 gleichwertiger Behandlungsbedingungen kann nicht von 16 unterschiedlichen
118 Justizverwaltungen erreicht werden. Der Maßregelvollzug und die damit einhergehenden
119 gravierenden Grundrechtseinschränkungen müssen gleichermaßen ausgestaltet werden und
120 dürfen nicht durch wechselnde landespolitische Tendenzen zur Disposition gestellt
121 werden. Der Verfassungsgrundsatz der einheitlichen Lebensverhältnisse in den Ländern
122 hört nicht bei Patient*innen im Maßregelvollzug aus, sondern muss hier in besonderem
123 Maße berücksichtigt werden. Die Gesetzgebungskompetenz muss dahingehend angepasst
124 werden.

125 **Wir fordern:**

- 126 • die Regelung und Ausgestaltung des Maßregelvollzugs durch den Bund
- 127 • die Stärkung psychiatrischer (nicht-forensischer) Einrichtungen, sowie die
- 128 Abschaffung der dort geltenden Fallpauschalen

- 129 • die Beendigung der Überbelegungen in forensischen Einrichtungen
- 130 • das Stoppen der Privatisierung sowie die Verstaatlichung der vor allem in
- 131 Norddeutschland bereits privatisierten Einrichtungen
- 132 • eine sorgsamere und diskretere Nutzung von Sicherungsanlagen in der Forensik
- 133 • die Schaffung überprüfbarer Standards in forensischen Einrichtungen
- 134 • den einfacheren Zugang zu rechtlicher Beratung für Patient*innen
- 135 • die Ausweitung externer Gutachten mit Blick auf eine mögliche Entlassung
- 136 • die bessere Unterstützung von Patient*innen nach ihrer Zeit im Maßregelvollzug
- 137 • die Regelung und Ausgestaltung des Maßregelvollzugs durch den Bund
- 138

Antrag I05: Gewaltprävention darf nicht an Kosten scheitern!

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Wir fordern die Einrichtung einer Möglichkeit auch als Selbstmelder*in ein Anti-
- 2 Aggressions-Training (AAT) absolvieren zu können, bei dem die Kosten vom Land
- 3 getragen werden. Hierfür veranschlagen wir vorläufig einen Topf von 300.000 €
- 4 jährlich, welcher nach Etablierung an den Bedarf angepasst werden muss.

Begründung

Anti-Aggressions-Trainings sind soziale Trainingskurse, in denen mit stark auffälligen Gewaltstraftäter*innen delikt-, defizit- und ressourcenorientiert gearbeitet wird. Die Dauer des AAT beträgt etwa 5-6 Monate mit mehrstündigen Gruppensitzungen pro Woche.

Die Rückfälligkeit in Bezug auf einfache sowie schwere und gefährliche Körperverletzung betrug in dem erfassten Zeitraum von 2004-2013, 50-60% innerhalb von 9 Jahren nach der ersten Verurteilung (vgl. Strafrechtspflege in Deutschland, 7. Auflage 2019, S.67). Im Jahr 2020 wurden in Rheinland-Pfalz 2.564 Verurteilungen aufgrund von Gewaltdelikten vorgenommen (vgl. Strafverfolgungsstatistik 2020 Rheinland-Pfalz, S.16). Von dem Anteil der Rückfälligkeit in Deutschland ausgehend, ist in Rheinland-Pfalz mit bis zu 1.500 Menschen zu rechnen, die in den nächsten 9 Jahren rückfällig werden. Auch wenn die Anzahl der Gewaltdelikte jährlich sinkt, ist die Rückfallquote deutlich zu hoch. Das AAT kann diesbezüglich ein entscheidender Baustein bei der Bekämpfung von Rückfälligkeit sein. Bei Betrachtung der in der Rückfallforschung getätigten Erhebungen durch Prof. Dr. Ohlemacher in 1987-1997, lässt sich eine deutlich niedrigere Rückfallquote von nur noch 37% nach Abschluss von AATs feststellen, von welchen 53% als deliktischwächer verortet wurden (vgl. Weidner und Gall, Deutsches Institut für Konfrontative Pädagogik, 2022). Eine Studie der Katholischen Fachhochschule Mainz zur Evaluation des AAT, beziffert den Anteil der rückfälligen Kursteilnehmer*innen auf ein Drittel (vgl. Evaluation des Anti-Aggressivitäts-Trainings und des Coolness Trainings in Mainz 2007, S.16). Somit lässt sich sagen, dass das AAT ein Baustein der tertiären Gewaltprävention sein kann und effektiv bei der Senkung der Rückfallquote ist.

Für eine Kostenübernahme durch die Justiz oder aber durch das Jugendamt braucht es eine entsprechende Auflage nach einer Verurteilung. Doch nicht alle Gewaltstraftäter*innen bekommen einen entsprechenden sozialen Trainingskurs als Weisung. Ebenfalls gibt es Menschen, die schon vor einer Verurteilung feststellen, dass sie ein Problem mit gewalttätigem Verhalten haben. Diese Menschen brauchen ebenfalls die Möglichkeit an einem AAT teilnehmen zu können. Theoretisch kann jede*r an einem AAT teilnehmen, allerdings betragen die Kosten 2500-3000€ pro Kurs. Dies schreckt immer wieder Menschen ab und verhindert die Teilnahme an einem AAT.

Deswegen fordern wir, dass das Land für die Kosten aufkommen muss, um Menschen dabei zu unterstützen an ihrer Gewaltproblematik zu arbeiten und damit sowohl die Rückfallquote zu senken als auch die Anzahl der Gewaltstraftaten. Dies ginge einher mit der Senkung von Kosten in Justiz, Strafverfolgung und Inhaftierung. Letzteres allein lässt sich mit 118,12€ pro Tag und pro Person beziffern (vgl. Auskunft nach dem Informationsfreiheitsgesetz vom 12. Dezember 2011; Aktenzeichen Z A 4 1451/6 II Z5 741/2011).

Aktuell gibt es keine offiziellen Zahlen über die Anzahl der Selbstmelder*innen in Rheinland-Pfalz, da jeder Träger seine eigenen Zahlen erhebt und diese nicht zentral gesammelt werden. Zudem sind die

Kosten, die genaue Dauer des AATs und der Zahlungszeitpunkt nicht einheitlich. Dies alles variiert von Träger zu Träger.

Die veranschlagten 100.000€ ergeben sich aus einer Schätzung, die auf inoffiziellen Zahlen von Trägern aus Ludwigshafen und Mainz beruht.

Antrag I06: Chaos verhindern, Katastrophenschutz reformieren

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Wir fordern eine bundesweite Reform des Zivil- und Katastrophenschutzes. Konkret
2 muss eine Reform folgende Verbesserungen enthalten:
- 3 • Ein bundeseinheitliches Wörterbuch des Zivil- und Katastrophenschutzes inklusive
4 einer
5 Vereinheitlichung der Funkrufnamen zur Vermeidung von Dopplungen.
 - 6 • Die Nutzung von SMS für Warnungen der Zivilbevölkerung im Katastrophenfall.
 - 7 • Den Einsatz von Sirenen ausschließlich zur Warnung der Zivilbevölkerung im
8 Katastrophenfall.
 - 9 • Der Bund und die Bundesländer führen einen gemeinsamen jährlichen Warntag zur
10 Überprüfung der Sirenen und weiteren Warnmeldeanlagen für sämtliche
11 Katastrophenfälle im Bundesgebiet ein.
 - 12 • Ein bundeseinheitliches digitales Dokumentationssystem (Soft- und Hardware) für
13 die
14 Koordinationsstellen im Katastrophenschutz, das ohne weitere Protokolle und
15 Systeme einen Einsatz überwacht und koordiniert. Dazu muss eine standardisierte
16 einheitliche Schulung aller Einsatzkräfte erfolgen, unabhängig ob es sich um
17 Haupt- oder Ehrenamtliche handelt.
 - 18 • Eine bessere und standardisierte Grundschulung der ehrenamtlichen Einsatzkräfte
19 für Einsätze in Katastrophengebieten, insbesondere zur Teilnahme am Sprechfunk,
20 zu Abläufen und Eigenschutz.
 - 21 • Die rechtliche Prüfung einer Verpflichtung für Landkreise und kreisfreie Städte
22 zur Abhaltung
23 regelmäßiger organisationsübergreifender Großübungen.
 - 24 • Die Ermöglichung von gemeinsamen Großübungen des Zivilschutzes und
25 Katastrophenschutzes.
 - 26 • Eine Werbe- / Promotionsaktion, die sich gezielt an Arbeitgeber*innen richtet
27 und die die Attraktivität und Notwendigkeit von Ehrenamtler*innen im
28 Katastrophenschutz hervorhebt.
 - 29 • Eine staatliche Prämierung oder Auszeichnung für Unternehmen und
30 Arbeitgeber*innen, die sich für den Einsatz ihrer Arbeitnehmer*innen im
31 Katastrophen- und Zivilschutz einsetzen.
 - 32 • Übernahme der Fahrtkosten von Ehrenamtlichen im Einsatzfall zu ihren Wachen und
33 Wehren durch staatliche Institutionen.

Begründung

Die Flutkatastrophe im Sommer 2021 im Ahrtal hat den Katastrophenschutz in Deutschland an seine Grenzen gebracht. Mehr als 5500 Einsatzkräfte, angereist aus ganz Deutschland, waren am

Bereitstellungsraum Nürburgring stationiert, doch wurden kaum eingesetzt. Die Gründe dafür sind mannigfaltig, von nicht funktionierendem Funk und mangelnder Kommunikation der Einsatzleitung mit den Zügen, über den Haufen geworfene Strukturen, schlechte Dokumentation am Bereitstellungsraum. Der Einsatz im Ahrtal hat gezeigt, wie fehlende gemeinsame Übungen und der Föderalismus die Arbeit des Katastrophenschutzes hemmen.

Katastrophenschutz-Apps für die Zivilbevölkerung sind vielfältig, die bekannteren unter ihnen sind KatWarn, NINA, Warnwetter, Biwapp und Meine Pegel. Das große Angebot auf dem Markt sorgt für unterschiedliche Informationen von unterschiedlichen Stellen und sind sowohl in der Qualität als auch in der Vermittlung von Dringlichkeit oft ungenügend. Warnungen sind nur mit einem internetfähigen Gerät möglich, in Katastrophengebieten also oft gar nicht mehr, ist einmal der Internetempfang weg.

Warnungen per SMS erreichen mit hoher Wahrscheinlichkeit auch die ältere Bevölkerung und werden, ob einer anderen Vermittlungsart, ernster genommen. Zudem können SMS gezielt an Telefone innerhalb eines Funknetzes verschickt werden und sind nicht auf vom Nutzer festgelegte Standorte begrenzt. Der Warntag 2020 hat aufgezeigt, dass zahlreiche Sirenen in Deutschland nicht funktionsfähig sind. Zudem werden sie von der Zivilbevölkerung oft falsch eingeschätzt, da sie in ländlichen Strukturen zur Alarmierung der Feuerwehr genutzt werden. Von dieser Zivilbevölkerung kann nicht erwartet werden, unterschiedliche Frequenzen und Töne zu erkennen und nur einige davon als tatsächliche Warnung vor Katastrophen wahrzunehmen. Dieser Umstand hat im Ahrtal Menschenleben gekostet.

Während im umgangssprachlichen unter weißen Einsatzkräften bei einem MTF ein einzelnes Mannschaftstransportfahrzeug gemeint ist, wird vom Bund darunter die Medical Task Force definiert, eine standardisierte, sanitätsdienstliche, arztbesetzte Taktische Einheit, bestehend aus 26 Fahrzeugen. Wird über Funk ein MTF gefordert, sorgt dies in einem bundeslandübergreifenden Bereitstellungsraum für Missverständnisse. Vielmehr ist der Funkrufnamenkatalog bundesweit nicht einheitlich, wodurch es an länderübergreifenden Standorten durchaus zu Dopplungen innerhalb der Funkrufnamen kommt.

Jedes Bundesland, teilweise sogar jeder Landkreis, hat eigene digitale Erfassungssysteme für Koordinationsstellen und Bereitstellungsräume im Einsatzfall. Bei länderübergreifenden Einsätzen sind demnach nicht alle Einheiten auf das gleiche System geschult und können es nicht bedienen. Im Einsatzgebiet Ahrtal wich man deshalb auf MS Excel aus. Die Einsatzleitung wusste nicht, welches Fahrzeug in welchem Einsatzgebiet ist und erst recht nicht, welches Team wie lang im Einsatz war. Dies ist im Katastrophengebiet gefährlich für Einsatzkräfte – ein Unfall wäre in einem Gebiet ohne Funknetz nicht aufgefallen. Durch mangelnde Dokumentation waren RTW-Besatzungen länger als 24 Stunden ohne Versorgung im Schadensgebiet, da sie nicht abgelöst wurden und das Gebiet ob der Not auch nicht verlassen konnten.

Maximale Arbeits- und Mindestpausenzeiten müssen zwingend angewendet werden, auch in Einsätzen mit großem Schadensgebiet! Das BOS-Digitalfunknetz, über das im Katastrophenschutz bundesweit einheitlich kommuniziert wird, war im Einsatz im Ahrtal durch zerstörte Infrastruktur nicht funktionsfähig und verunmöglichte eine Kommunikation zwischen Einsatzleitung und den Teams im Katastrophengebiet. Die Schaffung sogenannter mobiler Basisstationen, auch Repeater-Vermittlungsstellengenannt, die mithilfe funkausgestatteter Fahrzeuge defekte, fest verbaute Basisstationen temporär ersetzen könnten, wurde nicht genutzt – sie war den Einsatzkräften vor Ort größtenteils nicht bekannt, da sie in den standardisierten Funklehrgängen nicht beigebracht wird. Die Nutzung des bekannten TMO-Gateways, bei

dem von TMO auf DMO umgesetzt wird, war ob der Größe des Schadensgebiet nicht möglich.

Standards für Funklehrgänge selbst existieren ebenfalls nur landesintern. Hessen ist beispielsweise ein Land, das keine Teilnahmebescheinigung für einen Funkkurs ausstellt, sondern eine Berechtigung zur Teilnahme am Sprechfunkverkehr nach dem Lehrgang ausstellt. Diese Berechtigung kann demnach auch nur in Hessen entzogen werden – eine Berechtigung Teilnahme am Sprechfunkverkehr haben in Hessen also theoretisch auch nur hessische Einsatzkräfte mit hessischer Sprechfunk-Berechtigung.

Die strikte Trennung von Zivil- und Katastrophenschutz in Bundes- und Landeszuständigkeit bringt fehlende organisationsübergreifende Übungen mit sich. Die Zusammenarbeit von weißen Einheiten, Wasserschutz und Feuerwehren mit dem THW und der Bundeswehr kann nicht funktionieren, wenn die Einheiten vor dem Katastrophenfall nicht eingespielt sind und nicht wissen, welche Ausrüstung welche Einheit mitbringt.

Vielmehr müssen Einsatzabläufe klar strukturiert sein. Regelungen wie solche über Kolonnengrößen müssen auch im Einsatzfall länderübergreifend beibehalten werden und nicht durch spontane Eingebungen überworfen werden. Hierfür sind nur Übungen und Fortbildungen zu Großeinsätzen für Zugführer*innen nötig.

Weiter reichen die gesetzlichen Regelungen zur Freistellung von ehrenamtlichen Einsatzkräften im Katastrophenschutz nicht aus. Arbeitgeber üben, trotz ihrer Verpflichtung der Freistellung des Arbeitnehmers (in Hessen bspw. aus § 11 HBKG), Druck auf Arbeitnehmer*innen aus, welche dadurch Abstand vom Ehrenamt nehmen. Dies umfasst sowohl staatliche Institutionen wie Schulen, die keine finanziellen Ersatz für den Ausfall einer*s Angestellten erhalten und den Personalausfall durch Personalmangel nicht dulden wollen, als auch private Unternehmen, denen kein Anreiz zur Unterstützung der Arbeitnehmer*innen geboten wird.

Fahrtkosten der Ehrenamtlichen zu den Wachen und Gefahrenabwehrzentren tragen diese aktuell selbst. Besonders in ländlichen Strukturen ist das für Ehrenamtler*innen eine Belastung – die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs ist in den meisten Fällen undenkbar. Eine Stunde auf den Bus zu warten ist im Einsatzfall nicht möglich.

Der Katastrophenschutz darf besonders im Einsatzfall nicht als Freizeitaktivität betrachtet werden, sondern muss als „nebenberufliche Tätigkeit“ anerkannt werden.

Um zu vermeiden, dass immerzu das gleiche ehrenamtliche Personal strapaziert wird, muss der Katastrophenschutz ausgebaut und mehr Personal gewonnen werden. Dieses gewinnt man nicht durch das Vorschreiben einer Dritt- und Viertbesetzung, sondern indem seitens des Bundes die Attraktivität für ehrenamtliches Engagement vergrößert wird.

Insgesamt ergibt sich das Bild von schlechten Abstimmungen zwischen den Ländern und zwischen Ländern und Bund. Eine gemeinsame Reform muss durch das Innenministerium initiiert und schnell angestrebt werden.

Ein weiteres Einsatzchaos wie jenes im Ahrtal darf sich nicht wiederholen, der deutsche Katastrophenschutz muss stabil, verlässlich und krisenfest werden!

Antrag I07: K.O. Tropfen aktiv bekämpfen

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen-Anhalt
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Meist können sich die Betroffenen danach an nichts erinnern, sind unter der Droge
2 ansprechbar, wirken teilweise völlig zurechnungsfähig und wenn Betroffene endlich
3 wieder klar denken können, dann ist es meist zu spät. GBL und andere Substanzen
4 werden vom Körper sehr schnell abgebaut und sind somit nach acht bis zwölf Stunden
5 kaum mehr nachweisbar. Auch die Tatsache, dass GBL farblos, geruchlos und
6 geschmacklos ist macht die Substanz extrem gefährlich. GBL unterliegt zwar zum einen
7 der Grundstoffüberwachung, sowie einem Monitoring beim BKA und wird als Arzneimittel
8 bewertet. Doch eben dieses Monitoring ist freiwillig, sodass der Hersteller nicht
9 mitmachen muss. Daher kann man GBL in Deutschland völlig problemfrei bestellen. Eine
10 stringente Überwachung gibt es nicht. Zudem weiß man nicht, wie viele Menschen Opfer
11 von K.O. Tropfen werden, da dies statistisch unzureichend aufgeführt wird. Auch
12 Sachsen-Anhalt erfasst Delikte mit GBH und GBL nicht gesondert. Wer GBL bei Google
13 eingibt, wird schnell fündig, wie er oder sie die Substanz kaufen kann. Der Zugang
14 dazu ist verhältnismäßig leicht. Innerparteilich ist es ebenfalls zur Anwendung von
15 K.O.-Tropfen gekommen. Dies ist ungeheuerlich und stellt wiederholt die Dringlichkeit
16 dar, dass GBL und andere Substanzen ein wahnsinnig großes Gefährdungspotenzial
17 besitzen und in allen, selbst vermeintlich geschützten Rahmen, Anwendung finden.

18 Daher fordern wir:

- 19 • Bundeweit einheitliche und separate Erfassung von Straftaten in Zusammenhang mit
20 K.O.-Tropfen
- 21 • Stärkere Bildungsarbeit und Aufklärungskampagnen über die Gefahren und Wirkungen
22 von K.O.-Tropfen, sowohl in der Bevölkerung, beim medizinischen Personal der
23 ersten und weiteren Behandlung, sowie polizeilichen Kräften
- 24 • Verbot für den privaten Gebrauch von GBL
- 25 • GBL und anderen verwandte Substanzen als Betäubungsmittel führen, ähnlich wie in
26 Polen, wo der Versand deutlich schwieriger ist
- 27 • Verpflichtende Monitoring der Hersteller*innen, bezüglich der Herstellung und
28 dem Versand
- 29 • GBL ist farblos, geruchlos und geschmackslos. Das muss sich ändern. Eine
30 Möglichkeit dabei ist mit Bitterstoffen zu arbeiten. Andere Möglichkeiten sollen
31 geprüft werden

32

Antrag I08: Schwarzfahren ist keine Straftat!

Antragsteller*in:	Jusos Brandenburg
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die Versammlung möge beschließen, dass Fahren ohne gültigen Fahrschein als
- 2 Ordnungswidrigkeit herabzustufen und der § 265a StGB entsprechend zu überarbeiten
- 3 ist.

Begründung

Fahren ohne Fahrschein ist in Deutschland eine Straftat. Tausende Menschen landen jedes Jahr im Gefängnis, weil sie sich kein Ticket für den öffentlichen Nahverkehr leisten konnten. Bis zu einem Jahr sitzen Menschen deshalb in Haft. Die Betroffenen sind überwiegend arbeitslos (87 %), ohne festen Wohnsitz (15 %) oder suizidgefährdet (15 %).

Der Straftatbestand wurde 1935 von den Nationalsozialisten eingeführt. Bis heute werden dadurch Menschen fürs Fahren ohne Fahrschein häufig härter bestraft, als z.B. Menschen, die angetrunken Auto fahren. Denn dies wird meist nur als Ordnungswidrigkeit geahndet.

Niemand darf wegen fehlender Tickets in Haft landen! Fahren ohne Fahrschein muss entkriminalisiert und langfristig eine kostenlose Nutzung des ÖPNV ermöglicht werden! Jeder nicht benötigte Hafttag spart den Steuerzahler*innen darüber hinaus etwa 150 Euro.

Antrag 109: Änderung des Strafbefehlsverfahrens

Antragsteller*in:	Jusos Hamburg
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die Einspruchsfrist im Strafbefehlsverfahren beginnt erst zu laufen, wenn der*die
- 2 Beschuldigte den Strafbefehl wahrgenommen und verstanden hat! Der Strafbefehl muss
- 3 einen Hinweis in leichter Sprache enthalten, dass auf Antrag eine Hauptverhandlung
- 4 durchgeführt wird.

Begründung

Das Strafbefehlsverfahren ermöglicht eine rechtskräftige Verurteilung ohne mündliche Hauptverhandlung. Stattdessen wird der*die Beschuldigte per Brief über die für sie*ihn angedachte Strafe informiert. Legt er*sie nicht binnen zwei Wochen nach Zustellung des Strafbefehls Einspruch ein, wird dieser rechtskräftig. So ist die*der Beschuldigte verurteilt worden, ohne einen*eine Richter*in gesprochen zu haben oder im Extremfall sogar, ohne den Strafbefehl wahrgenommen zu haben. Der Vorteil des Verfahrens ist, dass es schnell, kostensparend und ohne viel Aufhebens für die*den Beschuldigte*n durchgeführt werden kann. Um diese Vorteile zu bewahren, soll eine Durchführung des Strafbefehlsverfahrens auf Antrag der*des Beschuldigten weiterhin möglich sein.

Das Strafbefehlsverfahren benachteiligt in seiner jetzigen Form psychisch Erkrankte, die nicht in der Lage sind, regelmäßig ihre Post zu lesen und rechtzeitig einen Einspruch gegen die Strafe zu erheben. Zudem werden Analphabet*innen und Menschen, denen es schwer fällt, auf Deutsch zu lesen, benachteiligt. Außerdem führt es zu Verurteilungen in missverständlichen Fällen, die sich nach einem Gespräch zwischen Staatsanwaltschaft, Gericht und Beschuldigter*m auch ohne Strafe lösen ließen und ist nach Ansicht vieler Stimmen in der Rechtswissenschaft reformbedürftig. Zwar wäre die oben vorgeschlagene Reform des Strafbefehlsverfahrens erst einmal teuer, da mehr Hauptverhandlungen stattfänden, allerdings führt das jetzige Strafbefehlsverfahren in Verbindung mit der Ersatzfreiheitsstrafe zu vermeidbaren Freiheitsstrafen, die extrem kostspielig sind. Daher könnte mit der Reform auch viel Geld eingespart werden.

Antrag I10: Queerfeindlich motivierte Straftaten in Kriminalitätsstatistik der Polizei aufnehmen

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 • Queerfeindlich motivierte Straftaten sind von der Polizei in dem Unterthemenfeld
- 2 “geschlechtliche und/oder sexuelle Identität” zu erfassen und in den
- 3 Jahresberichten zu veröffentlichen
- 4 • Gewaltdelikte sind dabei gesondert aufzuführen

Begründung

Deutschland entwickelt sich vermeintlich hin zu einer weltoffenen und toleranten Gesellschaft. Dies lässt sich aber nur bestätigen, wenn auch entsprechende Messzahlen hierfür vorhanden sind. Hessen gehört zu den Bundesländern, die auch im Jahr 2021 noch keine Statistiken darüber veröffentlichen, wie viele Straftaten queerfeindlich motiviert sind. Dementsprechend kann derzeit auch keine Aussage darüber getroffen werden, ob die Anfeindung und Gewalt gegenüber queeren Menschen wirklich weniger wird. Dass es stand jetzt noch keine explizite Veröffentlichung dieser Straftaten gibt, zeigt erneut, dass der CDU Hessen und insbesondere Peter Beuth ein allgemeines Problembewusstsein für die Lebensrealität unserer Gesellschaft fehlt.

Queerfeindliche Straftaten klar zu benennen und als Problem anzuerkennen, kann zudem die Sensibilität der Polizeibeamt*innen gegenüber diesem Thema steigern und somit die Interaktion der Polizei mit Opfern queerfeindlicher Gewalt verbessern.

Viele queere Menschen trauen sich nicht, Straftaten bei der Polizei anzuzeigen, weil sie seitens der Polizei Diskriminierung befürchten. Durch einen offenen Umgang der Polizei mit queeren Themen können queere Menschen Vertrauen darin entwickeln, von der Polizei Hilfe zu erhalten.

Antrag I11: Gerechtere Anpassung der Ersatzfreiheitsstrafe

Antragsteller*in:	Jusos Hamburg
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Wir fordern eine Anpassung der Ersatzfreiheitsstrafe entsprechend dem skandinavischen
- 2 Vorbild, wonach eine Ersatzfreiheitsstrafe nur bei Zahlungsunwilligkeit, nicht bei
- 3 bloßer Zahlungsunfähigkeit angeordnet wird. Bei Zahlungsfähigkeit soll stattdessen
- 4 verpflichtende gemeinnützige Arbeit als Strafmaßnahme dienen.

Begründung

Aktuell muss jede Person, die zu einer Geldstrafe verurteilt worden ist und diese nicht bezahlt, eine sogenannte Ersatzfreiheitsstrafe antreten. Das bedeutet, dass die Person für jeden nicht bezahlten Tagessatz einen Tag im Gefängnis verbringen muss.

Die Ersatzfreiheitsstrafe benachteiligt Bürger*innen, die die ihnen auferlegten Geldstrafen nicht bezahlen können, in ihrer jetzigen Form stark: Je nach Datenerhebung sind zwischen 15 und 40 Prozent der Betroffenen wohnungslos. Zudem taugt die Ersatzfreiheitsstrafe nicht zur Strafprävention, da sich die Sozialprognose der Betroffenen meist verschlechtert. Zuletzt ist der Strafvollzug enorm teuer: Ein Tag im Gefängnis kostete pro Gefangenen im Jahr 2016 durchschnittlich 130 €. Dies ergab nach Angaben der Bundesregierung Kosten von ca. 200 Millionen €. Währenddessen unterstützt die Bundesregierung mit jährlich lediglich 130.000 € Projekte, die helfen sollen Ersatzfreiheitsstrafen durch gemeinnützige Arbeit zu vermeiden. Dies verdeutlicht die Fehljustierung der aktuellen Regelung. Dieser Entwurf sieht eine entsprechende Entschärfung vor, denn nach unserem Verständnis sollten wir sozioökonomisch schwächer gestellte als Gesellschaft unterstützen, statt sie bei entstandener Schieflage zusätzlich zu benachteiligen.

Antrag K01: Wittenberg ist nicht Paris - unsere Kampagne für Solidarität und gegen die extreme Rechte

Antragsteller*in:	Jusos Brandenburg, Jusos Sachsen, Jusos Thüringen, Jusos Mecklenburg-Vorpommern, Jusos Berlin, Jusos Sachsen-Anhalt
Sachgebiet:	K - Kampf gegen Rechts

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Die politische Landschaft Deutschlands hat sich mit der Gründung der AfD verändert,
2 dies lässt sich anhand von verschiedenen Faktoren wie der Verschiebung des Sagbaren
3 und Ähnlichem beobachten. Die AfD vertritt in Teilen deutlich rechtsextreme
4 Positionen, duldet Faschist*innen nicht nur in ihren Reihen, vielmehr werden diese
5 sogar mit Führungs- und Entscheidungspositionen betraut. Trotz alledem war es dieser
6 Partei bei vergangenen Wahlen möglich, Teile der Wähler*innen davon zu überzeugen,
7 ihnen ihre Stimme zu geben. In vereinzelt Prognosen - vor allem im Osten - wird
8 ihnen immer wieder das Potential bescheinigt, stärkste Partei zu werden. Dieses
9 Szenario könnte bei den 2024 in den ostdeutschen Bundesländern Brandenburg, Sachsen
10 und Thüringen stattfindenden Landtagswahlen Realität werden. Somit kann es dazu
11 kommen, dass es ohne Beteiligung der AfD keine Möglichkeit mehr geben wird, eine
12 mehrheitsfähige Regierung zu bilden. Faschist*innen dürfen nicht in
13 Regierungsverantwortung kommen! Für dieses Ziel müssen wir gemeinsam als
14 antifaschistischer Verband streiten. Brandenburg, Sachsen und Thüringen unterscheiden
15 sich in vielen Aspekten voneinander, auch was die derzeitigen politischen
16 Verhältnisse angeht.

17

18 Während die AfD laut aktuellen Umfragen im Bund „nur“ bei 13% liegt (Forschungsgruppe
19 Wahlen, Umfrage vom 09.09.22), erreicht sie in den ostdeutschen Bundesländern derzeit
20 knapp ein Drittel der Menschen.

21 Die Gründe für diese enorm starken Ergebnisse der AfD in den ostdeutschen
22 Bundesländern sind vielfältig. Viele Menschen sahen und sehen immer noch in der AfD
23 eine Protestpartei, die ihre Probleme aufgreift und einen Gegenpol zu den etablierten
24 Parteien bildet. Weiterhin fühlen sich viele Menschen in Ostdeutschland abgehängt vom
25 Westen, nicht ernst genommen und seit der politischen Wiedervereinigung 1990 ist bis
26 zum heutigen Tag keine gesellschaftliche Wiedervereinigung erfolgt.

27

28 All diese Faktoren bedingen die politische Landschaft im Osten. Die AfD ist schon
29 jetzt in allen drei Landesparlamenten stark vertreten und verhindert
30 gesellschaftliche progressive Projekte, Initiativen und Vereine, während sie
31 gleichzeitig ihre neue Machtposition ausnutzt, um rechte Strukturen, z.B. in der
32 Jugendarbeit zu fördern und darüber langfristige, stabile rechte Netzwerke
33 aufzubauen.

34

35 Wir stehen in Ostdeutschland auch in diesem Herbst mit der bereits eingetretenen
36 Energiekrise erneut vor Massenprotesten, die vielerorts von rechten Akteuer*innen

37 angeführt werden. Unlängst gab es einen großen Protest der rechten Szene in Leipzig,
38 der sich gegen die Energieeinsparungsmaßnahmen richtete. Bei diesem Protest kam es zu
39 Ausschreitungen und Übergriffen gegenüber linken Demonstrierenden sowie zu
40 Polizeigewalt.

41 Diese Demonstrationen werden sich weiter zuspitzen und auch erheblichen Einfluss auf
42 die Stimmung zu den Landtagswahlen haben.

43

44 Hinzu kommt, dass die Parteien- und Gewerkschaftsbindung in Ostdeutschland erheblich
45 schwächer ausgeprägt ist, als im Westen der Republik. Deshalb sind die Strukturen und
46 auch die finanziellen Ressourcen der Parteien, auch der SPD, in Ostdeutschland
47 prekär.

48 Es bedarf bundesweiter Solidarität und Kraftanstrengungen, damit 2024 verhindert
49 werden kann, dass die drei Bundesländer nach den Landtagswahlen unfähig sind, stabile
50 Regierungen zu bilden. Es drohen unweigerlich, mangels anderer Alternativen, schwarz-
51 blaue Koalitionen, die Auswirkungen dessen wären nicht nur in den ostdeutschen
52 Bundesländern zu spüren - säße die AfD erstmals in einer Landesregierung - so säße
53 sie auch erstmals im Bundesrat. Faschist*innen haben in keinem Parlament etwas zu
54 suchen und es ist unsere Aufgabe als Jungsozialist*innen dafür zu streiten, dass sie
55 aus allen Parlamenten rausfliegen. Während das in Schleswig-Holstein bereits passiert
56 ist, ist es in Ostdeutschland leider noch fernab jeder Realität.

57

58 Wir werden daher als Juso-Bundesverband eine Kampagne zum „Kampf gegen Rechts“ für
59 die Landtagswahlen organisieren, die durch das Bundesbüro vorbereitet wird. Außerdem
60 unterstützen wir die Juso-Landesverbände vor Ort wie folgt:

61

- 62 1. Um Präsenz als Jusos zu zeigen, soll es in allen drei Landesverbänden jeweils
63 eine Großveranstaltung geben. Hier geht es vor allem darum, diejenigen
64 anzusprechen, die sich nach Representanz ihrer ostdeutschen Identität und
65 gleichzeitig dem Kampf gegen Rechts bewusst sind. Eine Abstimmung über das
66 Format und die Durchführung der Veranstaltungen erfolgt dabei in Kooperation mit
67 den Juso-Landesverbänden.
- 68 2. Wir unterstützen die Wahlkämpfe mit einer Grundausstattung mit passenden Merch-
69 Artikeln. Das umfasst die Gestaltung von Plakaten, Stickern, Feuerzeugen und
70 ähnlichen Artikeln, die bei Juso-Aktionen verteilt werden. Darüber hinaus wird
71 der Online-Wahlkampf durch die Bereitstellung von Canva-Vorlagen bereichert.
- 72 3. Alle drei Bundesländer sind Flächenländer, die gerade im ländlichen Raum weniger
73 ausgeprägte Juso-Strukturen aufweisen. Deshalb wird jedem Landesverband ein Bus
74 finanziert, mit dessen Hilfe der Wahlkampf in der Fläche besser umgesetzt werden
75 und die Sichtbarkeit der Jusos in der Fläche erhöht werden soll.

76

77 Wir Jusos sind antifaschistisch und antirassistisch.

78 Unser gemeinsames Ziel ist und bleibt es, den Rechten kein Fußbreit Raum zu
79 überlassen.

80 Wir Jusos kämpfen Seit an Seit für eine bessere Zukunft. Es bedarf unserer
81 bundesweiten Solidarität, um der extremen Rechten und ihrem parlamentarischen Arm
82 Einhalt zu gebieten.

83 Wir Jusos sind solidarisch und wir Jusos sind bereit, diejenigen zu unterstützen, die
84 unsere Hilfe im Kampf gegen die extreme Rechte brauchen - egal ob Genoss*innen oder
85 zivilgesellschaftliche Akteure.

86 Unsere Demokratie ist gerade in Krisenzeiten anfällig, wir sind es, die gegen jeden
87 Versuch der rechtsextremen Raumnahme aufstehen, widersprechen und uns dem
88 widersetzen.

Antrag K02: Faschistischen Bewegungen entgegenstellen - Den Grauen Wölfen und ihren Splitterorganisationen den Kampf ansagen!

Antragsteller*in:	Jusos Nordrhein-Westfalen
Sachgebiet:	K - Kampf gegen Rechts

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Rechtsextremismus ist die größte Bedrohung für die innere Sicherheit des Staates.
- 2 Eine rechtsextremistische Bewegung, die häufig zu wenig Beachtung findet, ist die
- 3 „Ülkücü-Bewegung“, die auch als „Graue Wölfe-Bewegung“ bezeichnet wird. Sie stellt
- 4 eine Bewegung von türkischen Rechtsextremen dar, die sich über ganz Europa streckt.
- 5 Laut dem Verfassungsschutzbericht des Jahres 2021 fußt die Ideologie der Bewegung auf
- 6 nationalistischem, antisemitischem und rassistischem, also insgesamt
- 7 rechtsextremistischem Gedankengut. Dieses Gedankengut spiegelt sich im Idealbild der
- 8 Bewegung wider, die sich ein „größtürkisches Reich“ namens „Turan“ vorstellt. Des
- 9 Weiteren werden insbesondere Kurd*innen, Armenier*innen und Alevit*innen diffamiert
- 10 und als Feindbilder betrachtet. Dabei wird vor Hinrichtungsforderungen und
- 11 Gewaltandrohungen gegen Personen des öffentlichen Lebens nicht Halt gemacht. Auch der
- 12 Glaube an eine angebliche jüdische Weltverschwörung findet bei den „Ülkücü“ seinen
- 13 Platz und bedient somit antisemitische Verschwörungsmymen.
- 14 Der Einfluss dieser Bewegung in Deutschland ist nicht von der Hand zu weisen.
- 15 Schätzungen besagen, dass sie sich in Deutschland aus 11000 Mitgliedern und einer
- 16 unbekanntem Zahl an Sympathisant*innen zusammensetzt. Von diesen sind ungefähr 9400
- 17 in großen Dachverbänden organisiert, die sich in Teilen um ein „bürgerliches“ Image
- 18 bemühen und ihre Ideologie hauptsächlich intern ausüben, umso mehr Einfluss innerhalb
- 19 der Parteienlandschaft zu gewinnen. Ein beliebtes Mittel der Bewegung ist dabei
- 20 Einschüchterung und Hetze gegenüber politisch Andersdenkenden, egal ob im Netz oder
- 21 auf der Straße bei Demonstrationen.
- 22 Zudem gibt es Verbindungen zum türkischen Staatspräsidenten und Autokraten Erdogan,
- 23 der schon öffentlich das Symbol der Bewegung, den sogenannten Wolfsgruß, gezeigt hat.
- 24 Einige Anhänger der Bewegung sollen sich auch nach Aussagen der Bundesregierung als
- 25 „Soldaten Erdogans“ bezeichnet haben. Zudem besteht eine Verbindung zwischen der
- 26 rechtsextremen Partei MHP und den Grauen Wölfen. Erstere unterstützt Erdogans
- 27 Regierung im Parlament. Eine erhebliche Einflussnahme der türkischen Regierung auf
- 28 die Bewegung ist daher nicht unwahrscheinlich. Außerdem besteht eine Nähe zu
- 29 deutschen Rechtsextremist*innen innerhalb der Bewegung, dessen Gründer die
- 30 ideologische Nähe zur NPD betonte, auch wenn es bisher keine Indizien einer
- 31 tatsächlichen Zusammenarbeit gab.
- 32 Die in der Ideologie verwurzelte Hetze und die Gewaltanwendungen gegenüber
- 33 Andersdenkenden und anderen Volksgruppen widerspricht unseren Vorstellungen eines
- 34 demokratischen Staates und sie widerspricht vor allem dem im Grundgesetz verankerten
- 35 Gebot der Gleichheit aller Völker. Mit der schierem Anzahl an Mitgliedern stellt die
- 36 Bewegung eine der größten Bedrohungen von rechts innerhalb der Bundesrepublik dar,
- 37 daher wollen wir uns für ein Verbot aussprechen. Damit stellen wir uns gegen

38 Rechtsextremismus jeglicher Art und würden dieser rechtsextremen Bewegung die
39 Organisationsplattform entziehen, wie auch Möglichkeiten der Vernetzung erschweren.
40 Des Weiteren soll von der Entscheidung ein politisches Signal in das In- und Ausland
41 gesendet werden, dass Rechtsextremismus und Antisemitismus in Deutschland keinen
42 Platz haben. Ein Land, von dem im Namen des Nationalsozialismus millionenfacher Mord
43 ausging, steht in besonderer historischer Verantwortung und hat Bewegungen und
44 Organisationen den Kampf anzusagen, die sich auf diese menschenverachtenden
45 ideologischen Wurzeln beziehen.

46 Wir Jungsozialisten*innen verstehen uns sowohl als antifaschistischer als auch
47 antirassistischer Verband. Uns ist von großer Bedeutung, dass diese wichtige Debatte
48 nicht von rassistischen Narrativen überschattet wird. Sehr oft werden nämlich
49 türkisch gelesene Menschen allein aufgrund ihrer äußerlichen Merkmale als
50 Anhänger*innen der Grauen Wölfe kategorisiert. Wir Jusos wollen diese Diskussion ohne
51 jegliche rassistischen Dynamiken führen! Aus dieser Tatsache heraus fordern wir das
52 Verbot der türkisch-rechtsextremen „Grauen Wölfe-Bewegung“, auch bekannt als „Ülkücü-
53 Bewegung“. Insbesondere deren zahlreicher Splitterorganisationen, die durch ihre
54 Fragmentierung ein Verbot bisher erschwert haben. Unter diesen Organisationen sind
55 besonders die „ATB“, die „ATIB“ und die „ADÜTDF“ hervorzuheben, die den Großteil der
56 organisierten Bewegung darstellen. Zusätzlich fordern wir, dass das Prüfverfahren zum
57 Verbot aus dem Jahr 2020 (Drucksache 19/24388) beschleunigt wird und dass daraus
58 zügig Konsequenzen gezogen werden müssen. Darüber hinaus müssen entsprechende
59 Präventions- und Deradikalisierungsprogramme für Sympathisant*innen und Mitglieder
60 der Grauen Wölfe erarbeitet und angeboten werden.

61 Dass ein Verbot der einzelnen Splitterorganisationen umsetzbar ist, und damit die
62 Bewegung als solches erheblich getroffen werden kann, zeigt uns unser Nachbarland
63 Frankreich, welches im Jahr 2020 ein Verbot verhängt hat. Hierzulande wird die
64 Umsetzbarkeit noch heute als nicht umsetzbar betrachtet, da man die Verbindung
65 zwischen Verbänden, wie der „ADTÜF“ und den „Ülkücü“ noch nicht feststellen konnte,
66 obwohl der Verfassungsschutzbericht diesen Verband als größten Dachverband der
67 Bewegung anerkennt. Die bisherige Ignoranz gegenüber diesem Phänomen ist unerträglich
68 für all jene, die im Fokus der menschenverachtenden Ideologie dieser Faschist*innen
69 stehen. Entsprechend müssen Projekte und Angebote für die Arbeit gegen diese Form des
70 Rechtsextremismus erarbeitet und angeboten werden.

71 Eine komplette Auflösung der Bewegung ist durch die Fragmentierung und zahlreichen
72 unorganisierten Anhänger unmöglich, allerdings lässt sich die strukturierte Bewegung
73 durch das Verbot von „ATB“, „ATIB“ und der „ADÜTDF“ erheblich schwächen.

74 Konkret fordern wir zur Umsetzung des Verbotes:

- 75 • Das Verbot der Organisationen: „ATB“, „ATIB“ und der „ADÜTDF“
- 76 • Angebot von Deradikalisierungsmaßnahmen für Anhänger*innen
- 77 • Die Beschleunigung des Prüfverfahrens aus dem Jahr 2020

Antrag K03: Rechtsradikale Symbolik bekämpfen, verbieten bestrafen

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Sachgebiet:	K - Kampf gegen Rechts

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die Strafbarkeit rechtsradikaler Symbole wird neu bewertet: Die Liste der nach §86a
- 2 StGB strafbaren Symbole wird durch das zuständige Innenministerium erweitert. Ferner
- 3 wird ein nationales und ein europäisches Register nationalistischer,
- 4 nationalsozialistischer und faschistischer Symbole, Texte und Lieder eingeführt, dass
- 5 ständig aktualisiert wird und als Grundlage juristischer Verfolgung dient.
- 6 Explizit wird die Verwendung folgender Symbole in rechtsradikalen Kontexten strafbar:
- 7 Schwarze Sonne , Reichsflagge, Reichskriegsflagge von 1867 – 1921, 1922 – 1933, 1933
- 8 – 1935
- 9 Auch wird geprüft, ob sich die Verwendung der Flagge der Südstaaten der USA, die
- 10 sogenannte Konföderierten- Flagge, welche ein Symbol für Sklaverei und Rassismus
- 11 darstellt, verboten und unter Strafe gestellt werden kann. Sollte sich dies
- 12 bestätigen, wird entsprechend gehandelt.
- 13 Des Weiteren wird geprüft, ob sich die Verwendung des Zahlencodes 168:1 als
- 14 Verherrlichung von Straftaten (§140 StGB) und/oder Volksverhetzung (§130 StGB) unter
- 15 Strafe stellen lässt. Ebenfalls soll die Verwendung des Codes „Fourteen Words“
- 16 geprüft werden. Sollte sich dies bestätigen, wird entsprechend gehandelt.
- 17 Ebenfalls wird geprüft, ob sich die Verwendung der “Q-Anon“-Symbolik dementsprechend
- 18 unter Strafe stellen lässt. Sollte dies möglich sein, wird entsprechend gehandelt.
- 19 Auch wird geprüft, ob sich die Verwendung der oben genannten Symbole im Rahmen des
- 20 §130 StGB der der §§86, 86a sowie §140 StGB unter Strafe stellen lässt. Sollte sich
- 21 dies bestätigen, wird entsprechend gehandelt.
- 22 Außerdem wird geprüft, welche weiteren Symbole, durch Rechtsradikale verwendet
- 23 werden, als verfassungsfeindlich, volksverhetzend und strafbar eingestuft werden
- 24 können – und es wird entsprechend gehandelt.

Begründung

Die Schwarze Sonne war ein Symbol der SS und wird heute gerne als legaler Ersatz für die verbotenen SS-Runen und das Hakenkreuz verwendet. Es ist historisch nicht belegt, dass das Symbol aus dem Germanentum stammt, sondern es handelt sich um ein Kunstprodukt der SS, auch wenn dies in der rechtsextremen Szene meist geleugnet wird. Das Sonnenrad erscheint erstmals als Bodenornament im Obergruppenführersaal der SS-Schule Haus Wewelsburg. Erst nach 1945 wurde es als Schwarze Sonne bezeichnet und findet in der Neonazi-Szene Verwendung. Ihre Verwendung ist bisher nur in Verbindung mit verbotenen Organisationen verboten.

Man kann die Schwarze Sonne als eine Zusammensetzung von zwölf Sig-Runen oder als zwölfarmiges Hakenkreuz verstehen. Ausgedrückt werden soll die „Verbundenheit mit der eigenen Art und mit den arteigenen Wertvorstellungen“. Die Schwarze Sonne erhält einen immer höheren Stellenwert für Lifestyle-

Produkten der neonazistischen Szene aller Art. Beobachter der Szene sehen das Symbol durch die häufige Verwendung als Ersatz für das verbotene Hakenkreuz. Da das Tragen der Reichskriegsflagge des NS-Regimes heute verboten ist, suchen Rechtsextreme

bei ihren Aufmärschen nach Ersatz. Häufig nutzen sie die anderen Versionen der Reichskriegsflagge bei Demonstrationen als legale Alternative.

Bereits in der Weimarer Republik war die alte (heute noch legale) Reichskriegsflagge Symbol von rechtsextremen Parteien und Organisationen. Die paramilitärische Vereinigung

„Reichskriegsflagge“ wählte sie beispielsweise für

ihren Namen und als Erkennungszeichen. Eines der Mitglieder des Bundes war Heinrich Himmler, die mittelbare politische Leitung hatte im Jahr 1923 Adolf Hitler. Es wundert also nicht, dass auch heute Neonazis die Reichskriegsfahne gerne übernehmen. Die Flagge ist als Symbolen und Erkennungszeichen in der Neonazi- und Reichsbürger*innen-Szene besonders beliebt.

Auch von amtlichen Stellen werden die legalen Versionen der Reichskriegsflagge als Ausdruck einer politischen Gesinnung verstanden. In einem Erlass des brandenburgischen Innenministeriums heißt es zum Beispiel: „Die Reichskriegsflagge ist weiterhin Symbol nationalsozialistischer Anschauungen und/oder von Ausländerfeindlichkeiten. Ihre Verwendung in der Öffentlichkeit stellt eine nachhaltige Beeinträchtigung der Voraussetzungen für ein geordnetes staatsbürgerliches Zusammenleben und damit eine Gefahr für die öffentliche Ordnung dar.“

Die Zahlenkombination 168:1 ist ein Code für den Sprengstoffanschlag 1995 in Oklahoma City/USA auf ein Verwaltungsgebäude, bei dem 168 Menschen ums Leben kamen. Der Neonazi Timothy McVeigh wurde dafür zum Tode verurteilt und 2001 hingerichtet. In makabrer Verherrlichung dieses Terroranschlags gibt der Code das »Ergebnis« des Anschlags wieder und findet sich auf TShirts und als Sprüherei.

„Fourtee Words“ stehen für den Satz „we must secure the existence of our people and future for white children“, der dem US-Rechtsextremisten David Eden Lane zugewiesen wird. Sie dienen ebenfalls als Code für US-Amerikanische und Europäische Neo-Nazis und Rassist*innen.

Antrag M01: Situation in Erstaufnahmeeinrichtungen und Zentralen Unterbringungseinrichtungen verbessern - JETZT!

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Im Jahr 2021 wurden in der gesamten Bundesrepublik 148.233 Asylanträge eingereicht.
- 2 Das waren ca. 46.000 Asylanträge mehr als im Jahr 2020. Wir können davon ausgehen,
- 3 dass sich die Zahl der Asylanträge in diesem Jahr noch deutlich erhöhen wird. Alle
- 4 Menschen, die Asyl in Deutschland suchen, werden zu Beginn dieser langen Prozedur in
- 5 Flüchtlingserstaufnahmezentren aufgenommen.
- 6 Die Mitarbeiter:innen dort kümmern sich dann um die Registrierung und die
- 7 Veranlassung des Asylprozesses. In einzelnen Fällen erhält die Öffentlichkeit hin und
- 8 wieder Informationen über die Situation in den Aufnahmezentren, aber in der
- 9 allermeisten Zeit ist die Situation dort komplett verborgen vor der breiten
- 10 Öffentlichkeit. Dabei sind die Arbeitssituation und die Betreuungssituation in den
- 11 meisten Fällen mehr als miserabel. Die Bewohner:innen dieser
- 12 Erstaufnahmeeinrichtungen und der zentralen Unterbringungseinrichtungen wohnen eng
- 13 eingepfercht in kleinen Zimmern. Flüchtende Menschen befinden sich monatelang in
- 14 Zimmern mit wildfremden Menschen. Nicht nur das, auch wildfremde Familien müssen sich
- 15 ein Zimmer teilen, wenn die Kapazitäten knapp werden, was häufig der Fall ist.
- 16 Hinzu kommt, dass sich viele Menschen in den Aufnahmezentren befinden, die dauerhafte
- 17 psychologische Hilfe benötigen und/oder suchtkrank sind. Da meist die dort
- 18 arbeitenden Sozialbetreuer:innen nicht ausreichend ausgebildet sind, um diesen
- 19 Bewohner:innen die Hilfeleistung zu geben, die sie benötigen, ist das Betreuen dieser
- 20 Bewohner:innen mit einer sehr hohen Gefahr für alle Beteiligten verbunden. Häufig
- 21 geht körperliche Aggressivität von diesen Bewohner:innen aus. Das Personal ist oft
- 22 unterbesetzt und in den häufigsten Fällen für diesen Beruf nicht gut ausgebildet.
- 23 Zeitgleich wird aber eine lange Berufserfahrung, welche auch mit einem
- 24 Kompetenzanstieg einhergeht, nicht in der Bezahlung ausgedrückt. Hinzukommt, dass die
- 25 Aufnahmezentren dezentral über Organisation wie die DRK, Malteser, European Homecare
- 26 etc. geleitet werden. Die staatliche Kontrolle über die genauen Handlungsabläufe in
- 27 den Einrichtungen ist daher nicht ausreichend vorhanden. Die genannte
- 28 Aufgabenzuweisung an Unterorganisationen hat zur Folge, dass in regelmäßigen
- 29 Abständen Ausschreibungen zum Erhalt oder Verlust einer Einrichtung durchgeführt
- 30 werden. Dieser Mechanismus soll zur Kontrolle über die Verhältnisse in den Zentren
- 31 dienen. Häufig verlieren Mitarbeiter:innen ihre Arbeitsstelle oder müssen in einem
- 32 weit entfernten Zentrum ihre Arbeit fortsetzen, wenn ein Zentrum geschlossen wird.
- 33 Es ist klar zu erkennen, dass bei der Einführung des Systems der Erstaufnahmezentren
- 34 mit einer kurzfristigen Flüchtlingssituation gerechnet wurde. Da wir aber nun davon
- 35 ausgehen können, dass dauerhaft große Fluchtbewegungen zu erwarten sind, muss eine
- 36 dauerhafte und nachhaltige Lösung für die Geflüchteten und das Personal geschaffen
- 37 werden.
- 38 Daher fordern wir:

- 39 1. Regelmäßige Weiterbildungen und Schulungen im Umgang mit Geflüchteten für das
40 Personal
- 41 2. Personalschlüssel bei den Sozialbetreuer:innen erhöhen
- 42 3. Anerkennung von Arbeitserfahrung des Personals in der Bezahlung
- 43 4. Eine Tarifgebundene und einheitliche Bezahlung der Mitarbeiter:innen
- 44 5. Innerhalb der Einrichtungen den Bedarfen gerechte psychosoziale und
45 psychiatrische Hilfe anbieten – kostenfrei und eingegliedert in bereits
46 bestehende Strukturen
- 47 6. Feste Orte für die EAE und ZUE, ohne regelmäßige Ausschreibungen zur
48 Beibehaltung der Zentren
- 49 7. EAE und ZUE fest in staatlicher Hand und nicht in der Hand von
50 Drittorganisationen wie beispielsweise DRK, Malteser, Caritas oder EHC
- 51 8. Eine Tarifgebundene und einheitliche Bezahlung der Mitarbeiter:innen
- 52 9. Zeitliche Höchstgrenze von 6 Monaten zum Aufenthalt in einem ZUE (Danach muss
53 über das Weiterverfahren über die Asylanträge ein Ergebnis vorliegen)
- 54 10. Keine Aufteilung von Familien mit erwachsenen Familienmitgliedern auf
55 verschiedene Kommunen
- 56 11. Direkte Austeilung von Arbeitsgenehmigungen innerhalb des Asylprozesses ab einem
57 Aufenthalt von 3 Monaten.
- 58 12. Bessere Bezahlung für die Security in den Einrichtungen

Begründung

Aufbau des Asylverfahrens:

Der Ablauf des Bearbeitungsverfahrens von Geflüchteten ist in drei bzw. vier zentrale Schritte aufgeteilt. Zu Beginn kommen die Geflüchteten in die Landeserstaufnahmeeinrichtung für ein bis zwei Tage. Dort wird lediglich die Aufnahme und die Weiterverteilung in die Erstaufnahmeeinrichtung geregelt. In den Erstaufnahmeeinrichtungen wird der Gesundheitscheck durchgeführt und erst da erfolgt die vollständige Aufnahme der Personalie, wie auch die meisten Interviews mit dem BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge). In den EAEs halten sich die Asylsuchenden maximal sechs Wochen auf. Daraufhin werden sie in kleinere ZUEs (Zentrale Unterbringungseinrichtungen) aufgeteilt. In diesen Einrichtungen werden Deutschkurse und andere Angebote gemacht, jedoch sind seit der Pandemie viele Angebote gestoppt und nicht wieder aufgenommen worden. In diesen Einrichtungen halten sich Familien mit minderjährigen Kindern bis zu sechs Monate auf. Bei allein reisenden Menschen mit einem ungeklärten Status kann sich der Aufenthalt in verschiedenen ZUEs bis über einem Jahr belaufen. Das zieht viele psychische Folgen mit sich, da die Menschen in der gesamten Zeit keine Arbeitserlaubnis erhalten und somit die gesamte Zeit absitzen müssen und so das Potenzial steigt, dass sie kriminelle Wege einschlagen. Nach der Zeit in der ZUE werden die Menschen auf die Kommunen aufgeteilt und bekommen teilweise Zugang zu Sozialwohnungen.

Schwierigkeiten für die Bewohner:innen und Betreuer:innen

Die Geflüchteten benötigen auf vielerlei Ebenen mehr Unterstützung und eine Motivationsquelle im Verlauf ihres Asylverfahrens. Viele Menschen können und wollen arbeiten, bekommen aber keine Arbeitserlaubnis, solange sie keinen bewilligten Asylantrag vorlegen können. Das führt einerseits dazu, dass durch den Daueraufenthalt in einem ZUE körperliche Auseinandersetzungen zwischen den

Bewohner:innen und dem Personal entstehen. Mit einer unbürokratischen Vergabe einer Arbeitserlaubnis ab einem Aufenthalt von 3 Monaten können die Bewohner:innen Zeit außerhalb der Einrichtung verbringen und sich Geld dazu verdienen. Ein netter Nebeneffekt ist eine wahrscheinlich höhere Steuereinnahme des Staates. Hinzukommt, dass mit dieser Änderung auch gegen Schwarzarbeit agiert wird, die aktuell oft stattfindet.

Eine Aufteilung von Familienmitgliedern, die gemeinsam geflüchtet sind, auf unterschiedliche Kommunen, nur weil alle erwachsen sind, ist keine angemessene Begründung und zieht traumatische Erlebnisse mit sich. Dieser Vorgang muss verboten werden. Familien müssen in jedem Fall gemeinsam verteilt werden! Wie bereits mehrfach aufgeführt, ist ein langer Aufenthalt in den ZUEs, die vor allem Menschen mit einem ungeklärten Status durchleben müssen, eine Zumutung. Eine Begrenzung des Aufenthalts auf sechs Monate für alle Menschen ab Erstverteilung in eine ZUE-Einrichtung, ist eine wichtige und notwendige Entlastung für Betreuer:innen und Bewohner:innen.

Die Etablierung von separaten Einrichtungsstrukturen für Suchtkranke oder Menschen, die eine dauerhafte psychologische Betreuung benötigen, ist ebenfalls ein wichtiger Schritt in der Veränderung der Aufnahmestruktur für Geflüchtete. Der Prozess muss sich dringend von einem „Abfrühstücken“ von Geflüchteten hin zu einer angemessenen Hilfeleistung für Schutzsuchende entwickeln, die nicht darauf abzielt, im großen Maße Menschen abzuschieben. Oft handelt es sich beim Betreuungspersonal um mangelhaft ausgebildete Menschen. Ein breites Pflichtangebot an Workshops und Weiterbildungen ist dementsprechend unabdingbar.

Betreuungspersonen, die auch mehrere Jahre Berufserfahrung vorweisen können, müssen mit einer erhöhten Vergütung rechnen können, wie das in den allermeisten Berufen der Fall ist.

Die Tarifbindung des Berufs der Sozialbetreuer:innen hat den wichtigen Vorteil der einheitlichen Bezahlung über den verschiedenen Einrichtungen hinweg. Die Vergütungsunterschiede zwischen den verschiedenen Organisationen und die Anrechnung von Abschlüssen und durchgeführten Bildungsmaßnahmen werden aktuell willkürlich gewählt.

Antrag M02: Asyl für ehemalige Ortskräfte aus Afghanistan – Helfer*innen nicht im Stich lassen und Unterstützung durchsetzen

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 1. Die deutsche Bundesregierung soll sich schnellstmöglich dafür einsetzen, dass
2 alle ehemaligen afghanischen Ortskräfte, die mit der Bundeswehr bei ihrem
3 Einsatz in Afghanistan zusammengearbeitet haben, und ihre Angehörigen Asyl in
4 Deutschland bekommen. Hierfür sollen alle staatlichen Ressourcen effektiv
5 eingesetzt werden.
- 6 2. Ein Asylantrag ehemaliger Ortskräfte soll bei Vorlegung eines Nachweises der
7 Zusammenarbeit in deutschen Konsulaten und Botschaften in den afghanischen
8 Nachbarländern und Ländern üblicher afghanischer Migrationsrouten gestellt
9 werden können. Die Nachweise der Zusammenarbeit müssen einfacher anerkannt und
10 bürokratische Hürden so gering wie möglich werden. Auch digitale Einreichungen
11 sollen möglich sein und Zeugenaussagen z.B. von Soldat*innen oder andere
12 deutsche Staatsbürger*innen müssen berücksichtigt werden.
- 13 3. Der deutsche Staat soll für die sichere Transferierung (Flug) afghanischer
14 Ortskräfte nach Deutschland sorgen, die den Asylantrag gestellt haben.
15 Antragstellende mit Nachweis der Zusammenarbeit sollen direkt nach Deutschland
16 ausgeflogen werden. Bei unsicherem Nachweis bis zur geklärten Erbringung
17 desselbigen ist für die Unterbringung im Land des Botschafts- bzw.
18 Konsulatsstandortes, auch in Zusammenarbeit mit dem entsprechenden Land zu
19 sorgen.
- 20 4. Die deutschen Botschaften in den umliegenden Nachbarländern und das Auswärtige
21 Amt müssen enger mit NGOs zusammenarbeiten und ihre Ressourcen gebündelt dafür
22 einsetzen, dass ehemalige Ortskräfte Afghanistan verlassen können und in
23 Deutschland Asyl erhalten. Auch ehemalige Ortskräfte, die Afghanistan bereits
24 verlassen haben, müssen durch die Botschaften in den Nachbarstaaten unterstützt
25 werden.
- 26 5. Deutsche Botschaften und andere Behörden sollen ihre Ressourcen dafür einsetzen
27 und mit NGOs zusammenarbeiten, damit ehemalige Ortskräfte in Afghanistan und
28 ihre Angehörige einen sicheren Fluchtweg aus Afghanistan haben, um Asyl in
29 Deutschland zu bekommen.
- 30 6. Wir fordern von der rheinland-pfälzischen Landesregierung ein Aufnahmeprogramm
31 für afghanische Geflüchtete, das gleich denen der Länder Bremen und Thüringen
32 ausgestaltet ist.
- 33 7. Aufhebung der Deckelung der Aufnahme von nur 5.000 afghanischen Geflüchteten pro
34 Jahr durch das Bundesinnenministerium. Es müssen mehr Afghan*innen, vor allem
35 jene, die aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit dem Westen von Verfolgung bedroht
36 sind, Schutz bekommen.

Begründung

Afghan*innen, die mit der Bundeswehr zusammengearbeitet haben und ihre Angehörigen, sind aus Sicht der Taliban Kollaborateur*innen des Feindes und sind deshalb von Verfolgung bis hin zum Tod bedroht.

Der deutsche Staat soll diese ehemaligen Helfer*innen, die ihm überhaupt erst ermöglicht haben seine Stützpunkte aufzubauen, ein sicheres und gewaltfreies Leben ermöglichen. Wer Deutschland hilft, soll profitieren und nicht leiden. Das nutzt der Außenwahrnehmung Deutschlands!

Dies ist über politisches Asyl, sprich Artikel 16a des deutschen Grundgesetzes, ermöglichbar.

Überlegen wir das Ganze mal so: Eine Person, die sich dazu entschlossen hat für Deutschland bzw. Deutsche zu arbeiten, hat möglichst einen guten Eindruck von Deutschland gewonnen und hatte möglicherweise bereits davor positive Ansichten gegenüber Deutschland bzw. dem Westen allgemein.

Diesen Menschen Sicherheit zu geben, sie zu schützen und zu fördern und damit eine starke, einflussreiche afghanische Exilgemeinde aufzubauen, sollte ein tiefes Interesse deutscher Politik sein und wird sich langfristig, sollte der Zeitpunkt einer stückweisen Verbesserung und Liberalisierung der Verhältnisse in Afghanistan gekommen sein, auch positiv auf Afghanistan auswirken.

Viele ehemalige Ortskräfte können Dokumente zum Nachweis der Zusammenarbeit nicht auf ihre Flucht mitnehmen. Es soll eine Entbürokratisierung stattfinden, sodass Anträge einfacher anerkannt und auch digital eingereicht werden können. Außerdem ist wichtig, dass Zeugenaussagen deutscher Staatsbürger*innen (ehemaliger Mitarbeiter*innen der Bundeswehr), die besagen, dass antragstellende Person als Ortskraft gearbeitet hat, ebenfalls als Beweis gelten.

Die Übernahme der Regierung als stärkste Kraft hat es der SPD ermöglicht das Bundesinnenministerium zu übernehmen.

Nutzen wir die Sicherheitsstrukturen Deutschlands, um erwiesenen westlich-geneigten Afghan*innen Asyl in Deutschland zu ermöglichen: Belohnen wir unsere Helfer*innen und zeigen uns als ein freundliches Land, das Menschen unterstützt und ihnen die Möglichkeiten gibt, sich selbst und ihr Land voranzubringen.

Antrag N01: Breaking the (Block-)Chain

Antragsteller*in:	Jusos Braunschweig
Sachgebiet:	N - Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Kryptowährungen werden immer populärer. Und sie versprechen viel: Ein Ersatz für
2 staatliche Währungen sollen sie sein, ganz ohne Banken, vollkommen anonym,
3 transparent und sicher.
- 4 Kein Wunder also, dass immer mehr Menschen in Kryptowährungen investieren. Man
5 erhofft sich hohe Gewinne, gleichzeitig will man dazu beitragen, das Geldsystem zu
6 revolutionieren.
- 7 Doch Bitcoin und Co. schaffen es nicht, ihre Versprechen zu halten. Das System der
8 Kryptowährungen scheitert daran, ein Ersatz für echte Währungen zu sein. Vielmehr ist
9 es ein umweltschädliches und hochriskantes Spekulationsobjekt.

10 Von Krypto, Blockchain und Bitcoins

11 Grundlage für Kryptowährungen ist die Blockchain-Technologie. Diese Technologie ist
12 zunächst nichts anderes als eine kontinuierlich erweiterbare Liste von Datensätzen,
13 sogenannten Blocks, die kryptografisch miteinander verbunden sind. Die Blockchain ist
14 dezentral programmiert und gespeichert und kann von beliebigen Nutzer*innen erweitert
15 werden.

16 Diese Idee einer dezentralen, anonymen Datenbank kann sehr sinnvoll sein und ist
17 vielseitig einsetzbar. Die Einträge auf der Datenbank sind durch
18 Verschlüsselungsmechanismen eindeutig, aber dennoch anonym und sollen außerdem
19 manipulationssicher sein.

20 Ein Einsatzgebiet für die Blockchain-Technologie sind Kryptowährungen. Hier wird über
21 die Blockchain eine digitale „Währung“ weitergegeben. Banken als Intermediärinnen
22 sollen hier nicht mehr benötigt werden.

23 Der Bitcoin, die wohl bekannteste Kryptowährung, benutzte diese Blockchain-Methode
24 als Erster, indem die Transaktionen zwischen Nutzer*innen über eine Blockchain
25 durchgeführt werden. Da es keine Bank gibt, die Transaktionen beaufsichtigt, muss die
26 Echtheit der Blocks anders validiert werden.

27 Das Problem mit dem Konsens: die Proof-of-Work Methode

28 Die bislang verbreitetste Methode für diese Validierung ist die „Proof-of-Work“-
29 Methode. Hier wird die Echtheit der neu zur Blockchain hinzugefügten Blocks von
30 sogenannten „Nodes“ (Computern im Blockchain-System) validiert. Die Nodes befinden
31 sich in einem ständigen Wettbewerb darum, wer den neuesten Block, also die neueste
32 Transaktion, validieren darf. Den Wettbewerb gewinnt der Node, der am schnellsten
33 eine kryptografische Gleichung lösen kann, die sich aus den jeweiligen Inhalten des
34 Blocks ergibt. Dabei handelt es sich um eine komplexe mathematische Aufgabe, die die
35 Computer mit immensem Rechen- und Energieaufwand lösen.

36 Ist die Gleichung von einem Node gelöst worden, lässt sich dies leicht von allen

37 anderen Computern im jeweiligen Netzwerk überprüfen, es entsteht also ein Konsens
38 darüber, dass der neue Block ans Ende der Blockchain hinzugefügt wird. Außerdem
39 erhält der Computer, der die Gleichung als Erstes gelöst hat, neue Coins. Dies ist
40 der Prozess des Minings.

41 Das Problem hierbei: Je mehr Rechenleistung im Netzwerk insgesamt verfügbar ist,
42 desto komplizierter wird die zu lösende Gleichung. Das sorgt dafür, dass die Kosten
43 für das Mining von Bitcoins immer weiter in die Höhe schießen. Je leistungsfähiger
44 ein Computer, desto mehr Coins können generiert werden.

45 Hier werden diejenigen bevorteilt, die bereits über ein hohes Startkapital verfügen.
46 Das System schließt diejenigen aus, die es sich nicht leisten können, teure Computer
47 für das Mining zu kaufen – mit klassischen Währungen.

48 Außerdem sorgt das System nicht nur für einen immer größer werdenden Bedarf an
49 Hardware und Energie, die meiste verrichtete Arbeit ist zudem überflüssig, da es sich
50 beim Mining um einen Wettbewerb handelt. Viele Computer arbeiten gleichzeitig an der
51 Lösung desselben kryptografischen Problems, doch nur einer von ihnen gewinnt das
52 Rennen um die schnellste Lösung des Problems und damit die neu generierten Coins.

53 Der Energiebedarf ist dabei extrem hoch. Allein um einen einzigen Bitcoin zu minen,
54 wird derzeit eine Energiemenge von der Größenordnung benötigt, wie ein
55 durchschnittlicher Haushalt sie in zehn Jahren verbraucht.

56 Computer und Kapazitäten an Rechenleistung, die an anderer Stelle sinnvoller wären,
57 werden zum Mining eingesetzt. Besonders kritisch ist das vor dem Hintergrund von
58 Chipknappheiten/-krisen. So haben Miner*innen 2021 die Preislage und Knappheit von
59 Grafikkarten extrem verschärft, als der „Wert“ von Bitcoin so hoch war, dass sich das
60 Minen für sie gelohnt hat.

61 Hinzu kommen extrem lange Transaktionszeiten, aufgrund der komplizierten Rechnungen
62 beim Mining der Bitcoins.

63 Das Proof-of-Work Verfahren, das Bitcoin und die meisten anderen Kryptowährungen
64 verwenden, sorgt also für enorme Energieverschwendung. Der Anreiz, immer größere
65 Computer zu bauen und immer mehr Energie zu verschwenden, ist dem System inhärent.

66 **Dasselbe in Nicht-Wirklich-Grün: Proof-of-Stake**

67 Eine weitere Methode, um neue Einträge in einer Blockchain zu validieren, ist die
68 Proof-of-Stake Methode. Anders als bei der extrem energieintensiven Proof-of-Work
69 Methode, die die leistungsfähigsten Computer bevorzugt, wird bei der Proof-of-Stake
70 Methode von jedem Node ein Einsatz (Stake) von Coins benötigt. Einer der Nodes wird
71 dann zufällig ausgewählt und darf nicht nur den Block zur Chain hinzufügen, sondern
72 erhält auch noch neu generierte Coins.

73 Je mehr Coins gestaked wurden, desto größer ist jedoch auch die Chance, vom
74 Algorithmus ausgewählt zu werden. Somit werden auch bei dieser Konsens-Methode
75 diejenigen Nodes bevorzugt, die bereits über eine hohe Anzahl an Coins verfügen.

76 Je nach Art der Kryptowährung gibt es unterschiedliche Methoden, um diese Bevorzugung
77 „reicher“ Nutzer*innen abzuschwächen, diese funktionieren jedoch nur schlecht und
78 schaffen es nicht, das Problem zu lösen.

79 Reiche Nodes mit hohem Stake dominieren also bei der Proof-of-Stake Methode die

80 Blockchain, weshalb diese für uns keine sinnvolle Alternative zur Proof-of-Work
81 Methode und als Konsens-Mechanismus für eine Blockchain ebenso wenig geeignet ist.

82 **Das Ende der Banken?**

83 Als vermeintlicher Vorteil von Kryptowährungen wird immer wieder angebracht, dass
84 Banken in dem System keine Rolle mehr spielen. Auf makroökonomischer Ebene sei das
85 gut, denn ohne Banken als Emittentinnen und mit begrenzter Höhe des Geldangebots sei
86 die „Währung“ wertstabil und nicht anfällig für Krisen. Auf mikroökonomischer Ebene
87 seien Transaktionen ohne Geschäftsbanken als „Vermittler“ anonym, sicher, schnell und
88 ohne Gebühren möglich. So soll durch den Wegfall von Banken als Intermediärinnen und
89 Geldgeberinnen die gleiche Flexibilität und Anonymität wie beim Bargeld hergestellt
90 werden.

91 Banken wird von Befürworter*innen von Kryptowährungen ein allgemeines Misstrauen
92 entgegengebracht. Auch aus unserer Sicht gibt es erhebliche Probleme im Bankensektor,
93 allen voran die Bereitstellung von Investitionsmitteln nur anhand von
94 Profitinteressen der Kapitalgeber*innen. Dennoch sind Banken in ihrer ursprünglichen
95 Funktion als Schnittstelle zwischen Geldmittel und Investition unerlässlich. Anstatt
96 also die Banken vollständig aus dem System zu entfernen, wie es Befürworter*innen von
97 Kryptowährungen propagieren, müssen sie vielmehr in ein System überführt werden, in
98 dem die Kriterien der Kreditvergabe unter demokratischer Kontrolle bestimmt werden.
99 Deshalb setzen wir uns für die langfristige Verstaatlichung des privaten
100 Bankensektors ein.

101 Als Jusos ist es unser Ansatz, Banken zu vertrauenswürdigen, demokratisch bestimmten
102 Geldinstituten zu machen. Das macht es überflüssig, ein „Währungssystem“ aufzubauen,
103 bei dem die Autorität über Transaktionen dezentral verteilt wird.

104 **Kryptowährung = schlechte Währung?**

105 Die Kritik vieler Befürworter*innen von Kryptowährungen an den Zentralbanken und
106 ihrer Geldpolitik folgt schon der falschen Annahme, dass Geldmenge und Inflation in
107 direktem Zusammenhang stünden. Diese Annahme basiert auf dem neoliberalen
108 Missverständnis von Währungs- und Geldpolitik und hat sich in der Vergangenheit
109 vielfach als falsch herausgestellt. Spätestens seit den Ankaufprogrammen der
110 Zentralbanken, die oft mit sinkender Inflation einhergingen, ist klar, dass dieser
111 Ansatz nicht der Wirklichkeit entspricht. Heute wissen wir: Es gibt viele
112 Einflussfaktoren auf Preissteigerungen wie die Vermögensverteilung, die Sparquote
113 oder schlicht Profitinteressen der Unternehmen.

114 Aus diesem Trugschluss wird ein System implementiert, das die Menge der Kryptocoins
115 künstlich begrenzt. So wird eine vermeintlich deflationäre Währung geschaffen. Doch
116 Deflation kann wirtschaftlich nicht gewollt sein, da sie zu Produktionsrückgang und
117 Arbeitslosigkeit führt.

118 Kryptowährungen schaffen es nicht, die wichtigsten Funktionen einer Währung zu
119 erfüllen. Sie sind kein „Geld“, da sie nicht als staatliches Zahlungsmittel
120 akzeptiert sind. Es gibt aufgrund ihrer Begrenztheit und Dezentralität keinen
121 geldpolitischen Handlungsrahmen für Zentralbanken. Daher sind Kryptowährungen
122 grundsätzlich schlechte „Währungen“ für Staaten und staatliche Gebilde, die mit

123 Geldpolitik im Sinne einer Gesellschaft handeln wollen. Aus diesem Grund gibt es auch
124 keine stabile Nachfrage nach diesen „Währungen“ und somit auch nicht die notwendige
125 Stabilität, um sie als Zahlungsmittel für Waren oder Dienstleistungen im Alltag zu
126 nutzen.

127 Auch verhindert die Begrenztheit der „Währung“ nicht das Auftreten von Inflation.
128 Vielmehr sind Kryptowährungen dafür besonders anfällig, da es keine stabile Nachfrage
129 nach der Währung gibt. Der Fakt, dass Kryptowährungen nicht von Zentralbanken,
130 sondern dezentral ausgegeben werden und in ihrer Menge begrenzt sind, macht sie also
131 mitnichten zu einer besseren „Währung“. Vielmehr bieten diese Eigenschaften die
132 Grundlage für die eigentliche Natur von Kryptowährungen: der als Spekulationsobjekt.

133 **Kryptowährung = keine Währung!**

134 Die Nutzung von Kryptowährungen als Spekulationsobjekt bietet sich aufgrund der hohen
135 Volatilität auch an. Der „Wert“ von Kryptowährungen ist völlig losgelöst von
136 realwirtschaftlichen Zusammenhängen. Er hängt stattdessen maßgeblich von der inhärent
137 instabilen Nachfrage ab. Die „Werte“ von Kryptocoins sind somit reine
138 Spekulationsblasen mit all ihren Nachteilen.

139 Wer seine Kryptocoins verkauft und damit einen Gewinn in einer echten Währung macht,
140 kann dies nur, weil jemand anders die Kryptocoins zu einem höheren Preis kauft, als
141 man selbst einmal dafür bezahlt hat. Und auch das funktioniert nur, weil die
142 Käufer*innen sich erhoffen, dasselbe tun zu können. Jeder Euro, der mit Kryptowährung
143 verdient wird, kommt also von einem*r späteren Investor*in, der ebendiesen Euro
144 bereit ist zu investieren. Daraus wird deutlich, dass Kryptowährungen immer ein
145 Nullsummenspiel sind. Für Viele sind sie ein massives Minusgeschäft. Damit
146 Kryptowährungen als Wertanlage funktionieren, bräuchte es immer neue Investor*innen,
147 die bereit sind, immer mehr zu investieren. Es handelt sich bei Kryptowährungen also
148 um ein klassisches Schneeballsystem, bei dem nur einige Wenige hohe Gewinne auf
149 Kosten aller anderen Beteiligten machen können.

150 **Von Ethereum, NFTs und Smart Contracts**

151 Mittlerweile sind NFTs in aller Munde. Die Idee: Blockchain soll dazu verwendet
152 werden, den Austausch digitaler Objekte zu ermöglichen, indem Objekte kreiert werden,
153 die einerseits verlustfrei übertragen werden können und andererseits einzigartig und
154 eindeutig identifizierbar sind.

155 Ein NFT, ein non-fungible Token, ist also ein nicht austauschbarer Token, der eine
156 einzigartige Seriennummer hat und nicht aufgeteilt werden kann.

157 Maßgebend ist hierfür die Ethereum-Blockchain, bei der diese Tokens durch kleine
158 Mikroprogramme, sogenannte Smart Contracts, kreiert werden. Diese Smart Contracts
159 können theoretisch ganz unterschiedlich aussehen. Sie können beispielsweise Apps oder
160 andere Anwendungen sein.

161 Das Problem an dieser Technologie ist dabei weniger ihre Idee, sondern vielmehr ihre
162 Umsetzung. Der Gedanke, digitale Objekte, die dank der Digitalisierung immer
163 wichtiger werden, fälschungssicher und eindeutig identifizierbar zu machen, klingt
164 vielversprechend. Auch die dezentrale Speicherung von Daten und deren Schutz könnten
165 sinnvolle Einsatzmöglichkeiten für die Technologie sein, die hinter NFTs steckt.

166 In der Realität sind NFTs jedoch untrennbar mit Kryptowährungen verbunden und werden
167 nicht etwa zum Schutz vor Fälschungen oder Datenmissbrauch eingesetzt. Stattdessen
168 dienen sie dazu, die Spekulationen mit Kryptowährungen weiter zu befeuern. Bei den
169 eingesetzten Smart Contracts handelt es sich meist schlicht um URLs, die zu einem
170 Bild führen.

171 Hier soll das vermeintliche Ziel sein, Künstler*innen dabei zu helfen, mit digitaler
172 Kunst Einnahmen zu generieren. Käufer*innen können einen eindeutigen Nachweis über
173 den Besitz eines Kunstwerks erwerben, der in der Blockchain gespeichert ist. So soll
174 auch passives Einkommen über Weiterverkäufe möglich werden.

175 **Auch nur ein Poker-Tisch**

176 Während zwar der Token selbst einzigartig ist, ist das dazugehörige Kunstwerk genauso
177 gespeichert und übertragbar wie jedes andere Bild im Internet. Es gibt keine
178 kryptografische Verbindung zwischen Kunstwerk und Token, ebenso wenig wie eine
179 Authentizitätsgarantie. Theoretisch kann jede*r ein NFT in Umlauf bringen, unabhängig
180 davon, ob ihm oder ihr das Kunstwerk tatsächlich gehört. Konsequenzen sind praktisch
181 keine zu befürchten.

182 Künstler*innen müssen also nicht nur als erste ein NFT ihres Kunstwerks erstellen,
183 bevor es jemand anderes tut. Sie sind darüber hinaus gezwungen, in die Spekulation
184 mit Kryptowährung einzusteigen, da diese die Grundlage für den Kauf und Verkauf von
185 NFTs bilden und untrennbar mit ihnen verbunden sind.

186 NFTs sind also nur für diejenigen von Vorteil, die bereits Kryptowährungen besitzen,
187 speziell Ether, die „Währung“ der Ethereum-Blockchain. Durch den Hype um NFTs ging
188 der „Wert“ des Ethers nach oben und neue Käufer*innen kauften sich die extrem
189 volatilen Coins von denjenigen, die zuvor weitaus weniger für sie bezahlt hatten, um
190 am NFT-Markt teilnehmen zu können.

191 Die Künstler*innen werden lediglich benutzt, um sie für das System der Kryptowährung
192 auszunutzen und um sie dazu zu bringen, selbst Kryptowährungen zu kaufen, um so das
193 Erstellen der NFTs zu bezahlen. Kommt es dabei manchmal zu kleinen Gewinnen für die
194 Künstler*innen, hilft dies lediglich dabei, sie weiter für das System der
195 Kryptowährungen ausnutzen zu können.

196 Kaum anders als bei herkömmlicher Blockchain-Technologie wie beim Bitcoin handelt es
197 sich also auch hier um reine Spekulationsobjekte. Wie bei anderen
198 Spekulationsobjekten ist der „Wert“ losgelöst von dem vermeintlichen Gegenwert, etwa
199 einem Kunstwerk. Gerade beim Handel mit NFTs kommt es durch gut vernetzte Communities
200 dabei häufig dazu, dass der Preis eines NFTs durch Netzwerke künstlich immens in die
201 Höhe getrieben wird, damit die teilhabenden Akteur*innen sich daran bereichern
202 können. Die letzte Käufer*in ist dabei immer die Verlierer*in des Spiels.

203 Während sich diese Spekulation derzeit vor allem auf digitale Kunstobjekte
204 beschränkt, ist aufgrund der vielfältigen Einsatzmöglichkeiten von Smart Contracts in
205 Ethereum ein breites Anwendungsspektrum denkbar. Zeiten des Internets sind Zeiten der
206 unbegrenzten Vervielfältigung. NFTs lassen sich in diesen Zeiten auch nutzen, um aus
207 einem unbegrenzten Angebot ein beschränktes zu machen. Sie sind nicht nur ein Mittel
208 zur Verifizierung, sondern dadurch auch ein Mittel der Privatisierung. Auch
209 Internetkonzerne wie Discord oder Twitter sind interessiert an der Implementierung

210 von NFTs, denn schließlich kann über das entsprechende Mikroprogramm, jedes digitale
211 Dokument, jede Website oder jeder digitale Raum mit Hilfe eines NFTs monetarisiert
212 und zum Spekulationsobjekt gemacht werden, indem künstlich eine nicht notwendige
213 Knappheit erzeugt wird.

214 **Das Ende der Kette**

215 Das System rund um Kryptowährungen, NFTs und Blockchain-Technologien ist komplex. All
216 diese Technologien können aus heutiger Perspektive kein Ersatz für staatlich
217 herausgegebenes Geld sein, sie können keine Währung ersetzen und sie eignen sich
218 nicht, um die derzeitigen Probleme des Bankensystems zu lösen.

219 Im Gegenteil, sie tragen darüber hinaus zur weiteren Kapitalisierung des digitalen
220 Raums bei, sind umweltschädlich und sozial ungerecht.

221 **Wir fordern deshalb:**

- 222 • ein Verbot von Mining, Transaktionen und Besitz von Kryptowährungen, dazu zählt
223 auch ein Verbot des Verkaufs von Mining-Computern
- 224 • ein Verbot des Proof-of-Work Mechanismus für Blockchain und Aufklärung über die
225 damit verbundenen ökologischen Konsequenzen
- 226 • Investitionen in die Forschung an und Verbesserung von Blockchain- und NFT-
227 Technologien, insbesondere zur Entwicklung neuer Konsens-Mechanismen

Antrag N02: Keine Massenüberwachung in einer freien Gesellschaft

Antragsteller*in:	Jusos Hamburg
Sachgebiet:	N - Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Die SPD-Fraktionen in den Landesparlamenten und sozialdemokratischen Mitglieder in
2 den Landesregierungen sowie die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen
3 Mitglieder der Bundesregierung sind aufgerufen die nachstehenden Positionen
4 umzusetzen.

5

6 1.) Alle Länder und der Bund führen Überwachungsgesamtrechnungen in gegenseitiger
7 Berücksichtigung und unter Beachtung europäischer Ermächtigungen durch. Bis zum
8 Abschluss dieses Prozesses werden Sicherheitsbehörden keine neuen Befugnisse
9 eingeräumt und auf europäischer sowie völkerrechtlicher Ebene stimmt die
10 Bundesrepublik Deutschland entsprechenden Rechtsakten oder Maßnahmen nicht zu. Die
11 Überwachungsgesamtrechnung erfolgt jeweils durch ein unabhängiges Gremium und wird
12 regelmäßig, aber spätestens alle drei Jahre, wiederholt. Sie umfasst eine Überprüfung
13 aller Ermächtigungen, den Umfang ihrer Ausübung, ihrer Effektivität, aller anderen
14 vergleichbaren und relevanten Umstände und orientiert sich an wissenschaftlichen
15 Erkenntnissen. Ihre Ergebnisse sind öffentlich. Einzelne Informationen dürfen
16 ausnahmsweise nicht veröffentlicht werden, soweit überragend wichtige Interessen ihre
17 Geheimhaltung gebieten. Für die Ergebnisse und Empfehlungen gilt ein
18 Berücksichtigungsgebot.

19

20 2.) Überwachungsmaßnahmen sehen wir nur individualisiert vor. Massenüberwachung -
21 gleichgültig ob bezogen auf Inhalts- oder Verbindungsdaten, ob im Inland oder Ausland
22 - ganzer Netze, Knotenpunkte, Plattformen oder vergleichbarer Bereiche lehnen wir ab.
23 Entsprechende Befugnisse werden abgebaut. Die Bundesrepublik, ihre Behörden und
24 Stellen wirken auf internationaler und europäischer Ebene darauf hin, entsprechende
25 Praktiken zu beenden und stellen Mitwirkungshandlungen ein.

26

27 3.) Wir verankern strenge Auskunft-, Dokumentations- und Löschpflichten für
28 Sicherheitsbehörden. Dabei werden insbesondere schriftliche Begründungspflichten für
29 Abfragen normiert, sowie Löschpflichten verbindlich festgelegt und nicht in das
30 Ermessen der Behörde gestellt. Wir verankern dienst- und strafrechtliche Konsequenzen
31 sollten diese Maßgaben nicht eingehalten werden. Es wird eine unabhängige und vor
32 allem regelmäßige und unangekündigte Kontrolle vorgenommen.

33

34 4.) Automatisierte Anwendungen zur Datenverarbeitung und Analyse sind nur
35 ausnahmsweise einzusetzen. Dies gilt insbesondere für von privaten Unternehmen
36 entwickelte Anwendungen, deren Quellcode nicht öffentlich ist. Anwendungen, die eine
37 dafür vorgesehene, pluralistisch besetzte staatliche Stelle nicht vollständig

38 kontrollieren konnte, dürfen nicht eingesetzt werden. Ein Mensch muss stets die
39 endgültige Entscheidungskompetenz haben.

40

41 5.) Wir verankern ein subjektives Recht auf wirksame Verschlüsselungstechnologien
42 ohne staatliche oder sonstige Hintertüren. Maßnahmen, die die Wirksamkeit von
43 Verschlüsselung umgehen oder mittelbar angreifen, wie beispielsweise Client-Side
44 Scanning, lehnen wir ab. Dieses Recht umfasst ausdrücklich auch, soweit technisch
45 möglich, die eigene Wahl der Verschlüsselungstechnologie.

Begründung

Nicht zuletzt durch den Digitalisierungsschub während der Coronapandemie ist die Bedeutung des Internets und online basierter Dienste erneut gewachsen. Insgesamt haben sich in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend mehr Bereiche der Gesellschaft und des alltäglichen Lebens digitalisiert. Zeitgleich hat sich auch die Menge an Daten, die wir bei unseren Online-Aktivitäten tagtäglich bewusst und unbewusst produzieren und die tiefe Einblicke in das private Leben liefern können, potenziert.

Spätestens seit den Anschlägen am 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York ist dann die Bekämpfung des internationalen Terrorismus in den Mittelpunkt von Debatten um Überwachungsmaßnahmen gerückt. Im Anschluss an verschiedene Anschläge auch in Europa wurden Sicherheitsgesetze wiederholt verschärft. Es wurden Maßnahmen wie die Vorratsdatenspeicherung, die Klarnamenpflicht für Sim-Karten, aber auch die automatisierte Datenverarbeitung im internationalen Flugverkehr eingeführt. Die damit einhergehenden Gefahren oder überhaupt die Zweckmäßigkeit vieler in direkter Reaktion beschlossener Maßnahmen wurden häufig kaum diskutiert. Gesellschaftlich eigentlich unerwünschte Konsequenzen rückten viel mehr erst zeitlich verzögert, im Rahmen von Aufdeckungen wie den Snowden-Leaks, dem Cambridge-Analytica Skandal oder dem jüngsten Datenskanal der Bremer Polizei, zeitweise in den Mittelpunkt.

Vor diesem Hintergrund fehlt es an einer grundsätzlichen sozialdemokratischen und jungsozialistischen Positionierung zum Verhältnis Bürger-Staat im Rahmen der öffentlichen Sicherheit in der digitalisierten Gesellschaft.

Wichtigste Maßgabe muss sein, dass der Zweck nicht die Mittel heiligen kann. Die technischen Möglichkeiten zur digitalen Überwachung sind beinahe umfassend geworden. Um dies festzustellen, bedarf es auch keines Blickes in autoritäre Systeme wie die Volksrepublik China, welche alle Bürger*innen, aber insbesondere ethnische Minderheiten, einer noch vor wenigen Jahren technisch unmöglichen, Massenüberwachung unterzieht. Auch ein Blick in westliche Partnerstaaten wie die USA und Großbritannien zeigt, wie der digitale und öffentliche Raum zunehmend gläsern werden kann.

Eine demokratische Gesellschaft sollte jedoch frei von Massenüberwachung sein.

Sie zeichnet sich gerade dadurch aus, dass der Einzelne sich grundsätzlich frei von staatlichem Einfluss entfalten kann. Diese freie Entfaltung ist nicht oder nur eingeschränkt möglich, wenn Menschen befürchten, überwacht zu werden. Gerade die schwere Durchschaubarkeit digitaler Überwachung verstärkt diesen Effekt; sie ist im Einzelnen kaum erkennbar und entzieht sich häufig in ihrer Reichweite dem individuellen Verständnis.

Dabei geht es nicht darum, Sicherheitsbehörden die Möglichkeit zum effektiven Schutz kollektiver und individueller Rechtsgüter zu nehmen. In einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat sollte aber das

Verhalten des Einzelnen Anknüpfungspunkt für Maßnahmen sein. Das massenhafte Scannen von Inhalten oder grundsätzliche Speichern von Verbindungsdaten trifft jedoch alle Menschen.

Wenn Menschen bewusst wird, dass sie überwacht werden, stellen sie nicht nur strafrechtlich sanktioniertes Verhalten ein, sie zensieren sich selbst. So brach beispielsweise die Suche nach Begriffen rund um Themen wie Geheimdienste und Überwachung nach den Enthüllungen durch Edward Snowden ein. Statt sich aktiv mit der Thematik auseinanderzusetzen, vermieden viele Menschen die Suche nach Begriffen im Zusammenhang mit Geheimdiensten und der nationalen Sicherheit, um nicht vermeintlich selbst in den Fokus zu rücken. Entscheidend ist auch nicht, ob Ängste im Einzelnen berechtigt sind, sondern die Auswirkungen eines latenten Gefühls. Solche „chilling effects“ müssen wir vermeiden.

Hinzu kommt, dass bereits der Nutzen von Massenüberwachung mehr als fraglich ist. Die abgefangenen Datenmengen sind häufig zu groß, um sie sinnvoll zu ordnen, entsprechende Maßnahmen sind aufwendig und teuer. Unabhängig von grundsätzlichen grundrechtlichen und ethischen Problemen sind Massenüberwachungsmaßnahmen in der Praxis kaum in der Lage die versprochenen Ergebnisse zu liefern. Selbst interne Untersuchungen der US-Regierung im Anschluss an die Snowden-Enthüllungen, waren nicht fähig konkrete Beispiele für verhinderte Terroranschläge zu nennen. Und auch die EU-Kommission rechnet bei einer Einführung von Maßnahmen wie der sogenannten „Chatkontrolle“ mit einer hohen Anzahl von Falschmeldungen. Auf der Grundlage ihrer Auswirkungen und Ineffizienz lehnen wir sämtliche Massenüberwachungsmaßnahmen, wie beispielsweise die Vorratsdatenspeicherung, aber auch die auf europäischer Ebene vorgeschlagene „Chatkontrolle“, entschieden ab.

Vor diesem Hintergrund gilt es eine Bestandsaufnahme von Befugnissen und Möglichkeiten in gegenseitiger Berücksichtigung durchzuführen. Insbesondere soll die Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden dabei beachtet werden. Die regelmäßige Vornahme umfassender Überwachungsgesamtrechnungen muss gesetzlich vorgeschrieben werden. Dabei geht es nicht nur darum, regelmäßig die Effektivität schwerwiegender Maßnahmen zu überprüfen, sondern auch darum einen Austausch zwischen Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft zu ermöglichen. Insbesondere die Arbeit von Sicherheitsbehörden muss in einer Demokratie transparent sein, um gegenseitiges Vertrauen wiederherzustellen oder zu stärken.

Um eine effektive Kontrolle zu ermöglichen braucht es ebenfalls umfassende Dokumentations- und Auskunftspflichten, genau wie definierte Lösch- und Speicherpflichten. Nicht nur die wiederholte Weigerung der Bremer Polizei, Datensätze auch von Zeugen und Opfern zu löschen, oder die nachträgliche legalisierten Europol-Datenbanken haben gezeigt, dass systematische Probleme bei der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und Rechtsdurchsetzung im Rahmen staatlicher Datensammlungen bestehen. Auf der anderen Seite führt mangelnde Kontrolle dazu, dass die Aufklärung der rechtsterroristischen Terroranschläge des NSU und die Rolle deutscher Behörden in diesem Rahmen, durch Löschungen erschwert bis unmöglich gemacht wurden. Auch beim BND hat sich gezeigt, dass mangelnde Dokumentation eine nachträgliche Aufklärung erschwerte, so war kaum noch nachvollziehbar, ob und welche Daten mit internationalen Partnern geteilt wurden.

Im Hinblick auf rechtmäßig gesammelte und gespeicherte Daten, gilt es Gefahren durch automatisierte Datenverarbeitung zu begegnen. Es müssen insbesondere in die Algorithmen eingewobene Diskriminierungen vermieden und einem „automation bias“ vorgebeugt werden. Diese Gefahren werden verstärkt, wenn Anwendungen genutzt werden, deren Funktionsweise weder für Anwender noch für die Menschen deren Daten ausgewertet werden, verständlich ist. Es darf keine „BlackBox Algorithmen“ geben,

an deren Ende eine Prognose steht, welche Ausgangspunkt für möglicherweise grundrechtsintensive Maßnahmen ist. Eine alleinige letzte Entscheidungskompetenz eines Menschen zur Absicherung reicht jedoch auf Grund der Gefahren des „automation bias“ nicht aus. Wir fordern deswegen die Nutzung von quelloffenen Anwendungen oder aber zumindest von Anwendungen deren Quellcode vollständig von der jeweiligen Behörde oder einer dafür vorgesehenen Stelle kontrolliert wurden.

Leider ist es zum Schutz der Rechte aller nicht ausreichend, wenn deutsche Behörden und Stellen entsprechende Maßnahmen der Massenüberwachung oder undurchsichtigen Datenverwertung und Analyse unterlassen. Das Internet ist ein globaler Raum mit globalen Akteuren, die häufig schon eigenen Staatsbürgern wenige digitale Rechte zugestehen, aber auf die Rechte fremder Staatsbürger oft keinerlei Rücksicht nehmen. Deutschland ist auf Grund der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung oft auch für ausländische Akteure ein relevanter Raum. Auf diese Bedrohung muss der Gesetzgeber reagieren. Es braucht deshalb ein Recht auf effektive Verschlüsselung, ohne jegliche Hintertüren. Zwar ist der Gedanke nachvollziehbar, im Ausnahmefall Kommunikation mitlesen zu wollen. Jedoch gibt es keine Hintertüren „nur für gute Menschen“. Eine Schwächung von Verschlüsselungstechnologien ist immer auch eine Schwächung der Zivilgesellschaft und der eigenen digitalen Sicherheitsstruktur.

Es ist wichtig und richtig, dass unsere Sicherheitsbehörden gegen Bedrohungen vorgehen und individuelle sowie kollektive Rechtsgüter schützen. Dafür brauchen sie die entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen. Wir dürfen aber vor dem Hintergrund wachsender technischer Möglichkeiten auch nicht vergessen, dass nicht alles, was möglich ist, auch gemacht werden sollte. Technologie ist nicht immer die Antwort auf gesellschaftliche Fragen. Grundsätzliche Entscheidungen im Verhältnis Bürger-Staat, wie die freie Entfaltung, sind unbedingt auch in einer digitalisierten Gesellschaft zu erhalten.

Antrag N03: Für Medien ohne Kapitalismus: Öffentlich-rechtlichen Rundfunk zukunftssicher und gerecht finanzieren

Antragsteller*in:	Jusos Berlin
Sachgebiet:	N - Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Nach dem zweiten Weltkrieg, in dem Propaganda über die neu aufkommenden Massenmedien
2 eine zentrale Rolle bei der Verbreitung des menschenfeindlichen und antisemitischen
3 Weltbildes der Nationalsozialist*innen hatte, wurde das Rundfunksystem in Deutschland
4 neu aufgebaut. Nach dem Vorbild der britischen BBC entstand auch in der
5 Bundesrepublik ein duales Rundfunksystem. Das bedeutet, dass es neben kapitalistisch
6 finanzierten Medienunternehmen auch Rundfunkmedien gibt, die nicht primär den Logiken
7 des Kapitalismus unterworfen sind, sondern größtenteils durch die Öffentlichkeit
8 finanziert werden.

9 Die Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wird vertraglich zwischen den
10 Bundesländern in einem Staatsvertrag geregelt. Im Zuge der fortschreitenden
11 Digitalisierung auch in der Medienbranche wurde dieser 2020 als Medienstaatsvertrag
12 neu abgeschlossen - früher hieß es nur Rundfunkstaatsvertrag. In diesem
13 Medienstaatsvertrag wird die Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks definiert
14 als "Medium und Faktor des Prozesses freier individueller und öffentlicher
15 Meinungsbildung zu wirken und dadurch die demokratischen, sozialen und kulturellen
16 Bedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen". Damit wird an den öffentlich-rechtlichen
17 Rundfunk höhere gesellschaftliche und demokratische Ansprüche gestellt als an
18 privatwirtschaftlich finanzierte Medienunternehmen.

19 Zu Beginn des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beschränkte sich das Angebot vor allem
20 auf Radiosender sowie das Fernsehprogramm der ARD (Arbeitsgemeinschaft der
21 öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland). Zur
22 Umsetzung des rechtlichen Auftrags wurde das Angebot stetig ausgeweitet. Mittlerweile
23 umfasst es diverse Fernsehprogramme, Radiosender, sowie Angebote wie funk, die
24 ausschließlich im Internet ausgestrahlt werden.

25 Mit dieser Ausweitung und der gestiegenen Konkurrenz durch private
26 Rundfunkanbieter*innen sowie den zunehmenden feindlichen Bewegungen gegen freie
27 Medien und deren Berichterstattung - insbesondere gegen den öffentlich-rechtlichen
28 Rundfunk - entbrennen immer wieder Diskussionen über die Sinnhaftigkeit des
29 öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Diese machen sich ebenfalls oft an der Finanzierung
30 fest, sowie an der angeblich mangelnden Staatsferne des öffentlich-rechtlichen
31 Rundfunks. Obwohl der öffentlich-rechtliche Rundfunk einen klaren rechtlichen Auftrag
32 durch die Bundesländer bekommt, ist er dennoch unabhängig von politischer
33 Einflussnahme. Dies ergibt sich aus Artikel 5 des Grundgesetzes, der die Staatsferne
34 des Rundfunks sowie die Pressefreiheit schützt. Zwar gibt es immer wieder -
35 berechnete - Kritik an der Zusammensetzung der Aufsichtsgremien, wie dem ZDF-
36 Fernsehrat, in dem auch Politiker*innen vertreten sind. Dennoch ist die
37 Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks unabhängig von politischer -
38 und auch weitestgehend auch kapitalistischer - Einflussnahme.

39 Diese Staatsferne zeigt sich auch in der Finanzierung der öffentlich-rechtlichen
40 Rundfunkanstalten, die im Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag geregelt wird. Die Höhe
41 des finanziellen Bedarfs des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wird von der Kommission
42 zur Überprüfung und Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF)
43 festgelegt. Die Kommission, deren Mitglieder unabhängige Sachverständige sind und von
44 den Regierungschef*innen der Länder berufen werden, gibt den Regierungen der
45 Bundesländer alle zwei Jahre Auskunft über die finanzielle Situation der
46 Bundesländer. Dabei gibt sie abwechselnd einen Zwischenbericht oder eine Empfehlung
47 zur Beitragshöhe ab. Die Beitragshöhe wird nach der Empfehlung der KEF durch die
48 Landesparlamente verabschiedet. Allerdings wird auch der öffentlich-rechtliche
49 Rundfunk teilweise (unter zehn Prozent) durch Werbung und Sponsoring mitfinanziert.
50 Somit werden ca. 90 Prozent der Einnahmen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk aus
51 den Gebühren der Allgemeinheit generiert.

52 Wer diese Gebühr entrichten muss, hat sich in der Vergangenheit ebenfalls geändert.
53 Zunächst musste die Gebühr nur entrichtet werden, wenn es ein Rundfunkgerät in einem
54 Haushalt gab. Durch die Digitalisierung und der Tatsache, dass die meisten Menschen
55 mindestens ein Endgerät zur Verfügung haben, um Rundfunk zu empfangen, wurde dies
56 2010 in eine Haushaltspauschale - unabhängig von der Anzahl der Rundfunkgeräte -
57 umgestellt. Seit 2013 muss jeder Haushalt in Deutschland den gleichen Rundfunkbeitrag
58 errichten. Ausnahmen gibt es dabei u.a. für Sozialhilfeempfänger*innen, sowie Bafög-
59 Empfänger*innen, Empfänger*innen der Grundsicherung. Menschen, die Wohngeld beziehen
60 oder Arbeitslosengeld I sind allerdings zur Entrichtung der Gebühr verpflichtet. Zwar
61 gibt es die Möglichkeit einen Härtefallantrag zu stellen. Das Problem, dass alle -
62 unabhängig vom Einkommen - die gleiche Gebühr entrichten müssen, bleibt dennoch. Für
63 Menschen mit geringem Einkommen können die monatliche Abgabe von 18,36€ durchaus eine
64 massive finanzielle Belastung darstellen, während es für andere überhaupt kein
65 Problem darstellt.

66 **Trotz dieser Ungerechtigkeit in der Finanzierung ist für uns klar, dass der**
67 **öffentlich-rechtliche Rundfunk ein zentraler Pfeiler der Demokratie ist.** Ohne freie
68 Medien ist ein demokratischer Diskurs und demokratische Entscheidungen nicht möglich.
69 Anders als private Rundfunkanbieter muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht um
70 ausbleibende Finanzierung fürchten, wenn kritisch über Wirtschaftsthemen berichtet
71 wird oder bestimmte Einschaltquoten verfehlt werden. Durch die öffentliche
72 Finanzierung wird darüber hinaus eine Themen- und Programmvielfalt sichergestellt,
73 die im privat-finanzierten Rundfunk aufgrund des Drucks der Einschaltquoten keinen
74 Bestand hätten. Durch die sichergestellte Finanzierung wird außerdem Journalist*innen
75 die Möglichkeit gegeben, langfristig und investigativ zu recherchieren. So können
76 seriöse Informationen generiert werden, die insbesondere in den heutigen Zeiten, in
77 denen Fake News zur Tagesordnung gehören, von besonderer Relevanz sind. **Wir sprechen**
78 **uns entschieden gegen neoliberale Ideen aus, die die Privatisierung oder Abschaffung**
79 **des öffentlich-rechtlichen Rundfunks fordern.** Diese Tendenzen sind allerdings
80 durchaus ernst zu nehmen. So wird nach Willen der britischen Regierung die BBC ab
81 2027 nicht mehr über Gebühren finanziert, sondern durch Abonnements und
82 Teilprivatisierung. Auch in Deutschland kam es 2020 zu einem Eklat, als sich der
83 Ministerpräsident Sachsen-Anhalts, Reiner Haseloff (CDU) gegen die von der KEF
84 beschlossene Erhöhung der Rundfunkgebühr stellte und dies nicht im Landtag zur
85 Abstimmung brachte. Erst nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts wurde der

86 Beitrag vorläufig erhöht.

87 **Wir erkennen an, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch in Deutschland nicht**
88 **frei von Fehlern ist. Anstatt ihn aber aufgrund seiner ungerechten Finanzierung**
89 **abschaffen zu wollen, wollen wir die Finanzierung reformieren, um den öffentlich-**
90 **rechtlichen Rundfunk gerechter und unabhängiger zu finanzieren. So wollen wir**
91 **sicherstellen, dass der wichtige Beitrag, den der öffentlich-rechtliche Rundfunk für**
92 **die Demokratie leistet, auch weiter geleistet werden kann.**

93 Die offensichtlichste Lösung wäre es, den Rundfunkbeitrag in eine Steuer umzuwandeln.
94 Dies ist allerdings nicht möglich, da eine 'normale' Steuer, gegen die in Artikel 5
95 des Grundgesetzes festgeschriebene und enorm wichtige Staatsferne des Rundfunks
96 verstoßen würde. Allerdings gibt es in Deutschland bisher eine 'Steuer', deren Höhe
97 ebenfalls nicht von der Politik festgelegt wird - die Kirchensteuer. Die Höhe dieser
98 wird seitens der jeweiligen Religionsgemeinschaft selbst festgelegt und von den
99 Finanzämtern gegen eine Gebühr eingezogen. Diesen Weg wollen wir auch für den
100 öffentlich-rechtlichen Rundfunk einschlagen. Die Einflussnahme des Staates ist dabei
101 weiterhin so gering wie möglich zu halten. Besonders vor dem Hintergrund, dass der
102 öffentlich-rechtliche Rundfunk durch die Allgemeinheit finanziert wird und eine
103 tragende Säule unserer Demokratie ist, ist Vorwürfen von Missbrauch der
104 Rundfunkgelder entschieden nachzugehen. Dies betrifft insbesondere die aktuelle
105 Situation um die ehemalige Intendantin des rbb, Patricia Schlesinger. Die mutmaßliche
106 Ausgabe von Rundfunkgeldern für private Luxusessen und teure Dienstwagen ist nicht
107 hinzunehmen. Hier bedarf es einer nachhaltigen Aufklärung der Vorwürfe sowie einer
108 Analyse und einer Reflexion der Prozesse, die die Nutzung und Verteilung von
109 finanziellen Mitteln im rbb genehmigen und kontrollieren sollen. Es muss klar sein,
110 dass die größtmögliche Transparenz in der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen
111 Rundfunks notwendig ist. Die Gelder, die durch die Rundfunkbeiträge generiert werden,
112 müssen zwingend transparent, verantwortungsbewusst und bedarfsgerecht verteilt
113 werden.

114 Konkret fordern wir daher die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesparlamente
115 auf, darauf hinzuwirken, dass

- 116 • die KEF den Rundfunkbeitrag zukünftig als Prozentzahl in Relation zum Einkommen
117 festlegt wird. Der Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag ist entsprechend zu
118 ändern.
- 119 • die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks so zu gestalten, dass
120 zukünftig eine Finanzierung ohne Werbe- und Sponsoringeinnahmen möglich ist.
- 121 • die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auch zukünftig
122 sichergestellt wird.
- 123 • ein transparenter, verantwortungsvoller und bedarfsgerechter Umgang mit den
124 Beitragsgeldern gewährleistet wird.

Antrag N04: Das Internet vergisst nicht, aber Accounts können gelöscht werden!

Antragsteller*in:	Jusos Bremen
Sachgebiet:	N - Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Plattformbetreiber sollen künftig verpflichtet werden, Konzepte des “Digitalen
2 Vergessens” in ihre Arbeit einzubinden. Neben einer verpflichtenden Option,
3 bestimmten Daten durch die Nutzer:innen ein Lösungsdatum zuweisen zu können, sollen
4 die Plattformbetreiber, nach bestimmten Zeiten der Nicht-Nutzung, einen Account
5 löschen müssen.

6 Das Digitale Vergessen sollte sich dabei zumindest in zwei Schritten darstellen:

7 **1. Frontend-Löschung**

8 Im ersten Schritt muss ein Plattformbetreiber die Auffindbarkeit des Profils
9 einschränken. Nach einer angemessenen Zeit (bspw. 3 Jahren) ohne Anmeldung oder
10 Nutzung eines Accounts muss das Profil deaktiviert werden. Sofern die Plattform dies
11 ermöglicht, sollte der:die Nutzer:in das Profil jederzeit wieder aktivieren können.
12 Vor einer Deaktivierung ist der:die Nutzer:in durch die Plattform zu informieren,
13 einschließlich eines Hinweises auf eine vollständige Löschung des Accounts durch
14 den:die Nutzer:in.

15 **2. Backend-Löschung**

16 Im zweiten Schritt sollen Plattformbetreiber künftig verpflichtet sein, alle Daten
17 eines:einer Nutzer:in zu löschen. Dies muss automatisiert nach einer angemessenen
18 Frist (bspw. 15 Jahre) ohne Zugriff des:der Nutzer:in erfolgen. Vor einer Löschung
19 ist der:die Nutzer:in durch die Plattform zu informieren.

20 **Opt-Out:**

21 Die Plattformen können den Nutzer:innen verschiedene Optionen anbieten, um eine
22 Deaktivierung/Löschung auszuschließen. Eine Möglichkeit sind sogenannte Gedenkseiten,
23 bei denen die Profile der Nutzer:innen in ein digitales Kondolenzbuch verwandelt
24 werden, oder dass der Zugriff, und damit die Entscheidungshoheit, auf Angehörige/
25 Vertrauensperson übertragen werden kann, wenn die registrierte Person verstirbt.

26 Neben der automatisierten und zeitgebundenen Löschung muss auch das Recht der
27 Nutzer:innen auf ein selbstbestimmtes Löschen gestärkt werden. Auch wenn es
28 inzwischen einen Rechtsanspruch auf Datenlöschung gibt, ist dieser Weg häufig
29 praktisch versperrt. Wir fordern die Plattformen dazu auf, mit dem nötigen Personal
30 für eine vollständige Umsetzung der informationelle Selbstbestimmung Sorge zu tragen.

Antrag N05: Deutschland im eSport afk!?

Antragsteller*in:	Jusos Weser-Ems
Sachgebiet:	N - Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Der eSport erlebt in den letzten Jahren, nicht zuletzt durch die Corona-Krise, ein
- 2 wachsendes Interesse weltweit. Durch Wettkämpfe mit zweistelligen Millionenbeträgen
- 3 als Preisgelder ist die wachsende Bedeutung des eSports kaum zu übersehen. In vielen
- 4 Ländern gibt es bereits Strukturen, die eine Ausübung für interessierte
- 5 Sportler*innen ermöglichen, in Deutschland hingegen sind solche Strukturen nicht
- 6 einmal für Gemeinnützigkeit geöffnet. Der eSport muss auch in Deutschland als
- 7 Sportart ohne Einschränkungen anerkannt werden, sonst verpassen wir eine Möglichkeit
- 8 Jugendliche zu fördern und nachhaltige Strukturen in einer jungen Sportart zu
- 9 schaffen. Die Stärke des eSports liegt in seinem diversen Angebot an Disziplinen und
- 10 den hohen Grad an Kooperation unter den Spieler*innen. Wir dürfen jetzt nicht
- 11 verschlafen und muss geeignete Strukturen und Regularien für den eSport schaffen.
- 12 Die Anerkennung der Gemeinnützigkeit
- 13 Wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen, dass deutschlandweit eine Vereinsstruktur
- 14 für eSport aufgebaut oder hinzugefügt werden kann. Deswegen fordern wir eine
- 15 Anerkennung der Gemeinnützigkeit vom eSports seitens der Gesetzgeberin und den
- 16 zuständigen Sportverbänden nach § 52 Abs. 2 Nr.21 der Abgabenordnung. Aktuell wird
- 17 eSports in den aktuellen Vereinsstrukturen gegenüber den traditionellen Sportarten
- 18 kaum berücksichtigt. Dies kann weitere Vorteile, wie beispielsweise neue (junge)
- 19 Mitglieder, bringen. Zusätzlich ist die Durchsetzung der Altersbegrenzungen in
- 20 Vereinsmannschaften und Alterskontrollen durch Coaches und Trainer*innen
- 21 gewährleistet. Der Weg für die Stärkung des Ehrenamtes im Bereich des eSports wird
- 22 hierdurch geebnet und bestehende Strukturen zwischen traditionellem Sport und eSport
- 23 können ausgebaut werden.
- 24 Strukturen schaffen und Fördermittel bereitstellen!
- 25 Die Stärkung des Ehrenamtes ist ein wichtiger Schritt, doch gehören im Ausbau der
- 26 Strukturen nachhaltige Kontrollmechanismen(wie z.B. Gütesiegel; Vorgaben) dazu. So
- 27 können gewisse Standards eingeführt und gehalten werden. Die Bundesregierung muss
- 28 Rahmenbedingungen erarbeiten wie zukünftig Förderungen für eSports-Vereine gerecht
- 29 verteilt werden können. Der Bund soll Kommunen und Länder, Träger der freien
- 30 Jugendhilfe und Sportvereine bei dem Aufbau von Strukturen im eSport finanziell
- 31 unterstützen und beratend zur Seite stehen. Hierbei sollen u.a. Trainerlizenzen
- 32 gefördert werden, Fahrtkostenzuschüsse möglich gemacht werden, Veranstaltungen
- 33 bezuschusst werden und die Einrichtung von eSport Räumen gefördert werden. Ebenfalls
- 34 wollen wir mit einem im Haushalt festgelegten Etat Fördermittel für nicht-
- 35 kommerzielle Projekte bereitstellen, die für Umbaumaßnahmen, Anschaffung von
- 36 Endgeräten, wie beispielsweise Computern, Softwareprogrammen oder Medienkompetenz-
- 37 Seminaren verwendet werden können.
- 38 Sportler*innen kompetent begleiten!
- 39 Die Sportler*innen benötigen Begleitung, die ergänzend zu den diversen Disziplinen

40 angeboten wird. Denn das gemeinsame Training ist nicht ausreichend, um eine
41 ganzheitliche Einbettung des Sports zu gewährleisten. Dazu gehören hier unter anderem
42 Coachings in Medienkompetenz (Eltern können hier eingebunden werden), genauso wie der
43 Umgang mit den unterschiedlichen Spielen und ihren Communities. Der Umgang mit
44 Verlieren und Frust bei kompetitiven Spielen sollte auch Beachtung finden. Ein
45 wichtiger Aspekt ist auch die mentale und physische Gesundheit. Hierzu gehört die
46 Aufklärung über die Suchtgefahren und der Ausgleich durch andere sportliche
47 Aktivitäten sowie einer ausgewogenen Ernährung. Es ist das gesetzte Ziel eine
48 diskriminierungsfreie Vereinskultur aufzubauen. Aus diesem Grund müssen bei der
49 Begleitung auch Themen wie Hate Speech und Sexismus auf der Agenda stehen

50 Die Schaffung von "sicheren Räumen" ermöglichen!

51 Um die Vereinskultur diskriminierungsfrei zu gestalten, ist es wichtig direkt zu
52 Beginn eine inklusive Struktur zu schaffen. Im eSports-Bereich bieten sich viele
53 Möglichkeiten, da die Strukturen erst im Entstehen sind und Erfahrungen aus anderen
54 Sportdisziplinen herangezogen werden können. Hierzu gehört die Schaffung von sicheren
55 Räumen, in denen sich bestimmte Gruppen (z.B. Frauen*-Gruppen) treffen können und
56 ebenfalls die Möglichkeit erhalten eSports kennenzulernen und kompetitiv zu spielen.
57 Hierfür können Frauen*-Quoten oder Frauenteam als hilfreiche Instrumente sein. Jedoch
58 soll die Diversität des eSports erhalten bleiben.

59 eSport Bundeszentren schaffen!

60 Wir fordern die Einführung von eSport Bundeszentren, welche als Begegnungsorte für
61 den eSport dienen sollen. Die Bundeszentren sollen als Förderer und Schnittstelle für
62 den eSport und die Digitalisierung in Deutschland dienen. Neben einem Begegnungsort
63 sollen sie ebenfalls einen Bildungsauftrag erhalten und die Bürger*innen jeden Alters
64 im Umgang mit Medien und Medienkompetenz schulen und bilden. Das eSport Bundeszentrum
65 soll auch die Sichtbarkeit von bestimmten Gruppen (z.B. Frauen*) im eSport fördern
66 und auf die Diversität des Sports hinweisen. Mit der Etablierung von eSport Zentren
67 kann auch die Möglichkeit genutzt werden Digitalisierung neu zu denken und innovative
68 moderne Ideen zu entwickeln und voranzubringen.

69 Olympische Perspektive für den eSport schaffen

70 Wir fordern eine Olympische Perspektive für den eSport weltweit. Hierfür wollen wir
71 uns einsetzen und mit den Sportverbänden ins Gespräch kommen. Durch eine Olympische
72 Beteiligung des eSports besteht die Möglichkeit der Verjüngung und
73 Modernisierung der Olympischen Spiele.

Begründung

eSport ist in Deutschland zurzeit noch eine unkontrollierte, sehr schnell wachsende Community. Sexismus, Rassismus, Mobbing, Beleidigungen und Diskriminierungen sind Alltag in den Chats der Spiele. Zwar achten z.T. die Publisher auf Verhaltensregeln die sie sich selbst gesetzt haben, dennoch wird besonders Sexismus und Diskriminierung oft nicht konsequent bestraft. Da der eSport und das Gaming zurzeit noch keine festen Strukturen in Deutschland etablieren konnte, da die gesetzliche Grundlage fehlt, breitet sich auch Sexismus, Diskriminierung unkontrolliert aus und steht nur unter der Kontrolle von privatwirtschaftlichen Konzernen. Nur wenn Deutschland die Grundlage für die Förderung von eSport schafft können wir die Jugendlichen in der Gamingcommunity die angestrebten Werte von Gleichstellung, Diskriminierungsfreiheit und Chancengleichheit näher bringen. Genauso wie in anderen Sportarten auch, ist das Equipment oftmals teuer und eSport Vereine könnten hier für Jugendliche Zugang zu

Sportutensilien günstig anbieten und Jugendliche dabei unterstützen wichtige Erfahrungen des Wettkampfes nicht alleine erleben zu müssen. Der Umgang mit Scheitern und Verlieren würde nicht länger alleine im Kinderzimmer erlebt werden, sondern könnte mit anderen Teammitgliedern, Sozialpädagog*innen und Trainer*innen gemeinsam reflektiert werden. Diese Möglichkeit eine noch in den Kinderschuhen steckende Sportart mit aufzubauen darf sich Deutschland nicht entgehen lassen und muss jetzt Handeln. eSport ist einer der wenigen Sportarten, die International breit aufgestellt ist und sich divers in den einzelnen Clans und Communitys zusammensetzt. Gerade aufgrund der Internationalität ist es umso wichtiger, dass eSportler*innen die Möglichkeit erhalten sich weltweit zu vernetzen und Visa einfacher an eSportler*innen verteilt werden können

Antrag 001: Schluss mit Luxusneubaugebieten – Schluss mit Flächenfraß!

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	O - Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Mehr Wohnungsbau, weniger Einfamilienhäuser!
- 2 Beim Ausweisen neuer Wohnbaugebiete muss vor der Genehmigung des Bebauungsplans erst
- 3 durch die Behörden geprüft werden, wie hoch der Wohndruck ist.
- 4 Sollte dieser zu hoch sein, wird der Bebauungsplan nur genehmigt, wenn in diesem eine
- 5 Bebauung geplant ist, die nicht aus reinen Ein- und Zweifamilienhäusern besteht.
- 6 Bei der Bemessung des Wohndrucks muss zuallererst der Wohndruck der Gemeinde/Stadt
- 7 sowie an zweiter Stelle der Wohndruck der benachbarten Gemeinden/Städte
- 8 berücksichtigt werden.
- 9 Der Mindestprozentsatz an Wohnungsbau muss gestaffelt nach Stärke des Wohndrucks
- 10 festgesetzt werden. Nur wenn nachweislich kein Wohndruck in der entsprechenden
- 11 Gemeinde/Stadt sowie um diese herum herrscht, sollten Neubaugebiete aus Ein- und
- 12 Zweifamilienhäusern erlaubt werden.

Begründung

In Deutschland steigt der Wohndruck immer weiter an – nicht nur in den großen Städten, sondern auch um diese herum. Dieser Druck breitet sich immer weiter ins ländliche Gebiet aus, woraufhin viele Gemeinden, Kleinstädte aber auch die Großstädte Neubaugebiete ausweisen. Jedoch bestehen diese Neubaugebiete oft aus Baugebieten mit Ein- und Zweifamilienhäusern. Diese Häuser können sich dann wiederum nur einige wenige Gutverdienende leisten.

Alle anderen, die Jungen und Alten, die Alleinerziehenden und die Menschen aus dem Niedriglohnsektor müssen weiter verzweifelt nach Wohnraum suchen und werden oft gezwungen, immer weiter raus aus der Stadt zu ziehen und lange Arbeitswege in Kauf zu nehmen. Die Folgen sind uns alle klar.

Es ist notwendig, dass wir mehr Wohnraum schaffen. Nur effizient genutzter Wohnraum verhindert großflächige Versiegelungen, da durch Ein- und Zweifamilienhäuser deutlich mehr Fläche für Infrastruktur pro Kopf versiegelt wird. Mit mehr Wohnungen entsteht auf kleinerer Fläche pro Kopf gleich viel Wohnraum.

In Zeiten der aktuellen Klimakrise zählt jeder Quadratmeter der eingespart und der Natur erhalten bleiben kann.

Antrag O02: Energiearmut beenden - Menschenwürde nicht erfrieren lassen!

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen-Anhalt
Sachgebiet:	O - Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Als von Energiearmut betroffen gilt ein Haushalt, in dem mindestens 10% des
2 Haushaltseinkommens für Energiekosten verwendet werden. Wenn Menschen nicht mehr in
3 der Lage sind, ihre Strom- und Gasrechnungen zu begleichen, kommt es bereits bei
4 geringen Schuldbeträgen zu Gas- und Stromkappungen. Die Zahl der Betroffenen steigt
5 kontinuierlich an. So waren bereits im Winter 2021/2022 innerhalb der EU rund 35
6 Millionen Menschen von Energiearmut betroffen. Die schleppende Energiewende schlägt
7 sich vor allem in den Portemonnaies der ärmsten Bevölkerungsgruppen nieder. Seit dem
8 russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ist der Preis für Gas und damit auch
9 Strom- und Wärmeenergie zusätzlich in die Höhe geschneit. Auf dem europäischen, aber
10 vor allem dem deutschen, Energiemarkt sorgt ein Oligopol weniger mächtiger Firmen
11 dafür, dass staatliche Entlastungsprogramme, vor allem die sogenannte
12 "Ölpreisbremse", nicht an die Verbraucher*innen weitergegeben werden. Gleichzeitig
13 erlaubt es die "Gas-Umlage" den Gasunternehmen, die höheren Marktpreise von Gas an
14 die Verbraucher*innen weiterzugeben, trotz bestehender Verträge. Stattdessen machen
15 Energiekonzerne horrende Gewinnmargen klar und schütten Dividenden an die besitzende
16 Klasse aus. Die damit einhergehenden Auswirkungen auf Privathaushalte und die
17 deutsche Wirtschaft sorgen dafür, dass die Zahl der von Energiearmut betroffenen
18 explodiert. Expert*innen warnen vor einer Vervierfachung der Nebenkosten und das IW
19 hat für den Mai 2022 errechnet, dass 25% aller Haushalte in Deutschland bereits von
20 Energiearmut betroffen sind. Gleichzeitig werden bereits abgeschaltete
21 Kohlekraftwerke wieder in Betrieb genommen und selbst SPD-Politiker*innen liebäugeln
22 öffentlich mit der Kernenergie. Dadurch wird die bitter notwendige Energiewende
23 weiter verzögert und Pfadabhängigkeiten geschaffen, die auch für die Zukunft
24 untragbare Entscheidungen bedeuten. Für uns ist klar, dass die derzeitige Krise nicht
25 durch Atomenergie oder mehr fossile Energieträger überwunden werden kann. Stattdessen
26 braucht es einen viel schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien.

27 Wir Jusos sind der Ansicht, dass ein großer Teil der derzeit grassierenden
28 Energiearmut nicht nur eine unvermeidliche Folge des Krieges ist, sondern dass die
29 Marktsituation einen erheblichen Beitrag leistet. Der vermachtete Energiemarkt, auf
30 dem ein Oligopol an Großkonzernen die grundlegendsten Dienstleistungen überhaupt,
31 nämlich Elektrizität & Wärme, verkauft, ist strukturell unfähig, Energiearmut zu
32 verhindern. Der Zugang zu Elektrizität und warmen Wasser ist für uns Jusos ein
33 Grundrecht. Im Moment durchaus sinnvolle Sofortmaßnahmen und Hilfspakete sind
34 langfristig nicht haltbar, da mit diesen auch horrende Gewinnmargen für die
35 Privatwirtschaft finanziert werden. Darum fordern wir die Vergesellschaftung der in
36 Deutschland tätigen Energieindustrie & Infrastruktur. Gerade in Krisenzeiten wie
37 diesen wird deutlich, dass ein gewinnorientierter Markt nicht in der Lage ist, die
38 Grundbedürfnisse aller zu decken.

- 39 Auf dem Weg zur Umsetzung der nötigen Verstaatlichung fordern wir im Kampf gegen die
40 Energiearmut:
- 41 • Ausbau erneuerbarer Energien fördern
 - 42 • Schnelleres und Zuverlässigeres Planungsrecht schaffen
 - 43 • Ausbau der grünen Wasserstoff Infrastruktur
 - 44 • umfassende Hilfen für energetische Sanierungen von Wohn- und Bürogebäude
 - 45 • ein mittelfristiges Verbot von Öl- und Gasheizungen
 - 46 • ein umgehendes Verbot von Strom- und Gaskappungen für Privathaushalte
 - 47 • einen verpflichtenden Solidarpreis für Menschen, die von Energiearmut betroffen
48 sind
 - 49 • die Zerschlagung des Oligopols auf dem Energiemarkt
 - 50 • Förderprogramme, die die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Akteuren stärken,
51 die sich gegen Energiearmut engagieren
 - 52 • einen Ausbau der Verbraucherrechte, vor allem im Energiebereich und einen Ausbau
53 der Beratungsangebote
 - 54 • die Dezentralisierung der Energieproduktion, vor allem durch die
55 Privilegierungen von Bürgerenergiegenossenschaften
 - 56 • Förderung von wirtschaftlicher Partizipation bei erneuerbaren Energie Projekten,
57 nach Vorbild von MV

Begründung

- erfolgt mündlich -

Antrag 003: Günstige Vermietung von Bestandswohnraum nicht bestrafen

Antragsteller*in:	Jusos Brandenburg
Sachgebiet:	O - Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Private Vermieter*innen, welche ihre Wohnungen unter zwei Drittel der ortsüblichen
- 2 Vergleichsmiete an Dritte vermieten, ohne dass eine familiäre Verbindung besteht,
- 3 darf nicht pauschal die Gewinnerzielungsabsicht abgesprochen werden. Die SPD soll
- 4 sich dafür einsetzen, den § 21 Einkommensteuergesetz entsprechend anzupassen.
- 5 Zusätzlich muss geprüft werden, ob die bisher bestehende Regelung zu steuerlichen
- 6 Vorteilen für Vermietungen unterhalb des Mietspiegels sinnvoll ausgeweitet werden
- 7 können, indem zum Beispiel die Grenze von 50 % der ortsüblichen Vergleichsmiete aus §
- 8 21 EStG abgesenkt wird.

Begründung

Wohnen wird in vielen Teilen Deutschlands zusehends zum Luxusgut. Viele Menschen müssen immer größere Teile ihres Gehaltes für Mieten ausgeben. Dem ist langfristig nur über verstärkten Neubau und eine zumindest teilweise Entprivatisierung des Wohnungsbestandes entgegenzuwirken. Jedoch ist es insbesondere in Zeiten rasant steigender Preise notwendig, Mieter*innen schnell und zielgerichtet zu entlasten. Dafür sollten Regelungen überarbeitet werden, welche Vermietende steuerlich benachteiligen, sofern sie ihre Wohnungen günstiger Vermieten. Aktuell müssen private Vermieter, um im galoppierenden spekulationsgetriebenen Mietmarkt keine steuerlichen Nachteile zu riskieren, regelmäßig ihre Mieten erhöhen. Die aktuelle Regelung im Einkommenssteuergesetz sieht nämlich vor, bei Vermietungen, welche unter 66 % des ortsüblichen Preises - Mietspiegels - liegen, die Gewinnerzielungsabsicht infrage zu stellen. Das bedeutet, dass Kosten, welche durch die Vermietung entstehen, nicht mehr vollständig steuerlich geltend gemacht werden können. Somit wird günstige Vermietung bestraft, welche eigentlich gefördert werden soll.

Diese Regelung wird mit dem Schutz vor Steuerflucht durch innerfamiliäre Vermietung begründet. Dies ließe sich jedoch auch durch genauere Prüfung in den einzelnen Fällen verhindern. Damit würden günstige Vermietungen gefördert - statt sie zu bestrafen - und ein Beitrag geleistet werden, die Preisspirale auf dem Wohnungsmarkt zu durchbrechen.

Antrag 004: Leben retten – Schwimmfähigkeit fördern

Antragsteller*in:	Jusos Weser-Ems
Sachgebiet:	O - Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Wir fordern:
- 2 - Kostenlose Schwimmkurse bereits im Kindergarten.
- 3 - Finanzielle Mittel für die Sanierung von Schwimmbädern in den Kommunen sowie
- 4 Finanzierungshilfen für Schwimmhilfen von Schwimmvereinen und der Ausbildung von
- 5 Ehrenamtlichen.
- 6 - Eine bessere Staatliche Anerkennung für ehrenamtliche Arbeit im Bereich der
- 7 Schwimmausbildung.
- 8 - Optimale Ausrüstung für Schwimmlehrer:innen & Equipment für die Ausbildung von
- 9 Schwimmer:innen

Begründung

Ein häufiger Grund für tödliche Unfälle ist die fehlende Schwimmfähigkeit vieler Menschen. Deswegen fordern wir mehr Anerkennung für ehrenamtliche Schwimmlehrer:innen. Aufgrund schlechter Bezahlung und mäßigen Arbeitsumständen, sinkt der Anreiz einer Tätigkeit in diesem Bereich nachzugehen. Dadurch werden die Wartelisten für interessierte Schwimmer:innen. Zudem sind die Gebühren für die Kurse um zum Schwimmkurs zu gehen sehr hoch. Die Ausbildung von Schwimmer:innen muss daher kostenlos werden. Zur richtigen Schwimmausbildung gehört auch die richtige Ausrüstung. Dies beginnt bei der Ausrüstung und Ausstattung des Lehrers aber auch Schwimmhilfen wie z.B. Schwimnudeln, Schwimmflügel, Schwimmbretter und natürlich auch Rettungsmittel für den Ernstfall dazu.

Antrag 005: Die Würde des Menschen ist unantastbar - defensive Architektur verbieten

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	O - Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Wir fordern eine starke Regulierung der defensiven Architektur in deutschen Städten
- 2 und Gemeinden. Dies beinhaltet das Verbot defensiver Architektur in kommenden
- 3 Bauprojekten im öffentlichen Raum und im öffentlichen Personennahverkehr sowie den
- 4 schrittweisen Rückbau solcher Bauelemente. Solche Bauelemente beinhalten
- 5 (beispielhaft):
- 6 • Bänke mit starken Rundungen oder Armlehnen in geringem Abstand zueinander
- 7 • Betonklötze mit Spitzen unter Brücken
- 8 • blaues Licht (damit Menschen, die Drogen konsumieren ihre Venen nicht sehen
- 9 können)
- 10 • Musik oder Ultraschall in Orten wie Bahnstationen
- 11 • das bewusste Entfernen von Objekten, z.B. Bänken, damit diese nicht als
- 12 Schlafmöglichkeit genutzt werden
- 13 Außerdem fordern wir schlussfolgernd, dass es auf kommunaler Ebene eine Möglichkeit
- 14 geben muss, defensive Architektur auf öffentlichem Grund zu melden. Dies soll
- 15 ermöglichen, auf übersehene architektonische Probleme hinzuweisen und muss möglichst
- 16 bürokratiearm erfolgen können.

Begründung

Unter defensiver Architektur (auch häufig Anti-Obdachlosen-Architektur; Feindliches Design, englisch: hostile architecture) versteht man im Städtebau technische Maßnahmen, die Menschen nicht dazu verleiten lange zu verweilen. Beispiele für solche Installationen sind Bänke mit starken Rundungen oder Armlehnen in geringem Abstand zueinander sowie Betonklötze mit Spitzen unter Brücken. Solche Maßnahmen sollen vor allem dazu führen, dass sich Menschen ohne festen Wohnsitz aber auch junge Menschen an diesen Orten nicht allzu lange aufhalten. Das Ziel dieser Maßnahmen ist es, dass es nicht zu kriminellen Handlungen kommt oder zu einer Vermüllung, um das Ansehen der jeweiligen Stadt und Kommune zu wahren.

Dies führt dazu, dass vor allem Menschen ohne festen Wohnsitz es noch schwieriger haben einen Ort zum Schlafen oder für die Betreuung von Körperhygiene zu finden. Außerdem werden diese Menschen aus dem gesellschaftlichen Leben gedrängt, da ihre Art zu leben nicht in das Normbild vom privilegierten Menschen passt. Dies hat große Auswirkungen auf die psychische Gesundheit von Menschen ohne festen Wohnsitz. Nur durch das Errichten defensiver Architektur wird Obdachlosigkeit nicht bekämpft, nur aus dem Blick anderer Menschen verbannt. Probleme werden nicht gelöst, sondern nur verlagert oder verschlimmert. Das kann und darf nicht unser Ziel sein!

Auch jungen Menschen werden häufig keine Räume zur Verfügung gestellt und die Plätze, die sie für sich finden durch solche Maßnahmen genommen. Statt in defensive Architektur zu investieren könnten die dafür genutzten finanziellen Mittel genutzt werden, um öffentliche Räume des Zusammenkommens zu

fördern und auszubauen. Der Einsatz von blauem Licht, z.B. in öffentlichen Toiletten und Bahnunterführungen soll den Gebrauch von intravenösen Drogen verhindern, da die blauen Venen nicht mehr zu erkennen sind. Dies führt aber nicht dazu, dass keine Drogen konsumiert werden, sondern dass diese in einem riskanten Umfeld injiziert werden. Dies erhöht das Risiko medizinischer Notfälle und in schweren Fällen kann es zum Tod führen. Diese Maßnahme muss augenblicklich verboten werden!

Stattdessen soll sich das Land Rheinland-Pfalz für die Einrichtung von Konsumräumen einsetzen. Dort können Suchtkranke sicher konsumieren und bei drogenbezogenen, gesundheitlichen oder sozialen Problemen entsprechende Hilfen in Anspruch nehmen.

Der Blick auf die Ursprünge defensiver Architektur verdeutlicht noch einmal, dass hinter diesem Begriff eine diskriminierende und menschenfeindliche Überzeugung steckt: Die ersten aufgezeichneten Beispiele defensiver Architektur sind im 19. Jahrhundert in den USA zu finden. Hier wurde diese Form der Architektur genutzt, um die Segregation nach Hautfarbe zu unterstützen. Allein diese geschichtliche Herkunft macht deutlich, dass wir uns von diesem Konzept schon längst verabschiedet haben müssten! Defensive Architektur ist ein Einschnitt für alle Bevölkerungsgruppen. Der Abbau von Bänken und Rastmöglichkeiten in Innenstädten führt dazu, dass ältere Menschen keine Stellen für Pausen finden und somit für sie ein Besuch in Städten immer unattraktiver gestaltet wird. Des Weiteren kann defensive Architektur dazu führen, dass Orte ihre Barrierefreiheit verlieren. Man sieht: Defensive Architektur löst keine Probleme und führt ebenfalls nicht zu einer höheren Sicherheit. Sie führt nur dazu, dass eine Vielzahl von Menschen unter einer unmenschlichen und von Verachtung geprägten Überzeugung Nachteile erfahren - unserer Meinung nach ist dies untragbar.

Antrag O06: Erweiterung des Entlastungspakets, um Bürger*innen vor den Auswirkungen des Krieges zu schützen!

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	O - Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

Der Bundeskongress möge beschließen:

1. Das Energiegeld auch an Studierende und Rentner*innen ausbezahlen
2. Bürger*innen die Grundversorgung an Energie zu garantieren
3. Die Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel dauerhaft zu streichen
4. Die Erhöhung des ALG2-Regelsatzes auf €600 pro Monat und die Anpassung aller verwandten Grenzwerte als Überbrückung bis das Bürger*innengeld eingeführt wird.

Begründung

Die schwierige Situation auf dem Energiemarkt durch den russischen Angriffskrieg wird zunehmend zur Bedrohung für Bürger*innen. Die Inflation lag im April bei 7.4%, dies stellt viele Menschen vor existenzielle Herausforderungen. Um Bürger*innen zu schützen hat die Bundesregierung milliardenschwere Entlastungspakete beschlossen. Neben dem 9 Euro Ticket, das wirksame Entlastung für alle schafft, ist auch das Energiegeld ein wichtiger Baustein. Denn besonders die Energiepreise sind in den letzten Monaten exorbitant angestiegen. Grund hierfür ist die massive Abhängigkeit Deutschlands von russischen Energieexporten, aus der wir nun schnellstmöglich aussteigen müssen. Für uns Jusos ist klar, dass es ein schwerwiegender politischer Fehler war, Russland als verlässlichen Partner anzusehen. Hierfür tragen alle staatstragenden Parteien die Verantwortung. Wir stehen nun in der Pflicht, die Bürger*innen vor den Auswirkungen dieses Fehlers zu schützen. Deshalb ist es wichtig, dass es ein Energiegeld für alle Arbeitnehmende gibt. Da aber Studierende und Renter*innen in gleichem Maße von den steigenden Energiepreisen betroffen sind, ist es für uns Jusos inakzeptabel, dass diese dabei nicht berücksichtigt sind. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, hier dringend nachzubessern, um nicht zuzulassen, dass insbesondere die Studierenden nach den dürftigen Hilfen während der Corona Pandemie wieder alleine im Regen stehen gelassen werden.

Doch auch wenn das Energiegeld und die Leistungen für Empfänger*innen von Sozialleistungen zu begrüßen sind, müssen wir den Bürger*innen die Sorge vor den kalten Wintertagen nehmen. Die Bundesregierung trägt die Verantwortung dafür, dass niemand in der kalten Wohnung sitzen muss, weil ihm die Heizung abgestellt wurde. Wir fordern daher, die Möglichkeit der Versorger*innen, Menschen Energie (Strom, Gas) abzustellen, auszusetzen. Die Kosten müssen vorübergehend unbürokratisch direkt durch eine geeignete Institution wie die Agentur für Arbeit übernommen werden. Eine Prüfung des Sachverhalts kann im Anschluss erfolgen, doch kurzfristig müssen wir verhindern, dass die Bürger*innen den Preis für Putins Angriffskrieg und die politischen Fehler der letzten Jahre bezahlen.

Doch nicht nur die Energiepreise, sondern auch die Preise für Grundnahrungsmittel sind exorbitant angestiegen. Das stellt viele Menschen vor weitere existenzielle Probleme, schon heute sind die Tafeln überlastet und am Rande ihrer Kapazität. Es muss daher unsere Aufgabe sein, sicherzustellen, dass Lebensmittel erschwinglich bleiben. Deshalb schließen wir uns der Forderung von Jessica Rosenthal, unserer Bundesvorsitzenden an, die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel dauerhaft zu streichen. Wir unterstützen diese Forderung, als eine zielgerichtete, schnell umsetzbare und wirkungsvolle Entlastung. Das Bundeskartellamt ist hier in der Pflicht sicherzustellen, dass diese auch wirklich bei den Bürger*innen

ankommt und nicht im Portemonnaie von Konzernen landet. Der russische Angriffskrieg macht sich auch hier in Deutschland bemerkbar, auch wenn der ökonomische Preis, den wir als Volkswirtschaft bezahlen müssen, in keiner Weise mit dem unermesslichen Leid der ukrainischen Bevölkerung zu vergleichen ist. Dennoch müssen wir sicherstellen, dass unsere Bürger*innen durch diese Krise nicht in Existenznot geraten, daher sind Entlastungen, wie die bereits beschlossenen, die hier geforderten und die in Zukunft noch notwendigen nicht verhandelbar. Wir müssen dabei ganz ehrlich sein: Das alles wird viel Geld kosten. Wir fordern daher alle handelnden Parteien auf, sich dieser Verantwortung bewusst zu werden und anzuerkennen, dass wir diese Aufgabe nicht ohne massive Investitionen bewältigen können. Dazu wird sowohl die höhere Besteuerung von hohem Einkommen, als auch die Abschaffung der Schuldenbremse notwendig sein. Wir dürfen es nicht zulassen, dass die Spaltung der Gesellschaft noch weiter und schneller voranschreitet - wir müssen den gesellschaftlichen Zusammenhalt wahren - wir müssen vereint nach vorne!

Antrag P01: Gesundheit vor Profite

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 **Gesundheit vor Profite**

2 Gesundheit ist ein Menschenrecht. Gesundheit ist Teil der staatlichen
3 Daseinsvorsorge. Dazu gehört eine gute Verfügbarkeit von medizinischer,
4 therapeutischer und pflegerischer Versorgung. Die Versorgung muss sowohl die
5 Versorgung von Erkrankten oder medizinisch Hilfsbedürftigen beinhalten, aber auch die
6 Prävention. Die Aufgabe unseres Gesundheitssystems ist es, allen Menschen eine
7 Versorgung zu garantieren, die auf aktuellem wissenschaftlichen Stand basiert. Diese
8 kann aber nur qualitativ hochwertig sein, wenn sie von gut ausgebildeten Fachkräften
9 durchgeführt wird und diese ausreichend Zeit für die Patient*innenversorgung haben.
10 Ein optimales Gesundheitssystem verfügt über eine möglichst individuelle Versorgung,
11 die sich an den spezifischen Bedürfnissen der einzelnen Menschen orientiert.

12 Die Bundesrepublik verfügt über eine große Gesundheitsinfrastruktur. Viele moderne
13 Behandlungsmethoden sind verfügbar, Fachkräfte können häufig auf ein großes Wissen
14 und eine große Vielfalt an medizinischen Geräten und Hilfsmitteln zurückgreifen.
15 Trotzdem ist die Realität von der optimalen Gesundheitsversorgung aller Patient*innen
16 und guten Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Gesundheitswesen noch weit
17 entfernt.

18 Aktuell erfolgt die Krankenhausfinanzierung dual. Betriebskosten, also Kosten für die
19 Behandlung (Personalkosten, Materialkosten oder Energiekosten) werden von den
20 Krankenkassen finanziert. Investitionskosten also zum Beispiel Umbaumaßnahmen oder
21 kostenintensive Geräteneuanschaffungen werden von den Ländern getragen. In beiden
22 Säulen gibt es große Herausforderungen und Fehlanreize.

23 Behandlungsentscheidungen werden täglich auf Grundlage finanzieller Erwägungen
24 getroffen, um die Wirtschaftlichkeit des Krankenhauses, der Praxis oder der Abteilung
25 sicherzustellen. Blutige Entlassungen, fehlende Anschlussbehandlung oder unnötig
26 lange stationäre Aufnahmen sind Alltag in unseren Krankenhäusern. Die Erwägung
27 finanzieller Fragen spielt im Alltag in der Klinik permanent eine Rolle. Die
28 Finanzierung unseres Gesundheitswesens setzt Anreize in der Gestaltung von Therapie
29 und Diagnostik. Diese verursachen einerseits Überversorgung, andererseits
30 Unterversorgung und schaden damit erkrankten Personen. Medizinische Entscheidungen
31 auch in Abhängigkeit von finanziellen Erwägungen zu treffen, ist nicht immer den
32 einzelnen Ärzt*innen und Fachkräften vorzuwerfen. Dass das Fortbestehen der eigenen
33 Abteilung oder Praxis auch an der Wirtschaftlichkeit der medizinischen Entscheidungen
34 hängt, ist eine Tatsache, die medizinische Entscheidungen beeinflusst.

35 Die Bundesländer haben laut Krankenhausfinanzierungsgesetz die Aufgabe, bei allen
36 Einrichtungen, die im Landeskrankenhausplan genannt werden, die Investitionskosten zu
37 tragen. Aus dieser Aufgabe haben sich die Bundesländer in den letzten Jahren immer
38 weiter zurückgezogen und die Krankenhäuser sind gezwungen, die Investitionen über die
39 Betriebskosten mitzufinanzieren. Das hat bis zur Ausgliederung des Pflegebudgets aus

40 den Fallpauschalen (Diagnoses related Groups) dazu geführt, dass insbesondere an
41 Personalkosten gespart wurde. Die fehlende Finanzierung ist insbesondere für
42 kommunale Kliniken und Klinikverbände fatal. Es übersteigt die finanzielle
43 Möglichkeit kleinerer Kommunen, die roten Zahlen zu kompensieren und viele haben über
44 kurz oder lang nur die Wahl: privatisieren oder schließen. Im Jahr 1991 gab es noch
45 rund 2.400 Kliniken, im Jahr 2022 zählt das Statistische Bundesamt aktuell noch 1.903
46 Kliniken. Die privaten Träger konnten dabei ihren Anteil von 21,7 Prozent im Jahr
47 2000 auf rund 38 Prozent der Häuser im Jahr 2020 ausbauen.

48 **Gesundheitsplanung statt Krankenhausplanung**

49 Gesundheitspolitik und ihre Folgen sollten darauf ausgelegt sein, Menschen gesund zu
50 halten, anstatt Krankheiten zu verwalten. Für uns steht fest, dass es dafür eine
51 Umstrukturierung des Gesundheitssystems bedarf. Wir müssen zu einem Punkt kommen, in
52 dem intersektoral zusammengearbeitet wird, um Menschen gesund zu halten und es keine
53 Anreize mehr gibt, mit Krankheiten Geld zu verdienen.

54 Aktuell werden Krankenhäuser vor allem daran gemessen, wie die Bettenbelegungsquote
55 aussieht. Diese soll Aussagen über die Bedarfsgerechtigkeit des Krankenhauses
56 treffen. Anhand dieser Quote leiten sich viele Entscheidungen in Politik und Justiz
57 ab und dabei werden falsche Anreize gesetzt. Es braucht eine stärkere Fokussierung
58 und Relevanz verschiedenster Indikatoren, die tatsächlich Aussagen über die Qualität
59 eines Krankenhauses treffen und die Bedürfnisse der Patient*innen und
60 Arbeitnehmer*innen im Blick haben. Wir müssen neu definieren, wie wir gute Qualität
61 messen wollen und wie diese sichergestellt wird. Unserer Meinung nach sollte unter
62 anderem das Outcome der Patient*innen, wobei insbesondere die einschränkungsfreie
63 bzw. einschränkungsarme Zukunft statt ausschließlich die Überlebenszeit nach Therapie
64 Berücksichtigung finden, die individuelle Behandlungszufriedenheit der Patient*innen
65 und die Mitarbeiter*innenzufriedenheit eine Rolle spielen.

66

67 Es ist zu betonen, dass Kliniken auch dann geschlossen werden, wenn sie im
68 Landeskrankenhausplan gelistet sind und einen wichtigen Beitrag zur wohnortnahen
69 Versorgungsinfrastruktur leisten. Gemessen an der Bevölkerungsgröße hat Deutschland
70 im europäischen Vergleich die meisten stationären Krankenhausbetten. Wir wollen uns
71 der Konsolidierung der vorhandenen Infrastruktur nicht verschließen. Diese soll aber
72 nicht nach ökonomischen, sondern nach Qualitätskriterien stattfinden, wie zum
73 Beispiel gute Arbeitsbedingungen und die Gewährleistung einer wohnortnahen
74 Erstversorgung. Das kann aber nur dann gelingen, wenn sektorenübergreifend geplant
75 wird: Krankenhäuser, niedergelassene Allgemein- und Fachmediziner*innen, Physio-,
76 Psycho-, Ergotherapeut*innen, Logopäd*innen, Hebammen, Geburtshäuser, ambulante und
77 stationäre pflegerische Infrastruktur - sie alle sind Gewährleister*innen einer
78 wohnortnahen Versorgungsinfrastruktur. Deshalb wollen wir die
79 Landeskrankenhausplanung durch eine sektorenübergreifende Gesundheitsplanung
80 ersetzen. Das bedeutet auch, dass die Kompetenz zur Bedarfsplanung der
81 Kassen(zahn)ärztlichen Kassensitze von der Kassen(zahn-)ärztlichenvereinigung Weg hin
82 zu einem neu zu schaffenden demokratischen Gremium verlagert werden muss.

83 Die bedarfsgerechte Finanzierung ist keinesfalls ein Widerspruch zur
84 Wirtschaftlichkeit. Der Maßstab für Wirtschaftlichkeit muss vor allem die
85 Versorgungsqualität und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sein. Eine

86 qualitativ hochwertige Versorgung bedeutet: Das Patient*innenwohl wird ins Zentrum
87 gestellt und gleichzeitig garantieren wir gute Arbeitsbedingungen für alle im
88 Gesundheitswesen tätigen Menschen.

89 Ein System der Gewinnerwirtschaftung und marktförmigen Organisation im
90 Gesundheitswesen lehnen wir ab. Stattdessen brauchen wir ein System, das eine
91 bedarfsgerechte Finanzierung sicherstellt und die Patient*innen im Blick hat.

92

93 Deshalb fordern wir:

- 94 • Rekommunalisierung aller Privaten Krankenhäuser
- 95 • Interdisziplinäre Gesundheitsplanung (& -wesen)
- 96 • Gesundheitsplanung statt Krankenhausplanung
- 97 • Kommune/Land/Bund in die Landesgesundheitsplanung einbeziehen
- 98 • Flächendeckende Grundversorgung des Gesundheitswesens sicherstellen
- 99 • Flächendeckende Grundversorgung mit Krankenhäusern + Maximalversorger
- 100 • Sozialgerechte Planung der Primärversorgung und der Krankenhäuser
- 101 • Spezialisierung
- 102 • Evaluation der Bedarfsplanung auch anhand sozialer Kriterien + mehr Forschung
103 dazu
- 104 • Flächendeckende Versorgung aller Regionen und sozialen Gruppen muss
105 gewährleistet sein (insbesondere auch psychiatrische/psychotherapeutische
106 Versorgung)
- 107 • Intersektorale Zusammenarbeit mit dem Ziel, funktionsgerecht zu verzahnen
- 108 • Orientierung für Patient*innen schaffen – HVZ & community-health nurses
- 109 • Demokratisierung der Kassenplatzvergabe (mehr Plätze, weniger Geld)
- 110 • Qualität für Arbeitnehmer*innen und Patient*innen
- 111 • Soziale Gerechtigkeit in Ausbildung und Studium stärken
- 112 • Morbiditäts- und Qualitätsorientierte Planung

113 **Betriebskosten – DRG Fallpauschalen abschaffen und dann?**

114 Die Betriebskostenfinanzierung erfolgt durch die Fallpauschalen oder auch DRGs
115 (diagnosis related groups). Demnach werden bestimmte Diagnosen mit jeweiliger
116 Therapie in Gruppen zusammengefasst und pauschal vergütet. Wenn die Kosten für einen
117 Fall höher ausfallen, bleibt das Krankenhaus auf den Kosten sitzen, schafft das
118 Krankenhaus die Versorgung mit weniger Kosten, erwirtschaftet es Gewinne. So werden
119 durch die Finanzierung Anreize für bestimmte Therapien, bestimmte Diagnostik und die
120 Einsparung von Personal gesetzt.

121 Diese Anreize finden zum Beispiel in Form von pauschalen sogenannten „oberen
122 Verweildauern“ statt, nach denen das Krankenhaus durch die Verlängerung des
123 stationären Aufenthaltes Verluste erwirtschaftet. Diese Zeitpunkte werden im Alltag
124 im Krankenhaus als Verweilgrenze kommuniziert. Auch die pauschalen Vergütungen
125 unabhängig von der tatsächlich benötigten Versorgung setzt Anreize zum Beispiel zum
126 Durchführen besonders lukrativer Eingriffe. Das DRG System ist stark auf die

127 Vergütung operativer Leistungen ausgerichtet. Beispielsweise ist der Einsatz einer
128 Hüft- oder Knieprothese im Vergleich zu konservativen Behandlungsformen viel
129 gewinnbringender.

130 Das Problem geht aber über die pauschale Vergütung von Erkrankungen und Behandlungen
131 noch einmal weit hinaus. Bei den DRG Fallpauschalen handelt es sich um
132 Verhältniszahlen der Anteile oder ein Vielfaches eines Basisfallwertes, welcher zuvor
133 zwischen Krankenkassen und Krankenhausgesellschaften ausgehandelt wird. An die
134 tatsächlich entstehenden Kosten sind diese Basisfallwerte grundsätzlich nicht
135 gebunden und auch die DRG Fallpauschalen werden durch defacto nicht repräsentative
136 Methoden ermittelt.

137 Statt durch Pauschalen Anreize zur Personaleinsparung, zur Verkürzung der Liegedauer,
138 zur Einsparung von Medikamentenkosten, zur Verlängerung von Beatmungsdauern oder zur
139 Entbindung von extrem frühen Frühchen zu setzen, muss eine bedarfsgerechte
140 Finanzierung erfolgen.

141 Bedarfsgerecht bedeutet für uns, die tatsächlich entstandenen Kosten müssen
142 refinanziert werden. Unabhängig vom Modus der unterjährigen Auszahlung an die
143 Krankenhäuser muss klar sein, dass am Ende das Krankenhaus nicht auf entstandenen
144 Kosten oder notwendigen Vorhaltekosten sitzen bleibt. Des Weiteren dürfen
145 Einsparungen an Personal oder Verlängerungen von Beatmungsdauern nicht zu
146 finanziellen Belohnungen führen. Dies kann erreicht werden, indem die Ausgaben der
147 Krankenhäuser vollumfänglich mit den Krankenkassen abgerechnet werden. In einem
148 solchen System können Krankenhäuser keinen Gewinn und auch keinen Verlust
149 erwirtschaften. Denn unabhängig davon, wie die Abrechnung mit den Krankenkassen
150 monatlich stattfindet, werden am Ende des Geschäftsjahres die tatsächlichen Kosten
151 abgerechnet. Dabei darf kein Platz für Beliebigkeit oder verschwenderischen Umgang
152 mit den Geldern der Krankenkassen und damit mit den Versicherungsbeiträgen aller
153 Versicherter bleiben. Natürlich kann nicht beliebig viel Material erworben, die
154 teuersten Medikamente eingekauft werden. Bereits vor der Einführung der DRG
155 Fallpauschalen war gesetzlich geregelt, dass die Krankenhäuser wirtschaftlich handeln
156 und angemessen mit den Geldern der Versichert umgehen mussten. Daraufhin müssen sich
157 die Krankenhäuser regelmäßig überprüfen lassen.

158 Deshalb fordern wir:

- 159 • Beendigung der marktförmigen Organisation der Betriebskostenfinanzierung durch
160 die DRG, stattdessen muss sich die Finanzierung am Gemeinwohl orientieren
- 161 • Finanzierung von Krankenhäusern nach dem Selbstkostendeckungsprinzip, mit
162 jährlichen Budgetverhandlungen unter Einbeziehung der Beschäftigten
- 163 • Abrechnung der tatsächlichen Kosten
- 164 • auch im Rahmen der Selbstkostendeckung darf es nicht zur Verschwendung von
165 Geldern der Versicherten kommen, Krankenhäuser müssen deshalb wirtschaftlich
166 handeln und sich daraufhin überprüfen lassen
- 167 • Gewinnerzielungsverbot - Krankenhäuser dürfen weder Gewinne noch Verluste
168 erzielen
- 169 • Einführung einer Bürger*innenversicherung für die gerechte Finanzierung unseres
170 Gesundheitssystems

- 171 • Krankenkassen sind nicht länger als Aktiengesellschaften organisiert
- 172 • Abschaffung der Beitragsmessungsgrenze
- 173 • Verbeitragung aller Einkünfte statt ausschließliche Verbeitragung von Einkommen
- 174 • Abschaffung von Selektivverträgen

175 **Aus aktuellem Anlass:**

176 Eine grundlegende Reform der Finanzierung im Gesundheitswesen ist längst überfällig.
177 Trotzdem hat es dieses Ziel nicht in den Koalitionsvertrag geschafft. Dort beschränkt
178 sich die Regierungskoalition aktuell ausschließlich auf das Ziel, eine Reform der
179 Finanzierung der Pädiatrie (Kinderheilkunde) und der Geburtshilfe als Teilbereich der
180 Gynäkologie vorzunehmen und die fehlende Vergütung der Vorhaltekosten in der
181 Notfallversorgung in den Blick zu nehmen. Die ersten Pläne, die zu diesem Thema
182 aktuell bekannt geworden sind, alarmieren uns. Statt die Chance zu ergreifen, diese
183 Bereiche zu Vorreitern einer grundlegenden Reform in Richtung bedarfsgerechte
184 Finanzierung durch das Selbstkostendeckungsprinzip zu machen, ist der Grundgedanke
185 der aktuellen Überlegungen weiterhin mit Hilfe von finanziellen Anreizen bestimmte
186 Qualitätskriterien zu erreichen oder die Zahl der Kliniken zu regulieren. In der
187 Stellungnahme des wissenschaftlichen Gremiums ist von „Anreizen für eine hohe
188 Versorgungsqualität und Angemessenheit, bezogen auf die regionalen Bedarfe und die
189 regionale Bevölkerung“ die Rede, die Qualität wird also als Vergütungskriterium
190 eingeführt. Mit dem Ziel zur Schließung von kleinen Abteilungen, die vermeintlich
191 nicht dem Bedarf entsprechen, statt eine Landeskrankenhausplanung zu etablieren, die
192 diese Regulierungsaufgabe der Bedarfsfeststellung übernimmt, wird dies dem Markt
193 überlassen. Weiter formuliert die Regierungskommission, dass eine Zentrumsbildung und
194 die Aufgabe kleiner Geburtshilfen mit wenigen Geburten zu forcieren seien.
195 Kurzfristig sollen pädiatrische Abteilungen jenseits der Budgetverhandlungen und der
196 DRG Pauschalen ein zusätzliches Vergütungsvolumen, das nicht leistungsabhängig
197 vergeben wird, erhalten. So sollen sie vom betriebswirtschaftlichen Druck befreit
198 werden. Für geburtshilfliche Abteilungen sollen kurzfristig ebenfalls nicht
199 leistungsabhängige zusätzliche Finanzmittel für Abteilungen, die nur eine geringe
200 Zahl an Geburten haben, aber bei ihrem Wegfall eine Versorgungslücke hinterlassen
201 würden, ergänzt werden.

202 Weil wir die Chance für einen ersten Schritt in Richtung Selbstkostendeckung im
203 Gesundheitssystem nicht verstreichen lassen dürfen fordern wir:

- 204 • Kurzfristige zusätzliche Vergütungsvolumen begrüßen wir, um die Schließung
205 weiterer pädiatrischer Abteilungen zu verhindern. Ebenso bewerten wir dies für
206 geburtshilfliche Abteilungen. Auch hier müssen die DRG unabhängigen Zuschläge
207 flächendeckend ausgezahlt werden und nicht nach dem Kriterium, nach welchem
208 Kliniken in der Vergangenheit Sicherstellungszuschläge erhalten haben.
- 209 • Mittelfristig muss die Finanzierung an die tatsächlich entstandenen Kosten
210 angepasst werden, anstatt die erbrachten Leistungen über Pauschalen zu vergüten.
211 Ziel muss eine Finanzierung ohne Anreizsetzung nach dem Prinzip der
212 Selbstkostendeckung sein.
- 213 • Das Ziel, eine qualitativ hochwertige Versorgung zu organisieren, teilen wir. In
214 Häusern, die eine gewisse Zahl an Fällen unterschreiten, kann dies
215 möglicherweise nicht gegeben sein und eine Zentrumsbildung oder Zusammenlegung

216 von Kliniken möglicherweise erforderlich werden. Eine solche Entscheidung muss
217 durch die politischen Verantwortungsträger*innen im Rahmen der Krankenhaus- oder
218 Gesundheitsplanung getroffen werden, statt durch marktförmige Organisation der
219 Gesundheitsinfrastruktur Abteilungen bis in den betriebswirtschaftlichen Ruin zu
220 führen, um so eine Schließung zu erreichen.

221 **Investitionskosten**

222 Die Krankenhausfinanzierung steht auf zwei Säulen: der Finanzierung der
223 Betriebskosten auf der Grundlage einer leistungsorientierten Berechnung der Erlöse
224 über die Diagnosis Related Groups bzw. Fallpauschalen und der
225 Investitionskostenfinanzierung durch die Bundesländer (= duale Finanzierung). Die
226 Bundesländer kommen jedoch den Verpflichtungen zur Finanzierung betriebsnotwendiger
227 Investitionskosten schon jahrzehntelang nicht im erforderlichen Umfang nach. Der
228 reale Wertverlust der Investitionsfinanzierung beträgt von 1991 bis 2020 bundesweit
229 45 %, die Kosten stiegen aber auf mehr als das Zweieinhalbfache (lt. DKG). In den
230 letzten Jahren hat sich dadurch ein Investitionsstau von ca. 30 Milliarden aufgebaut,
231 der jährlich um ca. 4-6 Milliarden ansteigt.

232 Aus diesem Grund ist es praktisch oft notwendig, nicht geleistete
233 Investitionsförderungen durch die DRGs querzufinanzieren. Die DRGs sind ohnehin kaum
234 kostendeckend. Über 60 % der Krankenhauskosten sind Personalkosten. Es ist also klar,
235 wo gespart werden muss: massive Engpässe durch Stellenabbau in der Pflege,
236 Outsourcing, sogar Krankenhausschließungen gehören dazu. Eine Alternative wäre dann
237 noch, Krankenhäuser an private Konzerne zu verkaufen, die mehr Möglichkeiten haben,
238 Verluste zu umgehen. Dieser Umstand darf nicht akzeptiert werden.

239 Gute Gesundheitsplanung und Investitionsfinanzierung sind unerlässlich. Unser Ziel
240 ist eine wirklich kostendeckende Krankenhausfinanzierung entsprechend des Grundsatzes
241 der dualen Finanzierung. Experimente wie eine monistische Finanzierung lehnen wir ab.
242 Die Investitionskostenförderung muss bedarfsgerecht erfolgen. Grundsätzlich sollten
243 Investitionen, deren Erforderlichkeit den zuständigen Landesbehörden nachvollziehbar
244 dargelegt wird, in vollem Umfang übernommen werden. Bisher wird oft - wenn überhaupt
245 - eine zu geringe Teilförderung unter Einberechnung eines Eigenanteils bewilligt. Es
246 bedarf einer Investitionskostenfinanzierung, die den jahrzehntelangen
247 Investitionsstau, sowie den aufkommenden Kosten durch Klimaanpassungen, der
248 Erreichung von Klimaneutralität, sowie Digitalisierung und Energiekostensteigerungen
249 gerecht wird.

250 Unterfinanzierung ist ein Mittel zur Marktberreinigung, aber auch Fonds und
251 Förderzahlungen, welche die hinkende Investitionsförderung kompensieren sollen,
252 verfolgen dasselbe Ziel. Ein Beispiel ist der sogenannte Krankenhaus-Strukturfonds,
253 der zum „Abbau von Überkapazitäten“ und zur „Konzentration von stationären
254 Versorgungsangeboten und Standorten“ (§ 12 KHG) ins Leben gerufen wurde. Der Bund
255 zahlt über den Gesundheitsfonds 500 Mio. Euro pro Jahr an den Strukturfonds unter der
256 Maßgabe, dass die Länder die gleiche Summe aufbringen. Was noch hinzukommt, ist ein
257 Vetorecht der gesetzlichen Krankenkassen bei der Bewilligung der Investitionsmittel.

258 Eine weitere „Alternative“ wäre die Investitionsförderung nach leistungsorientierten
259 Investitionspauschalen. Der Unterschied zur monistischen Finanzierung ist, dass diese
260 sogenannten „Invest-DRGs“ bereits auf Bundesebene ab dem Jahr 2012 beschlossen wurden
261 und nur durch ein Kontra des Bundesrats in eine mögliche Investitionsform mit

262 Wahlfreiheit für die Bundesländer umgemünzt werden konnten. Die Einbeziehung der
263 Investitionskosten in die DRGs spiegelt ähnlich - wie den DRGs innewohnend - nicht
264 den wirklichen Bedarf wider und verschärft sowohl Investitionsprobleme als auch
265 Konkurrenzdenken. Wir fordern daher deren Abschaffung.

266 Die Investitionskostenfinanzierung könnte darüber hinaus als Anknüpfungspunkt zur
267 Steuerung und zur sozialen Transformation des Gesundheitswesens dienen. Wenn
268 insbesondere Krankenhauskonzerne Gewinne erwirtschaften, muss dieser vollständig
269 refinanziert werden. Dies ist lückenlos nachzuweisen. Bei anderweitiger Verwendung
270 sollen Mittel der Investitionsförderung entsprechend verweigert werden. Langfristig
271 streben wir eine vollständige Rekommunalisierung von Kliniken an. Die Länder müssen
272 ihrer Verantwortung nachkommen und die notwendigen Investitionskosten finanzieren. Um
273 dem aktuellen Investitionsbedarf gerecht zu werden, ist eine feste Investitionsquote
274 für die Länder notwendig.

275 Daher fordern wir:

- 276 • Investitionsquote für die Länder
- 277 • vollständige Übernahme der Investitionskosten durch den Staat, keine
278 Querfinanzierung von Investitionen durch die Betriebskostenfinanzierung und
279 damit die Krankenkassenbeiträge
- 280 • nachträgliche zweckgebundenen Investitionserstattung ermöglichen
- 281 • Abkehr vom Krankenhausstrukturfonds
- 282 • Gewinnerzielungsverbot - ein Krankenhaus darf weder Gewinne noch Verluste
283 erzielen

284 **Beschäftigte**

285 Unsere aktuelle Krankenhauspolitik und die damit verbundene Finanzierung beutet
286 Fachkräfte im Gesundheitsbericht systematisch aus, um Profite zu generieren.
287 Besonders prekär betroffen sind Pflegekräfte, die Tag für Tag heillos unterbesetzt
288 Höchstleistungen erbringen müssen. Es bedarf einer tiefgreifenden Maßnahme, um die
289 Arbeit im Krankenhaus endlich menschenwürdig zu gestalten!

290 Die Abkopplung der Pflegepersonalkosten vom Fallkostenpauschalensystem war ein erster
291 Schritt in die richtige Richtung. Zuvor waren die Pflegekosten in den Fallpauschalen
292 integriert, was zur Folge hatte, dass pflegeintensive Fälle genauso wie Fälle ohne
293 hohen Pflegebedarf gleich vergütet wurden. Dies setzte einen falschen Anreiz dafür,
294 die Pflege möglichst kostengünstig zu gestalten, wodurch nicht nur die Qualität der
295 Versorgung von Patient*innen abnahm, sondern auch Pflegekräfte massiv ausgebeutet
296 wurden. Durch die Abkopplung vom Fallkostenpauschalensystem ist zwar dieser Anreiz
297 akut beseitigt, allerdings bedarf es immer noch einer wirklich bedarfsgerechten
298 Personalbemessung, durch welche die Arbeitsbedingungen von Pfleger*innen nachhaltig
299 verbessert werden.

300 Natürlich muss ein bedarfsgerechter Personalschlüssel auch in der Praxis umgesetzt
301 werden; es braucht genug Fachkräfte. Oft wird behauptet, dass der Pflegenotstand
302 zustande komme, weil zu wenige Pfleger*innen existierten; dieses Narrativ ist jedoch
303 zu kurz gegriffen. Das Problem ist nicht ausschließlich, dass es zu wenig Personal
304 gibt, sondern auch, dass zu Wenige langfristig im Beruf bleiben. Immer mehr
305 Pflegekräfte verlassen trotz einer starken Verbundenheit zum Beruf die Branche, weil

306 sie unter den gegenwärtigen Bedingungen die an sie gestellten Anforderungen nicht
307 mehr tragen können oder wollen. Um den aktuellen Pfl egenotstand zu beenden, bedarf es
308 neben einer Fachkräfteinitiative auch Entlastungsmaßnahmen, damit Pflegende
309 langfristig ihren Beruf ausüben können.

310 Beim Thema Entlastungsmaßnahmen spielen Tarifverträge und Partizipationsmöglichkeiten
311 der Beschäftigten eine entscheidende Rolle. Wenn es nach den Beschäftigten gehen
312 würde, würde es schon längst eine 25h Woche und neue Arbeitszeitmodelle geben. Die
313 Arbeitskämpfe 2022 der Beschäftigten der Universitätskliniken in NRW, aber auch die
314 vergangenen Kämpfe in Berlin der Charité und Vivantes, zeigen, dass die Beschäftigten
315 nicht länger die aktuellen Bedingungen für Personal und Patient*innen in
316 Krankenhäusern akzeptieren wollen.

317 Die Streikenden des „Notruf NRW“ forderten dabei nicht nur einen
318 Entlastungstarifvertrag für Pflegende, sondern für nahezu alle Berufsgruppen und
319 Arbeitsbereiche der Kliniken. Denn viel zu oft werden in Debatten um Beschäftigte im
320 Gesundheitswesen bestimmte Beschäftigtengruppen vergessen. Nicht nur Pflegepersonal,
321 sondern auch das Reinigungs- oder Servicepersonal ist überlastet und wird trotz ihrer
322 elementaren Rolle für das Funktionieren eines Krankenhauses wenig gesellschaftlich
323 wertgeschätzt.

324 Obwohl die Beschäftigten, allen voran das Pflegepersonal, unser Gesundheitssystem
325 tragen, sind ihre Perspektive, ihre Überbelastung und ihre Bedürfnisse nicht
326 maßgeblich im öffentlichen Diskurs präsent. Während zu Beginn der Corona-Pandemie das
327 Thema Pflege omnipräsent war und viele ihre Dankbarkeit durch Klatschen am Fenster
328 zeigten, schafften es die Arbeitskämpfe selten bis gar nicht, eine große Mediale
329 Aufmerksamkeit zu erreichen. Und das, obwohl gerade diese Arbeitskämpfe die
330 Aufmerksamkeit verdient hätten, denn „Klatschen reicht nicht!“

331 Wir fordern also

- 332 • eine evidenzbasierte bedarfsgerechte Personalbemessung für Pflegekräfte
- 333 • sofortige Umsetzung des PPR 2.0 zur Personalbedarfsermittlung
- 334 • Personalbemessung/bedarfsermittlung für alle Berufsgruppen
- 335 • eine Fachkräfteinitiative und Entlastungsmaßnahmen beispielsweise durch
336 Entlastungstarifverträge für verschiedenste Berufsgruppen im Krankenhauskontext
- 337 • mehr Berichterstattung über den Pfl egenotstand und die Krankenhausbewegungen
- 338 • TVöD für alle Berufsgruppen
- 339 • Beendigung des Outsourcings von bestimmten Aufgaben
- 340 • Trennung von Personal- und Sachkosten
- 341 • Förderung von Ausbildungszentren und Ausbildungsvergütung in der Pflege & in
342 Therapieberufen durch den Bund
- 343 • Investition in (Teil-)Akademisierung der Pflegeberufe

Antrag P02: Das Gebären den Gebärenden, nicht Patriarchat und Kapitalismus!

Antragsteller*in:	Jusos Berlin
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Der Beruf der Hebamme ist einer der ältesten „Frauenberufe“ der Welt. Trotz der
2 elementaren Bedeutung dieses Berufs für die Gesellschaft haben Hebammen mit vielen
3 Ungerechtigkeiten zu kämpfen: Sie werden zum Beispiel vergleichsweise niedrig
4 vergütet trotz ihrer hohen Verantwortung für die Gebärenden und die Kinder. Hebammen
5 fehlt es auch an Entscheidungsmacht während des Geburtsprozesses, da sie in Kliniken
6 in der Hierarchie weit unter den Ärzt*innen angesiedelt sind. So dürfen sie viele
7 Entscheidungen nicht selbstständig treffen, obwohl sie die Kompetenz dazu hätten, und
8 müssen Ärzt*innen konsultieren. Meistens sind Hebammen für mehrere Geburten
9 gleichzeitig verantwortlich und können dadurch keine persönliche und zeitintensive
10 Betreuung garantieren, die während der Geburt so wichtig wäre. Diese Faktoren stellen
11 alle einzeln, aber vor allem gemeinsam, eine enorme Belastung dar, die zu Burn-Out
12 führen kann. Viele Hebammen erwägen, den Beruf ganz hinter sich zu lassen. In
13 Deutschland herrscht bereits ein Hebammennotstand und Gebärende müssen um eine
14 Betreuung bangen.

15 Ohne eine gerechte Behandlung von Hebammen und eine armutssichere Bezahlung kann
16 keine professionelle und selbstbestimmte Geburt gewährleistet werden.

17 Ohne gute Arbeitsbedingungen für Hebammen kein selbstbestimmtes Gebären

18 Gebärende sollen selber entscheiden können, wie und wo sie gebären wollen.
19 Selbstbestimmung im Geburtsprozess ist essentiell für einen gesunden und angenehmen
20 Geburtsprozess und die Beziehung von Eltern und Kind. Diese Selbstbestimmung
21 scheitert häufig schon an der Wahl des Geburtsorts. Theoretisch ist es das Recht der
22 Gebärenden zu entscheiden, wo das Kind zur Welt kommen soll; praktisch ist dies dank
23 Hebammennotstand häufig nicht möglich. Es gibt schlicht nicht überall genügend
24 Hebammen, um schwangere Menschen vor Ort zu betreuen. Diese Notlage wird vor allem
25 dadurch verschärft, dass ein Großteil der Hebammen ihren Beruf aufgrund der hohen
26 Belastungen nicht in Vollzeit ausüben kann. Dabei ist dieses Problem auf keinen Fall
27 nur eines im ländlichen Raum: Im bundesweiten Vergleich befindet sich Berlin auf dem
28 vorletzten Platz, was die Verfügbarkeit einer Hebamme für das Wochenbett - also die
29 Betreuung der Eltern durch die Hebamme während der ersten Wochen nach Geburt -
30 angeht. Junge Eltern profitieren daher zu häufig nicht von der Expertise, die
31 Hebammen ihnen bieten könnten.

32 Eine flächendeckend und ausreichend verfügbare Betreuung ist wichtig, damit werdende
33 Eltern mit der Verantwortung wichtiger Entscheidungen bezüglich des Geburtsprozesses
34 nicht alleine gelassen werden. Denn eine rein informative Aufklärung reicht oftmals
35 nicht aus; geburtsmedizinische Entscheidungen müssen von Fachpersonal begleitet
36 werden. Dafür braucht es eine funktionierende und vertrauensvolle Care-Beziehung
37 zwischen werdenden Eltern und Hebamme. Das ökonomisierte Geburtshilfesystem
38 verhindert oft flächendeckende Möglichkeiten funktionierender Care-Beziehungen. Daher

39 ist es dringend nötig, dass sich die Arbeitsbedingungen für Hebammen verbessern,
40 damit alle Personen so gebären können, wie sie wollen.

41 Akademisierung des Hebammenberufs

42 Mit dem 2020 beschlossenen Hebammengesetz, das einer EU-Richtlinie zur Angleichung
43 der Standards der Geburtshilfe in Europa folgt, wird der Hebammenberuf bis 2027
44 vollständig akademisiert sein. Angehende Hebammen müssen daher von nun an zur
45 Berufsvorbereitung ein Studium der Geburtshilfe abschließen. Wir unterstützen diese
46 Entwicklung. Die Vorteile der Akademisierung liegen hierbei in der Aufwertung des
47 Hebammenberufs, einem bundesweit einheitlichen Lehrplan und die damit einhergehende
48 überall gleichwertige Wissensvermittlung und einer Berufsausbildung auf höchstem
49 Niveau. Außerdem befähigt eine akademische Ausbildung Hebammen dazu, selbst
50 akademisch tätig zu werden.

51 In der Akademisierung der Geburtshilfe liegt daher die große Chance, Abläufe und
52 Probleme des Berufs in einem institutionellen Rahmen aus der Perspektive der Hebammen
53 zu analysieren und dadurch aktiv auf die Verbesserung der Geburtserfahrung von innen
54 heraus hinzuwirken. Wir fordern in diesem Kontext vor allem Studien in Bezug auf
55 Rassismus während der Geburt und den Umgang mit BIPOC-Gebärenden, sowie alternative
56 Geburtsabläufe.

57 Verbesserung der Qualität der Ausbildung:

58 Gute Arbeit kann nur gelingen mit einer guten Ausbildung. Momentan sind die meisten
59 Kreißsäle so knapp besetzt, dass Studierende der Geburtshilfe während ihrer
60 Praxiseinsätze nicht adäquat betreut und angeleitet werden können. Um eine gute
61 Qualität der Ausbildung von Hebammen bzw. des praktischen Teils des Studiums zu
62 garantieren, muss daher dafür gesorgt werden, dass flächendeckend ausreichend
63 Praxisanleiter*innen in Kreißsälen zur Verfügung stehen. Wir fordern diesbezüglich
64 die Schaffung von finanziellen Anreizen und niedrigschwellige Fortbildungen.

65 Folgen aus der Akademisierung auf die Arbeitsrealität der Hebammen:

66 Aus der Akademisierung des Hebammenberufs kann sich konkret die Gesundheit aller
67 Gebärenden verbessern: Durch fehlende Forschung müssen sich Hebammen in manchen
68 Fällen auf ihr (oftmals richtiges) Bauchgefühl verlassen. Durch Forschung könnten
69 sich Hebammen auf konkretes evidenzbasiertes Wissen stützen und demnach handeln. Dies
70 führt auch zu einer Aufwertung des Hebammenberufs, da sich Hebammen auf ihre
71 wissenschaftliche Ausbildung berufen können und so korrekterweise auf eine Stufe mit
72 den anderen Berufsständen (insbesondere Ärzt*innen) in Kliniken gestellt werden. Die
73 Entscheidungsverantwortung von Hebammen sollte so auch gestärkt werden, was
74 Handlungsabläufe während des Geburtsprozess langfristig vereinfachen würde.

75 Wir fordern daher mehr Kompetenzen und mehr Entscheidungsverantwortung für Hebammen.
76 Dies muss mit mehr Unterstützung für Hebammen einhergehen: Mehr Verantwortungslast
77 bedeutet auch, dass mehr Assistenz im Kreißsaal notwendig ist, um die Hebammen zu
78 entlasten. Wir fordern daher mehr assistierendes Personal im Kreißsaal wie
79 administrative Hilfskräfte oder Reinigungspersonal.

80 Erwerb des nachträglichen Bachelorabschlusses

81 Während wir die Akademisierung der Hebammenausbildung begrüßen, geht daraus die
82 Gefahr einer Spaltung des Berufs hervor. Ungleichheiten darf es innerhalb des

83 Berufszweiges auf keinen Fall geben; eine Zwei-Klassen-Gesellschaft unter studierten
84 und ausgebildeten Hebammen ist nicht akzeptabel. Unterschiedliche Bezahlungsstandards
85 darf es unter keinen Umständen geben, auch die Flexibilität und Mobilität, die der
86 standardisierte Abschluss bietet, muss allen Hebammen zugutekommen.

87 Um der Entstehung von Ungleichheiten zwischen verschiedenen Generationen an Hebammen
88 entgegenzuwirken, braucht es daher flächendeckend Angebote für ausgebildete Hebammen,
89 um nachträglich einen Bachelorabschluss zu erwerben.

90 Wir fordern daher ein Modell der Weiterbildung und der nachträglichen Aneignung des
91 Bachelorabschlusses für bereits etablierte Hebammen wie das Hochschulsystem in der
92 Schweiz es vorsieht: Der nachträgliche Erwerb eines akademischen Abschlusses ist für
93 Hebammen in der Schweiz seit 2009 möglich. Um sich für den nachträglichen
94 Bachelorabschluss zu qualifizieren, müssen schweizerische ausgebildete Hebammen
95 mindestens zwei Jahre Berufspraxis vorweisen können. Zudem müssen sie ein Nachdiplom
96 im Umfang von zehn ECTS an einer Hochschule erwerben.

97 Angelehnt an dieses System fordern wir für die Bundesrepublik eine Regelung zum
98 niedrigschwelligen Erwerb des nachträglichen Bachelorabschlusses. Ausgebildete
99 Hebammen mit mindestens zwei Jahren Berufserfahrung sollen demnach nach dem Bestehen
100 von Modulen aus dem Komplex des wissenschaftlichen Arbeitens im Umfang von mindestens
101 zehn ECTS an einer staatlich anerkannten Hochschule den Bachelorabschluss
102 nachträglich erreichen.

103 Ökonomisierung der Geburtshilfe: Das DRG-System muss weg

104 Deutsche Kliniken rechnen über das Diagnosis-Related-Groups-System (DRG) ab. Dabei
105 werden Patient*innen nach bestimmten Parametern (u. a. Diagnose, Prozeduren, Alter,
106 Geschlecht, Verweildauer, Entlassungsart) in diagnosebezogene Fallgruppen eingeteilt.
107 Die Klinik erhält dann pro Patient*in eine bestimmte begrenzte Fallpauschale.
108 Besonders lohnend ist es hierbei für Kliniken möglichst viele Fälle abzurechnen, bei
109 denen möglichst viele Interventionen vom Klinikpersonal durchgeführt wurden (z. B.
110 Ultraschall, Röntgen, Verabreichung von Medizin, operative Eingriffe).

111 Geburten, die mit wenig Eingreifen der Hebammen (d. h. interventionsarm) und über
112 einen längeren Zeitraum hinweg stattfinden, sind hierbei ein Minusgeschäft. Das
113 Fallpauschalensystem setzt Hebammen unter Druck, möglichst viele Geburten in
114 möglichst kurzer Zeit durchzuführen. Anstatt den natürlichen Prozessen einer Geburt
115 Zeit zu geben, werden so Interventionen während der Geburt gefördert und öfter als
116 notwendig eingesetzt, weil sie die Dauer der einzelnen Geburt verkürzen sollen und
117 die Fallpauschale erhöhen. Zu diesen Interventionen gehören z. B. die künstliche
118 Einleitung der Geburt, die Verabreichung von wehenfördernden oder schmerzlindernden
119 Mitteln, vaginaloperativen Geburtsbeendigungen und Kaiserschnitte, die sich häufig in
120 Form von Interventionskaskaden wechselseitig bedingen und jeweils weitere
121 Interventionen nach sich ziehen.

122 Das hat neben dem immensen Druck für die Hebammen auch zur Folge, dass Gebärende
123 während der Geburt verstärktem Stress ausgesetzt sind, oft das Gefühl haben nicht
124 selbstbestimmt gebären zu können und Gewalterfahrungen unter der Geburt erleiden.

125 Geburten, die kapitalistischen Effizienzansprüchen genügen müssen, sind zutiefst
126 unwürdig für Gebärende und Hebammen und haben z. T. verheerende mentale wie physische
127 Folgen für Gebärende und sind damit nicht tolerierbar.

128 Das DRG- bzw. Fallpauschalensystem muss abgeschafft werden. Stattdessen muss eine
129 Krankenhausfinanzierung eingeführt werden, die bedarfs- und qualitätsorientiert ist.
130 Das neue System muss die individuelle Berechnung der erbrachten Leistungen und des
131 zeitlichen Aufwands ermöglichen, damit auch zeitintensive Tätigkeiten, wie
132 interventionsarme Geburten, entsprechend vergütet werden können.
133 Gesundheitsversorgung gehört in die öffentliche Hand. Krankenhäuser sollten staatlich
134 statt privat und profitorientiert betrieben werden.

135 Haftpflichtproblematik

136 Alle Tätigkeiten, die Hebammen durchführen, müssen versichert sein, denn sollten
137 während der Geburt Fehler passieren und Gebärende oder Babys zu Schaden kommen,
138 müssen deren Nachbehandlungen bezahlt werden. Das sind Kosten, die eine Hebamme
139 selbst nicht stemmen kann. Eine Haftpflichtversicherung ist daher zwingend
140 erforderlich. Durch die Nachhaftung, die noch bis zu 30 Jahre nach der
141 stattgefundenen Geburt greift, benötigen sie einen Versicherungsschutz, der jeden
142 möglichen Geburtsschaden abdeckt. Durch die lange Verjährungsfrist kann es passieren,
143 dass die Hebamme erst im Rentenalter davon betroffen ist. Dadurch entsteht eine
144 unkalkulierbare Kostensituation. Während angestellte Hebammen im Regelfall über ihr
145 Arbeitsstelle versichert sind, müssen freiberufliche Hebammen diese Versicherung
146 selbst organisieren.

147 Nachdem Deutschlands freiberufliche Hebammen jahrelang unter den rapide steigenden
148 Versicherungssummen gelitten und eine politische Lösung gefordert haben, wurde durch
149 eine Gruppenversicherung Abhilfe geschaffen. Der Gruppenversicherungsvertrag zwischen
150 dem Deutschen Hebammenverband (DHV) und dem auf dem Markt verfügbaren
151 Versicherungskonsortium wurde kürzlich bis 2024 verlängert. Die Deckungssumme der
152 Gruppenversicherung wurde 2020 zudem mit Blick auf die steigenden Kosten bei schweren
153 Geburtsschäden auf 12,5 Millionen Euro angehoben.

154 Gruppenversicherung:

155 Die Gruppenversicherung beschreibt eine Art der Versicherung, bei der eine Gruppe von
156 Personen gemeinsam einen Versicherungsvertrag gegen ein bestimmtes Risiko abschließt.
157 Freiberufliche Hebammen sind so über den DHV gegen Geburtsfehler und -schäden
158 versichert.

159 Ein großer Vorteil der Gruppenversicherungen ist, dass Hebammen nun nicht mehr selbst
160 haften, sondern über den Verband abgesichert sind. Finanzielle Entlastung bringt
161 diese Regelung allerdings nur bedingt.

162 Sicherstellungszuschlag:

163 Was jedoch eine echte Erleichterung der finanziellen Lage freiberuflicher Hebammen
164 mit sich bringt, ist der Sicherstellungszuschlag. So erhalten Hebammen, die die
165 notwendigen Qualitätsanforderungen erfüllen, auf Antrag einen Sicherstellungszuschlag
166 ausgezahlt, der die Last der Haftpflichtversicherung lindern soll. Die
167 Qualitätsanforderungen sehen hierbei vor, dass Hebammen jährlich mindestens vier
168 Geburten betreuen; die Anforderungen sind also niedrigschwellig gehalten.

169 Etablierte Hebammen sind somit in großen Teilen von der finanziellen Last der
170 Haftpflichtversicherung befreit; nur für Berufseinsteiger*innen stellt diese
171 weiterhin ein Problem da, denn der Sicherstellungszuschlag kann nach frühestens sechs
172 Monaten beantragt werden. Den Versicherungsbeitrag für die ersten sechs Monate der

173 Arbeitszeit, welcher gut und gerne mehrere tausend Euro beträgt, muss die junge
174 Hebamme selbst vorstrecken, was weiterhin eine Hürde darstellt. Hier besteht
175 Nachbesserungsbedarf.

176 Auch die Abzüge, die Krankenkassen vom Sicherstellungszuschlag einziehen können,
177 stellen weiterhin ein Problem da. Die Differenz zwischen dem ausbezahlten
178 Sicherstellungszuschlag und der realen Haftpflichtprämie müssen freiberufliche
179 Hebammen aus eigener Tasche zahlen.

180 Es bedarf daher einer Entbürokratisierung des Sicherstellungszuschlags, um vor allem
181 berufseinsteigende Hebammen zu entlasten, sowie einer staatlichen Kostenübernahme der
182 Differenz zwischen dem ausgezahlten Sicherstellungszuschlag und der tatsächlichen
183 Haftpflichtprämie. Geburtshilfe darf kein finanzielles Risiko für Hebammen sein!

184 Arbeitslast der Hebammen

185 Die Betreuung, die Hebammen in Versorgungseinrichtungen leisten, ist äußerst
186 anspruchsvoll. In Deutschland ist es gängige Praxis, dass Hebammen mehrere Gebärende
187 gleichzeitig bei der Geburt betreuen müssen. Dies ist mit hohem mentalen und
188 physischen Stress verbunden. Nicht nur für die Hebammen, sondern ebenfalls für die
189 Gebärenden. Die Zielsetzung, während des gesamten Geburtsprozesses eine Hebamme an
190 der Seite zu haben, ist im Alltag allzu oft nicht realistisch. Eine deutschlandweite
191 Umfrage aus dem Jahr 2015 ergab, dass fast die Hälfte der 1700 befragten Hebammen
192 sich um drei (!) Geburten gleichzeitig kümmert. Aktuellere Zahlen aus dem Jahr 2017
193 liegen für Sachsen vor. Danach können 17,5 % der Hebammen tatsächlich eine Eins-zu-
194 Eins-Betreuung gewährleisten, während mehr als 50 % mindestens zwei Geburten
195 gleichzeitig betreuen müssen.

196 Der Hebammenmangel in Kliniken wurde bereits vor vielen Jahren von den
197 Hebammenverbänden angeprangert und macht sich jetzt verstärkt bemerkbar. Um diesen
198 Mangel zu beheben, ist es erforderlich die Arbeitsbelastung der Hebammen zu
199 reduzieren, sodass der Beruf attraktiv ist und auch bleibt.

200 Für Gebärende ist die Geburt ein prägendes Erlebnis. Eine bestmögliche Betreuung vor,
201 während und nach der Geburt kann nur durch nicht überlastete Hebammen erreicht
202 werden. Dies steht im Interesse aller beteiligten Personen.

203 Der Koalitionsvertrag sieht eine Eins-zu-Eins-Betreuung während der Geburt vor. Wir
204 fordern die rasche Umsetzung. Dies ist bei weitem kein utopisches Ziel. Das
205 Vereinigte Königreich hat beispielsweise eine Eins-zu-Eins-Betreuung gesetzlich
206 verankert und ihre Geburtshilfe darauf ausgerichtet. Hierfür muss es eine
207 Refinanzierung der Kosten bis zu einer Erreichung des Eins-zu-Eins-Ziels geben.
208 Konkret, ist es erforderlich, dass die Kosten für die Aufstockung erforderlicher
209 Voll- und Teilzeit-Beschäftigter vom Bund getragen werden.

210 Zusätzlich zu der Umsetzung der Eins-zu-Eins-Betreuung müssen die Daten über die
211 aktuell existierenden Betreuungsschlüssel durch die Versorgungsunternehmen
212 transparent gemacht werden. Dies führt zu einem Informationsgewinn für Hebammen und
213 gibt somit eine weitere Argumentationsgrundlage für die Verbesserung der
214 existierenden Arbeitsbedingungen. Zusätzlich gibt es den Versorgungsunternehmen
215 selbst Transparenz über die eigene Situation in den Kreißsälen.

216 Diese Forderung ist ein Schritt in die Richtung der Verbesserung der
217 Arbeitsbedingungen der Hebammen und der Verbesserung der Geburten. Langfristig ist

218 eine Neuausrichtung des Gesundheitssystems erforderlich.

219 Forderungen

220 Die aktuellen Probleme für Hebammen sind groß, die Corona-Situation hat dies noch
221 einmal deutlich vor Augen geführt. Die Zukunft muss den Hebammen die Möglichkeit
222 geben, ihren gewählten Beruf ausüben zu können, ohne Existenzängste zu haben oder
223 mentale oder physische Belastungen zu verspüren. Ihre Kompetenzen liegen in der
224 Begleitung Gebärender vor, während und nach der Geburt und die Ausübung dessen muss
225 ermöglicht werden.

226 Daher fordern wir konkret:

- 227 • Hebammengeleitete Studien zur Verbesserung der Geburtserfahrung
- 228 • Eine stärkere Förderung von Praxisanleiter*innen in Kreißsälen
- 229 • Das niedrigschwellige Angebot zum Erwerb eines nachträglichen
230 Bachelorabschlusses
- 231 • Die Abschaffung des DRG- bzw. Fallpauschalensystems und Einführung einer
232 Krankenhausfinanzierung, die bedarfs- und qualitätsorientiert ist
- 233 • Maßnahmen zur Transparenz über aktuelle Betreuungsschlüssel in Kreißsälen
- 234 • Die Entbürokratisierung des Sicherstellungszuschlags
- 235 • Eine Verminderung der Arbeitslast von Hebammen, v. a. durch eine flächendeckende
236 Aufstockung an Stellen und durch eine verstärkte Förderung von Hilfspersonal in
237 Kreißsälen
- 238 • Die Eins-zu-Eins Betreuung für jede Geburt

Antrag P03: Regelungen zur künstlichen Befruchtung ins 21. Jahrhundert holen

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Es ist zu prüfen, ob die vollständige Kostenübernahme aller Behandlungen zur
- 2 künstlichen Befruchtung durch die gesetzlichen Krankenkassen, sofern diese für
- 3 medizinisch notwendig erachtet werden, vorgenommen werden kann.
- 4 Es soll der uneingeschränkte Zugang eines gebärfähigen Menschen zu allen
- 5 Behandlungsschritten der künstlichen Befruchtung, unabhängig von Beziehungsstatus,
- 6 Alter oder Familienstand ermöglicht werden. Alleine die ärztliche Einschätzung sollte
- 7 hier eine Rolle spielen. Gleichzeitig soll die Beschränkung der höchsten übernommenen
- 8 Versuche künstlicher Befruchtungen aufgehoben werden, und auch hier durch eine
- 9 ärztliche Einschätzung der individuellen Chancen und Risiken ersetzt werden.
- 10 Voraussetzung hierfür ist ein ärztliches Beratungsgespräch, um über die Risiken und
- 11 Verantwortungen aufzuklären.

Begründung

Dank der verschiedenen Techniken der künstlichen Befruchtung ist es möglich, Paaren ihren unerfüllten Kinderwunsch zu ermöglichen. Diesem Prozess geht oftmals eine lange Phase aus Frustration, Versagensängsten oder Schamgefühl voraus, die viele Paare an die Grenzen ihrer Belastbarkeit bringt. Eine künstliche Befruchtung ist für die Betroffenen die einzige Chance, ein eigenes Kind auf die Welt zu bringen. Gleichzeitig ist der Eingriff mit Kosten von mehreren tausend Euro sehr teuer, sodass die meisten auf Unterstützung durch ihre Krankenkassen angewiesen sind. Die gesetzlichen Krankenkassen tragen aber oftmals nur 50% der Kosten, sodass es sich Menschen aus weniger wohlhabenden Verhältnissen eventuell schlicht nicht leisten können, ein Kind zu zeugen. Außerdem wird die Behandlung von GKVen nur unterstützt, sofern das betroffene Paar verheiratet ist. Die aktuelle Gesetzgebung sorgt damit dafür, dass nicht alle Personen gleichermaßen Zugang zu der Behandlung für eine künstliche Befruchtung erhalten. Klar ist: Eine künstliche Befruchtung darf keine Frage des Geldbeutels sein und eine Heirat ist kein Maßstab dafür, wie geeignet ein Paar ist, ein gemeinsames Kind zu bekommen.

Antrag P04: Sexuelle Gesundheit in Deutschland sicherstellen

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Sexuell übertragbare Krankheiten können, wenn sie unerkannt bleiben, schwerwiegende
- 2 Folgen haben. Um diese Folgen zu vermindern, zur Entstigmatisierung rund um
- 3 Geschlechtskrankheiten beizutragen und Ansteckungsraten zu vermindern fordern wir:
- 4 Die Einrichtung kostenfreier, einfach zugänglicher Testmöglichkeiten (z.B. in
- 5 Krankenhäusern und Fachärzt*innenpraxen) für den Test auf sexuell übertragbare
- 6 Krankheiten (Geschlechtskrankheiten). Die vereinfachte Kostenübernahme dieser Tests,
- 7 auch bei Personen ohne Krankenversicherung.

Begründung

Öffentlichkeitskampagnen sind nicht genug: Um Menschen vor sexuell übertragbaren Krankheiten zu schützen und um Ansteckungen zu verhindern ist es vor allem wichtig herauszufinden, welche Krankheiten eine Person hat. In der Praxis ist es jedoch in Deutschland sehr schwer, Tests auf sexuell übertragbare Krankheiten durch einen*eine Arzt*Ärztin zu bekommen. Im Zweifel müssen Tests selbst bezahlt werden, und sind mit Stigmatisierung sowohl bei den Ärzt*innen als auch im sozialen Umfeld verbunden. All dies hat überproportionale Auswirkungen auf Menschen aus weniger wohlhabenden Umfeldern. So sind beispielsweise Chlamydien besonders unter jungen Menschen in Deutschland ein großes Problem. Tests werden durch die Krankenkasse jedoch nur bezahlt, wenn es bereits Anzeichen für eine Infektion gibt, auch wenn Infektionen häufig erst nach langer Infektionszeit Symptome hervorrufen, und ohne eine Behandlung langfristige und schwerwiegende Folgen haben können. Gerade für junge Menschen ist es wichtig, einfach zugängliche Tests anzubieten, so dass weitere Ansteckungen verhindert werden, und Spätfolgen, beispielsweise Unfruchtbarkeit, verhindert werden können. Auf diese Weise könnten auch HPV-Viren bei Männern* entdeckt werden, um die weitere Ausbreitung der Viren zu vermindern.

Sexuell übertragbare Krankheiten sind bei Früherkennung behandelbar. Selbst HIV kann bei früher Entdeckung durch heutige Medikamente so unterdrückt werden, dass Schwangerschaft und Geburt kein Risiko für das ungeborene Kind mehr darstellen, und sogar eine Übertragung an Geschlechtspartner*innen fast unmöglich wird. Die Fortschritte der Medizin sind jedoch nur anwendbar, wenn die Krankheiten auch früh genug erkannt werden. Dazu wären Kliniken, in denen kostenfrei und diskret auf sexuelle Krankheiten getestet wird, auch in Fällen, in denen keine Krankenversicherung vorliegt, ein enorm wichtiger Schritt. In einem wohlhabenden Land wie Deutschland muss es möglich sein, diese Krankheiten frühzeitig zu erkennen und zu behandeln, um Menschen vor vermeidbaren Spätfolgen, vor Ansteckung und vor Übertragung zu schützen. Darüber hinaus wäre hier die Möglichkeit gegeben, Stigmata rund um diese Krankheiten abzubauen, und insbesondere junge Menschen über sicheren Geschlechtsverkehr aufzuklären.

In den vorgeschlagenen Kliniken soll auch ohne Indikation einer vorliegenden Infektion auf die häufigsten Geschlechtskrankheiten (HIV, Syphilis, Chlamydien, HPV, etc.) getestet werden. Ergebnisse sollen diskret, beispielsweise telefonisch, mitgeteilt werden. In anderen Ländern (bspw. Großbritannien) wird dies bereits praktiziert.

Antrag P05: We don't want no trauma - Gegen rassistische Diskriminierung im Gesundheitswesen

Antragsteller*in:	Jusos Nordrhein-Westfalen
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Es ist schon lange kein Geheimnis mehr, dass wir in einer inhärent rassistischen
2 Gesellschaft leben, der weiße, heteronormative und vor allem patriarchale Strukturen
3 zu Grunde liegen. Somit dürfte es nicht überraschend sein, dass auch Anti-Schwarzer
4 Rassismus in allen gesellschaftlichen Bereichen eine große Rolle spielt. Koloniale
5 Stereotype, welche nie wirklich aufgearbeitet wurden, ziehen nach wie vor ihre Kreise
6 und fallen wieder vermehrt auf fruchtbaren Boden. So bildet auch das
7 Gesundheitssystem in Deutschland keine Ausnahme, sondern reproduziert und begünstigt
8 eben diese Stereotype und Rassismen. Dieser Zustand wirkt sich darauf aus, wie und ob
9 Schwarze eine medizinische Versorgung erhalten. Die Probleme, denen afrikanische,
10 schwarze und afrodiasporische Personen hier ausgesetzt sind, sind vielseitig und
11 wurden im „Afrozensus“ von 2020 erfasst. Es zeichnet sich ein erschreckendes Bild,
12 welches von Erfahrungen mit offenem Rassismus, bis hin zu falscher Diagnostik
13 aufgrund von Unwissenheit des medizinischen Personals reicht. 98% der Befragten des
14 Afrozensus gehen deshalb davon aus, dass es zu Rassismus im Gesundheitswesen kommt.
15 Eine umfassende und angemessene medizinische Versorgung ist ein unumstößliches
16 Menschenrecht. Für uns Jusos als ein linker Richtungsverband ist es unerlässlich,
17 dass wir uns diesen Zuständen stellen und unseren Beitrag dazu leisten, dass die
18 rassistischen Gesellschaftsstrukturen endlich aufgebrochen werden und dieses Recht
19 für alle gewährleistet werden kann.

20 Gerechte und angemessene Versorgung sollte kein weißes Privileg 21 sein

22 Die Probleme beginnen schon bei den Versorgungsstrukturen. Wer erhält in Deutschland
23 eine angemessene medizinische Versorgung? Die Realität ist, dass weiße Menschen in
24 vielen Fällen sehr viel einfacher an die notwendigen Behandlungen herankommen. Dieser
25 Zugang wird schwarzen Menschen durch „Othering-Prozesse“ in der Behandlung erschwert.
26 Diese rassistischen Denk- und Verhaltensmuster von Ärzt*innen und medizinischem
27 Personal tragen dazu bei, dass schwarze Menschen beispielsweise nicht ernstgenommen
28 werden, oder nicht die Geduld vorliegt, sich mit ihnen eingehend zu befassen. Das hat
29 unter anderem starken Einfluss auf das medizinische Vermittlungsverfahren und ob es
30 überhaupt stattfindet. Es lässt sich also sagen, dass durch diesen Umstand eine
31 medizinische Versorgung nicht nur beeinträchtigt, sondern teilweise auch verhindert
32 wird. Ein Faktor, der diesen Missstand zusätzlich beeinflusst, sind Sprachbarrieren
33 während der Behandlung. 13% der Befragten im Afrozensus gaben hier an, dass schlechte
34 bis nicht vorhandene Deutschkenntnisse ein erheblicher Faktor für Diskriminierung bei
35 ärztlichen Untersuchungen sind. Das führt dazu, dass keine ausreichende Aufklärung
36 über den Gesundheitszustand, weitergehende Behandlungen und mögliche Komplikationen
37 erfolgen kann. Damit ist eines der Schlüsselemente ärztlicher Behandlung nicht

38 möglich, was eine Verbesserung von Krankheitsbildern durch angemessene Therapie
39 erschwert, wenn nicht sogar schier unmöglich macht. Erschwerend hinzu kommt die
40 Tatsache, dass medizinisches Personal, sowie Ärzt*innen überlastet sind und oft unter
41 unzureichenden Bedingungen arbeiten. Selbst, wenn also der Wunsch seitens der
42 behandelnden Person besteht, sich antirassistisch fortzubilden, oder sich viel Zeit
43 für schwarze Patient*innen mit schlechten Deutschkenntnissen zu nehmen, lässt der
44 durchökonomisierte Krankenhausalltag es oft nicht zu. Als Jusos setzen wir uns gegen
45 die „unsichtbare Hand des Marktes“ in der Gesundheitsversorgung ein und verurteilen
46 die kapitalistische Marktlogik, die es schwarzen Menschen zusätzlich erschwert eine
47 gute Behandlung zu erhalten.

48 **Die Diagnose lautet Rassismus!**

49 Ebenso untragbare Zustände wie bei den Versorgungsstrukturen offenbaren sich, wenn
50 man sich näher mit Rassismus in der medizinischen Diagnostik befasst. Im Afrozensus
51 geben 66,7% der Befragten an, dass Ärzt*innen ihre Beschwerden nicht ernst nehmen
52 würden. Dies ist eine direkte Folge der kolonial geprägten Annahme, dass schwarze
53 Menschen von Natur aus stärker, widerstandsfähiger und belastbarer seien. Deswegen
54 wird in der Medizin auch oft davon ausgegangen, dass auftretende Schmerzen bei
55 Schwarzen weniger stark sind als geschildert. Dafür gibt es sogar die medizinische
56 Bezeichnung des „Mittelmeersyndroms“, welche benutzt wird, wenn Ärzt*innen davon
57 ausgehen, dass die Schmerzartikulation schwarzer Patient*innen übertrieben, oder
58 nicht angemessen wäre. Dieses rassistische Bias führt in vielen Fällen zu einer
59 verzögerten Diagnostik und erschwert somit weitere und vor allem rechtzeitige
60 Behandlungen. Eine weitere Problematik ergibt sich aus dem Umstand, dass viele
61 Krankheiten bei Schwarzen, wenn überhaupt, nicht so schnell wie bei Weißen erkannt
62 werden. Ein konkretes Beispiel stellen hier dermatologische Erkrankungen wie
63 Hautkrebs dar. Im Studium der Medizin, sowie in weiteren medizinischen Ausbildungen
64 zeigen die verwendeten Schaubilder meist nur weiße Menschen. Dies führt dazu, dass
65 Anzeichen für Hauterkrankungen bei schwarzen Personen seltener erkannt werden. Aber
66 auch „Race-Korrekturen“ sind mehr als nur problematisch. Hier wird eine Trennung
67 zwischen „Kaukasier*innen“ (Menschen mit heller Haut) und anderen vorgenommen. Dies
68 impliziert nicht nur die Existenz verschiedener menschlicher Rassen, was schon an
69 sich zutiefst rassistisch ist, sondern führt auch zu Fehleinschätzungen, da nicht
70 vorhandene Unterschiede zwischen Organfunktionen von Patient*innen mit verschiedenen
71 Hautfarben konstruiert werden. So werden beispielsweise Dialysen bei schwarzen
72 Menschen in häufigen Fällen zu spät verordnet. Darüber hinaus spielt auch
73 Exotisierung eine fatale Rolle. Bei der Behandlung von Schwarzen Kindern liegt der
74 Fokus oft auf ihrer „Niedlichkeit“ und weniger auf den zu untersuchenden
75 Problematiken. Diese Exotisierung geht sogar so weit, dass bei Kindern oft
76 Bluterkrankungen nicht wahrgenommen werden, weil blaue Flecken und Blutgerinnsel oft
77 als Zeichen für häusliche Gewalt eingeordnet werden, bevor eine medizinische Ursache
78 in Betracht gezogen wird. Die zutiefst rassistischen Wirkweisen in der medizinischen
79 Diagnostik sind auf das Schwerste zu verurteilen und ihnen muss mit Prävention und
80 Bildung entgegengewirkt werden.

81 **Forschung so divers wie wir – Maßstäbe in der medizinischen**

82 **Forschung neu denken**

83 Deutlich wird: Die Ursache der Problematiken der Diagnostik liegt in der
84 rassistischen Praxis, weiße Menschen als Normalzustand und universell anzuerkennen.
85 Daten über schwarze, afrikanische und afrodiasporische Menschen fehlen beinahe
86 gänzlich. Anstatt dies zu ändern, wird in der medizinischen Forschung ein Standard
87 angewandt, welcher als rassistisch, weiß, cis-männlich und vor allem patriarchal
88 bezeichnet werden kann und auch so bezeichnet werden sollte. Weiße Männer gelten in
89 unserer rassistischen und sexistischen Gesellschaft als universeller Maßstab für die
90 Medizin. Diese Annahme gefährdet besonders all diejenigen, die von diesem
91 vermeintlichen Standard abweichen, eine falsche Behandlung oder Medikation zu
92 erhalten. Progressive Forschung, der die Gesundheit aller Menschen wichtig ist, muss
93 daher durch antirassistische und feministische Perspektiven den vermeintlichen
94 Standard des weißen Mannes überwinden. Aufgrund der Kreuzungen von
95 Diskriminierungsformen müssen zudem auch intersektionale Forschungsansätze in der
96 Wissenschaft eine Rolle spielen.

97 **Für eine Ausbildung mit Weitsicht**

98 Es ist sehr auffällig, dass vermehrt Schwarze Personen von Rassismuserfahrungen
99 innerhalb ihrer medizinischen Ausbildung, oder ihrem Medizinstudium berichten. Dieser
100 Rassismus lässt sich oft auf das rassistische Vorurteil zurückführen, dass Schwarze
101 Menschen ungebildet seien, oder nur aus sozioökonomisch schlecht gestellten Familien
102 kommen. In dem Sinne werden ihnen oft ihre Kompetenz, sowie ihr Bildungsstand
103 abgesprochen. Dieser Zustand ist untragbar! Dies wird noch dadurch beflügelt, dass im
104 Studium der Medizin beispielsweise antirassistische Perspektiven keine Rolle spielen.
105 Diese Erkenntnis spiegelt sich auch im Afrozensus wider. Hier werden die entstehenden
106 Folgen, welche so gefasst, dass die Stereotypen der weißen Ärzt*innen und
107 Pfleger*innen auf Schwarze Kolleg*innen und Patient*innen übertragen werden. Dies
108 führt dazu, dass letztere oft ihren Arbeitsplatz wechseln müssen bzw. Angst vor
109 Ärzt*innen entwickeln. Es ist die Aufgabe einer jeden guten Ausbildung,
110 antirassistische Perspektiven miteinzubeziehen und kritisches Denken unter den
111 Auszubildenden zu gewährleisten. Rassismus darf nicht weiterhin in der Medizin
112 ignoriert und dadurch reproduziert werden.

113 **Wenn Behandlung zur Belastung wird**

114 Die Folgen, die der Anti-Schwarze Rassismus im Gesundheitssystem für die Betroffenen
115 hat, sind vielseitig. Zum einen gehen Psycholog*innen davon aus, dass die Belastung,
116 die durch die Retraumatisierung entsteht, nicht nur psychische, sondern auch
117 körperliche Folgen hat. Der gesundheitliche Zustand der Schwarzen Patient*innen
118 verschlechtert sich deshalb nicht nur wegen falscher Behandlung, sondern auch wegen
119 des offenen, sowie latenten Rassismus. Dies läuft dem Schutz von Patient*innen
120 eindeutig zuwider. Zum anderen sind Schwarze Menschen oft dazu gezwungen,
121 Behandlungen abbrechen und behandelnde Ärzt*innen zu wechseln. Ein Umstand, der aus
122 dem Wunsch hervorgeht, Retraumatisierung und Rassismus aus Selbstschutz zu vermeiden.
123 Dieses „Ärzt*innen-Hopping“ macht es Schwarzen Menschen sehr schwer, eine für sie
124 passende Behandlung zu finden, bei der die behandelnde Person ein rassismuskritisches
125 Bewusstsein hat. Das führt wiederum dazu, dass die Schwarzen Professionellen im

126 Gesundheitssystem kaum dem Ansturm Schwarzer Patient*innen gerecht werden können.
127 Dies führt zu einer erheblichen Mehrbelastung Schwarzer Mediziner*innen.

128 **Diskriminierung ist Terror für die Psyche- und Psychotherapie**
129 **soll dafür die Lösung sein!**

130 Eine besondere Bedeutung kommt, durch die andauernden Retraumatisierungen für
131 Betroffene von Diskriminierung, der Psychotherapie zu. Diese sollte zum Umgang und
132 der Aufarbeitung jener Erfahrungen beitragen und sie nicht noch verstärken.
133 Gegenwärtig ist das allerdings nicht wirklich der Fall. Wer in Deutschland einen
134 Psychotherapieplatz finden möchte, hat einen langen und beschwerlichen Weg vor sich.
135 Für Betroffene von Diskriminierung und Rassismus ist dieser Weg nur noch härter. Zum
136 einen, weil nicht garantiert ist, dass die in Frage kommenden Psychotherapeut*innen
137 ausreichend in Awareness und Umgang mit Betroffenen geschult sind. Dies führt oft
138 dazu, dass gewisse Aussagen eine triggernde Wirkung haben können und eine
139 weiterführende Behandlung für den*die Patient*in dadurch unmöglich gemacht wird. Im
140 Zuge dessen spricht Dr. med. Amma Yeboah von einem systemischen Problem innerhalb der
141 Medizin, indem BIPOC nicht ausreichend versorgt werden: "Das liegt einerseits an
142 Forschungs- und Wissenslücken in der Medizin und andererseits daran, dass ihre
143 Perspektiven in der Medizin nicht vorkommen." Zum anderen, weil es schwierig ist,
144 überhaupt Psychotherapeut*innen zu finden, die sich auf die Thematiken
145 spezialisieren. So fehlt auf den herkömmlichen Seiten und Informationsportalen eine
146 Möglichkeit der einfachen Suche nach Expert*innen, die auf die Behandlung von
147 Symptomen, die auf Erfahrung von Rassismus oder Diskriminierung beruhen,
148 spezialisiert sind. Ebenso fehlt es an Optionen und Ansprechpartner*innen für
149 Betroffene. Nicht umsonst bezeichnet die Psychotherapeutin Lucia Muriel deshalb
150 Rassismus als einen „blinden Fleck“ in der Psychotherapie. Das wollen wir ändern und
151 den Weg in die Psychotherapie für Betroffene von Rassismus und Diskriminierung
152 erleichtern.

153 Besonders wichtig ist es ebenfalls darauf hinzuweisen, wie psychologisches Fachwissen
154 entsteht - durch Forschung. Innerhalb dieses Forschungsprozesses ist die Diversität
155 der Gesellschaft nicht gegeben. Die meisten Versuchspersonen an psychologischen
156 Studien sind meist Psychologiestudierende selbst, da sie im Rahmen ihres Bachelors
157 dazu verpflichtet sind, eine gewisse Stundenzahl an Studien teilzunehmen. Daher
158 entsprechen die Teilnehmenden der entsprechenden Studien häufig den Eigenschaften des
159 sogenannten WEIRD (white educated industrialized rich democratic). Dieses Problem
160 lässt sich natürlich nicht nur in der Psychologie, sondern auch in anderen
161 Forschungsbereichen wiederfinden. Daher ist es für uns besonders wichtig, diesen
162 Aspekt der Forschung und die entsprechenden Ergebnisse kritisch zu hinterfragen und
163 deutlich zu machen, dass viele Perspektive durch fehlende Teilhabe verloren gehen.
164 Für uns ist klar, dass sich das ändern muss, sodass jegliche Perspektiven in der
165 Forschung präsent sind und somit auch antirassistische Aspekte im psychologischen
166 Bereich mehr Betrachtung finden.

167 Auch der kritische Umgang mit anderen Diskriminierungserfahrungen, sei es durch
168 Sexismus, Ableismus, Transfeindlichkeit oder Queerfeindlichkeit, stellt sich in der
169 Psychotherapie schwierig dar und findet in der Psychologie wenig Beachtung. Dabei
170 gestaltet sich die Suche nach Expert*innen im Umgang mit diesen

171 Diskriminierungserfahrungen und Anlaufstellen schwierig beziehungsweise unzureichend.
172 Wir als Jusos verurteilen dies auf das Schärfste. Gesundheit und Krankheit, Leben und
173 Tod; diese Zustände dürfen nicht abhängig von Hautfarbe sein. Strukturellen Rassismus
174 bekämpfen heißt auch, sich dem Rassismus im Gesundheitssystem entgegenzustellen, für
175 eine gute Gesundheitsversorgung und Behandlung aller Menschen!

176 Deshalb fordern wir:

- 177 • Eine regelmäßige antirassistische Fortbildung und Schulung als Pflicht für alle
178 Arbeitenden im Gesundheitssektor, um Exotisierung, Rassismus während der
179 Behandlung und rassistische Diagnostik zu vermeiden
- 180 • Eine in allen Lehrplänen festgeschriebene umfassende Aufklärung über
181 rassistischen Bias in der Medizin, für angehende Ärzt*innen und medizinisches
182 Personal in Studium und Ausbildung
- 183 • Schulungen für Ärzt*innen und medizinisches Personal, um mit Stresssituationen
184 umzugehen, welche sich zum Beispiel aus Sprachbarrieren ergeben
- 185 • Dolmetscher*innen in allen Krankenhäusern, welche sowohl umfassende
186 Sprachkenntnisse als auch gesundheitliche Kenntnisse haben
- 187 • Bessere Arbeitsbedingungen von medizinischem Personal, sowie von Ärzt*innen, um
188 eine bessere Versorgung Schwarzer Patient*innen zu gewährleisten
- 189 • Die Abkehr von einem ökonomisch betriebenen Gesundheitssektor, um eine gute
190 Versorgung für alle zu garantieren
- 191 • Diversität in Lehrbüchern, sowie Lehrplänen in Ausbildung und Studium, um
192 Krankheitssymptome bei Schwarzen Menschen besser zu erkennen und einordnen zu
193 können
- 194 • Die Abkehr von der anerkannten Diagnose „Mittelmeersyndrom“, damit Schwarze
195 Menschen richtig untersucht werden können
- 196 • Medizinische Forschung, die selbstkritisch mit dem ihr inhärenten Rassismus
197 umgeht
- 198 • Abkehr vom Standard des „weißen Mannes“ in der Forschung, hin zu einem
199 Forschungsverhalten, welches die Diversität unserer Gesellschaft widerspiegelt
- 200 • Den Einbezug von Rassismuserfahrungen in die Diagnostik rassifizierter Personen
- 201 • Eine staatliche Förderung antirassistischer Forschungsprojekte an den
202 medizinischen Fakultäten
- 203 • Eine flächendeckende Möglichkeit der Fort- und Weiterbildungsangebote zur
204 Spezialisierung auf antirassistische und diskriminierungssensible bzw. freie
205 Arbeit in psychotherapeutischen Berufen, in Form von Seminaren, für deren
206 Zeitaufwand der Arbeitgeber aufkommt.
- 207 • Eine neuartige Ausrichtung der Lehre von Psychologie in Studium und Ausbildung
208 mit Rücksichtnahme auf Rassismus und Diskriminierung, sowie den für die
209 Betroffenen geeigneten Umgang mit solchen Erfahrungen.
- 210 • Eine Ausweitung und Vereinfachung der Suche nach Psychotherapeut*innen, die sich
211 auf die Thematiken Rassismus und/oder Diskriminierung spezialisieren.
- 212 • Vermehrte Betrachtung von antirassistischen und somit nicht ausschließlich die
213 Beachtung weißer privilegierter Sichtweisen in der Forschungsarbeit.

Antrag P06: Mehr Psychotherapieplätze!

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 **Die psychotherapeutische Versorgung in Deutschland ist mangelhaft.**

2 Zur Zeit dauert es nach Angaben des Vorsitzenden der Ostdeutschen
3 Psychotherapeutenkammer (OPK), Gregor Peikert, in Sachsen ca. 6,5 Monate bis zum
4 Beginn einer psychotherapeutischen Behandlung¹. Zahlreiche Gesetzesinitiativen
5 der letzten Jahre – nicht zuletzt die Psychotherapiestrukturenreform – hatten zum
6 Ziel, die psychotherapeutische Versorgung zu verbessern. Kürzlich
7 veröffentlichte Daten aus psychotherapeutischen Praxen in 7 deutschen
8 Bundesländern belegen aber, dass dieses Ziel nicht erreicht wurde: Die neu
9 eingeführten Instrumente haben nicht zu einem schnelleren Therapiebeginn für die
10 Betroffenen psychischer Störungen geführt².

11 **Die Bedarfsplanung ignoriert die Bedürfnisse der Betroffenen**

12 Das verwundert nicht. Denn wenn ein genauer Blick auf die fachliche
13 Bedarfsplanung und die zugrundeliegenden Richtlinien gerichtet wird, ist
14 erkennbar, dass der wichtigste Faktor gar keine Berücksichtigung findet, nämlich
15 wie viele Menschen eigentlich Psychotherapie benötigen.

16 Ungefähr 31% der Bevölkerung in Deutschland erfüllen die Kriterien für eine
17 psychische Störung, wenn die Zahlen über einen Zeitraum von 12 Monaten erfasst
18 werden³. Gleichzeitig schaffen es nur 1% der Bevölkerung aus eigener Initiative
19 eine Psychotherapie zu beginnen, obwohl durch entsprechende Beratung und
20 Unterstützung das Potenzial mind. 10fach höher läge³. Es leuchtet ein, dass die
21 Autor*innen des Übersichtsartikels bereits 2013 zu dem Schluss kommen, dass
22 „ärztliche oder psychologische Behandlungsangebote [...] dem ‚wahren‘ Bedarf weit
23 hinterherhinken“³. Fast 10 Jahre später hat sich an dieser Ausgangslage nichts
24 geändert, werden die langen Wartezeiten betrachtet. Die
25 Bundespsychotherapeutenkammer schätzt, dass mindestens 7000 Kassensitze für eine
26 adäquate Versorgung fehlen⁴.

27 **Wie wird die Versorgungslage offiziell bewertet?**

28 Ein paar Beispiele aus Sachsen: In den Städten Chemnitz und Dresden versorgen
29 psychologische und ärztliche Psychotherapeut*innen ca. 10-11% der Bevölkerung,
30 setzt man die abgerechneten Fälle im Jahr 2019 mit einzelnen Personen gleich. Im
31 Raum Riesa-Großenhain oder dem Landkreis Sächsische Schweiz sind es 6-7%⁵. Nach
32 offiziellen Angaben ist Sachsen damit überall ausreichend versorgt. Allerdings
33 erhalten diese Menschen nicht in jedem Fall Psychotherapie, sondern häufig
34 lediglich eine beliebige Form von professioneller Unterstützung
35 (interventionelle Kurzgespräche, Psychopharmaka, etc.). Diese Schlussfolgerung
36 ergibt sich nämlich zwangsläufig aus den von der Kassenärztlichen Vereinigung
37 Sachsen (KVS) veröffentlichten Zahlen: Psychologische Psychotherapeut*innen

38 erbringen ihre Dienstleistung zu nahezu 100% durch Einzel- und Gruppentherapien
39 und behandeln durchschnittlich 61,8 Patient:innen pro Jahr⁶. Nach Berechnung der
40 KVS sollen sie aber ca. 300 Personen pro Jahr behandelt haben, weil dieser
41 Durchschnittswert allen zugeschrieben wird, die psychotherapeutische
42 Dienstleistungen im weiteren Sinn anbieten, von Hausärzt*innen mit
43 Zusatzbezeichnung Psychotherapie, Fachärzt*innen für
44 Psychiatrie/Psychotherapie/Psychosomatik und eben psychologischen
45 Psychotherapeut*innen. Die überwiegende Mehrzahl der Menschen, die offiziell
46 psychotherapeutisch versorgt werden, erhält folglich keine Psychotherapie im
47 eigentlichen Sinn.

48 **Eine Reform des G-BA ist unumgänglich, nur so ändert sich die Bedarfsplanung**

49 Die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen sieht auf der Grundlage der geltenden
50 Bedarfsplanungsrichtlinien also keine Hinweise für eine Unterversorgung, obwohl
51 die Wirklichkeit anders aussieht. Dieser Systemfehler muss behoben werden! Zur
52 Erinnerung: deutschlandweit fehlen geschätzt 7000 psychotherapeutische
53 Kassensitze. Bedarfsplanungen werden auf Länderebene durchgeführt, nach
54 Richtlinien, die bundesweit durch den Gemeinsamen Bundesausschuss festgelegt
55 wurden, und anschließend gemeinsam durch gesetzliche Krankenversicherungen und
56 die jeweiligen Kassenärztlichen Vereinigungen beschlossen. Patient*innen und
57 fachspezifische Expert*innen haben keine Mitbestimmungsrechte; diejenigen also,
58 die direkt an Psychotherapie beteiligt sind, werden vollständig ignoriert und
59 damit auch der legitime Anspruch eine Behandlung nach aktuellem Stand
60 wissenschaftlicher Erkenntnisse und Leitlinien zu erhalten. Eine bessere
61 Versorgung kann also nur über eine Änderung der Arbeitsweise und Zusammensetzung
62 von Landesausschüssen und Gemeinsamen Bundesausschuss sinnvoll erfolgen.

63 Wir fordern deswegen

- 64 1. die Beteiligung von Patient*innen und fachspezifischen Expert*innen als
65 stimmberechtigte Mitglieder (jeweils 25% der Sitze),
- 66 1. die Trennung der Bedarfsplanung von ärztlichen und psychologischen
67 Psychotherapeut*innen,
- 68 1. eine Orientierung der Bedarfsplanung an wissenschaftlichen Studien mit
69 Ergebnissen zur Häufigkeit einzelner psychischer Störungen,
- 70 1. dass aktuelle Leitlinien zur Behandlung von psychischen Störungen durch
71 die Bedarfsplanung mit mehr psychologisch-psychotherapeutischen
72 Kassensitzen endlich umsetzbar gemacht werden.

73 Denn die Studienlage ist eindeutig: Menschen profitieren dauerhaft von
74 Psychotherapie. Mehr Menschen brauchen Psychotherapie – und das geht nur mit
75 mehr Psychotherapeut*innen!

76 **Referenzen:**

- 77 [1] [https://www.dnn.de/Region/Mitteldeutschland/Patienten-in-Sachsen-warten-ein-](https://www.dnn.de/Region/Mitteldeutschland/Patienten-in-Sachsen-warten-ein-halbes-Jahr-auf-eine-Psychotherapie)
78 [halb-Jahr-auf-eine-Psychotherapie](https://www.dnn.de/Region/Mitteldeutschland/Patienten-in-Sachsen-warten-ein-halbes-Jahr-auf-eine-Psychotherapie)
- 79 [2] Singer, S., Maier, L., Paserat, A. *et al.* Wartezeiten auf einen
80 Psychotherapieplatz vor und nach der Psychotherapiestrukturreform.

- 81 *Psychotherapeut* 67, 176–184 (2022). <https://doi.org/10.1007/s00278-021-00551-0>
- 82 [3] Jacobi, F., Kessler-Scheil, S. Epidemiologie psychischer Störungen.
- 83 *Psychotherapeut* 58, 191–206 (2013). <https://doi.org/10.1007/s00278-013-0962-z>
- 84 [4] <https://www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/psychotherapie-plaetze-krank-zweifeln-oft-ob-ihnen-hilfe-zusteht-a-1259713.html>
- 85
- 86 [5] Kassenärztliche Vereinigung Sachsen, Bedarfsplan 2020, https://www.kvs-sachsen.de/fileadmin/data/kvs/img/Mitglieder/Arbeiten_als_Arzt/Bedarfsplanung/20-0131_Bedarfsplan_2020_Stand_20200131.pdf
- 87
- 88
- 89 [6] Kassenärztliche Bundesvereinigung, Quartal 4/2019,
- 90 <https://gesundheitsdaten.kbv.de/cms/html/17023.php>

Begründung

Fast 18 Millionen Erwachsene in Deutschland sind innerhalb eines Jahres von einer psychischen Erkrankung betroffen. Leider nehmen nur ca. 19% der Betroffenen Kontakt zu „Leistungserbringern“ auf [2].

Durch die fehlenden Kassensitze bei Psychotherapeut:innen, sind viele gesetzlich Versicherte Menschen nicht in der Lage einen Therapieplatz zu erhalten. Kassensitz bedeutet, dass ein:e Therapeut:in gesetzlich Krankenversicherte behandeln darf und über die jeweilige Krankenkasse seine Leistungen abrechnet [3]. Es ist zwar möglich, sich die Kosten im Nachgang wieder zurückzuholen, sicher ist dies aber längst nicht. Zudem ist auch ein Vorschuss der Kosten extrem teuer. So betragen die Kosten für eine Theapiesitzung für Patient:innen laut Gebührenordnung für Psychotherapeut:innen 118,04€ [4]. Bei mindestens 10 Sitzungen, eher mehr, belaufen sich die Kosten auf mehr als 1100€.

Erhalten nun mehr Therapeut:innen Kassensitze, steigt die Anzahl der Plätze für Patient:innen, die die gesetzlichen Krankenversicherungen übernehmen. Mehr Menschen können ohne eine weitere Belastung Therapie in Anspruch nehmen, Folgen psychischer Erkrankungen verringern sich.

[1] <https://www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/psychotherapie-plaetze-krank-zweifeln-oft-ob-ihnen-hilfe-zusteht-a-1259713.html>

[2] https://www.dgppn.de/_Resources/Persistent/be8589427bb02b67f5592b73cbb4d32cde26d-0be/Factsheet_Kennzahlen%202022.pdf

[3] <https://www.medizin-im-text.de/2019/25626/kassensitz/#:~:text=Wenn%20ein%20Arzt%20oder%20Psychotherapeut,der%20Arzt%20auch%20Privatpatienten%20behandeln.>

[4] <https://psychotherapie-brinkmann.de/ablauf-und-kosten/>

Antrag P07: Recht auf geschlechterspezifische Pflege

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird gebeten, eine Änderung des Sozialgesetzbuchs 11
- 2 Pflegeversicherung herbeizuführen, mit der ein Anspruch auf geschlechtsspezifische
- 3 und gendersensible Pflege im ambulanten und in stationären Bereich der Pflege
- 4 hergestellt und wirtschaftlich abgesichert wird. Damit ist sicherzustellen, dass
- 5 dadurch keine Verschärfung des Fachkräftemangels im Pflegebereich eintritt.

Begründung

Die Individualität der zu Pflegenden und eine an biografisch geprägten Vorstellungen orientierte Pflege macht unter anderem eine Sensibilität für spezifische Bedürfnisse von Pflegebedürftigen erforderlich. Darunter gehören auch genderspezifische Aspekte. Die gendersensible Perspektive betrifft alle Bereiche des Gesundheitssystems, insbesondere die Pflege und Physiotherapie. Sie kann zu einer individuelleren Versorgung der Bevölkerung und damit zu einer verbesserten Qualität beitragen. Dabei sollte man nicht auf die Forderung einer geschlechterspezifischen Pflege beschränkt bleiben. Um Genderfragen erfolgreich zu bewältigen, sind strukturelle Veränderungen in der Ausbildung eine Voraussetzung für alltägliche Gendersensibilität in den Pflegeeinrichtungen. Selbst wenn einzelne Fachkräfte bereit sind, gendersensible Maßnahmen zu ergreifen, lassen sich bestehende Einstellungen und etablierte Pflegemuster nicht leicht ändern. Um die Gendersensibilität in der Gesundheitspraxis zu fördern, ist ein langfristiger und strukturorientierter Ansatz notwendig.[\[1\]](#)

Am Beispiel einer Befragung zum aktuellen Stand der Integration von Aspekten der Gendersensibilität in Rahmenlehr- und Ausbildungsrahmenpläne, Ausbildungskonzepte und Lernzielkataloge für Beschäftigte im Gesundheitswesen wurde festgestellt, dass es insgesamt große Bemühungen gibt, das Thema in die Curricula zu integrieren. Zwei Drittel der befragten Einrichtungen haben allerdings lediglich einzelne Lehrveranstaltungen in die Pläne integriert. Eine systematische Integration der Inhalte wäre notwendig, um eine qualitativ hochwertige therapeutische Versorgung zu fördern.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend wurde bereits im Jahr 2002 ein Rechtsgutachten zur Frage des Wunsches nach Pflegepersonen des eigenen Geschlechts, erstellt. Es befasst sich erstmals eingehend und umfassend mit den rechtlichen Rahmenbedingungen über das in der Verfassung verankerte Recht pflegebedürftiger Menschen auf den staatlichen Schutz ihrer Würde und Selbstbestimmung. Dabei kommt dieses zum Ergebnis, dass nicht nur auf der Grundlage einfachgesetzlicher Leistungsrahmen, der Wunsch nach einer geschlechterspezifischen Pflege berücksichtigt werden kann. Vielmehr sei auch aufgrund verfassungsrechtlicher Vorgabe, dem Wunsch- und Wahlrecht im Bereich der Pflegeversicherung (§ 2 SGB XI) und mit Hinzunahme des Individualisierungsprinzips der Sozialhilfe (§ 3 BSHG) ein Recht auf geschlechterspezifische Pflege argumentierbar. Die dabei entstehenden Mehrkosten, die vom Träger der Pflegeversicherung und der Sozialhilfe zu übernehmen sind, müssen dem Prinzip der Angemessenheit entsprechen. Entscheidend ist die staatliche Schutzpflicht des Intimbereichs pflegebedürftiger Menschen, zumindest in den Fällen, in denen diese Schutzpflicht bei der Leistungserbringung zum Tragen kommt.

Das `Selbstbestimmungsrecht und das Individualisierungsprinzip´ sei - so das Ergebnis des Gutachtens -

„verfassungskonform dahingehend auszulegen, dass jedenfalls bei Leistungen, die in den Intimbereich der Betroffenen eingreifen, der Wunsch nach Pflegekräften des eigenen Geschlechts nicht abgelehnt werden darf.“^[2]

Frauen stellen nach wie vor, sowohl in der privathäuslichen als auch in der beruflichen Pflege die deutliche Mehrheit dar. Dies gilt insbesondere in der körpernahen Pflegetätigkeit. Es könnte einen Hinweis darauf geben, dass die Umsetzung eines Rechts auf geschlechterspezifische Pflege zumindest im Falle der Frauen einfacher umsetzbar ist. Im Falle der Männer wäre allerdings ein gewisser Personalaufwand denkbar. Dabei hängt der Aufwand in beiden Fällen von der Nachfrage auf geschlechterspezifische Pflege ab. Die Bedürfnisse von FLINTA (Frauen, Lesben, Inter, Nichtbinäre, Trans, Agender) sollen bei der Erarbeitung des Konzepts im besonderen Maße berücksichtigt werden.^[3] Die Entwicklung von gendersensibler Pflege ist unabdingbar um stereotypierten Geschlechtervorstellungen in Einrichtungen entgegenzuwirken. Damit verbunden sind soziokulturelle konstruierte Rollenbilder, die die Personen aufgrund ihres Geschlechts klassifizieren und somit dafür sorgen, dass in der täglichen Praxis, die Pflege nicht anhand der Bedürfnisse der Personen, sondern anhand von gesellschaftlich konstruierten Rollenbildern und deren Zuschreibungen erfolgt.

Bereits 2018 forderte der Paritätische Wohlfahrtsverband und das Hessische Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung einen Anspruch auf eine gleichgeschlechtliche Pflegekraft. Frauen in Hessen sollen wenn gewünscht von Frauen gepflegt werden. Dieser Rechtsanspruch soll generell gelten - also auch für männliche Pflegebedürftige. Nach Auffassung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes müsse stärker auf die besonders häufig auftretende Gewalt gegen Frauen mit Behinderung eingegangen werden. Drei von Vier Frauen mit Behinderung sind von Gewalt betroffen.^[4]

Diese doppelten Diskriminierung muss stärker in den Fokus genommen werden. Eine sozialdemokratische Initiative, um dies auf Bundesebene zu regeln, wäre wünschenswert.

[1] Vgl.: <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0738399110004179>

[2] <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/84486/341a2c27c0dd0e1e1cff9237fbda0de5/prm-24314-rechtsgutachten-data.pdf>

[3] Vgl.: Backes, Amrhein, Wolfinger (2020): Gender in der Pflege Herausforderungen für die Politik. Arbeitsbereich Frauen- und Geschlechterpolitik. Herausgeber: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. ISBN: 978-3-89892-942-4

[4] Vgl.: <https://www.fr.de/rhein-main/frauen-sollen-pflegerin-bestehen-koennen-10965581.html>

Antrag P08: #EndEndoSilence

Antragsteller*in:	Jusos Nord-Niedersachsen
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 **Eine "Nationale Strategie Endometriose" zur Verbesserung der Lage von**
- 2 **Endometriosebetroffenen. Diese Strategie muss enthalten:**
- 3 • **eine bundesweite Aufklärungskampagne**
- 4 • **bundesweite Fördergelder für die Forschung**
- 5 • **einen nationalen Aktionsplan "geschlechtergerechte Medizin"**
- 6 Als Vorlage dieser Strategie soll der Forderungskatalog der Endometriose-Vereinigung
- 7 Deutschland e.V. dienen. Sie muss im Dialog mit dem Betroffenenverband, der
- 8 Endometriose-Vereinigung Deutschland, der Wissenschaft und dem medizinischem
- 9 Fachpersonal entwickelt werden.

Begründung

Nationale Endometriose-Strategie

Endometriose ist eine chronische Krankheit, bei der Gewebe, das dem der Gebärmutterschleimhaut ähnelt, außerhalb der Gebärmutter wächst. Das führt bei Betroffenen zu starken Schmerzen und einer beeinträchtigten Lebensqualität. Etwa 10 % der Menschen, die einen Uterus haben oder hatten, sind betroffen. Allein in Deutschland leiden somit rund zwei Millionen Menschen an Endometriose.

Mangelnde Aufklärung, unterfinanzierte Forschung und unzureichendes Wissen bei Mediziner*innen führt aber dazu, dass in Deutschland durchschnittlich zehn Jahre vergehen, bis die Krankheit bei betroffenen Personen diagnostiziert und somit behandelt wird. Für Betroffene bedeutet das zehn Jahre Leid und beeinträchtigte Lebensqualität.

In der medizinischen Forschung gibt es ein Ungleichgewicht: Der Fokus liegt meist auf der Gesundheit von cis1 Männern, während cis Frauen oder trans2 und inter3 Personen vernachlässigt werden. So ist auch die Forschung im Bereich Endometriose stark unterfinanziert. In der Folge gibt es bisher keine Daten zu den Ursachen und nur begrenzte Daten zu Behandlungsmöglichkeiten.

Operationen und hormonelle Therapie gehen oft mit starken Nebenwirkungen einher. Trotz ihres chronischen Verlaufs ist Endometriose noch immer nicht offiziell als lebeenseinschränkende Krankheit anerkannt. Es ist äußerst schwierig, Endometriose als Behinderung anerkennen zu lassen oder erforderliche Leistungen, wie eine Rehabilitation finanziert zu bekommen. Betroffene werden wegen häufiger Krankheitstage bei Beförderungen übergangen oder verlieren sogar ihren Arbeitsplatz.

In der deutschen Politik ist Endometriose noch kein Thema. In Frankreich wurde kürzlich eine „Nationale Strategie Endometriose“ angekündigt, in Australien wird eine solche Strategie bereits umgesetzt. Das muss in Deutschland auch geschehen.

Nationale Endometriose-Strategie

Endometriose ist eine chronische Krankheit, bei der Gewebe, das dem der Gebärmutterschleimhaut ähnelt, außerhalb der Gebärmutter wächst. Das führt bei Betroffenen zu starken Schmerzen und einer beeinträchtigten Lebensqualität. Etwa 10 % der Menschen, die einen Uterus haben oder hatten, sind betroffen. Allein in Deutschland leiden somit rund zwei Millionen Menschen an Endometriose.

Mangelnde Aufklärung, unterfinanzierte Forschung und unzureichendes Wissen bei Mediziner*innen führt aber dazu, dass in Deutschland durchschnittlich zehn Jahre vergehen, bis die Krankheit bei betroffenen Personen diagnostiziert und somit behandelt wird. Für Betroffene bedeutet das zehn Jahre Leid und beeinträchtigte Lebensqualität.

In der medizinischen Forschung gibt es ein Ungleichgewicht: Der Fokus liegt meist auf der Gesundheit von cis1 Männern, während cis Frauen oder trans2 und inter3 Personen vernachlässigt werden. So ist auch die Forschung im Bereich Endometriose stark unterfinanziert. In der Folge gibt es bisher keine Daten zu den Ursachen und nur begrenzte Daten zu Behandlungsmöglichkeiten.

Operationen und hormonelle Therapie gehen oft mit starken Nebenwirkungen einher. Trotz ihres chronischen Verlaufs ist Endometriose noch immer nicht offiziell als lebeenseinschränkende Krankheit anerkannt. Es ist äußerst schwierig, Endometriose als Behinderung anerkennen zu lassen oder erforderliche Leistungen, wie eine Rehabilitation finanziert zu bekommen. Betroffene werden wegen häufiger Krankheitstage bei Beförderungen übergangen oder verlieren sogar ihren Arbeitsplatz.

In der deutschen Politik ist Endometriose noch kein Thema. In Frankreich wurde kürzlich eine „Nationale Strategie Endometriose“ angekündigt, in Australien wird eine solche Strategie bereits umgesetzt. Das muss in Deutschland auch geschehen.

An dieser Stelle vielen Dank an Theresia Crone als Gründerin von #EndEndoSilence, an deren Petition wir uns für diesen Antrag orientiert haben.

Instagram: @endendosilence

Petition: www.change.org/endendosilence

Glossar:

1Cis: Person, die sich mit dem Geschlecht identifiziert, dem sie bei der Geburt aufgrund der Genitalien zugewiesen wurde

2Trans: Überbegriff für transsexuelle und transgender Menschen, also für alle Menschen, die nicht das Geschlecht sind, dem sie bei der Geburt zugewiesen wurden (queer-lexikon.net)

3Inter: Menschen, deren körperliches Geschlecht (beispielsweise die Genitalien oder die Chromosomen) nicht der medizinischen Norm von 'eindeutig' männlichen oder weiblichen Körpern zugeordnet werden kann, sondern sich in einem Spektrum dazwischen bewegt (queer-lexikon.net)

Antrag P09: Endometriose: Zwei Millionen Betroffene und keine Unterstützung

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Die Forschung und die Versorgung der Erkrankung Endometriose muss verbessert und
2 unterstützt werden! Dabei sollen regionale, spezialisierte Zentren aufgebaut werden.
3 Durch Aufklärung in der Gesellschaft und in der Medizin soll die Diagnosezeit
4 verkürzt werden. Zusätzlich muss die Erforschung der Ursachen der Krankheit
5 vorangetrieben werden.

6 In Anlehnung an die Forderungen der Endometriose-Vereinigung-Deutschland e.V. haben
7 wir folgende Forderungen:

8 **Aufklärung**

9 1. Durchführung einer bundesweiten Aufklärungskampagne zu Unterleibsschmerzen und
10 Endometriose.

11 2. Zur Finanzierung der Maßnahmen soll ein jährlicher Etat für die Aufklärung von
12 Frauenkrankheiten und Endometriose von mindestens zehn Millionen Euro für die
13 „Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung“ durch das Bundesministerium für
14 Gesundheit bereitgestellt werden.

15 3. Aufklärung im Rahmen der Sexualerziehung in Lehrplänen und Curricula

16 4. Fortbildung der Verwaltung, insbesondere der Versorgungsämter

17 5. Aufbau eines „Nationalen Aktionsplans: Frauengesundheit“

18 6. Aufklärung über die Folgen von hoher Schmerzmittelnutzung im Rahmen der
19 Erkrankung

20 **Diagnostik, Behandlung und Forschung**

21 1. Aufbau eines bundesweiten Förderprogramms zur Erforschung von Ursachen der
22 Endometriose, neuen Diagnostikverfahren und besseren Behandlungsmöglichkeiten.

23 2. Der Etat soll jährlich mindestens 14 Millionen Euro umfassen.

24 3. Zum Aufbau eines Deutschen Zentrums für Endometriose soll eine einmalige Summe
25 von 30 Millionen Euro ausgeschrieben werden.

26 4. Einführung eines jährlichen Vaginal-Ultraschalls als zuzahlungsfreie
27 Kassenleistung

28 5. Zuzahlungsfreier Zugang zu hormonellen Präparaten für Endometriosebetroffene

29 6. Kostenübernahme von komplementären Behandlungsansätzen

30 7. Aufklärung und Finanzierung von Maßnahmen im Zusammenhang mit Kinderwunsch

31 **Arbeitsrecht**

32 1. Möglichkeit des Home-Office für Betroffene von Endometriose

33 2. Ermöglichung von telefonischen Krankschreibungen für Betroffene von Endometriose

34 3. Einführung von Teilzeit-Krankschreibungen

Begründung

Bei Endometriose wächst gebärmutterschleimhautähnliches Gewebe (sog. Endometriose-Herde) außerhalb der Gebärmutter, beispielsweise an Eierstöcken, im Beckenraum, an Darm oder Bauchfell. In manchen Fällen treten Endometriose Herde auch außerhalb des Bauchraums im gesamten Körper auf. Herde können zyklisch bluten, weiterwachsen und sich entzünden sowie Verklebungen in betroffenen Körperregionen verursachen. Zu den Symptomen der Erkrankungen zählen zum einen starke zyklusabhängige Unterleibsschmerzen, die es den Endometriosebetroffenen teils unmöglich machen einer produktiven Beschäftigung nachzugehen. Neben weiteren Symptomen wie beispielsweise starken zyklusunabhängigen Schmerzen, Schmerzen beim Geschlechtsverkehr, bei gynäkologischen Untersuchungen, beim Stuhlgang oder Urinieren und Blutungen aus Blase und Darm leiden Endometriosebetroffene vermehrt unter ungewollter Kinderlosigkeit.

Endometriose ist die zweithäufigste gynäkologische Erkrankung in Deutschland. Laut dem aktuellen Frauengesundheitsbericht des Robert Koch-Instituts leidet eine von zehn Frauen an Endometriose. Die Ursachen der Krankheit sind bislang ungeklärt, sodass sich Therapien bisher nur auf die Behandlung der Symptome konzentrieren. Die Behandlungsoptionen (operative Entfernung der Endometriose-Herde, die Einnahme von hormonellen Präparaten und die regelmäßige Einnahme von starken Schmerzmitteln) haben oft starke Nebenwirkungen und bilden nur temporäre Lösungen.

Nach Aussagen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wurden in den letzten 20 Jahren insgesamt 500.000 Euro an Forschungsgeldern vom Bund für die Erforschung von Endometriose investiert. Das ist viel zu wenig, gemessen an der hohen Zahl der Betroffenen. Deshalb benötigt es Aufklärung in der Gesellschaft. Die Stigmatisierung und Bagatellisierung von Menstruationsbeschwerden führen zu langen Diagnosezeiten, verzögerten Behandlungen und psychischem Stress von Betroffenen. Mit einer bundesweiten Aufklärungskampagne zum Themenbereich Menstruationsbeschwerden und Endometriose kann eine Sensibilisierung in der breiten Gesellschaft vorangetrieben werden. Diese Kampagne findet mit Plakaten und Flyern, sowie im digitalen Raum auf Social-Media statt. Zudem sollte die Thematik ausführlich in die Lehrpläne und Curricula im Rahmen der Sexualerziehung und Gesundheitserziehung Platz finden.

In vielen Fällen sind Betroffene in ihrer Leistungsfähigkeit so stark eingeschränkt, dass ein Antrag auf Schwerbehinderung oder Erwerbsminderungsrente erforderlich ist oder sie nur begrenzt arbeitsfähig sind. Darüber hinaus braucht es mehr Aufklärung in öffentlichen Verwaltungen, insbesondere in den Versorgungsämtern.

Das bereits erwähnte zu niedrige Etat zur Erforschung muss dringend erhöht werden. So formuliert die Endometriose Vereinigung Deutschland e.V. zutreffend: "Wir als Gesellschaft sind es Erkrankten und auch den Endometriose betroffenen zukünftiger Generationen schuldig, die Ursachen von Endometriose adäquat zu erforschen und Therapieansätze zu entwickeln, die die Krankheit selbst und nicht lediglich ihre Symptome behandeln." Neben eine ausreichende und höher ausfallende Finanzierung der Forschung müssen aber auch andere Gesundheitsleistungen mitgetragen werden. So können durch einen jährlichen Vaginal-Ultraschall als zahlungsfreie Kassenleistungen eine frühere Diagnose ermöglicht werden. Diese ist von Vorteil um langfristige Schäden, Folgeerkrankungen und Fehlbehandlungen zu verhindern. Auch der zahlungsfreie Zugang zu hormonellen Präparaten, die zu einer der wenigen Behandlungsmöglichkeiten zählt, muss finanziert werden. Da es sich um eine medikamentöse Behandlung handelt, die die Betroffenen zwingend benötigen, kann es nicht sein, dass diese die vollen Kosten dafür tragen müssen.

Auch arbeitsrechtlich ist es wichtig, Betroffenen entgegenzukommen. Während der COVID-19 Pandemie sehen wir, dass das Home-Office für viele möglich ist. Die starken Schmerzen stellen eine

außerordentliche Belastung für Endometriosebetroffene dar, sowohl auf dem Weg zum als auch am Arbeitsplatz. Mit der Ermöglichung von Home-Office, der telefonischen Krankschreibung und der Einführung einer Teilzeit-Krankschreibung kann den Betroffenen arbeitsrechtliche Unterstützung zugesichert werden. Mit der Einführung der Teilzeit-Krankschreibung kann ein kompletter Verzicht auf Arbeit verhindert werden. Da Endometriose oftmals zyklusabhängig ist, ist die Arbeitsfähigkeit auch variabel. Darauf sollte man sich gesundheitsrechtlich einstellen können.

Antrag P10: Endometriose den Kampf ansagen

Antragsteller*in:	Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Schätzungen zufolge haben etwa 10 % der Menschen, die einen Uterus haben oder hatten,
2 Endometriose. Endometriose ist eine extrem schmerzhafte, chronische Krankheit, bei
3 der Gewebe, das dem der Gebärmutter Schleimhaut ähnelt, außerhalb der Gebärmutter
4 wächst. Endometriose beeinträchtigt die Lebensqualität vieler Menschen über
5 Jahrzehnte ihres Lebens hinweg.

6 Bis zur Diagnose und somit zu einer angemessenen Behandlung vergehen in Deutschland
7 durchschnittlich zehn Jahre. Für Endometriose gibt es keine Heilung, die Ursache der
8 Krankheit ist unbekannt und Behandlungen gehen oft mit starken Nebenwirkungen einher.
9 All dies liegt vor allem daran, dass die chronische Erkrankung kaum erforscht ist.

10 In Frankreich wurde kürzlich eine nationale Strategie Endometriose angekündigt. In
11 Australien wird eine solche Strategie bereits umgesetzt. Dies ist auch in Deutschland
12 dringend notwendig.

13 Daher fordern wir die Bundesregierung auf, eine "Nationale Strategie Endometriose"
14 zur Verbesserung der Lage von Endometriosebetroffenen zu erstellen und umzusetzen.
15 Diese Strategie muss unter anderem beinhalten:

16 **1. Eine bundesweite Aufklärungskampagne**

17 Mädchen und jungen Frauen wird auch heute noch erklärt, dass Menstruationsschmerzen
18 kein Grund zur Sorge sind. Gleichzeitig wird bei jeder anderen Art von regelmäßigem
19 Schmerz ein Ärzt:innenbesuch empfohlen. Jede Form von chronischem oder zyklischem
20 Schmerz muss als Warnsignal erkannt und durch Fachärzt:innen angemessen untersucht
21 und behandelt werden.

22 **2. Bundesweite Fördergelder für die Forschung**

23 Im Verlauf der letzten 20 Jahre wurde für die Erforschung von Endometriose ein Etat
24 von 500.000 € bereitgestellt. Dies ist für die Forschung an einer Krankheit, die eine
25 von zehn Frauen betrifft bei weitem nicht ausreichend.

26 Die Ursachen von Endometriose müssen adäquat erforscht werden. Es müssen
27 Therapieansätze entwickelt werden, die die Krankheit selbst und nicht lediglich ihre
28 Symptome behandelt.

29 Dafür soll ein Deutsches Zentrum für Endometrioseforschung aufgebaut werden und die
30 Forschung mit einem ausreichend großen Etat versehen werden.

31 **3. Jährlicher Vaginal-Ultraschall als zuzahlungsfreie Kassenleistung**

32 Wie bei jeder Erkrankung ist eine frühe Diagnose von Endometriose von Vorteil, um
33 langfristige Schäden und Folgeerkrankungen zu verhindern und Fehlbehandlungen zu
34 vermeiden. Eine Möglichkeit, um Endometriose erkennen zu können und vorläufige
35 Diagnosen zu stellen, ist der Vaginal-Ultraschall. Dieser wird zum aktuellen
36 Zeitpunkt von wenigen Kassen ohne Zuzahlung übernommen. Daher fordern wir den Aufbau
37 von rechtlichen Rahmenbedingungen für die Durchführung eines jährlichen

38 zuzahlungsfreien vaginalen Ultraschalls für alle Frauen ab der J1-Untersuchung.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag P11: Durchführung einer bundesweiten Aufklärungskampagne zu Unterleibsschmerzen und Endometriose

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Jede Form von chronischem und zyklischem Schmerz muss durch die
- 2 Endometriosebetroffenen und das soziale Umfeld als Warnsignal erkannt und durch
- 3 Fachärzt*innen angemessen untersucht und behandelt werden. Deswegen bedarf es einer
- 4 bundesweiten Aufklärungskampagne zum Themenbereich Menstruationsbeschwerden und
- 5 Endometriose. Die Umsetzung der Kampagne erfolgt sowohl über die klassischen
- 6 Werbewege, wie Plakate und Flyer, als auch digital, beispielsweise über die Social
- 7 Media-Auftritte des Ministeriums und die Einführung eines bundesweiten jährlichen
- 8 Aktionsmonats zu Endometriose ab dem Jahr 2022. Zur Finanzierung der Maßnahmen soll
- 9 ein jährlicher Etat für die Aufklärung von Endometriose für die „Bundeszentrale für
- 10 gesundheitliche Aufklärung“ durch das Bundesministerium für Gesundheit eingeführt
- 11 werden. Dieser Etat soll als Untertitel des Haushaltstitels „Gesundheitliche
- 12 Aufklärung der Bevölkerung“ geführt werden.

Begründung

Endometriose ist die zweithäufigste gynäkologische Erkrankung in Deutschland. Laut dem aktuellen Frauengesundheitsbericht des Robert Koch-Instituts leidet eine von zehn Frauen an Endometriose. Mit circa zwei Millionen Erkrankten und jährlich etwa 40.000 Neudiagnosen ist Endometriose damit in der Gruppe der Endometriosebetroffenen doppelt so häufig vertreten wie Typ-II Diabetes. Bei Endometriose wächst gebärmuttereschleimhautähnliches Gewebe (sog. Endometriose-Herde) außerhalb der Gebärmutter, beispielsweise an Eierstöcken, im Beckenraum, an Darm oder Bauchfell. In manchen Fällen treten Endometrioseherde auch außerhalb des Bauchraums im gesamten Körper auf. Herde können zyklisch bluten, weiterwachsen und sich entzünden sowie Verklebungen in betroffenen Körperregionen verursachen. Zu den Symptomen der Erkrankungen zählen zum einen extrem starke zyklusabhängige Unterleibsschmerzen, die es den Endometriosebetroffenen teils unmöglich machen einer produktiven Beschäftigung nachzugehen. Neben weiteren Symptomen wie Schmerzen beim Geschlechtsverkehr, bei gynäkologischen Untersuchungen, beim Stuhlgang oder Urinieren und Blutungen aus Blase und Darm leiden Endometriosebetroffene vermehrt unter ungewollter Kinderlosigkeit. Die Bagatellisierung und Stigmatisierung von Menstruationsbeschwerden in der Gesellschaft führt zu unverhältnismäßig langen Diagnosezeiten, verzögerten Behandlungen und psychischem Stress für Endometriosebetroffene.

Es ist unvorstellbar, dass Mädchen und jungen Frauen auch heute noch erklärt wird, dass Menstruationsschmerzen normal und kein Grund zur Sorge seien und gleichzeitig bei jeder anderen Art von regelmäßigen Schmerzen ein Arztbesuch empfohlen wird

Antrag P12: Gesundheit kennt keinen Spartarif

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 • Die Forderung der Einführung der Bürger*innenversicherung bleibt bestehen.
- 2 • Vorab die Abschaffung des Notlagentarifs.
- 3 • Eine Option für Selbstständige, nach Tarifierhöhungen von 15% innerhalb eines
- 4 Jahres wieder in die Gesetzliche Rentenversicherung wechseln zu können.
- 5 • Die Tarife der Privaten Krankenversicherung dürfen von der Leistung nicht unter
- 6 dem der Gesetzlichen Krankenversicherung stehen.
- 7 • Die Kosten der Basistarife dürfen nicht unter dem der Gesetzlichen
- 8 Krankenversicherung stehen. Hierfür soll das Bundesministerium für Gesundheit
- 9 jedes Jahr eine Preisrichtlinie festlegen und aktualisieren.

Begründung

“Wer in Deutschland einen Wohnsitz hat, ist zur Absicherung im Krankheitsfall und bei Pflegebedürftigkeit gesetzlich verpflichtet. Auch ist rechtlich geregelt, wann Verträge der privaten Krankenversicherung (PKV) im Rahmen dieser Versicherungspflicht Vorrang haben”, so vom Bund der Versicherten. Ein großes Problem, das neben der allgemeinen Ungerechtigkeit im Zwei- Klassen-Gesundheitssystem aufzufinden ist, dass durch die Profitorientierung der Privaten Krankenversicherungen ein signifikanter Anteil einer Versichertengruppe aus dem System der Gesetzlichen Krankenversicherung in die der Privaten herausgezogen wird. Die Leistungen sind hierbei zwar mit denen der Kassen vergleichbar, jedoch weitaus preiswerter. Gründe dafür ist in vielen Fällen das sogenannte Kapitaldeckungsverfahren, welches keine solidarische Mitfinanzierung der anderen Versicherten mit sich ziehen soll. In der Praxis ist dies aber schlichtweg nicht zutreffend. Vor allem kleine Versicherungen und Start-Ups finanzieren die Beiträge anderer für die eintretenden Krankheitsfälle. Und je knapper das Preisdesign ausfällt, desto höher ist die Gefahr immenser Preissteigerungen durch die Krankenversicherung. Das führt letztlich dazu, dass viele, vor allem Selbstständige, ihre Beiträge nicht mehr zahlen können und, ohne dies zu verhindern, entweder sich massiv finanziell schlechter stellen müssen oder sogar in den Notlagentarif verschoben werden. Aus diesem wieder herauszukommen, ist für viele Menschen schwer möglich. Es ist daher notwendig, dass die Anreize verhindert werden.

Antrag P13: Gebärmutterhalskrebs effektiv bekämpfen

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Eine Impfung gegen HPV sollte unabhängig von Alter und Geschlecht auf eigenen Wunsch
- 2 bzw. ärztliches Ermessen hin erfolgen. Die Kosten sollen verpflichtend von allen
- 3 Krankenkassen übernommen werden.

Begründung

2017 wurden 14500 Frauen aufgrund von Gebärmutterhalskrebs stationär behandelt. Im Zeitraum von 2007 bis 2017 starben jährlich rund 1570 Frauen an der Erkrankung. Insgesamt lassen sich 1,5% aller Krebserkrankungen bei Frauen auf HPV zurückführen.

Die meisten Krankenkassen übernehmen eine Impfung gegen HPV jedoch nur bis zu einem Alter von 18, bzw. maximal 28 Jahren. Für männliche Personen wird die Impfung oft gar nicht bezahlt, oder nur bis zu einem sehr jungen Alter. Diese Altersbeschränkung ist medizinisch nicht sinnvoll, da sie sich nach dem mutmaßlichen Alter des ersten Geschlechtsverkehrs richtet, wobei dies selbstverständlich individuell sehr unterschiedlich sein kann.

Ein Schutz durch Kondome oder Lecktücher gegen HPV ist nicht vollumfänglich gegeben. Die beste Prävention ist dementsprechend eine Impfung. Erste Studien belegen bereits, dass selbst nach Auftreten einer Erkrankung und nach Operationen, Langzeitfolgen durch eine spätere Impfung zu diesem Zeitpunkt vermindert werden können.

Die Kosten für eine Impfung betragen zwischen 400-500 Euro. Dies ist besonders für Geringverdiener*innen nicht finanzierbar. Finanziell benachteiligt Menschen müssen deswegen eine erhöhte Gefahr für ihre Gesundheit eingehen.

Die Impfung ist jedoch auch für männliche Personen sinnvoll, da sie sich selbst und andere Menschen infizieren können. Denn auch bei Männern können HP Viren ernsthafte Krebserkrankungen, beispielsweise im Mund- und Rachenraum, verursachen. Seit 2007 sind die Behandlungszahlen rückläufig. Dies beweist den Erfolg der bisherigen Impfkampagne. Eine Ausweitung derselben durch kostenfreie Impfungen, unabhängig von Alter und Geschlecht, kann noch größere Erfolge verzeichnen.

<https://www.krankenkasseninfo.de/test/hpv>

<https://www.frauenaerzte-im-netz.de/erkrankungen/humane-papillomviren-hpv/uebertragung-verbretung>

https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Merkblaetter/Ratgeber_HP.html

<https://www.gesundheitsstadt-berlin.de/hpv-impfung-auch-fuer-bereits-infizierte-frauen-sinnvoll-631>

Antrag P14: Handeln gegen die gestiegenen Energiepreise!

Antragsteller*in:	Jusos Weser-Ems
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Die dramatisch steigenden Lebenshaltungskosten dürfen nicht durch die Einkommen oder
2 Ersparnisse der Menschen in Deutschland finanziert werden. Angesichts der Inflation
3 darf es kein Zögern geben. Es bedarf sofort einer Intervention, um die Menschen
4 abzusichern, damit keine Existenzen zerstört werden. Weitere Entlastungen, neben den
5 bisherigen muss es auch künftig wiedergeben. Rentner*innen, Studierende und
6 Arbeitslose dürfen diesmal nicht ausgeschlossen werden. Da sich aktuell bei den
7 gestiegenen Energiepreisen keine Entspannung abzeichnet, ist die gesellschaftliche
8 Sprengkraft, die diese Situation bietet enorm. Alle Menschen brauchen warmes Wasser
9 und spätestens im Herbst warme Wohnungen. Natürlich sind Menschen mit niedrigen
10 Einkommen besonders gefährdet, aber auch die Menschen mit einem Einkommen im
11 mittleren Bereich treffen die gestiegenen Energiepreise derzeit überaus empfindlich.
12 Um eine Spaltung innerhalb der Gesellschaft zu verhindern und den gestiegenen
13 Energiepreisen vorzubeugen, schließen wir uns der Forderung des DGB an, und fordern
14 umgehend die Umsetzung der folgenden Punkte:

15 1. Notfallfonds

16 Die Länder sollten Notfallfonds für Menschen einrichten, die ihre Miete, Strom oder
17 Gasrechnungen nicht bezahlen können oder vor horrenden Nachzahlungen stehen. Zudem
18 muss sichergestellt werden, dass Vermieter*innen keine Kündigungen aussprechen, wenn
19 Mieter*innen durch die steigenden Lebenshaltungskosten in Zahlungsschwierigkeiten
20 geraten.

21 2. Gaspreisdeckel

22 Der Grundbedarf privater Haushalte muss bezahlbar sein und bleiben. Deshalb sollte
23 ein Preis für den Grundverbrauch von Gas (etwa 8.000 kWh pro Haushalt) vorübergehend
24 auf etwa 7,5 Cent gedeckelt werden. Der Grundverbrauch sollte nach Haushaltgröße und
25 ggf. auch nach baulichen Standards weiter differenziert werden. Da lediglich der
26 Grundverbrauch abgesichert wird, bleibt der Anreiz zum Energiesparen erhalten.

27 3. Energiegipfel unter Einbindung der Sozialpartner:innen

28 Die Zielsetzung muss sein, angesichts der Größe der Herausforderung
29 gesamtgesellschaftliche Lösungen zu entwickeln und mit konkreten Maßnahmen zu
30 hinterlegen. Deshalb sollten entsprechende Treffen unter Beteiligung der
31 Sozialpartner:innen regelmäßig stattfinden.

Begründung

Die hohe Inflation von derzeit 7,6 Prozent setzt Menschen mit geringen bis mittleren Einkommen massiv unter Druck. Die Lage ist deshalb so brisant, weil vor allem Güter rasant teurer werden, die jeder Mensch zum Leben braucht. Die Nahrungsmittelpreise etwa stiegen laut Statistischem Bundesamt im Juni um 12,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat, bei der Energie waren es sogar 38 Prozent. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die verfügbaren Einkommen vielerorts bereits durch die enorm gestiegenen Mietpreise stark strapaziert wurden.

Ergebnisse aus der repräsentativen Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung bestätigen dies: Rund ein Viertel aller Erwerbstätigen und Arbeitsuchenden empfindet die eigene finanzielle Lage aktuell als „äußerst stark“ oder „stark“ belastend (24 Prozent) und hat große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Zukunft (26 Prozent). Durch steigende Preise sind Erwerbspersonen mit niedrigem Einkommen (Haushaltseinkommen unter 1.300 Euro netto im Monat) sehr stark belastet (79 Prozent). Aber auch mittlere Einkommensgruppen (1.301 und 2.000 Euro netto) machen sich mehrheitlich (54 bis 59 Prozent) große Sorgen um die Inflation.

Antrag P15: Jungsozialistische Ansätze für unseren Sozialstaat von morgen - zukunftssicher und gerecht!

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Um die Finanzierung der Sozialversicherungen zu gewährleisten, kleinere und mittlere
2 Einkommen zu entlasten und das Leistungsangebot womöglich sogar noch auszubauen,
3 fordern wir:

- 4 • das Einbeziehen aller Erwerbstätigen in das gesetzliche
5 Sozialversicherungssystem!
- 6 • die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze!
- 7 • die Einführung einer auskömmlichen Mindestrente und die Einführung einer
8 Höchstrente nach schweizerischem Vorbild!
- 9 • das Heranziehen weiterer Einkommensquellen (Kapitalerträge, Erbschaften,
10 Schenkungen) zur Finanzierung der Sozialversicherungen!
- 11 • den Ausbau der Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung!
- 12 • die Einführung einer Arbeitsversicherung, die die Arbeitslosenversicherung
13 ersetzen soll, um neben Erwerbsausfällen auch Neuausbildung sowie Um- und
14 Weiterbildung zu ermöglichen - als rote Linie bei kommenden
15 Koalitionsverhandlungen!
- 16 • die Einführung einer einheitlichen Bürger*innenversicherung als Ersatz für
17 gesetzliche und private Krankenversicherungen - als rote Linie bei kommenden
18 Koalitionsverhandlungen!

19 Da wir in diesem Antrag zwar einen Schwerpunkt auf die zukünftige Ausgestaltung und
20 Finanzierung der Sozialversicherungen legen, möchten wir uns auch zu anderen
21 sozialpolitischen Entwicklungen äußern und fordern wir nach wie vor:

- 22 • Die Abschaffung aller Sanktionen im geplanten Bürger*innengeld!
- 23 • Höhere materielle Leistungen, die eine wirkliche Teilhabe am soziokulturellen
24 Leben ermöglichen!

Begründung

Der Sozialstaat gehört zu den größten Errungenschaften der Moderne. Er steht für das Versprechen, dass Menschen in Zeiten finanzieller Not und bei Wechselfällen des Lebens durch die Gesellschaft materiell abgesichert werden. Das Ideal des Sozialstaats ist aber nicht nur die soziale Absicherung der Bürger*innen, sondern auch die Bemühung um soziale Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft. Diese Art des gesellschaftlich getragenen sozialen Sicherungssystems wurde im 19. Jahrhundert als Reaktion auf die hohen sozialen Verwerfungen durch die industrielle Revolution und der damit einhergehenden Verelendung der arbeitenden Klasse eingeführt. Sozialdemokrat*innen und Gewerkschafter*innen haben im Schulterschluss - trotz staatlicher Repressionen und Illegalität - für die materielle Verbesserung der Menschen gekämpft. Der Sozialstaat, wie wir ihn heute kennen, wurde damit maßgeblich durch den Einsatz der verschiedenen Akteur*innen der Arbeiter*innenbewegung geprägt.

Eine zentrale Rolle in diesem Sozialstaatsgedanken nimmt dabei das über ein Jahrhundert alte Sozialversicherungssystem ein, das sich in folgende Bereiche gliedert:

- Die Arbeitslosenversicherung (AV) mit 2,4%
- Die gesetzliche Krankenversicherung (KV) mit 14,6% + 1,3% durchschnittlichem Zusatzbeitrag
- Die gesetzliche Pflegeversicherung (PV) mit 3,05%
- Die gesetzliche Rentenversicherung (RV) mit 18,6%
- Die gesetzliche Unfallversicherung (UV), deren Beiträge allerdings nur von Arbeitgeber*innen entrichtet werden.

Gesamthöhe der Beitragssätze: 39,95%

Das Grundprinzip der Sozialversicherungen ist relativ einfach und basiert auf einem Umlageprinzip. Arbeitnehmer*innen zahlen in die Sozialversicherungen ein, leisten damit ihren Anteil zur Solidargemeinschaft und Erwerben durch Beitragszahlungen Ansprüche auf Versicherungsleistungen. Die Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme gründet sich dabei auf zwei Säulen. Ein Großteil der Erwerbstätigen entrichtet die Hälfte der Abgaben auf das eigene Einkommen, während Arbeitgeber*innen für die andere Hälfte aufkommen - alles in allem also eine paritätische Finanzierung. Zusätzlich bezuschusst der Bund die sozialen Sicherungssysteme bei Bedarf aus dem allgemeinen Steueraufkommen. Im Vor-Corona-Jahr 2019 betrug der Bundeszuschuss zu den Sozialversicherungen ca. 120 Milliarden Euro. Bis 2021 stieg dieser Wert aufgrund höherer Steuerzuschüsse zur Finanzierung der pandemiebedingten Leistungen um weitere 14 Milliarden Euro auf insgesamt 134 Milliarden Euro. Dem hohen Bundeszuschuss liegt der politische Wille zugrunde, die Beitragssätze von Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen nicht auf über 40% ansteigen zu lassen.

Ein Sozialversicherungssystem für alle!

Allerdings zahlen längst nicht alle Erwerbstätigen durch eigene Abgaben in die Sozialversicherungen ein. Ausgenommen von der Sozialversicherungspflicht sind beispielsweise Selbstständige, Beamt*innen, Soldat*innen, hauptamtliche Amtsträger*innen, Abgeordnete, Minister*innen und Staatssekretär*innen. Im Jahr 2019 waren das ca. 11% aller Erwerbstätigen und damit fast 4 Millionen Beschäftigte. Sie sorgen damit entweder privat für das Alter vor oder sind in privaten Krankenkassen versichert. 4 Millionen Beschäftigte bedeuten in diesem Zusammenhang 4 Millionen fehlende Beitragszahlende und damit eine hohe Summe finanzieller Mittel, die einer möglichen Konsolidierung des Sozialversicherungssystems nicht zur Verfügung stehen.

Wenn in politischen Diskursen über den Sozialstaat gesprochen wird, so war das in den letzten Jahrzehnten vor allem von einem neoliberalen Paradigma geprägt. Nicht selten wurden dabei Rufe laut, die die Finanzierung und die Strukturen der sozialen Sicherungssysteme als ineffizient und wettbewerbsfeindlich betitelten. Zu hohe Sozialabgaben würden die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland gefährden, Wachstum behindern und damit nicht nur die Produktivität verringern, sondern damit im Umkehrschluss die Erwirtschaftung der zu vergebenden Leistungen verhindern. Kurzum: sie sind eine Belastung für die Wirtschaft. Was sich auf den ersten Blick nachvollziehbar liest, in Wahrheit nicht mehr als eine Märchenerzählung von neoliberaler und konservativer Seite, die durch Kürzungen im Sozialstaat nichts anderes als die Profitmaximierung ihres Wähler*innenklientels auf Kosten weiter Teile der Bevölkerung erreichen will. Wir Jusos sind in unserer Positionierung klar: Beitragssätze zur Sozialversicherung sind keine Belastung! Ihnen stehen Leistungsversprechen gegenüber, die im Falle von Krankheit, Alter oder Erwerbslosigkeit den erworbenen Lebensstandard nicht gefährden sollen. Gerade während der Corona-Pandemie hat sich die Notwendigkeit und die Funktionsfähigkeit des Sozialstaats gezeigt: durch das Kurzarbeiter*innengeld beispielsweise

konnten Millionen von Arbeitsplätzen gesichert werden, die aufgrund der Pandemie vorübergehend nicht in vollem Umfang ausgefüllt werden konnten.

Mehr für die, die wenig haben!

Allerdings wissen wir um die Notwendigkeit, das Sozialversicherungssystem für die Zukunft nachhaltig und gerecht zu reformieren. Für uns ist dabei aber entscheidend: das darf, kann und wird nicht zu Lasten geringerer und mittlerer Einkommen geschehen, die durch höhere Beitragssätze noch mehr von ihrem Einkommen abgeben müssten, um so die Stabilität des Systems zu gewährleisten. Wir vertreten eine gegenteilige Auffassung. Seit Jahren kämpfen und werben wir in Wahlkämpfen dafür diese Einkommensschichten spürbar zu entlasten. Fälschlicherweise beziehen wir uns dabei aber in weiten Teilen immer nur auf Steuersenkungen, die diese Menschen faktisch nur wenig oder gar nicht betreffen. Stattdessen sind es die Sozialversicherungsbeiträge, die einen großen Anteil der Abgaben darstellen. Der Leitsatz "Starke Schultern müssen auch mehr tragen" darf sich nicht nur in der Progression der Steuersätze ausdrücken, sondern muss sich auch in der Finanzierung der Sozialversicherungen widerspiegeln.

Dem steht unter anderem die Beitragsbemessungsgrenze im Weg. Sie besagt, dass ein Erwerbseinkommen nur bis zu einem bestimmten Satz für die Beitragsabgabe herangezogen werden darf. Im Jahr 2022 liegt diese Grenze für die gesetzliche Rentenversicherung und für die gesetzliche Arbeitslosenversicherung bei 7050€ in den alten Bundesländern und bei 6750€ in den neuen Bundesländern. Für die gesetzliche Krankenversicherung wurde der Wert auf 4837,50€ beziffert. Wir halten die Beitragsbemessungsgrenze für zutiefst unsolidarisch und werden uns für ihre Abschaffung einsetzen. Gleichzeitig darf das aber nicht zu exorbitanten Leistungsansprüchen jener führen, die mit dem Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze höhere Beiträge zahlen. Ähnlich wie das schweizerische Modell könnte hier die Einführung einer Höchstrente zur Stabilisierung der Finanzierung beitragen. Menschen, die in diesen Einkommensklassen ihren Erwerb bestreiten, werden sich nur im Einzelfall große Sorgen um ihre materielle Sicherheit im Alter machen müssen.

Ein funktionierender und solidarischer Sozialstaat zeichnet sich dadurch aus, dass er als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen und geschultert wird. Deshalb finden wir es falsch, dass nur Erwerbseinkommen zur Beitragsabgabe herangezogen werden - gerade im Hinblick auf die Tatsache, dass die starke Vermögensungleichheit in unserem Land nicht durch unterschiedliche Leistung der Erwerbsarbeit, sondern durch arbeitsferne Kapitalerträge und Erbschaften existiert und weiter zunimmt. Um den sozialen Zusammenhalt in unserem Land zu gewährleisten und um dem Versprechen der sozialen Marktwirtschaft, dass "alle Menschen am wirtschaftlichen Erfolg des Staates teilhaben" gerecht zu werden, setzen wir uns für dafür ein, dass auch auf andere Einkommen wie Kapitalerträge und Erbschaften Beiträge zur Sozialversicherung abgeführt werden.

Mit diesen Einnahmequellen kann die Gesellschaft zukünftig auch zielgerichtet auf die Herausforderungen der Zeit antworten. Die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft und der damit einhergehende Wegfall tausender Arbeitsplätze macht es erforderlich, umzulernen und neue Berufsfelder für sich zu entdecken. Atypische Beschäftigungsverhältnisse, der Wegfall linearer Erwerbsbiografien und die permanente Änderung von Qualifikationsanforderungen - das sind zusätzliche Herausforderungen, mit denen wir uns konfrontiert sehen müssen. Wir sind uns bewusst, dass das vor allem viele Menschen betreffen wird, die bereits seit Jahren berufstätig sind und daher auf ein auskömmliches Einkommen angewiesen sind. Eine Arbeitsversicherung, die die bisherige Arbeitslosenversicherung ablösen kann, soll neben Erwerbsausfällen auch als Einkommensausgleich für Um-, Weiter- und Fortbildung sowie einer temporären Erwerbsauszeit dienen. Hierbei orientieren wir uns an der bestehenden Beschlusslage des SPD-Bundesparteitages, der diese Forderung auch in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 aufgenommen hat.

Die Stabilisierung der Sozialversicherungen - in diesem Fall ganz explizit die der gesetzlichen Rentenversicherung - ist für uns kein Generationenkonflikt. Wir wollen, dass unsere Großeltern und alle anderen Menschen im Alter eine auskömmliche Rente beziehen, mit der sie in Würde den verdienten Ruhestand genießen können. Von liberaler und konservativer Seite wird dieser Konflikt oft angefeuert, um die Aufmerksamkeit vom eigentlichen Problem abzulenken: dem Problem der Verteilungsgerechtigkeit. Wir sehen seit Jahrzehnten, wie die Produktivität des Landes und der wirtschaftliche Erfolg nicht bei allen Menschen ankommt, geschweige denn sich spürbar in der Ausgestaltung der Sozialversicherungen ausdrücken würde. Im Gegenteil: das Geld sammelt sich bei denen, die sowieso keine Beiträge zahlen. Geld also, das - wie bereits oben erwähnt - der Finanzierung des Systems fehlt! Das drückt sich in der Realität im Geldbeutel von mehreren Millionen Menschen aus. In der großen Mehrheit sind das vor allem Frauen*, die aufgrund des Gender Pay Gaps im Schnitt noch immer weniger verdienen als Männer* und durch die eigene Erwerbsbiografie - meistens als Minijob oder Teilzeit - weniger in das gesetzliche Rentensystem einzahlen, wodurch sie im Endeffekt auch geringere Leistungsansprüche erwerben. Neue Einnahmequellen der Sozialversicherungen können diese ungerechten Lücken schließen!

Ganz ohne Strukturreformen beseitigen wir aber nicht alle Ungerechtigkeiten im bestehenden System. Gerade im Hinblick auf das System der gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen, das nach wie vor die Zwei-Klassen-Medizin in unserem Land manifestiert, ließen sich solche Reformen durchführen. Beginnend mit der Anzahl an Krankenkassen: alleine die Zahl der gesetzlichen Krankenkassen beziffert sich auf 103 Krankenkassen, die in einem merkwürdigen Wettbewerbsdenken versuchen sich gegenseitig Versicherte durch Werbung abzugewinnen. Fast 200 Millionen Euro betrug die Gesamtkosten für Werbung der gesetzlichen Krankenkassen im Jahr 2018. Eine Summe, die schon vom Bundesrechnungshof angemahnt wurde. Wir sagen deutlich: das Gesundheitssystem ist kein Wettbewerb. Es soll Menschen gesund machen und sie nicht als Kund*innen verstehen. Das Geld, das durch eine Fusionierung von Krankenkassen hin zu einer einheitlichen Bürger*innenversicherung eingespart werden würde, könnte somit in die Erweiterung des Leistungsangebots der Krankenversicherung fließen. Die Forderung nach einer Bürger*innenversicherung ist für uns Jungsozialist*innen und Sozialdemokrat*innen keine Neue. Allerdings gehört sie zu den Forderungen, die in den letzten Koalitionsverhandlungen relativ früh vom Tisch fallen gelassen worden sind.

Am Ende ist uns aber bewusst, dass unsere sozialen Sicherungssysteme nicht perfekt und ausgereift sind. Noch immer ist es so, dass Menschen seit Jahren durchs Raster fallen. Geschuldet ist das einer undurchsichtigen Bürokratie, die Betroffene überfordert sowie fehlender bedarfsorientierter Hilfe. In der Konsequenz entstehen Frustration, die in Politikverdrossenheit mündet und im schlimmsten Fall zu Wohnungslosigkeit führt. Fehlendes Vertrauen in unseren Sozialstaat, schlechte Erfahrungen mit dem bestehenden Sozialsystem oder die bloße Angst vor materieller Armut sind Nährböden für Verschwörungserzählungen, rechtsextremes Gedankengut und Gewalt. Wer die sozialen Sicherungssysteme auf lange Sicht stärkt, stärkt nachhaltig die Demokratie.

Armut ist Verfassungsbruch!

Armut ist nicht naturgegeben, Armut ist menschengemacht. Das mag sich im ersten Moment trivial lesen, ist aber für den Gestaltungsanspruch enorm wichtig. Wir können Armut bekämpfen und das Leben derjenigen, die in der Armutsfalle gefangen sind oder sich in prekären Situationen befinden verbessern, wenn wir es denn wollen. Und wir Jungsozialist*innen wollen das! Im Artikel 20 (1) des Grundgesetzes heißt es: "Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat." Der Kampf gegen Armut und für einen sozialen - und damit materiellen - Ausgleich hat nicht weniger als einen Verfassungsrang. Es ist also die unbestreitbare Aufgabe des Staates und damit der gesamten Gesellschaft, Armut zu beheben und Armutsrisiken abzuschaffen. Diesem Auftrag wurden die vergangenen Bundesregierungen - auch unter

SPD-Beteiligungen - alles andere als gerecht. Auch wenn wir froh sind, dass wir in der Breite der Partei und in der Breite der Gesellschaft das Hartz-System überwinden wollen, muss diese Willensbekundung mit effektiven Maßnahmen unterfüttert werden. Ein bloßer Namenswechsel von Hartz-IV oder Arbeitslosengeld II zu Bürger*innengeld ist uns zu wenig. Im Zuge der Koalitionsverhandlungen zur Ampel-Regierung konnten wir erfreulicherweise einige Dinge festhalten - dass aber nach wie vor auf Mitwirkungspflichten und damit im weiteren Sinne auf Sanktionen bestanden wird, kritisieren wir aufs Schärfste. Ein solidarischer Staat darf das Existenzminimum seiner Bürger*innen nicht kürzen! Hinzu kommen aktuelle Regelsätze, die nicht für ein Leben in Würde ausreichen. In Anbetracht der anhaltenden Krisen und den daraus resultierenden Preissteigerungen auf Verbrauchsgüter, die unmittelbar das ohnehin schon geringe Einkommen von Leistungsempfänger*innen weiter strapazieren, fordern wir höhere Regelsätze. Gerecht ist, wenn die, deren Vermögen während der Corona-Pandemie um ein Vielfaches gestiegen sind, für diese Finanzierung aufkommen!

Antrag P16: Europäischen und sozialen Verpflichtungen nachkommen – Bundeseinheitliches Konzept zur Obdachlosenhilfe mit Fokus auf „Housing First“ erarbeiten

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Der Bundeskongress möge beschließen:

1

2 **Empfänger*innen:** Juso-Bundeskongress, Bundesparteitag

3

4 Die Jusos Unterfranken beantragen, dass die Bundestagsfraktion der SPD in der
5 Bundesregierung durchsetzt, dass ein Konzept erarbeitet wird, um den europäischen
6 Verpflichtungen nachzukommen, die Obdachlosigkeit in Deutschland bis 2030 zu beenden.

7

8 Aufgrund der in den letzten 10 Jahren um 70% gestiegenen Zahl der Obdachlosen in der
9 EU, wurde vom Europaparlament das Ziel vereinbart die Obdachlosigkeit in der EU bis
10 2030 zu beseitigen. Hierfür wurde eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, deren
11 Wirksamkeit erwiesen ist. Zur Umsetzung wurden außerdem Gelder bereitgestellt.
12 Hierbei ist beispielsweise das Prinzip „Housing First“ hervorzuheben, dass dem
13 finnischen Modell sehr nahekommt.

14

15 Hierzu haben die JUSOS auf dem Bundeskongress der Beschlüsse vorgelegt, die nur noch
16 in ein Bundeseinheitliches Konzept überführt und umgesetzt werden müssen.

17

18 Dieser Antrag stellt hierfür die Begründung, warum jetzt ein Konzept von Seiten der
19 Bundesregierung erarbeitet werden muss.

20

21 Derzeit gibt es in Deutschland auf Bundesebene keine Konzepte, um die Zielsetzung der
22 europäischen Union, die Obdachlosigkeit bis 2030 zu beenden, zu erreichen. Derzeit
23 gelten lediglich extrem niedrige Mindeststandards die nach europäischem Recht als
24 Menschenunwürdig gelten (siehe RL 2013/33/EU). Die Erarbeitung von Konzepten wird auf
25 die Gemeinden abgewälzt, die damit überfordert sind. Obdachlosenhilfe ist hierdurch
26 vom Wollen und der Zeit der zuständigen Mitarbeiter, sowie der Kassenlage der
27 Gemeinden und nicht am Gemeinwohl orientiert. Beides ist oft sehr gering und
28 Zuständigkeiten werden umhergeschoben.

29

30 Was derzeit in Deutschland zum Thema Obdachlosigkeit gemacht wird, scheint uns als
31 systematische Abschreckung vor Obdachlosigkeit gedacht zu sein und nicht zur Hilfe
32 der Betroffenen. Das deutsche Modell, Menschen in Not allein zu lassen, ist speziell
33 im Vergleich mit dem finnischen Modell als gescheitert zu betrachten.

34 Wie Gustav Heinemann erklärte: „Man erkennt den Wert einer Gesellschaft daran, wie

35 sie mit den Schwächsten ihrer Glieder verfährt“. Es ist es traurige Realität in
36 Deutschland, dass vor allem obdachlose Mädchen und Frauen auf der Straße und in
37 Massenunterkünften tagtäglich Opfer von sexualisierter Gewalt werden. Obdachlose sind
38 häufig mit körperlicher Gewalt konfrontiert. Das enge Aufeinanderleben potenziert
39 hier jedes Konfliktpotenzial. Die Abwesenheit von Suchtbekämpfung und/oder
40 psychologischer Hilfe führt dazu, dass Obdachlose keine Chance haben, ein normales
41 Leben zu führen.

42

43 Der Winter ist für Obdachlose besonders schlimm. Hier bleibt oft nur die Wahl, sich
44 den menschenunwürdigen Bedingungen der Massenunterkünfte zu fügen oder draußen Angst
45 vor dem Erfrieren haben zu müssen. Tief blicken lässt hierbei die Tatsache, dass sich
46 dennoch viele dazu entscheiden, lieber auf der Straße zu schlafen. Gang und Gäbe ist
47 es hierzulande, dass insbesondere Frauen zu sexuellen Gefälligkeiten im Austausch für
48 kurzfristiges Wohnrecht genötigt werden.

49 Bei Kindern, die in solchen Verhältnissen aufwachsen sind, ist mit schwerwiegenden
50 Spätfolgen zu rechnen. Wie Karl Lauterbach erklärte, sind die Kindheitsjahre von
51 oberster Wichtigkeit, für die Entwicklung zu einem psychisch stabilen Mitglied der
52 Gesellschaft.

53

54 Auch bei diesem Thema ist es, wie bei den Verordnungen zu Corona, auch die Pflicht
55 des Staates für die körperliche und mentale Unversehrtheit seiner Bürger zu sorgen.

56

57 Das bereits umgesetzte finnische Modell basiert auf einer intensiven und
58 koordinierten Zusammenarbeit des Staates mit Gemeinden, Organisationen und
59 Freiwilligen. Fundament bildet der Ansatz, dem Obdachsuchenden zuerst eine eigene
60 Wohnung zur Verfügung zu stellen, anstatt Wohnungslose in Massenunterkünften
61 unterzubringen. Erst nach der erfolgreichen Wohnungsvermittlung folgen Schritte wie
62 eine Suchtbekämpfung oder Psychotherapie. Auf dieser sicheren Basis beginnt die
63 Arbeitsvermittlung. Eine engmaschige Betreuung durch geschultes Personal unterstützt
64 die Wohnungssuchenden bei Anträgen sowie Alltagsfragen. Hierzu wurden 300 zusätzliche
65 Fachkräfte für soziale Arbeit eingestellt. NGOs und Gemeinden bekommen vom Staat
66 vergünstigte Anleihen zum Wohnungsbau. Zudem wird auf eine inklusive Wohnungsbelegung
67 geachtet. 25% sind Sozialwohnung, 30% werden subventioniert und 45% an den
68 Privatsektor vermietet. Mit jeder erfolgreichen Neuvermietung spart sich der
69 finnische Staat 15.000 € pro Jahr. Die langfristige Erfolgsquote ist hoch: 4 von 5
70 behalten dauerhaft ihre Wohnung und finden Arbeit. In den vergangenen Jahren ist es
71 dadurch gelungen, die Zahl der Wohnungslosen von einst 17.000 auf rund 4.000 zu
72 verringern.

73

74 Dies soll zusammen mit den Beschlüssen der Bundes JUSOS zu einem Bundeseinheitlichen
75 Konzept führen, das etappenweise umgesetzt werden kann. Dieser Antrag soll diese
76 dringend notwendigen Verbesserungen anstoßen, um ein bundesweit einheitliches Konzept
77 zur Obdachlosenhilfe zu erstellen und wirkliche Änderungen für Menschen in Not zu
78 erreichen.

79

80 Eine Zusammenfassung der Empfehlungen an die Mitgliedsstaaten sowie weitere
81 Informationen sind unter folgendem Link zu finden:

82

83

84 Der Beschluss des JUSOS Bundeskongress zum Thema Obdachlosigkeit ist unter folgendem
85 Link zu finden:

86

87 openslides.com/

Antrag P17: Neue Unterhaltsberechnung bei Jugendlichen mit Dazuverdienst

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Für die Gleichheit aller Jugendlichen, sowie zur Armutsminimierung in
- 2 alleinerziehenden Familien fordern wir, dass der Nebenverdienst von Jugendlichen (bis
- 3 zu 450€ im Monat), welche sich in der schulischen Ausbildung befinden, nicht mehr an
- 4 den Elternunterhalt angerechnet wird.

Begründung

Minderjährige Schülerinnen und Schüler dürfen neben ihrer schulischen Ausbildung einer bezahlten Nebentätigkeit nachgehen. Für Jugendliche, deren Eltern getrennt leben, lohnt sich dies jedoch kaum, denn ihr erzieltes Nebeneinkommen wird mit dem Elternunterhalt verrechnet. Dies trifft zwar auch Jugendliche von zusammenlebenden Eltern zu, jedoch handelt es sich hierbei nicht Kindesunterhalt, was an den jeweils „erziehenden“ Elternteil gezahlt wird, wie es bei getrennten Eltern der Fall ist. So können bei einem Zuverdienst von 300€, ca. 130€ von dem Unterhalt des zu zahlenden Elternteils abgezogen werden (40€ Aufwandspauschale + die Hälfte des Restverdienst = Anrechnungsfreies Einkommen). Auf diesen Unterhalt können viele Alleinerziehende nicht verzichten, da gerade sie und ihre Familien besonders häufig von Armut betroffen sind. Laut dem paritätischem Wohlfahrtsverband sind 20,5% aller in Deutschland lebenden Kinder und Jugendliche von Armut betroffen. Wenn der Dazuverdienst von Jugendlichen an den Unterhalt angerechnet wird, hat dies zur Folge, dass gerade Jugendliche, welche bei einem alleinerziehenden Elternteil leben, das Öfteren ihr Taschengeld nicht aufbessern können, um ihre Lebenssituation zu verbessern. Deswegen brauchen wir eine Änderung des Unterhaltsrechts, um die Situation von Jugendlichen, vor allem aber derer, die von Armut betroffen sind, zu verbessern. Des Weiteren führt dies zu einer Ungleichheit zwischen Jugendlichen von getrennten und zusammenlebenden Eltern. Diese können in einem geringfügigen Verhältnis angestellt werden, ohne dass ihnen ihr Gehalt indirekt abgezogen wird. Die Eltern dürften dies zwar „anrechnen“ (in Form von Sachleistungen oder Taschengeld) tun es aber, verständlicherweise, eher selten. Damit alle Jugendliche, aller Schichten, mehr Gleichheit erfahren und auch leben, brauchen wir eine Veränderung des Unterhaltsrecht in Punkto Anrechnung des dazu Verdiensts von Schülerinnen und Schülern.

Antrag P18: Bundeseinheitlicher SMS-Notruf

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Es soll ein bundeseinheitlicher SMS-Notruf geschaffen werden, der ähnlich des
- 2 Polizeinotrufes 110 bundesweit genutzt und damit zum Absenden von Notrufen verwendet
- 3 werden kann, wenn der*die Hilfesuchende keine Möglichkeit zum Telefonieren hat.

Begründung

Nicht in allen Notlagen können Hilfesuchende telefonieren. Das kann zum Beispiel daran liegen, dass der*die Hilfesuchende stumm ist oder durch eine Verletzung im Halsbereich nicht sprechen kann. Ein weiterer wichtiger Anwendungsbereich ist der der Zivilcourage in geschlossenen Räumen, wie zum Beispiel Straßenbahnen. Hier können Menschen, die in bedrohlichen Situationen aus Angst oder anderen Gründen nicht direkt und persönlich einschreiten können, nicht Hilfe rufen, ohne auf sich aufmerksam zu machen und sich dadurch unter Umständen in Gefahr zu bringen. Ein schriftlicher Notruf per SMS allerdings bietet diese Möglichkeit. Damit die Anwendbarkeit so einfach wie möglich ist, sollte auch hier eine bundeseinheitliche Nummer eingerichtet werden, die über die Leitstellen sodann die Nachricht an die zuständigen Stellen weiterleitet.

Aktuell gibt es für hör- oder sprachbehinderte Menschen in Deutschland lediglich die Möglichkeit den Notruf per Fax zu erreichen sowie seit März 2019 über die App „InstantHelp“. Beide sind jedoch für die schnelle, barrierefreie Nothilfe wenig bis gar nicht geeignet.

Antrag P19: Kennzeichnungspflicht für ungesunde Lebensmittel

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, eine neue Kennzeichnungspflicht für alle
- 2 verpackungspflichtigen Lebensmittel zu erlassen. Diese Kennzeichnungspflicht soll wie
- 3 folgt ausgestaltet sein:
- 4 Die Bundesregierung beruft eine ständige Expert*innenkommission ein, die den Auftrag
- 5 hat, unter Betrachtung von Aspekten von Public Health noch vertretbare Grenzwerte für
- 6 Fett, Zucker und Salz nach Produktklassen zu definieren und festzusetzen. Produkte,
- 7 die einen der jeweiligen Grenzwerte überschreiten, sollen mit einem an einer deutlich
- 8 sichtbaren Stelle platzierten Warnhinweis versehen werden. Dieser soll eindeutig
- 9 erkennbar darauf hinweisen, dass das Produkt zu viel Fett, Zucker oder Salz enthält.
- 10 Für jede der Prüfdimensionen soll ein eigenes Kennzeichnungssymbol verpflichtend
- 11 sein.
- 12 Für Lebensmittel, die nach der neuen Kennzeichnungspflicht mit mehr als einem
- 13 Warnsymbol versehen werden, ist ein generelles Werbeverbot zu verhängen. Weiterhin
- 14 soll dieses Werbeverbot schon ab einem Warnhinweis gelten, sofern sich die
- 15 betroffenen Produkte durch ihre Natur oder Bewerbung explizit an Kinder richten.

Begründung

Die Anteile von Zucker, Salz und Fett in – vor allem industriell gefertigten - Lebensmitteln, sind in Deutschland in den letzten Jahren stark gestiegen. Sie finden sich mittlerweile in nicht geringen Mengen auch in Lebensmitteln, in denen sie historisch betrachtet nie in nennenswerten Mengen zu finden waren. Verschiedene industriell geprägte Geschmacksaspekte der Konsument*innen zu befriedigen. Der dadurch entstehende Gesundheitsrisiko ist in verschiedenen Ländern haben in diesem Kontext bereits eine Vorreiterrolle eingenommen und haben Maßnahmen ergriffen. Ein Beispiel gelang es durch das Einführen einer Zuckersteuer, den Zuckergehalt in Softdrinks im Zeitraum von 2015 bis 2018 zu reduzieren. Solcher Instrumente oder Kennzeichnungspflichten mit dem Ziel der Reduktion von Zucker und anderen Stoffen in Lebensmitteln. Die freiwillige Selbstverpflichtung der Industrie der ehemaligen Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner, haben sich nicht bewährt. Wir wissen, dass von Julia Klöckner auch nichts anderes zu erwarten war. Die von ihr vielfach vorgetragene Argumentation, dass sich Bürger*innen in einem solchen verpflichtenden Fall dann z.B. „Nachzuckern“ würden, hat sich mittlerweile in verschiedenen Ländern bei dem von ihr eingeführten Nutri-Score handelt es sich weiterhin um eine freiwillige Selbstkennzeichnung der Industrie. Diese Kennzeichnung ist durch den allgemeinen Bewertungsanspruch des Nutri-Score nicht ersichtlich, welchen Anteil zu viel Fett, Zucker und Salz in der Bewertung gegebenenfalls ausgeglichen wird². Entsprechend ist eine Kennzeichnungspflicht überflüssig, um für die Bürger*innen sichtbar zu machen, was genau sie täglich konsumieren.

Vorbild soll hierbei das chilenische Modell von 2016 sein³. Sich dieses Themas anzunehmen ist nicht nur im Sinne des öffentlichen Gesundheits und der dadurch entstehenden langfristigen Entlastung des Gesundheitssystems, durch z.B. statistisch nun seltenere Krankheitsfälle. Auch kann in diesem Kontext die öffentliche Bewerbung von Lebensmitteln, die in mehreren Dimensionen als langfristige Gesundheitsrisiko. Der Staat ist hier in einer Sorgfaltspflicht gegenüber den Bürger*innen, durch verpflichtende Kennzeichnung Transparenz zu schaffen. Dieses für bestimmte Produkte in verschärfter Form gelten muss, um die jungen und jüngsten unserer Gesellschaft zu schützen. Das Recht, Regelungen im Sinne dieses Antrages zu erlassen, sondern er steht darüber hinaus sogar moralisch in der Pflicht.

Quellen:

¹Bandy, L.K., Harrington, R.A., Jebb, S. A., Rayner M., Scarborough, P.: Reductions in sugar sales from soft drinks in the UK

2Verbraucherzentrale: Nutri-Score: Erweiterte Nährwertkennzeichnung feiert ersten Geburtstag, November 2021.

3Dorlach, Tim: Zu fettig, zu süß – wie Chile Lebensmittel verbannt, Mai 2018.

Bandy, L.K., Harrington, R.A., Jebb, S. A., Rayner M., Scarborough, P., Reductions in sugar sales from soft drinks in the UK
bmcmedicine.biomedcentral.com/articles/10.1186/s12916-019-1477-4).

Dorlach, Tim: Zu fettig, zu süß – wie Chile Lebensmittel verbannt, Mai 2018 (https://www.zeit.de/wissen/gesundheit/2018-05/gesundheitsministerium?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F).

Vebrucherzentrale: Nutri-Score: Erweiterte Nährwertkennzeichnung feiert ersten Geburtstag, November 2021 (<https://www.verbraucherzentrale.de/inhalt/gesundheitsministerium/nutriscore-erweiterte-naehrwertkennzeichnung-feiert-ersten-geburtstag-36561#:~:text=das%20Modell%20festgelegt.,Nutri%2DScore%20bereits%20ein%20Jahr%20in%20Deutschland>

Antrag R01: Kindergrundsicherung schon vor der Geburt auszahlen!

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	R - Rente, Generationen & Familie

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Wir fordern, dass die neue Kindergrundsicherung bereits ab dem 3.
- 2 Schwangerschaftsmonat schon vor der Geburt an die schwangere Person ausgezahlt werden
- 3 soll.
- 4 Bei Frühgeburten sollen die vorweggenommenen Zahlungen bis inklusive dem 10.
- 5 Schwangerschaftsmonat auf einmal ausgezahlt werden. Bei einer Fehlgeburt oder dem
- 6 sonstigen Ende einer Schwangerschaft darf das Geld nicht zurückgefordert werden.

Begründung

Kinder zu bekommen ist teuer. Dabei sind es nicht nur die laufenden Kosten für die Sachen, die das Kind/ die Kinder jeden Monat brauchen, sondern viele Anschaffungen müssen bereits vor der Geburt getätigt werden, wie z.B. ein Kinderwagen oder ein Babybett. Auch bei einem Umzug in eine größere Wohnung entstehen Kosten. Besonders bei nicht vorhergesehenen Schwangerschaften oder Eltern mit wenig Ersparnissen oder geringen Einkommen kann das eine große Belastung sein.

Dazu kommt, dass Stress während der Schwangerschaft sich nachweislich negativ auf die Gesundheit der schwangeren Person und die Entwicklung des nachher geborenen Kindes auswirkt. Gerade in unserem kapitalistischen und ausbeuterischen Wirtschaftssystem sind Geldsorgen eine häufige Ursache von Stress.

Durch die Auszahlung einer Kindergrundsicherung bereits vor der Geburt lässt sich somit die Vererbung von Armut und Ungerechtigkeit bekämpfen. So werden schwangere Personen vor Armut geschützt und Kindern ein möglichst guter Start ins Leben ermöglicht - kein Kind soll in Armut hineingeboren werden.

Antrag S01: Schulungsmaßnahmen für die Awarenessarbeit

Antragsteller*in:	Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	S - Sonstiges

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband und müssen als dieser unsere
- 2 Awarenessarbeit stärken. Um Awareness in den Gliederungen zu festigen und zu
- 3 professionalisieren fordern wir, dass von den Bundes-Jusos jährliche Schulungen in
- 4 Präsenz durchzuführen sind. Dabei sollen aus jedem Landesverband / Bezirk 1-2
- 5 Personen teilnehmen, um die Inhalte der Schulung anschließend in die
- 6 Untergliederungen weiterzugeben.
- 7 Das Ziel der Schulung soll sein, einen kompetenten und sicheren Umgang mit
- 8 Awarenessthemen zu garantieren und den Teilnehmer:innen ein angemessenes Handeln in
- 9 Konfliktsituationen zu ermöglichen.
- 10 Die inhaltlichen Schwerpunkte sollen aus thematischen Reflexionen über die eigenen
- 11 Privilegien und gesellschaftliche Machtstrukturen bestehen und darüber hinaus
- 12 vermitteln, was Awareness- und Ombudsarbeit bedeutet, sowie die Sensibilität für
- 13 Diskriminierungserfahrungen stärken. Zudem sollen Werkzeuge zur praktischen
- 14 Umsetzung, wie beispielsweise rechtliche Absicherung, das Erkennen und Benennen der
- 15 eigenen Grenzen, sowie Methoden zur Konfliktlösung erarbeitet werden.

Begründung

Aus dem Bewusstsein heraus, dass sichere Räume in der Gesellschaft mehr als unwahrscheinlich sind, entsteht für uns als feministisch-emanzipativer Verband die Pflicht dafür Sorge zu tragen, dass unser Verband so sicher wie möglich und auf diese Weise zu einem safer space wird. Hierzu gibt es auf vielen Veranstaltungen der Jusos sowie in den Landesverbänden Awareness- und Ombudsarbeit.

Dies ist für unser Verständnis als feministischer Jugendverband gut und wichtig, jedoch auch keine einfach umzusetzende Aufgabe. Sie ist fordernd und die mit Awarenessaufgaben betreuten Personen benötigen für ihre Umsetzung spezifische Kompetenzen. Diese sind erlernbar und es gibt entsprechende Schulungsangebote. Aus Verantwortung sowohl für alle unsere Mitglieder als auch für die mit Awarenessarbeit beauftragten Personen ist die Schulung der Akteur:innen unerlässlich.

Auf diese Weise kann sichergestellt werden, dass Mitglieder kompetent betreut werden. Zudem gibt es den Ausführenden von Awarenessarbeit die Sicherheit, dass ihr Handeln der Aufgabe angemessen ist. Denn niemand kann von ungeschulten Menschen verlangen, Awarenessarbeit in all ihren Facetten zu durchdringen und in jeder Situation die richtige Handhabe zu wissen. Eine Schulung minimiert somit Unsicherheiten und hilft letztendlich allen.

Antrag S02: Schulungsmaßnahmen für die Awarenessarbeit

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Sachgebiet:	S - Sonstiges

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Wir sind ein feministischer Richtungsverband und müssen als dieser unsere
- 2 Awarenessarbeit stärken. Um Awareness in den Gliederungen zu festigen und zu
- 3 professionalisieren fordern wir, dass von der Bundesebene jährliche Schulungen in
- 4 Präsenz durchzuführen sind. Dabei sollen aus jedem Landesverband / Bezirk 1-2
- 5 Personen teilnehmen, um die Inhalte der Schulung anschließend in die
- 6 Untergliederungen weiterzugeben. Das Ziel der Schulung soll sein, einen kompetenten
- 7 und sicheren Umgang mit Awareness Themen sicherzustellen und den Teilnehmern ein
- 8 angemessenes Handeln in Konfliktsituationen zu ermöglichen. Die inhaltlichen
- 9 Schwerpunkte sollen aus thematischen Reflexionen über die eigenen Privilegien und
- 10 gesellschaftliche Machtstrukturen bestehen und darüber hinaus vermitteln, was
- 11 Awarenessarbeit bedeutet, sowie die Sensibilität für Diskriminierungserfahrungen
- 12 stärken. Zudem sollen Werkzeuge zur praktischen Umsetzung, wie beispielsweise
- 13 rechtliche Absicherung, das Erkennen und Benennen der eigenen Grenzen, sowie Methoden
- 14 zur Konfliktlösung erarbeitet werden.

Begründung

Aus dem Bewusstsein heraus, dass sichere Räume in der Gesellschaft mehr als unwahrscheinlich sind, entsteht für uns als feministisch-emanzipativer Verband die Pflicht dafür Sorge zu tragen, dass unser Verband so sicher wie möglich und auf diese Weise zu einem safer space wird. Hierzu gibt es auf vielen Veranstaltungen der Jusos sowie in den Landesverbänden Awarenessarbeit. Dies ist für unser Verständnis als feministischer Jugendverband gut und wichtig, jedoch auch keine einfach umzusetzende Aufgabe. Sie ist fordernd und die mit Awarenessaufgaben betreuten Personen benötigen für ihre Umsetzung spezifische Kompetenzen. Diese sind erlernbar und es gibt entsprechende Schulungsangebote. Aus Verantwortung sowohl für alle unsere Mitglieder als auch für die mit Awarenessarbeit beauftragten Personen ist die Schulung der Akteur*innen unerlässlich.

Auf diese Weise kann sichergestellt werden, dass Mitglieder kompetent betreut werden. Zudem gibt es den Ausführenden von Awarenessarbeit die Sicherheit, dass ihr Handeln der Aufgabe angemessen ist. Denn niemand kann von ungeschulten Menschen verlangen, Awarenessarbeit in all ihren Facetten zu durchdringen und in jeder Situation die richtige Handhabe zu wissen. Eine Schulung minimiert somit Unsicherheiten und hilft letztendlich allen.

Antrag S03: Springerpresse überspringen - keine Exklusivinterviews von Jusos & Sozialdemokrat*innen mehr für Bild, Welt & Co.!

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	S - Sonstiges

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Jungsozialist*innen und Sozialdemokrat*innen sollen zum Springer-Verlag gehörenden
- 2 Medien in Zukunft keine Exklusivinterviews mehr geben.
- 3
- 4

Begründung

Die Bild-Zeitung ist (leider) noch immer eine der einflussreichsten Zeitungen in Deutschland und die Axel Springer SE eine der mächtigsten Verlagsgruppen der Welt. Das Digitalangebot der Bild-Zeitung ist das größte auf dem europäischen Kontinent und das fünftgrößte der Welt. Und der Springer-Konzern strebt nach mehr, möchte ein „Big Player“ im globalen Digitalsektor werden.

So gehören bereits jetzt nicht nur verschiedene Zeitschriften zum Konzern, sondern auch Online-Portale wie StepStone, Kaufda oder Immowelt. Rund drei Viertel des Umsatzes macht die Springer SE mittlerweile mit nicht-journalistischen Digitalangeboten. Der Konzern möchte, wie alle profitorientierten Unternehmen, wachsen – und dies geschieht ausgerechnet in einer Zeit, in der beinahe alle Zeitungen in Deutschland, die kein Kapital von US-Hedgefonds als Rückendeckung haben, um ihr Überleben kämpfen. Die Politik muss Ideen, die helfen die publizistische Vielfalt zu erhalten mit staatlichen Förderprogrammen stützen. Erst 2021 scheiterte noch zu Zeiten Peter Altmeiers ein 200 Millionen Euro schweres Presseförderprogramm. Einer der größten Kritiker war damals von Beginn an der Springer-Chef Mathias Döpfner. Der Mathias Döpfner, der andere Journalist*innen auch mal als Propagandisten eines vermeintlichen „DDR-Obrigkeitsstaats“ bezeichnet.

Was vielen lange bekannt war, ist erst letztes Jahr durch den Skandal um Julian Reichelt erneut offenbart worden. Machtmissbrauch und eine rückständige, antifeministische und missbräuchliche Unternehmenskultur herrschen vor.

Unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit wird von der Springerpresse seit Jahrzehnten die Gesellschaft gespalten – häufig auch unter Verletzung der Persönlichkeitsrechte und Menschenwürde. Keine andere Zeitung wird so oft vom Presserat gerügt, wie die zum Konzern gehörende Bild-Zeitung. Entgegen dem Slogan der Zeitung, der impliziert sie helfe Leser*innen bei der Bildung einer Meinung präsentiert die Zeitung schlicht bereits vorgefertigte Meinungen, die mit skandalträchtigen Schlagzeilen, Hetzkampagnen und im Zweifel auch unter der Verdrehung der Tatsachen möglichst viele Exemplare verkaufen soll und möglichst viele Klicks generieren soll – es geht schließlich ums Geld, der Dienst im Sinne der Pressefreiheit und Demokratie ist sekundär.

Natürlich ist insbesondere für Politiker*innen die Verlockung groß, den reichweitenstarken Medien des Konzerns Interviews zu geben, um die eigene Popularität zu steigern – doch zu welchem Preis? Durch Exklusivinterviews wird dem Verlag letzten Endes zu einem verholfen: Relevanz und Profit. Damit wird die Meinungsmaschinerie der Springerpresse weiter am Laufen gehalten, und es wird weitere Hetzkampagnen

geben, weiter Populismus betrieben und Meinungen manipuliert.

Selbstverständlich gilt es auch in diesem Fall, die Pressefreiheit zu achten – zu einer vielfältigen und liberalen Demokratie gehören auch die Meinungen und Stimmen, die einem selbst weniger gut gefallen. Exklusivinterviews jedoch lieber anderen Medien zu geben, ist keine Einschränkung der Pressefreiheit – sondern das Bewahren der eigenen politischen Authentizität. Für uns Jungsozialist*innen und Sozialdemokrat*innen sollte selbstverständlich sein, einen Konzern, der mit Hass auf arme, migrantische oder auch linke Menschen sein Geld verdient, nicht weiter mit exklusiven Interviews zu unterstützen.

Antrag S04: Barrierefreie Parteiveranstaltungen bei Jusos & SPD

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Sachgebiet:	S - Sonstiges

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Alle Menschen sind gleichberechtigt, so sagt es auch der Artikel 29 der UN-
- 2 Behindertenrechtskonvention. Dieser garantiert Menschen mit Behinderung die
- 3 uneingeschränkte Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben.
- 4 In der Realität sieht es aber leider so aus, dass Menschen mit Behinderung
- 5 diskriminiert werden und nicht an politischen Prozessen beteiligt sind. Ganz
- 6 besonders wird das deutlich, wenn man den prozentualen Anteil der Bevölkerung von
- 7 Menschen mit Behinderung (9,5%) mit dem Anteil im Bundestag (3,2%) vergleicht.[1]
- 8 Deswegen fordern wir bei allen Veranstaltungen der Jusos ab der Bezirksebene und der
- 9 SPD ab der Kreisverbandsebene nach Prüfung der Notwendigkeit und Möglichkeit folgende
- 10 Kriterien einzuhalten und vor der Veranstaltung auf Verfügbarkeit zu prüfen. Dabei
- 11 ist die Möglichkeit einer Bereitstellung schriftlich über die Homepage oder die
- 12 Einladung vorab anzubieten:
- 13 **Für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen:**
- 14 Barrierefreie Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln
- 15 Zugänglichkeit mit Rollstuhl auf dem gesamten Veranstaltungsgelände (z.B. Aufzüge)
- 16 Verfügbarkeit ausreichender, barrierefreier Toiletten/Badezimmer/Schlafgelegenheiten
- 17 Sicherstellung eines angemessenen Mobiliars bei Veranstaltungen für Gespräche und
- 18 Essen auf Augenhöhe (nicht nur Stehtische).
- 19 Adäquate Möglichkeiten zur Wortmeldung und Bühnenerreichbarkeit (zugängliche, nicht
- 20 zu steile Rampen)
- 21 **Für Menschen mit Höreinschränkung/Gehörlosigkeit:**
- 22 Möglichkeit eines Hörhilfanschlusses per Induktionssystem
- 23 Verfügbarkeit einer Gebärden- oder Schriftdolmetscher*in Für Menschen mit
- 24 Sehbehinderung oder Blindheit:
- 25 Audio-Transkription bei Filmen
- 26 Angemessene Umgebung für Blinden- und Assistenzhunde (Wassernapf) Für Menschen mit
- 27 kognitiven Einschränkungen:
- 28 Antrags-/Beschlussbücher und anderen Publikationen in einfacher Sprache Verwendung
- 29 von Piktogrammen bei komplexen Inhalten unabhängig von der Art der Behinderung:
- 30 Sitzplatz und Verpflegung für etwaige Assistent*innen
- 31 Für uns ist es selbstverständlich, unsere Veranstaltungen zu so gestalten, dass
- 32 jede*r daran teilhaben kann. Mit diesen Rahmenbedingungen kann es uns gelingen, dass
- 33 Menschen mit Behinderung Politik in unserer Partei aktiv erleben und mitgestalten
- 34 können. So leisten wir einen wertvollen Beitrag, um Artikel 29 der UN-
- 35 Behindertenrechtskonvention im politischen Alltag umzusetzen!

Antrag S05: Lebensmittelbesteuerung und –kennzeichnung anpassen

Antragsteller*in:	Jusos Hamburg
Sachgebiet:	S - Sonstiges

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Der Juso-Bundeskongress möge zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag
- 2 beschließen:
- 3 Die SPD-Bundestagsabgeordneten und SPD-Europaabgeordneten werden aufgefordert, sich
- 4 dafür einzusetzen, dass
- 5 1. es zukünftig erlaubt sein soll, vegetarische oder vegane Ersatzprodukte unter
- 6 einer Bezeichnung zu führen, die den Namen des ersetzten Produktes enthält.
- 7 Dabei muss jedoch deutlich werden, dass es sich um eine vegetarische oder vegane
- 8 Alternative und nicht um das Ausgangsprodukt handelt.
- 9 2. Ersatzprodukte nicht höher besteuert werden als ihre omnivoren Counterparts,
- 10 wobei darauf hinzuwirken ist, dass Ersatzprodukte nach dem ermäßigten Steuersatz
- 11 zu versteuern sind, wenn der/die Hersteller*in belegen kann, dass diese
- 12 umweltfreundlicher ist als das tierische Vergleichsprodukt.

Begründung

Nahrungsmittel, die vegetarisch oder sogar vegan sind, sind bei gleichen Rahmenbedingungen (etwa gleichlangen Transportwegen) deutlich umweltfreundlicher und haben zudem auch einige gesundheitliche Vorteile. Am Markt ist allerdings noch eine systematische Ungleichbehandlung zu beobachten. Vegetarische Ersatzprodukte werden zumeist mit 19 % als „Luxusprodukt“ besteuert, wohingegen die tierischen Originalprodukte und zum Teil selbst Chips und Süßigkeiten mit 7 % also als „Grundnahrungsmittel“ besteuert werden.

An dieser Stelle sollten wir als SPD ein klares Zeichen setzen: sich gesund und umweltbewusst zu ernähren darf kein Luxus sein! Ersatzprodukte sind auch ohne eine ungleichhohe Besteuerung schon deutlich teurer.

Hinzu kommt, dass vegetarische oder vegane Ersatzprodukte keine Namen tragen dürfen, die auf das ersetzte Produkt hinweisen. So dürfen aus Mandeln oder Hafer hergestellte Milchalternativen beispielsweise nicht Hafer- oder Mandelmilch heißen, um „einer Irreführung des Verbrauchers und einer möglichen Verwechslung vorzubeugen“. Auf der Packung darf nicht einmal ein unbearbeitetes Foto der Mandelmilch im Glas abgebildet sein, weil sie sonst mit echter Milch verwechselt werden könnte.

Diese Argumentation ist an Absurdität kaum noch zu überbieten, denkt man etwa an die Namensgebung von Scheuermilch.

Antrag S06: Antirassismusbeauftragte auf Juso-Bundesebene!

Antragsteller*in:	Jusos Hamburg
Sachgebiet:	S - Sonstiges

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Wir fordern die Schaffung des Postens einer* oder eines Antirassismusbeauftragten auf
2 Juso Bundesebene. Der Juso Bundesvorstand wird beauftragt, einen Posten für das
3 gewählte Amt einer* oder eines Antirassismusbeauftragten zu schaffen. Die ausgewählte
4 Person muss sich selbst als BIPOC identifizieren. Der Bundesvorstand möge bitte einen
5 Verfahrensvorschlag zur Wahl oder Ernennung der Person erarbeiten.

6

7 Ziel dieses Antrages ist, rassistische Strukturen innerhalb unseres bunten Verbandes
8 effektiver aufzudecken, Betroffenen von rassistischen Erfahrungen im Verband eine
9 Ansprechperson zur Verfügung zu stellen und die innerverbandliche Antirassismusarbeit
10 dahingehend zu fördern und mit Nachdruck zu fordern. BIPOC's sind als Personengruppen
11 von unzähligen rassistischen Strukturen betroffen, die ihren Lebensalltag erschweren
12 und Selbstverwirklichungspotenziale im Keim ersticken. Die Jusos stehen für eine
13 diverse, pluralistische und antifaschistische Aufklärung bei politischen Prozessen
14 und gesellschaftlichen Aktivitäten. Diesen noblen Überzeugungen sollen nun praktische
15 Möglichkeiten folgen, BIPOC's aktiver in die Verbandsarbeit einzuschließen.

Begründung

Nicht zuletzt die BIPOC- Vernetzung vor großen Juso Bundesveranstaltungen und Critical Whiteness Seminare illustrierten, dass es durchaus möglich ist, nicht nur für Antirassismus und Antifaschismus zu werben, sondern diese Ideale auch praktisch umzusetzen. Solche Veranstaltungen schaffen Bündnisse, Netzwerke, bedeutsame Aufklärung im Kampf gegen Hass und Hetze von Rechts sowie einen kräftigen Ruck nach vorne für den gesamten Verband, um in einer Vorreiterstellung als Vorbild für andere politische Jugendverbände zu stehen. Die Notwendigkeit von BIPOC Engagement, Empowerment und Involvierung fußt weiterhin auf der politischen Linie, welche die SPD-Mutterpartei durch den Einsatz von Reem Alabali-Randovan unter anderem als Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus vorbildlich aufstellt.

Antrag S07: Bestellung von Vertrauenspersonen gegen sexualisierte Gewalt

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	S - Sonstiges

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die Antidiskriminierungsstellen der Partei sollen um eine Vertrauensperson gegen
- 2 sexualisierte Gewalt erweitert werden. Diese soll mit den nötigen Kompetenzen
- 3 ausgestattet werden, um etwaige parteiinterne disziplinarische Schritte und
- 4 strafrechtliche Maßnahmen gegen Täter*innen unterstützend einleiten und begleiten zu
- 5 können. Überdies soll die Person den Opfern sexualisierter Gewalt beratend zur Seite
- 6 stehen.

Begründung

Die jüngsten Enthüllungen innerhalb der Partei Die Linke müssen uns ein Vorbild sein, um es besser zu machen und präventive Maßnahmen einzuleiten. Keine Partei ist frei von Sexismus oder Schlimmerem aktivem Handeln. Täter*innen müssen konsequent sanktioniert werden, statt dass sie gedeckt werden. Opfer müssen unterstützt und gehört werden.

Antrag S08: Erweiterung und Aufwertung des Bundesausschusses mit einer Größe von 75 und Beschlussfähigkeit

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	S - Sonstiges

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die Satzung des Bundesverbands der Jusos soll dahingehend geändert werden, dass der
- 2 Bundesausschuss die Kompetenz erhält, zwischen den Bundeskonferenzen Beschlüsse über
- 3 in der Bundeskonferenz nicht behandelte Anträge zu fassen. Außerdem soll die Größe
- 4 von aktuell 20 Grundmandaten und 10 proportional verteilten Mandaten erweitert werden
- 5 auf insgesamt 75, davon ein Grundmandat pro Bezirk und die übrigen Mandate
- 6 proportional. Der Bundesausschuss muss mindestens zwei Mal pro Jahr tagen. Der
- 7 Bundesausschuss soll auch Anträge, die vorher vom Bundeskongress vertagt worden sind,
- 8 mit einem besonderen Priorisierungsvermerk zurück zum Bundeskongress schicken können.
- 9 Außerdem sollen alle Landesverbände bzw. Bezirke die Möglichkeit haben, Anträge
- 10 direkt im Bundesausschuss einreichen zu können. So können aktuell relevante
- 11 Thematiken schneller auf Juso-Bundesebene bearbeitet werden.

Begründung

Wir Jusos sind der inhaltliche Vorreiter der SPD, der politischen Linken und der gesamten Gesellschaft. Viele großartige Forderungen in der politischen Debatte stammen aus dem Juso Beschlussbuch. Allerdings wurde in der Vergangenheit oft auf Juso-Bundeskongressen die Erfahrung gemacht, dass viele gute Anträge aus dem Antragsbuch nie die Chance hatten, überhaupt debattiert zu werden. Dabei wären viele eine wertvolle Erweiterung der Beschlusslage gewesen oder wurden in verschiedenen Delegiertenvorbesprechungen mühsam konsensfähig gemacht.

Daher sollte, wie es in vielen Landesverbänden im ganzen Bundesgebiet bereits gelebte Praxis ist, der Bundesausschuss auch zwischen Bundeskongressen Anträge beschließen können. So wird nicht nur die Beschlusslage erweitert werden, sondern so kann auch viel besser auf neu aufkommende politische Entwicklungen reagiert werden. Anträge, bei der der Bundesausschuss denkt, dass sie den Rahmen und die Diskussion eines großen Bundeskongresses bedürfen, können dann dank des Priorisierungsvermerks auf dem nächsten Bundeskongress diesen Raum bekommen.

Die Erweiterung auf 75 Mandate ist wichtig, damit eine gewisse Proportionalität und Repräsentativität gegeben ist. Es ist nicht wünschenswert, dass im Bundesausschuss systematisch andere Mehrheiten entstehen können als auf dem Bundeskongress. Mit den aktuell 20 Landesverbänden bzw. Bezirken wäre der Anteil von Grundmandaten bei dem neuen Bundesausschuss $20/75 = 26\%$, ähnlich also zu dem Anteil auf dem Bundeskongress (20%).

Der Zahl 75 wurde angelehnt an den Parteikonvent der SPD (150) und der Tatsache, dass der Juso-Bundeskongress halb so groß ist wie der SPD-Bundesparteitag.

Als inhaltlicher Richtungsverband müssen wir diese Chance ergreifen, langfristig inhaltlich produktiver und damit auch noch besser zu werden!

Antrag U01: Schutz und Erhalt des Wattenmeeres!

Antragsteller*in:	Jusos Weser-Ems
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Seit 13 Jahren besitzt das Wattenmeer die Auszeichnung "Unesco-Weltkulturerbe". Damit
2 das Wattenmeer auch in Zukunft erhalten bleibt und somit der Fortbestand des
3 einzigartigen Lebensraumes gesichert ist, müssen wir jetzt Initiative zeigen und
4 unsere Umwelt schützen. Schließlich umfasst das Wattenmeer ein Schutzgebiet von 1,2
5 Millionen Hektar.

6 Förderung von Bildung

7 Um hinsichtlich der ökologischen Bedeutung des Wattenmeeres ein Bewusstsein zu
8 schaffen, gilt es ein umfangreiches Angebot an Informations- und Bildungszentren zu
9 fördern. Außerschulische Lernorte, aber auch touristische Angebote im
10 Bildungsbereich, sind hierfür die Grundlage. Die Wattenmeer Besucherzentren
11 Wilhelmshaven und Cuxhaven, aber auch die weiteren 17 Nationalpark-Häuser in
12 Niedersachsen bilden hierfür die Grundlage. Daher fordern wir den Erhalt und die
13 Unterstützung des bestehenden Bildungsangebotes rund um das Wattenmeer.

14 Wattenmeer:

15 Das Wattenmeer stellt einen der artenreichsten Lebensräume unseres Planeten dar.
16 Es beherbergt mehr als 10.000 Arten von Einzellern, Pflanzen und Tieren. Der Schutz
17 und Erhalt dieses Ökosystems ist oberste Priorität. Um die vielfältige Tier- und
18 Pflanzenwelt des Wattenmeeres zu erhalten, müssen Abfälle verringert und fachgerecht
19 entsorgt werden, Öl- und Gasförderung müssen reduziert werden, Fischerei und
20 Schifffahrt in sensiblen Bereichen beschränkt sowie die Fischerei auf eine
21 nachhaltige Form umgestellt werden. Zudem müssen im Wattenmeer wieder mehr natürliche
22 Prozesse zugelassen und Störungen durch Freizeitnutzung verringert werden. Das
23 Wattenmeer darf dazu nicht für wirtschaftliche Interessen ausgenutzt werden, sonder
24 muss vorrangig dem Umweltschutz unterstellt sein. Um die natürliche Dynamik des
25 Ökosystems zu erhalten fordern wir Jusos:

- 26 - Artenschutz, in dem fremde Arten im Ökosystem Wattenmeer vermieden werden, die
27 unbewusst in das Wattenmeer transportiert werden
- 28 - ein Verbot der Grundschieppnetzfisherei
- 29 - die Vermeidung und Eindämmung von Lärm, der die Kommunikation zahlloser Arten stört
- 30 - eine Verringerung und fachgerechte Entsorgung der Abfälle, sowie eine konsequente
31 Verfolgung von Unternehmen, die sich nicht daran halten
- 32 - eine Beendigung der Öl- und Gasförderung
- 33 - Beendigung von Militäraktivitäten im Wattenmeer
- 34 - Verbesserung der Schiffssicherheit und der Küstenwache
- 35 - Schaffung nutzungsfreier Zonen (ganze Prielströme!) auf etwa 15 %
36 der Nationalparkfläche
- 37 - Rückführung der Miesmuschelfischerei auf den Stand bei Einrichtung
38 der Nationalparke
- 39 - Verbot der Fischerei auf alle anderen Muschelarten sowie ein Verbot
40 von Grundschieppnetzfisherei

- 41 - Keine neuen Großbauprojekte wie Eindeichungen, Seekabel oder Bohrinseln im Watt
42 - Wiederherstellung von Brack- und Salzwasser-Habitaten in Flußmündungen und Kögen
43 - Naturschutzgerechte Entwicklung der Windkraft im Küstenraum
- 44 **Nordseeschutz**
- 45 Das Meer bildet als das größte Ökosystem eine entscheidende Grundlage für unser
46 ökologisches und ökonomisches Handeln. Die Nordsee gehört mit seinem zweimal täglich
47 trockenfallenden Meeresboden – dem Watt – sowie Prielen, Flachwasser, Sandbänken,
48 Dünen und Salzwiesen zu den größten natürlichen Lebensräumen, die wir im Westen
49 Europas noch haben. Millionen von Watt- und Wasservögeln sind auf das Wattenmeer und
50 den angewiesen. Die Nordsee gehört zu den natürlichsten Gebieten in Westeuropa. Um
51 das Ökosystem in der Nordsee zu erhalten und zu stabilisieren, fordern wir:
- 52 - konkrete Pläne zur konsequenten Plastikvermeidung, da dieser mit weltweit jährlich
53 9 Millionen Tonnen ins Meer gelangt
- 54 - Keinen Tiefseebergbau
- 55 - Vermeidung der Eutrophierung durch neue Wege in der konventionellen Landwirtschaft
56 - "Entgiftung" der Landwirtschaft durch eine Stickstoffsteuer und ein Pestizid63
57 Reduktionsprogramm
- 58 - Förderung der ökologischen Landwirtschaft u.a. durch eine bessere Vermarktung der
59 Produkte
- 60 - Ausstieg aus der Chlorchemie
- 61 - Pflicht zur Recyclingwirtschaft für alle umweltbelastenden Produkte
62 (Autos, Computer...)
- 63 - Bremsung von Straßenbau und -verkehr zur Senkung der Luftschadstoffe
- 64 - Senkung der Kutterzahlen und Fischfangquoten in der Nordsee um ein Drittel
- 65 - Fischmehlproduktion aus derzeit nicht verwendeten Beifängen statt
66 durch "Gammelfischerei"
- 67 - Verbesserung der Küstenwache und Schiffssicherheit sowie Markierungssender für
68 Giftcontainer

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag U02: It's gettin' hot in here: Abkehr von atomar-fossilen Energien beschleunigen, um Erderwärmung zu bremsen und Klimaziele zu erreichen!

Antragsteller*in:	Jusos Hannover
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Die Zeit wird knapp, um das beschlossene 1,5-Grad-Ziel aus dem Übereinkommen von
2 Paris der UN-Klimakonferenz aus dem Jahr 2015 noch einzuhalten. Klimaforscher*innen
3 mahnen nunmehr seit Jahren die verheerenden Folgen des Klimawandels und der damit
4 einhergehenden Erderwärmung an. Um zum Beispiel den bedrohlichen Meeresspiegelanstieg
5 durch die Eisschmelze oder vermehrte Extremwetterereignisse wie heftige Regenfälle
6 sowie Dürren und Waldbrände zu minimieren, muss jenes 1,5-Grad-Ziel erreicht werden.
7 Die in der letzten Zeit eingetretenen Extremwetterereignisse wie die Flutkatastrophe
8 im Ahrtal, die Dürre und Waldbrände in Europa oder die Überschwemmungen in Pakistan
9 zeigen die realen Auswirkungen des Klimawandels. Und dennoch werden beschlossene
10 Klimaziele in einzelnen Sektoren Jahr für Jahr nicht eingehalten. Ebenso wird der
11 Kurs zum Erreichen der Klimaneutralität nur unzureichend nachgebessert, sodass das
12 Ziel, im Jahre 2045 klimaneutral zu sein, immer unwahrscheinlicher wird.

13 Bei der notwendigen globalen Perspektive geht der Weltklimarat (IPCC) in seinem
14 aktuellen Klimabericht mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 Prozent davon aus, dass
15 die kritische Marke der Erderwärmung von 1,5 Grad bereits im Jahr 2026 überschritten
16 wird. Nach Berechnungen des IPCC ist theoretisch eine Erderwärmung bis zum Ende des
17 Jahrhunderts von 1,4 bis 4,4 Grad Celsius möglich. Für wahrscheinlich halten die
18 Wissenschaftler*innen eine Erhitzung mit dramatischen Auswirkungen von 3,2 Grad bis
19 zum Jahr 2100, da die Treibhausgasemissionen zwar langsamer, aber immer noch zu-
20 statt abnehmen.

21 Um das 1,5-Grad-Ziel doch noch zu erreichen, müssen wir die Emissionen
22 schnellstmöglich auf eine Netto-Null senken. Dabei steht der globale Norden, der
23 durch sein emissionsintensives System vornehmlich zum anthropogenen Klimawandel
24 beiträgt, in besonderer Handlungsverantwortung. Die Klimaneutralität wollen wir
25 hierzu bis zum Jahr 2040 mit einem strikten 1,5-Grad-Pfad erreichen. Ein wichtiger
26 Bereich zur Dekarbonisierung im Rahmen der sozial-ökologischen Transformation ist
27 dabei der Energiesektor, der global und auch in Deutschland für jeweils über ein
28 Drittel der verursachten Gesamtemissionen verantwortlich ist. Der Energiesektor und -
29 markt steht aktuell doch nicht nur im Rahmen der Dekarbonisierung im Fokus, sondern
30 in besonderer Hinsicht auch wegen der hohen Abhängigkeit von fossilen Energieträgern
31 seit dem 24. Februar 2022, dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine.

32 Deutschland ist sowohl in der Strom- als auch in der Energieversorgung nach wie vor
33 stark abhängig von atomar-fossilen Energien und insbesondere von fossilen
34 Energieträgern. Im Jahr 2021 wurde Strom nämlich fast 41% aus fossilen Energieträgern
35 und über 13% aus Kernenergie erzeugt. Der Anteil von erneuerbaren Energien betrug
36 entsprechend nur knapp 46%. Eine noch größere Abhängigkeit von den fossilen
37 Energieträgern Kohle, Gas und Öl zeigt sich im gesamten Energiemix mit einem Anteil

38 in Höhe von über 73%. Erneuerbare Energien decken am Energieverbrauch nur einen
39 kleinen Anteil von rund 21%. Der Weg zu einem klimaneutralen Stromsystem und zu einer
40 klimaneutralen Energieversorgung in weiteren Sektoren wie der Industrie oder im
41 Gebäude- und Verkehrssektor ist somit noch weit. Trotz des beschlossenen Klimaziels
42 und dem angehobenen 80%-Ziel erneuerbarer Energien bei der Stromversorgung bis zum
43 Jahr 2030, stockt der Ausbau regenerativer Energien in den letzten Jahren erheblich,
44 vor allem der Ausbau von Windenergieanlagen. Der Ausbau von erneuerbaren Energien
45 rückt durch die enorme Abhängigkeit von russischen fossilen Energieträgern noch
46 stärker in den Fokus. Deshalb müssen bürokratische Hürden und weiter bestehende
47 Hemmnisse endlich beseitigt werden und der Ausbauturbo für erneuerbare Energien
48 gezündet werden, damit eine resiliente Energieversorgung aus Erneuerbaren
49 sichergestellt werden kann.

50 ¶¶ In diesem Antrag fokussieren wir uns auf den Beitrag, den der Energiesektor leisten
51 muss, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen und welche Maßnahmen kurz- bis
52 langfristige ergriffen werden müssen, um die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern
53 aus Russland zu beenden und den aktuellen Verwerfungen auf den Energiemärkten stand
54 zu halten.

55 **Aus Fehlern lernen: Russlands “Energiekrieg” gegen Europa muss in einer** 56 **Energiesouveränität münden!**

57 Deutschland ist in seiner Energieversorgung erheblich von den fossilen Energieträgern
58 Kohle (12%), Öl (35%) und Gas (23%) abhängig. Die Abhängigkeit besteht dabei nicht
59 nur in der Tatsache der Verwendung der klimaschädlichen Rohstoffe, sondern auch in
60 ihrem Ursprung, da Deutschland u.a. aufgrund des Ressourcenmangels Energieimportland
61 ist und bei der Primärenergiegewinnung stark von Energieimporten abhängig ist. So
62 beträgt die Importquote im aktuellen fossil-atomaren Energiesystem zwischen 94% beim
63 Erdgas, über 98% beim Erdöl, bis 100% bei Steinkohle und Uran. Das muss, insbesondere
64 bei einer großen Diversifikation der Herkunftsländer, von welchen die Energie bezogen
65 wird, nicht zwangsläufig problematisch sein. Es ist jedoch ein Problem, wenn man sich
66 energiepolitisch über Jahre hinweg nicht nur in der Beschaffung, sondern auch bei der
67 Infrastruktur abhängig von einem autokratischen System macht. Es ist jedoch ein
68 Problem, wenn man sich energiepolitisch durch den (richtigerweise) beschlossenen
69 Atom- und Kohleausstieg von dem Energieträger Gas abhängig macht, welcher im
70 vergangenen Jahr zu 55% aus Russland kommt. Weiterhin kommen zusätzlich rund 50% der
71 importierten Steinkohle sowie ca. 35% des Erdöls aus Russland.

72 Die Kohle- und Ölimporte aus Russland lassen sich vergleichsweise simpel, wenn auch
73 bei knapper Verfügbarkeit, auf dem Weltmarkt ersetzen. Auch deshalb beschloss die
74 Europäische Union im Rahmen ihrer umfassenden Sanktionspakete ein vollständiges
75 Kohle- und überwiegendes Öl-Embargo. Aufgrund des überwiegend leitungsgebundenen
76 Transports und des Fehlens von entsprechenden Terminals ist die Substitution von
77 Erdgas jedoch schwieriger. Durch den Lieferstopp über die Jamal-Pipeline und die
78 erheblichen Drosselungen und (teilweisen) Lieferstopps über die Transgas-Pipeline und
79 Nord Stream 1, welche mit fadenscheinigen technischen Vorwänden begründet werden, ist
80 die deutsche und europäische Gasversorgung angespannt. Forderungen, dass stattdessen
81 die Ostseepipeline Nord Stream 2 in Betrieb genommen werden soll, sind hingegen
82 absurd, weil die russischen Gaslieferungen nach der Willkür des Kremls ausbleiben und
83 beispielsweise nicht umgeleitet werden. Um in diesem und nächsten Winter eine

84 Gasmangellage zu verhindern, welche je nach Ausmaß fatale volkswirtschaftliche
85 Schäden verursachen könnte, muss auf der einen Seite womöglich das Gas durch andere
86 Energieträger substituiert und auf der anderen Seite der Erdgasverbrauch gesenkt
87 werden. Erdgas wird zu 50% in der Wärmeversorgung (Heizen), zu 35% in der Industrie
88 und zu 15% zur Stromerzeugung genutzt. Da das Gas in der Wärmeversorgung und in
89 industriellen Prozessen kaum kurzfristig substituierbar ist, muss es das Ziel sein,
90 Gas in der Verstromung zu ersetzen. Das könnte in der aktuellen Situation
91 grundsätzlich mit einer verstärkten Kohleverstromung oder perspektivisch auch mit
92 einer Verlängerung der drei letzten am Netz verbliebenen Kernkraftwerke Emsland,
93 Neckarwestheim 2 und Isar 2 geschehen. Zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit
94 ist es richtig, dass in einem klar definierten, befristeten Rahmen verstärkt
95 Kohlekraftwerke (auch aus der Reserve) eingesetzt werden. Dennoch dürfen trotz der
96 Ausnahmesituation sowohl Klimaziele, als auch Ausbauziele der erneuerbaren Energien
97 oder der angestrebte Weg des Kohleausstiegs nicht gefährdet oder gar zur Disposition
98 gestellt werden. Zusätzlich lehnen wir sowohl den Streckbetrieb als auch eine
99 reguläre Laufzeitverlängerung der drei letzten deutschen Reaktoren ab. Der mühsam
100 errungene deutsche Atomkonsens ist für uns nicht verhandelbar!

101 **Better safe than sorry: Der Atomausstieg ist auch in der Krise nicht verhandelbar!**

102 Die letzten drei Atommeiler sind wegen ihrer über dreißigjährigen Betriebsdauer ein
103 unberechenbares Risiko. Seit dem Ausstiegsbeschluss aus dem Jahr 2011 wurde den
104 Betreibern mit Hinblick auf die klar definierte Restlaufzeit zugestanden, auf
105 Nachrüstungen und Reparaturen zu verzichten. Darüber hinaus wurde auch auf die im
106 Normalfall jede zehn Jahre anfallende periodische Sicherheitsprüfung der
107 Kernkraftwerke verzichtet, welche mittlerweile seit über drei Jahren überfällig ist.
108 Ein "schnelles Nachholen" dieser Sicherheitsprüfung ist wegen des zum Teil
109 mehrjährigen Umfangs nicht möglich, weshalb eine Laufzeitverlängerung alleine aus
110 Sicherheitsabwägungen nicht tragbar ist. Darüber hinaus ist die Atomkraft zusätzlich
111 zu den erheblichen Sicherheitsbedenken keine krisenfeste Zukunftstechnologie. Nicht
112 nur bei Klimakatastrophen, sondern auch bei anhaltenden klimatischen Veränderungen
113 wie Hitze und daraus resultierenden überheizten Flüssen mit niedrigen Pegelständen,
114 liefern Atomkraftwerke nicht zuverlässig Energie. Infolgedessen mussten
115 beispielsweise einige französische Atommeiler vom Netz genommen werden und
116 verbrauchen Strom, anstatt ihn zu produzieren. Darüber hinaus können die drei letzten
117 deutschen Kernkraftwerke die Energiekrise nicht lösen. Ein sog. Streckbetrieb bei
118 reduzierter Leistung bis zum Sommer bringt in der aktuellen Situation je nach
119 Ausgestaltung wenig bis nichts, außer ein höheres Sicherheitsrisiko, da unterm Strich
120 keine Kilowattstunde Strom mehr erzeugt wird - ein Nullsummenspiel. Der Streckbetrieb
121 könnte das Einfallstor für eine weitere mehrjährige Laufzeitverlängerung sein, wofür
122 neue Brennelemente beschafft werden müssten. Den Reservebetrieb aus dem Haus des
123 Bundeswirtschaftsministeriums lehnen wir unter den gleichen Gesichtspunkten wie den
124 Streckbetrieb und den zusätzlichen Problemen wie der signifikant hohen Kosten der
125 Bereitstellung sowie den technischen Schwierigkeiten des Ab- und Einschaltens
126 ausdrücklich ab. Atomkraftwerke für eine Reserve ungeeignet sind. Da in der EU kein
127 Uran abgebaut wird, müsste es als Energieträger ebenfalls importiert werden. Hierbei
128 kommen 20% des Natururans und zusätzlich 26% des bereits angereicherten Urans
129 ebenfalls aus Russland sowie weitere 20% des Natururans aus Kasachstan. Folglich kann
130 hier ebenfalls nur schwer eine Energieunabhängigkeit erreicht werden. Weitere

131 Uranminen wie in Niger, Kanada und Australien befinden sich teilweise in Gebieten,
132 die von indigenen Völkern bewohnt werden. Mit dem weiteren Uranabbau wird die
133 Lebensgrundlage der indigenen Völker zunehmend zerstört. Darüber hinaus muss für eine
134 erneute Beschaffung von Brennelementen mit einer Lieferzeit von mindestens zwölf bis
135 fünfzehn Monaten gerechnet werden. Die zweifelhafte Maßnahme würde somit die akute
136 Krise sogar zeitlich verfehlen.

137 Egal, ob Streckbetrieb oder mehrjährige Laufzeitverlängerung, die Atomkraft ist eine
138 Hochrisikotechnik mit zunehmendem Sicherheitsrisiko, die weder die Energiekrise löst
139 noch ökonomisch sinnvoll ist. Es ist verantwortungslos über eine hochkomplexe
140 Risikotechnologie so salopp zu diskutieren, ohne dass eine annähernd "sichere"
141 Atommüllendlagerung gewährleistet wird, welche im Übrigen durch den Bundeshaushalt
142 finanziert wird. **Für uns steht fest: Kein Ausstieg vom Ausstieg!**

143 **Die Zukunft gehört den Erneuerbaren: Kein Fracking zulassen und Infrastruktur**
144 **nachhaltig denken!**

145 In der Ersatzbeschaffung von Erdgas muss dringend darauf geachtet werden, dass man
146 sich nicht erneut in so eine enorme Abhängigkeit eines weiteren Staates begibt.
147 Ausgeweitete Kooperationen mit autokratischen Regimen müssen nach Möglichkeit
148 vermieden werden. Stattdessen muss in der Beschaffung ebenfalls mit kurzfristigem
149 Blick durch den Aufbau der (Floating-)LNG-Infrastruktur Flüssiggas in deutschen Häfen
150 in das Pipeline-Netz und in Speicher eingespeist werden. Ähnlich wie bei der
151 Verwendung von Kohle ist die Nutzung von Flüssiggas wegen der extrem negativen
152 Auswirkung von Klima und Umwelt in der Gewinnung und Verwendung nur in der aktuellen
153 Ausnahmesituation hinnehmbar. Deshalb ist es wichtig, dass die Infrastruktur
154 technologisch bereit ist für den Import von (grünem) Wasserstoff. Zusätzlich steht
155 für uns das Verbot von kommerziellen Fracking-Vorhaben nicht zur Debatte. Eine
156 zukunftsfähige sozial-ökologische Transformation des Energiesektors baut auf
157 erneuerbaren Technologien auf. Das fossil-atomare Energiesystem muss endlich
158 überwunden werden!

159 Neben der Erdgas-Substitution ist die Verbrauchsreduktion zur Verhinderung eines
160 Gasmangels notwendig. Expert*innen gehen davon aus, dass sich der Verbrauch um 20-25
161 Prozent vermindern muss, damit Mangellagen verhindert werden können - im 1. Halbjahr
162 2022 wurden über 14% eingespart. Auf europäischer Ebene sind die Mitgliedsländer (mit
163 einigen Ausnahmen) zusätzlich dazu aufgerufen, den Gasverbrauch um 15% zwischen
164 August 2022 und März 2023 zu reduzieren. Entsprechend sind neben den Einsparungen in
165 der Verstromung auch Verbrauchsreduktionen in der Wärmeversorgung und der Industrie
166 notwendig. Durch die enorm gestiegenen Preise, welche zum Teil schon durch Erhöhungen
167 der Abschlagszahlungen weitergegeben wurden, achten Konsument*innen genau auf ihren
168 Verbrauch und versuchen ihn weitmöglichst zurückzufahren. Die hohen Strom- und
169 Energiepreise belasten ebenfalls die Industrieunternehmen, welche ebenfalls
170 versuchen, den Verbrauch zu optimieren, um weiterhin eine wirtschaftliche Produktion
171 aufrechterhalten zu können. Deshalb lehnen wir gesonderte staatliche Anreize zur
172 industriellen Gaseinsparung (wie z.B. via Auktionen) für Konzerne ab, da
173 Gaseinsparungen aufgrund der hohen Energiekosten im Eigeninteresse der Unternehmen
174 liegen und keine gesonderten Subventionen erforderlich macht.

175 **Entlastung statt Belastung: Energiepreisdeckel statt unsozialer Gasumlage**

176 Die historische Energiekrise bringt ebenfalls historische Strom- und Energiepreise in

177 Europa hervor, welche nicht nur die Verbraucher*innen und gewerbliche Abnehmer*innen
178 unter Druck setzt, sondern die gesamte Wertschöpfungskette der Energieversorgung vom
179 Energieimporteur bis zum kommunalen Stadtwerk. Das liegt im Kern daran, dass teure
180 Ersatzbeschaffungen zum Spot-Preis getätigt werden müssen, da die vereinbarten
181 Gaslieferungen von russischer Seite nicht eingehalten werden. Das oberste Ziel in der
182 aktuellen Situation muss sein, dass die Energieversorgung kurz- und mittelfristig
183 aufrechterhalten werden kann und dass Kaskadeneffekte entlang der gesamten
184 Versorgungskette verhindert werden. Da Energieimporteure in der Kette meist viele
185 Stadtwerke versorgen, ist es sinnvoll, das Energieversorgungssystem möglichst früh zu
186 stützen. Die Gas-Umlage von Bundeswirtschaftminister Habeck unter dem neoliberalen
187 Mantra "Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren" ist in aller Konsequenz als
188 unsoziale Maßnahme abzulehnen, denn es ist in der aktuellen Energiekrise nicht die
189 Aufgabe von Verbraucher*innen in die Krise gekommene Unternehmen zu retten, sondern
190 die des Staates. Somit wären gesellschaftsrechtliche Beteiligungen des Staates zur
191 Stützung von Energieunternehmen und der gesamten Energieversorgung eindeutig zu
192 bevorzugen. Zusätzlich profitieren nach dem Entwurf aus dem
193 Bundeswirtschaftsministerium nicht nur Unternehmen, die wirklich in Not sind und
194 Verluste in Milliarden machen, sondern auch diejenigen, die weiterhin Gewinne machen
195 und mit der Gasumlage sogar noch steigern können. Anstatt die Konsument*innen
196 angesichts der hohen Gaspreise und den Preiserhöhungen mit einer zusätzlichen Umlage
197 zu belasten, müssen Verbraucher*innen vor den hohen Preisen geschützt werden. **Die**
198 **Strom- und Energieversorgung ist kein Luxusgut, sondern als fester Bestandteil der**
199 **Daseinsvorsorge ein Grundbedürfnis.**

200 Adäquate Maßnahmen sind hierfür Energiepreisdeckel für den Grundbedarf entsprechend
201 der Haushaltsgröße für Strom und Gas. So oder so muss jedoch im Rahmen eines
202 Zahlungsmoratoriums sichergestellt werden, dass privaten Haushalten weder gekündigt
203 noch die Versorgung versagt werden darf. Ergänzend zu den Maßnahmen für die
204 Verbraucher*innen und am Anfang der Wertschöpfungskette bei den Energieimporteuren,
205 müssen auch die kommunalen Stadtwerke geschützt werden, denn je nach vorheriger
206 strategischer Ausrichtung sind auch die kommunalen Stadtwerke unter Druck und
207 schreiben rote Zahlen. Da die Stadtwerke häufig kommunale Anteilseigner haben oder
208 gar als Eigenbetrieb einer Kommune fungieren, belasten diese roten Zahlen
209 zwangsläufig auch die dahinterstehenden Kommunen und die kommunalen Haushalte.
210 Infolgedessen braucht es Hilfen für die kommunalen Stadtwerke in Form von Krediten
211 und Bürgschaften sowie ein Insolvenzmoratorium - ein Schutzschirm für Stadtwerke,
212 wofür die finanziellen Mittel auf Bundesebene bereitgestellt werden müssen. Im
213 Grundsatz steht für uns fest, dass die Energieversorgung und die entsprechende
214 Infrastruktur wie beispielsweise Stromnetze und Gasnetze samt Speicher als Teil der
215 Daseinsvorsorge vollständig in staatliche Hand gehören.

216 **Lösen wir endlich die Fesseln! Turbo für Erneuerbare und ein klimaneutrales**
217 **Stromsystem!**

218 Absolute Priorität hat fortan die Schaffung eines resilienten und flexiblen
219 klimaneutralen Strom- und Energiesystem. Durch die Sektorenkopplung, also die
220 zunehmende direkte und indirekte Elektrifizierung von industriellen Prozessen, der
221 Mobilität und der Wärmeversorgung, wird der Strombedarf in den nächsten Jahren
222 erheblich (auf bis zu 750 TWh) steigen. Folglich müssen nun kurzfristig die richtigen

223 Maßnahmen eingeleitet werden, um den sich erhöhenden Strombedarf mit regenerativer
224 Energie abzudecken - es braucht endlich den Turbo für den Ausbau der erneuerbaren
225 Energien, der Netze sowie Energiespeicher. Die sog. Fortschrittskoalition muss alle
226 verbliebenen bürokratischen Hürden und Hemmnisse, welche die Union in ihrer
227 sechzehnjährigen Regierung etabliert hat, beseitigen. Die regulatorischen Fesseln der
228 Wind- und Solarenergie müssen endlich beseitigt werden, damit wir unabhängig von
229 fossiler und unabhängig von russischer Energie werden und damit wir die Sekorenziele
230 der Energiewirtschaft und die Klimaziele insgesamt erreichen können.

231

232 **Mehr Wind of change zwischen den Rotorblättern: Schluss mit pauschalen**
233 **Abstandsregelungen und her mit vereinfachten und schnelleren Planungs- und**
234 **Genehmigungsverfahren**

235 Die Windenergie an Land in Deutschland ist ein wichtiger Pfeiler in der
236 Stromerzeugung. Mittlerweile produzieren die rund 28.300 Onshore-Windenergieanlagen
237 mit einer installierten Leistung von über 57 GW fast 113 TWh Strom, was ungefähr 23%
238 am deutschen Strommix ausmacht. Trotz der hohen Erfordernis zur Erreichung der Klima-
239 und Ausbauziele, stockt der Ausbau der Windenergie massiv. Während in den guten
240 Windausbaujahren bis 2017 nahezu bis zu 1.800 Windenergieanlagen jährlich errichten
241 worden sind, wurden 2021 keine 500 Anlagen in Betrieb genommen und auch die
242 Genehmigungen für Windenergieanlagen an Land sind stark rückläufig. Die Ausbaudelle
243 ist vor allem auf die politischen Fehlentscheidungen der Unions geführten
244 Bundesregierung zurückzuführen, welche den Ausbau durch Maßnahmen wie die 2017
245 eingeführte Ausschreibungspflicht ausgebremst hat. Darüber hinaus verhindern auf
246 Landesebene pauschale und überzogene Abstandsregelungen zur Wohnbebauung den Ausbau
247 der Windenergie weiter und reduzieren in Kombination mit einer restriktiven
248 Regionalplanung sowie einer pauschalen Priorisierung anderer Belange (z.B. Radare)
249 die Flächenkulisse. Ein weiteres Problem ist, dass nach wie vor die komplexen
250 Genehmigungsverfahren auch wegen Personalmangels in den Behörden durchschnittlich
251 vier bis fünf Jahre dauern. Zusätzlich existiert auch wegen der mäßigen lokalen
252 Akzeptanz eine hohe Klagebereitschaft gegen den Bau von Windenergieanlagen.
253 Klagegründe stammen hierbei häufig aus dem Bereich des Artenschutzes (Gefährdung
254 geschützter Vogel- bzw. Fledermausarten sowie allgemeine Artenschutzaspekte), aber
255 auch Form- und Verfahrensfehler, Lärmschutz sowie Flächenzugriffe werden als weitere
256 Gründe angeführt. Die von der Ampel-Koalition beschlossene EEG-Novelle sieht zur
257 Erreichung des 80%-Ziels an erneuerbaren Energien bis 2030 deutlich erhöhte
258 Ausbauziele für die Windenergie an Land vor. So sollen im Jahr 2023 insgesamt 12,8 GW
259 und in den Folgejahren jeweils 10 GW ausgeschrieben werden. In Hinblick auf den Zubau
260 der Jahre 2019 bis 2021, welcher jeweils nur zwischen 1,1 und 1,9 GW lag, sind die
261 Ausbauziele im aktuellen regulatorischen Rahmen unrealistisch. Zwar gab es schon
262 Verbesserungen im Rahmen des "Osterpakets" wie die verpflichtende Flächenausweisung
263 für Windenergienutzung bis Ende 2032, die pauschalen Landes-Abstandsregelungen wie in
264 Bayern (10H-Regel) werden jedoch nicht sofort abgeschafft. Auch wurde im
265 Bundesnaturschutzgesetz geregelt, dass der "Betrieb von Windenergieanlagen im
266 u**ber**ragenden o**ff**entlichen Interesse liegt und der o**ff**entlichen Sicherheit dient".
267 Dennoch sind die Vorgaben im Natur- und Artenschutz immer noch unklar und offen,
268 sodass Rechtsstreitigkeiten weiterhin die Umsetzung von Projekten erschweren. Zur

269 realistischen Möglichkeit, die Ausbauziele zu erreichen, wollen wir die Hürden für
270 den Windenergieausbau abbauen und fordern die sofortige Abschaffung von Landes-
271 Abstandsregelungen und die verpflichtende Ausweisung von 2% der Landesfläche für den
272 Betrieb von Windenergieanlagen bis spätestens 2030, wobei auch attraktive windhöfliche
273 Flächen ausgewiesen werden sollen. Mit der schnellen Verankerung des Ziels in Landes-
274 und Regionalraumordnungsprogrammen können ausreichende Flächen für eine
275 klimaneutrale und versorgungssichere Stromversorgung erreicht werden. Darüber hinaus
276 müssen die pauschalen Priorisierungen anderer Belange endlich durch angemessene
277 Einzelfallabwägungen gekippt werden. Zur Beschleunigung der Planungs- und
278 Genehmigungsprozesse braucht es auf der einen Seite klare und bundesweit einheitliche
279 gesetzliche Prüfkriterien im Naturschutzrecht und auf der anderen Seite genügend
280 personelle Ressourcen in den Genehmigungsbehörden, um ein schnelles und
281 rechtssicheres Verfahren endlich zu ermöglichen. Hierbei müssen die ausreichenden
282 personellen Ressourcen unbedingt durch Weiterbildungsprogramme sichergestellt werden.
283 Wir sind der Auffassung, dass der Genehmigungsprozess keine sechs Jahre oder gar noch
284 länger dauern darf, sondern maximal sechs Monate! Wegen der mäßigen Akzeptanz von
285 Windenergieanlagen muss diese durch geeignete Maßnahmen gesteigert werden, sodass
286 auch juristische Auseinandersetzungen gegen den Bau von Windparks vermieden werden
287 können. Akzeptanz und Vertrauen können in den Projekten durch eine frühzeitige
288 Bürger*innenbeteiligung erreicht werden. Doch nicht nur durch eine proaktive und
289 vorausschauende Einbindung in ersten Planungsschritten, wo auch noch ein gewisser
290 Mitbestimmungsspielraum besteht, sondern vor allem durch eine verpflichtende
291 finanzielle Beteiligung der jeweiligen Standortkommune, kann ein gutes Commitment in
292 der Bevölkerung erreicht werden, sodass Bürger*innen, Kommunalpolitik und Verwaltung
293 Motivation haben den Ausbau lokal voranzubringen.

294 **Let the sun shine: Solar-Booster durch Solardachpflicht für Neubauten und** 295 **Wiederaufbau einer europäischen Solarindustrie**

296 Doch nicht nur die Stromerzeugung durch Windenergie, sondern auch durch Solarenergie
297 sind eine tragende Säule in Richtung klimaneutrales Stromsystem. Die aktuell fast 63
298 GW an installierter Leistung sorgen dafür, dass 2021 über 48 TWh ins Netz eingespeist
299 worden sind und Photovoltaikanlagen mit einem Anteil von 10% am deutschen Strommix
300 der zweitgrößte erneuerbare Energieträger sind. Nachdem die deutsche Solarindustrie
301 und der PV-Ausbau durch die schwarz-gelbe Bundesregierung u.a. durch die EEG-Novelle
302 2012 und der darin enthaltenen Strompreisbremse gegen die Wand gefahren wurde, haben
303 sich die Ausbauzahlen in den vergangenen Jahren wieder erholt. So konnte sich der
304 Ausbau von der Ausbaudelle (z.B. 2014 mit 1,2 GW Zubau) erholen und wird jährlich
305 mehr. Im Jahr 2021 konnten PV-Anlagen mit einer Leistung von 5,6 GW zugebaut werden
306 und für das Jahr 2022 wird mit einem Zubau von 7 GW gerechnet. Auch die neue
307 Bundesregierung erkennt die hohe Bedeutung der Solarenergie an und hat im Rahmen der
308 EEG-Novelle 2023 deutliche Verbesserungen der Rahmenbedingungen zum Ausbau von PV-
309 Anlagen und höhere Ausschreibungsvolumen in Höhe von 9 GW im Jahr 2023 und danach
310 jährlich von 11 GW beschlossen. Angesichts der Verbesserungen durch das "Osterpaket"
311 sind die Ziele durchaus realistisch, da regulatorische Fesseln wie der sog. atmende
312 Deckel gelöst und verbesserte Rahmenbedingungen wie höhere Vergütungssätze bei Voll-
313 und Teileinspeisern, ein einfacherer Netzanschluss und eine erweiterte Flächenkulisse
314 bei PV-Freiflächenanlagen implementiert wurden.

315 Dennoch gibt es weiteres Potenzial einen Solar-Booster zu entfallen! Auch wenn die
316 Situation beim PV-Ausbau besser ist als beim Ausbau der Windenergie, müssen gute
317 Voraussetzungen dafür geschaffen werden, eine ausreichend hohe Flächenverfügbarkeit
318 zu gewährleisten. Neben einem denkbaren gesetzlichen Flächenziel zur Ausweisung von
319 Flächen für PV-Anlagen ist vor allem die umfassende Erschließung geeigneter
320 Gebäudedächer sinnvoll. Aktuell liegt das PV-Potenzial auf Hausdächern bei fast 90%
321 Da der erzeugte Strom aus Photovoltaik-Anlagen mit Strom aus Windenergieanlagen an
322 Land am günstigsten ist, ist der Ausbau nicht nur aus Klimaschutz- sondern auch aus
323 wirtschaftlichen Gründen günstig für die Hausbesitzer*innen und Mieter*innen. Der
324 Ausbau von Aufdachanlagen muss durch stabile Anreize, wie die Erhöhung der
325 Einspeisevergütung, und durch eine ergänzende Solardachpflicht für Neubauten und
326 Bestandssanierungen beschleunigt werden. Weitere von der Ampel-Regierung angedachte
327 Verbesserungen, welche im Entschließungsantrag des "Osterpakets" mit beschlossen
328 worden sind, wie die steuerliche Vereinfachung von privaten PV-Aufdachanlagen mit
329 einer Leistung bis 30 kWp, Erleichterungen im Anmeldeverfahren und Netzanschlüsse von
330 Balkon-PV-Anlagen, müssen schnellstmöglich geregelt werden. So muss endlich bei den
331 Balkon-PV-Anlagen der Anschluss in Eigenregie ohne Erfordernis der Wieland-
332 Einspeisesteckdose ermöglicht und die Meldepflicht aufgehoben werden. Ebenfalls
333 wurde in der Absichtserklärung beschlossen, dass man Erleichterungen beim
334 Eigenstromverbrauch ermöglichen möchte. Insbesondere Letzteres muss in der aktuellen
335 Energiekrise schnellstmöglich und mit absoluter Priorität umgesetzt werden. Denn
336 momentan ist die Rechtslage so, dass Stromzähler nicht rückwärts laufen dürfen. Das
337 führt dazu, dass PV-Anlagen-Besitzer*innen den günstig erzeugten Strom der
338 Aufdachanlage ohne Stromspeicher nur für den in dem Moment im Haus anfallenden
339 Stromverbrauch nutzen können. Der überschüssige Strom wird in das Netz eingespeist,
340 wofür es meist eine feste Vergütung je Kilowattstunde gibt. Auf der anderen Seite
341 muss man aktuell exorbitant teuren Strom über den Stromtarif beziehen, wenn die PV-
342 Anlage beispielsweise wegen der Witterung keinen Strom erzeugt. Deshalb fordern wir,
343 dass sowohl für Balkon-PV-Anlagen als auch für (kleinere) private PV-Dachanlagen der
344 Stromzähler rückwärts laufen darf und der überschüssige von der PV-Anlage
345 eingespeiste Strom direkt mit dem aus dem Netz bezogenen Strom verrechnet wird.
346 Dieses Verfahren wird beispielsweise in den Niederlanden erfolgreich umgesetzt und
347 schafft bei den hohen Strompreisen einen zusätzlichen wirtschaftlichen Anreiz für
348 eine private PV-Anlage und lässt die Bürger*innen und nicht die Energiekonzerne
349 profitieren!

350 Neben den PV-Dachanlagen müssen auch Freiflächenanlagen und PV-Anlagen, welche eine
351 positive Mehrfachnutzung von Flächen ermöglicht, wie Agri-PV, Floating-PV oder
352 Fassaden-PV schnellstmöglich angemessen in den regulativen Vorgaben wie der
353 Raumordnung oder im Baurecht berücksichtigt werden. So ist u.a. die generelle
354 Freigabe für PV-Freiflächenanlagen sog. benachteiligter Gebiete (wie ertragsarme
355 landwirtschaftliche Flächen) weiterhin unter Vorbehalt von Landesverordnungen falsch.
356 Wegen zunehmender Flächenkonkurrenzen müssen neue Technologien, wo bislang nur
357 Pilotanlagen existieren, wie die Agri-PV als Symbiose zwischen Landwirtschaft und
358 Energieerzeugung gefördert werden. Fehlende Vergütungsregelungen (außerhalb von
359 Innovationsausschreibungen), die Gefahr des Wegfalls der Agrarförderung, die fehlende
360 baurechtliche Privilegierung und genehmigungsrechtliche Unsicherheiten in den
361 Behörden erschweren ein Wachstum in diesem Segment. Wir fordern deshalb, dass

362 umgehend ein unterstützendes regulatorisches Umfeld für PV-Technologien, welches
363 effektiv Flächen mehrfach nutzbar macht, geschaffen wird.

364

365 Beim Ausbau der Solarenergie muss zusätzlich die Angebotsseite der PV-Module und die
366 Gewinnung der dafür notwendigen Rohstoffe thematisiert werden. Denn entlang der
367 gesamten Wertschöpfungskette zur Herstellung von Solarmodulen gibt es eine enorme
368 Abhängigkeit von China. Sowohl in der Gewinnung von Polysilizium als elementarer
369 Rohstoff (80%) über die Herstellung der Wafer (97%) und Zellen (85%) als auch die
370 letztendliche Fertigung der Module (75%), die Abhängigkeit ist enorm. Zur Stärkung
371 einer resilienten Energieversorgung muss in einer europäischen Kooperation der
372 massive Ausbau einer europäischen Produktionskapazität vorangetrieben werden, denn
373 die aktuelle Situation zeigt, was es für fatale Folgen haben kann, wenn man sich
374 energiepolitisch dermaßen Abhängig von einem anderen Land macht. Ein Tausch der
375 Abhängigkeiten vom russischen Gas zu chinesischen Solarmodulen muss perspektivisch
376 verhindert werden! Die PV-Strategie der EU-Kommission "European Solar Initiative",
377 welche zum Ziel hat, bis zum Jahr 2025 insgesamt 20 GW Produktionskapazität in Europa
378 zu erreichen, ist ausdrücklich zu unterstützen und zu erweitern. Mit den neuen
379 europäischen Produktionskapazitäten würden direkt und indirekt schätzungsweise
380 400.000 neue, gut bezahlte Industriearbeitsplätze entstehen - bei Umsetzung ein
381 Leuchtturm der sozial-ökologischen Transformation. Ähnlich wie bei der Windenergie
382 sollen Standortkommunen von PV-Freiflächenanlagen finanziell beteiligt werden.
383 Darüber hinaus sollten Bürgerenergiekonzepte, welche häufig PV-Anlagen installieren,
384 gemäß der entsprechenden EU-Richtlinie gestärkt werden, sodass beispielsweise der
385 gemeinschaftliche Eigenverbrauch des lokal erzeugten Stroms ermöglicht wird.

386

387 **Speicher, Netzausbau und intelligente Steuerung gewährleisten Versorgungssicherheit** 388 **und Netzstabilität im klimaneutralen Energiesystem**

389 Um die enorme Hochskalierung von erneuerbaren Energien händeln zu können, muss unser
390 Energiesystem sukzessive auf erneuerbare Energien ausgerichtet werden. Ein
391 resilientes klimaneutrales Stromsystem mit den in der Stromerzeugung fluktuierenden
392 Windenergie- und Photovoltaikanlagen, welches die Versorgungssicherheit und
393 Netzstabilität gewährleistet, kann nur in Kombination mit einer Flexibilisierung des
394 Verbrauchs und mit Energiespeichern gelingen. Hierzu ist perspektivisch ein neuer
395 ganzheitlicher regulativer Rahmen für den Strommarkt wichtig. Der Gesetzgeber muss
396 langfristig Anreize setzen, dass erneuerbare Energien systemdienlich errichtet und
397 mit einer angemessenen Vergütung betrieben werden können. Insbesondere wenn auf lange
398 Sicht in einem klimaneutralen Stromsystem Erneuerbare alleinig für die Stromerzeugung
399 verantwortlich sind und durch die niedrigen Stromgestehungskosten der Strompreis
400 gesenkt ist, muss das Strommarktdesign und Strommarktmodell angepasst werden. Kurz-
401 bis mittelfristig benötigt es die Integration von Speicherkapazitäten, den
402 beschleunigten Netzausbau und eine intelligente Steuerung des Energiesystems durch
403 informations- und kommunikationstechnische Infrastruktur. Speicherkapazitäten müssen
404 zum einen im Kurzzeitbereich durch Batteriespeicher (Tagesstromspeicher) und zum
405 anderen im Langzeitbereich durch beispielsweise Wasserstoff oder synthetische Gase
406 wie Methan (saisonale Speicher) integriert werden. Im Bereich der Batteriespeicher
407 muss der notwendige Ausbau auf 84 Gigawattstunden bis 2030 (227 GWh in 2045)

408 überwiegend dezentral vorgenommen werden, um Netzengpässe zu vermeiden und die
409 Netzstabilität zu gewährleisten. Der Ausbau der Batteriespeicher darf sich jedoch in
410 keinem Fall nur auf Anlagen in privaten Haushalten beschränken, sondern sollte ebenso
411 wie die Netze von staatlicher Seite zur Verfügung gestellt werden. Der überregionale
412 Stromtransport aus Regionen mit großer Wind- und Solarstromerzeugung zu industriellen
413 oder bevölkerungsreichen Zentren muss gewährleistet werden. Ebenso gilt es die
414 Verteilnetze auszubauen, um die stark steigende Menge an dezentral erzeugtem Strom
415 aufnehmen zu können. Diesen Anforderungen muss mit einem angemessenen Netzausbau
416 begegnet werden. Auch der Ausbau und Betrieb der Stromnetze sollte als zentrale
417 Infrastruktur der Energieversorgung auf Ebene der Verteilnetze rekommunalisiert und
418 auf Ebene der Übertragungsnetze in staatliche Hand.

419

420 **Der Klimawandel wartet nicht!**

421 Der Ausbau erneuerbarer Energien muss endlich an Fahrt gewinnen, denn der Anteil am
422 Bruttoendenergieverbrauch beträgt aktuell nur rund 20%. Durch die EEG-Novelle im
423 Rahmen des Osterpakets, wo endlich ein höherer und realistischer Strombedarf
424 angenommen wird, konnte ein Ausbauimpuls gegeben werden. Wichtig waren dafür die
425 Erhöhung des Ausbauziels und der Ausbaupfade sowie regulatorische
426 Verbesserungen. Dennoch wird insbesondere der Ausbau der Windenergie stocken. So ist
427 im vergangenen Jahr beispielsweise keine einzige Windenergieanlage auf See ans Netz
428 gegangen. Sollte sich anhand der Genehmigungszahlen der Länder nach wie vor
429 abzeichnen, dass die Ausbauziele massiv unterschritten werden, dann kann das nicht
430 mehr hingenommen werden. In diesem Fall muss die Bundesregierung noch in dieser
431 Legislaturperiode ein öffentlich-rechtliches Unternehmen zum Ausbau erneuerbarer
432 Energien gründen, welches bei Unterschreitung von Ausschreibungsvolumen verpflichtet
433 ist, die Lücke im Zubau zu füllen. Damit wird gewährleistet, dass Klima- und
434 Ausbauziele nicht weiterhin sehenden Auges verfehlt werden. Zusätzlich wird der Staat
435 seiner Rolle gerecht, die Daseinsvorsorge zu gewährleisten. **Der Klimawandel wartet
436 nicht. Deshalb lautet die Devise: mehr, schneller Ausbauen!**

437

Antrag U03: Wiiiyyyyyld! - 3 Prozent Wildnis sind das Minimum für eine wilde Welt

Antragsteller*in:	Jusos Braunschweig
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Die Flutkatastrophe im Ahrtal, versiegendes Grundwasser und immer heißere Sommer – es
2 ist ganz klar: regional sind die direkten Folgen des Klimawandels hier in Deutschland
3 längst angekommen. Zum Abwenden der Langzeitwirkungen der Umweltbelastungen laufen
4 unter dem Schlagwort Biodiversität, also dem Erhalt der Artenvielfalt,
5 deutschlandweit zwar viele Maßnahmen. Doch sie sind in ihrem jetzigen Umfang nicht
6 ausreichend, weder um die Klimaneutralität noch um das Abwenden der Klimaschäden
7 erfolgreich zu erreichen. Auch werden die selbstgesetzten Vorgaben nicht zuverlässig
8 erreicht. Und so ist auch das 2%-Wildnis-Ziel aus der Nationalen Strategie zur
9 biologischen Vielfalt (NBS) 2020 krachend verfehlt worden.

10

11 **Ist das wild (?)**

12 Wildnis wurde in der NBS folgendermaßen definiert: „Wildnisgebiete i. S. der NBS sind
13 ausreichend große, (weitgehend) unzerschnittene, nutzungsfreie Gebiete, die dazu
14 dienen, einen vom Menschen unbeeinflussten Ablauf natürlicher Prozesse dauerhaft zu
15 gewährleisten.“ Die Mindestgröße eines unzerschnittenen Gebietes ist dabei 1.000
16 Hektar. Erst dann gilt es als „Wildnis“. Im Jahr 2020 kam die Bundesrepublik
17 Deutschland somit gerade einmal auf 0,6 Prozent Wildnis, d.h. Fläche, auf der sich
18 Wildnis entwickeln kann. Denn sogenannte primäre Wildnis gibt es in Deutschland kaum
19 bis gar nicht. Auch sind Wildnisgebiete nicht einfach mit Naturschutzgebieten oder
20 anderen Schutzkategorien gleichzusetzen. Es gibt für Wildnisräume, in denen die Natur
21 sich selbst überlassen wird, keine klassifizierte Schutzkategorie.

22 Die Flächenverteilung in Deutschland beläuft sich auf etwa 51 % landwirtschaftliche
23 Nutzung, 30 % Wälder und 14,5 % Siedlungs- und Verkehrsfläche. Die übrige Fläche
24 bedecken Seen, Flüsse und Gewässer sowie genauso wie Kies- und Braunkohlegruben,
25 Abraumhalden und ehemalige Militärgelände.

26

27 **Wildnis ist Biodiversität ihrer pursten Form**

28 Bereits der Antrag U4 des Juso-Bundeskongresses 2021 setzt sich intensiv mit
29 klimaneutraler Landwirtschaft und Biodiversität auseinander. Daran anschließend soll
30 mit diesem Antrag zum Thema Biodiversität die Forderung nach Wildnisgebieten in
31 Deutschland entwickelt werden.

32 Denn mit dem Sterben der Arten (ein Drittel der Arten in Deutschland steht auf der
33 Roten Liste) wird die Balance des Ökosystems ins Mark getroffen. Nach zwei
34 Jahrhunderten der industriellen Ausbeutung von Menschen und Natur, benötigt die Natur
35 ein Minimum an Rückzugsraum, um sich endlich zu erholen. Von einem großen Paket

36 Biodiversitätsmaßnahmen ist Wildnis ein vergleichbar kleiner Teil, doch gleichzeitig
37 ein unglaublich wichtiger und nicht verzichtbarer Teil, den wir als Jusos fordern.
38 Wildnis ist Biodiversität in ihrer pursten Form.

39 Wegen des Artensterbens schwindet Jahr für Jahr die Lebensgrundlage auf unserem
40 Planeten. Für die Bundesrepublik Deutschland ist es wichtig, Wildnisgebieten
41 ausreichend Platz einzuräumen. Erstens um regional ganz praktisch und konkret für
42 klimatische Verbesserung zu sorgen. Und zweitens, weil nur so die notwendige
43 Reputation für die aktuell stagnierenden internationalen Verhandlungen aufgebaut
44 werden kann, ohne die die weltweit zum Klima- und Umweltschutz entscheidenden
45 Vorstöße, etwa zum Erhalt von Regenwäldern und anderen Naturschutzgebieten, nicht
46 gelingen können.

47

48 Wir fordern deshalb:

- 49 • Die Erhöhung des Anteils an Wildnisgebieten in Deutschland von 0,6 % auf 3 % bis
50 2030 und auf 5%bis 2050.
- 51 • Die Fortentwicklung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt auf
52 Bundesebene sowie eine einschlägige Definition von Wildnisgebieten als
53 zusammenhängende Gebiete von mehr als 1.000 Hektar.
- 54 • Klassifizierung von Wildnis gebieten als eigene Schutzkategorie mit dem Zweck,
55 die Natur ohne menschliche Einflüsse sich selbst zu überlassen und sich zu
56 primärer Wildnis zu entwickeln.
- 57 • Die belastbare Feststellung der bundesweit bestehenden Wildnisgebiete nach den
58 zuvor auf Bundesebene bestimmten Kriterien durch die Länder.
- 59 • Die Erhöhung der jeweiligen Anteile an Wildnisgebieten in jedem Bundesland auf 3
60 % bis 2030 und auf 5% bis 2050.
- 61 • Die Feststellung von Räumen unter 1.000 Hektar, die Wildnis aufweisen, und die
62 Bewertung zur Entwicklung dieser Räume zu einschlägigen Wildnisgebieten durch
63 die Länder in Zusammenarbeit mit der kommunalen Kreisebene.
- 64 • Die Erhöhung der Wildnisgebiete in allen Kommunen auf Kreisebene auf mindestens
65 2,2 % bis 2030.
- 66 • Die schon zu 2020 geplanten 5 % der bundesdeutschen Waldfläche (etwa 1,5 % der
67 Gesamtfläche Deutschlands) als Wildnisgebiet zu 100 Jahren als
68 Wildnisschutzgebiet zu erklären, damit die entsprechenden Positiveffekte
69 überhaupt beginnen können, einzutreten.
- 70 • Für den Anteil der bundeseigenen Wälder die Erhöhung der Festschreibung zur
71 natürlichen Entwicklung von 20 % auf 50%.

Antrag U04: Die Bäume im Wald lassen – keine Förderung mehr für Pelletheizungen!

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Wir fordern, dass die SPD-geführte Bundesregierung die Förderung von Pelletheizungen
- 2 im Rahmen der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) über das BAFA und die KfW
- 3 einstellt und stattdessen die Förderungen für solarthermische Anlagen und Wärmepumpen
- 4 zum Beheizen von Gebäuden erhöht. Holzverbrennung soll nicht weiter als klimaneutral
- 5 gelten.

Begründung

Allgemeinhin gilt das Heizen mit Holzpellets als klimaneutral und umweltfreundlich, daher fördert der Bund die Umrüstung von Gebäuden auf eine Pelletheizung mit massiven Fördersummen über das BAFA (Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle) mit bis zu 55% der förderfähigen Kosten von höchstens 60.000 Euro und über die KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) mit dem Programm KfW 461 sogar mit bis zu 75.000 Euro, bzw. 50% der förderfähigen Kosten von maximal 150.000 Euro.

Der Kreislaufgedanke ist eine Einbahnstraße!

Die Begründung für diese massive Förderung beruht auf einer simplen Idee: Beim Verbrennen von Holz wird nur so viel CO₂ freigesetzt, wie die Bäume in den Jahrzehnten zuvor aus der Atmosphäre geholt haben. So gelangt, anders als bei fossilen Brennstoffen, kein zusätzliches CO₂ in die Atmosphäre – das Verbrennen der Pellets ist nur Teil des CO₂-Kreislaufs.

Manche EU-Länder, beispielsweise die Niederlande oder Dänemark ersetzen inzwischen bereits Kohle durch Holzpellets, die sie stattdessen in ihren Kraftwerken verbrennen.

Doch beim Verbrennen der Pellets entsteht in sehr kurzer Zeit ein massiver CO₂-Ausstoß, der in die Atmosphäre gerät und dort bleiben wird, bis neue Bäume nachgewachsen sind und über Jahrzehnte hinweg das CO₂ wieder aus der Atmosphäre aufnehmen werden.

Doch die Klimakrise ist jetzt! Die nächsten Jahre sind entscheidend für das Gelingen der Energiewende und das Erreichen unserer Klimaziele. Wir müssen in den nächsten Jahren massiv CO₂ einsparen, nicht ausstoßen. Wenn Holz fossile Energieträger ersetzt, wird seine Verbrennung die Erwärmung unserer Erde über Jahrzehnte bis Jahrhunderte verstärken, schreiben über 500 Wissenschaftler*innen in einem offenen Brief an die Staatsoberhäupter der USA, EU, Japan und Südkorea. Auch diese Wissenschaftler*innen fordern die Subvention von Holzverbrennung zu streichen und sie nicht mehr als klimaneutral zu bezeichnen.

Zusätzlicher Schaden durch Importe und Abholzung natürlicher Wälder

Befürworter*innen der Holzverbrennung argumentieren oft mit der Resteverwertung: Bei der Holzverarbeitung, z.B. zu Möbeln, entstehen Sägespäne, auch Rinde und Äste bleiben übrig, die anders kaum genutzt werden können und daher zu Pellets verarbeitet werden. Doch aus dem neuen Report der Forest Defenders Alliance (FDA) geht hervor, dass nicht ausschließlich Reste, sondern offenbar auch massenweise ganze Holzstämme verbrannt werden – die, zumindest teilweise, auch anders verwendet werden könnten.

Die Industrie hinter der Pelletverbrennung wächst, und die Pellets werden bereits teilweise aus den USA nach Europa importiert – dieser Import verursacht weitere CO₂-Emissionen, die zum Ausstoß bei der Verbrennung der Pellets noch oben drauf kommen.

Neben dem durch Transport verursachten Emissionen, entstehen auch ökologische Schäden durch die steigende Nachfrage nach Holzpellets. Im Südosten der USA werden natürliche Wälder abgeholzt und durch Fichten-Plantagen aufgeforstet – ohne Rücksicht auf die negativen Auswirkungen auf die Artenvielfalt. Aber auch in Europa fallen Bäume der Verbrennung zum Opfer. Dadurch wird der Druck auf unsere Wälder erhöht – dabei sind sie, auch angesichts von Trockenheit und Dürren, Borkenkäferbefall oder Sturmschäden schützenswerter als je zuvor – die Eingriffe in die natürliche Ressource Wald sollten daher so gering wie möglich gehalten werden.

Und nicht nur legal werden natürliche Wälder abgeholzt, sondern auch illegal. Die letzten Urwälder Europas liegen in Rumänien und in den Karpaten – dort sind große Unternehmen tätig, aber auch kriminelle Gruppen, die den Urwald illegal kahlschlagen. Doch was Korruption und Profitgier hier zu zerstören drohen, ist ein Naturparadies, das mit Blick auf die Klimakrise eine besondere Bedeutung hat. Anderswo längst ausgestorbene Pflanzen, Luchse, Bären und Wölfe haben hier in zuhause – genauso wie unzählige uralte Bäume. Eine einzige 150 Jahre alte Buche kann allein 9 Tonnen CO₂ absorbieren – so viel, wie 56.000 km Autofahrt ausstoßen würden.

Die Fein(staub)heiten

Wir alle erinnern uns an „Diesel-Gate“, spätestens seitdem wissen wir alle: Feinstaub in unserer Luft ist gefährlich und schlecht für unsere Gesundheit. Die Feinstaubbelastung unserer Luft wird nicht nur durch Verbrennermotoren vorangetrieben, sondern auch durch das Verbrennen von Holz. Die kleinen Partikel können Schleimhautreizungen auslösen, aber auch Krebs oder neurologische Erkrankungen. Es gibt zwar hocheffiziente Staubfilter oder elektrische Partikelabscheider, mit denen die Holzheizungen aufgerüstet werden können – jedoch filtern auch sie nicht alle Partikel heraus. Während die Freisetzung solcher Partikel bei Waldbränden kaum vermeidbar ist, kann durch den Verzicht auf Holzverbrennung ein Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität geleistet werden.

Das Verbrennen von Holz ist also nicht nur aus Klimaschutzgründen zu unterlassen, sondern auch aus Gründen des Gesundheitsschutzes und der Lebensqualität in unseren Städten und Dörfern.

Antrag U05: Atomkraft? Ja? Nein! Vielleicht!?

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

Der Bundeskongress möge beschließen:

Nach der verheerenden Katastrophe in Fukushima hat sich Deutschland 2011 richtigerweise dazu entschieden, seine Atomkraftwerke abzuschalten. Seitdem kommen vor allem aus konservativen bis rechtsradikalen Kreisen Forderungen nach einem Wiedereinstieg in die Atomkraft. Auch kommen vereinzelt derartige Forderungen von links, da der niedrige CO₂-Ausstoß attraktiv erscheint. Dieser Antrag soll diese Forderung analysieren und einen jungsozialistischen Gegenentwurf erstellen. Doch warum wird die Nutzung der Atomkraft überhaupt wieder diskutiert? Der Ausstieg aus der fossilen Energiegewinnung stellt unser Stromnetz auf den Kopf. Auch wenn erneuerbare Energien den Energiebedarf theoretisch decken können, benötigt eine sichere Versorgung ein Speichersystem. Wie die Speicherung von Energie erfolgen soll, ist nicht endgültig geklärt. Außerdem stellt die Wärmeversorgung ein großes Fragezeichen des Umstiegs dar. Dazu kommt der voraussichtlich steigende Energiebedarf, den Technologisierung und Digitalisierung mit sich führen. Kernkraft als planbare und in Zukunft eventuell kostengünstige Energiequelle könnte hier helfen, wären die Bedenken aus Ethik und Umweltschutz nicht. Um zu erklären, warum nach wie vor die Nachteile von Kernkraftwerken stark überwiegen, sollen einige theoretische Grundlagen folgen. Um die Nutzung von Kernenergie zu betrachten, muss zunächst klargestellt werden, dass Forderungen nach dem Wiedereinstieg in Atomkraft grob drei Reaktortypen umfassen kann: konventionelle Spaltungsreaktoren, Generation-IV-Reaktoren und Fusionsreaktoren. Konventionelle Reaktoren basieren auf der Spaltung von schweren Atomkernen. Bei dieser Spaltung entstehen, neben freigesetzter Energie, Neutronen, welche weitere Atomkerne spalten. Die daraus resultierende Kettenreaktion setzt viel Energie frei, ohne Energie hineinzustecken. Aber sie birgt Gefahr: Wird die Kettenreaktion nicht reguliert, kommt es im schlimmsten Fall zu Unglücken wie in Tschernobyl oder Fukushima. Ein weiteres bekanntes Problem ist der sogenannte Atommüll, welcher für tausende Jahre gefährliche Strahlung absondert und daher stark geschützt für lange Zeit gelagert werden muss. Sogenannte Generation-IV-Reaktoren, am bekanntesten sind hierbei Thorium- Flüssigsalzreaktoren, sollen diese beiden Probleme minimieren, deswegen werden sie von Atomkraft-Fans als Pro-Kernenergie-Argument genutzt. Diese Reaktoren regulieren sich selbst: steigende Reaktivität bewirkt eine Erwärmung und diese wiederum eine Absenkung der Reaktivität. Unfälle können so relativ sicher ausgeschlossen werden, solange der Reaktor intakt ist. Außerdem entstehen andere Produkte, welche weniger radioaktiv sind. Befürworter:innen der Atomkraft übertreiben hierbei jedoch etwas, denn die aktivierten Stoffe bleiben weiterhin gesundheitlich sehr bedenklich. Außerdem wurde in bisherigen Forschungsreaktoren festgestellt, dass die Wartung durch Effekte wie Korrosion verhältnismäßig aufwendig ist, was wiederum ein Sicherheitsrisiko darstellt. Expert:innen dämpfen die Hoffnung, dass dieser Reaktortyp die Lobpreisungen der Befürworter:innen erfüllen können. (vgl. [1]) Es ist geplant, ab 2030 Reaktoren dieser Generation marktreif entwickelt zu haben. Wie weit deren Entwicklung dann sein wird, insbesondere was die Halbwertszeiten der Spaltprodukte angeht, ist völlig ungewiss. Demnach kann nicht abgeschätzt werden, ob diese Reaktoren mittelfristig eine Lösung für CO₂-neutrale Stromerzeugung sein können. Fusionsreaktoren sind eher getrennt von den vorherigen Typen zu betrachten. Sie beruhen auf der Fusion von Wasserstoffatomen zu Heliumatomen. Der Brennstoff ist in nahezu unerschöpflichen Mengen verfügbar und der Energiegewinn höher als bei allen anderen bekannten Formen der Energiegewinnung. Durch die hohen Anforderungen an eine erfolgreiche Kettenreaktion sind sie außerdem sicher, es kann physikalisch nicht zu Unfällen kommen. Die radioaktiven Abfälle sind außerdem wesentlich unbedenklicher als die aus konventionellen Reaktoren und könnten sogar medizinisch verwendet werden. Daher gelten Fusionsreaktoren unter Expert:innen tatsächlich als sichere, grüne Energiequelle.[2] Der Haken: nach 75 Jahren Forschung ist eine Marktreife noch nicht in greifbarer Nähe. Ob es noch 20, 50 oder 100 Jahre braucht, bis diese Technik von den Menschen beherrscht wird, ist schwer abschätzbar. Im Worst-Case stellt sich heraus, dass sie nie wirklich wirtschaftlich nutzbar sein wird. Diese Forderung ist also eine pure Zukunftsfantasie. Doch welche Forderungen schließen wir aus diesem Einblick in die Kernenergietechnik? Konventionelle Atomkraftwerke bleiben eine nicht vollständig kontrollierbare Gefahr. Die Abschaltung der Atomkraftwerke ist und bleibt richtig. Wir lehnen momentan den Neubau neuartiger Reaktortypen, wie Thorium- Flüssigsalzreaktoren, zur Energiegewinnung ab. Langfristig befürworten wir den Einsatz sicherer Reaktortypen wie Fusionsreaktoren, sollten sie zum

Zeitpunkt der Marktreife den dann existierenden Energiemix aus erneuerbaren Energien sinnvoll erweitern Kurzfristig hilft uns die Atomkraft nicht bei der Überwindung der Klimakrise. Sie darf keine Ausrede für mangelnde Investitionen in erneuerbare Energien sein. Quellen: [1] <https://www.theguardian.com/environment/2012/sep/13/thorium-alternative-nuclear-fuel-overstated> [2] <https://www.ipp.mpg.de/2638139/faq8>, <https://www.ipp.mpg.de/2543936/faq3> und <https://www.ipp.mpg.de/2641049/faq9>

Antrag U06: Laborfleisch und Labormilch als Chance für die Ernährungswende begreifen und Forschung unterstützen!

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die fortschreitende Forschung und Entwicklung von im Labor gewachsene Fleisch (aka
- 2 "Clean Meat") und Milch wird ausdrücklich begrüßt als wichtiger Baustein für die
- 3 Klimawende im Ernährungsbereich. Die Forschung muss gefördert werden, sowohl privat
- 4 als auch in öffentlichen Hochschulen. Bei öffentlich geförderten Patenten soll
- 5 verpflichtet werden, diese zu einem fairen Preis zu lizenzieren oder gegen eine
- 6 gerechte Entschädigung öffnen zu lassen. Im Labor gewachsene Milch, Milchprodukte und
- 7 Fleisch muss unter geläufigen Namen vermarktet und verkauft werden dürfen. Um die
- 8 Etablierung zu unterstützen und Lerneffekte zu beschleunigen sollen auch die Produkte
- 9 vorübergehend subventioniert werden oder den Zugang zu bestehenden Subventionen
- 10 ermöglicht werden. Bauer*innen sollen bei dem technologischen Übergang aktiv
- 11 unterstützt werden.

Begründung

Jedes Jahr werden in Deutschland über 50.000.000 Nutztiere für ihr Fleisch geschlachtet. Ca. 4.000.000 Kühe produzieren im Schnitt je 20 kg Milch pro Tag. Obwohl durchaus Erfolge im Bereich des Tierschutzes erzielt worden sind, ist es immer noch eine vorstellbare Größe an Tierleiden. Und selbst der beste Tierschutz verringert nicht die Unmengen an ausgestoßene Treibstoffgase der Viehhaltung, darunter insbesondere Methan. Vegane Ersatzprodukte gewinnen zum Glück immer mehr Zuspruch, aber für viele Menschen ist Fleischkonsum nicht nur eine Ernährungsentscheidung, sondern auch ein Teil ihrer Kultur und Identität. Daher bietet die Entwicklung von Laborfleisch und Labormilch eine einzigartige Chance, die Klimawende im Ernährungsbereich zu vollziehen und Tierleiden drastisch zu reduzieren, ohne den mühsamen, erfolgsunsicheren Prozess der Verhaltensänderung gehen zu müssen.

Die Technologie, wo künstliche Fleischgewebe aus tierischen Stammzellen gewachsen wird oder Milchproteine aus genetisch modifizierte Pilze gewonnen werden, steht noch am Anfang. Aktuell braucht z.B. die Inkubation des Fleisches viel Strom und ein Wachstumsserum, der nicht vegan gewonnen werden kann. Deswegen ist die weitere Forschung wichtig, um diese Probleme zu überwinden und um die Kosten für Endverbraucher*innen zu senken. Davon würden nicht nur die Menschen und Tieren in Deutschland profitieren, sondern überall auf der Welt.

Besonders angesichts der Ernährungssicherheit wäre es auch ein großer Gewinn, wenn keine Tierfutter mehr für Fleisch- und Milchproduktion gebraucht wird. Die Mehrheit der Getreide in Deutschland fließt in Mund von Nutztieren, nicht in Menschen oder im Sprit. Dadurch würden wir auch unabhängiger werden von nicht immer zuverlässige internationalen Lieferketten. Auch die internationale Entwaldung für mehr Flächen würde einen Treiber verlieren.

Bereits bei dem aktuellen technologischen Stand wird weniger Energie für Laborfleisch verbraucht als für die Haltung von Kühen und Schweinen. Strom kann auch viel einfacher klimaschonend (sprich erneuerbar) produziert werden, als dass eine Kuh aufhört Methan zu produzieren. Außerdem wird deutlich weniger Wasser und Land für die Produktion von Laborfleisch verbraucht, welches in Zeiten von Dürre und Klimaflucht für bessere Zwecke genutzt werden kann.

Es ist auch wichtig, dass diese Forschung nicht nur privat geschieht. Durch mehr öffentliche Forschung wird nicht nur wie im Privaten auf Kostensenkung und Wirtschaftlichkeit geschaut, sondern auch auf sozialer Wohlfahrt. Außerdem soll durch die Patentöffnungsklausel die Gefahr genommen werden, dass die Erträge des Fortschritts nicht bei der Bevölkerung ankommen, sondern nur in der Tasche eines Monopolkapitalisten fließen.

Auch bietet vor allem Laborfleisch eine gesündere Ernährung im Vergleich zur Tierkörperfleisch. So werden z.B. keine Wachstumshormone bei der Züchtung abgereicht und keine Stresshormone bei der Schlachtung ausgestoßen. Auch kann der Fett- und Proteinanteil besser angepasst werden, falls Konsument*innen sich in dem Bereich eine gesündere Mischung wünschen.

Besonders für landwirtschaftlich geprägte Regionen wie z.B. Rheinland-Pfalz ist es wichtig, den kommenden Strukturwandel der neuen Technologie voraus zu sein, und nicht nur im Nachhinein zu wundern, wo die ganzen Arbeitsplätze verschwunden sind. Wir müssen es aktiv mitgestalten, um genug daraus zu gewinnen, dass wir die Bauer*innen bei dem Wandel unterstützen können und unsere Stärke als Land von Farmer und Pharma behalten können.

Antrag U07: Pflanzliche Milchalternativen reduziert besteuern und subventionieren

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Wir fordern pflanzliche Milchalternativen reduziert zu besteuern und zu
- 2 subventionieren.
- 3 Pflanzendrinks sollen mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz besteuert werden und
- 4 weitere Maßnahmen, die dazu beitragen den Preis zu senken.

Begründung

Für Hunderttausende Vegetarier*innen und Veganer*innen stellen Pflanzendrinks ein unverzichtbares Lebensmittel dar, ebenso für Personen, die unter einer Milcheiweißallergie oder Laktoseintoleranz leiden. Aber auch immer mehr Omnivore nutzen Pflanzendrinks als vollwertige Alternativen. Die Nachfrage ist in den letzten Jahren stark angestiegen und auch Wissenschaftler*innen betonen die Notwendigkeit einer pflanzenbetonten Ernährung immer mehr.

Wer zu gesunden sowie umwelt- und tierfreundlichen Pflanzendrinks greift, zahlt allerdings 19% Mehrwertsteuer. Kuhmilch hingegen fällt unter den ermäßigten Steuersatz von 7% und wird damit künstlich billig gehalten. Statt Käufer*innen die Entscheidung für pflanzliche Lebensmittel leichter zu machen, schlägt sich die Politik trotz der immensen Umweltbelastung und der grausamen Bedingungen für Mensch und Tier immer noch auf die Seite der Milchlobby.

Zusätzlich ist die Hemmschwelle für Neukund*innen, Pflanzendrinks zu probieren, aktuell durch den preislichen Unterschied noch hoch. Mit niedrigeren Preisen würden mehr Anreize geschaffen und regelmäßige Konsument*innen entlastet werden. Gerade Pflanzendrinks auf Getreidebasis (z.B. Hafer oder Soja) können regional angebaut werden und hätten mit entsprechender Unterstützung das Potenzial, finanziell und ökologisch günstiger als Kuhmilch zu werden.

Viele EU-Länder erheben für Kuh- und Pflanzenmilch bereits denselben Steuersatz. Deutschland zählt also zu den Schlusslichtern in Europa.

Wir möchten uns ferner dazu positionieren, dass wir den Lobbyismus der Milchindustrie gegen Pflanzendrinks zutiefst verurteilen, da sie den menschengemachten Klimawandel damit unnötig vorantreiben und die Alternativen aktiv aus den Regalen verdrängen wollen.

Antrag U08: Wärmetauscher in Duschen und Badewannen

Antragsteller*in:	Jusos Hamburg
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass Wärmetauscher in Duschen
- 2 und Badewannen in Neubauten zunächst stufenweise gefördert und nach einigen Jahren
- 3 verpflichtend installiert werden müssen. Zudem soll die Produktion subventioniert
- 4 werden, die Nachrüstung in bereits bestehenden Bauten finanziell zu unterstützen. Die
- 5 Verfügbarkeit solcher Wärmetauscher ist derzeit aufgrund der hohen Nachfrage sehr
- 6 gering. Von daher schlagen wir vor, dass die Produktion subventioniert und ausgebaut
- 7 wird.

Begründung

Ein Wärmetauscher in einer Dusche oder Badewanne kann maßgeblich dazu beitragen, den Energieverbrauch beim Duschen zu reduzieren. Im Hinblick auf die aktuelle Situation (Energiekrise, Klimakatastrophe), ist diese Maßnahme dringend erforderlich.

Normalerweise fließt beim Duschen warmes Wasser direkt in den Abfluss, wo die Wärme dann ungenutzt dissipiert. Durch einen Wärmetauscher kann diese Wärme genutzt werden, um zulaufendes Kaltwasser zu erwärmen. Einige Hersteller*innen geben mögliche Energieersparnisse von 40% an. Im Angesicht der akuten Energiekrise kann dies einen entscheidenden Beitrag dabei leisten, den nationalen Verbrauch von Erdgas zu senken. Auch Nutzer*innen von anderen Heizmethoden werden davon profitieren.

Gegenwärtig ist die Installation eines Wärmetauschers nicht verpflichtend. Wir schlagen deshalb vor, dass bei Neuinstallationen einer Dusch- oder Badewanne ein Wärmetauscher verbaut werden muss. Eine Förderung durch den Staat ist sinnvoll. Bzgl. der Art der Förderung legen wir uns nicht fest, schlagen aber eine zinsfreie Ratenzahlung über die KfW vor.

Bei Bestandsbauten ist u.U. eine Nachrüstung möglich. Hierfür sind – je nach Konzept – nicht notwendigerweise Modifikationen an der Installation erforderlich. Auch für solche Wärmetauscher sollte es Förderung geben.

Gemessen am finanziellen Ersparnis, welche sich durch die Reduktion der Energiekosten ergeben kann, hat sich die Anschaffung möglicherweise nach wenigen Jahren amortisiert. Durch eine Ratenzahlung über die KfW ergäbe sich somit kein akuter Preisschock.

Antrag U09: Vermeidung von Leerflügen

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Die rechtlichen Rahmenbedingungen der Europäischen Union werden dahingehend geändert,
2 dass der Einsatz von Leerflügen zur Erhaltung von Start- und Landerechten an einem
3 bestimmten Flughafen untersagt wird. Bei einer Neufassung der Vorschriften für Start-
4 und Landerechte sind die tatsächlichen Passagierzahlen bzw. Auslastungen (Zahlen aus
5 Vergangenheit/Gegenwart und ggf. darauf aufbauende Prognosen) von Flugzeugen als
6 maßgebender Faktor zu berücksichtigen. Für besondere, zu bezeichnende
7 Ausnahmesituationen (bspw. pandemische Lagen) sind Regelungen zu treffen, die – im
8 Zweifelsfall – für den Erhalt von Start- und Landerechten sorgen können, ohne dabei
9 aber Leerflüge nötig zu machen bzw. zu gestatten.

10

Begründung

In Zeiten der Covid-Pandemie kam es über mehrere Monate zu der Situation, dass Fluggesellschaften zahlreiche Flüge mit sehr niedriger oder gar keiner Passagierauslastung durchführten, um ihre Start- und Landerechte an diversen europäischen Flughäfen zu erhalten (teilweise werden 18.000 angenommen)[\[1\]](#). Macht eine Fluggesellschaft von ihren Rechten durch tatsächlich durchgeführte Starts und Landungen keinen Gebrauch, können diese verfallen. Zwar ermöglichte die EU zwischenzeitlich, dass nur ein Teil der geforderten Starts und Landungen wirklich stattfinden musste, dennoch wurde das Erfordernis nicht vollständig abgeschafft[\[2\]](#).

Auch wenn die Pandemie ab 2020 eine unvorhergesehene und plötzliche Veränderung bedeutet hat, sollte für die Zukunft – selbst wenn wieder eine vergleichbare Lage eintreten würde – die Situation vermieden werden, dass leere oder fast leere Flüge nur zum Erhalt der Start- und Landerechte durchgeführt werden können und müssen. Weder deckt sich dies mit den hohen, selbst gesteckten Klimazielen der Europäischen Union (vgl. etwa European Green Deal), noch liegt es im Eigeninteresse der Fluggesellschaften, da massive logistische und finanzielle Kapazitäten gebunden werden. Unberührt bleibt das Ziel, den Flugverkehr insgesamt zu reduzieren.

[\[1\] https://www.zeit.de/green/2022-01/slot-regeln-leerfluege-lufthansa-volker-wissing?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.startpage.com%2F](https://www.zeit.de/green/2022-01/slot-regeln-leerfluege-lufthansa-volker-wissing?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.startpage.com%2F)

[\[2\] https://www.tagesspiegel.de/politik/luftnummer-leerfluege-es-ist-komplizierter-als-die-lufthansabehauptet/27981560.html](https://www.tagesspiegel.de/politik/luftnummer-leerfluege-es-ist-komplizierter-als-die-lufthansabehauptet/27981560.html)

Antrag V01: Rail New Deal - Zukunft des Schienenverkehrs

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Sachgebiet:	V - Verkehr & Infrastruktur

Der Bundeskongress möge beschließen:

1. Schienenverkehr: Sozial-Nachhaltig

Der Klimawandel und dessen Folgen bedrohen unsere Zukunft. Schon seit einigen Jahrzehnten verzeichnen Expert*innen einen anhaltenden dramatischen Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur – ausgelöst durch menschliches Handeln seit Beginn der Industrialisierung. Dafür sind in erster Linie die Treibhausgasemissionen, insbesondere die Emission von CO₂, verantwortlich. Bis heute haben wir es nicht geschafft, einen effektiven Weg zur Begrenzung der globalen Erwärmung und damit zum Aufhalten der Klimakrise einzuschlagen. Einer der zentralen Verursacher des klimaschädlichen CO₂ ist der Verkehrssektor – in Europa ist er (einschließlich des internationalen Luft- und Seeverkehrs) für ein Fünftel der gesamten Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Doch während europäische Haushalte, Energie-Erzeuger und Industrie seit 1990 deutliche Rückgänge der Treibhausgas-Emissionen verbuchen konnten, ist es im Verkehr kaum gelungen, die Werte zu reduzieren. Der Verkehr bleibt also ein Klimasorgenkind.

Bereits vor Jahren stellte die EU-Kommission die Weichen für ein nachhaltigeres Verkehrssystem, indem sie erstmals ein CO₂-Minderungsziel von minus 60 Prozent bis 2050 für den Verkehrsbereich festschrieb. Um diese Ziele zu erreichen, ist eine Verkehrsverlagerung auf die klimafreundliche Schiene unabdingbar. Auch Deutschland hat sich im Klimaschutzplan 2050 ein konkretes Ziel für den Verkehrssektor gesetzt. So sollen die Treibhausgas-Emissionen bis 2030 um mindestens 40 Prozent im Vergleich zu 1990 sinken.

Zahlen des Bundesumweltamtes belegen: Die Bahn ist das klimaschonendste Verkehrsmittel. Die Bahn sorgt für soziale Teilhabe, im ländlichen Raum sind zahlreiche Regionen nicht nur vom Fernverkehr, sondern bereits vom Regionalverkehr abgehängt. Die gewinnorientierte Ausrichtung sorgte für Mobilitätsarmut zahlreicher Bürger*innen.

Der Begriff der Mobilitätsarmut ist gesellschaftlich und politisch noch nicht weit verbreitet, dennoch sind die Auswirkungen im Alltag vieler Menschen spürbar. Mobilitätsarmut meint nicht nur finanzielle Armut, sondern auch fehlenden oder eingeschränkten Zugang zu Mobilität, z.B. nicht vorhandene Infrastruktur oder zu geringe Taktichte. Mobilitätsarmut führt zu sozialer Isolation und diskriminiert insbesondere Kinder, Jugendliche sowie ältere Personen, die selbst keine, oder nur begrenzte Möglichkeiten haben, den Individualverkehr zu nutzen.

Bis vor wenigen Jahren war die Verkehrspolitik hauptsächlich auf den motorisierten Individualverkehr ausgerichtet. Der Schienenverkehr wurde nicht als grundlegender Teil der Daseinsvorsorge betrachtet. Stattdessen wurden Teile des Schienenverkehrs privatisiert, die Liberalisierung vorangetrieben, eine verstärkte Gewinnorientierung und der Wettbewerb auf der Schiene hielten Einzug. Somit wurde der Schienenverkehr vor allem für Regionen unattraktiver, die keinen entsprechenden Profit versprechen.

40 Züge, Schienen und Weichen wurden und werden immer noch auf Verschleiß gefahren,
41 Bahnhöfe in ländlichen Regionen wurden dichtgemacht und zahlreiche Verbindungen
42 gestrichen. Der Deutsche Bahn Konzern investierte massiv im Ausland und in strittige
43 Großprojekte. Dabei trat vor allem seine Pflicht zur öffentlichen Daseinsvorsorge
44 zunehmend in den Hintergrund. Der Schienenverkehr muss leistungsfähig und attraktiv
45 sein. Denn klar ist: Ohne eine bezahlbare, zuverlässige und umweltfreundliche Bahn
46 können die Nachhaltigkeitsziele im Verkehrssektor nicht erreicht werden!

47 Wir fordern daher:

- 48 • Die Bahn ist ausschließlich Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- 49 • Die Bahn soll den Großteil der Personenbeförderung übernehmen und muss daher in
50 den anstehenden verkehrspolitischen Entscheidungen gegenüber dem motorisierten
51 Individualverkehr priorisiert werden, auch finanziell.
- 52 • Mobilität ist ein Grundbedürfnis und muss im Nah- und Fernverkehr für alle
53 garantiert werden. Gesellschaftliche Teilhabe, unabhängig von Stadt und Land,
54 Alter, Einschränkungen und finanziellen Möglichkeiten, muss uneingeschränkt
55 möglich sein. Ein Bahnanschluss sorgt auch für soziale Teilhabe und muss sich an
56 berufliche Gegebenheiten und an Freizeitgestaltungen anpassen können, egal ob
57 Tag oder Nacht, egal ob zur Früh- oder Spätschicht.
- 58 • Der Schienenverkehr muss ausschließlich aus erneuerbaren Energien betrieben
59 werden.

60 **1. Instandhaltung & Digitalisierung**

61 Innerhalb der letzten Jahre hat die Deutsche Bahn bereits viele Ideen zur
62 Digitalisierung entwickelt und auch begonnen, diese umzusetzen. Besonders durch die
63 Digitalisierung des gesamten Schienennetzes wie auf der Strecke München - Berlin kann
64 Verspätungen entgegengewirkt und der Bahnverkehr effizienter genutzt werden.
65 Im Güterverkehr ist die Bahn digital bereits deutlich besser aufgestellt,
66 insbesondere was die Überwachung und Überprüfung der transportierten Ware betrifft.
67 Damit Bahnfahren für verschiedene Personengruppen attraktiver wird, ist ein Ausbau
68 der digitalen Services notwendig.

69 Wir fordern daher:

- 70 • Die grundlegende und flächendeckende Digitalisierung des ÖPNVs mit sozialer
71 Verantwortung.
- 72 • Die flächendeckende Einrichtung eines kostenfreien und zeitlich unbegrenzten und
73 nicht datenlimitierten WLAN, sowie Steckdosen in allen Zügen der Deutschen Bahn
74 und nichtbundeseigenen Eisenbahnverkehrsunternehmen und an Bahnhöfen sowie
75 Haltestellen.
- 76 • Die konsequente Umsetzung der digitalen Bereitstellung von allen
77 Fahrgastservices - inklusive rechtzeitiger Verspätungsinformationen und eines
78 automatisch ausgefüllten Rückerstattungsformulars bei Online-Buchungen, sowie
79 der Digitalisierung des Fahrgastrechteformulars.
- 80 • Zentralisierung aller Infos in einer App für allen öffentlichen Personennah- und
81 Fernverkehr. Nach Möglichkeit sollten hier perspektivisch auch andere
82 mobilitätsrelevante Infos wie Leihroller, -räder oder CarSharing Angebote

83 integriert sein.

84 1. Beteiligung

85 Immer mehr Bevölkerungsgruppen bringen sich in politische Prozesse ein, besonders
86 dann, wenn sie nicht einverstanden sind. Auch die steigende Zahl von
87 Bürger*innenbegehren ist ein Zeichen verstärkten Bürger*innenengagements. Die
88 Digitalisierung und mit ihr einhergehend die Nutzung sozialer Medien haben neue
89 Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen, die gerne unreflektiert genutzt werden.
90 Bürger*innen haben heute mehr Möglichkeiten, sich über Politik zu informieren und
91 sich einzubringen, nutzen diese Plattformen aber auch, um sich über Themen
92 unreflektiert auszulassen. Doch speziell in der Verkehrspolitik müssen Bürger*innen
93 und andere Interessensvertreter*innen gehört und mitgenommen werden. Sind neue
94 Bahnstrecken geplant, müssen oft Flächen verwendet werden, die zuvor in Privatbesitz
95 waren. Neue Verkehrsabschnitte verursachen zudem Lärm, zum einen während der Bauzeit
96 und natürlich auch nach Eröffnung neuer Verkehrswege. Beim Bau neuer Radwege fallen
97 oftmals bisherige Parkplätze weg, was bei den direkt Betroffenen zunächst nicht auf
98 Akzeptanz stoßen wird. Betroffene haben ein berechtigtes Interesse, dass auch ihre
99 Anliegen in den Entscheidungsprozess mit einbezogen werden. Auch Verbände können u.a.
100 umweltrechtliche Aspekte einbringen, die genauso in den politischen Prozess mit
101 einfließen müssen.

102 Die politische Aufgabe muss in Zukunft verstärkt sein, die Interessenabwägung in
103 stärkerem Maß als bisher zu moderieren. Den Bürger*innen müssen auch Angebote gemacht
104 werden, wenn ihrem Interesse im Sinne des Gemeinwohls nicht vollständig Zustimmung
105 signalisiert werden kann. Die Mitnahme möglichst aller Interessensvertreter*innen ist
106 Grundlage für die Akzeptanz politischer Entscheidungen und Identifikation mit der
107 lokalen Gemeinschaft. Dazu müssen jedoch alle Betroffenen von Beginn an einbezogen
108 und gehört werden.

109 Wir fordern daher:

- 110 • Ein transparentes und inklusives Verfahren unter Einbeziehung aller
111 Interessent*innen. Die Aufgabe der Politik muss sein, die politische
112 Auseinandersetzung mit Blick auf die beste Lösung für das Gemeinwohl zu
113 moderieren. Das bedeutet auch, die Partizipation von und mit marginalisierten
114 Gruppierungen zu erleichtern.
- 115 • Umfassenden Interessenausgleich zwischen verschiedenen Gruppierungen und
116 Anliegen organisieren. Die Themen Lärmschutz, Umweltschutz und Artenschutz
117 müssen von Beginn jedes politischen Prozesses an mit einbezogen werden.
- 118 • Gleichzeitig ist es wichtig, dass Beteiligung nicht dazu führen darf, den Ausbau
119 zu verlangsamen.

120 1. Investitionen

121 Infrastrukturelle Maßnahmen sind langfristige Investitionen in die Zukunft, die
122 dementsprechend auch langfristige Folgen und Auswirkungen haben. Wir stehen vor der
123 Aufgabe, die Emissionen im Verkehr zu verringern, verstopfte Innenstädte zu entlasten
124 und dem immer größeren Bedürfnis nach Mobilität der Menschen im 21. Jahrhundert
125 nachzukommen.

126 Der Bundesverkehrswegeplan sieht in dem Zeitraum von 2016 - 2030 Investitionen in

127 Höhe von ca. 270 Milliarden Euro vor. Zirka 50% dieser Mittel fließen in den Aus- und
128 Neubau von Straßen, ca. 42% sind für den Bereich Schieneninfrastruktur vorgesehen.
129 Investitionsbedarf besteht selbstverständlich auch im Bereich der
130 Straßeninfrastruktur. Doch um die Mobilität der Zukunft zu gestalten, muss der Anteil
131 der Gelder für Projekte rund um die Schiene deutlich erhöht werden.

132 Wie sehr in Deutschland die Schiene vernachlässigt wurde, zeigen Zahlen aus dem Jahr
133 2016 im Vergleich zur Schweiz. Während die Schweiz pro Einwohner durchschnittlich 378
134 Euro pro Kopf in das Schienennetz investiert hat, waren es in Deutschland nur 64
135 Euro.

136 Investitionen im Bereich des Schienenverkehrs sorgen auch für schnellere Fahrzeiten.
137 Aktuell wird auf vielen Strecken Zeit verloren, da die Züge nicht mit der vollen
138 Geschwindigkeit unterwegs sein können. Auch lange Wartezeiten beim Umsteigen
139 verlängern die Fahrzeit.

140 Drei Faktoren entscheiden darüber, ob ein ICE zwischen zwei Städten schnell unterwegs
141 sein kann oder nicht:

142 1) Eine durchgängig auf 300 km/h ausgebaute Trasse

143 Wenn nur Teilstücke bis 300 km/h zugelassen sind, muss der Zug immer wieder auf 250,
144 200 oder gar nur 160 km/h abbremesen. Dadurch sinkt die Durchschnittsgeschwindigkeit
145 rapide - entsprechend steigt die Reisezeit.

146 2) Eine nicht überlastete Strecke

147 In Deutschland teilen sich Fernverkehrszüge die Gleisanlagen mit Regional- und
148 Güterzügen. Je mehr Züge auf einem Streckenabschnitt verkehren, desto größer ist die
149 Gefahr, dass Hochgeschwindigkeitszüge langsamer fahren oder ihre Fahrt stoppen
150 müssen, weil vor ihnen liegende Bereiche nicht freigegeben sind. Ein separates Netz
151 ausschließlich für Hochgeschwindigkeitszüge vermeidet solche Probleme.

152 3) Möglichst wenige, am besten gar keine Zwischenhalte

153 Jeder Stopp kostet Zeit - fürs Bremsen und Beschleunigen und für das Stehen auf dem
154 Bahnhof. Ein dreiminütiger Halt verlängert eine Fahrt um mindestens sechs Minuten im
155 Vergleich zu einem Zug, der mit 200 km/h am Bahnhof vorbeifährt. Ist die Fahrt 300
156 km/h schnell, liegt der Zeitverlust für den gleichen Stopp zwischen acht bis neun
157 Minuten.

158 Wir fordern daher:

- 159 • Wir fordern, Investitionen in den Aus- und Neubau der Bahninfrastruktur zu
160 priorisieren. Dabei sollen vor allem Finanzmittel von Straßenbauprojekten
161 eingesetzt werden. Die beschlossenen Erhöhungen im letzten
162 Bundesverkehrswegeplan halten wir nicht für ausreichend. Zudem meldet die
163 Deutsche Bahn selbst weiteren Bedarf an finanziellen Mitteln an, damit die
164 Pünktlichkeit und Taktung im Bahnverkehr gewährleistet und ausgebaut werden
165 kann. Die Mittel für die Bahninfrastruktur im Bundesverkehrswegeplan sollen
166 mindestens auf das Niveau gehoben werden, die aktuell für den Straßenbau
167 vorgesehen sind.
- 168 • Einen Ausbau der Schieneninfrastruktur muss gewährleisten, dass die
169 Personenbeförderung auf mindestens zweigleisigen, elektrifizierten und
170 regelmäßig gewarteten Zügen erfolgt. Das bedeutet unter anderem einen zügigen

171 Ausbau der Bahnstrecken, die flächendeckend mindestens eine Zweigleisigkeit
172 nachweisen. Auf stärker befahrenen Strecken muss mindestens Viergleisigkeit
173 erreicht sein.

- 174 • Mehr Hochgeschwindigkeitsstrecken zwischen Städten mit Bahnhofskategorie 1. Je
175 mehr Hochgeschwindigkeitstrassen zwischen Städten errichtet werden, die in
176 Konkurrenz zum Flugverkehr stehen, desto höher ist der Anreiz, die Bahn zu
177 nutzen und auf motorisierten Individualverkehr und Flugreisen zu verzichten.
178 Schnelle und direkte Verbindungen zwischen den größten deutschen und
179 europäischen Städten stellen eine echte Alternative zum Flug- oder
180 Individualverkehr dar. Viele europäische Flugstrecken können so sogar komplett
181 entbehrlich werden. Deshalb ist unter anderem der Ausbau der Schnellbahnstrecken
182 zu Hochgeschwindigkeitsstrecken mit bis zu 320 km/h erforderlich.
- 183 • Einführung eines deutschlandweiten Taktfahrplans bzw. des sogenannten
184 Deutschlandtaktes. Die Bahnstrecken müssen so ausgebaut und optimiert werden,
185 dass im Idealfall von jedem wichtigen Bahnhof alle 30 Minuten ein Zug in jede
186 Richtung abfährt. Im sogenannten Deutschland-Takt werden lange Umsteigezeiten
187 durch abgestimmte Fahrpläne vermieden.
- 188 • Wiedereinführung der Nachtzüge auf allen wichtigen Fernverkehrsstrecken, um zu
189 jeder Uhrzeit eine umweltfreundliche Alternative zu haben.
- 190 • Investition in Barrierefreiheit: Um allen Menschen Zugang zum Bahnverkehr zu
191 ermöglichen, müssen alle Bahnhöfe und Züge flächendeckend barrierefrei zu
192 erreichen sein.

193 1. Metropolregionen

194 In suburbanen Gebieten ist der Ausbau von Schienenstrecken viel zu langsam
195 vorangekommen. Selbst am Stadtrand sind in den deutschen Großstädten Lücken im
196 Schienennetz vorhanden. Schon am Rande des urbanen Raums wird deutlich, dass der
197 Staat ihrer Pflicht der Daseinsvorsorge häufig nicht nachkommt.

198 Neue Bahnstrecken ziehen lange Genehmigungsprozesse nach sich und wurden bisher von
199 der Politik zu langsam angepackt und umgesetzt. Im Ergebnis fahren viele
200 Pendler*innen aus dem nahegelegenen Umland mit dem Auto in die Stadt, zum Teil, da
201 das Bahnfahren zu umständlich ist oder ganz einfach aus dem Mangel an Alternativen.
202 Für viele Orte in suburbanen Gebieten besteht zwar ein Fahrgastpotential, jedoch
203 keine direkte Schienenverbindung in die nahegelegene Großstadt. Vielerorts müssen
204 sich momentan Nah- und Fernverkehr die Trassen teilen, häufig findet auf derselben
205 Strecke sogar noch Güterverkehr statt. Dadurch entstehen Verspätungen und eine
206 niedrigere Taktdichte.

207 Sofern tatsächlich ein Bahnanschluss vorhanden ist, führen verschiedene Tarifzonen zu
208 einer mangelnden Attraktivität des Schienenpersonennahverkehrs, denn Fahrkarten über
209 Stadt- und Tarifgrenzen hinaus sorgen für teure ÖPNV-Preise. Dies ist für Menschen
210 ein weiterer Grund, das Auto für den Weg in die Stadt zu nehmen.

211 Wir fordern daher:

- 212 • Eine strikte und ausnahmslose Trennung von S-Bahn-, Regional- und
213 Fernverkehrstrassen sowie Güterzugstrecken in Metropolregionen. Im Umfeld von
214 Großstädten und in Metropolregionen treffen S-Bahnen, Regionalzüge und

215 Fernverkehrszüge aufeinander. Jede dieser Zuggattungen bedient unterschiedliche
216 Haltestellen bzw. Bahnhöfe. Im Ergebnis entstehen dadurch vermehrt Nachteile für
217 alle Bahnfahrer*innen. Der Fernverkehr wird ausgebremst, im Gegenzug muss sich
218 der Regionalverkehr dennoch dem Fernverkehr unterordnen. Durch die Trennung der
219 Trassen ist es möglich, im Nah- und Fernverkehr Taktfahrplan zu errichten, der
220 direkte Anschlüsse am großen Knotenpunkt der Großstadt und stark frequentierten
221 Kreuzungsbahnhöfen innerhalb der Metropolregion ermöglicht.

222 • Um den innerstädtischen ÖPNV zu entlasten, müssen Tangentialverbindungen
223 ausgebaut werden. Das sind Verkehrslinien (Bus- oder Straßenbahnlinien), die
224 innerhalb verschiedener Stadt- oder Ortsteile verlaufen, jedoch keine direkte
225 Verbindung mit dem Stadtzentrum schaffen

226 • In Städten, in denen kein Schienenpersonennahverkehr gewährleistet ist, müssen
227 die Busspuren maximal ausgebaut sein.

228 1. Ländlicher Raum

229 Rund 6.500 Kilometer Bahnstrecken sind seit 1990 in Deutschland stillgelegt worden -
230 das ist beinahe ein Fünftel des gesamten deutschen Schienennetzes. Besonders hart
231 traf es dabei die Bundesländer in Ostdeutschland: Fast die Hälfte der stillgelegten
232 Strecken befinden sich dort. Vor allem in ländlichen und dünn besiedelten Regionen
233 werden Strecken aufgegeben. Sie seien ökonomisch nicht rentabel und könnten deswegen
234 nicht weiter betrieben werden, argumentierten die Infrastrukturbetreiber*innen.

235 Die Folgen dieser Politik sind bis heute vom Bahnverkehr abgehängte Regionen -
236 insbesondere in ländlichen Gebieten und strukturschwachen Regionen. Die Bahn musste
237 infolge des geplanten Börsengangs Gewinne erwirtschaften. Bahnstrecken in
238 strukturschwachen Regionen passten nicht in dieses Unternehmensziel. Im Ergebnis
239 erfüllte die Bahn im ländlichen Raum ihre wichtige Aufgabe der öffentlichen
240 Daseinsvorsorge heute häufig nicht oder nur unzureichend. In den betreffenden
241 Regionen sind die Einwohner*innen auf das Auto angewiesen. Kinder, Jugendliche und
242 Senior*innen ohne eigenes Auto können nicht uneingeschränkt am öffentlichen Leben
243 teilnehmen. Von gleichwertigen Lebensverhältnissen zwischen Stadt und Land kann hier
244 keine Rede sein.

245 Unterschiedliche Gesellschaftsgruppen nutzen den ÖPNV auf verschiedene Arten und
246 haben andere Bedürfnisse an die Streckenführung. FINTA* übernehmen, auch wenn unsere
247 Rollenerwartung eine andere ist, immer noch häufig den Großteil der
248 haushaltsbezogenen Care-Arbeit. Sie gehen Einkaufen, begleiten zu Terminen bei
249 Ärzt*innen, übernehmen Hol- und Bringdienst-Aufgaben bei der Freizeitgestaltung von
250 Kindern, oder erledigen Aufgaben wie Paketabholung, Unterstützung von Freund*innen,
251 und vieles mehr. Die in Folge dieser Aufgaben anfallenden Wege unterscheiden sich von
252 denen der stereotypisch eher Männern zugeschriebenen Rollen. Diese Anforderungen gilt
253 es im Rahmen einer feministischen Verkehrsplanung zu berücksichtigen.

254 Der Staat muss den Ausbau, die Wartung und den Betrieb von Bahninfrastruktur, sowie
255 den schienengebundenen Personen- und Güterverkehr als Teil der öffentlichen
256 Daseinsvorsorge sehen. Gewinnorientierte Interessen dürfen nicht über einen
257 Bahnanschluss entscheiden. Die Anbindung des ländlichen Raums an das Schienennetz hat
258 auch Vorteile für die Städte und Metropolregionen. Bewohner*innen ländlicher
259 Regionen, die ansonsten mit dem Auto in die Stadt fahren, haben mit der Bahn eine

260 Alternative und können somit auch die Innenstädte entlasten.

261 Wir fordern daher:

- 262 • Der teilweise bis heute anhaltende Trend der Stilllegung von Bahnstrecken im
263 ländlichen Raum außerhalb der Metropolregionen muss sofort beendet werden.
264 Bahntrassen auf dem Land sind auszubauen und stillgelegte Bahnstrecken zu
265 reaktivieren. Wir fordern die massenhafte Reaktivierung stillgelegter
266 Bahnstrecken im ländlichen Raum. Das beinhaltet auch den Bau und die Errichtung
267 neuer Bahnverbindungen im ländlichen Raum.
- 268 • Knotenbahnhöfe bzw. Verkehrshubs in ländlichen Regionen sind zur Förderung einer
269 nachhaltigen Mobilität zu multimodalen „Mobilitätsdrehscheiben“ zu entwickeln.
270 Diese verknüpfen leistungsfähige Angebote des Schienenpersonennahverkehrs auf
271 den Hauptachsen mit örtlichen und regionalen elektrifizierte
272 Busverkehrssystemen, Park+Ride, bedarfsorientierten Angeboten sowie mit E-Car-
273 Sharing-Systemen und Fahrradverleihsystemen. Das Angebotskonzept für den
274 Schienenpersonennahverkehr ist um leistungsstarke vertaktete regionale
275 elektrifizierte Buslinien in Räumen zu ergänzen, die nicht vom Schienenverkehr
276 bedient werden.
- 277 • Hoher Takt und schnelle, dichtere, direktere Verbindungen rund um die Uhr zu
278 Knotenpunkten sicherstellen. Die Anbindung an die Bahnhöfe muss dringend und
279 schnellstmöglich verbessert werden. Deshalb ist es wichtig, den elektrifizierten
280 Busverkehr und den On-Demand-Verkehr auszubauen. Gleichwertige
281 Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land können nur realisiert werden, wenn es
282 möglich ist, ohne eigenen PKW einen umweltfreundlichen Anschluss an das
283 Fernverkehrsnetz zu erhalten. Nur so können alle ländlichen Bewohner*innen am
284 gesellschaftlichen Leben teilnehmen.
- 285 • Regelmäßige Zwischenhalte, On-Demand-Halte und tangentielle Streckenführung
286 insbesondere auch außerhalb der Stoßzeiten am Morgen und zum Feierabendverkehr,
287 um insbesondere den Bedürfnissen der Care-Arbeit übernehmenden Personen besser
288 gerecht zu werden.
- 289 • Nachhalterregelungen, die ein Ein- und Aussteigen möglichst wohnortnah zu
290 ermöglichen.
- 291 • Bahnhöfe müssen sicherer werden! Deswegen brauchen wir geschultes Personal an
292 ausreichend beleuchteten Bahnhöfen zur Erhöhung der Sicherheit und des
293 Sicherheitsgefühls, speziell geschulte Sozialarbeiter*innen und flächendeckende
294 Bahnhofsmissionen. Trotzdem lehnen wir eine pauschale Ausweitung der
295 Videoüberwachung an Bahnhöfen ab.

296 **1. Rekommunalisierung-/Verstaatlichung**

297 Mobilität ist ein Grundbedürfnis des Menschen und deshalb ein elementarer Teil der
298 Daseinsvorsorge. Es ist Aufgabe des Staates, Mobilität als öffentliches
299 Grundbedürfnis anzusehen, unabhängig von gewinnorientierten Interessen.

300 Nicht alle Investitionen in den Schienenverkehr können zu Beginn Gewinne
301 erwirtschaften.

302 Die Privatisierung der Bahn ist gescheitert. Zahlreiche Strecken wurden stillgelegt,
303 seit Jahren notwendige Investitionen werden mit Blick auf die Gewinnerzielungsabsicht

304 vernachlässigt. Die Bürger*innen können sich nicht auf eine funktionierende
305 Bahninfrastruktur verlassen.

306 Wir fordern daher:

307 • Gemeinsam mit Eisenbahner*innen ist eine moderne öffentliche Bahn im Interesse
308 von Mensch und Umwelt zu entwickeln. Die Deutsche Bahn darf nicht mehr den
309 privaten Renditeinteressen ausgeliefert werden, sie ist Teil der öffentlichen
310 Daseinsvorsorge.

311 • Damit diese Funktion in Zukunft besser umgesetzt werden kann, als das aktuell in
312 der Organisationsform als Aktiengesellschaft möglich ist muss die Deutsche Bahn
313 wieder in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform also eine Körperschaft
314 oder Anstalt öffentlichen Rechts überführt werden, sodass eine staatliche
315 Steuerung vereinfacht wird.

316 • Keine Aufspaltung des DB Konzerns in Netz und Betrieb.

317 1. Preise

318 Nahverkehr

319 Die Preise für den ÖPNV sind in den letzten Jahren stark gestiegen: Nach Zahlen des
320 statistischen Bundesamtes verteuerten sich die Tickets für Busse und Bahnen seit dem
321 Jahr 2000 um fast 79 Prozent. Kauf und Unterhalt von Kraftfahrzeugen verteuerten sich
322 im selben Zeitraum nur um gut 36 Prozent - maßgeblich getrieben von den Spritpreisen,
323 die um fast 50 Prozent anzogen.

324 Mancherorts wurden die Fahrpreise so stark erhöht, dass sich immer mehr Menschen
325 ÖPNV-Fahrten nicht mehr leisten können. Damit wird die Abwärtsspirale weiter
326 beschleunigt: Schlechteres Angebot führt zu weniger Fahrgästen und damit zu weniger
327 Einnahmen, die Angebote werden unrentabler, also muss das Angebot ausgedünnt werden.

328 Für uns ist klar: Eine Verkehrswende ist auf Basis dieser Zahlen nicht möglich.

329 Dieser Trend der stetigen und fast jährlichen Preiserhöhung muss gestoppt und
330 umgekehrt werden.

331 Wir fordern daher:

332 • Unser Ziel ist ein ticketfreier ÖPNV. Als erster Schritt ist die
333 Wiedereinführung des 9-Euro-Tickets notwendig. Schüler*innen, Studis, Azubis
334 sollen einen kostenlosen Zugang zum ÖPNV bekommen, wenn sie glaubhaft nachweisen
335 können, dass sie zur Schule gehen, im Studium oder in einem
336 Ausbildungsverhältnis stehen. Unser Ziel ist ein umlagefinanzierter ÖPNV.

337 • Nahverkehrsabgabe für Unternehmen / Arbeitgeber*innen: Auch Arbeitgeber*innen im
338 Einzelhandel, in der Gastronomie und im Hotelgewerbe ziehen einen Nutzen aus dem
339 ticketfreien Bussystem. So erhalten Unternehmen beispielsweise infolge des
340 erhöhten Bekanntheitsgrades und der attraktiveren ÖPNV-Anbindung einen
341 erweiterten Zugang zu potenziellen Mitarbeiter*innen und Kund*innen. Zugleich
342 werden für motorisierten Individualverkehr, wie für den Wirtschaftsverkehr
343 Parkplatzkapazitäten frei (bzw. werden weniger Stellflächen benötigt) und auch
344 im fließenden Verkehr ergeben sich Zeit- und damit Kostenvorteile aus der
345 Verkehrsentlastung.

346 • Touristenabgabe: Entsprechend einer Kurtaxe könnte für Tourist*innen eine ÖPNV-

347 Abgabe eingeführt werden, die auf den Zimmerpreis der jeweiligen Unterkunft
348 „aufgeschlagen“ und dort auch eingezogen wird. Dabei soll die Kommune bzw. die
349 Region selbst entscheiden, ob sie eine Abgabe erhebt.

350 Fernverkehr:

351 Solange das Ticket für eine Bahnfahrt zwischen zwei deutschen Großstädten teurer als
352 ein Ticket für den Flug ist, lassen sich kaum Reisende zum Umstieg auf den
353 Schienenverkehr motivieren.

354

355 Wir fordern daher:

- 356 • Ein faires Preismodell im Fernverkehr. Subventionierte und bezahlbare Preise,
357 die den schienengebundenen Verkehr zur effizientesten Reiseform zwischen
358 deutschen Großstädten machen.
- 359 • Kostenlose Nutzung des Fernverkehrs für Schüler*innen, Studierende,
360 Auszubildende, FSJler und Rentner*innen.
- 361 • Abschaffung der ersten Klasse in Zügen, die nicht zum Fernverkehrsangebot
362 gehören

363 sowie bis zur Umsetzung der genannten Forderungen:

- 364 • Entkriminalisierung von Schwarzfahrenden:
365 Laut § 265a Strafgesetzbuch ist „Beförderungerschleichung“ eine Straftat. Wer
366 dreimal beim Schwarzfahren von Kontrolleur*innen ertappt wird, erhält eine
367 Anzeige durch den Verkehrsbetrieb, manchmal sogar schon nach dem ersten Mal.
368 Zahlt die beklagte Person dann immer noch nicht, muss sie in der Regel nach
369 einem Gerichtsverfahren eine Ersatzfreiheitsstrafe von etwa zwei Wochen
370 antreten. Zumindest eine Herabstufung des Schwarzfahrens von einer Straftat zu
371 einer Ordnungswidrigkeit wäre sicherlich eine sinnvolle Maßnahme.

372 **1. Europa / Internationaler Schienenverkehr**

373 Schon jetzt gibt es Hochgeschwindigkeitszüge, die mit wenig zeitlichem Mehraufwand
374 mit Flügen konkurrieren können. Die Fahrgastzahlen belegen: Dort, wo
375 Hochgeschwindigkeitsstrecken existieren, werden sie auch angenommen.

376 Wir wollen ein Europa, das sich zum Ausbau eines europäischen Schienennetzes
377 verpflichtet, weit über die bisher existierenden Strecken hinaus.

378 Die EU muss sich im Zuge klimafreundlicher Mobilität zur Aufgabe machen, Alternativen
379 für innereuropäische Flüge zwischen Metropolen auf dem Markt anzubieten. Zu einem
380 europäischen Binnenmarkt und einem Europa der offenen Grenzen gehört aus unserer
381 Sicht auch ein breites europäisches Schienennetz über die Grenzen von einzelnen
382 Nationalstaaten hinaus.

383 Wir fordern daher:

- 384 • Den Bau neuer Hochgeschwindigkeitsstrecken zwischen europäischen Städten und
385 Errichtungen neuer Verbindungen. Wir wollen ein Europa, das sich zum Ausbau
386 eines europäischen Schienennetzes verpflichtet, weit über die bisher
387 existierenden Strecken hinaus.
- 388 • Um allen Europäer*innen Zugang zum europäischen Zugnetz zu ermöglichen, wollen
389 wir das Interrailticket für alle bis 27 Jahren kostenlos anbieten.

Antrag V02: 9 € Ticket unbefristet verlängern und ausbauen

Antragsteller*in:	Jusos Saar
Sachgebiet:	V - Verkehr & Infrastruktur

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Von A nach B kommen ist für viele Menschen nach wie vor eine große Herausforderung.
2 Besonders junge Menschen sind viel zu oft auf das Auto der Eltern angewiesen und
3 können sich so nicht unabhängig fortbewegen. Der ÖPNV bietet hier eine Lösung für
4 alle Menschen die sich unabhängig von Dritten und ohne eigenes Auto fortbewegen
5 wollen.
- 6 Besonders zur aktuellen Zeit, in der der schreckliche Ukraine Krieg und die Inflation
7 die Preise für so gut wie alles in die Höhe treiben, können sich viele Menschen ein
8 eigenes Auto nicht mehr leisten. Neben den Anschaffungskosten belasten auch
9 Versicherung und Spritpreise den Geldbeutel vieler Menschen stark. An dieser Stelle
10 muss auch angemerkt werden, dass besonders an den hohen Spritpreisen große Konzerne
11 Schuld sind, die den Ukrainekrieg als Vorwand verwenden ihre Preise enorm zu erhöhen
12 und so die Verbraucherinnen und Verbraucher stark zu belasten! **Diesen**
13 **kapitalistischen Gewinnwahn auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger verurteilen wir**
14 **aufs Schärfste!** Das eigene Auto können sich so schlichtweg nicht alle leisten. Diese
15 Menschen sind auf einen guten und preisgünstigen ÖPNV angewiesen! Und außerdem haben
16 sie das Recht dazu.
- 17 Gleichzeitig bietet der ÖPNV eine große Chance im Kampf gegen den Klimawandel. Ein
18 gut ausgebauter und genutzter ÖPNV ist eine große Chance den Klimawandel zu bekämpfen
19 und unerlässlicher Faktor dabei die Klimaziele des Pariser Abkommens einzuhalten.
- 20 Sowohl aus sozialen, wie auch aus ökologischen Gründen brauchen wir einen attraktiven
21 und günstigen ÖPNV. Daher begrüßen wir es, dass Anke Rehlinger, zu dem Zeitpunkt noch
22 Verkehrsministerin, 2021 einen ersten Schritt im Saarland unternommen hat um den ÖPNV
23 günstiger für die Bürgerinnen und Bürger zu machen.
- 24
- 25 **Diesem Erfolg müssen jedoch weiter folgen! Wir haben als Jusos das 365 Euro Ticket**
26 **für junge Menschen in den Saarlandplan verhandelt. Dieses Versprechen muss die**
27 **Landesregierung nun schnellstmöglich umsetzen.**
- 28 Es reicht jedoch nicht nur nach Saarbrücken zu schauen. Die Aufgabe einen günstigen
29 und gut ausgestatteten ÖPNV zu gewährleisten ist nicht alleine im Saarland zu lösen.
30 Hierzu braucht es auch den Bund. Dieser hat in seinem Entlastungspaket 2022 unter
31 anderem das 9 Euro Ticket beschlossen. Dieses soll für die Monate Juni, Juli und
32 August gelten. Damit soll es ermöglicht werden für 9 Euro im Monat Bus und Bahn
33 (Regionalverkehr) überall in Deutschland zu nutzen. Diese Maßnahme kostet den Bund
34 2.5 Milliarden Euro. Wir sind davon überzeugt, dass dies kein zu hoher Preis für
35 unseren ÖPNV ist. Ein Land, welches 100 Milliarden auf einmal in die Bundeswehr
36 investieren kann, muss sich auch 10 Milliarden im Jahr für einen günstigen ÖPNV
37 leisten können. **Wir fordern daher die zeitlich unbegrenzte Fortführung der 9 Euro**
38 **Tickets!**

39 Dieser Schritt wäre eine echte Entlastung für zahlreiche Menschen in Deutschland.
40 Besonders in Anbetracht der Tatsache, dass Schätzungen zu Folge 30 Millionen Menschen
41 diese Tickets nutzen wollen. Diese Tickets stellen für zahlreiche Menschen eine
42 enorme finanzielle Entlastung dar und geben besonders jungen Menschen neue
43 Möglichkeiten Deutschland zu erkunden und geben ihnen ein großes Stück Freiheit.
44 Natürlich muss dem entsprechend auch dafür gesorgt werden, dass genug Busse und
45 Bahnen für die Menschen vorhanden sind. Daher muss überall geprüft werden, ob weitere
46 Bus und Bahnlinien sinnvoll sind um die gestiegene Nachfrage zu befriedigen. Bus und
47 Bahn dürfen nicht überfüllt sein! **Daher muss überall dort, wo es notwendig ist**
48 **weitere Buslinien geschaffen werden und auch neue Bahnstrecken. Vorzugsweise sollten,**
49 **dort wo vorhanden, alte Bahnstrecken reaktiviert werden um bereits vorhandene**
50 **Infrastruktur zu nutzen.**

51 Außerdem gelten die 9 Euro Tickets bislang nur für den Regionalverkehr. Und auch,
52 wenn wir uns schon alle auf den Urlaub in Sylt freuen, um BWL Justus und CO ihr
53 Urlaubsparadies streitig zu machen bleibt fest zu halten, dass der Weg von Saarlouis
54 nach Sylt mit dem DB Regionalverkehr etwa 18 Stunden dauert und 7 bis 8 Umstiege
55 beinhaltet. Diesem Umstand kann begegnet werden, indem die 9 Euro Tickets auch für
56 ICs und ICEs gelten. **Daher fordern wir genau diese Ausweitung: Reisezeit verkürzen,**
57 **innerdeutschen Tourismus stärken! 9 Euro Tickets auch für ICs und ICEs!**

58 Dies alles erfordert viel Investitionsbereitschaft. Doch Investitionen in
59 Infrastruktur, den Schutz unseres Klimas und die Lebensqualität zahlreicher Menschen
60 darf uns nicht zu teuer sein! **Für diese Investitionen darf es sowohl auf Landes-, wie**
61 **auch auf**

62

63 **Bundesebene, keine Investitionsbremse geben.** Auch wenn wir die Investitionsbremse im
64 Bundesfinanzministerium namens Christian Lindner bis 2025 nicht los werden, **so**
65 **fordern wir doch die Abschaffung der Schuldenbremse und notwendige Investitionen zu**
66 **ermöglichen.**

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag V03: Dienstwagenbesteuerung reformieren

Antragsteller*in:	Jusos Brandenburg
Sachgebiet:	V - Verkehr & Infrastruktur

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Wir fordern die SPD Bundestagsfraktion dazu auf, sich für eine Reformierung der
- 2 Dienstwagenbesteuerung einzusetzen. Hauptziel der Reform soll sein, dass diese dem
- 3 Prinzip der horizontalen Steuergerechtigkeit entspricht und somit die derzeitige
- 4 vertikale Steuerungerechtigkeit und die klima- und umweltschädlichen
- 5 Verhaltensanreize abgebaut werden. Die entstehenden fiskalischen Mehreinnahmen sollen
- 6 dafür genutzt werden, wichtige soziale Mobilitätsprojekte, wie ein Nachfolgeprojekt
- 7 zum 9 Euro Ticket und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs mitzufinanzieren.
- 8 Kernpunkt der Reform sollte hierbei eine Nachfolgeregelung der jetzigen 1-Prozent-
- 9 Methode sein, die meist bei der häufigen privaten Nutzung des Dienstwagens verwendet
- 10 wird und bei der der geldwerte Vorteil mit einer anschaffungsbezogenen Pauschale von 1%
- 11 des Listenpreises des Autos versteuert wird. Bei der Reformierung soll der
- 12 bürokratische Aufwand für Behörden und Besteuerte so gering wie möglich gehalten
- 13 werden.
- 14 Die Umsetzung kann sich am Bericht von [Diekmann et al.: Steuerliche Behandlung von](#)
- 15 [Firmenwagen in Deutschland, 2011](#) orientieren.

Begründung

Die Probleme der bisherigen Regelungen der Dienstwagenbesteuerung werden unter anderem in [Michael Thöne: Stellungnahme der Besteuerung von privat genutzten Dienstwagen, 2012](#) zusammengefasst.

Demnach widerspricht die aktuelle Regelung dem Prinzip der horizontalen Steuergerechtigkeit, da der geldwerte Vorteil eines Dienstwagens weniger stark besteuert wird als das monetäre Einkommen. Es lohnt sich also mehr einen Dienstwagen zu nehmen, als ein höheres Gehalt ausgezahlt zu bekommen.

Dadurch wird außerdem gefördert, dass Menschen nicht auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen, da der Dienstwagen schon vorhanden ist und bei einer höheren Nutzung des Autos keine weiteren Kosten anfallen. Dieses Prinzip wird dadurch verstärkt, dass in der Praxis viele Arbeitnehmer*innen eine Tankkarte erhalten, womit diese kostenlos tanken können. Damit hat die Steuerregelung eine starke klima- und umweltschädliche Wirkung. Dieser Wirkung kann mit einer nutzungsbezogenen Komponente der Besteuerung entgegengewirkt werden (mehr anfallende Steuern bei größerer Fahrstrecke).

Außerdem widerspricht die aktuelle Regelung der vertikalen Steuergerechtigkeit, da die unterbesteuerten Dienstwagen "überproportional Personen mit höherem Einkommen zugutekommen" (vgl. Thöne). Bei der Regelung könnte man also von einer Verteilung von unten nach oben sprechen.

Eine Übersicht aller negativen Folgen der aktuellen Besteuerung findet sich auch in einem Bericht des Umweltbundesamtes: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/366/dokumente/uba-kurzpapier_dienstwagenbesteuerung_kliv.pdf, 2021

Antrag V04: Schwarzfahren aus dem Strafgesetzbuch!

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	V - Verkehr & Infrastruktur

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Wir alle müssen Erledigungen machen – einkaufen, einen Termin bei einem:r Ärzt:in
- 2 wahrnehmen oder Verwandte pflegen – daher müssen wir mobil sein. Viele Menschen haben
- 3 aber kein Einkommen und daher nicht die Möglichkeit, sich eine Fahrkarte zu kaufen.
- 4 Wird jemand beim Fahren ohne Ticket entdeckt, muss diese Person nicht nur das
- 5 „erhöhte Beförderungsentgelt“ über 60 Euro zahlen, sondern auch mit strafrechtlichen
- 6 Konsequenzen, wie einer Geldstrafe oder einer Freiheitsstrafe rechnen. Von Armut
- 7 betroffene Menschen können eine derartige Geldstrafe häufig nicht zahlen. Die Folge:
- 8 Ersatzfreiheitsstrafen. In vielen Fällen kommt es also dazu, dass Menschen inhaftiert
- 9 werden, weil sie eine Fahrkarte nicht zahlen konnten. Dies betrifft nicht selten
- 10 vulnerable Menschen, die eigentlich besondere Hilfe und Unterstützung durch den Staat
- 11 benötigen und erhalten sollten – wie Arbeitslose, Wohnungs- und Obdachlose, psychisch
- 12 kranke Menschen oder Menschen mit Suchtproblemen.
- 13 Deshalb fordern wir:
- 14 1. die ersatzlose Streichung der Beförderungerschleichung in §265a StGB.
- 15 2. die entgeltfreie Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs für obdachlose
- 16 Menschen.
- 17 3. die Einführung/Anpassung von stadtweiten Sozialtickets für Menschen mit niedrigem
- 18 Einkommen in jeder Stadt mit mehr als 100.000 Einwohner:innen. Der Preis des
- 19 Sozialtickets muss dabei monatlich betrachtet unter dem im Regelsatz des ALGII (bzw.
- 20 Bürgergeldes) vorgesehenen Betrag für Verkehr liegen.
- 21 Langfristig soll der steuerfinanzierte, entgeltfreie Öffentliche Personennahverkehr
- 22 angestrebt werden.

Begründung

1. Ersatzlose Streichung der Beförderungerschleichung in §265a StGB

Problematik des Fahrens ohne Ticket als Straftatbestand

Viele Menschen haben kein oder ein niedriges Einkommen und nicht die Möglichkeit, sich eine Fahrkarte zu kaufen. Natürlich ist es wichtig und richtig, diese Menschen in ein gut bezahltes Arbeitsverhältnis zu bringen. Realistisch gesehen wird es aber immer Menschen geben, die keine Arbeit haben oder von Armut betroffen sind. Wird jemand beim Fahren ohne Ticket erwischt, muss diese Person nicht nur das „erhöhte Beförderungsentgelt“ über 60 Euro zahlen, sondern auch mit strafrechtlichen Konsequenzen, wie einer Geldstrafe oder einer Freiheitsstrafe rechnen. Die Geldstrafen können von Armut betroffene Menschen meistens nicht zahlen. Die Folge: Ersatzfreiheitsstrafen. In vielen Fällen kommt es also dazu, dass Menschen inhaftiert werden, nur weil sie eine Fahrkarte nicht zahlen konnten. Dies betrifft nicht selten Menschen, die eigentlich Hilfe und Unterstützung vom Staat benötigen und erhalten sollten – wie Arbeitslose, Obdachlose, psychisch kranke Menschen oder Menschen mit Suchtproblemen.

Warum keine Herabstufung zur Ordnungswidrigkeit?

Einerseits würde die bloße Herabstufung des Fahrens ohne Ticket zur Ordnungswidrigkeit das Problem nicht lösen. Denn auch bei einer Ordnungswidrigkeit kann ein Verwarn- oder Bußgeld verhängt werden. Kann man dieses nicht zahlen, führt dies zu einer Ersatzfreiheitsstrafe und damit zu eben jenem, was zu verhindern ist. Andererseits wäre dies unnötig, da die Vertragspflichtverletzung schon durch ein erhebliches „erhöhtes Beförderungsentgelt“ sanktioniert wird, das mit inzwischen 60 Euro bundesweit sogar höher als die meisten Bußgelder beim Falschparken mit 15 bis 25 Euro liegt.

Sind die Funktionen einer Strafe in Bezug auf das Schwarzfahren erfüllt?

Die Funktionen einer Strafe sind in Bezug auf das Fahren ohne Ticket entweder bereits durch die Sanktionierung durch das „erhöhte Beförderungsentgelt“ gegeben – wie etwa die Abschreckung vor dem Vollzug einer Straftat – oder nicht notwendig – wie etwa die Resozialisierung des/der Täter:in.

Entlastung des Justizwesens und Einsparung unnötiger Kosten

Allein 2018 mussten 7000 Menschen wegen Schwarzfahrens in Haft. Das strafrechtliche Vorgehen gegen das Fahren ohne Ticket bedeutet damit einen enormen Arbeitsaufwand im Justizwesen. Die Haftkosten für eine Person liegen bei etwa 100 bis 180 Euro pro Tag. Hinzu kommen weitere Kosten – etwa für das Personal im Justizwesen. Eine Streichung aus dem Strafgesetzbuch würde also auch eine Entlastung des Justizwesens und der Staatskasse bedeuten.

- **265a StGB – Erschleichen von Leistungen**

„Wer [...] die Beförderung durch ein Verkehrsmittel [...] in der Absicht erschleicht, das Entgelt nicht zu entrichten, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft [...]“.

2. Entgeltfreie Nutzung für obdachlose Menschen

Auch Obdachlose sind von der Problematik des Schwarzfahrens betroffen. Sie haben keine finanziellen Mittel, um sich eine Fahrkarte leisten zu können; sind aber dennoch auf den ÖPNV angewiesen. Deshalb müssen sie die Möglichkeit erhalten, die Verkehrsmittel einer Stadt kostenfrei zu verwenden.

3. Einführung/Anpassung von Sozialtickets

Mobilität ist ein Grundbedürfnis und sollte daher für jeden Menschen erschwinglich sein. Keine oder zu teure Sozialtickets verhindern von vorneherein, dass dieses Grundbedürfnis bei Menschen mit niedrigem Einkommen gedeckt werden kann. Daher muss jedem Menschen ein erschwingliches Mobilitätsangebot gemacht werden.

Antrag V05: Erfolgsgeschichte 9-Euro-Ticket fortsetzen, Mobilitätswende beschleunigen

Antragsteller*in:	Jusos Hamburg
Sachgebiet:	V - Verkehr & Infrastruktur

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Der Juso-Bundeskongress möge zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag
- 2 beschließen:
- 3 Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der
- 4 Bundesregierung werden aufgefordert, spätestens zum Beginn des Jahres 2023 mit den
- 5 Ländern eine Anschlusslösung für das 9-Euro-Ticket einzuführen und diese dafür
- 6 finanziell entsprechend auszustatten.
- 7 Eine Anschlusslösung muss dabei weiterhin eine bundesweite Gültigkeit im Nah- und
- 8 Regionalverkehr sowie allen Verkehrsverbänden beinhalten und sollte für Preise von
- 9 höchstens 30 Euro pro Monat bzw. 365 Euro im Jahr erhältlich sein. Für
- 10 einkommensschwache Gruppen – insbesondere Sozialhilfeempfänger*innen, Auszubildene,
- 11 Studierende, Schüler*innen, Freiwilligendienstleistende – weniger.
- 12 Zeitgleich muss der Angebotsausbau im Nah- und Regionalverkehr weiter vorangetrieben
- 13 und entsprechend finanziert werden, um der steigenden Nachfrage gerecht zu werden und
- 14 bestehende Angebotslücken zu schließen. Die reine Rentabilität einer Strecke ist in
- 15 den Entscheidungsprozess sowie die Priorisierung erst nachrangig einzubeziehen.

Begründung

Das 9-Euro-Ticket hat sich als wahrscheinlich erfolgreichste Maßnahme der bisherigen Entlastungspakete erwiesen: 21 Millionen verkaufte Sondertickets allein im Juni, dazu 10 Millionen weitere Abonnement-Tickets, sprechen eine deutliche Sprache. Das 9-Euro-Ticket hat durch seine Einfachheit und den günstigen Preis eine ungeahnte Begeisterung für den ÖPNV geweckt. Zwei Erkenntnisse können daher bereits jetzt gewonnen werden: Die Bürger*innen nutzen vermehrt den ÖPNV, wenn der Preis attraktiv ist und sie sich nicht durch einen Tarifdschungel kämpfen müssen. Auch wenn das Ticket für viele Freizeitfahrten genutzt wird, ist es auch insbesondere für Pendler*innen eine spürbare Entlastung, die direkt bei ihnen ankommt.

Doch das Modellprojekt läuft im Ende August aus und bisher ist leider trotz entsprechender Stimmen auch aus der SPD keine Fortsetzung in Sicht. Aus zwei Gründen ist diese aber dringend notwendig:

1. Die gestiegenen Energiepreise werden auch im ÖPNV steigende Ticketpreise, spätestens zum neuen Jahr, zur Folge haben. Gleichzeitig sind viele Bürger*innen auf bezahlbare Mobilität angewiesen, Entlastungen in diesem Bereich also besonders wirksam und notwendig.
2. Für eine erfolgreiche Bekämpfung der Klimakrise besteht vor allem bei der Mobilität dringender Handlungsbedarf. Das 9-Euro-Ticket leistet bisher einen erfolgreichen Beitrag zum Gelingen der Mobilitätswende. Daher muss diese Vorlage für eine dauerhafte Lösung eines deutschlandweiten, einheitlichen und bezahlbaren Nahverkehrstickets genutzt werden.

Antrag V06: Licht am Fahrrad, Licht für's Fahrrad – neue Regeln anwenden

Antragsteller*in:	Jusos Hamburg
Sachgebiet:	V - Verkehr & Infrastruktur

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Der Juso-Bundeskongress möge zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag
- 2 beschließen:
- 3
- 4 Die SPD setzt sich dafür ein, dass
- 5 1. Blinker an Fahrrädern erlaubt werden,
- 6 2. die Ampeln zur Steuerung des Radverkehrs so angepasst werden, dass
- 7 • der Richtungspfeil in Fahrradampeln deutlich größer dargestellt wird;
- 8 • an Kreuzungen mit separaten Linksabbiegephasen für den Kraftverkehr durch eine
- 9 entsprechende Schaltung der Radverkehrsampeln auch für den Radverkehr ein
- 10 unterbrechungsfreies Linksabbiegen zu ermöglichen und Wartezonen für mehrere
- 11 Fahrräder eingerichtet werden;
- 12 • Kombiampeln zur gleichzeitigen Steuerung des Fuß- und Radverkehrs durch
- 13 Radverkehrsampeln ergänzt werden;
- 14 3. an allen geeigneten Punkten der grüne Rechtsabbiegepfeil für Fahrräder
- 15 aufgestellt wird;
- 16 4. dort, wo es derzeit zu gefährlich engen Überholmanövern von Fahrrädern durch den
- 17 Kraftverkehr kommt, ein Überholverbot einspuriger Fahrzeuge (Zeichen 277.1)
- 18 anzuordnen ist;
- 19 5. die Sanktionen für ein zu enges Überholen von Fahrrädern mit Kraftfahrzeugen
- 20 spürbar angehoben werden (jedenfalls mit Eintragung im Fahreignungsregister und
- 21 für schwerwiegende Fälle Fahrverbot) und die Kontrollen des Überholabstands
- 22 intensiviert werden.

Begründung

Das Verbot, Fahrräder mit leuchtenden Fahrtrichtungszeigern auszustatten, ist veraltet und gehört abgeschafft. Es ist unverständlich, warum Elektrokleinstfahrzeuge („e-Scooter“) Blinker haben dürfen, Fahrräder hingegen grundsätzlich nicht. Beide Verkehrsmittel sind in der Silhouette ähnlich, vergleichbar schnell und dürfen die gleichen Wege befahren.

Die Sicherheitsvorteile von elektrischen Blinkern liegen dabei auf der Hand: Sie sind nachts besser sichtbar, es kann mit beiden Händen am Lenker abgebogen werden und im Stehen wird die beabsichtigte Fahrtrichtungsänderung weiterhin angezeigt. Bei modernen Fahrrädern ist ein Nabendynamo mit Kondensatoren für eine Standlichtfunktion bereits Stand der Technik, sodass ein Aus- und Nachrüsten von Blinkern keine großen Schwierigkeiten darstellt. Die Zulässigkeit des Abbiegesignals per Handzeichen soll durch diese Alternative nicht beschränkt werden.

Die Lichtzeichenanlagen für den Radverkehr sind derzeit mit gefährlich kleinen Richtungspfeilen

versehen. An vielen Kreuzungen genügt nicht ein rascher und beiläufiger Blick, um zu identifizieren, welche Ampel den Verkehr für die gewünschte Fahrtrichtung regelt. Die daraus resultierende Unsicherheit ist durch eine bedeutend größere Darstellung des Pfeils (und etwaig eine Vergrößerung der Fahrradampel an sich) zu begegnen.

Es ist unglücklich, dass dezidierte Fahrradinfrastruktur mancherorts Wegezeiten verlängert. Das liegt daran, dass sie das direkte Linksabbiegen im Mischverkehr verhindert. Als Lösung für diesen Missstand zeigen uns etwa die Niederlande: Ampelphasen für das unterbrechungsfreie Linksabbiegen mit Fahrrädern, ohne dass neben dem tosenden Kraftverkehr gewartet und dabei seine Abgase eingeatmet werden müssen.

Durch den bisherigen Erfolg der Mobilitätswende kommt es derzeit im Wartebereich vor Kreuzungen zu Konflikten. Die wartenden Radler*innen behindern den querenden Verkehr und einander, können aber auch nirgends hin. Bei künftigen Planungen sind diese Bereiche daher größer zu gestalten.

Kombiampeln, die gleichzeitig den Fuß- und Radverkehr steuern, sind der wachsenden Stärke des Radverkehrs nicht mehr angemessen und behindern unnötig den Verkehrsfluss. Radfahrende sind wesentlich schneller als Fußgänger*innen und sollten durch eine eigene Ampelsteuerung geregelt werden. Derzeit müssen Radler*innen häufig vor Kreuzungen warten, die sie noch sicher hätten queren können.

Die neuen Instrumente der Straßenverkehrsordnung des Rechtsabbiegepfeils für Radfahrende und das Überholverbot einspuriger Fahrzeuge mit mehrspurigen Fahrzeugen (Zeichen 277.1) nutzt die Freie und Hansestadt Hamburg derzeit nicht. Die Neuerungen sind jedoch aus gutem Grund eingeführt worden. Der Grünpfeil beschleunigt den Radverkehr und verringert die Gefahr beim Rechtsabbiegen. Es ist an der Zeit, diese Möglichkeiten zu nutzen.

Das zu enge Überholen von Radfahrenden durch Kraftfahrzeugführende wurde zurecht als Problem erkannt. Der Mindestabstand von 150 cm innerorts wird nach wie vor häufig nicht eingehalten. Hier bedarf es mehr polizeilicher Kontrolle, etwa durch mit Systemen wie dem *Open Bike Sensor* ausgestatteten Zivilstreifen, Abstandmessungen aus Videofahrzeugen und optischen Verkehrsüberwachungssystemen.

Das Überholverbot einspuriger Fahrzeuge ist an den Orten einzusetzen, an denen das Überholen zu Gefahren führt. Die Erfahrung zeigt: Eine durchgezogene Linie reicht nicht aus, um die Kraftfahrzeugführenden vom Überholen abzuhalten. Das Verkehrszeichen kann mehr Klarheit schaffen und sollte dringend an den besonders gefährlichen Stellen aufgestellt werden.

Die Regelbuße für das zu enge Überholen von Fahrrädern ist mit 30 € unverhältnismäßig niedrig. Die Höhe trägt dem Umstand, dass (anders als bei den meisten Verkehrsdelikten) ein konkretes Opfer gefährdet wurde, keine Rechnung. Neben einer Anpassung der Summe, etwa an die Höhe des unerlaubten Parkens auf Radschutzstreifen, ist regelmäßig eine mit einem Punkt versehene Eintragung im Fahreignungsregister vorzunehmen. Für besonders geringen Abstand, insbesondere in Kombination mit überhöhter Geschwindigkeit, sind höhere Bußgelder, mehr Punkte und auch Fahrverbote anzuordnen.

So fördern wir gemeinsam den sicheren und leichten Radverkehr für alle.

Antrag V07: Mehr Sicherheit im Straßenverkehr: Fahrtauglichkeit ist kein lebenslanges Geschenk der Führerscheinprüfung!

Antragsteller*in:	Jusos Hamburg
Sachgebiet:	V - Verkehr & Infrastruktur

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Der Juso-Bundeskongress möge zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag
- 2 beschließen:
- 3 1. Wir fordern eine verpflichtende Überprüfung der Fahrtauglichkeit aus Sehtest
- 4 und Erste-Hilfe-Kurs, alle 15 Jahre ab Erlangen des Führerscheins einzuführen.
- 5 2. Zusätzlich fordern wir, dass eine medizinische Überprüfung ab dem Alter von 65
- 6 Jahren alle 5 Jahre stattfindet. Diese Überprüfung soll nach dem Vorbild vieler
- 7 anderer europäischer Staaten an besondere Anforderungen geknüpft werden, welche
- 8 die Belastbarkeit, Orientierungsleistung, Reaktionsfähigkeit, Konzentrations-
- 9 und Aufmerksamkeitsleistung überprüfen.
- 10 3. Die Kosten des Sehtests und des Erste-Hilfe-Kurses sollten aufgrund der
- 11 sozialen Verträglichkeit und der gesamtgesellschaftlichen gesundheitlichen
- 12 Relevanz über die Krankenkassen abgerechnet werden. Damit wird gleichzeitig die
- 13 Ersthilfefähigkeit der Bevölkerung gesteigert und die Sicherheit im
- 14 Straßenverkehr gestärkt.

Begründung

Zu 1.: Vor Erlangung des Führerscheins sind sowohl der Sehtest und der Erste-Hilfe-Kurs verpflichtend. Die Sehfähigkeit kann sich jedoch innerhalb weniger Jahre massiv verschlechtern. Somit ist es argumentativ nicht zu begründen, warum diese nur einmal im Autofahrleben überprüft wird, obwohl die Sehfähigkeit massiven Einfluss auf die Sicherheit im Straßenverkehr hat.

Der Umstand, dass der Erste-Hilfe-Kurs zwar für den Führerschein vorausgesetzt wird, aber dessen Inhalte innerhalb von ein paar Jahren fast gänzlich aus der Erinnerung verschwinden führt dazu, dass viele Deutsche sich im Ernstfall nicht zutrauen, Erste-Hilfe leisten zu können. Laut einer Umfrage des ADAC liegt diese Zahl aktuell nur bei 52% der Befragten in Deutschland (<https://www.adac.de/verkehr/verkehrssicherheit/verkehrsmedizin/umfrage-erste-hilfe-kurs/>) Auch die Wissenslücken zur richtigen Anwendung der Maßnahmen sind enorm. Dies stellt über den Straßenverkehr hinaus eine Gefahr für Leib und Leben jedes Einzelnen dar.

Der Zeitraum alle 15 Jahre ist aus praktischen Gründen geboten, da nach dieser Zeit nach EU-Recht ein neuer Führerschein bei der Straßenverkehrsbehörde beantragt werden muss und die erneute Ausstellung so an die oben genannten Voraussetzungen geknüpft werden kann.

Zu 2.: Mit zunehmendem Alter steigt das Risiko einer Verschlechterung der allgemeinen Fahrtauglichkeit. Dennoch wird im Gegensatz zu Berufskraftfahrer*innen keine Fahrtauglichkeitsprüfung durchgeführt. Menschen ab 65 Jahren sind überproportional häufig in schwere Verkehrsunfälle verwickelt. So lag ihr Anteil an allen Verunglückten im Jahr 2020 bei 14,0 Prozent. Bei den Verkehrstoten waren es jedoch 32,9 Prozent. Damit gehörte jeder dritte Verkehrstote zu dieser Altersgruppe. Hierhin spiegelt sich zum einen die mit zunehmendem Alter nachlassende physische Widerstandskraft wider, zum anderen ist das höhere Sterberisiko durch die abnehmende gesundheitliche Fahrtauglichkeit bedingt.

Ein Vergleich mit anderen europäischen Ländern (Auszugsweise: <https://www.tz.de/auto/senioren-steuer-laender-europa-aelteren-fahrern-umgehen-zr-6385470.html>) zeigt, dass Deutschland hier eine offene Flanke bei der Sicherheit des Straßenverkehrs hat.

Selbst der ADAC oder die DEKRA haben dies erkannt und bieten Überprüfungen der Fahrtauglichkeit für ältere Autofahrer*innen an. Diese sind allerdings kostenpflichtig.

Aus Praktikabilität und Kostenreduzierung bietet es sich an die Untersuchung im Rahmen des allgemeinen Gesundheits-Check-up durchzuführen. Dieser ist schon jetzt, ab dem Alter von 35 Jahren alle 3 Jahre eine Kassenleistung. Damit würde zusätzlich dieser, im Alter ab 65 Jahren, eine Aufwertung erhalten und von mehr Menschen auch tatsächlich wahrgenommen werden. So würden Krankheiten frühzeitig bei Betroffenen entdeckt werden.

Zu 3.: Sehtests sind schon jetzt eine Kassenleistung. Der Mehraufwand der Überprüfung der Fahrtauglichkeit im Rahmen der Kassenleistung „Gesundheits-Check-up“ stellt eine niedrigschwellige Erweiterung ab dem Alter von 65 dar. Dies stellt keine finanzielle Überbelastung der Krankenkassen dar. Erste-Hilfe-Kurse sollten von den Krankenkassen verpflichtend alle 15 Jahre angeboten werden. In der Gesamtschau würden diese sogar, aufgrund der höheren Einsatzbereitschaft und Ausbildung innerhalb der Bevölkerung, Kosten durch eine bessere Erstversorgung einsparen. Insgesamt zeigt sich folglich, dass der Antrag keine Mehrbelastung für die Steuerzahler*innen darstellen würde, die Durchsetzung sogar Geld einsparen könnte und so keine sozialen Hürden bei Neubeantragung des Führerscheins entstehen.

Antrag V08: Natur und Kultur mit vollen Zügen genießen

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Sachgebiet:	V - Verkehr & Infrastruktur

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Urlaubszeit bedeutet tausende Tourist*innen, volle Parkplätze und verstopfte Straßen.
2 Bundesweit werden diese Regionen schon seit Jahren durch den motorisierten
3 Individualverkehr belastet.

4 Die jeher stark frequentierten Ausflugsziele im Inland und insbesondere im
5 bayerischen (Vor-)Alpenraum im Oberpfälzer oder im Bayerischen Wald, in der
6 Mainfrankenregion etc. haben während der Covid 19 Pandemie und den damit
7 einhergehenden Reisebeschränkungen noch einmal verstärkt Zuspruch gefunden.
8 Den Anwohner*innen in den touristischen Ausflugsregionen wird ein unzumutbares
9 Verkehrsaufkommen aufgebürdet, eine "Blechlawine", die zu erheblichen
10 Einschränkungen im Alltag führt. Aus diesem Grund möchten wir den Öffentlichen
11 Personennahverkehr (ÖPNV) besonders in den touristischen Hochburgen stärken und
12 somit die Bevölkerung vor Ort entlasten sowie einen Beitrag zu klimaneutraler
13 Mobilität leisten. Eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs in den
14 Regionen
15 touristischer Ausflugsaktivitäten ist unabdingbar.

16 Derzeit werden Parkraumkosten häufig in unterschiedlichen Modellen in Ticketpreise
17 touristischer Attraktionen wie Bergbahnen, Skiliften und Sehenswürdigkeiten
18 eingerechnet, sodass das Parken und die Anreise mit dem eigenen Auto letztlich
19 kostengünstiger erscheinen. Das wollen wir verändern. Wir fordern Kombitickets für
20 städtische und staatliche Ausflugsziele in Kombination mit der Nutzung des ÖPNVs
21 anzubieten. Diese Tickets müssen hierbei deutlich attraktiver als der Einzelkauf
22 ausgestaltet werden Dies würde einerseits das Interesse an den Ausflugszielen
23 zusätzlich erhöhen, die Anreise mit dem ÖPNV attraktiver und die Anreise mithilfe des
24 motorisierten Verkehrs unattraktiver gestalten. Zusätzlich fordern wir die
25 Möglichkeit auch nicht städtische und staatliche Betreiber*innen von Ausflugszielen
26 solche Tickets in Zusammenarbeit mit den vor Ort tätigen Verkehrsbetrieben anbieten
27 zu können.

Antrag V09: Klimaschutz vor der eigenen Haustüre: Start- und Landegebühren für Kurzstreckenflüge am Flughafen München und Nürnberg massiv erhöhen

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Sachgebiet:	V - Verkehr & Infrastruktur

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Wir fordern die Schaffung eines Gesetzes auf Grundlage von Art. 15 GG durch die Die
- 2 Städte, der Freistaat und der Bund setzen sich in ihrer Rolle als Gesellschafterin
- 3 der Flughafengesellschaften München und Nürnberg für eine Anhebung der Start und
- 4 Landegebühren für Kurzstreckenflüge (<1.000km) ein. Hierbei soll das Passagierentgelt
- 5 mindestens verdreifacht werden.”.
- 6 Für den Fall, dass das Flugaufkommen durch diese Maßnahme – es ist eine
- 7 Preissteigerung gegenüber den Kunden zu erwarten – nicht reduziert werden kann,
- 8 werden die Mehreinnahmen den Gesellschaftern zur Finanzierung des Ausbaus des
- 9 Öffentlichen Personenverkehrs zur Verfügung gestellt.
- 10 Dadurch findet ein sozialer Ausgleich für einkommensschwache Haushalte statt: nicht
- 11 nur Flugtickets werden teurer, sondern auch Bahn- und ÖPNV-Tickets können im selben
- 12 Zug günstiger angeboten werden.
- 13 Darüber hinaus setzen sich die Städte, der Freistaat und der Bund in der
- 14 Flughafengesellschaften für eine Streichung der Subventionen gegenüber
- 15 Fluggesellschaften aus. Unabhängig davon stehen wir zur Forderung des Verbots und der
- 16 Abschaf

Begründung

Die Preise für Inlandsflüge sind im Vergleich zu Bahnfahrten oftmals wesentlich günstiger. Dies führt dazu, dass Menschen fliegen statt Bahn zu fahren und damit mehr CO₂-Ausstoß in Kauf nehmen.

Durch die Verteuerung der Flugtickets zugunsten einer Reduzierung der Gebühren für ein Bahnticket können auch einkommensschwache Haushalte klimafreundlicher reisen. Es ist damit zu rechnen, dass überwiegend Geschäftskunden die teureren Flüge nutzen, somit findet eine Umverteilung innerhalb des Verkehrssystems statt.

Die Subventionen gegenüber den Fluggesellschaften werden mit dem Ausgleich von Risiko für die Fluggesellschaften, mit wirtschaftlichem Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Flughäfen und mit der Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen begründet. Sollten durch die Verteuerung der Flugpreise, so große finanzielle Schäden entstehen, dass Arbeitsplätze in Gefahr sind, so soll versucht werden, diese in andere Verkehrssektoren wie z.B. bei der Bahn zu überführen, um dort eine bessere personelle Versorgung und eine höhere Zuverlässigkeit zu gewähren. Die Subventionen betragen z.B. im Jahr 2017 16 Millionen Euro, ausgezahlt an 32 Fluggesellschaften.

Die Start- und Landegebühren der FGM setzen sich aus unterschiedlichen Faktoren (Startmasse, Lärmbelastung, Emissionen, Passagierpauschale, Sicherheitspauschale, Fracht) zusammen und können auf der Website des Flughafens nachgelesen werden.

Antrag W01: Volle Kraft voraus! – Zeitenwende auch in der Werftpolitik

Antragsteller*in:	Jusos Bremen, Jusos Hamburg, Jusos Nord-Niedersachsen, Jusos Weser-Ems, Jusos Schleswig-Holstein, Jusos Mecklenburg-Vorpommern
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die maritime Wirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zur Wertschöpfung und zu
- 2 Arbeitsplätzen in Deutschland und insbesondere im norddeutschen Raum. Der Transport
- 3 von Waren und Gütern über den Schiffverkehr ist Voraussetzung für weltweiten Handel.
- 4 Im Zusammenhang mit Umweltschutz und der Bekämpfung der Folgen des Klimawandels ist
- 5 für uns die Vereinbarkeit von Naturschonung und wirtschaftlicher Nutzung unabdingbar.
- 6 Der Verschmutzung von Meeren, Flüssen und Seen durch Schifffahrt und Industrie muss
- 7 auf allen Ebenen aktiv entgegengetreten und bestehende Maßnahmen und Kontrollen
- 8 effektiver gestaltet werden.
- 9 Norddeutschland ist traditionell sehr stark mit der maritimen Wirtschaft verknüpft.
- 10 Bundesländer und Stadtstaaten an der Nord- und Ostsee sind historisch geprägt vom
- 11 Leben am Meer, vom Handel über das Meer und der wirtschaftlichen Nutzung des Meeres.
- 12 Als Hafen- und Logistikstandorte sind die norddeutschen Bundesländer bis heute
- 13 Deutschlands Tor zur Welt. Naturgemäß schließt sich an diese Lage eine gewachsene
- 14 Struktur für Entwicklung, Bau und Reparatur von Schiffen an. Es verwundert daher
- 15 nicht, dass der industrielle Schiffbau in Deutschland seinen Schwerpunkt in
- 16 Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und Hamburg hat.
- 17 Die maritime Wirtschaft ist in Mecklenburg-Vorpommern nicht nur elementarer
- 18 Bestandteil des Wirtschaftslebens, sondern durch die von ihr generierten
- 19 verschiedenen Möglichkeiten von Erwerbsarbeit auch von elementarer Bedeutung für die
- 20 Gesellschaft. Für ganz MV, aber vor allem für die Standorte Wismar, Rostock und
- 21 Stralsund spielen die Werften eine herausgehobene wirtschaftliche Rolle. Sie prägen
- 22 Stadtbild und regionale Identität und sind in dieser Niedriglohnregion, die durch den
- 23 Tourismussektor dominiert wird, die einzig relevanten Industrien mit einer strengen
- 24 Tarifbindung. Nicht nur die unmittelbaren Arbeitsplätze auf den Werften, sondern auch
- 25 tausende Beschäftigte bei den Zuliefer*innen, sind abhängig vom Zustand der Werften.
- 26 In Niedersachsen arbeiten alleine bei der Meyer-Werft in Papenburg mehr als 3.500
- 27 Beschäftigte. Sie ist mit den Nordseewerken und den diversen Zulieferbetrieben ein
- 28 wichtiger Wirtschaftsfaktor im nördlichen Emsland und südlichen Ostfriesland,
- 29 insbesondere durch die gezahlten Tarifröhne. In Cuxhaven wurden in der Vergangenheit
- 30 vorwiegend Fischereischiffe repariert und gewartet und an der Unterweser wird an
- 31 zahlreichen Standorten Schiffbau verschiedener Klassen betrieben.
- 32 Bremen ist traditionell eng mit der maritimen Wirtschaft verbunden. Nicht zuletzt
- 33 seinen Häfen und den hier angesiedelten bedeutenden Werften verdankt Bremen seine
- 34 Eigenständigkeit und jahrhundertelange Prosperität. Auch heute sind Lürssen, Lloyd
- 35 und andere große Industrieunternehmen wichtige Arbeitgeber. Gleichzeitig ist Bremens
- 36 jüngere Geschichte aber eng verknüpft mit der Krise des Schiffbaus und der damit

37 einhergehenden Massenarbeitslosigkeit.

38 Großstädte in Schleswig-Holstein sind in den vergangenen Jahrhunderten maßgeblich
39 durch die maritime Wirtschaft gewachsen. Große Teile der Gewerbesteuererinnahmen und
40 mehrere Tausend Arbeitsplätze beruhen auf diesem Wirtschaftszweig. In den vergangenen
41 Jahrzehnten begann im Bundesland der Zerfall dieser Industrie, indem mehrere
42 Standorte zusammengefasst wurden, Betriebe Insolvenz anmelden mussten und hunderte
43 Kolleg*innen ihren Job verloren. Teile der Betriebe wurden durch neue Großinvestoren
44 aufgekauft. Durch die Umstrukturierung der Betriebe gingen Arbeitsplätze langfristig
45 verloren und Tarifverträge wurden durch schlechtere Neuverträge ersetzt.

46 Die maritime Wirtschaft hat in den letzten Jahrhunderten entscheidend zur Entwicklung
47 Hamburgs beigetragen. Dieser Einfluss ist bis heute deutlich sichtbar und prägt das
48 Stadtbild. Sie ist bis heute wichtiger Arbeitgeber und wesentlicher
49 Wirtschaftsfaktor, neben dem Hafen sind dies insbesondere Werften wie Blohm und Voss.
50 Allerdings sind auch die Krisen und Probleme der deutschen Werften spürbar, von den
51 einstigen Großwerften ist nur noch Blohm+Voss übrig, mit Pella Sietas musste im
52 letzten Jahr eine der ältesten Werften endgültig Insolvenz anmelden. Damit einher
53 geht ein stetiger Verlust von Arbeitsplätzen.

54 **Die grundsätzlichen Probleme sind nicht neu!**

55 Teile der maritimen Wirtschaft stecken nun schon seit mehreren Jahrzehnten in einer
56 tiefgreifenden Krise. Diese Krise des europäischen und insbesondere des deutschen
57 Schiffbaus hat sich in den letzten Jahren noch einmal dramatisch verschärft. Ein
58 Großteil des weltweiten Handelsschiffbaus konzentriert sich bereits jetzt auf den
59 südostasiatischen Raum, insbesondere China, Südkorea und Japan haben hier einen
60 Marktanteil von 90% im Bau von Handelsschiffen. Vergleichbar ist die Lage für die
61 Reparatur von Schiffen – diesen werden zumeist dort gewartet und repariert, wo sie
62 gebaut wurden. In Deutschland werden aus diesem Grund in erster Linie Yachten und
63 Spezialschiffe repariert.

64 Der Standortvorteil dieser Länder resultiert aus billigen Produktionskosten,
65 günstigen Vorprodukten, die häufig mit problematischen Umweltauswirkungen produziert
66 werden und den niedrigen Personalkosten, mit den damit verbundenen teilweise
67 menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen. Diese strukturellen Probleme sind im
68 Wesentlichen seit der Werftenkrise in den 1980er Jahren bekannt und ein Patentrezept
69 für die Lösung ist bis heute nicht gefunden. Gerade im sehr stark internationalen
70 Gebiet der maritimen Wirtschaft helfen protektionistische Maßnahmen nur begrenzt, da
71 eine wechselseitige Abhängigkeit besteht und viele Teile der maritimen Wirtschaft nur
72 wegen der starken Globalisierung erfolgreich sind.

73 Immer neue Insolvenzen, wie zuletzt die der MV Werften, der Lloyd-Werft oder bei
74 Pella Sietas in Hamburg, legen die oben genannten strukturellen Probleme immer wieder
75 deutlich offen. Insbesondere der deutsche Schiffbau ist stark abhängig von
76 Nischenmärkten wie Kreuzfahrt- oder Yachtschiffbau oder militärischen Auftraggebern.
77 In den vergangenen 5 Jahren vor der Corona-Pandemie hatte es zuletzt sogar eine
78 Stabilisierung und leichte Erholung in dieser Nische gegeben und die
79 Beschäftigtenzahlen wuchsen leicht an.

80 **Aktuelle Krisen schaffen neue Herausforderungen**

81 Die multiplen Krisen unserer Zeit verschärfen diese bestehenden Probleme massiv und

82 machen viele positive Entwicklungen zu Nichte. Klimawandel, Corona und Ukraine-Krieg
83 haben Auswirkungen auf beinahe alle Lebensbereiche und machen auch vor dem Schiffbau
84 nicht Halt. Alle diese Krisen stellen unterschiedliche Herausforderungen an die
85 krisengeplagten Werften und machen eine Neuausrichtung der deutschen und europäischen
86 Werftpolitik notwendig.

87 Der Kreuzfahrtschiffbau ist durch die Covid-19-Pandemie in eine schwere Krise
88 geraten, die dazu führt, dass selbst in Auftrag gegebene und fast fertige
89 Kreuzfahrtschiffe nicht mehr abgenommen werden (siehe „Global 1“ in Wismar). Alleine
90 2021 wurden durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie bei den norddeutschen Werften
91 1.500 Arbeitsplätze gestrichen. Etwa die Hälfte der Werftarbeiter*innen war oder ist
92 immer noch in Kurzarbeit.

93 Seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine haben sich die Prämissen deutscher
94 Außenpolitik geändert. Diese veränderten Prämissen müssen sich auch auf weitere
95 Bereiche erstrecken. Die "Zeitenwende" muss mehr bedeuten und Abhängigkeiten von
96 autokratischen Staaten müssen in Zukunft vermieden werden. Deutschland ist stark
97 exportabhängig, der Umstand, dass ein Großteil des weltweiten Handelsschiffbaus in
98 der unmittelbaren chinesischen Einflussphäre stattfindet, ist ein großes Risiko.
99 Zudem sind die meisten Werften in Besitz privater, häufig international agierender,
100 Großkonzerne oder im Eigentum von Multimilliardär*innen. Das birgt viele Risiken, wie
101 das Beispiel der MV Werften zeigt.

102 Durch die Sanktionen, insbesondere gegen reiche russische Geschäftsleute, sind
103 mittelbar Werften im Yachtbau betroffen. Für diese müssen Lösungen und ein Umgang mit
104 bestehenden Aufträgen und den in den Werften liegenden Yachten gefunden werden.
105 Deutschland ist bisher nicht bereit, diese Vermögenswerte einzuziehen. Dadurch
106 ergeben sich laufende Kosten, die von den Eigner*innen absichtlich nicht beglichen
107 werden oder wegen der Blockade der Zahlungsmittel nicht beglichen werden können.

108 Im Falle einer außenpolitischen Isolation Chinas, bspw. durch einen Angriff auf
109 Taiwan, muss sichergestellt werden, dass die Europäische Union in der Lage ist,
110 mittelfristig eigene Handelsflotten bereitzustellen und zu unterhalten. Die
111 Erfahrungen des russischen Angriffskrieges müssen deshalb zu einem Umdenken in der
112 deutschen und europäischen Werftpolitik führen, indem sich von der Konzentration auf
113 Nischenmärkte entfernt und eine internationale Konkurrenzfähigkeit im Segment des
114 Handelsschiffbaus aufgebaut wird. Hierbei ist insbesondere die technologische Wende
115 der Antriebsmodelle in der Zukunft entscheidend. Der deutsche Schiffbau zeichnet sich
116 bereits jetzt durch eine hohe Innovationskraft aus, diese Vorteile in
117 Technologiefragen müssen in Zukunft in einen grünen und nachhaltigen Schiffbau
118 münden, um zum einen den Herausforderungen der Klimakrise zu begegnen und zum anderen
119 auf dem internationalen Markt trotz hoch subventioniertem Billig-Schiffbaus mit nicht
120 erneuerbaren Antriebsformen zu bestehen.

121 Diese Entwicklung kann aber erst einsetzen, wenn die strukturellen Probleme des
122 deutschen Schiffbaus aufgehoben werden. So gibt es im internationalen (auch
123 europäischen) Vergleich einen sehr geringen Umfang von Subventionen in Deutschland,
124 dadurch entsteht ein stetiger Wettbewerbsnachteil. Im Koalitionsvertrag der
125 Unionsparteien und der SPD aus dem Jahr 2018, wurde vereinbart, jedoch nicht
126 umgesetzt, den Überwasserschiffbau zur Schlüsseltechnologie zu erklären. Dies würde
127 ermöglichen, dass Rüstungsaufträge im Marinebereich auch direkt an nationale

128 Unternehmen vergeben werden. Deutschland würde damit dem Beispiel anderer
129 europäischer Staaten folgen. Diese fordern wir nun schnellstmöglich umzusetzen.

130 Finanziert durch das Sondervermögen für die Bundeswehr stehen eine Reihe von
131 Neubeschaffungen für die Marine an, diese Aufträge bieten das Potential, den Werften
132 in Deutschland eine Perspektive zu geben und Arbeitsplätze zu sichern. Hier muss die
133 SPD sich dafür einsetzen, dass die staatlichen Aufträge unabhängig von Seilschaften
134 und Lobbyeinfluss vielfältig vergeben werden.

135 Um den geopolitischen, ökologischen sowie ökonomischen Herausforderungen der Zukunft
136 begegnen zu können, braucht es eine Neuausrichtung der Werftstrategie der
137 Bundesregierung. Es braucht einen technologischen Meilensprung hin zu nachhaltigem
138 (Transport-)schiffbau und eine Umstrukturierung der Besitzverhältnisse, die aus
139 unserer Sicht zum einen eine Demokratisierung der Betriebe und zum anderen die
140 Verstaatlichung der Standorte dort anvisieren muss, wo diese nicht bereits auf
141 öffentlichem Grund (Hafengebiete) angesiedelt sind. Zudem benötigt es eine
142 garantierte Standortsicherung der Werften, die die Voraussetzungen für
143 Transportschiffbau mitbringen. Im Sinne einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft muss
144 auch Abwrackung und Recycling von Schiffen vermehrt hier in Europa stattfinden,
145 wodurch neue langfristige Arbeitsplätze mit verschiedenen Qualifizierungsniveaus
146 entstehen. Bisher findet die Verschrottung überwiegend in Ländern mit geringen
147 Standards für Arbeitssicherheit und unter Missachtung der Umweltauswirkungen statt.
148 Nachhaltigkeit muss sich aber auf das ganze "Leben" eines Schiffes beziehen.

149 Ziel muss es sein, eine europäische Souveränität auch im Bereich des globalen
150 Schiffmarktes herzustellen. Diese Zielstellung begreifen wir als mittel- und
151 langfristig angelegt, da auch die Vergesellschaftung in enger Abstimmung mit den
152 Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innen vor Ort geschehen muss und einer grundlegenden
153 gesellschaftlichen Debatte bedarf. Für uns ist weiterhin klar, dass wir eine
154 Demokratisierung der Betriebe anstreben. Diese Demokratisierung wird sich allerdings
155 in den aktuellen Besitzverhältnissen nicht vollziehen. Aus unserer Sicht kann die
156 Teilhabe der Arbeitnehmer*innen am Betrieb, durch eine Übernahme der Standorte durch
157 den Bund am ehesten gelingen.

158 Kurzfristig aber muss die Priorität darauf liegen, die Werftstandorte zu halten, auch
159 in aktuell ungünstigen Besitzverhältnissen. Dafür braucht es einen
160 institutionalisierten Werftauffang-Fonds des Bundes. Die Zeiten der „Schwarzen
161 Löcher“, in denen Subventionen und Rettungspakete des Bundes von Großkonzernen
162 geschluckt werden, müssen aber endgültig vorbei sein. Um die anvisierten Ziele zu
163 erreichen, müssen die Werften der Marktlogik entzogen werden. Der Markt wird die oben
164 beschriebenen Herausforderungen nicht lösen können.

165 Die Klimakrise erfordert eine Umorientierung, auch im Schiffsbau. Die Neujustierung
166 des Schiffbaus, hin zu nachhaltigen Antriebssystemen ist aber auch eine einmalige
167 Chance. Neben Antriebssystemen müssen auch die Konditionen des Schiffbaus angefasst
168 werden. So muss es möglich sein, in Zukunft für den Schiffbau nur noch „grünen
169 Stahl“, der zum einen ökologisch-nachhaltig und zu gerechten Arbeitsbedingungen
170 hergestellt wird, verwendet werden. Hierfür muss das Vergaberecht reformiert werden.
171 Dieser „teurere Stahl“ wird die Produktionskosten erhöhen, um diesen
172 Wettbewerbsnachteil auszugleichen, braucht es staatliche Maßnahmen, die in der Lage
173 sind, diesen auszugleichen. Daneben gilt es, einen Markt für die hier produzierten

174 Schiffe zu schaffen. In Deutschland und der EU eingeflaggte Schiffe sollen zukünftig
175 nachhaltig hergestellt worden sein und über nachhaltige Antriebstechnologien
176 verfügen. Gleichzeitig gilt es den anhaltenden Trend zur Ausflagung inländischer
177 Schiffe zu stoppen, denkbare Mittel sind hier die gesetzliche Verpflichtung
178 europäischer Speditionen und Reedereien, sowie finanzielle Anreize über Liege- und
179 Passagegebühren. Klar ist aber auch, solche Maßnahmen lassen sich nur verwirklichen,
180 wenn sie im europäischen Verbund geschehen.

181 Für die europäischen Gewässer setzen wir uns für eine Begrenzung der Größe und
182 Tonnage je Schiff ein. Den Trend zu immer größeren Schiffen betrachten wir kritisch.
183 Einerseits lassen sich damit Kosten für den Transport drücken, andererseits steigen
184 das Risiko und die Auswirkungen einer schweren Havarie mit zunehmender Größe. Mit
185 einer Begrenzung der Tonnage fallen umweltschädliche Erweiterungen von Hafen- und
186 Werftanlagen, Vertiefungen natürlicher Gewässer und Fahrrinnen weg.

Antrag W02: Übergewinnsteuer? Längst überfällig!

Antragsteller*in:	Jusos Berlin
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Tagtäglich kämpfen viele Menschen mit den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der
2 aktuellen multidimensionalen Krisen wie der COVID-19 Pandemie und Putins
3 Vernichtungskrieg gegen die Ukraine: sei es durch den starken Anstieg der
4 Lebensmittelkosten oder die derzeit hohen Energie- und Heizkosten. Vor allem letztere
5 haben multinationale Ölkonzerne noch zusätzlich befeuert. Während viele unter den
6 Folgen aktueller Krisen leiden, kassieren genau diese Konzerne auf Kosten der
7 Verbraucher*innen ab!

8 Allein im ersten Quartal 2022 haben beispielsweise die fünf größten Mineralölkonzerne
9 durch die gestiegenen Spritpreise 30 Milliarden Euro Gewinn erzielt - mehr als
10 doppelt so viel wie im Vorjahr! Jüngst hat bereits der Mineralölkonzern BP seine
11 Zahlen für das zweite Quartal 2022 veröffentlicht: Sein bereinigtes Nettoergebnis
12 stieg in diesem Quartal auf mehr als acht Milliarden Euro. Das ist dreimal so viel
13 wie im Vorjahresvergleich. Die Internationale Energieagentur (IEA) schätzt, dass sich
14 dieser Trend auch in den nächsten Monaten fortsetzen wird. Nach Angaben der IEA
15 könnten die Mineralölkonzerne in diesem Jahr aufgrund der hohen Energiepreise bis zu
16 200 Milliarden Euro zusätzliche Gewinne erzielen.

17 Auch andere Branchen haben von den aktuellen Krisen übermäßig profitiert. Neben Öl-
18 und Gaskonzernen haben auch Rüstungskonzerne durch den Krieg massive Gewinne
19 verzeichnen können.

20 Die ungerechte Verteilung der Krisenlast können wir nicht hinnehmen! In einem Land,
21 das ohnehin schon eine der ungleichsten Verteilungen des Vermögens weltweit hat,
22 dürfen die Reichsten nicht noch durch zusätzliche leistungslose Krisengewinne
23 bevorzugt werden, während immer mehr Menschen in Armut rutschen. Ein Abschöpfen
24 kriegsbedingter Übergewinnen kann einen wichtigen Beitrag zu einer gerechteren
25 Gesellschaft leisten.

26 **Übergewinnsteuer - historische Beispiele**

27 Eine Übergewinnsteuer ist kein neues Steuerinstrument aus dem 21. Jahrhundert. Eine
28 solche Steuer gab es bereits während des Ersten Weltkrieges. Sie wurde beispielsweise
29 von Frankreich (1916), Deutschland (1916) und Großbritannien (1915) zunächst mit
30 einem Steuersatz von bis zu 50 Prozent eingeführt. Im Zuge des Krieges stieg sie auf
31 über 80 Prozent, mit dem Ziel, den Wiederaufbau gerecht zu finanzieren.

32 Nicht nur in Kriegszeiten wurden eine Übergewinnsteuer erhoben, sondern auch
33 Friedenszeiten. Im Jahr 2012 hat beispielsweise Japan nach dem verheerenden Erdbeben
34 und Tsunami in Fukushima Steuern auf Krisengewinne erhoben. Die Einnahmen aus dieser
35 Steuer wurden genutzt, um den Wiederaufbau nach der nuklearen Katastrophe in
36 Fukushima zu finanzieren.

37 **Krisengewinner*innen angemessen besteuern und Lasten fair verteilen**

38 Sinn und Zweck einer solchen Übergewinnsteuer besteht darin, die im Rahmen der

39 aktuellen Energie- und Sicherheitskrisen entstehenden Lasten über die Gesellschaft zu
40 verteilen. In diesem Zusammenhang zielt eine Übergewinnsteuer nicht darauf ab, alle
41 Unternehmensgewinne zu besteuern, sondern lediglich die Übergewinne. Sie schränkt
42 daher die betroffenen Unternehmen nicht in ihrer unternehmerischen Tätigkeit ein und
43 zwingt sie auch nicht, ihre unternehmerische Tätigkeit aufzugeben.

44 Für die Erwirtschaftung kriegsbedingter Übergewinne haben die Krisengewinner*innen
45 weder besondere Leistung erbracht noch sind sie ein hohes unternehmerisches Risiko
46 eingegangen. Mit anderen Worten: Diese Übergewinne sind aufgrund veränderter
47 Marktbedingungen einfach auf dem Schoß der Krisengewinner*innen gefallen. Wir halten
48 daher eine Abschöpfung der Übergewinne für gerechtfertigt und legitim. Dies kann in
49 Form einer Ergänzungsabgabe, ähnlich dem Solidaritätszuschlag, geschehen.

50 Die Europäische Kommission hat bereits ihre Einführung befürwortet und Leitlinien
51 dazu formuliert. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen António Guterres forderte
52 zudem jüngst im August angesichts der "grotesken Gier" der Mineralölkonzerne weltweit
53 eine solche Steuer auf "exzessive" Gewinne.

54 Italien und Spanien haben beispielsweise eine solche Steuer eingeführt. In diesem
55 Rahmen hat Spanien auch die kostenlose Nutzung des öffentlichen Schienenverkehrs
56 beschlossen. Nach Einschätzung des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages wäre
57 eine Übergewinnsteuer wie in Italien in Deutschland verfassungskonform. Die
58 Übergewinnsteuer in Deutschland soll sich daher an der italienischen Form
59 orientieren.

60 Zunächst fordern wir die kurzfristige Einführung einer Übergewinnsteuer, die wie
61 folgt gestaltet ist:

- 62 • Steuerpflichtig sind alle Unternehmen der Energie-, Rüstungs- und Digitalbranche
63 mit Sitz oder Ort der Geschäftsleitung in Deutschland.
- 64 • Steuerliche Bezugsgröße für die Berechnung der Übergewinnsteuer sind die Umsätze
65 der steuerpflichtigen Unternehmen im Sinne des deutschen Umsatzsteuerrechts.
- 66 • Die Bemessungsgrundlage errechnet sich aus der Differenz zwischen dem Saldo aus
67 Eingangs- und Ausgangsumsätzen (jeweils Nettobeträge ohne Umsatzsteuer) in dem
68 Bemessungszeitraum 1. Oktober 2021 bis zum 31. März 2022 und dem Saldo aus dem
69 Vergleichszeitraum 1. Oktober 2020 bis 31. März 2021. Wenn die Differenz positiv
70 ist (Saldo Bemessungszeitraum > Saldo Vergleichszeitraum) wird auf diesen
71 Übergewinn der Steuersatz angewendet.
- 72 • Der Steuersatz beträgt 50 Prozent (Einheitssteuersatz).
- 73 • Die Übergewinnsteuer soll jedoch nur erhoben werden, wenn der Übergewinn mehr
74 als 5 Millionen Euro (absoluter Übergewinn) und mindestens 10 Prozent beträgt
75 (relativer Übergewinn im Verhältnis zum Vergleichssaldo).
- 76 • Die Übergewinnsteuer ist nicht als Betriebsausgabe bei den Ertragsteuern und bei
77 der Gewerbesteuer absetzbar.
- 78 • Die Übergewinnsteuer soll kurzfristig einmalig erhoben werden. Der Stichtag zur
79 Entrichtung ist dabei so zu wählen, dass die Bemessung auf Basis bereits
80 angemeldeter und dadurch nicht mehr abänderbarer Umsätze erfolgt.
- 81 • Weiterhin setzt sich der Bund für eine weitergehende, branchenübergreifende
82 Abschöpfung der im Rahmen multidimensionaler Krisen entstandenen Übergewinne

83 ein. Dies soll im Rahmen einer befristeten Abgabe auf Erlöse geschehen. Um
84 insbesondere in von besonders marktmächtigen Konzernen dominierten Branchen eine
85 Weitergabe der Steuer an Verbraucher*innen zu verhindern, soll der Abgabesatz
86 hoch gewählt werden, sowie ein Mindestumsatz für die veranlagungspflichtigen
87 Unternehmen definiert werden. (beispielsweise eine Abgabe von 95% der
88 Übergewinne, errechnet auf Basis des inflationsbereinigten Durchschnittsgewinns
89 vergangener Jahre, die bei 75% gedeckelt ist und für alle Unternehmen mit mehr
90 als 500 Million Euro Jahresumsatz erhoben wird). Dabei soll eine supra- und
91 internationale Kooperation angestrebt werden und nach Möglichkeit eine
92 europäische Rechtsgrundlage geschaffen werden.

93 **Marktmacht multinationaler Konzerne schwächen und Steuergerechtigkeit fördern**

94 Anders als viele Neoliberale und Marktgläubige Tag ein Tag aus behaupten, würde eine
95 solche Steuer nicht Unternehmen zusätzlich besteuern, die bereits von den
96 wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie und den aktuellen Lieferkettenproblemen
97 belastet waren und weiterhin werden. Im Gegenteil: Vielmehr würden genau die
98 Unternehmen die Übergewinnsteuer zahlen müssen, die übermäßig von den
99 wirtschaftlichen und politischen Verwerfungen profitieren.

100 Außerdem würde eine Übergewinnsteuer die krisenbedingte Machtakkumulation
101 multinationaler Konzerne verringern. Die im Zuge der Krisen entstandenen Übergewinne
102 haben den Wettbewerb zwischen den Unternehmen verzerrt und die wirtschaftliche
103 Marktmacht multinationaler Konzerne durch das Abschöpfen kriegsbedingter Marktgewinne
104 gestärkt. Sie könnten ihre exorbitante und ungerechtfertigte Marktmacht
105 beispielsweise dazu nutzen, ihren Aktionär*innen üppige Dividenden zu zahlen, ihre
106 Konkurrenten aufzukaufen oder sie in einem schädlichen Preiskampf zu unterbieten und
107 sie schließlich vom Markt zu verdrängen - zum Nachteil der Gesellschaft, der
108 Arbeitnehmer*innen und der Verbraucher*innen. Eine solche Entwicklung würde nicht nur
109 wenige Konzerne noch mächtiger machen, sondern auch viele wenigen Superreichen noch
110 reicher, was die Ungleichheit in unserer Gesellschaft noch weiter verstärkt.

111 Eine solche Marktmacht von wenigen privaten Konzernen und privaten Monopolbildungen
112 lehnen wir daher entschieden ab! Die aktuellen Übergewinne der Krisengewinner*innen
113 verdeutlichen einmal mehr die mangelnde Demokratisierung unserer
114 Wirtschaftsordnung. Weiterhin setzen wir uns für eine Wirtschaftsordnung ein, die
115 sich am sozialen und ökologischen Gemeinwohl orientiert, sowie für die
116 Vergesellschaftung von kurzfristig relevanter und langfristig aller Produktionsmittel
117 und wirtschaftlichen Ressourcen. Wir halten es nicht für sozial sinnvoll, wenn
118 krisenbedingte Übergewinne beispielsweise für üppige Dividendenzahlungen,
119 Aktienrückkaufprogramme oder die Festigung der Marktmacht verwendet werden.
120 Stattdessen sollten die Überschüsse genutzt werden, um die wirtschaftlichen und
121 sozialen Lasten der Krisen kurzfristig gerecht zu verteilen und zukunftsorientierte
122 Investitionen für einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft zu finanzieren.

123 Eine Sondersteuer auf leistungslose Krisengewinne würde nicht nur dringend benötigte
124 öffentliche Einnahmen für die Linderung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der
125 multidimensionalen Krisen mobilisieren, sondern auch das Vertrauen in das
126 Steuersystem und letztendlich in die Demokratie stärken! Vertrauen, das in den
127 letzten Jahrzehnten durch neoliberale Politiken verloren gegangen ist - global wie
128 national. Viele Menschen mussten in den letzten Jahren mit ansehen, wie die Politik

129 zuließ, dass sich Vermögende und multinationale Konzerne innerhalb eines globalen
130 Finanzsystems frei ausbreiten und ihre Marktmacht zementieren konnten und sich
131 darüber durch Vermögensverschleierung und sog. Steueroptimierung den Versuchen zur
132 Schaffung einer gerechten Gesellschaft systematisch entzogen haben. Dadurch entziehen
133 sie sich nicht nur einer gerechten Besteuerung, sondern begraben letztendlich auch
134 die Steuergerechtigkeit. In der Regel sind es auch genau dieselben
135 Kriegsgewinner*innen, die aggressive Steuerplanung betreiben, Arbeitnehmer*innerechte
136 aushöhlen, Klimakrise anheizen sowie unsere Demokratie untergraben. Die Einführung
137 einer Übergewinnsteuer wäre daher ein wichtiger Schritt zu mehr Steuergerechtigkeit
138 und sozialer Gerechtigkeit.

139 **Klare Mehrheit für eine Übergewinnsteuer**

140 Die jüngsten Umfragen unterstreichen das Bedürfnis nach mehr Steuergerechtigkeit: 76
141 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung in Deutschland befürwortet die Einführung
142 einer Sondersteuer auf hohe Zusatzgewinne von Energieunternehmen, die im Zuge des
143 Krieges in der Ukraine profitiert haben. Das ergab eine Umfrage von Infratest dimap
144 für den ARD "Deutschlandtrend". Im Gegensatz dazu lehnt nur jede*r Fünfte eine solche
145 Steuer ab.

146 Wir schließen uns der klaren Mehrheit für eine solche Abgabe an. Deshalb fordern wir,
147 dass:

- 148 • Eine einmalige Sonderabgabe auf Übergewinne in Höhe von 50% nach dem
149 italienischen Modell
- 150 • Inter- und Supranationale Anstrengungen zur Schaffung einer weiteren,
151 befristeten Sonderabgabe zum Ausgleich der durch die multiplen Krisen letzter
152 Jahre noch zunehmender Ungleichheit und damit einhergehenden
153 Machtungleichgewichten
- 154 • Weitere Entlastungspakete, insbesondere für diejenigen, die unter den steigenden
155 Energiekosten besonders leiden
- 156 • einer sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft und der Reduzierung der
157 Abhängig von fossilen Energieträgern verwendet werden,
- 158 • weitere Anstrengungen zur Bekämpfung von Steuervermeidung und -hinterziehung
159 seitens der Politik unternommen werden, und
- 160 • die Finanzbehörden in ihrer Arbeit finanziell, personell und technisch gestärkt
161 werden
- 162 • die Übergewinnsteuer zeitlich auf die Krisenzeit, aus der die Übergewinne
163 folgen, befristet ist

164

Antrag W03: Nun ist es kalt, trotz alledem, trotz SPD und alledem!

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Am 4. September hat die Bundesregierung das 3. Entlastungspaket präsentiert. Wir
2 wollen einerseits die darin enthaltenen Punkte kritisch einordnen und andererseits
3 beschreiben, wieso Maßnahmen, die nicht zur Verbesserung der Lebensrealitäten der
4 arbeitenden Menschen führen, sondern lediglich die schlimmsten Verwerfungen
5 abzuwenden versuchen, niemals unseren Ansprüchen genügen können.

6

7 Wenn es um die Verbesserung der Lebensrealitäten, gerade der arbeitenden und sich in
8 prekären Situationen befindlichen Menschen geht, war das 9-Euro-Ticket ein
9 fundamentaler Paradigmenwechsel. Hier ist die vorgeschlagene Anschlusslösung für
10 knapp 1,5 Mrd. Euro nicht ausreichend, um Menschen aktiv zu entlasten und Mobilität
11 bei steigenden Preisen dauerhaft zu gewährleisten. Egal ob 49 oder 69 Euro, die
12 meisten Sozialtickets der Kommunen sind bereits heute billiger. Es ist richtig, das
13 sich die Menschen an einen höheren Mobilitätsstandard durch das 9-Euro-Ticket gewöhnt
14 haben. Diesen Umstand wollen wir gar nicht kritisieren, denn er stellt einen
15 bedeutenden Schritt hin zu garantierter Mobilität als Grundrecht dar. Er kämpfte
16 Erfolge, Ziele, welche den Menschen schon einmal als erreichbar vergegenwärtigt
17 wurden, geben wir nicht so einfach auf. Wir wollen nicht nur die Fortführung des 9-
18 Euro-Tickets, sondern den ÖPNV kostenlos gestalten.

19

20 Mit dem 9- Euro-Ticket ist auch der Tankrabatt ausgelaufen. Dieser stand viel in der
21 Kritik. Von ihm findet sich auch keine Spur mehr im neuen Entlastungspaket der
22 Bundesregierung. Der Tankrabatt konnte nur beschränkt Wirkung entfalten und vor allem
23 auch diejenigen überproportional entlasten, die mehr als nur ein Auto besitzen und
24 außerdem dabei noch möglichst viel Kraftstoff verbrauchen. Jedoch ist spätestens seit
25 dem Auslaufen am 1. September klar, er hat die Pendler:innen speziell in schlecht
26 angebundenen Regionen dennoch um gut 20 Cent pro Liter entlastet. Wir wollen hier
27 eine zielgerichtete Maßnahme, die speziell die Menschen entlastet, die auf ihr Auto
28 angewiesen sind, sei es aufgrund fehlender ÖPNV-Strukturen oder aufgrund von
29 Arbeitszeiten außerhalb der normalen Fahrpläne. Hier fordern wir speziell einen
30 Spritpreisdeckel wie wir ihn auf unserer Frühjahrslandeskonferenz 2022 mit dem
31 Antrag "Deckel Drauf!" beschlossen haben. "Hier schlagen wir vor, den generellen
32 deutschen Handelspreis zu regulieren, analog auch wieder, bis Preisschocks aufgrund
33 der Ressourcenabhängigkeit von Russland als gelöst betrachtet werden können."
34 Flankiert werden soll diese Maßnahme dadurch, dass die Übergewinnsteuer speziell auch
35 für Mineralölkonzerne greift und hartes kartellrechtliches Durchgreifen. Um den
36 Energieverbrauch im Autoverkehr signifikant zu senken, fordern wir ein Tempolimit auf
37 den Autobahnen, sowie zumindest Sonntagsfahrverbote in Betracht zu ziehen, spätestens
38 wenn zwischen Energienutzern priorisiert werden muss.

39

40 Ein großer Fehler ist der Regierung jedoch beim Eingriff in den Energiemarkt
41 unterlaufen. So soll ein Strompreisdeckel zwar den Anstieg des Strompreises zügeln,
42 die Hauptbelastung für viele Haushalte durch die teilweise um mehr als das Sechsfache
43 gestiegenen Gaspreise bleiben aber und drohen sich noch weiter zu steigern. Es reicht
44 anscheinend nicht aus, dass 40% der Bevölkerung unlängst angegeben haben, sich an
45 Energiedemonstrationen beteiligen zu wollen oder dass 60% der Bevölkerung Ersparnisse
46 dafür aufwenden müssen, um ihre Energiekosten zu decken. Für uns ist klar: Wir tragen
47 unseren Protest gegen die unzureichende Absicherung der Bevölkerung durch die
48 Bundesregierung auf die Straße! Wir beteiligen uns am Aufbau eines linken Protestes
49 gegen lauwarme Maßnahmen, die allein auf die Lebensrealität von Mittel- und
50 Oberschicht ausgelegt ist. Wir stellen uns damit frühzeitig gegen eine Vereinnahmung
51 dieser Krise von Rechtsradikalen, Neonazis und Verschwörungsideolog*innen und kämpfen
52 für eine Bewegung, die im Geiste von Solidarität, Demokratie und der Forderung nach
53 dem guten Leben für alle protestiert! Wir wollen daher einen Gaspreisdeckel, so wie
54 ihn die Ökonom:innen Sebastian Dullien und Isabell Weber schon Anfang des Jahres
55 vorgeschlagen haben und wir als Jusos Bayern auch auf unserer
56 Frühjahrslandeskonferenz 2022 beschlossen haben. Dieses Modell besagt den Grundbedarf
57 pro Haushalt auf maximal 7,5 ct pro kWh Verbrauchsbreis zu deckeln. Der gedeckelte
58 Grundbedarf soll sich nach dem erhobenen durchschnittlichem Verbrauch in den letzten
59 Jahren richten und die Anzahl der Personen pro Haushalt berücksichtigen.

60

61 Wir begrüßen zwar, dass nach einiger unnötig verstrichener Zeit nun endlich auch
62 Rentner:innen und Studierende mittels Direktzahlungen entlastet werden sollen, es
63 stellt sich allerdings für uns die Frage, warum Studierende und Azubis nur mit 200€
64 entlastet werden. Uns sind zumindest bislang keine studentischen Energieverträge
65 bekannt, die um 100€ günstiger wären als die der restlichen Bevölkerung. Junge
66 Menschen werden damit abermals übergangen und Familien überproportional zur Kasse
67 gebeten. Wir fordern: Das Bafög muss unverzüglich für alle geöffnet und zu einem
68 elternunabhängigen Vollzuschuss umgewandelt werden. Zudem muss es um mindestens 200€
69 erhöht werden, fast die Hälfte davon dient allein dem Inflationsausgleich. Auch muss
70 die Mindestvergütung für Auszubildende endlich auf den dann um 200€ erhöhten Bafög-
71 Höchstsatz auf 1.134€ angepasst werden! Die MindestlohnAusnahmen für junge Menschen
72 sind zudem abzuschaffen. Die Energiepreispauschalen müssen für alle ohne Ausnahme
73 300€ betragen.

74

75 Wir kommen auch nicht umhin, über die Lohnentwicklung zu sprechen. Die Reallöhne
76 stagnieren in den meisten deutschen Beschäftigungsfeldern seit den 90ern. Dies trägt
77 zum Teil dazu bei, dass gerade viele berufstätige Menschen ihre Lebenshaltungskosten
78 nicht mehr begleichen können. Die steuerfreie Einmalzahlung von bis zu 3000€ ist nett
79 gemeint, läuft aber Gefahr, die Tabellenerhöhungen in anstehenden Tarifrunden massiv
80 zu torpedieren. Hier kann es kaum eine kurzfristige Lösung geben. Daher geht es vor
81 allem darum, jetzt schnell Schritte einzuleiten, um Gewerkschaften die Organisation
82 zu erleichtern und die Durchsetzung von Tarifverträgen zu stärken.

83

84 Eine reale und dauerhafte Lohnerhöhung hilft Menschen nicht nur, ihre unmittelbaren
85 Rechnungen zu begleichen, sondern bietet auch die Möglichkeit, die Lebensbedingungen

86 der vielen arbeitenden Menschen dauerhaft zu verbessern. Das Gleiche gilt aber nicht
87 nur für die arbeitende Bevölkerung. Auch Menschen in der Grundsicherung brauchen
88 dringend eine deutliche Erhöhung der Regelsätze. Die von der Ampel vorgeschlagene
89 Erhöhung auf 500€ ist nicht ausreichend, um Menschen eine armutsfeste Grundsicherung
90 zu bieten. Regelsätze müssen steigen, und zwar in einem Maß, dass die gestiegenen
91 Preise für Alltagsprodukte, Lebensmittel und Mobilität abbildet. Wir wollen hier eine
92 sofortige Erhöhung um 250 Euro.

93

94 Gerade bei Heizkosten stehen Empfänger:innen der Grundsicherung vor einer nicht zu
95 überwindenden Hürde. Wird beispielsweise mit Gas geheizt und auch das Warmwasser
96 über die Zentralheizung erhitzt, so sind die Kosten dafür komplett aus dem Regelsatz
97 zu decken. Wir wollen daher Heiz- und Energiekosten jeglicher Art als Teil der Kosten
98 der Unterkunft anerkennen, damit diese außerhalb des Regelsatzes übernommen werden.

99

100 Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, zum Zweck der Entlastung die Gasumlage
101 nicht zu erheben und stattdessen eine dauerhafte Lösung für die Energieversorgung im
102 Land anzustreben, anstatt das nächste Strohfeuer zu entzünden. Unlängst ist die
103 Bundesregierung sowieso schon bei Uniper mit einer Minderheitsbeteiligung
104 eingestiegen. Dieses Unternehmen wird für die Gasversorgung in Deutschland als Too-
105 big-to-fail angesehen und weil wir alle nicht erleben wollen, was bei einem
106 schlagartigen Versagen der deutschen Energieversorgung so los wäre, glauben wir das
107 auch. Allerdings ist für uns klar, die einzige dauerhafte Lösung für Uniper oder
108 Gazprom Germania und im Allgemeinen systemrelevante Energiekonzerne ist die
109 Verstaatlichung. Vom Prinzip her ist die Gasumlage falsch, weil sie Konzerngewinne
110 auf Kosten der Verbraucher staatlich durchsetzt, genauso falsch ist es aber auch,
111 dass ein wichtiger Teil unserer Infrastruktur von der Liquidität einiger weniger
112 Konzerne abhängt.

113

114 Im Entlastungspaket ist davon die Rede, dass eine Übergewinnsteuer zunächst im
115 europäischen Rahmen geprüft und notfalls national durchgesetzt werden soll. Diese
116 zögerliche Haltung ist nicht nachvollziehbar, insbesondere da viele europäische
117 Länder eine solche Steuer bereits eingeführt haben oder auf den Weg gebracht haben.
118 Laut der Rosa-Luxemburg-Stiftung stehen bis zu 100 Mrd. Euro an Übergewinnen in
119 Deutschland bereit zur Abschöpfung. Diese wollen wir nach dem griechischen Modell mit
120 90% besteuern. Das würde knapp vier Jahre 9-Euro-Ticket in Deutschland
121 subventionieren.

122

123 Der Mietmarkt stellt ohnehin seit Jahren eine reale Bedrohung in der Lebensrealität
124 vieler Menschen dar. Besonders mit gestiegenen Nebenkosten befinden sich viele und
125 gerade die 58% der Deutschen, welche zur Miete wohnen, in der Falle. Deshalb fordern
126 wir einen Mietenstopp, ein Kündigungsmoratorium und eine Aussetzung der Indexklausel
127 bei Mietverträgen.

128

129 Ein Bestandteil des Entlastungspaketes ist außerdem die Reform des Wohngeldes als

130 Wohngeld Plus, dass ab 1.1.2023 gilt. Es soll eine dauerhafte Heizkostenkomponente
131 beinhalten und rund 2 Millionen anspruchsberechtigte Menschen entlasten.. Zum Kreise
132 dieser Anspruchsberechtigten gehören Rentner:innen, Familien und
133 Geringverdiener:innen. Das Wohngeld Plus ist zunächst als wichtiges Instrument zu
134 bewerten, das tatsächlich gezielt ärmeren Menschen nützt. Bei genauerer Betrachtung
135 offenbart es allerdings zwei große Probleme: Erstens gibt es in diesem Land zwei
136 Millionen Menschen, die trotz Arbeit und Rente auf diese Leistungen angewiesen sind.
137 Wir kommen zu dem Schluss, dass der Kampf um eine armutsfeste Rente und eine erneute
138 Anhebung des Mindestlohns auf mindestens 15€ genauso notwendig sind wie der Kampf
139 gegen steigende Mietpreise. Das zweite Problem ist, dass Menschen die Leistung aktiv
140 beim Wohngeldamt beantragen müssen und somit erneut zu Bittsteller:innen gemacht
141 werden. Es ist Zeit für die vollständige Digitalisierung des Sozialstaates und der
142 Verwaltung, sodass das Wohngeld automatisch an diejenigen, die berechtigt sind,
143 überwiesen wird. Wir wollen nicht nur die Auswirkungen der steigenden Energie- und
144 Wohnkosten bekämpfen, sondern deren Auslöser.

145

146 Die EU hat bereits die Möglichkeit geschaffen, die Mehrwertsteuer auf
147 Grundnahrungsmittel auszusetzen. Wir fordern die Regierungskoalition angesichts der
148 gestiegenen Lebensmittelpreise dazu auf, dies auch umzusetzen. Generell sollte
149 darauf hingewirkt werden, dass die Mehrwertsteuer als solche verschwindet. Es ist
150 eine Steuer, welche ärmere Haushalte überproportional belastet und gerade in
151 volatilen Zeiten eine unnötige zusätzliche Belastung darstellt.
152 Wir Jungsozialist:innen sind grundsätzlich der Meinung, dass eine Steuerung des
153 Konsums über Preisanreize der falsche Weg ist, weil es kein sozialer Weg sein kann.

154

155 Es geht um mehr als Kurvenkosmetik und Konsumanreize, die Gefahr der Armut ist für
156 viele Deutsche diesen Herbst näher gerückt. Armut wirkt weder motivierend noch
157 mobilisierend, wie wir in Deutschland spätestens seit den Hartz-Gesetzen wissen. Es
158 ist eine elementare Aufgabe der Sozialdemokratie, die Lage der Menschen zu verbessern
159 und ihnen vor Augen zu führen, dass politische Aktion und staatliches Handeln ihr
160 individuelles Schicksal stärker denn je beeinflussen und verbessern können. Es geht
161 nämlich auch darum, die Menschen für Veränderungen zu mobilisieren. Das gelingt
162 zehnmal leichter, wenn die Menschen der festen Überzeugung sind, dass staatliche
163 Akteur:innen Verantwortung haben und handeln können und ihr Schicksal nicht irgendwo
164 auf dem freien Markt entschieden wird. Genug ist Genug, wir wollen mehr als
165 Feuerlöscher sein, denn es gibt für uns eine Welt zu gewinnen.

166

167 Deswegen geht es auch darum, den Plan für eine positive Zukunft zu malen. Wir werden
168 mit der Deckel-Drauf-Kampagne erste Gehversuche in diese Richtung unternehmen.
169 Allerdings muss die breite politische Linke hier mehr Antworten liefern als
170 unmittelbare Entlastungen. In diesen Krisenzeiten verlieren die Menschen zusehends
171 Hoffnung für die Zukunft. Ob sie sich Sorgen machen, dass ihre Ausbildung in den
172 nächsten Jahren nicht mehr gebraucht wird oder ob ihr Betrieb die Energiekrise
173 überstehen kann, die Fragen, die sich Menschen stellen, setzen an ihren direkten
174 materiellen Lebensverhältnissen an. Deswegen sollten und müssen wir als politische

175 Linke in der Debatte um die Zukunft des industriellen Kerns dieses Landes unsere
176 Vision klar benennen:

177

- 178 • Wir wollen mit der Jobgarantie das Recht auf gute armutsfeste Arbeit
- 179 • Wir wollen eine Lebensstandardgarantie für die Kommunen
- 180 • Wir wollen den Energiesektor verstaatlichen, insbesondere systemrelevante
- 181 Energiekonzerne.
- 182 • Wir wollen fahrscheinlose Mobilität zum Nulltarif.
- 183 • Wir wollen den Ausbau erneuerbarer Energien staatlich vorantreiben. Mit
- 184 Schulungsprogrammen und regionalen Transformationskommissionen werden hiermit
- 185 Tausende Klimajobs entstehen.

186

187 Für die unmittelbare Entlastung der Bevölkerung und um unseren Genoss:innen und
188 Kolleg:innen Luft zum Atmen zu verschaffen, fordern wir folgende Maßnahmen:

189

- 190 • Einen Gaspreisdeckel für den Grundbedarf der Haushalte von 7,5 Cent pro
- 191 Kilowattstunde,
- 192 • einen Strompreisdeckel für den Grundbedarf der Haushalte von 10 Cent pro
- 193 Kilowattstunde
- 194 • Die Anhebung des Mindestlohnes auf 15€ sowie Aufhebung der Ausnahmen für junge
- 195 Menschen beim Mindestlohn
- 196 • den kostenlosen öffentlichen Nahverkehr und kurzfristig die Fortführung des 9-
- 197 Euro-Tickets
- 198 • Eine gezielte Entlastung für alle, die auf das Auto angewiesen sind, durch einen
- 199 Spritpreisdeckel.
- 200 • Eine Übergewinnsteuer nach griechischem Modell
- 201 • Eine Absenkung und Aussetzung der Mehrwertsteuer wo immer möglich
- 202 • Eine Anhebung der Regelsätze in der Grundsicherung um mindestens 250€
- 203 • Einen Mietenstopp, ein Kündigungsmoratorium und eine Aussetzung der
- 204 Indexklausel bei Mietverträgen
- 205 • Eine Anpassung der Energiepreispauschale bei Azubis und Studierenden auf 300€
- 206 • Sofortige Anhebung des Bafög um mindestens 200€ sowie die Umwandlung des Bafög
- 207 in einen elternunabhängigen Vollzuschuss
- 208 • Eine sofortige Anpassung der Mindestvergütung für Auszubildende auf den um 200€
- 209 erhöhten Bafög-Satz
- 210 • Die Abschaffung der Gasumlage
- 211 • Heizkosten vollständig als Teil der KdU ohne Bewertung, ob diese als angemessen
- 212 gelten.

213

Antrag W04: Erben für alle – Für ein Gesellschaftserbe

Antragsteller*in:	Jusos Berlin
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Vermögen sind in Deutschland extrem ungleich verteilt. Die wenigsten Menschen in
- 2 Deutschland besitzen überhaupt nennenswerte Vermögenswerte und ein Teil besitzt sogar
- 3 nur negatives Vermögen, also Schulden. Dagegen besitzt das vermögensreichste Prozent
- 4 der deutschen Bevölkerung ca. 20 bis 35 Prozent des gesamtdeutschen Vermögens. Und
- 5 den reichsten 10 Prozent der Bevölkerung gehören fast 60 Prozent des Gesamtvermögens.
- 6 Die übrigen 90 Prozent der Bevölkerung müssen sich dann mit 40 Prozent des Vermögens
- 7 abgeben. Hier hört die extreme Vermögenskonzentration aber nicht auf. Aufgrund der
- 8 ungleichen Verteilung besitzt die vermögensärmere Hälfte der Bevölkerung nur ca. 2,5
- 9 Prozent des Vermögens. Das heißt, dass jede zweite Person in Deutschland über kein
- 10 nennenswertes Vermögen verfügt.
- 11 Diese ungleiche Verteilung schlägt sich auch in internationalen Vergleichen nieder.
- 12 Beim Vergleich der internationalen GINI-Indexe, welche ein Maß der Ungleichheit in
- 13 einem spezifischen Land angeben, zeigt sich, dass Deutschland sich im oberen Drittel
- 14 der vermögensungleichen Länder bewegt. Doch wie setzt sich dieses Vermögen zusammen?
- 15 Auch hier gibt es wieder eine große Ungleichheit zwischen den einzelnen
- 16 Vermögensgruppen. So hat die untere Hälfte der Vermögensverteilung im Durchschnitt
- 17 ein Vermögen in Höhe von 11.000 Euro, welches zum größten Teil aus Geldanlagen (z.B.
- 18 Bargeld und Spareinlagen auf dem Bankkonto) besteht. Danach spielt auch noch das
- 19 eigene Fahrzeug und Wohneigentum eine Rolle. Je größer das durchschnittliche
- 20 Vermögen, desto mehr verändern sich die Vermögensbestandteile. So besteht das
- 21 Vermögen der oberen 25 Prozent vor allem aus Wohneigentum. Hierbei liegt das
- 22 durchschnittliche Vermögen bei ca. 330.000 Euro. Wenn aber die vermögensreichsten 1,5
- 23 Prozent der Bevölkerung mit einem Durchschnittsvermögen von 3,1 Millionen Euro näher
- 24 betrachtet werden, fällt auf, dass hier vor allem ein weiterer Faktor den
- 25 Hauptbestandteil des Vermögens ausmacht, nämlich Betriebsvermögen.
- 26 Vermögensungleichheit hat aber noch andere Dimensionen als die Ungleichheit zwischen
- 27 den Top 10 Prozent der Bevölkerung und den restlichen 90 Prozent. So ist eine
- 28 Vermögensbildung vor allem dem männlichen Teil der Bevölkerung vorenthalten. Frauen
- 29 besitzen hingegen deutlich weniger Vermögen. Auch in heterosexuellen
- 30 Partner*innenschaften besitzen Männer häufiger den Großteil des Vermögens. Dadurch
- 31 kommt es oftmals zu Zementierung von veralteten Rollenverteilungen und
- 32 Machtstrukturen.
- 33 Diese extrem hohen Vermögen kommen aber nicht aus dem Nichts und sind auch selten
- 34 selbst erarbeitet. Vielmehr sind sie das Resultat von Erbschaften. Jedes Jahr werden
- 35 in Deutschland rund 400 Milliarden Euro vererbt. Davon wurden im Jahr 2020 in
- 36 Deutschland 602 Erbschaften oder Schenkungen von mehr als 10 Millionen Euro getätigt.
- 37 Im Durchschnitt erbt eine Person im Laufe ihres Lebens rund 85.000 Euro. Das hört
- 38 sich zwar zuerst nach viel an, aber wie auch schon die Vermögen sind Erbschaften und
- 39 Schenkungen in Deutschland sehr ungleich verteilt. So erben die unteren 50 Prozent

40 der Einkommensverteilung ca. 32.000 Euro im Schnitt, während die 1 Prozent
41 einkommensstärksten im Schnitt 772.000 Euro erben. So kommt es dazu, dass die oberen
42 10 Prozent der einkommensstärksten Person ca. 50 Prozent der Gesamterbmasse in
43 Deutschland ausmachen. Ähnlich sieht es auch bei den Vermögensschenkungen aus. Je
44 höher das eigene Einkommen, desto eher werden auch Immobilien und Betriebe der
45 nächsten Generation vermacht.

46 **Wirtschaftliche und politische Macht begrenzen!**

47 Hohe Vermögen sind Ausdruck illegitimer wirtschaftlicher Macht. Gesellschaftlich
48 relevante Wirtschaftsgüter und Produktionsmittel werden durch Erbschaften auf
49 Individuen übertragen, ohne dass diese jemals etwas dafür getan haben oder an der
50 Entstehung des geerbten Vermögens beteiligt waren. Kein Vermögen wurde durch ein
51 Individuum allein geschaffen. Es waren immer viele Menschen und die Gesellschaft an
52 der Entstehung beteiligt. Durch die Übertragung der Verfügungs- und
53 Entscheidungsgewalt können die Erb*innen in der Regel frei über das geerbte Vermögen
54 verfügen – und es nach eigenem Gutdünken nutzen. Die Gesellschaft bleibt bei der
55 Entscheidungsfindung außen vor. Diese individuelle wirtschaftliche Macht ist mit
56 unserem Verständnis eines demokratischen Sozialismus nicht vereinbar: Nicht das
57 Individuum sollte über relevante Wirtschaftsgüter und Produktionsmittel entscheiden,
58 sondern die Gesellschaft! Deshalb sollten Erbschaften weitgehend an das demokratische
59 Gemeinwesen – und somit an die Gesellschaft – zurückgegeben werden müssen.

60 Gleichzeitig verfügen Erb*innen über illegitime politische Macht. Durch Erbschaften
61 werden nicht nur üppige Vermögen an die nächste Generation weitergegeben, sondern
62 auch politische Macht. Diese hohe Konzentration von Vermögen entlang familiärer
63 Stammbäume gefährdet unsere Demokratie und läuft den demokratischen Prinzipien
64 zuwider. Die Vererbung von hohem Vermögen geht auf eine Zeit zurück, in der der Adel
65 und der Klerus das gesamte relevante Vermögen besaßen. Feudale Strukturen wollen wir
66 nicht mehr haben! Ein Blick in die USA genügt, um den Zusammenhang zwischen hohem
67 Vermögen und politischer Macht zu verstehen: Amerikanische Milliardär*innen erkaufen
68 sich durch Millionenspenden an politische Kandidierende politischen Einfluss und
69 können ihre wirtschaftliche Macht nutzen, um den öffentlichen Diskurs zu ihren
70 Gunsten zu gestalten. Eine progressive Erbschaftssteuer kann hier korrigierend
71 eingreifen. Sie kann den politischen Einfluss durch hohe Vermögen reduzieren, die
72 politische Ungleichheit senken und gleichzeitig den fairen demokratischen
73 Willensbildungsprozess stärken. Es ist Zeit, wirtschaftliche und politische
74 Machtverhältnisse zu demokratisieren!

75 **Jedes Vermögen hat eine Geschichte – aber nicht immer eine positive!**

76 Klaus-Michael Kühne (39,9 Milliarden Euro), Susanne Klatten (29 Milliarden Euro) und
77 Stefan Quandt (23,3 Milliarden Euro) sind drei der fünf reichsten Deutschen und haben
78 neben ihrem unvorstellbaren Vermögen vor allem den Ursprung desselben geerbt. Kühne
79 ist der Erbe eines Logistikunternehmens, das während des dritten Reichs dank bester
80 Verbindungen zu Gestapo die geraubten Besitztümer von vertriebenen und ermordeten
81 Jüd*innen transportierte. Klatten und Quandt, die BMW-Erb*innen, profitieren bis
82 heute von während der NS-Herrschaft durch Zwangsarbeit, Raub und Kriegsprofiteuren
83 erwirtschafteten Geld. Damit sind sie nur die reichsten Beispiele in einer
84 Erb*innengenerationen, deren Vermögen seinen Ursprung im Nationalsozialismus hat oder
85 im dritten Reich stark vermehrt werden konnte. Auch Kolonialvermögen wird bis heute

86 in den "alten Handelsfamilien", die am meisten von der Ausbeutung deutscher Kolonien
87 im Kaiserreich profitieren weitervererbt. Sarotti-Schokolade, Familie Wöermann aus
88 Hamburg oder die Erb*innen der Helbig Brennereien sind einige prominente Beispiele,
89 bei denen sich das blutig geraubte Vermögen der Kolonien bis heute auf den Konten der
90 Erb*innen befindet.

91 Der Blick in den Ursprung vererbten Vermögens und in die deutsche Geschichte zeigt,
92 wie wichtig es ist, dass dieses Vermögen nicht in den Täter*innenfamilien verbleibt,
93 sondern im besten Fall zurück in die Gesellschaft überführt wird. Unrechtmäßig
94 erworbenes Vermögen darf nicht durch Vererbung und Abwälzung der Schuld auf die
95 vorherigen Generationen legitimiert werden.

96 **Chancengleichheitsfonds aufsetzen - Chancengleichheit fördern!**

97 Es ist uns zudem ein Herzensanliegen, die Chancenungleichheiten junger Erwachsene
98 abzubauen. Für diese Chancenungleichheiten ist kein*e junger Erwachsene*r
99 verantwortlich, sondern sie in werden von ihren Eltern weitervererbt. Erbe und
100 Schenkungen sind mitunter die größten finanziellen Starthilfen, die einem jungen
101 Erwachsenen mit auf den Weg gegeben werden können. Denn eine Ausbildung oder ein
102 Studium fällt leichter, wenn man sich nicht zuallererst Gedanken darüber machen muss,
103 ob man sich einen Umzug in eine andere Stadt, die Miete für das WG-Zimmer oder die
104 Lebensunterhaltungskosten während der Ausbildung leisten kann.

105 Wir treten für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen ein, in der die Chancen
106 nicht von der Landeslotterie abhängen. Von ihr profitieren nur sehr wenige Menschen.
107 Jede*r sollte die gleichen Chancen im Leben haben, unabhängig vom Geldbeutel und
108 Netzwerken der Eltern. Wir wollen das Vermögen einiger weniger auf die gesamte
109 Gesellschaft umvererben, um jungen Erwachsenen auf der einen Seite einen finanziellen
110 Boost zum Start ins Leben zu geben und andererseits Ungleichheit fördernde Strukturen
111 zu bekämpfen. Eine Möglichkeit, sie zu bekämpfen bietet ein Grundvermögen für junge
112 Menschen, das wir durch ein Gesellschaftserbe gewährleisten wollen. Dieses würde den
113 GINI-Index in Deutschland um fünf bis sieben Prozent senken. Mit dem
114 Gesellschaftserbe für junge Menschen wird Handlungsspielraum für junge Menschen
115 gewährleistet und Chancengleichheit gefördert.

116 Das Gesellschaftserbe wollen wir über ein Chancengleichheitsfonds für junge Menschen
117 finanzieren. Er soll junge Menschen unterstützen, sich unabhängig der finanziellen
118 Realität ihrer Eltern bestmöglichst persönlich und beruflich entfalten zu können.

119 Das Ziel des Chancengleichheitsfonds ist zweigliedrig:

- 120 • Zum Einem sollen aus dem Großteil des Fonds öffentliche Leistungen und Güter
121 finanziert werden, die im Allgemeinen die Chancengleichheit fördern, wie zum
122 Beispiel Bildungsprojekte, Austauschprogramme, Ausbildungs- und
123 Studienprogramme. Dazu gehört auch der Aufbau einer Infrastruktur im städtischen
124 wie im ländlichen Raum, die jungen Erwachsenen zum Start ihres Studiums oder der
125 Erwerbstätigkeit den Zugang zu ihren Ausbildungsstätten erleichtert. Dies können
126 z.B. Wohnbauprojekte zur preiswerten, ausbildungsnahen Unterbringung sein.
- 127 • Zum Anderen soll allen berechtigten jungen Erwachsenen anlässlich ihres 18.
128 Geburtstags ein Gesellschaftserbe in Höhe von 20.000 Euro ausgezahlt werden. Der
129 Betrag ist nicht zurückzahlen und passt sich der Inflationsentwicklung an. Ein
130 gesonderter Antrag muss nicht gestellt werden. Eine Bedarfsprüfung findet nicht

131 statt. Zwar werden so einige das Gesellschaftserbe erhalten, die darauf nicht
132 angewiesen sind. Dies nehmen wir jedoch in Kauf, wenn dafür im Gegenzug
133 sichergestellt ist, dass niemand vom Erhalt ausgeschlossen wird, nur weil er*sie
134 nicht die Ressourcen hatte, um einen Antrag auszufüllen oder ähnliche
135 bürokratische Hürden zu überwinden. Dabei soll das Gemeinschaftserbe nicht
136 zulasten bereits bestehender Sozialleistungen und Unterstützungssysteme, wie
137 z.B. dem BaFöG, gehen. Diese bleiben unverändert bestehen. Neoliberalen
138 Streichungsfantasien, die oft mit Vorschlägen für ein bedingungsloses
139 Grundeinkommen einhergehen, erteilen wir eine klare Absage. Wir müssen als
140 Gesellschaft begreifen, dass eine Investition in die Bildung und die
141 Startchancen von jungen Erwachsenen sich langfristig auszahlt und den
142 gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert.

143 **Erbschaftssteuer erhöhen - Vermögen gerecht verteilen!**

144 Der Chancengleichheitsfonds soll durch eine progressive Erbschaftssteuer finanziert
145 werden. Die Erbschaftsteuer belastet den Erbfall, also den U**ber**gang eines Vermo**ö**gens
146 der verstorbenen Person auf eine bzw. mehrere Personen (Erb*innen). Sie ist von den
147 Erb*innen bzw. der Erb*innengemeinschaft zu entrichten. Neben der Erbschaft, müssen
148 auch das Vermögen von Familienstiftungen, Zweckzuwendungen und Schenkungen unter
149 Lebenden besteuert werden, da andernfalls die Erbschaftsteuer durch eine Schenkung
150 umgangen werden kann, wenn sie dem Erbfall vorausgeht.

151 Erbschaftsteuerpflichtig ist das inländische sowie das ausländische Nettovermögen,
152 d.h. das Vermögen abzüglich bestehender Lasten und Verpflichtungen des Erblassers.
153 Das geerbte Vermögen kann sich je nach Fall unterschiedlich zusammensetzen.
154 Wohingegen bei Erbschaft bzw. Schenkung liquider Mittel wie Bargeld, Liquidita**ä**t zur
155 Begleichung der Steuerschuld vergleichsweise einfach aus dem Vermo**ö**genszugang
156 beschafft werden kann, können diese Mittel zur Steuerzahlung bei der Übertragung von
157 Wirtschaftsgütern, wie zum Beispiel Betriebsvermögen und Immobilien, fehlen. Das
158 möglicherweise Fehlen liquider Mittel zur Begleichung der Steuerschuld wird seit
159 jeher von vielen Neoliberalen und Familienunternehmer*innen als Gefahr für den
160 weiteren Bestand des Betriebes angeführt und emotional medienwirksam gestreut. Dieses
161 Narrativ spiegelt sich im aktuellen Erbschaftsteuerrecht wider: Das
162 Erbschaftsteuerrecht räumt unter bestimmten Voraussetzungen Betriebsvermögen
163 umfangreiche Ausnahmen von der Besteuerung ein. Hier besteht eine ungleiche
164 Besteuerung von Betriebsvermögen und zum Beispiel liquider Mittel im Erbfall oder bei
165 Schenkung. Auch das Bundesverfassungsgericht hatte wegen Verstoßes gegen den
166 Gleichheitssatz des Artikel 3 Grundgesetz, dem Gesetzgeber bereits mehrfach zu einer
167 weitreichenden Reform der Erbschaftsteuer aufgefordert, was bis heute in weiten
168 Teilen nicht erfolgte.

169 Um mehr Erbschaftsteueraufkommen zu generieren, werden Ausnahmen für Betriebsvermögen
170 abgeschafft und schädliche Gestaltungsmöglichkeiten wie zum Beispiel durch die
171 Gründung von Familienstiftungen steuerlich nicht anerkannt.

172 Der einmalige Freibetrag im Leben beträgt eine Million Euro pro Person. Der
173 Freibetrag wird regelmäßig an die Inflationsentwicklung angepasst und gilt für alle
174 Verwandtschaftsgrade und auch für Schenkungen. Er wird um den Betrag gekürzt, den die
175 Person als Gesellschaftserbe bereits erhalten hat (z.B. 1.000.000 - 20.000 Euro =
176 980.000 Euro). Das geerbte Nettovermögen vermindert um den Freibetrag ist das zu

177 versteuernde Erbvermögen. Das zu versteuernde Erbvermögen unterliegt der
178 Erbschaftssteuer in Höhe von 100 Prozent. Auf Antrag ist eine Stundung der zu
179 zahlenden Erbschaftssteuer für bis zu zehn Jahre möglich. Unter bestimmten
180 Voraussetzungen, zum Beispiel bei Betriebsvermögen oder später auftretenden
181 finanziellen Schwierigkeiten, wird eine Stundung von bis zu 20 Jahren gestattet. Die
182 gestundete Steuer ist zu verzinsen.

183 Um eine progressive Erbschaftssteuer durchzusetzen, müssen Vermögen transparent und
184 effektiv erfasst werden. Zu diesem Zweck wird ein weltweites Vermögensregister
185 eingerichtet, das alle verfügbaren Quellen des Vermögensbesitzes (z.B.
186 Betriebsvermögen, Firmenanteile, Wertpapiere, Grundstücke, Yachten usw.) erfasst und
187 verknüpft. Hier sollen die wahren Eigentümer*innen des Vermögens erfasst werden. Das
188 Vermögensregister soll auch den Kampf gegen Geldwäsche, Steuervermeidung und
189 Steuerhinterziehung erleichtern. Es soll auch mehr Transparenz über das Vermögen
190 schaffen.

191 **Internationale Zusammenarbeit ausbauen!**

192 Noch nie war das Kapital so mobil und global wie heute! Gleichzeitig enden die
193 länderspezifischen Gesetze und die Verwaltungsbefugnisse der Finanzbehörden an den
194 jeweiligen Landesgrenzen – kurzum: Ein leichtes Spiel für Vermögende, um Steuern zu
195 vermeiden und tatsächliche Vermögensverhältnisse zu verschleiern! Es ist an der Zeit,
196 dass auch Steuergesetze und Finanzverwaltungen transnationaler und globaler und
197 internationale Besteuerungsrechte gerechter unter den Ländern verteilt werden! Dazu
198 müssen die Steuerverwaltungen enger zusammenarbeiten und steuerrelevante
199 Informationen austauschen. Die länderspezifischen Steuersysteme müssen weltweit
200 transparenter, gerechter und umfassender harmonisiert werden, um Steuerdumping auf
201 Kosten der Allgemeinheit zu beenden, damit die Vermögenden weltweit ihren gerechten
202 Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Dies erfordert, dass
203 internationale Steuerfragen auf der Ebene der Vereinten Nationen diskutiert und
204 entschieden werden und nicht mehr im Club der reichen Länder wie der OECD, G20 und
205 G7. Sie sind nach den Analysen von Tax Justice Network durch ihre Steuersysteme auch
206 für 99,4 Prozent aller weltweiten Steuerausfälle verantwortlich.

207 **Wir leben in einer reichen Gesellschaft, lasst uns diesen Reichtum gerecht verteilen** 208 **– Erben für Alle!**

209 Wir Jusos Berlin fordern deshalb die:

- 210 • Einführung einer progressiven Erbschaftssteuer mit einem einmaligen Freibetrag
211 in Höhe von einer Million Euro,
- 212 • Einrichtung eines deutschlandweiten Vermögensregisters, bei dessen Ausgestaltung
213 auf Missbrauchssicherheit geachtet werden muss. Eine europa- sowie weltweite
214 Erweiterung dieses Registers, soll langfristige Perspektive werden,
- 215 • Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit in Steuerangelegenheiten,
- 216 • Stärkung der Finanzverwaltung zur effektiven Bekämpfung von Geldwäsche,
217 Steuervermeidung und -hinterziehung,
- 218 • Einrichtung eines Chancengleichheitsfonds, das aus den Einnahmen der
219 progressiven Erbschaftssteuer finanziert wird,
- 220 • Auszahlung eines jährlich an alle 18-Jährigen auszahlenden Gesellschaftserbes

- 221 in Höhe von 20.000 Euro aus dem Chancengleichheitsfonds und
- 222 • Finanzierung von öffentlichen Gütern und Leistungen, die die allgemeine
- 223 Chancengleichheit fördern.

Antrag W05: Verbraucher*innen schützen – umverteilen jetzt!

Antragsteller*in:	Jusos Berlin
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat ganz Europa in eine schwere Krise
2 gestürzt. Die Auswirkungen auf Deutschland haben nicht lange auf sich warten lassen.
3 Auch wenn mit Nachdruck nach Alternativen zu russischen Rohstoffen gesucht wird,
4 steigen die Preise, Lieferschwierigkeiten halten an und ein gedämpftes
5 Wirtschaftswachstum zeichnet sich auch in Deutschland ab. Die Wirtschaftsleistung
6 liegt noch immer ein Prozent unter dem Vor-Corona-Niveau Ende 2019. Gleichzeitig
7 führt die steigende Inflationsrate dazu, dass es für Arbeitnehmer*innen zu
8 Reallohnverlusten kommt und Rentner*innen, Azubis, BAföG-Empfänger*innen und
9 Transferleistungsempfänger*innen faktisch immer weniger Geld zur Verfügung haben. Die
10 aktuelle Situation hat teils verheerende Auswirkungen auf diejenigen
11 Verbraucher*innen, die wie 50 Prozent der Deutschen über kaum nennenswerte
12 Ersparnisse verfügen bzw. schon vor der anhaltenden Teuerung am Ende des Monats
13 nichts zurücklegen konnten. So sind das erste Mal seit den Hartz-IV-Reformen Menschen
14 wieder in großer Zahl von gesellschaftlichem Abstieg bedroht. Die Tafeln klagen schon
15 über immer mehr Kund*innen, die sie teilweise nicht mehr versorgen können. Während es
16 schon Anstrengungen für Entlastungen gab, haben diese nur teilweise Wirkung gezeigt
17 und gehen nicht weit genug. Während die Menschen in der Ukraine unter Russlands
18 Bombenterror leiden und der rasante Anstieg der Lebenshaltungskosten viele Menschen
19 in Deutschland vor große Probleme stellt, streichen einige Unternehmen ungehindert
20 Krisengewinne ein. Was wir nun brauchen, ist ein Konzept, welches die
21 Verbraucher*innen schützt und Unternehmen in die Pflicht nimmt. Ziel muss es sein,
22 Gewinne umzuverteilen und Verbraucher*innen vor der Entwertung ihrer Löhne bzw.
23 staatlichen Leistungen zu schützen.

24 Vermögensabgabe einführen!

25 Die Einsetzung einer Vermögensabgabe ist im Grundgesetz für besondere
26 Krisensituationen vorgesehen. Sie setzt wirksam an der sich immer mehr verstärkenden
27 Vermögenskonzentration an und gewährleistet, dass in besonderen Krisen, wie wir sie
28 derzeit erleben, besonders die zahlen, denen es finanziell sehr gut geht, und so für
29 Entlastungen der finanziell Schwächeren zahlen. Im Gegensatz zur Vermögenssteuer wird
30 die Abgabe einmalig fällig und soll nur das oberste Prozent der Vermögenden treffen.
31 Kleine und mittelständige Unternehmen oder Familien mit wenig Grundbesitz sind durch
32 Freibeträge geschützt. Auch wenn nur die oberen 10% der Vermögen so abgabepflichtig
33 werden, kann mit einem enormen Aufkommen gerechnet werden.

34 Wir fordern daher:

- 35 • Die Erhebung einer einmaligen Vermögensabgabe auf individuelle Nettovermögen
36 natürlicher Personen, die einen Freibetrag in Höhe von 2 Mio. überschreitet. Für
37 Betriebsvermögen gilt ein separater Freibetrag von 5 Mio. Euro. Die
38 Vermögensabgabe startet bei 10% und steigt linear-progressiv auf 50% ab einem
39 Vermögen von 50 Mio. Euro an.

- 40 • Die Vermögensabgabe wird in jährlichen Raten über 20 Jahre gezahlt.
- 41 • Die Vermögensabgabe soll bei immobilem Kapital und Unternehmensbeteiligungen
42 auch in Form von staatlichen Anteilen geleistet werden können.
- 43 • Um Anreize zur Verringerung abgabepflichtiger Vermögen entgegenzuwirken, liegt
44 der allgemeine Bewertungsstichtag in der Vergangenheit, bspw. Am Tag des
45 entsprechenden Kabinettsbeschlusses

46 **Übergewinnsteuer einführen!**

47 Die Krisen- und Kriegsgewinne einiger profitierender Unternehmen müssen insbesondere
48 in Zeiten, in denen immer mehr Menschen von Armut bedroht sind, dem Allgemeinwohl zu
49 Gute kommen und dieses finanzieren. Eine Übergewinnsteuer, das zeigen Beispiele aus
50 Großbritannien und Italien, ist effektiv in der Lage, etwaige Gewinne aus Krisen
51 gezielt zu besteuern und so dem Gemeinwohl zuzuführen.

52 Die Debatte um eine Übergewinnsteuer dreht sich vor allem um sehr hohe Gewinne. In
53 einer Marktwirtschaft, die vor allem von denen verteidigt wird, die sich jetzt gegen
54 eine Übergewinnsteuer stellen, werden Preise auch als Signal verstanden. Besonders
55 hohe Gewinne zeigen an, dass Wettbewerb nicht funktioniert und Preise zu hoch sind.
56 Temporär können Gewinne oder das Streben nach ihnen positiv sein und Innovation
57 fördern, solange sie zeitlich begrenzt bleiben. Innovationen sollen langfristig von
58 allen übernommen werden, sodass durch den Wettbewerb Preise und Gewinne wieder
59 fallen. Doch an diesem Punkt versagt der Markt nun und es entstehen sehr hohe
60 Gewinne, denn Unternehmen wie die der Mineralölwirtschaft profitieren nicht von
61 Innovation, die übernommen werden kann, sondern von Krisen und Krieg. Keine
62 zusätzliche Leistung hat sie zu den Gewinnen gebracht, es ist nur das Leid anderer.
63 Diese Gewinne, die über den Leistungsgewinn hinausgehen und nach Abzug der
64 Kapitalkosten verbleiben, werden dann als Übergewinn bezeichnet. Anstatt in einen
65 Wettbewerb zu treten, nutzen Konzerne ihre Marktmacht, um ein hohes Preisniveau
66 durchzusetzen und auch dann zu erhalten, wenn die Marktpreise für zugrunde liegende
67 Güter wieder fallen. Eine Steuer, die wie diese am Gewinn ansetzt, kann darüber
68 hinaus auch nur schlecht auf Preise umgewälzt werden. Anders als Verbrauchs- oder
69 Umsatzsteuern wird nicht das einzelne Produkt teurer, weil die gewinnorientierten
70 Unternehmen sonst auf Gewinne durch einen höheren Absatz verzichten würden.

71 Eine Übergewinnsteuer ist ein effizientes Instrument, um sehr hohe und leistungslose
72 Gewinne abzuschöpfen und die Einnahmen für zusätzliche Entlastungen von oben nach
73 unten umzuverteilen. Gleichzeitig sind Mineralölkonzerne vornehmlich in Oligopolen
74 organisiert. Auch, wenn das Bundeskartellamt die Preisentwicklungen besonders scharf
75 beobachtet, fehlt es im Kartellrecht an konsequenteren Maßnahmen, die Macht der
76 Konzerne zu verringern und einzugreifen.

77 Wir fordern daher:

- 78 • Die Einführung einer Übergewinnsteuer. Aufgrund ihrer Einfachheit soll diese
79 zunächst kurzfristig als einmalige Abgabe nach dem „italienischen Modell“
80 erhoben werden. Übergewinne werden dabei auf Basis der angemeldeten Umsätze
81 festgestellt und in unserem Vorschlag mit 50% besteuert. Weiterhin soll
82 befristete, aber wiederkehrende Abgabe zur branchenübergreifenden Abschöpfung
83 der im Rahmen multipler Krisen entstanden Übergewinne geschaffen werden. Dies
84 soll auf supra- und internationaler Ebene koordiniert und nach Möglichkeit als

85 europäisches Recht umgesetzt werden.

86 • Das Kartellrecht muss verschärft werden. Dabei muss die Möglichkeit der
87 Zerschlagung von Konzernen geschaffen sowie die Maßnahme der Enteignung als
88 ultima ratio bei Machtmissbrauch geprüft werden. Weitergehend müssen Gewinne von
89 Kapitalgesellschaften wieder höher besteuert werden und diese Steuer progressiv
90 ansteigen.

91 **Mieter*innen entlasten!**

92 Auch Vermieter*innen, insbesondere solche, die als Aktiengesellschaften organisiert
93 sind, profitieren von der Krise. So werden als Ausgleich der Inflation nicht nur die
94 Nebenkosten massiv erhöht, sondern auch die Kaltmieten teilweise angehoben. So werden
95 die Mieter*innen mindestens als Inflationsausgleich ausgenutzt, teilweise wird dieser
96 Vorwand genutzt, um noch mehr Gewinn zu generieren. Diese Erhöhung der ohnehin enorm
97 hohen Mieten in Zeiten von allgemein steigenden Preisen führt zu enormen
98 Existenzängsten und kann im schlimmsten Fall zum Verlust der Wohnung führen. Das ist
99 nicht hinzunehmen.

100 Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, fordern wir ein sofortiges und umfassendes
101 Mietmoratorium. Dies schützt Mieter*innen falls sie ihre Miete nicht zahlen können,
102 vor der Kündigung ihrer Wohnung. Diese Maßnahme ist aber lange nicht ausreichend.
103 Nach dem Scheitern des Mietendeckels vor dem Bundesverfassungsgericht ist klar, dass
104 mietenpolitische Fragen vor allem auf der Bundesebene angegangen werden müssen. In
105 der aktuellen Situation müssen dabei alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um
106 Mieter*innen zu schützen. So sind Möglichkeiten zu finden, insbesondere
107 Mieterhöhungen, die nicht auf die derzeitige Krise zurückzuführen sind, wie die
108 Erhöhung der Kaltmiete, zu unterbinden.

109 Des Weiteren fordern wir das Verbot von Indexmieten. Bei Indexmieten wird der
110 Mietpreis nicht auf einen Betrag festgelegt, sondern anhand von verschiedenen
111 Einflussfaktoren, wie den durchschnittlichen Kosten für einen Haushalt, ausgehend von
112 einem Basispreis gesteigert. Bei einer Inflation führt dies zu einer massiven
113 Mietpreissteigerung, obwohl die steigenden Lebenskosten die Mieter*innen ebenso
114 betreffen. Bei Indexmieten wird deutlich, wie Wohnraum als Spekulationsobjekt
115 behandelt wird. Insbesondere in Zeiten steigender Preise geht dies massiv zu Lasten
116 der Mieter*innen.

117 Die steigenden Energiekosten sind für viele Menschen eine massive Belastung. Dass
118 diese unter anderem auch auf Marktspekulationen beruhen, ist nicht hinnehmbar. Für
119 uns ist klar: Jede*r hat ein Recht auf ein warmes Zuhause. Die dafür erforderliche
120 Energie muss damit auch für jede*n bezahlbar bleiben. Wir begreifen Energie als
121 öffentliche Daseinsvorsorge, die für ein würdiges Leben dringend notwendig ist.
122 Gleichzeitig erkennen wir an, dass in der jetzigen Situation Energieeinsparungen
123 erforderlich sind. Wir fordern:

124 • die Einführung eines Energiepreisdeckel, der für den Grundbedarf jedes
125 Erwachsenen und jedes Kindes den Preis begrenzt, um die Versorgung auch im Fall
126 von sozialen Härten sicherstellen zu können.

127 • Sollten die Kosten auf dem globalen Markt die Höhe der Preisdeckelung
128 übersteigen, ist der Staat in der Pflicht, diese Differenz zur Sicherstellung
129 der Grundversorgung aufzufangen. Der Energiepreisdeckel kann daher dazu

130 beitragen, Verbraucher*innenverhalten dahingehend zu lenken, dass der Verbrauch
131 über die Grundversorgung hinaus so gering wie möglich bleibt.

- 132 • Die den Energiepreisdeckel entstehenden Mehrkosten an staatlichen Ausgaben
133 dürfen allerdings nicht als Ausrede für Nicht-Investitionen in erneuerbare
134 Energien genutzt werden. Diese müssen aus Gründen des Klimaschutzes massiv
135 ausgebaut werden, darüber hinaus wird nur der Ausbau dieser uns aus der
136 Abhängigkeit unserer Energiezufuhr von despotischen und menschenfeindlichen
137 Staaten, wie Russland oder Katar führen.
- 138 • Die begrenzte Abzugsfähigkeit von gestiegenen Energiekosten im Rahmen der
139 Einkommenssteuer für Arbeitnehmer*innen und Selbstständige im Rahmen der
140 Einkommenssteuer, die nicht mit bereits bestehenden Pauschalen verrechnet wird.
- 141 • Erweiterung der Energiepreispauschale auf Schüler*innen, Auszubildende,
142 Studierende und Renter*innen
- 143 • Einführung eines Moratoriums für Gas- und Stromsperren sowie die Einführung
144 eines Moratoriums für betriebskostenbedingte Mietkündigungen bei Zahlungsverzug
145 der Mieter*innen über die Energiekrise hinweg, damit niemand ohne Wohnung,
146 Heizung und Strom dastehen muss.

147 **Lebensmittel bezahlbar halten!**

148 Neben gestiegenen Energie- und Mietkosten sind auch Gegenstände und Lebensmittel des
149 täglichen Bedarfs massiv gestiegen. Dies liegt hier meist weniger an Spekulationen,
150 sondern daran, dass Putins Regime insbesondere Getreide als lebenswichtige
151 Nahrungsgrundlage vieler Menschen, besonders auch im globalen Süden, als Druckmittel
152 in einem völkerrechtswidrigen Krieg einsetzt. Auch in Deutschland sind Lebensmittel
153 deutlich teurer geworden. Insbesondere Menschen, die Sozialleistungen beziehen oder
154 ein geringes Einkommen haben, müssen sich sorgen, ob sie wie gewohnt Lebensmittel
155 einkaufen können. Auch darf eine gesunde und nachhaltige Ernährung kein Luxus sein.
156 Während große Konzerne weiterhin enorme Profite einfahren, kämpfen Haushalte, die von
157 Transferleistungen leben, immer öfter mit armutsbedingter Mangelernährung und auch
158 Hunger. Denn 5 Euro für Lebensmittel und Getränke pro Tag, wie sie der Hartz-IV-
159 Regelsatz vorsieht, reichen nicht für eine vollwertige Mahlzeit. Die Folgen von
160 Ernährungsarmut sind vor allem für Kinder weitreichend. Denn die Versorgung mit
161 Nährstoffen ist grundlegend für eine gesunde Entwicklung und echte Chancengleichheit.
162 Damit sich alle Menschen weiterhin Lebensmittel leisten können, fordern wir:

- 163 • die Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel bis auf Weiteres,
- 164 • die deutliche Erhöhung des Hartz-IV-Satzes für Lebensmittel sowie eine
165 entsprechende Anpassung für Empfänger*innen der Grundsicherung und anderer
166 Sozialleistungen,
- 167 • zusätzliche Sonderzahlungen zum Ausgleich der gestiegenen Kosten, die die
168 Menschen bisher tragen mussten.
- 169 • Die aktuelle Situation in der Landwirtschaft muss genutzt werden, um die
170 Landwirtschaft in Europa und Deutschland auch mit Blick auf den Klimawandel
171 krisenfest zu machen und Abhängigkeiten zu reduzieren. Nur so kann langfristig
172 eine günstige und gesunde Nahrungsmittelversorgung gesichert werden. Das
173 bedeutet, dass an der Umsetzung von Biodiversitäts- und Klimaschutzzielen im

174 Bereich der Landwirtschaft festgehalten werden muss. Hier darf es keine
175 Rückschritte geben

176 Die gestiegenen Kosten betreffen nicht nur das Essen im Supermarkt, sondern auch
177 Essensangebote in Kitas, Hochschulen, Unternehmen und im öffentlichen Dienst. In Unis
178 sind die Angebote deutlich stärker zu bezuschussen, sodass mindestens auf das
179 Preisniveau wie vor dem Beginn des Angriffs auf die Ukraine. Aber auch in Unternehmen
180 und im öffentlichen Dienst sind Angebote insbesondere für Geringverdienende zu
181 bezuschussen. Dies kann über eine separate Abrechnung mit dem Gehalt erfolgen.
182 Konkret fordern wir:

183 • Günstige Essensangebote im öffentlichen Dienst und Unternehmen. Hierbei ist für
184 Angestellte mit geringem Einkommen ein Zuschuss zu zahlen.

185 Allerdings sind auch bei Lebensmittelproduzent*innen und -handelsunternehmen
186 Spekulationen und übermäßige Gewinne im Zuge der Krise zu befürchten und entsprechend
187 zu vermeiden und ggf. abzuschöpfen. Hier ist insbesondere das Kartellamt gefragt,
188 Preisabsprachen und Spekulationen zu verhindern. Dazu sind intensivere Kontrolle
189 notwendig.

190 **Studierende & Auszubildende schützen!**

191 Studierende und Auszubildende treffen die gestiegenen Lebenshaltungskosten besonders
192 hart. Aktuelle Erhebungen zufolge gelten nicht nur 30 % aller Studierende als arm,
193 sondern mit einem mittleren Einkommen von 802 Euro auch als besonders schwer von
194 Armut betroffen. Für uns ist klar: Studierende und Auszubildende müssen unbedingt von
195 weiteren Entlastungszahlungen wie dem Heizkostenzuschuss profitieren.

196 Um Studierende vor dem Ausmaß der Krise zu bewahren, ist eine Anpassung des BAföG
197 dringend erforderlich. Die jüngst beschlossene BAföG-Reform ist mit einer Anhebung
198 der Bedarfssätze um 5,75 Prozent angesichts der parallel stärker gestiegenen
199 Inflation keine Hilfe. Gleichzeitig bemisst sich der Beitrag zur studentischen
200 Krankenversicherung am BAföG-Höchstsatz, was für viele Nicht/BaföG-Bezieher*innen zu
201 steigenden Kosten führt. Wir fordern:

- 202 • eine Erhöhung und die regelmäßige, automatische Fortschreibung der BAföG-Sätze,
- 203 • eine Ausweitung des Anspruchsberechtigtenkreises, bspw. durch eine Erhöhung der
204 Freibeträge für das Einkommen der Eltern.
- 205 • die Absicherung der sozialen Angebote der Studierendenwerke im Winter.
- 206 • das Aussetzen der Kopplung von BaföG-Satz und Beitrag in der studentischen
207 Pflichtversicherung (KvdS)

208 Mensen müssen auch bei weiter steigenden Energiepreisen geöffnet bleiben und
209 Studierenden weiterhin eine günstige Mahlzeit anbieten. Auch die Wohnheime müssen
210 zuverlässig weiter betrieben und ggf. durch finanzielle Hilfen der Länder entlastet
211 werden. Wir fordern:

- 212 • eine stärkere Bezuschussung der Studierendenwerke. Dabei muss sichergestellt
213 werden, dass dieses Geld für vergünstigtes Essen in den Mensen und Cafeteria
214 eingesetzt wird.

215 Der Mangel an günstigem Wohnraum ist für Auszubildende besonders relevant:
216 Beispielsweise durch fehlende Azubi-Wohnheime sind die Mietkosten ohnehin hoch und
217 machen einen Großteil der Ausbildungsvergütung aus. Mit den Mehrkosten dürfen

218 Auszubildende jetzt nicht allein gelassen werden! Daher fordern wir im Einklang mit
219 der DGB-Jugend

- 220 • eine Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung um mindestens 130 Euro und die
221 Erhöhung der „Berufsausbildungsbeihilfe“

Antrag W06: Unternehmen dürfen nicht vom Krieg profitieren. Übergewinnsteuer einführen.

Antragsteller*in:	Jusos Saar
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Analyse:

2 Durch den russischen Angriffskrieg werden Öl und Gas sehr viel teurer. Während sich
3 viele Menschen in Deutschland und im Saarland die immer weiter steigenden
4 Energiekosten kaum noch leisten können, profitieren Energie und Mineralölkonzerne
5 enorm und können ihre Profite sogar weiter maximieren. Während Bürger*innen einfach
6 mal „ein wenig kürzer duschen sollen“, machen sich Konzerne die eigenen Taschen voll.

7 Forderung:

8 Die Übergewinnsteuer führt dazu, dass kriegsbedingte Gewinne abgeschöpft werden, um
9 damit Menschen zu unterstützen, die unter den hohen Preisen leiden. In Spanien,
10 Großbritannien, Italien und in Belgien ist dies längst in Planung. Eine Einführung
11 würde also die internationale Solidarität stärken. Wir fordern daher die Einführung
12 einer Übergewinnsteuer!

13

Antrag W07: Vorsorge- und Sicherstellungsgesetze modernisieren - Wirtschaftsdirigismus neu denken

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen-Anhalt
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Bundesleistungsgesetz: An was denkt man bei diesem Titel ?
- 2 Trotz eines harmlos klingenden Namens versteckt sich hinter dem Bundesleistungsgesetz
- 3 (BLG) ein Gesetz, welches wie kaum ein anderes, tiefe und einschneidende Eingriffe in
- 4 den Wirtschaftskreislauf ermöglicht. Es berechtigt Behörden Leistungen Privater
- 5 anzufordern. Der Leistungsbegriff umfasst dabei neben tatsächlichen Handlungen auch
- 6 Duldungspflichten, wie etwa eine Beschlagnahme ohne Enteignung. Dazu kommen einige
- 7 Schwestergesetze, die spezielle Themenblöcke regeln, etwa das
- 8 Verkehrssicherstellungsgesetz, das Energiesicherheitsgesetz oder dem
- 9 Ernährungssicherstellungs- und Vorsorgegesetz. Auch das Infektionsschutzgesetz
- 10 gehört, zumindest zum Teil, in diese Kategorie. Zusammen bilden sie den Block der
- 11 sogenannten Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze.
- 12 Sie sollen es dem Staat und seinen Behörden ermöglichen, lebenswichtige Bedürfnisse
- 13 am Markt vorbei zu erfüllen. Ihre Anwendung ist folgerichtig auf eng begrenzte
- 14 Ausnahmefälle beschränkt. In der Regel handelt es sich dabei um den Verteidigungs-
- 15 und Spannungsfall nach Art. 80a GG oder eine, in jedem Gesetz leicht anders
- 16 definierte, außergewöhnliche oder schwere Unglückslage, die besondere Gefahren für
- 17 diesen Bereich bedeutet. Beim Bundesleistungsgesetz kann z.B. der „klassische“
- 18 Katastrophenfall eine solche Lage darstellen. Trotz dieser umfassenden Regelungen,
- 19 die zusammen mit Rechtsverordnungen, Zuständigkeitsgesetzen ein kaum überblickbares
- 20 Netzwerk bilden, kam es in den letzten Jahren mehrfach zu Situationen, die hierdurch
- 21 eigentlich vermieden werden sollten: Zur hilflosen Auslieferung gegenüber
- 22 Marktversagen oder Unglücken.
- 23 Und das ist kein Zufall! Durch die Marktgeilheit und der unbedingten
- 24 Privatisierungsideologie der letzten Jahrzehnte, wurde an vielen Stellen Staatliche
- 25 Infrastruktur verschleudert und die entstandenen Lücken durch Sicherstellungsgesetze
- 26 gefüllt. Man brauchte kein Telekommunikationssicherstellungsgesetz, solange sich die
- 27 Telekommunikationsinfrastruktur in staatlicher Hand befand. Gleichzeitig bewirkt die
- 28 extrem hohe Schwelle des Verteidigungsfalles, dass eine Anwendung im Bereich des
- 29 Theoretischen bleibt. Der Verlust der alltäglichen Handlungsspielräume sorgt für
- 30 einem Verlust von notwendigem institutionellen Fachwissen, das nötig wäre, um in
- 31 einer Krise sinnvolle und durchführbare Entscheidungen zu treffen. Die seltene,
- 32 übungsmäßige Anwendung dieser Gesetze, etwa in den LÜKEX-Übungen des Bundesamtes für
- 33 Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), schließt hier nicht wirklich Lücken.
- 34 Gewonnene Erkenntnisse werden häufig nicht umgesetzt und die Übungsrahmenbedingungen
- 35 kommen häufig Fragen zuvor.
- 36 Beispielhaft hierfür sind die Corona-Impfkampagne oder die Lage am Gasmarkt. Im
- 37 Rahmen der (recht bekannten)Länderübergreifenden Stabsübung LÜKEX 2007 wurde eine
- 38 Pandemie simuliert, deren Auslöser in seinen Spezifikationen recht nah an COVID-19

39 herankam. Nach der Übung, die laut Szenario mit der Entwicklung eines Impfstoffs
40 endete, diskutierten Teilnehmende scheinbar über die Frage, wie eine Impfkampagne am
41 besten zu organisieren sei und erörterten Beschaffungsmechanismen. Sie sprachen sich
42 für einen hausarztbasierten Ansatz, unterstützt durch Impfzentren aus. Bei den
43 Beschaffungsmechanismen bildete sich scheinbar der Konsens, dass eine reine
44 Beschaffung am freien Markt unsinnig sei und stattdessen Direktionsmechanismen
45 geschaffen werden müssten, um eine nationale Impfstoffproduktion frühzeitig fördern
46 zu können. Da eine Impfkampagne und Beschaffungsmechanismen aber nie Teil des
47 Übungsszenarios waren, wurden diese Debatten auch nicht im Übungsbericht erwähnt. Man
48 empfahl dort, wie vorher bereits festgelegt, den breiten Einsatz von Impfzentren mit
49 Flankierung durch Haus- und Facharztpraxen. Über die Beschaffung von Impfstoffen
50 verliert der Bericht kein Wort, gab das Szenario doch vor, dass er verfügbar sei.
51 2018 wurde eine Gasmangellage geübt. Das konkrete Szenario war zwar ein deutlich
52 anderes, aber es gibt eine Parallele. Die Gasversorgung war gefährdet oder
53 ausgefallen. Indem Szenario 2018 wurden die Verteilungsmechanismen bei Gasmangel,
54 inklusive der Priorisierung von Privatverbrauchern, bei sog. nicht marktwirksamen
55 Maßnahmen (Abschaltungen) als Fixpunkte festgelegt, obwohl Teilnehmende sogar davor
56 warnten, dass diese zum einen nicht unantastbar und zum anderen nicht ohne weiteres
57 umsetzbar seien. Genau diese Problemstellungen sind nun Teil der Debatten. Ein
58 weiteres Problem zeigt sich an den Schwellen. Das Ausrufen einer wie auch immer
59 gearteten Notlage wird häufig vermieden, da man nicht alarmistisch wirken möchte.
60 Ein Beispiel hierfür war die viel zu späte Ausrufung des Katastrophenfalls im Ahrtal,
61 oder das Rumgedruckse bei der Corona Pandemie: Statt auf bewährte Mechanismen zu
62 setzen, wurde extra das Instrument der „Pandemischen Lage Nationaler Tragweite“ neu
63 geschaffen. Die gleichen Befugnisse hätten über das Katastrophen- und
64 Zivilschutzrecht freigegeben werden können, wobei in diesem Fall auch bestehende
65 Strukturen nutzbar gewesen wären. (Wobei nicht gesagt werden soll, dass diese
66 Strukturen und Normensysteme ohne eigene Probleme sind.) Ein Grund könnte darin
67 liegen, dass die Anwendungsschwellen häufig mit dem Verteidigungsfall in einem Satz
68 genannt werden und daher mit diesem Super-Gau aller Krisen auf eine Stufe gesetzt
69 werden. Eine anderer Aspekt ist hier wohl die Angst, durch zu alarmistisches
70 Verhalten die Bevölkerung zu verunsichern und zu irrationalen Handlungen (etwa
71 Hamsterkäufen) zu bewegen. Es zeigt sich ein klarer Mangel in der Kompetenz,
72 vorbeugende Krisenresilienz zu schaffen. Dazu gehört die Fähigkeit des Staates
73 gezielt und frühzeitig in Wirtschaftskreisläufe einzugreifen. Das bestehende
74 Regelwerk setzt zu spät an. Das Begriffspaar Verteidigungs- und Spannungsfall bieten
75 hierfür eine gute Illustration: Entweder muss eine Katastrophen schon eingetreten
76 sein (Verteidigungsfall), oder ihr Eintritt muss so unmittelbar bevorstehen, dass sie
77 so gut wie nicht mehr abzuwenden ist (Spannungsfall). Wenn man allerdings erst in
78 dieser Situation handeln kann, ist es häufig schon zu spät, um eine aktive
79 Krisenbewältigung „vor der Lage“ zu ermöglichen und man ist zum passiven Reagieren
80 gezwungen. Dazu kommt, dass diese Befugnisse dann Strukturen zustehen, die im
81 Normalfall gar nicht existieren (sog. Schattenämter) , oder die in der Verwaltung
82 ansonsten eher ein Nischendasein führen und deren Struktur der theoretisch
83 angedachten Aufgabe nie gerecht werden kann. Zumal häufig auch Absprachen und
84 Zuständigkeiten im Detail ungeklärt sind. Eine Lösung muss sein, dirigistische
85 Wirtschaftseingriffe neu zu denken. Strategische Unterstützung muss gesamtheitlich

86 und langfristig erfolgen können, und nicht wie aktuell immer nur in einzelnen
87 Kleinprojekten, wie etwa die, seit dem Ausbruch von COVID-19 massiv, geförderte
88 nationale Maskenproduktion, der nun schon wieder das Aus [droht.\[1\]](#) Ein Hindernis für
89 diese Lösung ist das EU-Beihilfenrecht, dass in seinem Kern faire
90 Wettbewerbsbedingungen in der EU schaffen und Fehlallokationen vermeiden will,
91 zugleich aber einen irrationalen Glauben in die Unfehlbarkeit des Marktes setzt und
92 Resilienz der, vermeintlichen, Effizienz opfert. Auch im Zusammenhang mit dem
93 aktuellen russischen Angriff auf die Ukraine lassen sich diese Fragen beobachten: Je
94 länger dieser andauert, desto stärkere und größere Unterstützung benötigt die
95 Ukraine. Diese Unterstützung kann zunehmend nur durch die direkte Lieferung aus der
96 Rüstungsindustrie geleistet werden. Doch hier zeigen sich bereits jetzt
97 Kapazitätsbegrenzungen und Lieferengpässe, selbst in den USA. Deutsche
98 Rüstungskonzerne sind zum Teil auf Jahre mit Bestandsaufträgen ausgelastet. Hier
99 werden diese Unternehmen Hilfe benötigen ihre Produktion schneller und breiter
100 hochzufahren, als sie es alleine könnten. Dies bezieht sich auch auf die Suche und
101 Unterstützung von KMUs, die häufig als spezialisierte Subunternehmer auftreten und in
102 ihrem Bereich häufig unersetzbar sind.

103 Die USA sind in diesem Zusammenhang ein gutes Stichwort. Dort besteht, vermutlich
104 bedingt durch die Notwendigkeit, jederzeit eine Einsatzbereite und moderne Nukleare
105 Abschreckung bieten zu müssen, ein viel breiteres Instrumentarium an
106 Unterstützungsinstrumentarium. Diese wird in der Regel nur im Rüstungssektor genutzt,
107 ist aber auch im zivilen Wirtschaftskreislauf nutzbar. Ein Beispiel dafür wäre der
108 „Defence Production Act“ der wie das Bundesleistungsgesetz, aber sehr viel früher die
109 Möglichkeit bietet, Produktion und Leistungserbringung anzuordnen. Daneben gibt es
110 aber noch mehr Mechanismen, um frühzeitig Produktionsengpässe abzuwenden. Im
111 Soldatenrecht gibt es mit dem Instrument der “Wehrübung in Form eines
112 Bereitschaftsdienstes” nach § 61 III des Soldatengesetzes z.B. genau diese
113 Möglichkeiten des Eingriffs, um ohne auf das krude Instrument der Wehrpflicht im
114 Spannungs-/Verteidigungsfall zurückgreifen zu müssen, in einer Krise flexibler
115 Handeln zu können.

116 Daher fordern wir:

- 117 • Eine Grundsätzliche Überprüfung der Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze und
118 ihre Anpassung auf aktuelle Gegebenheiten. Hierbei ist die Anwendung dieser
119 Regelungen verstärkt zu üben und zu planen.
- 120 • Die Loslösung des bestehenden Rechtsrahmens von der Fixierung auf den
121 Verteidigungsfall als ultimative Schwelle.
- 122 • Ein erhöhtes Bewusstsein für den Wert von Resilienz in der Gesellschaft.
- 123 • Eine Reform des EU Beihilfenrechts, das strategische Interessen besser
124 berücksichtigt.
- 125 • Eine zielgerichtete Beihilfenplanung für strategische Wirtschaftssektoren,
126 eingebettet in eine umfassende Industrie- und Wirtschaftsstrategie.

127 [\[1\]2https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/deutsche-maskenhersteller-klagen128](https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/deutsche-maskenhersteller-klagen128)
128 [ueber-ausbleibende-auftraege,Swvsqf8](#)

129

Begründung

...

Antrag W08: Klassismus überwinden: Schufa und Co. die Handschellen anlegen!

Antragsteller*in:	Jusos Hamburg
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Der Juso-Bundeskongress möge zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag
- 2 beschließen:
- 3
- 4 Die SPD in der Bundesregierung und im Bundestag wird aufgefordert, sich für eine
- 5 verschärfte Regulierung der Schufa und anderer Bonitätsauskunfteien einzusetzen.
- 6 Im Einzelnen fordern wir, dass
- 7 1. die demokratisch legitimierte Kontrolle über Auskunfteien durch den Erwerb von
- 8 Anteilen durch den Staat oder öffentliche Unternehmen ausgebaut wird. Dazu ist
- 9 beispielsweise die Schaffung eines Unternehmens im Besitz des Staates denkbar.
- 10 2. die personalisierten Datensätze in den Beständen der Auskunfteien dabei
- 11 weiterhin vor dem Zugriff und Einfluss staatlicher Stellen (Regierung,
- 12 Sicherheitsbehörden, Ämter, o.ä.) geschützt sind.
- 13 3. das Quasi-Monopol der Schufa durch kartellrechtliche Maßnahmen gebrochen wird.
- 14 Sollten hierzu bisher keine Möglichkeiten bestehen, sind entsprechend geeignete
- 15 Gesetzesreformen zu entwickeln.
- 16 4. die Übernahme von Bonitätsauskunfteien durch ausländische Investoren, eine
- 17 Verlagerung des Geschäftssitzes und der Abfluss von Daten ins Ausland verhindert
- 18 werden, z.B. indem eine Art staatliches Vorkaufsrecht geschaffen wird.
- 19 5. eine unabhängige Behörde zur Überprüfung der verwendeten Scoring-Algorithmen
- 20 geschaffen wird. Auskunfteien müssen verpflichtet werden, dieser gegenüber ihre
- 21 Datengrundlage und die Berechnungsverfahren offenzulegen. Bei den Algorithmen
- 22 darf ausschließlich das vergangene Verhalten verwendet werden. Daten zu
- 23 Staatsangehörigkeit, Wohnort, Geschlecht, Sexualität, Beruf und Ethnie dürfen
- 24 nicht in die Berechnung einfließen.
- 25 6. eine Beschwerdestelle geschaffen wird, die an diese Prüfstelle angeschlossen ist
- 26 und die bei Beschwerden von Verbraucher*innen ermittelt.
- 27 7. auch für die Berechnung der Kreditwürdigkeit ein Recht auf Vergessenwerden
- 28 eingeführt wird, indem die Daten, die in die Berechnung einfließen, maximal 3
- 29 Jahre alt sein dürfen.
- 30 8. jährlich bis zwölf kostenlose "einfache" Bonitätsauskünfte und vier kostenlose
- 31 "Branchen-Auskünfte" durch das gesetzliche Auskunftsrecht gedeckt werden. Dabei
- 32 muss die Beantragung vereinfacht werden, das Ergebnis leicht verständlich sein
- 33 und die Kriterien der Berechnung transparent darstellen. Auch muss gewährleistet
- 34 werden, dass die Wahrnehmung des Auskunftsrechtes keine negativen Auswirkungen
- 35 auf die Bewertung hat.
- 36 9. ein Opt-In-Verfahren zur Datenabfrage und Datenweitergabe durch Dritte an

- 37 Auskunfteien bei jedem Vertragsabschluss (auch Verlängerungen) eingeführt wird.
38 Sollte die Einwilligung zwingend notwendig sein, muss deutlich und in einfacher
39 Sprache auf die Datenübermittlung und ihren Umfang hingewiesen werden.

Begründung

Eine positive Bonitätsauskunft bei der Schufa ist ein Türöffner, bei einer negativen Bewertung werden Türen schneller zugeschlagen, als dass man „Auskunftei“ sagen kann. Eine Schufa-Auskunft hat sehr viel Macht über unser aller Leben: Sie entscheidet darüber, ob wir eine Wohnung finden, ob wir ein Bankkonto eröffnen können, ob wir einen Handyvertrag bekommen oder ob wir einen Kredit bewilligt bekommen und wenn ja, wie hoch dieser und die Zinsen sind.

Jedoch ist für den normalen Menschen kaum nachvollziehbar, wie die Schufa oder andere Auskunfteien ihre Berechnungen anstellen, noch welche Daten dafür verwendet werden.

Die Daten, mit denen die Schufa arbeitet, bezieht sie von Banken, Energieversorgern, Versandhändlern und vielen mehr. Legal ist das dadurch, dass wir bei Vertragsunterzeichnung oft einen kleinen Passus unterschreiben, der die Weitergabe unserer Daten an die Schufa gestattet. Allerdings ist es so, dass wir zur Weitergabe unserer Daten an die Schufa faktisch gezwungen sind: Nahezu alle Unternehmen aus gewissen Branchen leiten unsere Daten weiter. Wir können oft kein Unternehmen auswählen, das die Daten nicht weitergibt – und das auch bei lebensnotwendigen Gütern wie Strom oder Gas. Es bleibt uns also in den meisten Fällen keine Wahl.

Außerdem fließen Daten aus öffentlich zugänglichen Quellen wie Schuldner*innenverzeichnissen oder Insolvenzbekanntmachungen, sowie personenbezogene Daten wie Name, Geburtsdatum und sämtliche jemals bewohnte Adressen in die Datenmenge ein. Also kann auch schon der Wohnsitz in einer „schlechten Gegend“ für einen schlechteren Schufa-Score sorgen. Auch ist die Schufa direkt oder indirekt selbst an diversen Inkassounternehmen beteiligt.

Damit hat die Schufa mehr Daten über unsere finanziellen Angelegenheiten und Aktivitäten als das Finanzamt, das – im Unterschied zum Privatunternehmen Schufa – der öffentlichen Kontrolle unterliegt.

Wie die Daten genau zum anschließenden „Schufa-Score“ verrechnet werden, ist maximal undurchsichtig, es gilt als Betriebsgeheimnis, zuletzt 2014 durch den Bundesgerichtshof bestätigt. Außerdem gibt es nicht nur einen Schufa-Score, sondern viele unterschiedliche, branchenspezifische Schufa-Scores, die mitunter stark voneinander abweichen können und von Unternehmen bei der Schufa gekauft werden können.

Verbraucher*innen erhalten gegen eine Zahlung von knapp 30 Euro nur den sog. „Basis-Score“ von der Schufa, der also nicht branchenspezifisch aufschlüsselt, wie kreditwürdig man beispielsweise für einen Immobilienkredit oder einen Handyvertrag ist.

Verbraucher*innen haben zwar laut Art. 15 DSGVO regelmäßig das Recht, kostenlos zu erfahren, welche Daten die Schufa und andere Auskunfteien speichern und verarbeiten. Allerdings versteckt die Schufa diese Auskunftsmöglichkeit mit sehr viel Aufwand. Verbraucher*innen müssen sich durch unzählige Werbeanzeigen für die Bezahlangebote und andere Informationen klicken, um zur kostenlosen Auskunft zu gelangen. Auch die Hürde bei der Zugänglichkeit muss sich ändern.

Verbraucherschützer*innen kritisieren außerdem völlig zurecht, dass Personen nach wie vor keine Möglichkeit haben, zu prüfen, ob im Urteil der Schufa beispielsweise eine Fehlannahme vorliegt, denn auch zu diesen kommt es in nicht zu unterschätzenden Größenordnungen. Immer wieder berichten Medien über teils haarsträubende Geschichten. Sogar das Bundesverbraucherschutzministerium hat in einer 2009 in Auftrag gegebene Studie festgestellt, dass die Schufa eine „sehr hohe“ Fehlerquote habe. 2010 berichtete „Finanztest“ von folgenden Zahlen: In einer Stichprobe seien 1% der Daten falsch, 8%

veraltet und bei 28% (sic!) gäbe es gar keine Daten.

Doch das Scoring hat neben den individuellen Schicksalen auch eine weitere, klassenpolitische Dimension. Wer wenig Geld verdient oder wenig Geld hat, wird im Bewerbungsverfahren für eine Wohnung ohnehin schon schlechtere Karten haben. Ein negatives Schufa-Scoring verschärft diese Probleme noch zusätzlich.

Eine private Aktiengesellschaft sammelt intransparent Berge von Daten über unser Einkaufs- und Zahlungsverhalten. Das ganze Geschäftsmodell basiert auf teuren Auskünften über Daten, die keine Person vorlegen will, aber meistens muss. Gleichzeitig verschärft die Schufa bestehende Ungleichheiten. Jedes Mal 30 Euro für eine Schufa-Auskunft auszugeben, ist nicht nur teuer, sondern auch sinnlos. Denn schließlich weiß jede Person, die sich solch eine Auskunft besorgt, um die eigene finanzielle Situation Bescheid. Die Schufa-Auskunft verschlechtert im Zweifelsfall nur die Chancen auf einen Handyvertrag, eine neue Wohnung oder den Wechsel des Energieanbieters. Die Verarbeitung und der Handel mit derart hochsensiblen Daten muss Aufgabe des Staates, nicht eines Privatunternehmens sein

Antrag W09: Zahlen bitte! Kriegsprofiteure durch Übergewinnsteuer zur Kasse bitten

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Wir fordern eine Übergewinnsteuer für Unternehmen in der fossilen Energieindustrie
- 2 und in der Rüstungsindustrie, die vom Krieg in der Ukraine wirtschaftlich
- 3 unverhältnismäßig profitieren.
- 4 Gegenstand der Besteuerung sollen die Gewinne des Jahres 2022 sein, die den
- 5 durchschnittlichen Gewinn der Unternehmen aus den Jahren 2017-2019 um mehr als 25%
- 6 übersteigen. Diese sollen mit einem Steuersatz von 50% besteuert werden.

Begründung

Moralisch lässt sich die Frage, ob Personen oder Unternehmen an Krieg und damit an Zerstörung und Tod verdienen sollten, ziemlich einfach mit Nein beantworten. Unsere kapitalistische Realität jedoch sieht anders aus. Auch jetzt, während dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verdienen insbesondere Energieunternehmen, aber auch die Rüstungsindustrie viel Geld und erzielen teilweise bis zu über 200% mehr Gewinn als noch im Vorjahr.

Der Gedanke, diejenigen die besonders vom Krieg profitieren, zur Kasse zu bitten liegt also nahe, und ist auch historisch betrachtet nicht neu. So führten in Kriegszeiten bereits die USA, Großbritannien oder auch Frankreich Steuern auf Kriegsgewinne ein.

Und auch jetzt haben einige Länder wieder eine Übergewinnsteuer beschlossen. In Griechenland beispielsweise müssen Energiekonzerne von allen Gewinnen, die über den Durchschnittswerten des Vorjahres liegen 90% an den Staat abgeben.

Auch in Italien wird nun eine Übergewinnsteuer von 25% auf alle Zusatzgewinne der letzten 6 Monate erhoben, wenn die Gewinnsteigerung über 10% und über 5 Millionen Euro liegt. In Großbritannien schlägt die Labour-Partei eine einmalige Abgabe auf Zusatzgewinne aus Nordseeöl- und -gasförderung vor. Nicht zuletzt hat die Europäische Kommission sich kürzlich für eine Besteuerung von Übergewinnen, eine sogenannte Windfall Tax ausgesprochen.

Zugunsten der Allgemeinheit fordern wir daher, auch in Deutschland eine solche Übergewinnsteuer temporär einzuführen. Hierbei soll als Berechnungsgrundlage der Durchschnittsgewinn aus den Jahren 2017-2019 gelten. Die Jahre 2020 und 2021 werden bewusst nicht zur Berechnung des Durchschnittsgewinns herangezogen, da sie ebenfalls Krisenjahre waren. Diese soll nicht nur Energieunternehmen, sondern auch Rüstungskonzerne belasten. Denn auch sie profitieren von der Krise. Nicht, durch besonders schlaue Geschäftsmodelle und vorausschauendes Handeln, sondern vom geopolitischen Zufall. Zusätzlich ist bei Rüstungskonzernen noch eine weitere Besonderheit zu beachten: Die größten Auftraggeber dieser Konzerne sind Staaten, die zumindest Teile ihrer Ausgaben immer auch über Steuermittel finanzieren müssen. An dieser Stelle möchten wir daher nochmals mit Nachdruck auf die Beschlusslage der Jusos verweisen, die eine Verstaatlichung der Rüstungsindustrie fordert (2017).

Die durch eine Übergewinnsteuer generierten Steuereinnahmen können vielseitig Verwendung finden:

Zur Unterstützung der Ukraine, zur Unterstützung der Länder & Kommunen, die die Geflüchteten aufnehmen, zur Entlastung der Bürger*innen die unter den steigenden Preisen leiden, zum Vorantreiben

der Verkehrswende und dem schnelleren Wechsel auf erneuerbare Energien.

Antrag W10: Errichtung einer staatlichen Wirtschaftsauskunftei

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich für die Errichtung einer staatlichen
- 2 Wirtschaftsauskunftei einsetzen. Diese soll es Unternehmern ermöglichen, die Bonität
- 3 eines Vertragspartners abzuschätzen,
- 4 gleichermaßen aber auch bei Verträgen zwischen zwei Verbrauchern die Möglichkeit
- 5 eröffnen, die Solvenz des Schuldners abzuschätzen. Die Auskunftei soll dem Deutschen
- 6 Bundestag rechenschaftspflichtig sein und ein Höchstmaß an Datenschutz und
- 7 Transparenz garantieren. Die Auskunft soll für Unternehmen und Verbraucher kostenlos
- 8 sein.

Begründung

Ob beim Kauf einer Immobilie, der Gründung eines Unternehmens oder dem Kauf eines teuren Produktes per Rechnung: die Aufnahme von Darlehen oder die Inanspruchnahme sog. „buy now, pay later“ Konzepten sind hierbei omnipräsent. Unternehmen haben dabei regelmäßig das berechnete Interesse, die Bonität und Kreditwürdigkeit des Vertragspartners abzuschätzen, um so Zahlungsausfälle zu minimieren. In Deutschland ist die „SCHUFA Holding AG“, eine privatwirtschaftliche Wirtschaftsauskunftei, in diesem Segment in Deutschland marktführend. Die Schufa erhält Daten von Banken und anderen Vertragspartnern, die mit Einwilligung der betroffenen Person (z.B. bei Eröffnung eines Girokontos) an diese übermittelt werden. Darüber hinaus verarbeitet die Schufa ebenfalls öffentlich zugängliche Quellen wie Schuldnerverzeichnisse. Diese Daten nutzt die Schufa, um ein Scoring über die betroffene Person zu berechnen. In diese Berechnung wurden in der Vergangenheit sogar Daten aus sozialen Medien wie Facebook einbezogen. Bis heute wird in einigen Fällen sogar das sog. Geoscoring angewendet, welches die Solvenz anhand des Wohnortes abschätzt. Das genaue Berechnungsverfahren ist der Öffentlichkeit nicht bekannt – Betriebsgeheimnis der Schufa.

Somit ergibt sich, dass durch intransparente und teils fragwürdige Methoden die Bonität der Menschen in Deutschland abgeschätzt wird und ein (möglicherweise sogar unberechtigtes) schlechtes Scoring den Zugang zu wesentlichen Gütern und Verträgen unserer Gesellschaft faktisch verwehrt wird. Solche Scoringverfahren sollten sich an Grundrechten orientieren müssen, ein hohes Maß an Transparenz hinsichtlich der Datenerhebung und Berechnung haben und dürfen somit nicht der Privatwirtschaft überlassen werden. Daher wird in diesem Antrag gefordert, eine staatliche Wirtschaftsauskunftei zu errichten. Durch eine Rechenschaftspflicht an den Deutschen Bundestag wird eine gemeinwohlorientierte, transparente und faire Bewertung der Bürger*innen gewährleistet, zudem ist eine Bindung an das Grundgesetz gewährleistet. Zur schnellen Marktdurchdringung soll diese kostenlose Bonitätsauskünfte, bei Einwilligung der betroffenen Person, geben.

Antrag W11: Deckel drauf!

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Als Jusos fordern wir: Deckel drauf! Nach den Entwicklungen der letzten Monate sehen
- 2 sich viele im Land mit einer Preisgestaltung der energetischen Ressourcen
- 3 konfrontiert, welche das eigene Portemonnaie nicht mehr stemmen kann.
- 4 Gas:
- 5 Für die Situation auf dem Gasmarkt gibt es derzeit vor allem eine Lösung welche wir
- 6 von der Ampel einfordern: Den Grundbedarf pro Haushalt auf maximal 7,5 ct pro kWh
- 7 Verbraucherpreis zu deckeln. Der gedeckelte Grundbedarf soll sich nach dem erhobenen
- 8 durchschnittlichem Verbrauch in den letzten Jahren richten und die Anzahl der
- 9 Personen pro Haushalt berücksichtigen. Relativ einfach umzusetzen wäre es, weil man
- 10 die kommunalen Versorger für ihr Delta zum Einkaufspreis einfach kompensieren könnte.
- 11 Der Deckel beim Grundbedarf sorgt auch dafür, dass der Anreiz zum Gas sparen
- 12 grundsätzlich erhalten bleibt, da man über diesem Grundbedarf zu Marktpreisen zu
- 13 kaufen müsste.
- 14 Kraftstoffe:
- 15 Wir sehen nicht, dass die derzeitige Situation ein großes kurzfristiges ökologisches
- 16 Transformationspotenzial offen legt. Eine nachschärfung von Klimazielen ist
- 17 nachwievor notwendig und leitet sich auch aus der Stimmung in der Bevölkerung ab,
- 18 welche durch Einsparungen bereit war aber auch sein musste staatliches Versagen
- 19 abzufedern. Wie wir bereits in vielen Beschlüssen festgehalten haben fehlt dazu
- 20 schlicht der eine Ausgebaute Infrastruktur oder auch nur ein Fahrplan für die zügige
- 21 Umsetzung. Weil der Mensch kein Homo Oeconomicus ist und Entscheidungen auf mehr als
- 22 Preisanreizen beruhen, fordern wir daher auch die Kraftstoffpreise zu deckeln, bis die
- 23 Preisschocks, aufgrund der Ressourcenabhängigkeit von Russland, als gelöst betrachtet
- 24 werden können. Hier schlagen wir vor den generellen deutschen Handelspreis zu
- 25 regulieren. analog auch wieder bis Preisschocks aufgrund der Ressourcenabhängigkeit
- 26 von Russland als gelöst betrachtet werden können. Deutschland bleibt ein großer
- 27 Kraftstoffmarkt auf den Konzernen nicht verzichten werden zumal auch hier große Teile
- 28 der Infrastruktur zur Raffinierung ansässig ist, es beendet jedoch die
- 29 Spekulationsblase welche sich nachweislich gebildet hat.
- 30 Gesamt sollen und müssen diese Maßnahmen von ordnungspolitischen Eingriffen flankiert
- 31 werden, sodass ein diese Entlastungen für die 90% nicht zu Ausreden für verpasste
- 32 Transformationen in den kraftstoffabhängigen Industrien werden. Ein konsequent
- 33 festgelegtes Verbrennerende, ein kostenloses flächendeckendes ÖPNV Netz und eine
- 34 feste Quote an jährlichem Wind- und Solarkraft zubau bringt zehnmal mehr als jeder
- 35 Preisanreiz.

36

Antrag W12: Genug ist Genug

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Als Jusos Bayern erklären wir uns solidarisch mit der Aktion Genug ist Genug. Wir
2 begreifen die massiven Preissteigerungen, das Ausbleiben von Lohnanpassungen und die
3 ins Endlose schießenden Gewinne einiger weniger als massives Versagen in der Krise.
4 Überall dort, wo Ortsbündnisse für Proteste und Aktionen entstehen, wollen wir diese
5 unterstützen, so gut es geht. Sofern Kapazitäten vorhanden sind, fordern wir die
6 Untergliederungen auf, solche Aktionen selbst zu initiieren.

7

8 Wir teilen die Ziele der Initiative insbesondere in Hinblick auf folgendes Statement:

9 "Heizen, waschen, essen - das ist kein Luxus. Das ist Grundbedarf. Und dieser muss
10 bezahlbar bleiben.

- 11 1. Winterhilfe für alle
- 12 2. 9€-Ticket verlängern
- 13 3. Endlich höhere Löhne
- 14 4. Preisdeckel für Energie
- 15 5. Energieversorgung sichern
- 16 6. Krisenprofiteure besteuern "

17

18 Die aktuellen Preissteigerungen belasten die Mehrheit der Bevölkerung stark. Wir
19 reden nicht mehr nur von den ärmsten 10% oder Menschen in der Grundsicherung, die auf
20 einmal von Existenzängsten eingeholt werden. Wenn sich der Gaspreis versechsfacht,
21 Strom und Lebensmittel teurer werden, dann reden wir von mehr als einem
22 Wohlstandsverlust. Da in Deutschland die meisten Reallöhne seit den 90ern stagnieren,
23 reden wir hier von einer realen Verelendung. Für uns Jungsozialist:innen reicht es
24 deshalb nicht mehr aus, das vermeintlich bestmögliche in der Ampel durchzusetzen.
25 Denn wer jetzt immer noch vom parlamentarischen Kompromiss und den langsamen Mühlen
26 der Demokratie redet, der lebt an der Lebensrealität der 90% in diesem Land vorbei.
27 Deshalb müssen wir uns solidarisch zeigen und gleichzeitig Druck auf die Regierung
28 und die eigenen MdBs machen. Es geht hier nicht darum, an Profil für anstehende
29 Wahlen zu gewinnen, es geht schlicht und ergreifend um Existenzen. Es geht um
30 Studierende, Azubis, Alleinerziehende, Berufstätige, es geht um Genoss*innen und
31 Kolleg*innen. Ihre und unsere Stimmen müssen endlich wieder gehört werden, auch wenn
32 die Fenster im Finanzministerium und im Kanzleramt noch so dick sind. Deswegen wollen
33 wir die Protestbewegungen im Herbst stützen, stärken und ihnen so gut wie möglich
34 Gehör verschaffen.

35 Wir werden das Mobilisierungspotential, dass das Bewusstsein über die wachsende
36 Ungerechtigkeit mit sich bringt, nicht der politischen Rechten überlassen!

Antrag W13: Steigerung des Etats des BMZ auf mindestens die Hälfte des Verteidigungsetats

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 1. Der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
2 Entwicklung muss mindestens die Hälfte, idealerweise jedoch im Verhältnis von
3 1:1 zum Etat des Verteidigungsministeriums betragen. Der Etat soll sukzessive
4 aufgestockt werden, aber im ersten Schritt mindestens die 0,7% des UN-Ziels für
5 Entwicklungszusammenarbeit erfüllen. Sinkt der Verteidigungsetat, darf der Etat
6 für Entwicklungszusammenarbeit nicht sinken. Außerdem sollen
7 Verteidigungshaushalt und der Haushalt des BMZs weiterhin eigenständige
8 Haushalte bleiben und Ausgaben des einen nicht mit Ausgaben des anderen
9 verrechnet werden können.
- 10 2. Staatliche Entwicklungszusammenarbeit soll so ausgestaltet werden, dass diese
11 möglichst der Wirtschaft und den Arbeitnehmer*innen von „Entwicklungsländern“
12 nutzt.
- 13 Europäische Zollschränken für Importe aus "Entwicklungsländern" sollen fallen.

Begründung

1. Der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung muss mindestens die Hälfte, idealerweise jedoch im Verhältnis von 1:1 zum Etat des Verteidigungsministeriums betragen. Der Etat soll sukzessive aufgestockt werden, aber im ersten Schritt mindestens die 0,7% des UN-Ziels für Entwicklungszusammenarbeit erfüllen. Sinkt der Verteidigungsetat, darf der Etat für Entwicklungszusammenarbeit nicht sinken. Außerdem sollen Verteidigungshaushalt und der Haushalt des BMZs weiterhin eigenständige Haushalte bleiben und Ausgaben des einen nicht mit Ausgaben des anderen verrechnet werden können.
 2. Staatliche Entwicklungszusammenarbeit soll so ausgestaltet werden, dass diese möglichst der Wirtschaft und den Arbeitnehmer*innen von „Entwicklungsländern“ nutzt.
- Europäische Zollschränken für Importe aus "Entwicklungsländern" sollen fallen.